

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1980 · Teil IV

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), Jean Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Ingrid Parpart (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar (Redakteur), Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Ingrid Thümmeler (Redaktionssekretär)

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Ingrid Parpart (Leiter), Siegfried Epperlein, Hermann Lehmann, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Jörg Roesler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1980 · TEIL IV

Wirtschaftsgeschichte der DDR
Die Entwicklung der Produktion
Die Entwicklung der Außenwirtschaft
Die Entwicklung der Wissenschaften
Die Entwicklung der Kultur
Die Entwicklung der Kunst
Die Entwicklung der Literatur
Die Entwicklung der Musik
Die Entwicklung der Theater
Die Entwicklung der Filmkunst
Die Entwicklung der Architektur
Die Entwicklung der Malerei
Die Entwicklung der Skulptur
Die Entwicklung der Fotografie
Die Entwicklung der Kunsthandwerk
Die Entwicklung der Design
Die Entwicklung der Mode
Die Entwicklung der Sport
Die Entwicklung der Erziehung
Die Entwicklung der Wissenschaften
Die Entwicklung der Kunst
Die Entwicklung der Literatur
Die Entwicklung der Musik
Die Entwicklung der Theater
Die Entwicklung der Filmkunst
Die Entwicklung der Architektur
Die Entwicklung der Malerei
Die Entwicklung der Skulptur
Die Entwicklung der Fotografie
Die Entwicklung der Kunsthandwerk
Die Entwicklung der Design
Die Entwicklung der Mode
Die Entwicklung der Sport
Die Entwicklung der Erziehung



Redaktionsschluß: 15. 3. 1980

Anschrift der Redaktion:

1080 Berlin, Zimmerstraße 94

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR-1080 Berlin, Leipziger Straße 3—4

© Akademie-Verlag Berlin 1981

Lizenznummer: 202 · 100/94/81

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 5820 Bad Langensalza

Bestellnummer: 753 820 3 (2103/80/4) · LSV 0305

Printed in GDR

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- Jörg Roesler Werkzeugmaschinenbau und sozialistische
Industrialisierung in der DDR. Tempo, Dynamik
und Struktur des Produktionswachstums *BL 226* 7
- Arnold Voigt Zum Verhältnis von Feudalismus und Kapitalismus
in Lateinamerika - das Beispiel der
Großgrundbesitzverhältnisse in der Landwirtschaft
Chiles *G 362* 27
- Judit Balázis Die Rolle des Staates bei der Entstehung und
Vertiefung der kapitalistischen Produktions-
verhältnisse in der Türkei. *E 141 289*
Eine kritische Würdigung des Kemalismus
vornehmlich unter ökonomischen Aspekten 49
- N. F. Bugaj Die Revolutionskomitees und die Sozialpolitik
des Sowjetstaates in den Jahren 1918 bis 1921 *CC 910 086* 67

DISKUSSIONEN

- Ingrid Parpart Jahrbuch-Forum; "Faschismus - Ökonomie -
soziale Basis" 89

LITERATURKRITIK

- Pál Sándor Besonderheiten der ungarischen Agrarentwick-
lung in neuerer Zeit (A magyar mezőgazdaság
a XIX. - XX. században
/Die ungarische Landwirtschaft im 19. und
20. Jahrhundert/) 99
- Elfriede Rehbein Die Bedeutung der Eisenbahnen für die Indu-
strielle Revolution (Peter Beyer, Leipzig und
die Anfänge des deutschen Eisenbahnbaus) 105

Rudolf Berthold	Eine Informationsquelle der agrarhistorischen Grundlagenforschung (Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkularen Wandel)	117
Klaus Vetter	Zur Wirtschaftspolitik Preußens im 18. Jahrhundert (Ingrid Mittenzwei, Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg)	123
Annotationen		131
FORSCHUNGSBERICHTE		
István Orosz	Forschungsgebiete und Aufgaben der Agrar - geschichtsschreibung in Ungarn	147
BETRIEBSGESCHICHTE		
Wolfgang Mühlfriedel	SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus. Eine Skizze der historischen Entwicklung des staatlichen sowjetischen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik	159
Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik (15. Fortsetzung) (Renate Günther)		187
QUELLEN UND MATERIALIEN		
Reinhold Zilch	Die Memoranden Karl Helfferichs vom 28. und 29. August 1914 über die finanzielle Unterdrückung und Ausplünderung Belgiens	193
TAGUNGEN UND KONFERENZEN		
Karlheinz Kuba	SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus (15. Januar 1980 in Berlin)	213
Ilona Ballwanz	Der Bauer als historische Kategorie (12. bis 14. September 1979 in Weimar)	215
BIBLIOGRAPHIE		
Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 17. Lieferung		227
Autorenverzeichnis		243
Содержание, Contents, Contenu, Sumario		244

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Werkzeugmaschinenbau und sozialistische Industrialisierung in der DDR

Tempo, Dynamik und Struktur des Produktionswachstums

von Jörg Roesler

1. Die Ausgangssituation im Industriezweig Werkzeugmaschinenbau
2. Der erste Fünfjahrplan
 - 2.1. Die Produktionsaufgaben
 - 2.2. Wachstum der Produktion und Veränderung der Produktionsstruktur
3. Der zweite Fünfjahrplan
 - 3.1. Die Produktionsaufgaben
 - 3.2. Wachstum der Produktion und Veränderung der Produktionsstruktur
4. Schlußfolgerungen

Die Diskussion, die seit einigen Jahren unter Historikern und Wirtschaftshistorikern um die Anwendbarkeit des Begriffes "sozialistische Industrialisierung" auf die Wirtschaftsentwicklung der DDR geführt wird¹, hat die wirtschaftshistorischen Forschungen über die fünfziger Jahre - das läßt sich bereits jetzt sagen - zweifellos befruchtet. Heute sieht sich jeder Wirtschaftshistoriker, der über den ersten bzw. zweiten Fünfjahrplan schreibt, veranlaßt, Stellung zu nehmen.² Das ist aber nicht möglich ohne eine tiefere theoretische Durchdringung der untersuchten Wirtschaftsprozesse. Insofern trägt die Diskussion zur weiteren Hebung des Niveaus auch der vorwiegend empirischen Untersuchungen bei.

1 Vgl. Kästner, Hans, Die Leninsche Konzeption der sozialistischen Industrialisierung und ihre Verwirklichung durch die KPdSU, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 19/1, Berlin 1975; Hoffmann, Frank/Laschke, Michael, Einige Fragen der Erforschung der sozialistischen Industrialisierung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977, T. 4, S. 27 - 44; Mühlfriedel, Wolfgang, Zur Begriffsbestimmung der sozialistischen Industrialisierung, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 22/1, Berlin 1978.

2 Vgl. Schultze, Renate, Der erste Fünfjahrplan. Beginn der Herausbildung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1979, T. 3, S. 49 - 64.

Der Autor des vorliegenden Beitrages hat bereits zu einigen in der Diskussion aufgeworfenen Fragen Position bezogen.³ Er vertritt die Ansicht, daß auch in der DDR Wiederherstellungsperiode und sozialistische Industrialisierung einerseits und sozialistische Industrialisierung und sozialistische Intensivierung andererseits voneinander abgrenzbare Entwicklungsphasen des Reproduktionsprozesses darstellen.⁴ Der Verfasser war bemüht, seine theoretische Auffassung auch mit spezifisch wirtschaftshistorischen Methoden, das heißt mit Hilfe von Untersuchungsergebnissen aus der Wirtschaftspraxis im in Frage kommenden Zeitraum (fünfziger Jahre), zu belegen. Diesem Nachweis lag ein Vergleich der Wirtschaftsentwicklung in der DDR und den europäischen RGW-Ländern zugrunde - er wurde also auf makroökonomischer Ebene geführt.⁵ Der nächste Schritt wäre die Beweisführung am mikroökonomischen Untersuchungsobjekt.⁶

Für derartige Untersuchungen, die nicht "an sich" geführt werden können, sondern zur weiteren Aufhellung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen und -strukturen dienen, ist die Wahl des geeigneten Untersuchungsobjektes von ganz besonderer Bedeutung. Ein Industriezweig ist nicht die verkleinerte Volkswirtschaft. Bestimmte, die gesamte Wirtschaft betreffende Fragen berühren ihn außerordentlich stark, andere wenig oder überhaupt nicht. Um auf die Frage nach dem Verhältnis von Wiederherstellungsperiode, sozialistischer Industrialisierung und sozialistischer Intensivierung in einem Industriezweig der DDR während der fünfziger Jahre Antwort zu geben, wurde hier der Werkzeugmaschinenbau gewählt.⁷

Dieser Zweig - zweifellos einer von großem volkswirtschaftlichem Gewicht⁸ - ist für diese Untersuchung insofern besonders interessant, als seine Produktion einerseits erst im Jahre

3 Vgl. den Diskussionsbericht von Schwärzel, Renate, Jahrbuch-Forum: "Fragen der sozialistischen Industrialisierung", in; ebenda 1978, T. 3, S. 101 - 105.

4 Vgl. Roesler, Jörg, Grundlagen und Methoden für einen Vergleich der Volkswirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern, in; ebenda 1979, T. 4, S. 9 - 33.

5 Vgl. derselbe, Die DDR und die sozialistische Industrialisierung in den RGW-Ländern Mittel- und Südosteuropas (50er Jahre), in; Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 23/1, Berlin 1979.

6 Über die Notwendigkeit, zur besseren Herausarbeitung volkswirtschaftlicher Entwicklungen Detailuntersuchungen nach Industriezweigen vorzunehmen, vgl. Nussbaum, Helga, Was heißt und zu welchem Ende betreibt man vergleichende Wirtschaftsgeschichte?, in; Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 2, S. 153.

7 Die Untersuchung bezieht sich hauptsächlich auf 34 Werkzeugmaschinen herstellende Betriebe - ausschließlich Groß- und Mittelbetriebe -, die seit 1958 in der VVB Werkzeugmaschinenbau zusammengeschlossen waren. Auf sie entfielen (1958) 81,7 % der Werkzeugmaschinenproduktion der DDR. Über 1000 Beschäftigte hatten 1958 folgende 12 volkseigene Betriebe: Maschinenfabrik "John Scheer" Meuselwitz, Großdrehmaschinenbau "8. Mai" Karl-Marx-Stadt, Großdrehmaschinenbau "7. Oktober" Berlin, Berliner Werkzeugmaschinenfabrik, Fritz-Heckert-Werk Karl-Marx-Stadt, Union Gera, Werkzeugmaschinenfabrik Vogtland Plauen, Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben, Schleifmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt, Fräs- und Schleifmaschinenwerk Leipzig, Blechbearbeitungsmaschinenwerk Aue, VEB "Henry Pels" Erfurt (Zentrales Staatsarchiv / im folgenden: ZStA, SÖ Nr. 37).

8 Der Anteil des Industriezweiges Werkzeugmaschinenbau an der industriellen Bruttoproduktion des Schwermaschinenbaus belief sich in den fünfziger Jahren auf 8 - 10 %. (Otto, Günter, Der Werkzeugmaschinenbau, in; Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 3/1957, S. 98.)

1956 den Vorkriegsstand wieder erreichte,⁹ er aber andererseits bereits seit Ende der vierziger Jahre eine wesentliche Rolle beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Sozialismus in der DDR spielte.¹⁰ Er gehörte - ähnlich wie die Metallurgie und der Schiffbau - zu den in den fünfziger Jahren überproportional mit Investitionen bedachten Industriezweigen,¹¹ war aber im Unterschied zu jenen ein Zweig, der auf dem Gebiet der DDR auf lange Traditionen zurückblicken konnte¹² und sich auch in den fünfziger Jahren an seinen historischen Standorten, das heißt vor allem im Gebiet von Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) und in Berlin, weiterentwickelte.

Die Analyse im Rahmen dieses Artikels beschränkt sich auf die Untersuchung von Tempo, Dynamik und Struktur des Produktionswachstums im Werkzeugmaschinenbau. Sie dreht sich um die entscheidenden Ergebniskennziffern, Resultat der Tätigkeit der Werktätigen im Werkzeugmaschinenbau, ihres Arbeitseinsatzes und Schöpfertums, Ausdruck des Maßes, in dem sie die Technik und Organisation der Produktion beherrschen. Das Produktionsergebnis war in den fünfziger Jahren die entscheidende Plankennziffer im Werkzeugmaschinenbau wie auch in der gesamten Industrie.¹³

1. Die Ausgangssituation im Industriezweig Werkzeugmaschinenbau

Im Jahre 1950 erreichte die Produktion des Industriezweiges Werkzeugmaschinenbau etwas mehr als 50 Prozent des Standes von 1936. Die Erzeugung war, nachdem sie 1945 ihren Tiefpunkt erreicht hatte, in den folgenden Jahren dank des Fleißes und der Einsatzbereitschaft der Werktätigen des Werkzeugmaschinenbaus wieder rasch angestiegen. Gegenüber dem Jahr 1946, dem ersten Jahr nach Kriegsende, über das Angaben vorliegen, hatte sie sich am Ende des Zweijahrplanes (1949 bis 1950) fast verfünffacht. Mit der metallverarbeitenden Industrie und der Gesamtindustrie hielt die Wiederherstellung dieses Industriezweiges jedoch nicht Schritt.

9 Ebenda, S. 95.

10 Vgl. Woick, Norbert, Die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus in der Industrie der DDR im Verlauf des ersten Fünfjahrplanes 1951 - 1955, Diss. A, Akademie für Gesellschaftswiss., Berlin 1979.

11 Vgl. ebenda, Kap. II.

12 "In Deutschland entstanden die ersten Werkzeugmaschinenfabriken um das Jahr 1850. Unter den etwa 15 Betrieben befanden sich im Gebiet unserer Republik die Werkzeugmaschinenfabriken Hartmann, Chemnitz (gegr. 1850), Reinecker, Chemnitz (gegr. 1859), Kärger, Berlin (gegr. 1869). In den Jahren um 1880 bis 1900 wurde eine ganze Reihe weiterer bedeutender Werkzeugmaschinenfabriken gegründet. So zum Beispiel die Fabriken Wanderer, Siegmarschönau (1885); Pfautner, Chemnitz (1900); Pittler, Leipzig (1889); Henry Pels, Erfurt (1902) und Deutsche Niles Werke, Berlin (1898)." (Otto, Günther, a. a. O., S. 93.)

13 Vgl. Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin 1978, S. 41 ff.

Tabelle 1

Produktionsentwicklung im Industriezweig Werkzeugmaschinenbau im Vergleich zur Industrie insgesamt⁺

Jahr	Werkzeug- maschinenbau	Maschinen- bau	Metallverarbeitende Industrie	Industrie insgesamt
1936	100	100	100	100
1946	10,6	26,2	29,1	42,1
1950	51,1	109,1	120,7	110,6
1956	118,9			

+ Berechnet nach Otto, Günter, Der Werkzeugmaschinenbau, in: Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 3/1957, S. 98; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 154 f. - Alle Angaben beziehen sich auf das Territorium der heutigen DDR.

Die Ursachen für den vergleichsweise langwierigen Prozeß der Wiedererreichung des Vorkriegsstandes im Industriezweig Werkzeugmaschinenbau sind zu suchen in

- dem überdurchschnittlichen Grad der Zerstörung von Produktionsstätten. Die auf dem Gebiet der DDR vorhandenen Betriebe waren 1945 fast ausnahmslos stark beschädigt bzw. völlig zerstört.¹⁴
- den umfangreichen Demontagen in den ersten Nachkriegsjahren. Während des Krieges war der Werkzeugmaschinenbau zu einem beachtlichen Teil auf Rüstungsproduktion spezialisiert worden¹⁵ und fiel damit unter die Reparationsbestimmungen des Potsdamer Abkommens. Die demontierten Ausrüstungen dienten zur Wiedergutmachung eines Teils des von den deutschen Faschisten während des zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion angerichteten Schadens.
- dem ausgeprägten Materialmangel. Dieser war zwar eine generelle Erscheinung der Nachkriegsjahre (Mangelwirtschaft),¹⁶ als ausgesprochener Finalproduzent war der Werkzeugmaschinenbau allerdings besonders betroffen. Da der Osten Deutschlands im Ergebnis der Kriegs-, Nachkriegs- und Wirtschaftskriegsereignisse eine völlig unzureichende metallurgische Basis besaß,¹⁷ gestaltete sich die Versorgung der Betriebe des Industriezweiges Werkzeugmaschinenbau mit Gießereierzeugnissen und hochwertigen Stählen äußerst schwierig. Ähnlich kompliziert war die Situation bei anderen Zulieferungen, wie zum Beispiel Elektromotoren, Kugellagern und selbst Schrauben.¹⁸

14 Vgl. Otto, Günter, a. a. O., S. 94; Heyne, Werner, Zur Entwicklung des Maschinenbaus in der Sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945 - 1948, Leipzig 1974, S. 49 = Freiberger Forschungshefte, Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte, Bd. 8; Industrie und Technik in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1955, Beiträge zur Entwicklung des Bergbaus, der Metallurgie und des Maschinenbaus, Berlin 1960, S. 135; ZStA E-1 Nr. 43524.

15 Vgl. Heyne, Werner, a. a. O., S. 51.

16 Vgl. Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 10, 41.

17 Vgl. ebenda, S. 8 f.

18 Industrie und Technik ..., a. a. O., S. 155, 163; Heyne, Werner, a. a. O., S. 54.

Die Produktionsstätten zur Herstellung dieser Zuliefererzeugnisse waren entweder wie der Werkzeugmaschinenbau stark zerstört oder lagen im Westen Deutschlands. Der Bezug aus den westlichen Besatzungszonen verringerte sich mit der Zunahme des Wirtschaftskrieges bzw. gestaltete sich zunehmend diskontinuierlich.¹⁹ Die Materiallage verbesserte sich bis zum Jahre 1950 gegenüber den ersten Nachkriegsjahren kaum. Erleichterungen durch die Verwendung anderer (weniger gut geeigneten, aber vorhandenen) Einsatzstählen und durch den Ausbau der gegenseitigen Werkshilfe sowie durch die von der seit 1948 existierenden ("alten") VVB Werkzeugmaschinenbau und Werkzeuge (VVB WMW) vorgenommenen Umverteilungen²⁰ wurden zunehmend durch die Erschöpfung der aus der Kriegszeit vorhandenen Materiallager wieder aufgehoben.²¹

Im Unterschied zur Leichtindustrie und Bereichen des allgemeinen Maschinenbaus, bei denen die durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse bedingten Veränderungen der Marktsituation eine rasche Wiedererreichung des Vorkriegsstandes nicht vorrangig erscheinen ließen, war im Werkzeugmaschinenbau bereits in der Wiederherstellungsperiode eine rasche Steigerung der Produktion wünschenswert. Am Vorabend des Zweijahrplanes charakterisierte Fritz Selbmann die Situation kurz und treffend, als er auf der ersten Zonenkonferenz der volkseigenen Betriebe erklärte: "Was uns in der Zone augenblicklich vor allem fehlt, ist eine Werkzeugmaschinenindustrie, die die Grundlage jeder maschinellen Fertigung ist. Es fehlen uns vor allem schwere Werkzeugmaschinen".²² Dementsprechend bestimmte der Zweijahrplan: "Im Maschinenbau und in der übrigen eisen- und metallverarbeitenden Industrie ist im Jahre 1950 im Vergleich zu 1947 eine Produktionssteigerung von mehr als die Hälfte vorgesehen, wobei die Erzeugung im Werkzeugmaschinen- und Fahrzeugbau einschließlich Schiffsbau fast verdoppelt werden soll."²³ Selbmann führte dazu aus: "Größten Wert legen wir auf die Steigerung der Produktion der Werkzeugmaschinenindustrie, sowohl für den allgemeinen Investitionsbedarf, als auch für die Durchführung der in dem Zweijahrplan vorgesehenen Sonderprogramme."²⁴

Die Forderung, vor allem schwere Werkzeugmaschinen zu bauen, ergab sich erstens daraus, daß deren Erzeugung vor dem zweiten Weltkrieg in Nordrhein-Westfalen konzentriert war. Im Ergebnis der imperialistischen Spaltung Deutschlands und des Wirtschaftskrieges standen diese Kapazitäten in der Nachkriegszeit der ostdeutschen Wirtschaft nicht mehr zur Verfügung. Im Produktionsprogramm des Werkzeugmaschinenbaus der sowjetischen Besatzungszone fehlten deshalb zum Beispiel "schwere Spitzendrehmaschinen, Walzendrehmaschinen und Drehmaschinen zur Herstellung schwerer Kurbelwellen, Portallangfräsmaschinen, Verzahnmaschinen zur Herstellung von Kegelrädern und Walzfräsmaschinen für kurvenverzahnte Kegelräder, schwere horizontale Bohr- und Fräswerke sowie Radialbohrwerke, schwere Hobel- und Stoßmaschinen, Walzen- und Kurbellenschleifmaschinen, schwere Kunststoffpressen, schwere Blechverformungsmaschinen und eine Reihe Spezialmaschinen für verschiedene Industriezweige, insbesondere für den Fahrzeugbau, die Elektrotechnik und die Feinmechanik und Optik."²⁵

19 Vgl. dazu Heyne, Werner, a. a. O., S. 54.

20 Industrie und Technik ..., a. a. O., S. 146, 155.

21 Vgl. dazu ebenda, S. 155.

22 Selbmann, Fritz, Die Rolle und die Aufgaben der volkseigenen Betriebe, in: Volksbetriebe im Wirtschaftsplan. Der Auftakt in Leipzig, Berlin 1948, S. 33.

23 Der Wirtschaftsplan für 1948 und der Zweijahrplan 1949/50 zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Der Deutsche Zweijahrplan für 1949 - 1950, Berlin o. J., S. 185.

24 Selbmann, Fritz, a. a. O., S. 34.

25 Otto, Günter, a. a. O., S. 94.

Zweitens entwickelte sich gerade für diese Werkzeugmaschinen im Osten Deutschlands ein spezieller Bedarf, der durch einige Sonderprogramme des Zweijahrplanes erzeugt wurde.²⁶ Zu den Leistungen, die der Werkzeugmaschinenbau im Rahmen der Sonderprogramme bringen mußte, gehörte zum Beispiel die Konstruktion und Produktion von Rotornutenfräsmaschinen für den Energiemaschinenbau, einem in der DDR völlig neu aufzubauenden Industriezweig.²⁷ Eine große Nachfrage nach Werkzeugmaschinen ergab sich also bereits aus dem Inlandsbedarf. Die Produktion für den Export, in den 1936 23,6 Prozent aller auf dem heutigen Territorium der DDR produzierten Werkzeugmaschinen gingen,²⁸ wurde bei der Analyse der Nachfrage noch nicht berücksichtigt, was angesichts der volumenmäßig geringen Rolle, die die Ausfuhr für die Industrie der DDR in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre spielte, auch erklärlich war. Nichtsdestoweniger wurde bereits in jenen Jahren exportiert, und zwar fast ausschließlich in das sozialistische Lager, ganz überwiegend in die Sowjetunion.²⁹

Tabelle 2

Der Export des Werkzeugmaschinenbaus während des Zweijahrplanes (1948 bis 1950)⁺

Jahr	Export-	Anteil des Ex-	Anteil am Gesamtexport	
	volumen		ports an der	sozialistische
	Index ⁺⁺	Warenproduktion	Länder	Länder
		in %	in %	in %
1948	100	13,7	97	3
1949	155	16,6	96	4
1950	324	25,4	99	1

+ Berechnet nach; Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37.

++ In dieser wie in den folgenden Tabellen sind die Indexzahlen für den Werkzeugmaschinenbau auf ganze Zahlen gerundet.

2. Der erste Fünfjahrplan

2.1. Die Produktionsaufgaben

Die Situation im Werkzeugmaschinenbau wurde 1950 von der Partei der Arbeiterklasse sorgfältig analysiert, als sie die Aufgabenstellungen für den ersten Fünfjahrplan formulierte. Bei der Prognostizierung des zukünftigen volkswirtschaftlichen Bedarfs an Werkzeugmaschinen ließ sich die SED jedoch nicht nur von der augenblicklichen Situation leiten, sondern berücksichtigte auch die neuen ökonomischen Aufgaben, die auf nationalem wie internationalem Gebiet im Perspektivplanzeitraum von der DDR bewältigt werden mußten. Diese waren eng mit der sozialistischen Industrialisierung verknüpft, die für die DDR den vorrangigen Auf- und Ausbau der Schwerindustrie einschließlich des Schwermaschinenbaus

26 Vgl. Selbmann, Fritz, a. a. O., S. 34.

27 Industrie und Technik ..., a. a. O., S. 156.

28 Otto, Günter, a. a. O., S. 94.

29 Vgl. Neumann, Gerd, Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder, Diss. B Berlin 1977, S. 253 ff.

bedeutete.³⁰ Ging es unter nationalem Aspekt in erster Linie darum, die durch Kriegszerstörungen und Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen zu beseitigen, so übernahm die DDR – seit 1949 Mitglied des RGW – als bereits unter dem Kapitalismus entwickeltes Industrieland international die Verpflichtung, durch Lieferung von Industrieausrüstungen die sozialistische Industrialisierung in den Agrar- und Agrar-Industrieländern des sozialistischen Lagers zu unterstützen.

Die Produktion von Werkzeugmaschinen mußte sich deshalb während des ersten Fünfjahresplanes – so entschieden die Planer – rasch erhöhen. Es ging dabei allerdings nicht wie in den ersten Nachkriegsjahren um die Erhöhung der Produktion von Werkzeugmaschinen schlechthin, sondern um die vorrangige Entwicklung schwerer Werkzeugmaschinen für die Ausrüstung des Schwermaschinenbaus, des Fahrzeugbaus, der chemischen Industrie und des Verkehrswesens.³¹

Der allgemein in der Industrie sich vollziehende Übergang zur sozialistischen Industrialisierung prägte damit wesentlich die zweite Phase der Wiederherstellung des Vorkriegsstandes in der Werkzeugmaschinenproduktion der DDR. Dementsprechend bestimmte das Gesetz über den Fünfjahrplan: "Das Schwergewicht ist auf die Produktion von ... Werkzeugmaschinen ... zu legen. Die Produktion von kleinen Maschinen ist auf den inneren Bedarf und auf die im Außenhandel absetzbaren Typen zu beschränken."³²

Charakteristisch für die Bedeutung, die dem Schwermaschinenbau damals zugemessen wurde, ist die Bezeichnung "Vater der Industrie", die er Anfang der fünfziger Jahre erhielt.³³ Innerhalb des Schwermaschinenbaus spielte der Werkzeugmaschinenbau eine hervorragende Rolle. Unter den 24 Schwerpunktbetrieben des Schwermaschinenbaus, die laut erstem Fünfjahrplan bei der Vergabe von Investitionen besonders zu berücksichtigen waren, befanden sich 6 volkseigene Betriebe des Werkzeugmaschinenbaus: Großdrehmaschinenbau "7. Oktober" Berlin, Fritz-Heckert-Werke Karl-Marx-Stadt, Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben, Modul Karl-Marx-Stadt, Union Gera und Feinstmaschinenbau Dresden.³⁴

Der erste Fünfjahrplan sah eine Steigerung der Erzeugung von Werkzeugmaschinen auf 188 Prozent vor.³⁵ Das entsprach einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 13,5 Prozent. Bei dem vorgegebenen Wachstumstempo mußte Ende des ersten Fünfjahrplanes das Vorkriegsniveau annähernd (zu 96,1 Prozent) wieder erreicht werden.³⁶ Die vorgesehenen Zuwachsraten lagen etwas unter dem geplanten Wachstum der Industrie insgesamt (192,3 Prozent) und des Maschinenbaus (214,8 Prozent). Zweifellos berücksichtigte die Plankommission dabei, daß im Unterschied zu einer Reihe anderer Bereiche im Werkzeugmaschinenbau keine ungenutzten oder mit geringen Mitteln wiederherzustellenden Kapazitäten mehr vorhanden waren.³⁷

30 Vgl. Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 - 1955), in: Unser Fünfjahrplan des friedlichen Aufbaus, o. O. o. J.

31 Vgl. ZStA, SÖ Nr. 37.

32 Gesetz über den Fünfjahrplan ..., a. a. O., S. 29.

33 Ebenda.

34 Otto, Günter, a. a. O., S. 95.

35 Gesetz über den Fünfjahrplan ..., a. a. O., S. 18.

36 Otto, Günter, a. a. O., S. 95; Gesetz über den Fünfjahrplan ..., a. a. O., S. 18.

37 Vgl. Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 106 ff.

2.2. Wachstum der Produktion und Veränderung der Produktionsstruktur

Die Industrieproduktion wird im Statistischen Jahrbuch sowohl als Bruttoproduktion als auch als Warenproduktion ausgewiesen.³⁸ Daneben gewinnt die Eigenleistung als Meßkennziffer betrieblicher Produktionsentwicklung zunehmend an Bedeutung.³⁹ In der vorliegenden Studie wurde als Meßkennziffer der Produktions- und Produktivitätsentwicklung - hauptsächlich wegen der Dichte des vorhandenen Zahlenmaterials - die Warenproduktion gewählt. Das Wachstumstempo der Warenproduktion lag im Werkzeugmaschinenbau während des ersten Fünfjahrplanes unter dem der Bruttoproduktion.⁴⁰ In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre war die Differenz minimal. Hinsichtlich ihrer Dynamik unterschieden sich die Entwicklung der Bruttoproduktion und der Warenproduktion in den fünfziger Jahren nur unwesentlich.⁴¹

Diese kleinen Unterschiede zwischen der Entwicklung der Brutto- und Warenproduktion sind zu berücksichtigen, wenn die Produktion des Werkzeugmaschinenbaus im folgenden des öfteren mit der der Industrie insgesamt verglichen wird, die im Statistischen Jahrbuch auf der Basis der Bruttoproduktion berechnet wurde.

Bei durchschnittlich hohen Wachstumsraten entwickelte sich die Produktion im Werkzeugmaschinenbau in den einzelnen Jahren des ersten und des zweiten Fünfjahrplanes recht unterschiedlich.

Tabelle 3

Die Produktionsentwicklung im Werkzeugmaschinenbau während des ersten Fünfjahrplanes⁺

Jahr	Gesamtproduktion ⁺⁺ 1950 = 100	Jährliches Wachstum in %	Produktion von Werkzeugmaschinen 1950 = 100	Jährliches Wachstum in %
1951	120	20,4	133	33,3
1952	147	22,1	156	16,7
1953	191	29,9	208	34,1
1954	214	12,1	233	11,7
1955	224	4,4	226	- 3,1

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37. - Die den Berechnungen der Wachstumsraten zugrunde liegenden Indexzahlen wurden aufgerundet.

++ Einschließlich zweigfremder Produkte.

38 Vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1973, Berlin 1973, S. 118.

39 Vgl. Hoß, Peter/Oelschlägel, Wolfgang/Wondras, Barbara, Zur Vervollkommnung der Leistungsbewertung der Betriebe und Kombinate, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 7/1979, S. 792 f.

40 Das voneinander abweichende Wachstum der Brutto- und der Warenproduktion zu Beginn der fünfziger Jahre war darauf zurückzuführen, daß derjenige Teil der umfangreichen Investitionen zur Erweiterung der Produktionskapazität der Betriebe, der der eigenen Produktion entnommen wurde (also Werkzeugmaschinen), rechnerisch zwar Bestandteil der Bruttoproduktion, nicht aber der Warenproduktion war.

41 ZStA, SÖ Nr. 37.

Die Zuwachsraten der Gesamtproduktion waren bis 1953 relativ hoch, in den beiden letzten Jahren des ersten Fünfjahrplanes wurden sie merklich geringer. Die Produktion von Werkzeugmaschinen zeigt im wesentlichen das gleiche Bild; dort ist die Wachstumsrate in den ersten Planjahren (mit Ausnahme des Jahres 1952) noch höher und ihr späterer Rückgang noch ausgeprägter. Im Jahre 1955 war sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Im Vergleich zur Entwicklung der Industrieproduktion und der metallverarbeitenden Industrie weist der Werkzeugmaschinenbau ein vorrangiges Wachstum aus.⁴²

Tabelle 4

Produktion von Werkzeugmaschinen während des ersten Fünfjahrplanes im Vergleich zur Industrie insgesamt⁺
(1950 = 100)

Jahr	Werkzeug- maschinen	Metallverarbeitende Industrie	Industrie insgesamt
1951	133	124,6	122,6
1952	156	151,5	142,3
1953	208	177,6	159,6
1954	233	198,5	176,0
1955	226	214,4	189,6

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1957, S. 272.

Hinsichtlich der Dynamik der Produktionssteigerung zeigt sich in den Grundzügen eine Ähnlichkeit aller drei Bereiche; Hohen Wachstumsraten in den ersten drei Planjahren folgen vergleichsweise niedrige in den beiden letzten Jahren des Fünfjahrplanes.

Tabelle 5

Dynamik des Wachstums der Produktion von Werkzeugmaschinen während des ersten Fünfjahrplanes im Vergleich zur Industrie insgesamt⁺
(durchschnittliches jährliches Wachstum)

Jahre	Werkzeug- maschinen	Metallverarbeitende Industrie	Industrie insgesamt
1951/53	27,8	21,3	17,0
1954/55	4,0	10,0	9,5

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1956, S. 126.

⁴² Die Ist-Zahl für die 34 untersuchten Betriebe des Werkzeugmaschinenbaus (= 226 Prozent) kann nur bedingt mit der Sollzahl für den Industriezweig Werkzeugmaschinenbau (= 188 Prozent) verglichen werden, da sich erstere nur auf zirka vier Fünftel des Werkzeugmaschinenbaus bezog, darunter alle Schwerpunktbetriebe, die - im Vergleich zu den anderen Betrieben des Industriezweiges - sicherlich eine weitaus höhere Planauflage hatten.

Allerdings ist die Dynamik des Wachstums im Werkzeugmaschinenbau ausgeprägter. Die Wachstumsrate 1954/55 betrug

- im Werkzeugmaschinenbau 14,4 Prozent der Jahre 1951/53,
- im Maschinenbau 46,9 Prozent der Jahre 1951/53,
- in der Industrie insgesamt 55,9 Prozent der Jahre 1951/53.

Daraus läßt sich schließen, daß für die differenzierten Wachstumsraten beim Werkzeugmaschinenbau sowohl allgemeine als auch industriezweigspezifische Gründe vorgelegen haben.

Eine wesentliche allgemeine Ursache für die Verringerung der Wachstumsraten bestand darin, daß 1953 im Zusammenhang mit dem "neuen Kurs" die Investitionen in der Produktionsmittelindustrie reduziert wurden.⁴³ Die im Volkswirtschaftsplan 1953 vorgesehenen Investitionen in der Schwerindustrie wurden entsprechend einem Beschluß der 14. Tagung des ZK der SED vom Juli 1953 um 600 Millionen DM gekürzt,⁴⁴ um ein schnelleres Ansteigen des Lebensstandards durch den Ausbau der Konsumgüterindustrie zu sichern. Wenn gleichzeitig im Beschluß über die Abänderung des Jahresplanes 1953 betont wurde, daß das Ministerium für Schwermaschinenbau die Produktion von Ausrüstungen für die Energiewirtschaft und den Braunkohlenbergbau "in verstärktem Tempo" fortzuführen habe,⁴⁵ läßt sich das Ausmaß der Reduzierungen für die übrigen Zweige des Schwermaschinenbaus, also auch für den Werkzeugmaschinenbau in seiner ganzen Bedeutung erfassen. Die Einschränkung der Investitionstätigkeit in vielen Bereichen der Schwerindustrie sollte auch in den folgenden Jahren fortgesetzt werden. Dazu erklärte Otto Grotewohl auf der 14. Tagung des ZK der SED im Juli 1953: "In den Jahren 1954 und 1955 sind jeweils mindestens zwei Mrd. DM weniger Investitionen vorzusehen, als im Volkswirtschaftsplan des Jahres 1953 festgelegt sind. Die Reduzierung hat in der Hauptsache auf dem Gebiete der Metallurgie, des Erzbergbaus und des Schwermaschinenbaus zu erfolgen."⁴⁶ In der Entschließung der 14. Tagung wurden diesbezügliche Änderungen des Perspektivplanes noch einmal ausdrücklich bekräftigt: "Für die Jahre 1954 und 1955 sind die Investitionen im Hüttenwesen, im Erzbergbau, im Maschinenbau, in der Chemie und in der Baustoffindustrie gegenüber dem Fünfjahrplan wesentlich zu kürzen."⁴⁷

Die Mitte 1953 vorgenommene Streichung von Investitionen im Werkzeugmaschinenbau wirkte sich 1954 in der Produktion aus, nachdem die Vollendung der laufenden umfangreichen Investitionen 1953 noch einen beträchtlichen Kapazitäts- und damit auch Produktionszuwachs gebracht hatte.⁴⁸ Damit ist allerdings das (nochmalige) scharfe Absinken der Zuwachsraten im Jahre 1955, ihre Umkehrung in negatives Wachstum, nicht zu erklären. Für den (vorübergehenden) Rückgang der Wachstumsraten im Werkzeugmaschinenbau gab es also weitere, speziell in diesem Zweig begründete Ursachen, die erklären, warum seine Zuwachsraten 1954/55 im Vergleich zu 1951/53 weitaus stärker differierten als im Maschinenbau insgesamt, den die Investitionskürzungen im Rahmen des neuen Kurses doch ebenfalls trafen. Diese besonderen Ursachen liegen in der Entwicklung des in- und ausländischen Bedarfs und daraus resultierenden Veränderungen in der Produktions- und Exportstruktur.

43 Vgl. dazu detaillierter Czerny, Jochen, Die Herausbildung sozialistischer Kollektive und Arbeiterpersönlichkeiten beim Aufbau des Eisenhüttenkombinats Ost (EKO) 1950 - 1952, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 17, Berlin 1977, S. 426 ff.

44 Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (im folgenden: GBl.) 1953, S. 1048.

45 Ebenda.

46 Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei, Berlin 1953, S. 44.

47 Ebenda, S. 116.

48 ZStA, SÖ Nr. 37.

Tabelle 6

Entwicklung der Produktionsstruktur des Werkzeugmaschinenbaus während des ersten Fünfjahrplanes (1951 bis 1955)⁺

Jahr	Werkzeugmaschinen insgesamt		Schwere Werkzeugmaschinen		Mittlere und leichte Werkzeugmaschinen		Vorrangigkeit des Wachstums schwerer Werkzeugmaschinen ⁺⁺
	jährliches Wachstum in %	Anteil in %	jährliches Wachstum in %	Anteil in %	jährliches Wachstum in %	Anteil in %	
1950	.	100	.	14,3	.	85,7	.
1951	32,5	100	59,0	17,2	28,9	82,8	2,0
1952	17	100	39,0	20,4	12,1	79,6	3,2
1953	34	100	63,8	25,0	26,3	75,0	2,4
1954	11	100	21,3	27,3	8,3	72,7	2,6
1955	-3	100	-20,7	25,4	-0,7	74,6	.

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37.

++ Wachstum mittlerer und leichter Werkzeugmaschinen = 1.

Entsprechend den Aufgabenstellungen des ersten Fünfjahrplanes und der Zielstellungen der Jahrespläne 1951, 1952 und 1953⁴⁹ wurden in der DDR vorrangig schwere Werkzeugmaschinen gebaut.

Die Produktion schwerer Werkzeugmaschinen erhöhte sich zwei- bis dreimal so schnell wie die leichter und mittlerer Werkzeugmaschinen. In rasch wachsender Anzahl wurden sie auch in andere sozialistische Länder exportiert.

Tabelle 7

Der Export des Werkzeugmaschinenbaus während des ersten Fünfjahrplanes (1951 bis 1955)⁺

Jahr	Exportvolumen	Anteil des Exports an der Warenproduktion in %	Anteil am Gesamtexport	
			sozialistische Länder in %	kapitalistische Länder in %
	1950 = 100			
1951	165	35,0	96	4
1952	253	42,8	97	3
1953	406	53,0	96	4
1954	539	61,3	93	7
1955	514	56,4	85	15

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37.

49 GBL. 1951, S. 187; GBL. 1952, S. 111, 1319.

Nach wie vor gingen die Exporte vorwiegend in die UdSSR, dann folgten die VR China, die VR Rumänien und die VR Polen.⁵⁰ Die Strukturänderung zugunsten schwerer Werkzeugmaschinen setzte sich auch 1954 bei gleichzeitiger beträchtlicher Verringerung der Zuwachsraten sowohl bei schweren als auch bei mittleren und leichten Werkzeugmaschinen fort. Im Jahre 1955 trat - bei generellem Rückgang der Produktion von Werkzeugmaschinen - eine Umkehrung des Strukturverhältnisses ein, das heißt, die Produktion mittlerer und leichter Werkzeugmaschinen sank um weniger als ein Hundertstel, die schwerer Werkzeugmaschinen dagegen um ein Fünftel.⁵¹ Erstmals in der Geschichte des sozialistischen Werkzeugmaschinenbaus verringerte sich auch der Export (um 4,7 Prozent). Betroffen waren in erster Linie schwere Werkzeugmaschinen. Die Umkehrung des bisherigen Struktur Trends war darauf zurückzuführen, daß die enorme Steigerung der Produktion schwerer Werkzeugmaschinen bis Ende 1954 offensichtlich zu einer raschen Abdeckung des nationalen und internationalen Bedarfs geführt hatte. Wenn diese Situation trotz Investitionskürzungen und damit geringerem Wachstum, als es vorgesehen war, bereits vor Ende des Fünfjahrplanes eintrat, dann waren die Planaufgaben in ihrer grundsätzlichen Zielstellung (beschleunigte Produktion schwerer Werkzeugmaschinen) zwar richtig, gingen aber in ihrer quantitativen Festlegung über das Ziel hinaus.

Eine funktionstüchtige Absatzorganisation, die die veränderte Bedarfssituation im In- und Ausland frühzeitiger hätte signalisieren und rechtzeitig auf Produktionsumstellungen hätte dringen können, besaß der Werkzeugmaschinenbau damals noch nicht, wie überhaupt der Absatzorganisation in den Nachkriegsjahren angesichts des überaus großen Mangels an Werkzeugmaschinen in der DDR, aber auch auf dem Weltmarkt wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden war.⁵²

Im Ergebnis ungenauer Bedarfs einschätzung entstanden in den Schwerpunktbetrieben gegen Ende des ersten Fünfjahrplanes Überkapazitäten.⁵³ Um die vorhandenen Grundmittel auszulasten, wurden Produktionsumstellungen zugunsten kleiner und mittlerer Werkzeugmaschinen sowie von Maschinen der spanabhebenden auf die der spanlosen Formung notwendig. Dabei waren Produktivitäts- und damit auch Produktionseinbußen unvermeidlich.⁵⁴

Ein anschauliches Beispiel für das Ausmaß der Umstellungen bietet der VEB Modul, Karl-Marx-Stadt, einer der Schwerpunktbetriebe des ersten Fünfjahrplanes. Von 1953 bis 1954 hatte sich seine Produktion überwiegend schwerer Werkzeugmaschinen, insbesondere schwerer Verzahnungsmaschinen, noch um 46 Prozent erhöht, 1955 fiel sie auf das Niveau von 1953 zurück, und erst 1957 wurde (bei Veränderung der Produktionsstruktur zugunsten der Herstellung von Pressen und Schleifen) das Produktionsvolumen des Jahres 1954 annähernd wieder erreicht.⁵⁵

50 ZStA, SÖ Nr. 37.

51 Nach Michael trat dieser Umschwung bereits 1954 ein. Er schreibt: "Seit dem Jahre 1954 wurde gegenüber den Vorjahren besonders die Produktion von kleinen und mittleren weitgehend automatisierten Werkzeugmaschinen und solchen für spanlose Verformung erhöht." (Michael, Helmut, Die Entwicklung der Volkswirtschaftsplanung in der Periode des ersten Fünfjahrplanes, in: Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1956, Berlin 1956, S. 172.) Diese Datierung ist offensichtlich falsch. Ob von Michael eine 1954 beabsichtigte Produktionsumstellung zugrunde gelegt wurde, läßt sich nicht feststellen, da der Volkswirtschaftsplan 1954 nicht veröffentlicht wurde.

52 Vgl. dazu Otto, Günter, a. a. O., S. 96.

53 ZStA, SÖ Nr. 55.

54 ZStA, E-1 Nr. 43524.

55 ZStA, SÖ Nr. 37.

Eine ähnliche Situation wie im VEB Modul entstand zur gleichen Zeit im VEB Großdrehmaschinenwerk "8. Mai" Karl-Marx-Stadt (Einschränkung der Produktion schwerer Spitzendrehmaschinen zugunsten mittlerer Spitzendrehmaschinen und Aufnahme der Produktion von Revolverdrehmaschinen), im VEB Großdrehmaschinenbau "7. Oktober" Berlin (Verringerung der Produktion großer zugunsten mittlerer und kleiner Karusselldrehmaschinen), im VEB Union Gera und VEB Werkzeugmaschinenfabrik Aschersleben (Reduzierung der Produktion schwerer Bohrwerke und Hobelmaschinen zugunsten der Produktion von Maschinen der Umformtechnik).⁵⁶

Der Beschluß über die Abänderung des Fünfjahrplanes forderte, die in der Schwerindustrie frei werdenden Kapazitäten für die Erweiterung des Exports zu verwenden.⁵⁷ Auf dem Weltmarkt wurden in zunehmendem Maße hohe Anforderungen an die Qualität und Einsatzfähigkeit der Werkzeugmaschinen gestellt. Die Werk tätigen des Werkzeugmaschinenbaus nutzten einen bestimmten Teil der freiwerdenden Kapazitäten zur beschleunigten Erhöhung des Ausstoßes hochproduktiver Werkzeugmaschinen, von Werkzeugmaschinen mit hoher Bearbeitungsgenauigkeit und mit einem hohen Kompliziertheitsgrad.

Tabelle 8

Entwicklung der Produktionsstruktur im Werkzeugmaschinenbau während des ersten Fünfjahrplanes⁺
(in Prozent der Gesamtproduktion von Werkzeugmaschinen)

Jahr	Anteil schwerer Werkzeugmaschinen	Anteil hochproduktiver Werkzeugmaschinen
1950	14,3	2,5
1951	17,2	2,8
1952	20,4	4,1
1953	25,0	4,8
1954	27,3	8,1
1955	25,4	8,2

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37.

Im Interesse der erneuten Erhöhung des leicht zurückgegangenen Exports erfolgte 1955 auch eine nochmalige Steigerung der Produktion von Werkzeugmaschinen der Umformtechnik.⁵⁸

3. Der zweite Fünfjahrplan

3.1. Die Produktionsaufgaben

Im Unterschied zum ersten Fünfjahrplan sah der zweite von vornherein ein vorrangiges Wachstum des Industriezweiges Werkzeugmaschinenbau sowohl gegenüber der Industrie insgesamt (auf 137,2 Prozent) als auch gegenüber dem Maschinenbau (auf 153,0 Prozent)

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Vgl. GBL. 1953, S. 1048.

⁵⁸ ZStA, SÖ Nr. 37.

vor.⁵⁹ Besonders rasch sollte die Produktion spannender Werkzeugmaschinen wachsen (auf 296 Prozent gegenüber 180 Prozent bei Maschinen spanloser Formung).⁶⁰ Das Entwicklungstempo des gesamten Werkzeugmaschinenbaus wurde höher festgelegt als im ersten Fünfjahrplan.⁶¹

Die Motive für das vorrangige Wachstum des Werkzeugmaschinenbaus hatten sich allerdings gewandelt. Ging es im ersten Fünfjahrplan entsprechend seiner Hauptaufgabe in erster Linie um die Neuaufnahme der Herstellung von Erzeugnissen, die dem Mangel an bestimmten Maschinentypen in der DDR und dem sozialistischen Lager abhelfen und auf diese Weise den dringendsten Bedarf befriedigen sollten, so standen die Anforderungen an den Werkzeugmaschinenbau im Perspektivplanzeitraum 1956 bis 1960 ganz im Zeichen der Hauptaufgabe des zweiten Fünfjahresplan: "Das technische Niveau der Industrieproduktion ist zu verbessern. Die Anwendung der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik als entscheidende Hebel für die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität ist zu sichern."⁶²

Aus diesem Grunde hatte der Industriezweig Werkzeugmaschinenbau die Produktion "stark zu steigern, um die Modernisierung vieler Industrie- und Wirtschaftszweige zu beschleunigen und eine Steigerung des Exports solcher Erzeugnisse zu ermöglichen."⁶³

Ein wesentlicher Beitrag zur Verwirklichung der Perspektivplanaufgaben wurde durch den Auf- bzw. Ausbau der Betriebe VEB Werkzeugmaschinenfabrik Vogtland, Plauen, VEB Werkzeugmaschinenfabrik Magdeburg und VEB Centex Leipzig, Hersteller hochproduktiver Standard- und Spezialwerkzeugmaschinen, sowie durch den Ausbau des VEB Werkzeugmaschinenfabrik "Hermann Schlimme", Berlin, als alleinigem Produzenten von Erzeugnissen der Elektrobearbeitungstechnik geleistet.⁶⁴

3.2. Wachstum der Produktion und Veränderung der Produktionsstruktur

Die Produktionsentwicklung in den 34 untersuchten Betrieben des Werkzeugmaschinenbaus war in den Jahren 1956 bis 1959 - wie in der Zeit des ersten Fünfjahresplan - durch hohe Wachstumsraten gekennzeichnet.

Das durchschnittliche jährliche Wachstum der Gesamtproduktion lag etwa bei, das der eigentlichen Werkzeugmaschinenproduktion beachtlich über den Werten für den ersten Fünfjahrplan. Die schnellere Entwicklung der eigentlichen Werkzeugmaschinenproduktion innerhalb der Betriebe der späteren VVB Werkzeugmaschinen war auf Produktionsbereinigungen zurückzuführen, die seit Beginn des zweiten Fünfjahresplan verstärkt durchgeführt wurden.⁶⁵

59 Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1956 - 1960, in: GBl. I 1958, S. 44 f., 46.

60 Ebenda, S. 44.

61 Ebenda.

62 Ebenda, S. 42.

63 Ebenda, S. 46.

64 ZStA, E-1 Nr. 43524.

65 ZStA, SÖ Nr. 37.

Tabelle 9

Die Produktionsentwicklung im Werkzeugmaschinenbau während des zweiten Fünfjahrplanes⁺

Jahr	Gesamtproduktion ⁺⁺		Produktion von Werkzeugmaschinen	
	(1955 = 100)	jährliches Wachstum (in %)	Index (1955 = 100)	jährliches Wachstum (in %)
1956	124	24,1	140	40,3
1957	133	6,9	156	11,6
1958	156	17,4	190	21,6
1959	181	16,2	222	16,6

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37. - Die den Berechnungen zugrundeliegenden Indexzahlen wurden aufgerundet.

++ Einschließlich zweigfremder Produkte.

Ein Vergleich des Wachstumstempos der Werkzeugmaschinenproduktion mit der des Schwermaschinenbaus, des gesamten Maschinenbaus und der Industrie insgesamt zeigt zunächst wie im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes das vorrangige Wachstum der Produktion von Werkzeugmaschinen.

Tabelle 10

Produktion von Werkzeugmaschinen während des zweiten Fünfjahrplanes im Vergleich zur Industrie insgesamt⁺
(1955 = 100)

Jahr	Werkzeug- maschinen	Maschinen- u. Fahrzeugbau	Schwer- maschinenbau	Industrie insgesamt
1956	140	110	109	107
1957	156	118	117	115
1958	190	133	128	128
1959	222	158	150	144

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1957, Berlin 1957, S. 55; dasselbe 1958, Berlin 1958, S. 121; dasselbe 1959, Berlin 1959, S. 139; dasselbe 1960, Berlin 1960, S. 149.

Die Unterschiede zum Zeitraum 1951 bis 1955 lagen erstens darin, daß der Werkzeugmaschinenbau noch rascher wuchs und der Grad seiner Vorrangigkeit noch ausgeprägter war - was auch von den Planaufgaben her erwartet werden konnte -, und zweitens, daß der Werkzeugmaschinenbau diese hohen Zuwachsraten nicht aufgrund der besonderen Förderung des Schwermaschinenbaus insgesamt erreichte, sondern unabhängig von ihr aufgrund der Anforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Eine Analyse der Entwicklung der Produktionsstruktur innerhalb des Werkzeugmaschinenbaus unterstreicht diese Feststellung.

Tabelle 11

Entwicklung der Produktionsstruktur von Werkzeugmaschinen während des zweiten Fünfjahresplanes⁺

(Anteil an der Produktion des Werkzeugmaschinenbaus in Prozent)

Jahr	Nach der Größe		Nach der Art der Formgebung		Nach der Produktivität	
	schwere Werkzeugmaschinen	mittlere u. leichte Werkzeugmaschinen	spanabhebende Formung	spanlose Formung	hochproduktive Werkzeugmaschinen	sonstige Werkzeugmaschinen
1955	25,4	74,6	56	44	8,2	91,8
1956	19,3	80,7	.	.	9,4	90,6
1957	21,2	78,8	.	.	10,2	89,6
1958	22,0	78,0	66	34	10,9	89,1
1959	.	.	68	32		

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37.

Einen noch detaillierteren Überblick über die Entwicklung der Produktionsstruktur gibt die Tabelle 12.

Tabelle 12

Vorrangigkeit des Wachstums ausgewählter Gruppen von Werkzeugmaschinen⁺ gegenüber der Gesamtproduktion von Werkzeugmaschinen im Werkzeugmaschinenbau während des zweiten Fünfjahresplanes⁺⁺

	Index 1958 (1955 = 100)	Werkzeugmaschinen- zuwachs 1956 - 1958 = 1,0
Werkzeugmaschinen insgesamt	190	1,000
Schwere Werkzeugmaschinen	170	0,894
Mittlere und leichte Werkzeugmaschinen	199	1,047
Werkzeugmaschinen mit hohem Kompliziertheitsgrad	212	1,115
Spanabhebende Werkzeugmaschinen	225	1,184
Hochproduktive Werkzeugmaschinen	274	1,442

+ Die einzelnen Gruppen überlappen sich teilweise.

++ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37.

Was die Proportionen zwischen der Herstellung schwerer, mittlerer und leichter sowie hochproduktiver Werkzeugmaschinen betrifft, setzte sich der durch die Umstellungen in den beiden letzten Jahren des ersten Fünfjahrplanes erzeugte Trend entsprechend den Aufgabenstellungen des zweiten Fünfjahrplanes fort. Die Versorgung des Binnenmarktes und der Export konnten nunmehr auch durch eine sich rasch entwickelnde Absatzorganisation besser gewährleistet werden als in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre.⁶⁶

Tabelle 13

Der Export des Werkzeugmaschinenbaus während des zweiten Fünfjahrplanes⁺

Jahr	Export- volumen (1955 = 100)	Anteil des Exports an der Warenproduktion		Anteil am Gesamtexport	
		in %	in %	sozialistische Länder in %	kapitalistische Länder in %
1956	124	55,7		79	21
1957	122	54,0		83	17
1958	146	55,5		88	12
1959	167	55,4		88	12

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37.

Als Importland von Werkzeugmaschinen aus der DDR nahm die Sowjetunion weiterhin die Spitzenposition ein, an zweiter Stelle lag jetzt die ČSSR, ihr folgten die VR Polen und die VR China.⁶⁷

Eine Umkehr des Trends gegenüber den Vorjahren zeigte sich dagegen im Verhältnis der Herstellung von Werkzeugmaschinen zur spanabhebenden und spanlosen Formung. Das schnellere Wachstum von spanabhebenden Werkzeugmaschinen war im Fünfjahrplandokument festgelegt worden.⁶⁸ Das langsame Wachstum der Produktion von Maschinen der Umformtechnik, die im Gebrauch weniger materialintensiv sind als die der spanabhebenden Formgebung, scheint auf den ersten Blick im Widerspruch zu der Forderung des Fünfjahrplanes und der Jahrespläne nach erhöhter Materialökonomie zu stehen.⁶⁹ Eine stärkere Belieferung der DDR-Industrie mit Werkzeugmaschinen der Umformtechnik sollte jedoch nicht nur durch Produktionssteigerungen, sondern auch durch Verringerung der übermäßig hohen Exportquote erfolgen.⁷⁰ Der Exportanteil der Werkzeugmaschinen für Umformtechnik konnte im Laufe des zweiten Fünfjahrplanes (bei steigendem Exportvolumen) von 65,0 Prozent 1955 auf 49,4 Prozent 1957 und 50,1 Prozent 1959 gesenkt werden.⁷¹

Im Unterschied zum ersten Fünfjahrplan haben Strukturwandlungen die Dynamik des Produktionswachstums nicht wesentlich beeinflusst. Die jährlichen Steigerungsraten sind auch ausgeglichener. Trotzdem ist der Unterschied zwischen den einzelnen Jahren noch beträchtlich. Ein Vergleich mit dem Maschinenbau und der Industrie insgesamt zeigt Gemeinsamkeiten (den Aufschwung von 1957 zu 1958), aber auch Unterschiede (das hohe

⁶⁶ Otto, Günter, a. a. O., S. 96.

⁶⁷ ZStA, SÖ Nr. 37.

⁶⁸ Vgl. Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan ..., a. a. O., S. 41.

⁶⁹ Ebenda, S. 41.

⁷⁰ ZStA, SÖ Nr. 37.

⁷¹ Ebenda.

Wachstum 1956, das höchste während des zweiten Fünfjahrplanes überhaupt, das leichte Absinken der Zuwachsraten 1959 gegenüber 1958).

Tabelle 14

Dynamik des jährlichen Wachstums der Produktion von Werkzeugmaschinen während des zweiten Fünfjahrplanes im Vergleich zur Industrie insgesamt⁺ (in %)

Jahr	Werkzeug- maschinen	Maschinen- u. Fahrzeugbau	Schwerma- schinenbau	Industrie insgesamt
1956	40,3	10,0	9,0	7,6
1957	11,6	7,3	7,4	7,6
1958	21,6	12,7	9,5	11,3
1959	16,6	18,8	16,8	12,6

+ Berechnet nach Zentrales Staatsarchiv, SÖ Nr. 37; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1958, Berlin 1958, S. 121; dasselbe 1959, Berlin 1959, S. 139; dasselbe 1960, Berlin 1960, S. 149; dasselbe 1968, Berlin 1968, S. 115.

In den Jahren 1956 und 1959 haben besondere Entwicklungen im Werkzeugmaschinenbau anscheinend allgemeine Wachstumstendenzen überlagert.

Die Produktionsergebnisse im Werkzeugmaschinenbau 1956 sind in engem Zusammenhang mit den Ereignissen des Jahres 1955 zu sehen. Unzureichende Kapazitätsauslastungen und Schwierigkeiten, die mit Produktionsumstellungen entsprechend dem veränderten Bedarf verbunden waren, hatten zu einem Rückgang geführt. Im Jahre 1956 waren die Schwierigkeiten überwunden, die Kapazität war in den meisten Betrieben wieder ausgelastet.⁷² Augenscheinlich traf auch aufgrund der gewissermaßen im Vorlauf geklärten weiteren Perspektive des Werkzeugmaschinenbaus die 1956 und auch noch 1957 für den Maschinenbau charakteristische ungünstige Auftragsauslastung, die durch die verspätete Annahme der Direktive (März 1956) und des Gesetzes über den zweiten Fünfjahrplan (Januar 1958) sowie die nur zögernde Verwirklichung der auf der VII. RGW-Tagung im Mai 1956 gefaßten Beschlüsse zur internationalen Spezialisierung auf dem Gebiet des Maschinenbaus⁷³ hervorgerufen wurde, auf den Werkzeugmaschinenbau nicht zu. Trotzdem bleibt der hohe Zuwachs 1956 angesichts der im Maschinenbau generell sehr angespannten Materialsituation 1956 und auch noch 1957 erstaunlich.⁷⁴ Möglicherweise wurden Materialvorräte, die 1955 zur Verfügung gestellt wurden, in jenem Jahr aber infolge der Produktionsumstellungen nicht verarbeitet werden konnten, aufgebraucht.

⁷² Ebenda.

⁷³ Vgl. dazu ausführlich Münch, Hans, Zur Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung zwischen den RGW-Ländern im Werkzeugmaschinenbau (1956 - 1962), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 20, Berlin 1979, S. 245 ff.

⁷⁴ Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 298 f.

Der leichte Rückgang der Wachstumsraten 1959 im Vergleich zu 1958 bei einer generell entgegengesetzten Tendenz im Maschinenbau und in der Industrie war nicht geplant.⁷⁵ Die Nichterfüllung des Planes war unter anderem auf unzureichende Zulieferungen, zum Beispiel bei Erzeugnissen der Elektroindustrie, verschiedenen Normteilen, Genauigkeitswälzlagern, Hydraulikaggregaten, Wellen- und Lippendichtungen usw., zurückzuführen;⁷⁶ ferner auf Anlaufschwierigkeiten bei Neuentwicklungen, die einen relativ hohen Anteil an der Gesamtproduktion ausmachten.⁷⁷

4. Schlußfolgerungen

Aus der vorgelegten Analyse ergibt sich, daß eine Reihe von Großbetrieben des Werkzeugmaschinenbaus bereits während des Zweijahrplanes, die überwiegende Mehrheit seit Beginn des ersten Fünfjahrplanes einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der Aufgabe der sozialistischen Industrialisierung in der DDR - und (als Exportzweig) auch in der Sowjetunion und den Volksdemokratien - leisteten. Während generell als Kriterium für die Beendigung der Wiederherstellungsperiode durchaus der Zeitpunkt zu akzeptieren ist, zu dem die Volkswirtschaft das Vorkriegsniveau erreichte⁷⁸, liegt dieser Punkt in dem von Zerstörungen und Demontagen besonders betroffenen Werkzeugmaschinenbau später. Barthels Auffassung, daß im Zweijahrplan "Elemente des Wiederaufbaus mit Elementen des Neuaufbaus verschmolzen waren",⁷⁹ wird durch die Entwicklung des Werkzeugmaschinenbaus bestätigt. Seine These, "daß wichtige ökonomische Prozesse, die mit der Beendigung der Wiederherstellungsperiode im allgemeinen, im einzelnen noch nicht abgeschlossen waren und weit in die fünfziger Jahre hinüberreichten",⁸⁰ trifft für den Werkzeugmaschinenbau dagegen nicht zu. Die Untersuchungsergebnisse für andere Industrie- bzw. Wirtschaftszweige stehen noch aus.⁸¹

75 ZStA, SÖ Nr. 37.

76 Ebenda.

77 Ebenda.

78 Vgl. Müller, Hans/Reißig, Karl, Wirtschaftswunder DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1968, S. 171 ff., 178 ff.; Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945 - 1949/50, Berlin 1979, S. 132 ff.; Roesler, Jörg, Wiederherstellungsperiode und Wirtschaftspläne (1945 - 1949/50), in: Jahrbuch für die Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 21/1, Berlin 1977.

79 Barthel, Horst, a. a. O., S. 148.

80 Ebenda, S. 176.

81 Es handelt sich um die - vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Akkumulation - "gebenden" Wirtschafts- bzw. Industriezweige, über die Heinrich Rau, in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre überwiegend mit koordinierenden Funktionen in der zentralen Wirtschaftsleitung betraut, schrieb: "Es kann sogar im Interesse der raschen Entwicklung und Entfaltung der Schwerindustrie notwendig sein, und zwar zeitweilig notwendig sein, die Mittel auf den Ausbau der Metallindustrie zu konzentrieren und die Leichtindustrie und die anderen Industriezweige vorübergehend aus der Akkumulation auszuschalten. In den ersten Jahren des Fünfjahrplanes und in der Zeit des Zweijahrplanes, also von 1948 bis 1953, haben wir in unserem Lande weitgehend so gehandelt, mit Recht so gehandelt". (Rau, Heinrich, Die führende Rolle der Industrie in der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Die Bedeutung der Schwerindustrie, Kleinmachnow 1955, S. 14 f.)

Sehr aufschlußreich sind die Ergebnisse der Analyse des Werkzeugmaschinenbaus für die Diskussion über das Verhältnis von "Rekonstruktion" und "sozialistischer Industrialisierung" in der DDR-Wirtschaft während der fünfziger Jahre. Letztlich beruht die Auffassung von der Sonderstellung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in der DDR gegenüber anderen Volksdemokratien in dieser Zeit auf der Gegenüberstellung beider wirtschaftshistorischer Kategorien und der Einschätzung der Veränderungen in der Industrie der DDR während der fünfziger Jahre als "Rekonstruktionen".⁸²

Die während des ersten und des zweiten Fünfjahrplanes im Werkzeugmaschinenbau realisierten Kapazitätserweiterungen dürften schwerlich als "Rekonstruktion" bezeichnet werden können. Die typischen Merkmale der sozialistischen Industrialisierung in ihrem klassischen Bereich, der Schwerindustrie - Aufwendung großer Investitionsmittel zur Erreichung eines raschen, vorrangigen Produktionswachstums mit dem Ziel, den Produktionsausstoß in den Zweigen der Abteilung A zu maximieren -, lassen sich für die erste Hälfte der fünfziger Jahre ohne weiteres erkennen.⁸³ Es fällt - zumindest aufgrund der Produktionsanalyse - jedoch schwer, quantitativ exakt eine eindeutige Grenze zwischen "Neuaufbau" und "Rekonstruktion" im Werkzeugmaschinenbau zu ziehen. Dabei fragt sich angesichts dieser Schwierigkeit selbst im mikroökonomischen Bereich, ob eine Gegenüberstellung von sozialistischer Industrialisierung und Rekonstruktion überhaupt möglich und ob sie zweckmäßig ist.

Ein fruchtbarer Ansatzpunkt wäre es, die Frage aufzuwerfen, welcher der beiden Kategorien das Primat zukommt. Es wäre also einzuschätzen, ob die Rekonstruktionen dem Neuaufbau untergeordnet sind, das heißt, ob überall dort, wo es an Mitteln für den Neuaufbau fehlte, Rekonstruktionen durchgeführt werden mußten oder ob die Rekonstruktion der Hauptweg war, der nur in extrem ungünstigen Fällen durch den Neuaufbau ergänzt wurde.

Der Vorschlag von Renate Schultze, "die sozialistische Rekonstruktion nicht als Alternative zur sozialistischen Industrialisierung, sondern als eine spezifische Form derselben" zu betrachten⁸⁴, erscheint unter diesem Aspekt für weitere Industriezweiguntersuchungen als nützlicher Ausgangspunkt.

82 Vgl. Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1: Die Entstehung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, Berlin 1967, S. 151 f. - Leider wurde weder von den Autoren dieses Buches noch von denjenigen, die dieser Auffassung folgten, eine exakte Abgrenzung des Rekonstruktionsbegriffes vom "Neuaufbau" vorgenommen.

83 Vgl. Rau, Heinrich, a. a. O., S. 11 ff.

84 Schultze, Renate, a. a. O., S. 55. - Die Autorin stützt sich in ihren Ausführungen auf in der Geschichte der SED niedergelegte Erkenntnisse. (Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin 1978, S. 298 f.)

Zum Verhältnis von Feudalismus und Kapitalismus
in Lateinamerika -
das Beispiel der Großgrundbesitzverhältnisse
in der Landwirtschaft Chiles

von Arnold Voigt

1. Die Fragestellung
2. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der chilenischen Landwirtschaft; historische Aspekte
3. Zum Verhältnis feudalistischer und kapitalistischer Ausbeutung innerhalb des Latifundio-Minifundio-Komplexes
 - 3.1. Zum Charakter des Latifundio-Minifundio-Komplexes
 - 3.2. Die Ausbeutungsformen
 - 3.3. Der Paternalismus - Relikt des Feudalismus im Latifundio-Minifundio-Komplex
 - 3.4. Ausbeutung und ländliche Klassenstruktur

1. Die Fragestellung

Eine zentrale Aufgabe der von der antiimperialistischen Befreiungsbewegung in Lateinamerika durchzuführenden sozialökonomischen Umwälzungen ist die Lösung der Agrarfrage. Bis in die Gegenwart hinein stellen die Großgrundbesitzverhältnisse das bestimmende Element in der Agrarstruktur Lateinamerikas dar. Diese Verhältnisse tragen heute einen überwiegend kapitalistischen Charakter, obwohl sie in den einzelnen Ländern unterschiedlich noch von Elementen des Feudalismus durchsetzt und mit ihnen verflochten sind. Unter marxistischen und nichtmarxistischen Wissenschaftlern Lateinamerikas gibt es sowohl Tendenzen der Unterbewertung des kapitalistischen Elements innerhalb der Großgrundbesitzverhältnisse als auch vor allem von Ultralinken verfochtene verabsolutierte Auffassungen zur kapitalistischen Entwicklung dieses Bereiches. Anliegen dieser Arbeit ist es, aus marxistischer Sicht einen Beitrag zur Bestimmung der Großgrundbesitzverhältnisse in einem lateinamerikanischen Land, in Chile, zu leisten und damit die Diskussion der progressiven Kräfte in Lateinamerika über den Charakter der Agrarverhältnisse anzuregen. Dabei wird vor allem die Auseinandersetzung mit linksextremistischen Konzeptionen gesucht, die sich sehr stark auf Chile konzentrieren, wo die Entwicklung von Revolution und Konterrevolution im gesamtgesellschaftlichen Maßstab sehr eng mit den Auseinandersetzungen um die Lösung der Agrarfrage verbunden ist.

In der Lateinamerika betreffenden zeitgenössischen Geschichtsliteratur gehen ultralinke Theorien von dem Postulat eines von vornherein kapitalistischen Charakters der Kolonisierung Lateinamerikas aus. Frank, einer der prominentesten Vertreter der lateinamerikanischen Ultralinken, gibt selbst die Antwort auf die Frage nach den Hintergründen einer solchen Theorie: "Die Auffassungen zu dieser Frage sind direkt mit der politischen Strategie zur nationalen Befreiung und zur demokratischen oder sozialistischen Revolution verbunden."¹

Die Auffassungen Franks von einer mit der Kolonisierung beginnenden und vorherrschenden kapitalistischen Entwicklung Lateinamerikas unter Negierung des Überlebens starker vor-kapitalistischer feudaler Elemente mit entsprechendem Einfluß auf die sozialökonomischen Prozesse führen zwangsläufig zu der linksrevisionistischen Konzeption, daß der einzig mögliche Charakter der Revolution in Lateinamerika ein sozialistischer sein könne. Damit wird die Bedeutung der antiimperialistisch-demokratischen Massenbündnisse für Lateinamerika ebenso negiert wie die Notwendigkeit von Annäherungsphasen an die Revolution. Zeitweise Rückschläge der antiimperialistisch-demokratischen Einheitsfront-Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien ermuntern die Ultralinken dazu, verstärkt ihre irreführenden Theorien zu propagieren.

Die für den apostrophierten kapitalistischen Charakter der Kolonialwirtschaft Lateinamerikas angeführten Argumente²

- der Warencharakter der kolonialen Produktion und
- die enge Verbindung der peripheren Kolonien mit der weltweiten kapitalistischen Akkumulation

sind in dieser Absolutheit von den marxistischen Geschichtswissenschaftlern widerlegt worden.

"Jegliche Berufung der heutigen Linksradikalen auf den kapitalistischen Charakter, noch dazu im Namen des Marxismus, zeugt nicht nur von der relativen Unkenntnis von Marx' Äußerungen in ihrer Gesamtheit und insbesondere von Unverständnis für die Grundfragen der feudalen und kapitalistischen Ökonomie, Geldwirtschaft und merkantilistische Politik sind typische Ausdrucksformen spätfudaler Wirtschaftsentwicklung, die entstehende kapitalistische Elemente noch voll zu integrieren und mit ihrer Hilfe die feudale Produktionsweise sogar zeitweilig zu konsolidieren vermochte."³

1 Frank, André Gunder, L'accumulation Mondiale 1500 - 1800, Paris 1977, S. 43.

2 Vgl. hier z. B. derselbe, Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt (Main) 1968; derselbe, L' accumulation ..., a. a. O.; Vitale, Luis, Interpretación marxista de la historia de Chile, Santiago de Chile 1969,

3 Zeuske, Max, Zum Problem der Bestimmung der sozialökonomischen Formation. Ihre Stellung im ideologischen Kampf in Lateinamerika, in: Lateinamerika. Semesterbericht der Sektion Lateinamerikawissenschaften der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Herbstsemester 1976, S. 75; vgl. hierzu auch Uchner, Manfred, Lateinamerika. Schauplatz revolutionärer Kämpfe, Berlin 1975; Dessau, Adalbert, u. a., Lateinamerika im anti-imperialistischen Kampf, Berlin 1978, Kap. 1; Kossok, Manfred, Gemeinsamkeiten und Besonderheiten in der kolonial-geschichtlichen Entwicklung Lateinamerikas, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 6/1972; Guardia, Alexis, Feudalismus o capitalismo en la historia colonial de América Latina, in: Araucaria de Chile, Madrid, Nr. 4/1978.

Eine der tieferen Ursachen für die Fehlinterpretation der realen Situation Lateinamerikas und folglich für eine abenteuerliche Strategie des revolutionären Kampfes seitens der Ultralinken ist die Nichtanerkennung der vielfältigen und widersprüchlichen Verflechtung des Kapitalismus mit vorkapitalistischen, insbesondere kolonial-feudalen Überresten und Strukturelementen.

Eine Reihe von lateinamerikanischen Ländern, zu denen auch Chile gehört, weist heute ein mittleres Niveau der kapitalistischen Entwicklung auf⁴, mit einem allgemein höheren Stand der Produktivkraft-Entwicklung und der Kapitalakkumulation als in den meisten afrikanischen und asiatischen Ländern. Neben dem permanenten Entzug von Akkumulationsmitteln durch die imperialistische Ausbeutung hemmen traditionelle sozialökonomische Strukturen vorkapitalistischen Charakters sowie erhaltene gebliebene anachronistische Herrschaftssysteme vor allem auf dem Lande die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und des Kapitalismus.⁵ Ökonomische Rückständigkeit, volkswirtschaftliche Disproportionen und wachsende Abhängigkeit vom Imperialismus sind die weiteren Auswirkungen.

Bei den genannten vorkapitalistischen Elementen handelt es sich nicht schlechthin um feudale "Überreste", die sich der kapitalistischen Entwicklung in den Weg stellen, sondern darum, daß auch heute noch, in von Land zu Land unterschiedlichem Grad, die vorherrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit feudalen und halbfeudalen Produktionsverhältnissen verbunden sind.⁶

Die Spezifik der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft schließt ein, daß sich das feudale Element selbst im Prozeß der Zersetzung befindet, sich anpaßt und so überlebt und zum Teil sogar über einen langen Zeitraum einen starken Einfluß aufrechterhalten konnte.

Feudale oder halbfeudale Verhältnisse sind in Lateinamerika an die Existenz des Latifundismus⁷ als grundlegendes Strukturelement der lateinamerikanischen Agrarverfassungen geknüpft. Solange die Großgrundbesitzverhältnisse und die auf ihrer Basis weiter existierende Macht der Landaristokratie nicht aufgehoben wird, solange lassen sich auch die mächtigen feudalen Hemmnisse nicht liquidieren, die sich mit den dominierenden kapitalistischen Verhältnissen eng verflochten haben. Der Kapitalismus hat die Landwirtschaft

4 Vgl. Erklärung der Konferenz der Kommunistischen Parteien Lateinamerikas und des karibischen Raumes in Havanna vom 9. - 13. 6. 1975, in: Horizont, Nr. 30/1975.

5 Uschner, Manfred, a. a. O., S. 35.

6 Zeuske, Max, Zur Struktur der Landwirtschaft in Lateinamerika und zur Rolle der Bauernschaft, in: Deutsche Außenpolitik, Sonderh. 2/1971, S. 115.

7 Ein Latifundium ist im allgemeinen ein landwirtschaftlicher Betrieb unter Großgrundbesitzverhältnissen. Größe und relative Bedeutung sind in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern unterschiedlich. Es gibt keine feststehende Minimal- oder Maximaldimension. In der Regel liegt seine Größe zwischen 500 und 10 000 ha. Qualitative Veränderungen, die sich im Verlaufe der Jahrhunderte im Charakter des Latifundiums vollzogen, betreffen vor allem den wachsenden (nun dominierenden) Anteil kapitalistischer Verhältnisse in Relation zu feudalen bzw. halbfeudalen Verhältnissen. Ein Minifundium ist das Gegenstück oder Anhängsel des Latifundiums. Diese Kleinbetriebe sind in gewissem Sinne eine Existenzbedingung des Latifundiums, da sie einerseits ihren Besitzer an den Boden fesseln, ihn aber andererseits infolge ihrer Kleinheit zwingen, auf dem Latifundio Beschäftigung zu suchen. (Vgl. Zeuske, Max, Grundzüge der Agrarfrage in Lateinamerika, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 1/1963; Rural Settlement patterns and social change in Latin America, in: Economic Bulletin for Latin America, hg. v. United Nations, Nr. 1/1965.)

Lateinamerikas in unterschiedlichem Grad durchdrungen. Vor allem in den Ländern, in denen durch bürgerliche Agrarreformen die Überreste vorkapitalistischer Formationen zurückgedrängt bzw. zu kapitalistischen Verhältnissen transformiert wurden, gehen von den Produktionsverhältnissen in der Landwirtschaft Impulse für die kapitalistische Entwicklung aus, die die Industrialisierung und das wirtschaftliche Wachstum wesentlich fördern. Es kann generell festgestellt werden, daß sich auch die traditionellen Großgrundbesitzer immer mehr der kapitalistischen Entwicklung anpassen, investieren, die Ausbeutung in stärkerem Maße über Lohnarbeitsverhältnisse als über halbfeudale Pachtformen realisieren und sich so zunehmend in Agrarkapitalisten verwandeln. In dem Maße jedoch, wie innerhalb des Komplexes vielschichtiger Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft das vorkapitalistische, halbfeudale Element (auch zum Teil in einer angepaßten Form) überlebt, gehen von diesen Produktionsverhältnissen Wirkungen aus, die der sozialökonomische Entwicklung ihren Stempel aufdrücken und die in der Strategie und Taktik der progressiven Kräfte berücksichtigt werden müssen.

Eine der wichtigsten Fragen ist dabei die Untersuchung der konkreten historischen Tatbestände in den einzelnen Ländern. Ein exzellentes Beispiel zur Demonstration des Verhältnisses feudaler und kapitalistischer Elemente bietet der chilenische Latifundio-Minifundio-Komplex, das in der Landwirtschaft Chiles bis 1970 dominierende Produktionsverhältnis.⁸

Ineinander verflochtene Produktionsverhältnisse verschiedener sozialökonomischer Formationen und die daraus resultierenden Effekte auf die Entwicklung der Landwirtschaft lassen sich an diesem Beispiel besonders augenfällig verdeutlichen, weil hier in ein und demselben landwirtschaftlichen Betrieb kapitalistische und vorkapitalistische Verhältnisse mit ihren sich wechselseitig durchdringenden ökonomischen und sozialen Beziehungen in verschiedenen Übergangsformen existieren und aufeinander einwirken. Es kann davon ausgegangen werden, daß diese Verhältnisse vor allem hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die kapitalistische Entwicklung repräsentativ für eine Vielzahl lateinamerikanischer Länder sind, in denen trotz historisch bedingter Unterschiede die Agrarstruktur ähnliche Züge aufweist.

Es ist notwendig, den Einfluß feudaler und kapitalistischer Verhältnisse auf die Herausbildung und Entwicklung des Latifundio-Minifundio-Komplexes aus der geschichtlichen Entwicklung heraus richtig zu erfassen und die gleichzeitige Existenz und wechselseitige Durchdringung beider Elemente in diesem im chilenischen Agrarsektor dominierenden Bereich als Tatsache anzuerkennen. Die falsche Beurteilung dieser Prozesse und damit des Charakters des Latifundio-Minifundio-Komplexes führt zu abenteuerlichen Positionen in den Klassenauseinandersetzungen. Ein Beispiel dafür bietet Gunder Frank mit seiner einseitigen Interpretation der Entstehung der Hacienda:

"Es muß betont werden, daß wir das Entstehen der Hacienda nicht der 'encomienda' verdanken, noch weniger irgendwelchen Feudalinstitutionen, die die Spanier im 16. Jahrhundert mitgebracht haben mögen. Die Hacienda in Chile und ganz Lateinamerika und die Agrarstruktur müssen vielmehr auf die Ausbreitung und Entwicklung des Merkantil-Kapitalismus in der Welt im allgemeinen und in Chile wie in Lateinamerika im besonderen zurückgeführt werden."⁹

⁸ Vgl. hierzu auch Voigt, Arnold, Die Agrarreform der chilenischen Christdemokratie und ihr Einfluß auf die Entwicklung der revolutionären Situation in Chile bis zum Jahre 1970, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 4, S. 19 - 38.

⁹ Frank, André Gunder, Kapitalismus ..., a. a. O., S. 51.

Diese Beurteilung verleitet ihn dazu, das Nebeneinanderbestehen feudaler und kapitalistischer Verhältnisse zu ignorieren, die gesellschaftlichen Verhältnisse Chiles schlechthin als kapitalistische darzustellen und die kapitalistische Produktionsweise mit Ausbeutung und Beherrschung Chiles durch den Imperialismus zu identifizieren. Daraus wird dann eine linksrevisionistische Strategie und Taktik für die revolutionären Kräfte abgeleitet, die der Reaktion Schützenhilfe leistete und den Putsch vom September 1973 begünstigte.

2. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der chilenischen Landwirtschaft: historische Aspekte

Der Ursprung des die Produktionsverhältnisse in der chilenischen Landwirtschaft bestimmenden Großgrundbesitzes liegt in den bereits zu Beginn der Kolonialzeit von den spanischen Konquistadoren nach Amerika übertragenen Institutionen der "mercedes", "donaciones" "economías", feudalen Formen der Zuteilung von Kronland und den darauf befindlichen Indios an Privatpersonen zur in den meisten Fällen erblichen Nutzung. Die daneben vor allem in den südlichen Landesteilen noch existierenden "reducciones indígenas" (Indio-Reservate) sind auf die präkoloniale Agrarverfassung der chilenischen Ureinwohner (vor allem der seßhaften Stämme der Araucanos, Picunches, Diaguitas und Atacameños) zurückzuführen.¹⁰ Bei ihrer Ankunft in Chile (1535) war das ökonomische Interesse der spanischen Eroberer vorwiegend auf die Erlangung der Bergbauprodukte Gold und Silber gerichtet. Hier deckten sich die Interessen der absolutistischen spanischen Monarchie mit der individuellen Bereicherungsgier der europäischen Abenteurer, die dem Ruf der spanischen Krone folgten und von Amerika Besitz nahmen.

Die Anhäufung materiellen Reichtums durch die Grundaristokratie diente nicht der kapitalistischen Akkumulation im Kolonialgebiet, sondern vornehmlich der feudalen Schatzbildung zur Erreichung eines vorteilhaften Platzes in der Standesgliederung.¹¹

Bei der Herausbildung der kolonialen Agrarverfassung in den lateinamerikanischen Ländern bildeten die feudalen Produktionsverhältnisse auf der iberischen Halbinsel das entscheidende Moment. Lipschutz schreibt dazu: "Die spanische Eroberung Amerikas stellt eine erfolgreiche Übertragung des dekadenten europäischen Feudalismus auf die eroberten Gebiete dar."¹²

Die Schwäche der im Entstehen begriffenen spanischen Bourgeoisie, ihr Unvermögen, sich Anfang des 16. Jahrhunderts gegen Karl V. durchzusetzen, ist eine der Hauptursachen dafür, daß die spanische Inbesitznahme großer Teile Lateinamerikas ein feudalistisches Gepräge erhielt und nicht Züge einer kapitalistischen Kolonisation, ähnlich der angelsächsi-

10 Näheres dazu bei Cademartori, José, *La economía chilena*, Santiago de Chile 1968, S. 42 ff.; Lipschutz, Alejandro, *La comunidad indígena en América y en Chile*, Santiago de Chile 1956; Castro, Fernando Suarez de, *Estructuras Agrarias en la América Latina*, San José 1965; Zeuske, Max, *Grundzüge ...*, a. a. O.

11 Konetzke, R., *Probleme und Forschungsstand der Sozialgeschichte Hispanoamerikas während der Kolonialzeit*, in: *Comunicazioni*, Bd. 7, Rom 1955, S. 37.

12 Lipschutz, Alejandro, *El Problema Racial en la Conquista de América y el Mestizaje*, Santiago de Chile 1963.

schen in Nordamerika.¹³ Die von den spanischen Konquistadoren eingeführten Institutionen in bezug auf die Bodenbesitzverhältnisse tragen daher feudalen Charakter.

In ihrem Bestreben, Tribute zu erhalten, die Eroberungen zu sichern und ihren Söldnern weitere Anreize zu bieten, verteilte die spanische Krone vor allem an Offiziere, aber auch an bewährte Soldaten ihrer Eroberungsheere Besitztitel über Boden und den darauf lebenden Indios. Hinsichtlich der Eigentums- und Aneignungsrechte gab es jedoch einige Modalitäten, die in den folgenden Formen vor allem in Zentral-Chile zum Ausdruck kommen:

Mercedes

Übereignung von Bodennutzungsrechten an Konquistadoren, mit der Verpflichtung, diese Ländereien zu kultivieren, wobei die Krone formal Eigentümer blieb. Mangelnde administrative Aufsicht und Wohnheitsrecht machten die so Begünstigten im Laufe der Zeit praktisch zu Eigentümern.

Donaciones

Direkte Grundbesitzschenkungen seitens der Krone, wobei der Umfang der Bodenfläche von der sozialen Stellung des Begünstigten abhing. Ein einfacher Soldat erhielt zum Beispiel zwischen 50 und 150 Hektar (eine "peonia"); handelte es sich um Gebiete, die den Indios gerade erst durch militärische Aktionen entrissen worden waren und die militärisch noch gesichert werden mußten, betrug die Schenkung 360 bis 1000 Hektar (eine "caballeria")¹⁴.

Encomiendas

Übereignung einer Indio-Siedlung mit dem dazugehörigen Terrain an einen Konquistador zum Zwecke des "Schutzes, der Erziehung und der Bekehrung zum Christentum". Dafür erhielt der "encomendero" das Recht, den Tribut zu erheben, den die Indios an die spanische Krone zu zahlen hatten. Dieser Tribut war in der Regel durch Arbeitsleistung abzugelten, meist in den Minen oder Goldwäschereien. Diese Institution entstand im Jahre 1521 aufgrund einer Verordnung von Papst Alexander VI., der Spanier und Portugiesen verpflichtete, die Bewohner der von ihnen eroberten Gebiete zu christianisieren.¹⁵ Aus der Christianisierung wurde ein beispielloser brutaler Raub des indianischen Stammeslandes, der von der Versklavung seiner Bewohner begleitet war und die massenhafte Ausrottung der indianischen Urbevölkerung zum Ergebnis hatte. Die "encomienda" verwandelte sich in eine Form der Leibeigenschaft, in vielen Fällen in Sklaverei. Anfangs war diese Institution mit dem Tod des "encomendero" aufgehoben, 1721 - dem Ende der "encomienda" - wurde sie jedoch auf fünf Generationen als erblich erklärt.

13 "Der sozialökonomische Charakter der spanischen Kolonisation wurde weitgehend vom niederen Adel bestimmt, der die feudalen Produktionsverhältnisse nach Übersee projizierte. ... Das spanische Kolonialsystem kannte weder ein handelskapitalistisches Netz von Faktoreien noch eine echte, von freien Bauern getragene Siedlungskolonisation, die (wie in Neu-England) zur Entstehung eines autochthonen Kapitalismus geführt hätte". (Kossok, Manfred/Markov, Walter, Konспект über das spanische Kolonialsystem in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, Nr. 2/1955 - 1956, S. 126.)

14 Chile, Tenencia de la tierra y desarrollo socioeconómico del sector agrícola, hg. v. Comité Interamericano de Desarrollo Agrícola (im folgenden: CIDA), Santiago de Chile 1966, S. 5.

15 Castro, Fernando Suarez de, a. a. O., S. 70.

Den durch das Nachlassen des Gold- und Silberstroms aus Amerika verursachten Einnahmerückgang versuchte die spanische Krone nun durch den Verkauf von Eigentumstiteln aufzuhalten. Mit der Entrichtung einer relativ niedrigen Summe wurde so der Landraub, der sich über die vorgenannten Zwischenstufen der "donaciones", "mercedes" und "encomiendas" vollzogen hatte, legalisiert - die Eroberer wurden Grundeigentümer. Das ist der Ursprung des großen Privateigentums an Grund und Boden in Chile. Dieser Stand war Ausgang des 17./Anfang des 18. Jahrhunderts erreicht. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die ökonomischen Interessen der neuen Grundeigentümer von dem Bestreben diktiert, aus ihrem Grund und Boden einen nach Europa transferablen Überschuß an Gold und Silber zu erzielen, die dazu nötigen Arbeitskräfte in Gestalt der Indios und gerade soviel an Nahrungsmitteln zur Verfügung zu haben, wie zum Lebensunterhalt notwendig waren. Die verbleibenden Böden wurden landwirtschaftlich entweder gar nicht oder nur für eine extensive Viehhaltung genutzt. Das gilt als Grundtendenz.

Ein Umschwung erfolgte erst mit der gesetzmäßigen Einbeziehung des kolonialen Chiles in den entstehenden kapitalistischen Weltmarkt, die durch folgende Faktoren begünstigt wurde:

- den allmählichen Schwund der Gold- und Silberreserven;
- ein schweres Erdbeben, das 1687 Lima zerstörte, die Bewässerungsanlagen vernichtete, damit die landwirtschaftliche Produktion fast völlig zum Erliegen brachte und den im Gold- und Silberbergbau im peruanisch-bolivianischen Hochland Beschäftigten die Ernährungsgrundlage entzog, was dazu führte, daß der spanische Vizekönig in Lima die Getreideproduktion in den Nachbargebieten stimulieren mußte;
- die von Philipp V. nach seiner Thronbesteigung im Jahre 1770 gefällte Entscheidung, französischen Schiffen den Zugang zu den spanischen Kolonien zu öffnen, nachdem bisher ein ausschließlich spanisches Handelsmonopol bestanden hatte, was den Absatz chilenischer Agrarprodukte auf äußeren Märkten förderte.¹⁶

Die damit verbundene Preissteigerung für chilenische Agrarerzeugnisse, vor allem für Weizen, führte zu einer verstärkten und zunehmenden Hinwendung zur Getreideproduktion, die einen beträchtlichen Aufschwung nahm. Die Nachfrage nach Grund und Boden stieg gewaltig an, und die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe erhöhte sich, und zwar weniger durch Neuinbesitznahmen von Boden oder durch Aufteilungen von großen Gütern als durch die Parzellierung mittlerer und kleiner Besitzungen. Während sich die Großgrundbesitzverhältnisse konsolidierten, entstanden vorwiegend in der Nähe städtischer Zentren Kleinrententums- und - als neues Phänomen - Pachtverhältnisse.

Als Vorstufe der heutigen Pachtverhältnisse wurde zunächst der Landverleih (*préstamos de tierra*) eingeführt. Mit der gewachsenen Nachfrage nach Agrarproduktion stieg die Nachfrage nach brachliegendem oder nur extensiv bewirtschaftetem Land, das von den großen Hacendados an arme Bekannte und Freunde oder an Leute verliehen wurde, die nicht in der Lage waren, sich Land zu kaufen. Mit den wachsenden Möglichkeiten für chilenischen Getreideexport nach Peru (später Kalifornien und Australien) wurde das Land-Verleih-System in zunehmendem Maße Anfang des 18. Jahrhunderts durch echte Pachtformen mit festgelegten Verpflichtungen zur Abgabe von Produkten oder zu fixierten Arbeitsleistungen auf der Hacienda ersetzt. Wesentliche direkte und indirekte Impulse für die Herausbildung von Großgrundbesitzverhältnissen gingen auch von der katholischen Kirche aus, die im 18. Jahrhundert nahezu über 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Chiles verfügte und als Kreditgeber für die Haciendados fungierte. Die Enteignung von Kirchenländereien, der Verkauf des enteigneten Bodens an Bankiers, Kaufleute, Beamte und Großgrundbesitzer stellte unmittelbar nach Erringung der Unabhängigkeit von Spanien die Hauptquelle für die Ausdehnung der Hacienda dar.

Der wachsenden Vielfalt der Eigentumsverhältnisse entspricht auch eine zunehmende Diversifizierung der sozialen Schichten auf dem Lande.

Während des 16. und 17. Jahrhunderts setzten sich die Arbeitskräfte der großen Haciendas vorwiegend aus Indios und zu einem geringen Anteil aus Sklaven zusammen (kriegsgefangene Aurokaner, Vertreter der anderen unterworfenen Stämme und Indios, die mit den ersten Konquistadoren aus Peru gekommen waren).¹⁷

Ihr Abhängigkeitsverhältnis zum Hacendado ist als Leibeigenschaft zu kennzeichnen. Vielfach erhielten sie ein Stück Land zur Nutzung, um ihre Subsistenzbedürfnisse zu befriedigen. Ihre Arbeitsleistung wurde nicht regelmäßig, sondern nur hin und wieder, meist in Gestalt von Kleidung und Nahrung, vergütet. Durch dieses System verfügte die Hacienda jederzeit über ein sicheres Arbeitskräftereservoir. Diese Verhältnisse erfuhren - parallel zur Herausbildung der Pachtverhältnisse und der damit verbundenen Entstehung von Pächtern und Teilpächtern - gewisse Modifizierungen:

Trotz der seit Mitte des 17. Jahrhunderts einsetzenden Auflockerung des Feudalsystems blieb der Großgrundbesitz weiterhin die Grundlage der Kolonialwirtschaft, obwohl erhebliche Veränderungen in Funktion und Charakter eintraten. Ein neues Entwicklungsmerkmal war ein Prozeß der Verbürgerlichung und Orientierung des Grundbesitzes auf die kapitalistische Marktwirtschaft.¹⁸ Verbunden mit der beginnenden Umstellung des Großgrundbesitzes auf die kapitalistischen Marktbedingungen veränderten sich auch die Abhängigkeitsverhältnisse in der Landwirtschaft.

"Unter den Bedingungen der kolonialen Rückständigkeit führte die Entwicklung des Kapitalismus zu keiner völligen Auflösung des herkömmlichen Regimes, sondern überlagerte und variierte nur die bisherigen Ausbeutungsformen. Die Beibehaltung halbfeudaler Exploitation verhinderte die Entstehung einer breiten Schicht freier Formen, statt dessen ermöglichte die 'peonaje' eine versteckte Fortsetzung der Sklaverei".¹⁹

Es entwickelte sich das System der "peonaje". Der "peon" gilt als Tagelöhner, der meist in "natura" vergütet wurde und ein Stück Land zur Nutzung übereignet bekam. Die "peones" waren oft Mestizen, die die spanischen Lebensgewohnheiten angenommen hatten, einen höheren Grad persönlicher Freiheit genossen als die ebenfalls auf der Hacienda arbeitenden Indios. Sie waren ökonomisch jedoch untrennbar an die Hacienda gekettet.

Dieser Prozeß der nur allmählichen und deformierten kapitalistischen Entwicklung in der chilenischen Landwirtschaft setzte sich auch nach der zu Beginn des 19. Jahrhunderts vollzogenen nationalen und antikolonialen Befreiungsrevolution fort, die die Errichtung einer politisch unabhängigen Republik zum Ergebnis hatte. Diese antikoloniale Befreiungsrevolution wurde nicht durch eine soziale Revolution bürgerlich-kapitalistischen Charakters ergänzt, sondern ging unter der Führung liberaler, halbfeudal wirtschaftender Gutsbesitzer und der mit ihnen verbündeten Handelsbourgeoisie vor sich.²⁰ Die Schwäche der bürgerlichen Komponente in der Führung der Emanzipationsbewegung verhinderte die konsequente Beendigung der sozialen Umwälzungen. "Die Kernfrage jeder bürgerlichen Revolution, das Agrarproblem, wurde nicht gelöst."²¹

17 Vgl. Gazmuri, Jaime, Asentamientos campesinos de la Reforma Agraria en Chile, Santiago de Chile, 1968, S. 75.

18 Vgl. Kossok, Manfred/Markov, Walter, a. a. O., S. 249.

19 Ebenda, S. 250.

20 Vgl. Zeuske, Max, Grundzüge ..., a. a. O.

21 Vgl. Kossok, Manfred/Markov, Walter, a. a. O., S. 261.

Ohne sich von den wirtschaftlichen und sozialen Relikten aus der kolonialen Vergangenheit zu trennen, schlug Chile eine Entwicklung ein, die in der Grundtendenz die von Lenin hervorgehobenen Kennzeichen des "preußischen Weges" in der Landwirtschaft aufwies:

Das Eindringen ausländischen (vor allem englischen und deutschen, später nordamerikanischen) Kapitals und das Bündnis der einheimischen Oligarchie mit den Imperialisten trug entscheidend zur Konservierung der alten gesellschaftlichen Verhältnisse bei. Der sich in der Tendenz auf dem "preußischen Weg" durchsetzende Kapitalismus deformierte sich unter dem Einfluß der kapitalistischen Wirtschaftsdominanz des Auslandes auf Chile noch weiter.

Damit war im wesentlichen das im Verlauf der weiteren chilenischen Geschichte nur noch unbedeutend modifizierte Grundmodell der Produktionsverhältnisse in der chilenischen Landwirtschaft entstanden: Die Koexistenz von sich konsolidierenden Großgrundbesitzverhältnissen (Latifundien) mit Verhältnissen sich mehr und mehr bis zur ökonomischen Ineffizienz aufspaltenden Kleinbetrieben (Minifundien) und ihre Verflechtung zum Latifundio-Minifundio-Komplex.²² Es wuchs jedoch die Zahl der Betriebe, die sich von der traditionellen Hacienda (Großgrundbesitzergut) zur kapitalistischen Großfarm entwickelten. (Wachsende Unterschiede im Grad der Beschäftigung von Lohnarbeit, in bezug auf Investitionen, Anbaumethoden, Einsatz von Technik und Düngemitteln, Leitungsstruktur).

Diese Entwicklung ist ein Prozeß, der sich über viele Jahrzehnte hinzog und im Zusammenhang mit der bürgerlichen Agrarreform der christdemokratischen Frei-Regierung in den sechziger Jahren einen Höhepunkt erreichte.

Als Zeitpunkt für unsere Untersuchungen über den Latifundio-Minifundio-Komplex wählen wir daher die Periode vor der Agrarreform der chilenischen Christdemokraten, in der das widersprüchliche Zusammenwirken feudaler und kapitalistischer Elemente innerhalb der Produktionsverhältnisse im chilenischen Agrarsektor besonders akut und deutlich war.

Die Zuspitzung der Agrarfrage beschleunigte das Heranreifen einer revolutionären Alternative für die weitere gesellschaftliche Entwicklung Chiles.²³ Um die Frage der von den fortschrittlichen Kräften zu verfolgenden Strategie und Taktik, das heißt sofortiger Übergang zur proletarischen Revolution und unmittelbarer Aufbau des Sozialismus (wie von der Ultralinken gefordert) oder breites antiimperialistisch-demokratisches Bündnis, das durch tiefgreifende sozialökonomische Maßnahmen die Voraussetzungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft schafft (wie im Programm der Unidad Popular vorgesehen), entbrannten heftige Auseinandersetzungen, in denen die Entwicklung der Agrarfrage, das Verhältnis kapitalistischer und vorkapitalistischer Elemente in der Eigentums- und Klassenstruktur auf dem Lande eine bedeutende Rolle spielten.

Bei der folgenden Untersuchung des Verhältnisses feudaler und kapitalistischer Elemente im Latifundio-Minifundio-Komplex soll vor allen Dingen von den Verhältnissen ausgegangen werden, wie sie im landwirtschaftlich relevantesten Gebiet Chiles, im "Valle Central" (zentrales Längstal), herrschen. Dort erfaßt der Latifundio-Minifundio-Komplex 90 Prozent des potentiellen Ackerlandes und des bewässerten Landes, 65 Prozent der in der Landwirtschaft aktiven Bevölkerung und fast 80 Prozent des landwirtschaftlichen Produktions-

22 Vgl. Voigt, Arnold, Die Agrarfrage in Chile und die Agrarreform der chilenischen Christdemokratie, Diss. A, Hochschule für Ökonomie, Sektion Außenwirtschaft, Berlin 1971, Kap. 1.

23 Vgl. derselbe, Die Agrarreform ..., a. a. O.

wertes.²⁴ Dieser Typ des landwirtschaftlichen Grundeigentums ist in einer ganzen Reihe lateinamerikanischer Länder, zum Teil in modifizierter Form, anzutreffen.

3. Zum Verhältnis feudalistischer und kapitalistischer Ausbeutung innerhalb des Latifundio-Minifundio-Komplexes

3.1. Zum Charakter des Latifundio-Minifundio-Komplexes

Im Laufe des historischen Herausbildungsprozesses der Großgrundbesitzverhältnisse in der chilenischen Landwirtschaft entstand eine Struktur der großen Hacienda mit unterschiedlichen Intensitätszonen der landwirtschaftlichen Nutzung und unterschiedlichen Abhängigkeitsgraden der Produzenten vom Grundeigentümer.

"Ein lateinamerikanisches Latifundium ist selten ein geschlossener Betrieb, sondern setzt sich aus zahlreichen kleineren Einheiten zusammen, die zwar bis zu einem gewissen Grad ökonomisch untereinander verbunden sind, aber dennoch kaum als Betriebszweige eines einzigen 'Hofes' betrachtet werden können. Das Zentrum einer Hacienda wird gewöhnlich entweder durch eine Plantage von Intensivkulturen (in Chile: Reis, Weizen, Wein - A. V.) oder durch einen Viehzuchtbetrieb gebildet; es schließt sich extensiv genutztes Weideland an; in Nebenbetrieben werden die zum Konsum der Landarbeiter notwendigen Feldfrüchte angebaut."²⁵ Diese Aufgabenverteilung hat sich im Laufe eines historischen Prozesses herausgebildet, der seit Anbeginn vom Eigentumsmonopol an Grund und Boden durch eine Handvoll Privilegierter geprägt war.

Das Bodenmonopol und der Mangel an Beschäftigungsalternativen zwingen die Masse der Landbevölkerung dazu, auf der Hacienda zu den Bedingungen zu arbeiten, die ihnen der Eigentümer diktiert.

Dabei kam es zur Entstehung unterschiedlicher Formen und Grade der Abhängigkeit vom Eigentümer, die sich wie die später noch zu analysierende "inquilinaje" im Laufe der Jahrhunderte institutionalisierten. Die sich wechselseitig bedingenden inneren Beziehungen dieser Institutionen und ihrer Repräsentanten zum Grundeigentümer und untereinander, ihre Auswirkungen auf den gesamten ökonomischen und sozialen Ablauf im Agrarsektor und in der Gesellschaft bilden das Wesen des nun zu untersuchenden Latifundio-Minifundio-Komplexes.

Ein Großteil der Haciendas ist dadurch charakterisiert, daß der Latifundist seine wirtschaftsorganisatorischen Kompetenzen oft an einen Verwalter abgegeben hat und sich als "absentee" ganzjährig in der Stadt aufhält, dort anderen ökonomischen Aktivitäten nachgeht oder einfach als "Parvenü" ein parasitäres Leben führt.

Wo das nicht der Fall ist, beschränkt er sich meist auf die organisatorische Leitung eines Teilbereiches der Hacienda, und zwar naturgemäß auf jenen, an dem er das größte ökonomische Interesse hat. Dabei handelt es sich um den "cash-crop"-Sektor, für den kapitalistische Verhältnisse typisch sind, der das eigentliche Zentrum der Hacienda bildet, die vermarktungsfähige Produktion und damit den ökonomischen Ertrag erbringt. Lohnverhältnisse und ein Arbeitspflichtverhältnis, das sich aufgrund der halbfeudalen Abhängigkeit einer bestimmten Kategorie der Landbevölkerung (der inquilinos) vom Grundherren er-

24 Chile, hg. v. CIDA, a. a. O., S. 160.

25 Heimpel, Christian, Agrarverfassung in Lateinamerika, in: Zeitschrift für ausländische Landwirtschaft, Frankfurt (Main), Nr. 3/1965, S. 247.

gibt, sind typisch. Die Anwendung moderner Maschinen und von Traktoren ist in diesem Bereich weit verbreitet.

Die Hacienda produziert nicht nur "cash-crops", sondern auch Nahrungsmittel zum Eigenverbrauch, und zwar in den weniger intensiv genutzten Bereichen, die zum Teil weit vom Zentrum entfernt und daher auch schwerlich zentral zu verwalten sind. In diesen Gebieten, an denen der Grundherr kein primäres ökonomisches Interesse hat, haben sich Pachtverhältnisse durchgesetzt. Das ist das simplifizierte Modell, das in der Wirklichkeit starken Modifikationen hinsichtlich des räumlichen Nebeneinanders und hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse unterworfen ist.

Die Herausbildung verschiedener Bewirtschaftungsformen ist sehr eng mit der hierarchischen Struktur der Hacienda verbunden. Es handelt sich um eine pyramidale Struktur, an deren Spitze der "patrón" (Grundherr) oder ein von ihm benannter Verwalter steht. Hier konzentrieren sich alle Entscheidungsfunktionen. Eine Stufe tiefer steht eine Reihe von Aufsehern, Vorarbeitern sowie Angehörige des qualifizierten technischen und administrativen Personals. Die Basis wird von der Masse der "inquilinos", "obligados", "voluntarios" und "afuerinos" gebildet.²⁶

Parallel zu dieser Struktur existiert das System der Halb- ("mediería") bzw. Teilpacht ("aparcería"). Der Ausdruck "parallel" kennzeichnet die Situation nicht ganz exakt, da ein Teil der auf der mittleren oder unteren Stufe der Pyramide Befindlichen auch als Pächter auftritt.

3.2. Die Ausbeutungsformen

Der Latifundio-Minifundio-Komplex stellt im Kern ein System miteinander verflochtener halbfudaler und kapitalistischer Verhältnisse dar, in dem sich letztere nur unter großen Schwierigkeiten und sehr langsam durchsetzen. Der Latifundist ist Kapitalist und halbfudaler Gutsherr in einer Person. Dem entsprechen die Ausbeutungsverhältnisse und die Formen der Aneignung des agrikolen Mehrprodukts, das sowohl die Kategorien Grundrente, Zins und Handelsgewinn als auch kapitalistischen Profit umfaßt.

Gehen wir davon aus, daß im Latifundio-Minifundio-Komplex ein agrikoles Mehrprodukt erzeugt wird, und abstrahieren wir zunächst einmal von seiner Verwendung, so kommen wir zu der These, daß die Aneignungsform des agrikolen Mehrprodukts die eigentliche Schranke für die Vergrößerung seiner Masse und damit für seine ökonomische und soziale Wirksamkeit darstellt.

Die historisch niedrigste Aneignungsform des agrikolen Mehrprodukts ist die Bodenrente in ihrer halbfudalen Form, der Arbeits- und Produktenrente. Diese Rente existierte früher als die kapitalistische Produktionsweise. Ihre gesellschaftlichen Existenzbedingungen sind das Grundeigentumsmonopol und die Abhängigkeit der ländlichen Produzenten von den Grundeigentümern. Eine der Institutionen, durch die sich im Latifundio-Minifundio-Komplex halbfudale Aneignungsformen des agrikolen Mehrprodukts wie die Arbeitsrente nachweisen lassen, ist das System der "inquilinaje".

²⁶ Auf diese einzelnen Kategorien der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte wird im folgenden noch näher eingegangen. Vgl. zu dieser Thematik auch Dominguez, Oscar, Una oportunidad en libertad, Santiago de Chile 1961, S. 32.

Der Besitzer der Hacienda nimmt die Dienste des "inquilino" während des ganzen oder eines Teils des Jahres in Anspruch und entgelt sie zum Teil in Geld und zum anderen in "regalfas" (Naturalvergütung). Die "regalfa" wird in einer konsumtiven (eine Hütte, Brennmaterial und Nahrungsmittel, die auf der Hacienda erzeugt werden) und in einer potentiell produktiven Form vergeben (ein Stück Land zur ackerbaulichen Nutzung und Weide für eine bestimmte Viehzahl). Der "inquilino" kann an seiner Stelle einen Vertreter zur Arbeit auf die Hacienda schicken. Meist ist er sogar dazu verpflichtet, ein bis zwei weitere Arbeitskräfte zu stellen. Das wird als das Regime des "obligado" bezeichnet.²⁷ Der "obligado" erhält für die Zeit, die er auf der Hacienda arbeitet, Tagesrationen von Mehl oder Brot und Bohnen; ansonsten wird er von dem "inquilino" entlohnt, der ihn als Vertreter geschickt hat. Obwohl er ständig auf der Hacienda lebt, ist er kein "inquilino" und auch keiner der anderen sozialen Kategorien zuordenbar. In bezug auf sein Arbeitsverhältnis ist er völlig vom "inquilino" abhängig. Es handelt sich hierbei um eine modifizierte Form des bereits von den Klassikern beschriebenen Systems der Abarbeit. Auf seine Grundbeziehungen reduziert, sieht das Verhältnis so aus, daß der "inquilino" eine bestimmte Zeit auf den Feldern des Großgrundbesitzers arbeitet und dafür ein Stück Land zur eigenen Bewirtschaftung erhält, auf dem er die notwendige Arbeit für seine Subsistenz leistet. Die Mehrarbeit, von der notwendigen räumlich getrennt, absolviert er auf dem Herrenland. Der "Bodenanteil" des Bauern diente also in dieser Wirtschaft gewissermaßen als Naturalarbeitslohn ... oder als Mittel, dem Gutsherrn die Arbeitshände zu sichern. Die 'eigene' Wirtschaft der Bauern auf ihrem Anteilland war Voraussetzung der gutsherrlichen Wirtschaft, ihr Zweck war nicht die 'Versorgung' des Bauern mit Subsistenzmitteln, sondern die des Gutsherrn mit Arbeitshänden.²⁸

Dieses Interesse des Gutsherrn an einer bestimmten Zahl von zuverlässigen, ständig verfügbaren Arbeitskräften ist auch der Hauptfaktor bei der Festlegung der Zeit für die durch den "inquilino" auf der Hacienda zu leistenden Arbeit. Daher blieben die Zahl der "inquilinos" auf einer Hacienda und ihre ökonomischen Bedingungen (Größe des Anteillandes, Zahl der Arbeitstage für den Grundherrn, Höhe der Naturalvergütung) über einen langen Zeitraum relativ konstant. Der wachsende Arbeitsbedarf wurde durch "afuerinos" und "voluntarios", weniger zu Lasten der notwendigen Arbeitszeit der "inquilinos" gedeckt, die damit zu einer der ökonomischen Stützen des Hacienda-Systems wurden. Das Interesse des Großgrundbesitzers an einer bestimmten Zahl treuergebener und abhängiger "inquilinos" ist aber in zunehmendem Maße auch politisch motiviert. Den Preis, daß ein Teil des Mehrprodukts durch dieses halbfeudale Verhältnis in Schranken gehalten wird, ist der Hacendado aus dem erwähnten politischen Interesse heraus bereit zu zahlen. Er versucht, sich jedoch über die anderen Aneignungsformen schadlos zu halten. Daneben wird zunehmend ein anderer Prozeß sichtbar, der die inneren Widersprüche dieses Verhältnisses aufdeckt und letztlich mit zu seiner Zersetzung und Beseitigung beiträgt. Eine erste Tendenz besteht in der Verwandlung des "inquilino" in einen Lohnarbeiter. Ihr liegen dieselben Prozesse zugrunde, die die Umwandlung der Produkten- in Geldrente bewirken. Diese Entwicklung ist soweit gediehen, daß sie ihren Niederschlag in gesetzlichen Bestimmungen findet, die den Latifundisten (Großgrundbesitzer) verpflichten, die Arbeitsleistung des "inquilino" in einem festgesetzten Verhältnis von Geld und Naturalien zu bezahlen. Gleichzeitig ist der "inquilino" jedoch durch die Übereignung eines Stückchen Landes an den Boden (und damit an die Hacienda) gefesselt und so verpflichtet, ein bestimmtes Arbeitsquantum auf der Hacienda abzuleisten. Die Arbeit wird als Lohnarbeit im kapitalistischen Bereich der Hacienda geleistet, entspricht aber nicht den Anforderungen der doppelten Befreiung. Das ist nur ein

27 Aspectos Económicos y sociales del Inquilinaje en Vicente y Tagua Tagua, hg. v. Ministerio de Agricultura, Santiago de Chile 1960.

28 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1971, S. 186.

Betspiel für den widersprüchlichen und Übergangscharakter der Institution der "inquillnaje".

Es sei in diesem Zusammenhang nochmals betont, daß die weiter vorn veranschaulichte hierarchische Pyramide der Hacienda die Rahmenbedingung und Voraussetzung für den Wirkungsmechanismus der "inquillnaje" bildet. Dabei ist von erheblicher Bedeutung, daß zur Basis dieser Pyramide neben den bereits erläuterten Kategorien landwirtschaftlicher Arbeitskräfte - den "inquillos" und "obligados" - auch sogenannte "voluntarios" und "afuerinos" gehören. Die "voluntarios" repräsentieren eine komplementäre Institution zur "inquillnaje", aber mit einem niederen Status. Sie stellen die zahlenmäßig stärkste Schicht innerhalb der Bevölkerung der Hacienda dar. Meist leben sie in Hütten der "inquillos" als Verwandte oder Bekannte. Der Grundherr sichert sich durch ihre Anwesenheit während des ganzen Jahres ein ständiges Überangebot an billigen Arbeitskräften, gegen die er nur die eine Verpflichtung hat, ihnen für die Arbeitstage einen Lohn zu zahlen. Sie sind nicht verpflichtet zu arbeiten, und der Hacendado braucht ihnen keine Arbeit zu geben. Als "regalfa" (Zuwendungen) erhalten sie für die Arbeitstage nur Lebensmittel. Sie sind praktisch Saison- und Gelegenheitsarbeiter, die immer auf der Hacienda leben. Dem sozialen Status nach bilden sie die niedrigste Schicht, mit unsicherem Einkommen, ohne Hoffnung auf Verbesserung ihrer Situation, unterernährt, verelendet und oft dem Alkohol ergeben. Ihre ökonomische Beziehung zur Hacienda stellt ihre ständige Anwesenheit, die gelegentliche Verwendung ihrer Arbeitskraft und die absolute Abhängigkeit vom System der Hacienda dar.

Der "afuerino" ist ein Saison-Wanderarbeiter. Er wohnt nicht auf der Hacienda, sondern kommt aus den umliegenden ländlichen Siedlungen oder selbständigen Kleinbetrieben, die aufgrund ihrer geringen Größe seine zeitweilige Abwesenheit erlauben. Neben seiner saisonalen Beschäftigung als Lohnarbeiter auf den großen Haciendas widmet er sich anderen Gelegenheitsarbeiten, handwerklichen Beschäftigungen und dem ambulanten Handel. Von der Hacienda erhält er den Lohn in Geldform und ein bestimmtes Quantum an Lebensmitteln.

Durch diesen Status sind die "afuerinos" dem industriellen Proletariat am nächsten verwandt: Beide weilen nur während der Arbeitszeit am Arbeitsort, beide sind freie Lohnarbeiter, die sich dort Arbeit suchen können, wo sie sie finden; beide bilden als Feldlohnempfänger potentielle Partner für Marktbeziehungen. Der "afuerino" ist am wenigsten dem traditionellen Ausbeutungssystem unterworfen. Die Annäherung des Status des "afuerino" an den Status des Industrieproletariats führt uns zu der Schlußfolgerung, daß er objektiv die revolutionärste Kraft auf dem Lande darstellt und von ihm die stärksten Impulse zur Veränderung des Systems erwartet werden können.

Die aus den Produktionsbeziehungen und der Sozialstruktur der Hacienda resultierende Möglichkeit des "inquilino", Vertreter zur Arbeit auf die Hacienda zu schicken, hat einen weiteren Differenzierungsprozeß unter den "inquillos" zur Folge. In dem Maße, wie der sich in halbfeudaler Abhängigkeit vom Grundherrn befindliche "inquilino" - der Hacendado kann ihm zu jeder Zeit das übergebene Stück Land wegnehmen - Lohnarbeiter unter Vertrag nimmt, um sie als "Vertreter" auf die Hacienda zu schicken bzw. um sie auf dem von der Hacienda überlassenen Stück Land arbeiten zu lassen, kann es ihm unter günstigen Umständen gelingen, Züge eines kleinen kapitalistischen Pächters anzunehmen. Die Übergabe einer Naturalvergütung mit potentiell produktiver Nutzung verwandelt den "inquilino" in einen kleinen Produzenten, der in relativer Selbständigkeit auf dem ihm übergebenen Stück Land wirtschaftet, Arbeitskräfte unter Vertrag nimmt und einen Teil seiner Produkte verkaufen kann. Vom Umfang der Mehrarbeit für den Grundherrn hängt es ab, wie weit der unmittelbare Produzent fähig sein wird, seine eigene Lage zu verbessern, sich zu bereichern, einen Überschuß über die unentbehrlichen Subsistenzmittel zu erzeugen.²⁹

Seiner materiellen Substanz nach setzt sich dieser Überschuß des "inquilino" vorwiegend aus Nahrungsmitteln zusammen, die in den inneren Reproduktionsprozeß der Hacienda eingehen. Sie stellen einen Teil der Ernährungsbasis für andere Beschäftigtenkategorien der Hacienda dar und bilden eine Voraussetzung für die Beschäftigung von Lohnarbeitern im kapitalistischen Bereich der Hacienda. So hat der "inquilino"-Bereich nur einen mittelbaren Kontakt zum Markt und wird nur begrenzt zum Abnehmer von Industrieerzeugnissen.

Der in Ware verwandelbare Überschuß ist Teil des agrikolen Mehrprodukts, den sich der Grundherr nicht direkt, sondern nur durch Ausnutzung seines An- und Verkaufsmonopols indirekt und teilweise aneignen kann.

Den höheren Status, das heißt relative Selbständigkeit und die ökonomischen Voraussetzungen, sich Arbeitskräfte zu mieten, so daß er seine eigene Arbeit vorwiegend auf das ihm übergebene Stück Land konzentrieren und unter günstigen Umständen einen Überschuß erwirtschaften und für sich verwerten kann, erreicht der "inquilino" allerdings nur in seltenen Fällen - auch wenn er einen Überschuß produziert, gelingt es dem "inquilino" meist nicht, ihn sich anzueignen. Über Einnahmen aus dem Arbeitsmittelverleih, Handelsgewinne und Wucherzinsen eignet sich der Großgrundbesitzer unter Ausnutzung seiner Monopolstellung diesen Überschuß und oft auch noch einen Teil des notwendigen Produktes an: deshalb ergeben sich aus dem spezifischen Abhängigkeitsverhältnis, das das System der "inquilinaje" beinhaltet, eine Reihe von ökonomischen und sozialen Konsequenzen für das Gesamtsystem der Hacienda:

- a) Der "inquilino" hat kein oder nur ein geringes Interesse daran, Initiativen zur Erhöhung der Arbeitsintensität bzw. -produktivität zu entwickeln. Die Unsicherheit der Besitztitel führt dazu, daß der "inquilino" bestrebt ist, in kürzester Frist ein Maximum an Erträgen aus dem Boden zu holen. Er hat kein Interesse (und keine Mittel), langfristig wirksame Investitionen zur Bodenverbesserung, Bewässerung, Bepflanzung mit Bäumen usw. vorzunehmen. Dies und die vorwiegende Anwendung von Handarbeit unter Zuhilfenahme lediglich primitiver Arbeitsmittel haben sinkende Erträge und eine fortschreitende Bodenerosion zur Folge - das heißt, ein negativer Produktivitätseffekt tritt ein.
- b) Diese Abhängigkeitsform erlaubt nur in Ausnahmefällen die Verbesserung der Lebenslage der "inquilinos" und ihrer Familien. Sie ist verbunden mit Analphabetentum, Unterernährung, miserablen Wohn- und Gesundheitsverhältnissen - das heißt, ein Effekt der relativen Verelendung tritt ein.
- c) Die Verpflichtung, eine unterschiedliche Zahl von Arbeitskräften zur Arbeit auf die Hacienda zu delegieren, führt dazu, daß diese Funktion vorwiegend von Familienangehörigen erfüllt wird. Daraus resultiert ein Interesse an einer möglichst hohen Kinderzahl mit den unerläßlichen Folgen für das Bevölkerungswachstum. Zusammen mit dem Bodenmonopol und der mangelnden Absorptionsfähigkeit der Nichtagrarsektoren verschärft das die Beschäftigungssituation - das heißt, ein negativer Beschäftigungseffekt tritt ein.
- d) Schließlich bewirken die das System der "inquilinaje" charakterisierenden Ausbeutungsverhältnisse in der Regel die Bindung einer Familie an einen Ort, an eine Hacienda über viele Generationen, ein Moment, das in der Tendenz der für die kapitalistische Entwicklung notwendigen "doppelten Befreiung" entgegenwirkt.³⁰

³⁰ Vgl. Voigt, Arnold, Die Agrarfrage ..., a. a. O., S. 48.

Fassen wir zusammen: Die "inquilinaje" ist ein halbfeudales Verhältnis, in dem sich der Grundherr die Masse des agrikolen Mehrprodukts über die Arbeitsrente aneignet. Diese Institution ist einerseits eine Stütze des Hacienda-Systems, konserviert seinen halbfeudalen Charakter, hemmt sowohl die Vergrößerung der Masse des agrikolen Mehrprodukts als auch die Ausbreitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, ist andererseits selbst im Zerfall begriffen und wird zunehmend von kapitalistischen Verhältnissen durchsetzt.

Mit der **Produktenrente** existiert im Latifundio-Minifundio-Komplex eine weitere halbfeudale Kategorie, über die sich der Latifundist einen Teil des agrikolen Mehrprodukts aneignet. Nach wie vor muß der abhängige Bauer Mehrarbeit für den Grundherrn leisten; dieser empfängt sie jedoch nicht mehr unmittelbar als Arbeitsleistung, sondern in der Naturalform des Produkts, worin sie sich realisiert.

Die Aneignung über die **Produktenrente** geschieht im Latifundio-Minifundio-Komplex über die Verhältnisse der "mediería" (Halbpacht) bzw. der "aparcería" (Teilpacht). Sie beruhen auf Verträgen zwischen dem Grundherrn und selbständigen Kleinrentnern, "inquilinos", oder anderen Beschäftigtenkategorien der Hacienda. In diesem Verhältnis stellt der Grundherr den Boden zur Verfügung, der Pächter seine Arbeit, oft einen Teil der Arbeitsmittel. Die Ernte geht zu festgelegten Teilen an den Grundherrn und an den Pächter.

Die Analyse der Aneignungskategorien ist insofern kompliziert, als unter Teilpachtverhältnissen die Aneignung eines Teils des agrikolen Mehrprodukts sowohl über die **Produkten- und Geldrente** als auch über den Zins für vom Grundherrn ausgeliehene Arbeitsmittel erfolgt. Die Form der **Produktenrente** nimmt das angeeignete Mehrprodukt vor allem dort an, wo die Teilpächter gleichzeitig "inquilinos" einer Hacienda sind. Der halbfeudale Charakter des "inquilino" überträgt sich auch auf seine Position als Teilpächter. Damit gelten auch in diesem Bereich die für das System der "inquilinaje" aufgezeigten Schranken für die Vergrößerung des agrikolen Mehrprodukts und für den vollständigen Einzug kapitalistischer Verhältnisse in diesen Komplex. Vor allem dort, wo "reine" Teilpachtverhältnisse existieren (das heißt, wo der Pächter nicht gleichzeitig "inquilino" oder sonstiger Angestellter auf der Hacienda ist), hat sich die **Geldrente** schon durchgesetzt.

In dem Maße, wie sich der Charakter der gesamten Produktionsweise wandelt, kapitalistische Verhältnisse mehr und mehr in der Gesellschaft dominieren, Industrie und städtische Zentren zu Hauptabnehmern für in Ware verwandelte landwirtschaftliche Produkte werden, wie die Warenproduktion auch die Landwirtschaft durchdringt und wie sich Zirkulation und Kommunikation entwickeln, kann und muß sich die **Produktenrente** in **Geldrente** verwandeln.

Der Wandel in der Aneignungsform des Mehrprodukts ergibt sich jedoch auch als Funktion der Bedürfnisse des Grundeigentümers. Als Folgeerscheinung seiner frühzeitigen Verbindung zum Markt (Weltmarkt) und seiner typischen Stellung als "absentee" waren die Bedürfnisse des Latifundista von Anfang an mehr auf **Geldeinkommen** als auf den Gebrauchswert der landwirtschaftlichen Produkte orientiert. Die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse in den Städten übt einen "Demonstrationseffekt" auf die Bedürfnisse der Großgrundbesitzer aus. In ihrer Doppelfunktion als Gutsherr und als zum Teil schon Kapitalist brauchen sie immer mehr Geld.

Hinsichtlich der Entwicklung der Teilpachtverhältnisse gibt es zwei Grundtendenzen:

- a) Der Drang nach schrankenloser Erhöhung des Mehrprodukts kann dazu führen, daß die Höhe der vom Grundherrn festgelegten Rente die Reproduktion der Arbeitsbedingung gefährdet, die Erweiterung der Produktion verhindert und dem Produzenten nur das zum physischen Erhalt unbedingt notwendige Minimum an Lebensmitteln sichert, weil sich der Grundherr einen Teil des notwendigen Produkts aneignet.

Diese Ruinierung der Pächter und ihre Verwandlung in Landarbeiter ist die Haupttendenz.³¹

- b) In Chile ist das Teilpachtsystem vor allem in jenen Regionen verbreitet, wo intensiver Ackerbau betrieben werden kann, das heißt, wo aufgrund der natürlichen Bedingungen das Mehrprodukt relativ hoch ist. Bei der Produkten- und bei der Geldrente ist die Arbeit für den Grundherrn nicht mehr so offensichtlich von der Arbeit für den eigenen Unterhalt geschieden. Es ergibt sich die Möglichkeit, daß der Produzent einen größeren Teil der überschüssigen Arbeit für sich gewinnen und einen vermarktbaren Überschuß über die Subsistenznotwendigkeit erzeugen kann. Durch die Festsetzung der Rentenhöhe werden dem Produzenten Anreize gegeben, durch Verbesserung der Produktionstechnik und Arbeitsorganisation die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und den Überschuß zu vergrößern. Dieser Überschuß bildet die Basis für die Beschäftigung von Lohnarbeit und damit die Möglichkeit, daß sich der Teilpächter in einen kapitalistischen Pächter verwandeln kann.

Beide Tendenzen sind der kapitalistischen Entwicklung geschuldet, kommen ihr zugute und tragen letztlich dazu bei, das Hacienda-System zu zerstören. Sie zeigen aber auch schon, daß diese deformierte kapitalistische Entwicklung keine objektive Alternative für die Produzenten sein kann.

Ein wichtiger Aspekt für die systemkonservierende Haltung der Latifundistas besteht in der absichtlichen Bewahrung halbfeudaler Verhältnisse aus Motiven der politischen Machterhaltung. Der "inquilino" und der Teilpächter stellen aufgrund ihrer traditionsbedingten Haltung und ihrer vielschichtigen Abhängigkeit vom Großgrundbesitzer keine gefährliche revolutionäre Potenz dar, wohl aber ein kapitalistisches Landproletariat auf der einen und eine um kapitalistischen Aufstieg bemühte Pächter-Schicht auf der anderen Seite (revolutionär im Sinne der Beseitigung des bestehenden Hacienda-Systems).

Der Latifundio-Minifundio-Komplex war als vielschichtiges System mit einem wachsenden Anteil kapitalistischer Verhältnisse charakterisiert worden. Dem entsprechen bis zu einem bestimmten Grade auch kapitalistische Aneignungsverhältnisse.

Einmal handelt es sich dabei um reine kapitalistische Pachtverhältnisse:

Im Latifundio-Minifundio-Komplex treten andere Großgrundbesitzer, in der Nähe der Hacienda wirtschaftende kleine Landwirte, Verwalter sowie Angehörige des besser bezahlten technischen Personals der Hacienda selbst, aber auch Industrie- und Handelskapitalisten aus den Städten als Pächter auf.

Zum anderen beziehen sich die kapitalistischen Aneignungsverhältnisse vor allem jedoch auf das "cash-crop"-Zentrum der Hacienda selbst. Kapitalist und Grundherr und damit Profit und Rente fallen hier zusammen. Dieser Bereich, von vornherein auf Warenproduktion ausgerichtet, erzeugt den größten Teil des agrikolen Mehrprodukts (nun Mehrwert). Die wachsende Ausbeutung von Lohnarbeit der verschiedenen Landarbeiterkategorien und der zunehmende Einsatz moderner Technik sind charakteristisch.

Wir hatten eingangs festgestellt, daß die Aneignungsformen des agrikolen Mehrprodukts unter den Bedingungen des Hacienda-Systems vielgestaltig sind. Neben den Rentenka-

³¹ Aus einem Vergleich der Agrarzinsen von 1955 und 1965 ergibt sich eine Verringerung der Zahl der "medieros" von 26 800 auf 18 000 (vgl. Corvalán, Antonio, Estagnación o cambio en la agricultura chilena, in: Boletín informativo, Santiago de Chile, Nr. 31, S. 23).

tegorien sind auch Zinskategorien und der Handelsgewinn als Aneignungsformen anzutreffen. Das ist keine zufällige Erscheinung. Die Verhältnisse, die der Existenz der Rente zugrunde liegen, bedingen in bestimmtem Maße auch die Aneignung eines Teils des agrikolen Mehrprodukts über Zins und Handelsgewinn. Beim Kapitalzins liegen die Dinge relativ einfach. Die Zersplitterung der Produktionsmittel und die rückständige Technik zwingen die Pächter einerseits dazu, Arbeitsmittel (vor allem tierische und maschinelle Zugkraft) zu leihen und dem Verleiher (in der Regel der Latifundist) einen Zins in Geldform zu zahlen; andererseits wird ihnen das durch den Verbleib eines wenn auch nur geringen Teils des Mehrprodukts in ihren Händen ermöglicht. Bedingung ist, daß der bei den Produzenten verbleibende Teil des Mehrproduktes in Ware verwandelt und absetzbar wird und daß dieser Überschuß aber nicht zur Akkumulation (sprich; Investitionen in Form von Maschinen) ausreicht. Das Verleihen von Arbeitsmitteln des Grundherrn an die Pächter ist eine auf der Hacienda typische Erscheinung. Regional unterschiedlich wird zum Beispiel pro "Traktorstunde" oder pro "Gespanntag" eine bestimmte Geldsumme festgelegt. In diesem Prozeß ist der Latifundist in doppeltem Vorteil; als "Verleiher" von Arbeitsmitteln und als "Monopolhändler" für den in Ware verwandelbaren Überschuß der Produzenten.

Die ökonomischen Beziehungen zwischen Grundherrn und Produzenten beschränken sich nicht nur auf die Lohnarbeits- und Pachtverhältnisse. Neben der direkten Ausbeutung der Arbeitskraft in der Produktionssphäre – Funktion des Bodenmonopols – eignet sich der Grundherr über andere Kanäle, vor allem in der Warenzirkulation, einen Teil des Produkts der Bauern an.

In der Zirkulationssphäre besitzt der Grundherr das An- und Verkaufsmonopol. Er ist nicht nur Bodeneigentümer, sondern zugleich Käufer der Überschüsse, die die "inquillos" und die Teilpächter auf ihrem kleinen Stück Land erzielen; er ist Verkäufer von Konsumtions- und Produktionsmitteln, und er ist Geldverleiher und Wucherer in einer Person. Seine Monopolstellung erlaubt es ihm, die Preise festzulegen. Andere Absatzmärkte sind in der Regel weit entfernt und so müssen die Pächter die Niedrigpreise akzeptieren, um aus ihrer Ernte überhaupt einen Erlös zu erzielen. Vielfach ist es so, daß der Großgrundbesitzer zugleich Mühlen-, Weingut- oder Schlachthausbesitzer ist. Dieser Umstand wirkt der Entwicklung arbeitsteiliger Beziehungen großen Stils zwischen Industrie und Landwirtschaft und damit der Steigerung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität entgegen.

Um ihre Produktion realisieren zu können, sehen sich die Kleinbauern, Teil- und Arbeitspächter verpflichtet, ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse an derartige Betriebe der Großgrundbesitzer zu verkaufen. Sie verfügen nicht über Geldreserven und müssen deshalb die Ernte schon im voraus bis auf den letzten Halm verkaufen, um Lebenshaltungs- und Produktionskosten bestreiten zu können. Auch die in diesen Fällen von den Großgrundbesitzern festgelegten Preise liegen weit unter den normalen Marktpreisen.

Die große Hacienda verfügt meist über eine "pulperia", einen eigenen Laden, der vom Grundherrn eingerichtet wurde und über den die Landarbeiter Konsumtions- und primitive Produktionsmittel beziehen. Unter Ausnutzung der regionalen Isoliertheit und der Unwissenheit der Bauern können die Grundherren auch auf dieser Ebene die Preise diktieren und die Bauern berauben.

Die bereits erwähnte gegenseitige Bedingtheit der Kategorien trifft auch auf diese Beziehungen zu. So ist die Entwicklung der Produktivkräfte, der arbeitsteiligen Beziehungen und der Bedürfnisse nicht ohne Einfluß auf die Hacienda geblieben. Die Befriedigung bestimmter Bedürfnisbereiche selbst der einfachen Produzenten (sowohl produktiver als auch konsumtiver Natur) sind an die Realisierung eines minimalen Geldeinkommens gebunden. Da die kleinen Produzenten oft nicht einmal dieses Minimum aufbringen können, schaltet sich der Grundherr als Geldverleiher ein und pfändet dafür die Ernte des Bauern bis auf den letzten Halm – damit bedingen sich Wucher und Händlermonopol wechselseitig.

3.3. Der Paternalismus - Relikt des Feudalismus im Latifundio-Minifundio-Komplex

Der Latifundio-Minifundio-Komplex war bisher als Bereich qualifiziert worden, in dem sich die kapitalistischen Verhältnisse durchsetzen, der aber noch sehr stark mit halbfeudalen und feudalen Zügen behaftet ist. Wenn es gilt, Kriterien dafür anzuführen, worin denn diese "feudalen Züge" bestehen, so muß gerade die Existenz des Paternalismus in diesem Bereich an hervorragender Stelle genannt werden.

In den vorangegangenen Ausführungen war die Hacienda als ökonomische Einheit betrachtet werden, die auf dem Bodeneigentumsmonopol des Grundherrn basiert. Abgeleitet davon stellt die Hacienda jedoch auch ein System besonderer sozialer Beziehungen dar, dem das Autoritäts- und Entscheidungsmonopol des Großgrundbesitzers zugrunde liegt.

Die historische Überlebtheit und der anachronistische Charakter des Latifundiums treten erst voll zutage, wenn auch diese Beziehungen einer eingehenden Betrachtung unterzogen worden. Die Hacienda ist unter dem Gesichtspunkt der sozialen Schichtung als ein System besonderer Beziehungen charakterisiert, in dem sich zwei Hauptpole gegenüberstehen: Der "patrón" oder sein Verwalter auf der einen und die Masse der Bauern, "inquilinos", "afuerinos", "voluntarios" auf der anderen Seite. Die dazwischenliegenden Schichten (Mayordomos, Verwaltungs- und Aufsichtspersonal, "medieros") tendieren in ihrer Haltung dazu, sich mit einem der beiden Pole zu identifizieren. Die zwischenpolaren ökonomischen und sozialen Beziehungen tragen unter den spezifischen lateinamerikanischen Bedingungen paternalistische Züge; sie werden als System des Paternalismus bezeichnet.³²

An den paternalistischen Charakter des Latifundio-Minifundio-Komplexes wird von bürgerlichen Ökonomen eine gewisse Existenzberechtigung dieses Systems geknüpft und der ausbeuterische Charakter der Beziehungen zwischen "patrón" und Bauer verschleiert. So schreibt Heimpel: "Eine große Hacienda ist ein System gegenseitiger Abhängigkeit. Genau so wie der Farmer Arbeitskräfte braucht, um seinen Betrieb zu bewirtschaften, hat er für sie wichtige soziale Funktionen zu erfüllen, die vorerst von keiner anderen Instanz übernommen werden können. Hierzu gehört vor allem eine weitgehende soziale Hilfe, d. h. die Unterstützung bei Krankheiten, Sterbefällen oder Naturkatastrophen, sowie Einrichtung von farmeigenen Schulen, Altersunterstützung usw."³³

Oberflächlich betrachtet, mag das auf den einen oder anderen Fall durchaus zutreffen. Die allgemeine Entwicklung der Produktionsverhältnisse in der Gesellschaft zwingen dem Großgrundbesitzer noch nicht die Unerbittlichkeit des kapitalistischen Konkurrenzkampfes und die totale Abwälzung seiner Lasten auf die Schultern der breiten Bauernmassen auf. Der ökonomische Überschuß des Systems erlaubt es vorläufig noch, den minimalen Investitionsanforderungen und dem parasitären Bedürfnismodell der Großgrundbesitzerklasse zu entsprechen, so daß sich mancher Hacendado vor allem den alteingesessenen "inquilinos" seines Gütes gegenüber eine solche Haltung leistet. Jedwede Vergünstigung, sei sie sozialer Natur oder bestehe sie aus einem Stück Land und entsprechenden "regalias", erhält der "inquilino" jedoch nur dann, wenn er das Vertrauen seines "patrón" genießt, das heißt, wenn er ihm völlig ergeben ist.

32 Gazmuri, Jaime, Asentamientos Campesinos - una evaluación de los primeros resultados de la Reforma Agraria en Chile, Santiago de Chile 1968, S. 89; Urzua, R. J., La demanda campesina, Santiago de Chile 1969, S. 88.

33 Vgl. Heimpel, Christian, a. a. O., S. 252.

Die bürgerlichen Apologeten des Paternalismus ignorieren bewußt die Tatsache, daß die bis in die Tage des christdemokratischen Regimes von verschiedenen bürgerlichen chilenischen Regierungen erlassenen gesetzlichen Bestimmungen über soziale Minimalzugeständnisse³⁴ an die Bauernmassen von den Grundherren nicht erfüllt wurden. Wo dies geschah, mußten sie die Bauern in erbitterten Klassenschlachten erkämpfen.

Die wesentlichen Beziehungen des auf dem Autoritäts- und Entscheidungsmonopol des Grundherrn fundierten Paternalismus sind die Domination und die Subordination. Aufgrund der ökonomischen und sozialen Stellung, die der "patrón" einnimmt, ist er es gewohnt, zu befehlen und daß ihm gehorcht wird, während es der "inquilino" als "normal" empfindet, daß nicht er, sondern der "patrón" entscheidet.

Der Paternalismus tendiert zur Besänftigung der sozialen Gegensätze auf dem Lande und ist damit ein Hemmnis für ihre progressive Lösung; das gilt in zweierlei Richtung vor allem für die Beziehungen zwischen "inquilino" und "patrón".

- a) Der "inquilino" sieht im Grundherrn in erster Linie nicht den Ausbeuter, sondern den Herrn, dem er zwar gehorchen muß, der ihn aber in Notzeiten schützt.
- b) Die auf jahrhundertalter Tradition beruhende ökonomische Abhängigkeit und der Paternalismus vorurteilen den "inquilino" zwar zur Passivität; soweit er jedoch soziale Aufstiegsvorstellungen hat, dient ihm die Lebensweise des Großgrundbesitzers als Leitbild - selbst "patrón" zu werden, anderen zu befehlen, das ist sein Ideal. Die Entwicklung von Solidaritätsdenken und Klassenbewußtsein werden dadurch gehemmt.

Eine weitere negative Bedeutung des Paternalismus besteht darin, daß er die Grenzen der großen landwirtschaftlichen Hacienda überschritten hat und zu einem Verhaltensschema in anderen Bereichen der Gesellschaft geworden ist.

Der Boden, auf dem der Paternalismus gedeihen kann, sind der Latifundismus, die Konzentration des Grundeigentums in wenigen Händen, und die daraus resultierenden Ausbeutungsverhältnisse. Die Überwindung des Paternalismus, die echte Befreiung der Bauernmassen erfordern somit die konsequente Zerschlagung des Latifundiensystems als ersten Schritt zur Lösung der Agrarfrage in Chile, eine Aufgabe, die von den bürgerlich-demokratischen Kräften des Landes nicht bewältigt wurde und daher um so nachdrücklicher von der Regierung der Volkseinheit in Angriff genommen werden mußte.

3.4. Ausbeutung und ländliche Klassenstruktur

Die Heterogenität der Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse im chilenischen Agrarsektor reflektiert sich in der bestehenden agraren Klassenstruktur. Die Vielfalt der noch existierenden vorkapitalistischen Produktionsverhältnisse und der unterschiedliche Grad ihrer Zersetzung führen zu Besonderheiten der agraren Klassenstruktur und, daraus erwachsen, zu Schwierigkeiten bei der Zuordnung von Teilen der Landbevölkerung zu den einzelnen Klassen und Schichten.

Unter Berücksichtigung der grundlegenden marxistischen Erkenntnis, daß die Spaltung der Gesellschaft in Klassen nicht von Natur aus gegeben, sondern das Produkt der Menschen im Verlauf ihres gesellschaftlichen Prozesses selbst ist, und ausgehend davon, daß die Klassenzugehörigkeit auch innerhalb einer Produktionsweise Veränderungen obliegt, kann

³⁴ Einrichtung von Schulen in Haciendas mit einer bestimmten Zahl von schulpflichtigen Kindern, Bezahlung eines garantierten Mindestlohnes, Familienzuschüssen u. a.

festgestellt werden, daß sich in Chile die Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft - Proletariat und Bourgeoisie - bereits herausgebildet haben. Der spezifische Charakter der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft bedingt jedoch die Existenz einer Reihe von Zwischenschichten und von Klassen, die in ihrer Entwicklung zwar zu diesen beiden Grundklassen tendieren, aber noch längere Zeit mit Merkmalen verschiedener Klassen behaftet sein werden. Die Grenzen zwischen den Klassen sind in der Rangfolge der sozialen Stufenleiter vom Landproletariat zu den Latifundistas fließend, da der soziale Differenzierungsprozeß zwischen den einzelnen Schichten der Landbevölkerung, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, so doch beständig fortschreitet. Das betrifft vor allem folgende Prozesse:

- a) den Übergang halbproletarischer Zwischenschichten wie der "inquilinos" zu kapitalistischen Lohnarbeitern;
- b) die Verwandlung von Klein- und Mittelbauern in Landproletarier;
- c) den Aufstieg einzelner Mittelbauern in die Kapitalistenklasse;
- d) die Verwandlung des traditionellen Latifundista in einen kapitalistischen Großfarmer.

Abgeleitet aus der Charakterisierung des Latifundio-Minifundio-Komplexes als dualen Systems vorkapitalistischer und kapitalistischer Verhältnisse, trägt auch die Masse der dort tätigen Produzenten einen dualen Charakter. Ein Großteil der unter der Bezeichnung "ländliches Proletariat" zusammengefaßten Landarbeiter weist sowohl bäuerliche als auch proletarische Züge auf. Die proletarischen Züge zeigen sich meist in der Sphäre der produktiven Aktivitäten, während die bäuerlichen Züge mehr den Lebensgewohnheiten und der Mentalität geschuldet sind. Dieser Doppelcharakter wird allgemein anerkannt, wobei bürgerliche Untersuchungen unter Hinweis auf die Formen persönlicher Abhängigkeit vom Großgrundbesitzer, auf das niedrige Entwicklungsniveau der Warenproduktion und auf die bäuerliche Mentalität vieler Landarbeiter den bäuerlichen Zügen oft die Dominanz einräumen. Wir stimmen hier mit Koval überein, der der Meinung ist, daß die unbestreitbar vorhandenen bäuerlichen Züge nicht an die erste Stelle gesetzt werden dürfen. Die Überbetonung der bäuerlichen Qualitäten hat zur Konsequenz, daß Rolle und Einfluß der materiellen Basis der kapitalistischen Entwicklung, die zur Proletarisierung der armen Bauern führt, unterschätzt werden.³⁵

Die hemmende Wirkung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft auf die volle Herausbildung des Kapitalismus drückt sich in der Unfähigkeit des Agrarsektors (verbunden mit der relativ schwachen Entwicklung der nichtagraren Bereiche) aus, die aufgrund der kapitalistischen Entwicklungstendenzen von ihren Produktionsmitteln getrennten ländlichen Produzenten ökonomisch zu absorbieren. Dies, das hohe Bevölkerungswachstum, eine ungenügende Nutzung der natürlichen Ressourcen der Landwirtschaft (verhindert durch die bestehenden Produktionsverhältnisse) und der existierende politische Überbau führen dazu, daß sich solche halbproletarischen Zwischenschichten noch lange Zeit auf dem Lande erhalten können. Ein interessantes, für die lateinamerikanische agrare Klassenstruktur typisches Phänomen besteht darin, daß große Teile der heute dem ländlichen Proletariat zurechenbaren Schichten ihren historischen Ursprung nicht in der kapitalistischen Ruinierung von selbständigen ländlichen Produzenten haben. Die Unterwerfung der indianischen Urbevölkerung, der Raub ihres Grund und Bodens und die Herausbildung der typischen sozialen Hierarchie in der kolonialen spanischen Hacienda führten zur Entstehung einer Schicht von Landbewohnern (wie zum Beispiel des "obligado"), die im Verlaufe ihrer Entwicklung zum kapitalistischen Lohnarbeiter auf keiner Stufe Boden oder Arbeitsmittel besessen hatte. Über Jahrhunderte waren ihr jegliche soziale Aufstiegschancen versperrt.

³⁵ Vgl. Koval, Wladimir, El proletaria do rural y su lugar en la estructura social del campo en América Latina, in: Latinskaja Amerika, Moskau, Nr. 3/1970.

Dem muß in der Strategie der fortschrittlichen Kräfte, vor allem in ihrer Bündnispolitik, Rechnung getragen werden.

Die relative Schwäche des proletarischen Elements und die Widersprüchlichkeit in der Haltung der ländlichen Zwischenschichten repräsentieren aber nur einen Aspekt, der die Bündnispolitik beeinflusst. Der doppelte Charakter der Latifundistas - kapitalistische Agrarunternehmer und halbfeudale Großgrundbesitzer in einer Person -, der Einfluß dieser Klasse in der chilenischen Gesellschaft, ihre Rolle als Interessenvertreter des imperialistischen Auslandskapitals läßt den Kampf gegen die Großgrundbesitzer zu einem wesentlichen Moment der Interessenübereinstimmung der übrigen Klassen und Schichten der chilenischen Gesellschaft werden.

Das galt für den Kampf um tiefgreifende sozialökonomische Umgestaltungen während der Präsidentschaft des Christdemokraten Frei und während der Zeit der Unidad Popular.

Die Rolle der Latifundistas als wesentlicher Wegbereiter und Nutznießer des faschistischen Putsches macht ihre historische Überlebtheit um so deutlicher und ihre Zerschlagung als Klasse um so dringlicher. Das Wirtschaftsmodell der faschistischen Militärjunta basiert sehr stark auf der Entwicklung des Bergbaus und der Landwirtschaft. Mit der Rückgabe des größten Teils des von den vorhergehenden Regierungen enteigneten Bodens an die Großgrundbesitzer restauriert die Junta jedoch nicht schlechthin die zuvor auf dem Lande existierenden Produktionsverhältnisse, sondern versucht, vor allem über ihre durch und durch unsoziale Kredit-, Preis- und Steuerpolitik die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse zu festigen und die Landwirtschaft voll in ein von ihr erstrebtes System der "freien Marktwirtschaft" zu integrieren, wodurch der Boden immer mehr zur Ware wird. Gleichzeitig wird jedoch auch eine andere Tendenz sichtbar: Bei der erneuten Etablierung ihrer Ausbeutungs- und Machtverhältnisse stützen sich die chilenischen Latifundistas auf Reste des nicht völlig beseitigten Systems der "inquilinaje" bzw. erwecken es, zum Teil modifiziert, mit einem höheren Anteil an Geldlohnverhältnissen, zu neuem Leben. Damit wird, wenn auch in veränderter Form, Wirkungsmechanismen Spielraum gegeben, die, aus den Produktionsverhältnissen resultierend, die kapitalistische Entwicklung hemmen.

Die Restaurierung der Großgrundbesitzverhältnisse in Chile ist ein wesentlicher Faktor, der die Widersprüche des faschistischen Systems zuspitzt und dazu beiträgt, daß nicht nur die Masse der Landarbeiter und Bauern, sondern zunehmend auch kleine und mittlere Agrarunternehmer die Notwendigkeit der Formierung einer antifaschistischen Einheitsfront zum Sturz des Junta-Regimes einsehen und ihre Forderungen anmelden.

Die Rolle des Staates bei der Entstehung und Vertiefung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Türkei

Eine kritische Würdigung des Kemalismus vornehmlich unter ökonomischen Aspekten

von Judit Balázs

Die Periode der ursprünglichen Akkumulation, das heißt jener Akkumulation, welche nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt¹, war in den Zentren Europas mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts bereits abgeschlossen. In der Türkei hatte sie dagegen am Vorabend der von Atatürk geleiteten Revolution, am Anfang des 20. Jahrhunderts, noch nicht einmal begonnen.

Die türkische Revolution verlief im Vergleich zu den meisten europäischen bürgerlichen Revolutionen mit einer "Verspätung" von hundert bis hundertfünfzig Jahren, also in einem Zeitalter, in dem der Kapitalismus sein höchstes Stadium, den Imperialismus, bereits hervorgebracht hatte. Mit dem Sieg der Oktoberrevolution zeichnete sich sogar seine Ablösung ab.

Dementsprechend wich die türkische Revolution in ihrem Verlauf und Ergebnis sehr stark von der klassischen bürgerlichen Revolution ab.

Die allgemeine Rückständigkeit der Türkei vor der Revolution wurzelte im feudalen Militärsystem des Osmanischen Reiches und hatte in erster Linie ökonomische Ursachen. Die relative Stagnation der Produktivkräfte war wesentlich durch das spezifische osmanische System des Grundeigentums geprägt. Zwar wies dieses System im Laufe seiner Entwicklung verschiedene Modifikationen auf; Neben den Ländereien, die unumschränktes Eigentum des Sultans waren, entstand de facto Privateigentum, aber ein positiver Einfluß auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte ging davon kaum aus.

Die Ausbeutung fremder Völker, die großen Eroberungszüge auf dem Balkan, in Vorderasien und in Nordafrika brachten dem türkischen Staat gewaltige Reichtümer ein. Gleichzeitig führten sie zur Bereicherung der feudalen militärischen Oberschicht. Die geraubten Schätze wurden jedoch überwiegend gehortet oder parasitär konsumiert. Nur vereinzelt bildete sich in Gestalt des Handelskapitals eine "vorkapitalistische" Form des Kapitals heraus. Dieses Kapital wurde jedoch im Rahmen des Feudalismus nicht zum Vorläufer des modernen Industriekapitals, sondern drang erst am Anfang des 20. Jahrhunderts, und auch dann noch in nur sehr beschränktem Maße, in die produktive Sphäre ein.

Die Blütezeit der großen osmanischen Eroberungen fiel in das Zeitalter des europäischen Feudalismus. Trotzdem verlief die gesellschaftliche Entwicklung in den europäischen Zentren und an der südöstlichen Peripherie Europas nicht synchron und in die gleiche Richtung.

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1972, S. 741.

Während - und nicht zuletzt weil - der feudale Absolutismus in den europäischen Zentren erstarkte, begann der Niedergang des Osmanischen Reiches. Der Entwicklungsrückstand der Türkei bildete sich also bereits in der Feudalperiode heraus.

Die zeitliche Parallelität der beträchtlichen Entfaltung der Produktivkräfte und der damit verbundenen frühbürgerlichen gesellschaftlichen Transformation auf der einen Seite (in den europäischen Zentren) und die wirtschaftliche Stagnation und Unbeweglichkeit der Gesellschaftsstruktur auf der anderen Seite (in der Türkei) führten dazu, daß sich der Entwicklungsabstand zwischen Europa und der Türkei stetig vergrößerte.

Die ökonomische Rückständigkeit des Landes machte sich schließlich auch auf militärischem Gebiet deutlich bemerkbar. Die Türken erlitten sukzessive territoriale Verluste. Die vorhandenen potentiellen Akkumulationsquellen des Landes wurden in erster Linie zur Finanzierung der immer teurer werdenden Kriege, nicht jedoch zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte eingesetzt; es gab infolgedessen keinen Spielraum für eine Akkumulation des Kapitals.

Die Entstehung des Kapitalismus in den westeuropäischen Staaten besiegelte schließlich die wirtschaftliche Unterlegenheit der Türkei, versperrte dieser endgültig den Weg zu weiteren militärischen Eroberungen und damit die Hauptquelle für die wirtschaftliche und politische Macht des türkischen Feudalsystems.

Die allgemeine militärische Niederlage, die wesentlich durch die wirtschaftliche Stagnation bestimmt war, mußte unter diesen Bedingungen dazu führen, daß das osmanische feudale System zusammenbrach, ohne lebensfähige Ansätze einer neuen sozialökonomischen Formation, des Kapitalismus, zu hinterlassen.

Die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals nahm daher in der Türkei ihren eigentlichen Anfang erst nach 1923, nach der Gründung der Republik, die sich im Ergebnis des antimperialistischen Kampfes des türkischen Volkes vollzog. Dieser Kampf mündete in einer bürgerlichen Revolution und machte den Weg für die Entfaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse frei.

Die Revolution schuf zunächst - und darin bestand eine ihrer wesentlichen sozialökonomischen Besonderheiten - den kapitalistischen Überbau und damit den institutionellen Rahmen für die Entstehung des türkischen Kapitalismus. Sie bildete nicht - wie in den "klassischen" Fällen in Europa - den politischen Abschluß einer längeren Evolution der sozialökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Ordnung, sondern ihren eigentlichen Beginn, die Voraussetzung für die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise in der Türkei.

Der konkret-historische Prozeß der "ursprünglichen Akkumulation", wie er von Karl Marx im "Kapital" analysiert wurde, vollzog sich in der Türkei also unter wesentlichen Modifikationen. Da die vorherrschenden einheimischen Kapitalformen im wesentlichen "vorkapitalistischen" Charakter trugen, wurde zwar die Exploitationsweise des Kapitals praktiziert, aber seine Produktionsweise konnte sich nicht durchsetzen², und da der Übergang zu modernen Formen des industriellen Kapitals durch das herrschende feudale-absolutistische Macht- und Gesellschaftssystem in seiner spezifischen militärisch-bürokratischen Ausprägung behindert wurde, gelangten entscheidende Momente des Prozesses der "ursprünglichen Akkumulation" nur sporadisch zur Wirksamkeit: Die bestehende Produktionsweise wurde im wesentlichen nur "verelendet, ohne umgewälzt zu werden"³, und die Trennung des unmittelbaren Produzenten von seinen Produktionsmitteln vollzog sich nur schlep- pend, als qualvoller Verelendungs- und Stagnationsprozeß, ohne den Industrieproletarier

2 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1972, S. 611.

3 Ebenda, S. 609.

als massenhafte soziale Erscheinung zu schaffen und seine Arbeitsmittel in den Händen eines kapitalistischen Unternehmertums zu konzentrieren. Die "ursprüngliche Akkumulation" entfaltete ihr eigentliches Wesen als "ursprüngliche Expropriation"⁴ daher nur partiell und peripher und war von einer auffallenden Kraftlosigkeit und ökonomischen Schwäche der entstehenden Bourgeoisie begleitet.

Die im Formationsprozeß befindliche türkische Bourgeoisie verfügte nur über einen Bruchteil jener Akkumulationsquellen, die bei der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus in den nachmaligen westeuropäischen Industrieländern der Bourgeoisie zur Verfügung standen; Sie wies eine absolute und relative Kapitalschwäche auf. Das Bürgertum war nicht dazu fähig, eine selbständige, dynamische wirtschaftliche Entwicklung einzuleiten. Zur Entstehung des Kapitalismus reichten die vorhandenen spontanen endogenen Triebkräfte der kapitalistischen Akkumulation nicht aus. Er mußte sich vielmehr des aktiven ökonomischen Einwirkens des Staates bedienen, um sich herausbilden und entfalten zu können.

Aus dieser aktiven Rolle des Staates ergibt sich, daß der Kapitalismus in der Türkei bereits in statu nascendi von starken staatskapitalistischen Zügen geprägt war. Der Staatskapitalismus erschien auf einer sehr frühen Stufe der kapitalistischen Entwicklung. Er trat nicht als organische Folge des hohen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte auf, sondern etablierte sich auf einem allgemein niedrigen Niveau der Produktivkräfte und erschien damit als Ausdruck des abhängigen⁵ Charakters der kapitalistischen Entwicklung.

Die erste republikanische türkische Regierung trat eine schwere Erbschaft des Osmanischen Reiches an. Den Klauseln des Friedensvertrages von Lausanne (Juli 1923) entsprechend, verpflichtete sich die türkische Regierung 62 Prozent der Schulden des Osmanischen Reiches zu übernehmen, auf deren Einlösung die Siegerstaaten auch Anspruch erhoben. Die Verschuldung betrug über 200 Millionen türkische Pfund. Das Zahlungsbilanzdefizit des letzten Friedensjahres war mit 20,2 Millionen türkische Goldpfund beziffert worden.⁶

In ihrer Wirtschaftsstruktur zeigte die Türkei das typische Bild eines Koloniallandes. Die vorhandenen Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte wurden aus der Türkei in die europäischen Zentren exportiert, dort verarbeitet und oft als fertige Produkte wieder ins Land eingeführt. Die eigenen privaten Verarbeitungsbetriebe waren kaum über die hausgewerbliche Entwicklungsphase hinausgekommen und wiesen eine äußerst schmale Produktionspalette auf. Der überwiegende Anteil der gewerblichen Produktion wurde im Nahrungsmittelsektor realisiert; Er betrug 70,3 Prozent im Jahre 1915 (der Produktionswert belief sich im selben Jahr für den gesamten Gewerbezweig auf 757 046 755 Kurus).⁷ An zweiter Stelle stand die Textilverarbeitung mit 11,9 Prozent, danach folgten die Herstellung von

4 Marx, Karl, Lohn, Preis und Profit, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin 1972, S. 131.

5 Zur Problematik des abhängigen Kapitalismus vgl. Rathmann, Lothar, u. a., Grundfragen des ant imperialistischen Kampfes der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Gegenwart, T. 2, Berlin 1974, S. 877 ff.; Razvivajuščiesja strany: zakonomnosti, tendencii, perspektivy, unter der Red. v. V. L. Tjagunenko, Moskau 1974; Wolski, W., Relative Reife, unbedingte Abhängigkeit. Zur Charakteristik des lateinamerikanischen Kapitalismusmodells, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 6/1979, S. 794 ff.; zur Problematik des abhängigen Kapitalismus in der Türkei vgl. Balázs, Judit, Einige Grundzüge und Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus in der Türkei, Diss. A, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin 1977, S. 89 ff.

6 Hershlag, Z. Y., Turkey. The Challenge of Growth, Leiden 1968, S. 19 f.

7 1 türkisches Pfund (lira) = 100 Kurus.

Schreibwaren mit 6,9 Prozent und die Lederverarbeitung mit 4,8 Prozent; weitere 3,4 Prozent verteilen sich auf chemische Industrie, Tabak- und Holzverarbeitung.⁸

Die Industriestatistik des Jahres 1913 erfaßte in der Osmanischen Türkei 269 Unternehmen (mit insgesamt 17 000 Beschäftigten), davon 76 in der Lebensmittelverarbeitung und 75 in der Textilindustrie.

Selbst für Städte wie Istanbul, Izmir und Bursa war die handwerkliche Kleinproduktion charakteristisch. Allerdings gab es hier einige Betriebe mit einer relativ hohen Beschäftigtenzahl (mehr als 50 bis zu 80 Arbeitern), wobei man berücksichtigen muß, daß im Landesmaßstab die Mehrzahl der Betriebe nur 2 bis 3 Arbeiter beschäftigte.

Der erste Weltkrieg, die territorialen Verluste sowie die mit dem Befreiungskampf des türkischen Volkes verbundenen Unruhen haben jedoch selbst diese schmale Industriebasis fast vernichtet.

Es gehört zu den großen historischen Verdiensten des legendären Anführers des nationalen Befreiungskampfes und späteren ersten Präsidenten des jungen türkischen Staates, Kemal Atatürks, daß er in Erkenntnis der enormen Rückständigkeit des gesamten Landes eine Konzeption entwickelte, die auf die allgemeine und schnelle Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft abzielte. Die Verwirklichung dieses Programms sollte aus eigenen Kräften, ohne Einfluß der imperialistischen Großmächte, durch die Mobilisierung der eigenen Ressourcen im Interesse des gesamten Volkes erfolgen. Seine aus den sechs berühmten Leitprinzipien bestehende Konzeption entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einer Ideologie, die als "Kemalismus" in die Geschichte einzog.

Die Prinzipien dieser Konzeption haben im wesentlichen nationaldemokratischen Charakter: "Republikanismus" (die Unantastbarkeit der republikanischen Staatsform), "Nationalismus" (die Verteidigung der Unabhängigkeit), "Laizismus" (die Trennung des Staates von der Religion), "Volkstum" (das Zusammenwirken des Staates mit dem gesamten Volk, im Interesse des gesamten Volkes), "Revolutionismus" (Weiterführung des bürgerlichen Reformwerkes in allen Sphären des Gesellschaftslebens) und zum Schluß der "Etatismus" (ein wirtschaftspolitisches Konzept, das im Staat den Träger einer kapitalistischen ökonomischen Entwicklung sieht und ihm entsprechende Rechte und Pflichten zuordnet). Diese Konzeption ist nicht frei von Widersprüchen. Die rasche, in der Türkei bis dahin nicht gekannte Entwicklung - zumindest auf einigen Gebieten - ließ aber zunächst nur ihre "Somenseite" zur Geltung kommen.

Die Schwierigkeiten, die die türkische Wirtschaft und Gesellschaft in der Zeit nach Atatürk so schwer belasteten und in unseren Tagen zur politischen Alternativlosigkeit und zum wirtschaftlichen Chaos führten, waren jedoch teilweise bereits in der Anfangsphase der Verwirklichung der kemalistischen Konzeption im Keim vorhanden.

Die Zielvorstellung der kemalistischen Innenpolitik läßt sich unter anderem aus dem folgenden Zitat ableiten, das einer Rede Atatürks entnommen ist: "Wir werden weiterhin große Siege erringen. Aber dies werden nicht die Siege des Bajonetts, sondern der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Bildung sein. Die Siege, die unsere Armee bis jetzt errungen hat, bedeuten noch nicht die wirkliche Grundlage für unsere zukünftigen Siege. Laßt uns nicht durch militärische Erfolge geblendet sein. Laßt uns lieber neue Vorbereitungen treffen für neue Siege auf wissenschaftlichem und ökonomischem Gebiet."⁹

8 Hakki, Keskin, Die Türkei, Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat, Werdegang einer Unterentwicklung, Berlin (West) 1978, S. 43 f.

9 Atatürk, Kemal, Söylev ve demeçleri (Reden und Vorträge von Kemal Atatürk), Istanbul/Ankara 1945 - 1961, Bd. 2, S. 72.

Genau auf dieser Linie liegt auch eine spätere Äußerung Atatürks: "Politische und militärische Siege mögen noch so gewaltig sein - sind sie nicht durch wirtschaftliche Erfolge gekrönt, so werden sie nicht von Dauer sein, sondern in kurzer Zeit zunichte gemacht werden."¹⁰

Kemal Atatürk und seinen Mitarbeitern ging es vorrangig also darum, die Türkei möglichst schnell aus ihrer wirtschaftlichen Misere herauszuführen. Unter diesem Vorzeichen verkündete er die selbständige, schwerpunktmäßig industrieorientierte Entwicklung des Landes.

Aufgrund der inneren Lage der Türkei, die noch unter den Nachwirkungen bürgerkriegsähnlicher Zustände litt, und der außenpolitischen Konstellation, die für die Türkei von den Folgen ihrer Niederlage im ersten Weltkrieg gekennzeichnet war, glaubte Atatürk, einen Bruch mit den imperialistischen Hauptmächten nicht riskieren zu können. Daher sah sein Wirtschaftsprogramm unter anderem vor, ausländische Kapitalanlagen nicht zu enteignen, sondern allmählich aufzukaufen. Halbheiten dieser und ähnlicher Art könnten zweifellos eine Übergangslösung sein, ein Kompromiß, eine Konzession an die damalige Realität. Sie bildeten aber keine zukunftsweisende Konzeption, keine Konzeption auf Dauer, weil sie längerfristig zu einem machtpolitischen Vakuum und damit zu einem Freiraum für monopolkapitalistische Interessen führten. Dasselbe gilt für Atatürks Vorstellung von einer "nationalen Einheit", da sie im Grunde von einer Vision der "Klassenharmonie" ausging und dabei die Klassenfrage, die Frage nach - einheimischen - Ausbeutern und Ausgebeuteten, nach der Gesellschaftsordnung ignorierte. Hierin liegt in Theorie und Praxis der entscheidende Unterschied zwischen der kemalistischen Politik der "nationalen Einheit" und der Verwirklichung einer nationalen Einheit, wie sie in der Bündnispolitik der Parteien der Arbeiterklasse mit anderen Klassen und Schichten zum Ausdruck kommt.

Kemal Atatürk hatte seiner Ideologie wie folgt Ausdruck gegeben: "Es ist eines unserer Grundprinzipien, das Volk der türkischen Republik nicht als eine Gesellschaft zu verstehen, in der es für individuelles und gesellschaftliches Leben verschiedene Aufgaben gibt. Ziel dieses Prinzips ist die Sicherung einer inneren Ordnung und Solidarität anstelle von Klassenkämpfen, die Herstellung einer Harmonie zwischen verschiedenen Interessen, die sich nicht widersprechen."¹¹

Frellich darf man bei einer solchen Einschätzung der Schattenseiten des Kemalismus nicht übersehen, daß ihr geschichtliche Erfahrungen eines reichlichen halben Jahrhunderts der türkischen Republik zugrunde liegen, die Atatürk und seine Mitarbeiter nicht haben konnten.

Und man muß sich dabei auch die innere Lage der damaligen Türkei vergegenwärtigen. Einmal hätte sich Kemal Atatürk kaum auf ein Industrieproletariat als gesellschaftlichen Machtfaktor stützen können, da es nur einen geringen Bruchteil der Bevölkerung ausmachte und sich als Klasse erst zu formieren begann. Zum anderen spielte der weitgehend vom Osmanischen Reich übernommene Verwaltungs- und Militärapparat eine große Rolle, auf dessen Mitwirkung Atatürk bei der Durchführung seiner Reformen angewiesen war.

Einer denkbaren Ablösung dieses Apparates wirkte als objektiver Faktor das relativ geringe Potential geeigneter Nachwuchskräfte mit dem erforderlichen Bildungsniveau und als subjektiver Faktor die bereits erörterte Vision von der "nationalen Einheit" entgegen. Hinzu kam schließlich die zählebige Konsistenz der verkrusteten, von islamischen Traditionen entscheidend mitgeprägten Sozialstrukturen und Wertvorstellungen auf dem Lande, was da-

10 Ebenda, S. 107.

11 Ebenda, Bd. 3, S. 132.

zu führte, daß im Zuge der Durchführung der Reformen die Kluft zwischen Stadt und Land zunächst erst einmal noch tiefer wurde.

Spätestens hier drängt sich einmal mehr die oft gestellte Frage auf, ob die Türkei nicht auch den sozialistischen Weg hätte einschlagen können.

Diese Frage ist um so berechtigter, als Kemal Atatürk bereits im Jahre 1920 in seiner Rede vor der großen Nationalversammlung, noch vor der Ausrufung der Republik in Ankara, die "welthistorische Mission des ersten sozialistischen Arbeiter- und -Bauern-Staates erkannt"¹² hatte. Er führte unter anderem aus: "Die Revolution in Rußland stellt sich die Aufgabe der Befreiung der ganzen Menschheit von dem grausamen Druck und Zwang des imperialistischen und kapitalistischen Systems ... Der Bolschewismus erlangt jetzt Siege über die gemeinsamen Feinde, die auch einen Anschlag auf unsere Existenz verüben. Diese Siege verdienen auch unsere Dankbarkeit".¹³

Diese Einstellung zur Sowjetunion bestimmte maßgeblich die türkische Außenpolitik unter Atatürk und hat ihren historischen Wert. Das sowjetisch-türkische Verhältnis jener Zeit bildete einen der positivsten Meilensteine auf der Traditionslinie der friedlichen Koexistenz. In diesem Zusammenhang verdient besondere Hervorhebung, daß die Sowjetunion als erster Staat in der Welt die kemalistische Türkei diplomatisch anerkannte.

"Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Türkei zu Lebzeiten Kemal Atatürks waren ... eines der ersten Beispiele für das friedliche, gutnachbarliche Zusammenleben von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung."¹⁴

Kemal Atatürk hatte also starke, unbestreitbare Sympathien für den jungen Sowjetstaat. Aber zu groß waren die in der Vorstellung von der "nationalen Einheit" verwurzelten ideologischen und erkenntnistheoretischen Hindernisse gegen die Übernahme einer marxistischen, sozial geprägten und internationalistisch ausgerichteten Gesellschaftskonzeption.

Die Sowjetmacht ihrerseits hatte gerade erst den Sieg über ihre inneren und äußeren Feinde errungen und befand sich selbst noch in der Phase des ökonomischen Wieder- und Neuaufbaus. Ein sozialistisches Weltssystem lag zum damaligen Zeitpunkt noch in der Ferne. So kann man als naheliegend ansehen, daß Atatürk und seine Mitarbeiter aus realpolitischen wirtschaftlichen und militärischen Erwägungen den imperialistischen Hauptmächten keinen Vorwand zur Wirtschaftsblockade oder gar zur bewaffneten militärischen Intervention liefern wollten. Allein schon das Sympathiebekenntnis zur jungen Sowjetmacht war unter den damaligen Bedingungen eine mutige Tat.

Die Maßnahmen der kemalistischen Regierung bahnten nicht den Weg zu einer "nationalen Klassenharmonie", die nach wie vor irrealer Fiktion blieb und bleiben mußte, sondern begünstigten in Wirklichkeit einseitig Monopolkapital und Bourgeoisie:

Der konsequente Antimperialismus, die neutrale Haltung in der Außenpolitik und die Verurteilung "des grausamen Druckes ... des kapitalistischen Systems" wurden nicht durch eine dementsprechende antikapitalistische Innenpolitik ergänzt. Der in dieser Periode etablierte staatliche Sektor diente nicht als "Vorhalle" der höher organisierten Form der Produktionsverhältnisse, sondern drückte ein spezielles Verhältnis aus: Der Staat nahm einige grundlegende Produktionsmittel in seine Hand und vertrat als "Gesamtkapitalist" die Inter-

12 Glasneck, Johannes, Der Kemalismus und seine Bedeutung für den antimperialistischen Kampf der Völker Asiens und Afrikas, in: Der Kemalismus und die moderne Türkei, hg. v. Günter Barthel, Berlin 1979, S. 9 = Asia-Africa-Latin America special issue, Nr. 5.

13 Atatürk, Kemal, Izbrannye reči i vystuplenija, hg. v. A. F. Miller, Moskau 1966, S. 100 f.; vgl. auch Glasneck, Johannes, a. a. O., S. 9.

14 Glasneck, Johannes, a. a. O., S. 10.

essen des privaten Kapitals, der Bourgeoisie. Die machthabende Führung kann - zumindest in der Anfangsperiode - den politischen Kräften zugerechnet werden, die Lenin als "revolutionäre Demokraten"¹⁵ bezeichnete. Es handelte sich um eine Diktatur revolutionärdemokratischen Charakters, die die Interessen des "demokratischen Kapitals"¹⁶ vertrat.

Das ökonomische Leitbild der kemalistischen Führung war die "westliche, zivilisierte"¹⁷ Wirtschaft; ihrer Ideologie gemäß vertrat sie jedoch nicht die Forderung nach unbedingter Nachahmung des westlichen "Modells", sondern verlangte vielmehr die Schaffung eines selbständigen, neuen Systems, das auf die türkischen Realitäten zugeschnitten war und unter den spezifischen einheimischen Bedingungen dem Land einen möglichst schnellen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg ermöglichen sollte. Die hier vorgenommene kritische Wertung des Kemalismus ist notwendig, aber nicht um seine Verdienste zu schmälern, denn er war für die Türkei ein riesiger Fortschritt. Sie soll vielmehr helfen, Bedeutung und Anfangserfolge der kemalistischen Reformen in ihrer Relativität und ihrer richtigen Dimension zu begreifen.

Die wirtschaftliche Konzeption des Kemalismus wurde im einzelnen auf dem ersten Ökonomen-Kongreß in Izmir (1923) verkündet. Der Konzeption lagen zwei Leitgedanken zugrunde: die Schaffung eines selbständigen und entwickelten Industriestaates sowie die Beseitigung der Herrschaft des Fremdkapitals.

Im einzelnen hieß es:

1. Es wird eine nationale Wirtschaftspolitik betrieben; sämtliche ausländischen Unternehmen sollen nationalisiert werden.
2. Die Rolle, welche die ausländischen und nicht nationalen türkischen Unternehmer bisher im türkischen Wirtschaftsprozeß gespielt haben, soll die nationale Bourgeoisie selbst übernehmen. Da sie aber für diese Aufgabe zu schwach ist, soll sie vom Staat geschützt und unterstützt werden.
3. Der Übergang von der Kleinindustrie zur Großproduktion soll beschleunigt werden.
4. Die Position des Fremdkapitals soll geschwächt und dieses nur soweit zugelassen werden, wie es den neuen Gesetzen gehorcht und den nationalen Interessen entspricht.
5. Die Türkei ist noch ein Agrarstaat mit sehr niedriger Produktivität der Landwirtschaft. Durch Technisierung soll die Produktivität erhöht werden. Die Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse sollen vom Staat mit Krediten, steuerlichen Erleichterungen usw. unterstützt werden.
6. Das einheimische Gewerbe soll gestärkt und vor der ausländischen Konkurrenz durch eine geeignete Zollpolitik geschützt werden.
7. Der Außenhandel soll vom Staat kontrolliert werden.
8. Die Infrastruktur des Landes soll verbessert werden.
9. In den Zweigen, wo die privaten nationalen Unternehmer zu Investitionen nicht in der Lage sind, soll der Staat diese Aufgabe übernehmen.¹⁸

Der Verwirklichung dieser Konzeption standen zunächst erhebliche Barrieren entgegen.

15 Vgl. Lenin, W. I., Demokratie und Volkstümlerideologie in China, in: Werke, Bd. 18, Berlin 1969, S. 152 ff.

16 Zum Begriff "demokratisches Kapital" vgl. Lenin, W. I., An A. M. Gorki, in: Werke, Bd. 34, Berlin 1962, S. 433 - 435.

17 Ebenda.

18 Hakki, Keskin, Imperialismus, Unterentwicklung, Militärregierung in der Türkei, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 5/1972, S. 60 f.; Erdoglu, S., Izmir Iktisad Kongresi - 1923 (Alltürkischer Ökonomischer Kongreß in Izmir - 1923), in: Aydinlik (Helikkeit), Nr. 4/1969, S. 287 f.

Entsprechend den Klauseln des Friedensvertrages von Lausanne (1923) blieb das Zoll- und Tarifsystern von 1916 weitere fünf Jahre erhalten. Weiterhin sollte das Fremdkapital nicht verstaatlicht, sondern nur aufgekauft werden. Das bedeutete zunächst, daß zwar die territoriale Hoheit der neuen Republik durch die Großmächte anerkannt wurde, für eine autonome nationale Wirtschaftspolitik auf dem vorgesehenen kapitalistischen Weg jedoch relevante Voraussetzungen fehlten.

Ein Ausgangspunkt für die Entfaltung der "ursprünglichen Akkumulation" als ursprüngliche Expropriation war zwar einerseits dadurch gewährleistet, daß die verarmten, also von ihren Produktionsmitteln getrennten Produzenten, die landlosen Bauern, in großer Zahl vorhanden waren. Andererseits fehlte jedoch die kapitalstarke, industrieorientierte Bourgeoisie.

Die Beschlüsse des Ökonomen-Kongresses in Izmir sowie die im Jahre 1927 erlassenen Industrieförderungsgesetze zielten eindeutig darauf hin, daß eine nationale Industrie-Bourgeoisie mit massiver staatlicher Hilfe entsteht. Daher nahm der Staat im Prozeß der "ursprünglichen Akkumulation" bereits in der Anfangsphase einen entscheidenden Platz ein.

Die direkte und indirekte Unterstützung der Privatinvestoren seitens des Staates erstreckte sich von Abgabebefreiung, Landzuteilung, Verbilligung von Tarifen bis zur Gründung von staatlichen Kreditinstituten zwecks Privatindustriefinanzierung.

Die finanziellen Quellen der staatlichen Unterstützungspolitik bildeten hauptsächlich die Regierungseinnahmen. Ein Strukturwandel der Einnahmen setzte insofern ein, als die Haupteinkünfte des staatlichen Budgets mit der Abschaffung des Aşar (1925)¹⁹ nicht mehr aus der Bauernschaft kamen. Eine schwere Last trug sie aber weiterhin mittels indirekter Steuern. Gleiches gilt für die städtischen unteren Schichten, während die Großgrundbesitzer keine Steuern aus ihren landwirtschaftlichen Einkünften zu zahlen brauchten und die Industrie- und Handelsbourgeoisie nur zu einem Bruchteil zum Gesamteinkommen beitrug. Insgesamt ist jedoch eine gewisse Verlagerung der Abgaben von den ländlichen Gebieten auf die städtischen zu verzeichnen.

Eine weitere Akkumulationsquelle bildete die Differenz zwischen den niedrig festgesetzten Löhnen und Rohstoffpreisen einerseits und den hohen Preisen der Fertigerzeugnisse der Staatsunternehmen andererseits. Über die Größenordnung der für die Entwicklung der Wirtschaft eingesetzten staatlichen Ausgaben kann man sich ein Bild machen, wenn man die Entwicklung der staatlichen Investitionen verfolgt.

Im Jahre 1924 hatten die Staatsinvestitionen einen Anteil von 13,8 Prozent des Staatshaushaltes bei einem Budget von 111,3 Millionen türk lira (1925; 17,1 Prozent; 1927; 22,2 Prozent; 1930: 15 Prozent, wobei 1930 die Staatseinnahmen bereits doppelt so hoch (206 Millionen türk lira) wie 1924 waren.

Die Regierungsinvestitionen erstreckten sich vor allem auf staatliche Betriebe, öffentliche Institutionen, das Gesundheitswesen und nicht zuletzt die komplementären Bereiche der Infrastruktur. Der Ausbau des Transportwesens führte auch zu einer wesentlichen Integration der lokalen Märkte und insgesamt zur Vergrößerung des inneren Marktes.

Zur Beschleunigung der privaten industriellen Investitionstätigkeit übernahm der Staat neben der direkten Förderung laut Industrieförderungsgesetz auch indirekte Funktionen durch die Gründung von Kreditinstituten. Auf diese Art entstand die halbstaatliche Geschäftsbank (İş Bankası) im Jahre 1924. Das Gründungskapital bestand aus privaten und aus staatlichen Mitteln und machte ein Nominalkapital von einer Million türk lira aus. Sie vergab Kredite

¹⁹ Auf landwirtschaftliche Produkte erhobene Abgabe, Ackerzehnt.

an Privatunternehmer und erwarb Beteiligungen. Das nationale und internationale Ansehen der Bank wuchs schnell, und im Jahre 1927 betrug das Kapital bereits 4 Millionen türk lira, die kurz- und langfristigen Depositen beliefen sich 1929 auf 43 Millionen türk lira.

Aus staatlichen Mitteln wurde 1925 eine zweite Bank, die Industrie- und Bergbaubank (Sanyai ve Maadi Bankasi), gegründet. Die beiden Banken hatten die üblichen Bankgeschäfte abzuwickeln und besaßen außerdem die Funktion einer Holding-Gesellschaft.

Die Wirkung der direkten und indirekten Industrieförderungspolitik des Staates ist nicht zuletzt daran zu messen, daß Ende der zwanziger Jahre bereits 14 73 Betriebe existierten, die von der staatlichen Unterstützungspolitik profitierten. Davon waren lediglich 342 vor 1923 gegründet worden. Der Bruttoproduktionswert der Betriebe stieg von 58 Millionen türk lira im Jahre 1927 auf 138 Millionen türk lira im Jahre 1932.

Die Industriezählung von 1927 wies 65 245 Betriebe auf, die als "Industriebetriebe" eingestuft wurden. Allerdings beschäftigten lediglich 8,94 Prozent dieser Unternehmen mehr als 5 Arbeiter und 0,23 Prozent mehr als 100 Arbeiter. Die weitaus meisten von ihnen können als kleine Handwerksbetriebe definiert werden.

Lediglich 4,3 Prozent der erfaßten Betriebe verfügten über Maschinen mit Motorantrieb, ihre PS-Gesamtzahl betrug 163 548.²⁰ Die Struktur der Industrie entsprach dem anfänglichen Stadium des Industrialisierungsprozesses, 44,3 Prozent der Produktion entfielen auf die Lebensmittelverarbeitung, 23,83 Prozent auf die Textilherstellung.

Das National- sowie das Pro-Kopf-Einkommen wiesen in dieser Periode eine günstige, steigende Tendenz auf. Für das Jahr 1927 wurde das Nationaleinkommen mit 1,6 Milliarden türk lira angegeben; das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung betrug 117 türk lira. Zwei Jahre später stieg das Nationaleinkommen auf 1,8 Milliarden türk lira; das Pro-Kopf-Einkommen machte 126 türk lira aus. Das war auf der Basis von 1923 eine Erhöhung auf 113 bzw. 119 Prozent. Dennoch ist in der Periode von 1923 bis 1930 die türkische Wirtschaft trotz günstiger Ergebnisse hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Das Industrieförderungsgesetz vom Jahre 1927 spornte zwar die Privatinitiative an und führte zu einer weiteren Vergrößerung des privaten Sektors, doch die Struktur der Industrie änderte sich wenig, und die Produktion blieb auf dem Niveau des kleinhandwerklich-häuslichen Gewerbes. Nur dort, wo staatliche Investitionen vorgenommen wurden (zum Beispiel in der Zement-, Zucker- und Textilindustrie), entstanden Betriebe, die über dieses Niveau hinausgingen.²¹

Daß eine rasche industrielle Entwicklung auf privatkapitalistischer Basis ausblieb, kann auf mehrere Gründe zurückgeführt werden. Erstens: In diese Periode fiel die große Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt, auf die sich die türkische Wirtschaftspolitik orientiert hatte. Zweitens: Die noch laut Vertrag von Lausanne gültigen niedrigen Einfuhrzölle für Fertigwaren boten keinen Schutz für eine in der Entwicklung begriffene Industrie, die immerhin eine wenn auch relativ schwache Nachfrage zu befriedigen hatte. Aus diesen Gründen verhielt sich das Privatkapital gegenüber den industriellen Investitionen zurückhaltend, und die Hoffnung auf eine rasche kapitalintensive industrielle Entwicklung blieb zunächst unerfüllt.

Die aus dieser Periode gewonnenen Erkenntnisse führten zu einer gewissen Neuorientierung der Wirtschaftspolitik. Diese Konzeption wurde als verstärkter Etatismus bekannt und prägte die nachfolgende Zeit in der Türkei.

20 Hershlag, Z. Y., a. a. O., S. 45.

21 Fehmi, Dzsinghangir, A török köztársaság fél évszázada (Ein halbes Jahrhundert türkische Republik), Budapest 1974, S. 39 f.

Kemal Atatürk definierte diesen "Etatismus" wie folgt: "Turkish étatism is not a system which borrows ideas that have constantly been harped on by socialist theoreticians in the 19th century; it is a system peculiar to Turkey, which has evolved from the principle of the private activity of the individual, but places on the State responsibility for the national economy, with consideration of the needs of a great nation and a large country, and of many things that have not been done so far. The Turkish Republican State wanted to do quickly things which had not been done throughout the centuries in the Turkish motherland by individual or private activity; and, as we realised, it succeeded in doing this in a short time. This road which we have followed is, as we have seen, a system different from liberalism."²²

Was bedeutet jedoch dieser "Etatismus" in Theorie und Praxis? Generell zielte die etatistische Konzeption auf eine intensivere Ausnutzung der nationalen Ressourcen, die von einem gestärkten Vertrauen in die eigenen Möglichkeiten ausging, auf die allgemeine Steigerung der Produktion und die Erhöhung des Lebensstandards.

Zu diesem Zweck wurden im einzelnen folgende Maßnahmen getroffen:

- Nationalisierung und Verstaatlichung,
- Ausgleich der Zahlungsbilanz,
- Planung der industriellen Entwicklung,
- Schaffung eines staatlichen Sektors.

Die bereits in den ersten Jahren der Republik begonnene Nationalisierung und Verstaatlichung wurde in der Kernperiode des "Etatismus" weiter fortgesetzt und kann Ende der dreißiger Jahre als weitgehend abgeschlossen betrachtet werden. Anzahl und Rolle der in der Türkei tätigen ausländischen Banken wurden weitgehend eingeschränkt; 1938 waren nur noch sieben ausländische Banken im Lande tätig, wobei ihre ehemalige, die gesamten Finanzen beherrschende Funktion im wesentlichen auf die Vermittlung zwischen ausländischen und türkischen Partnern beschränkt wurde.

Eindeutig war auch die Zurückhaltung der türkischen Regierung gegenüber ausländischem Kapital. Ausländische Direktinvestitionen wurden nur unter solchen einschränkenden Bedingungen genehmigt, so daß sie nur in seltenen Fällen zustande kamen. Kredite wurden lediglich dann akzeptiert, wenn die Tilgungsbedingungen ein Kompensationsgeschäft einschlossen. Aus der osmanischen Zeit stammende Direktinvestitionen wurden verstaatlicht, wobei 61,7 Prozent dieser ausländischen Investitionen auf die Eisenbahn, aber nur 3,8 Prozent auf die Industrie entfielen.²³

Die Anstrengungen der türkischen Regierung zielten auf die Vermeidung von Defiziten im Staatshaushalt und in der Zahlungsbilanz. 1929 wurde das im Vertrag von Lausanne vereinbarte Zoll- und Tarifsystern aufgehoben, und man ging zu Schutzzöllen über, die 1931 noch durch Kontingentierungsvorschriften ergänzt wurden. Das bedeutete gleichzeitig eine weitgehende Kontrolle über den Außenhandel.

Aus der nachfolgenden Tabelle ist die steigende Tendenz zum Ausgleich bzw. zu einer positiven Zahlungsbilanz deutlich zu erkennen.

²² Sanayi Tetkik Heyeti, 2inci 5yillik Sanayi Planı (Zweiter Fünfjahresplan der Industrie), in: İktisat Vekaleti, zit. bei: Hershlag, Z. Y., a. a. O., S. 71.

²³ Steinhaus, Kurt, Soziologie der türkischen Revolution. Zum Problem der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft in sozialökonomisch schwach entwickelten Ländern, Frankfurt (Main) 1969, S. 135.

Tabelle 1

Bilanz des Außenhandels der Türkei 1923 bis 1939

Jahr	Import in Mill. türk lira	Export	Saldo
1923	145	85	- 60
1926	234	186	- 48
1929	256	155	- 101
1930	148	152	+ 4
1933	75	96	+ 21
1939	118	127	+ 9

Quelle:

Steinhaus, Kurt, Soziologie der türkischen Revolution. Zum Problem der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft in sozialökonomisch schwach entwickelten Ländern, Frankfurt (Main) 1969, S. 134.

Die nachfolgende Tabelle gibt Auskunft über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes:

Tabelle 2

Bilanz des Staatshaushaltes der Türkei 1930 bis 1940

Jahr	Einnahme in Mill. türk lira	Anleihe	Gesamt- einnahme	-ausgabe	Defizit
1930 - 1931	196,3	46,7	243,0	210,1	13,8
1931 - 1932	165,2	30,8	196,0	181,9	16,7
1932 - 1933	182,5	3,1	185,6	174,0	-
1933 - 1934	170,2	12,0	182,2	173,6	3,4
1934 - 1935	195,0	17,9	212,9	202,1	7,1
1935 - 1936	218,3	20,1	238,4	223,7	5,4
1936 - 1937	250,8	30,6	281,4	260,3	9,5
1937 - 1938	275,8	56,9	332,7	303,5	27,7
1938 - 1939	266,9	63,6	330,5	311,1	44,2
1939 - 1940	273,4	133,9	407,3	398,7	125,3

Quelle:

Hershlag, Z. Y., The Challenge of Growth, Leiden 1968, S. 89.

Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, daß die Regierung die geringfügigen Defizite in der Kernperiode durch Anleihen gedeckt hat, wobei ein beträchtlicher Teil der Anleihen zur Finanzierung der Wirtschaftspläne verwendet wurde. Die steigende Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben ist erst Ende der dreißiger Jahre zu beobachten.

Die aktive Einwirkung des Staatsapparates bei der Gestaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse äußerte sich am prägnantesten in der Planung und "planmäßigen" Etablierung eines staatlichen Sektors.

"Planung" im vorliegenden Fall ist natürlich keineswegs identisch mit der sozialistischen Volkswirtschaftsplanung. Sie ist vielmehr ein Wirtschaftsprogramm indikativen Charakters für den privaten Sektor und imperativen Charakters für den staatlichen Sektor, das auf die Vertiefung kapitalistischer Produktionsverhältnisse abzielt und in diesem Sinne als Instrument zur Wahrnehmung von Klasseninteressen der jungen, aufstrebenden, nationalen Bourgeoisie wirkt.

Der erste industrielle Fünfjahresplan sah die Etablierung ganzer Industriezweige vor, wie Chemische Industrie; darunter Kunstseide (Standort Gemlik), Koks (Zonguldak), Rosenöl (İsparta), Schwefelsäure (İzmit), Kunstdünger (İzmit), Chlor und Natronsoda (İzmit); Glas und Porzellan; Keramik (Kütahya); Glas- und Industrieblech (Paşabahçe -Istanbul); Zement;

Montan-Industrie (Karabük);
Papier- und Zellstoffindustrie (İzmit);
Schwefelherstellung (Keçiözümlü);

Textilindustrie: auf Baumwollbasis (Bakırköy, Kayseri, Ereğli, Nazilli, Malatya); auf Kammgarnwollbasis "Merinos" (Bursa); auf Hanfbasis (Kastamonu).²⁴

Die Entwicklung eines der wichtigsten Industriezweige in der Türkei, die Zuckerherstellung, stand zwar nicht auf dem Plan, wurde jedoch im Laufe dieser Periode sukzessive ausgebaut.

Für die Verwirklichung des ersten Industrieplanes wurden 44 Millionen türk Lira vorgesehen; davon sollten die im Jahre 1932 gegründete staatliche Bank, die Sümerbank, 41,5 Millionen und die İş Bankası 2,4 Millionen bereitstellen.

Die verfügbaren Mittel sollten wie folgt aufgeteilt werden: Textilindustrie 50 Prozent, Montanindustrie 26,8 Prozent, Papier- und Zellstoffherstellung 10,9 Prozent, Glas- und Keramik 4,7 Prozent, chemische Industrie 5,6 Prozent.²⁵

Während man in der ersten Etappe der Planungsperiode die Etablierung von Industriezweigen zur Herstellung von Massenbedarfsgütern vorsah, wurde nach 1936 in Verbindung mit einer Erweiterung der Planvorhaben das Schwergewicht der industriellen Entwicklung auf die Schwerindustrie gelegt.

Die reichlich vorhandenen Rohstoffe, wie Chrom, Kupfer, Schwefel, Eisenerz, Kohle, Zink usw., sollten im Lande in eigener Regie verarbeitet werden. Aus diesem Grunde rief man die Etibank ins Leben, eine staatliche Bank zur Unterstützung der Investitionen auf dem Gebiet des Bergbaus. Die Etibank vereinte unter ihrer Kontrolle die nach der Auflösung der ausländischen Konzessionen aufgekauften bzw. nationalisierten Bergwerke und hatte außerdem die Aufgabe, wissenschaftliche Erkundungen zur Erschließung neuer Minen zu finanzieren.

Geplant waren die Errichtung von mehr als hundert Fabriken - in der ersten Periode waren es lediglich zwanzig -, der Ausbau der Düngemittelindustrie, der chemischen Industrie und des Maschinenbaus, die Erweiterung des Binnenhandels, der Schifffahrt, die Vergrößerung des Elektrizitätsnetzes ... usw. Die geschätzten Kapitalkosten betragen 111 845 000 türk Lira. Der Gesamtwert der industriellen Produktion machte im Jahre 1939 331 Millionen türk Lira aus; davon entfielen 52 Millionen auf die Schwerindustrie. Im privaten Sektor war eine rasche Kapitalkonzentration zu verzeichnen. Die Zahl der privaten Firmen ging im Zeitraum 1932 bis 1939 von 1 442 auf 1 003 zurück; während das Gesamtkapital auf das Doppelte anstieg (auf 103,6 Millionen türk Lira). Der Produktionswert erhöhte sich um 141 Pro-

²⁴ Sanayi Tetkik Heyeti, a. a. O., S. 17 f.

²⁵ Hakki, Keskin, Die Türkei, a. a. O., S. 89.

zent. Die durchschnittliche Steigerungsrate des Bruttosozialproduktes betrug in dieser Periode jährlich 6,5 Prozent, während sie im vorhergehenden Zeitraum lediglich 2,3 Prozent ausmachte.

Die nachfolgende Tabelle gibt Auskunft über die Zusammensetzung des Bruttosozialproduktes im Jahre 1939.

Tabelle 3

Zusammensetzung des Bruttosozialproduktes der Türkei 1939

	In Mill. türk lira	In %
Bruttosozialprodukt	1 769	100
davon:		
Landwirtschaft	634	36
Industrie	314	18
Transport- und Nachrichtenwesen	66	3
Handel und Bankwesen	279	16
Dienstleistungen	225	13
Sonstige Aktivitäten	251	14

Quelle:
Fehmi, Dzsinschangir, A török köztársaság fél évszázada (Ein halbes Jahrhundert türkische Republik), Budapest 1974, S. 40.

Die Industrieplanung in der Türkei kann unter den Bedingungen des "Etatismus" als weitgehend erfolgreich bewertet werden. Trotz der ansteigenden Kapitalkosten und der Verzögerung bei manchen Projekten wurde in dieser Periode eine relativ breite Industriebasis geschaffen und damit der Prozeß der Industrialisierung dynamisch in Gang gesetzt. Der staatliche Sektor umfaßte 111 Betriebe mit einem durchschnittlichen Investitionswert von 2,6 Millionen türk lira. Etwa 90 Prozent der Gesamtinvestitionen flossen dem staatlichen Sektor zu. In der Periode von 1933 bis 1939 betragen die Regierungsausgaben für infrastrukturelle Investitionen (Straßen, Brücken, Kanäle, öffentliche Bauten) 311 Millionen türk lira.²⁶

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht die wirtschaftlichen Erfolge der kemalistischen Entwicklungsperiode auf einigen ausgewählten Gebieten.

In dem genannten Zeitraum stieg der Anteil der Industrieproduktion am nationalen Sozialprodukt von 10 auf 18 Prozent, während sich der Zuwachs an Industrieproduktion in der Zeit von 1929 bis 1938 auf 80 Prozent belief.

Besonders beachtenswert ist die rapide Entwicklung der Textilindustrie. In Anbetracht der inländischen Nachfrage, vorhandener Traditionen bei der Produktion, einheimischer Rohstoffvorkommen und des Arbeitskräfteüberschusses war die forcierte Entwicklung der Textilindustrie ein Faktor innerhalb der Wirtschaftskonzeption, der sich besonders günstig auswirkte.

²⁶ Istatistik Yilligi (Statistisches Jahrbuch), Ankara 1942, S. 418 ff.

Tabelle 4

Ausgewählte ökonomische Kennziffern 1929 und 1939

	1929	1939	Zunahme in %
Garnproduktion (in 100 t)	23	90 ⁺	291
Zuckerproduktion (in 1 000 t)	8	95	1 087,5
Zementproduktion (in 1 000 t)	65	284	336
Glaserzeugung (in 1 000 t)	-	419	-
Papierproduktion (in t)	-	745	-
Eisenbahnnetz (in km)	5 144	7 324	42
Eisenbahngüterverkehr (in Mill. tkm)	356	1 564	339
Straßennetz (in km)	29 636 ⁺⁺	41 600 ⁺⁺⁺	40
Elektrizitätserzeugung (in Mill. kWh)	106	353	233
Steinkohleförderung (in 1 000 t)	1 451	2 696	85
Chromförderung (in 1 000 t)	16	183	1 043
Kupferförderung (in 1 000 t)	-	561	-

+ 1938.

++ 1930.

+++ 1940.

Quelle:

Istatistik Yıllığı (Statistisches Jahrbuch), Ankara 1942, S. 325 f.; Hakkı, Keskin, Die Türkei. Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat. Werdegang einer Unterentwicklung, Berlin (West) 1978, S. 87 (die Prozent-Angaben beruhen auf eigener Berechnung).

Ende der dreißiger Jahre wurden bereits doppelt soviel Textilien hergestellt, wie der Import in den zwanziger Jahren betragen hatte, wobei 80 Prozent der Rohstoffe aus einheimischen Ressourcen stammten.

Hierbei spielte die Inbetriebnahme der mit sowjetischer Hilfe in Kayseri errichteten Textilfabrik eine große Rolle. Die UdSSR gewährte der Türkei ein zinsloses Darlehen, rückzahlbar innerhalb von zwanzig Jahren durch Warenlieferungen. Der Kredit betrug 1932 - bei Abschluß des Vertrages - 8 Millionen Dollar und wurde 1934, als der Vertrag in Kraft trat, auf 10 Millionen aufgestockt. Das Textilkombinat beschäftigte 2 500 Arbeiter, die 1 000 Webstühle mit 32 000 Spindeln bedienten.²⁷

Dem erfolgreichen Ausbau der Zuckerindustrie ist es zu verdanken, daß der Zuckerimport von 63 970 Tonnen im Jahre 1926 auf 3 728 Tonnen (1934) sank; 1938 konnte der inländische Bedarf aus der einheimischen Produktion voll gedeckt werden; 1939 betrug sie insgesamt 95 192 Tonnen.²⁸

Die Zementherstellung wuchs sogar so schnell, daß ein wesentlicher Anteil der Produktion - in manchen Jahren fast 50 Prozent - exportiert werden konnte. Allerdings stieg Ende der dreißiger Jahre infolge der großen Baukonjunktur der Import wieder an, obwohl sich die einheimische Produktion weiterhin kräftig erhöhte.

²⁷ Steinhaus, Kurt, a. a. O., S. 130 ff.

²⁸ Istatistik Yıllığı, Ankara/Istanbul 1939, S. 207.

Durch die eigene Produktion wurde der Bedarf an Holz-, Gummi- und Lederwaren sowie Kupfer und Kupferprodukten vollständig gedeckt. Der Ausbau wichtiger Leichtindustrieweige entlastete die Zahlungsbilanz durch Verringerung des Importanteils an den jeweiligen Massenbedarfsgütern.

Diese Periode ist jedoch nicht nur von der Entwicklung der Leichtindustrie gekennzeichnet, sondern gleichzeitig wurde der Grundstein für die Schwerindustrie durch die Errichtung der Hüttenanlagen, Eisen- und Stahlwerke in Karabük gelegt.

Betrachtet man die wirtschaftlichen Ergebnisse der statistischen Periode, so kann man feststellen, daß die ökonomische Entwicklungskonzeption der ersten republikanischen türkischen Regierung weitgehend in die Tat umgesetzt wurde.

Trotz des grundlegend bürgerlichen Charakters der Wirtschaftskonzeption und der daraus resultierenden Planung sind doch Elemente in ihr enthalten, die sich auf Wachstum und Struktur der Wirtschaft weitgehend positiv auswirkten. Die schwerpunktmäßige Entwicklung des Bergbaus und der Schwerindustrie - auch zum Teil auf Kosten kurzfristiger betrieblicher Rentabilität - und die Schlüsselposition des staatlichen Sektors bei diesem Vorgang, die Bevorzugung des Landesinneren bei der Standortwahl im Interesse der gleichmäßigen Entwicklung des Landes, der Ausbau der Infrastruktur aus öffentlichen Mitteln, der Aufbau einer importunabhängigen Industrie für die Herstellung von Massengütern, die Bereitstellung von Mitteln für Importe von Produktionsmitteln, der Ausgleich der Zahlungsbilanz - all das sind wichtige Details der Wirtschaftskonzeption, die auf eine umfassende und relativ selbständige Entwicklung der Türkei abzielten.

Das Land hatte den Weg des "westlichen, zivilisierten" Kapitalismus betreten. Es wurde frühzeitig die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe beim Nachvollzug der "ursprünglichen Akkumulation" erkannt. Vor allem durch den Ausbau des staatlichen Sektors konnte die Türkei bereits nach fünfzehn Jahren beachtenswerte wirtschaftliche Erfolge verbuchen.

Die anfangs imponierende wirtschaftliche Entwicklung - zumindest auf dem Gebiet der Industrie - verlief jedoch nicht parallel mit der weiteren Verstärkung des staatlichen Sektors, sondern mit ihm und teilweise zu seinen Lasten wuchs der privatkapitalistische Sektor heran. Der Charakter des staatlichen Sektors als Instrument bourgeoiser Interessen trat immer deutlicher hervor; Er wurde im Laufe seiner Entwicklung durch das System der staatlichen Verteilung und Umverteilung immer mehr zur zusätzlichen Akkumulationsquelle für die Unterstützung des privaten Kapitals.

Auf dem Nährboden des Staatskapitalismus reifte das private Großkapital, die Bourgeoisie "oktobristischen"²⁹ Charakters heran, eine wirtschaftliche Macht, die zur politischen Führungsmacht wurde und den weiteren Entwicklungsweg der Türkei für Jahrzehnte bestimmte.

Betrachten wir nun die politisch-ökonomische Lage fünfzig Jahre nach der Gründung der ersten türkischen Republik.³⁰

Der türkische Export machte 1977 nicht einmal ein Drittel des Importes aus. Die Verschuldung an das Ausland hat für die Türkei enorme Dimensionen erreicht. Die Devisenreserven waren bis auf 400 Millionen Dollar erschöpft. Die Zahlungsbilanz wies ein Defizit von 3,1 Milliarden Dollar auf, obwohl türkische Arbeiter aus dem Ausland Devisen in Höhe von rund einer Milliarde Dollar in die Türkei überwiesen haben. In knapp drei Jahren ist die

29 Zum Begriff "oktobristische Bourgeoisie" vgl. Lenin, W. I., An A. M. Gorki, a. a. O.

30 Zu der dazwischen liegenden Zeit vgl. bes. Barthel, Günter, Der industrielle Aufbau in der Türkei zwischen 1923 und 1966, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 3, S. 176 ff.

türkische Währung elfmal abgewertet worden. Die Inflationsrate belief sich im Durchschnitt des Jahres 1973 auf 23,7 Prozent, 1976 auf 19,6 Prozent, 1977 auf 36,6 Prozent. Die Wohnungsmieten stiegen von 1977 bis 1978 auf 116 Prozent. Die Arbeitslosenrate betrug 15 Prozent. Aufgrund der oft unterbrochenen Stromversorgung entstand 1977 ein täglicher Produktionsausfall im Werte von 400 Millionen türk. Lira.³¹ 1976 und 1977 mußten die geplanten Investitionen wegen fehlender Finanzquellen und infolge Fehlplanung verringert werden.

So war in den siebziger Jahren eine Situation entstanden, die Hakkı Keskin wie folgt charakterisierte:

"Die seit Jahren verfolgte Industrialisierungspolitik brachte die totale Verzerrung der türkischen Wirtschaft mit sich. Leitmotiv dieser Politik war nicht die Mobilisierung und Koordinierung der einheimischen Ressourcen, sondern die Ergatterung höherer Auslandskredite und steigender Investitionen durch das Fremdkapital. Diese fatale Wirtschaftsorientierung bestimmte auch die Struktur der Investitionen, welche die Entstehung der einheimischen Schwerindustrie ausklammerte und eine weitgehend importabhängige und konsumorientierte Montageindustrie aufkommen ließ."³²

Etwa 30 Millionen Menschen sind in der Landwirtschaft tätig; 31 Prozent der bäuerlichen Familien besitzen keinen Boden; die Anzahl der Tagelöhner in der Landwirtschaft wird auf etwa eine Million geschätzt.³³ Aus offiziellen Angaben ist ersichtlich, daß mindestens 5 bis 6 Millionen Menschen aus dem Agrarsektor zu der Schicht der Halbproletarier bzw. zu den ärmsten, am meisten verelendeten Schichten gehören. Die Beibehaltung gewisser feudaler Züge in der Landwirtschaft und die Konservierung des Status der Halbproletarier verursachen vielleicht die größten sozialen Konflikte im Lande.

Mißt man die - anfangs doch recht erfolgreiche - Politik Atatürks an der hoffnungslosen Situation der heutigen Türkei, so stellen sich folgende Fragen: Woran scheiterte eigentlich der staatlich gesteuerte Nachvollzug der ursprünglichen Akkumulation, die Konzeption des Etatismus? Warum wurde die Türkei nicht zu einem entwickelten kapitalistischen Land mit einer leistungsfähigen Industrie und einer entsprechenden Transformation der Gesellschaft? Im Gegenteil: Nach Anfangserfolgen ist die türkische Republik immer mehr in eine Sackgasse geraten, und ihre sozialen Probleme spitzen sich von Jahr zu Jahr stärker zu.

Es würde über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen, den gesamten Entwicklungsweg der republikanischen Türkei von seiner Entstehung bis zur Gegenwart unter die Lupe zu nehmen. Beschränken wir uns deshalb auf die Aufzeichnung einiger relevanter Aspekte der kemalistischen Entwicklungskonzeption, die zeigen, daß die heutigen Schwierigkeiten im Keim bereits damals vorhanden waren.

Die Besonderheiten der türkischen Revolution wurden maßgeblich von der damaligen türkischen Gesellschaftsstruktur bestimmt, die es nicht ermöglichte, ein nationales Bürgertum an die Spitze der revolutionären Bewegung zu stellen. Träger der Revolution war angesichts der Schwäche des Bürgertums eine Koalition aus Militär und Intelligenz, die nach Erringung der Macht auch den Modernisierungsprozeß einleitete, in der Absicht und Hoffnung, unter der Flagge des antiimperialistischen Kampfes die erforderliche Massenbasis dafür zu schaffen, daß dieser antiimperialistische Kampf in eine bürgerliche Revolution hinüberwachsen konnte. Die Divergenz zwischen der Klassenstruktur und den perspektivischen Zielstellungen der Revolution, der Schaffung eines entwickelten kapitalistischen Lan-

31 Bericht des türkischen Handelsministeriums, in: Cumhuriyet (Republik), 21. 12. 1977, S. 10.

32 Hakkı Keskin, Die Türkei, a. a. O., S. 245, 255.

33 Bericht der OECD, in: Milliyet (Nationalismus), 12. 1. 1978, S. 11.

des, hemmte jedoch wesentlich die Vollendung der gesellschaftlichen einschließlich der wirtschaftlichen Transformation: Wesentliche Teile der nationaldemokratischen Zielstellungen bzw. Forderungen blieben unerfüllt. Der "partikuläre" Charakter der türkischen Revolution führte zur Herausbildung von besonders parasitären Zügen des Kapitalismus in der Türkei.

Er brauchte sich im Inlande nie der Herausforderung der freien Konkurrenz zu stellen, wälzte die Risiken und Lasten seines von Anfang an parasitären Daseins auf die Gesellschaft ab und verfolgte seine Eigeninteressen mit einer Rücksichtslosigkeit, die die Vorstellungen der machthabenden staatlichen Administration von einer klassenlosen Gesellschaft von Grund auf widerlegte.

Der Irrglaube an die Nichtexistenz von Klassen ließ in der politischen Praxis den objektiv existierenden Klassenkampf zur strafbaren Handlung erklären. Hierdurch wurde nicht nur die Beseitigung der Überreste des Feudalismus in Anatolien blockiert, sondern auch die Entstehung einer wirksamen Arbeiterbewegung um Jahrzehnte verzögert.

Infolge der Konservierung der feudalen Überreste in Anatolien blieben die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft fast unangetastet. Aber gerade der Agrarsektor bildete die Hauptquelle der Akkumulation, nicht nur deshalb, weil er so groß war, sondern weil es keinen anderen Sektor der Wirtschaft gab, der als Akkumulationsquelle für die Industrialisierung hätte dienen können. In den Entwicklungsplänen wurde der Landwirtschaft dennoch nur marginale Aufmerksamkeit geschenkt. Infolge der Aufrechterhaltung der feudalen Ausbeutungsmethoden stagnierte der Agrarsektor; er konnte seiner Aufgabe als Akkumulationsquelle nicht gerecht werden und bremste indirekt die industrielle Entwicklung.

Der Industrialisierungsprozeß selber hing fast ausschließlich vom Import technisch komplizierter Großanlagen ab. So fand die Industrialisierung ihre absoluten Grenzen in den vorhandenen Devisenbeständen. Die kapitalintensive Investition wurde nicht durch technisch weniger komplizierte Investitionen, das heißt Erzeugnisse der einheimischen Produktion, ergänzt, die in der Lage gewesen wären, zur einfachen Mechanisierung der Landwirtschaft oder zur Schaffung lokaler Industrien beizutragen, ohne die Zahlungsbilanz zu belasten. Die Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Handwerk wurde infolgedessen auch nicht gefördert. Auf diese Weise versäumte man die Errichtung einer regional gefächerten Industrie, und vom Industrialisierungsprozeß gingen keine dynamischen Impulse aus, die die Transformation der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft begünstigt hätten. Die Industrialisierung verlief isoliert von den anderen Sektoren der Wirtschaft.

Die Industrialisierung zielte nicht zuletzt darauf ab, die erforderlichen Massenbedarfsgüter im eigenen Lande herzustellen. Von ihr selbst ging jedoch keine Stimulanz zur Weiterentwicklung aus, und so konnte sie auch nicht den Charakter einer industriellen Revolution annehmen, die durch ihren Sogeffekt die vorkapitalistischen Sektoren als Entwicklungsstimulator hätte erfassen können. So vollzog sich kein qualitativer Sprung im Zuge der Industrialisierung; sie wuchs nicht in jene höhere Phase hinüber, in der ihre weitere Entfaltung - aus eigener Kraft - unaufhaltsam geworden wäre und sie zur Triebfeder der gesamten Wirtschaft hätte werden können; es entstand lediglich eine immer tiefere Kluft zwischen der auf die Großproduktion gerichteten, mit moderner Technik ausgestatteten Industrie einerseits und der konservierten hausgewerblichen Kleinindustrie andererseits. Die "Etablierung" des Kapitalismus implizierte nicht die industrielle Revolution, die das gesamte Land mit ihren gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen ergreift und zu einer höheren Phase der kapitalistischen Entwicklung überleitet.

Im Rahmen des Etatismus entstand eine aufstrebende, junge Bourgeoisie als Keimzelle einer sich mühsam herausbildenden kapitalistischen Gesellschaftsstruktur. Allerdings übernahm sie zugleich traditionelle Privilegien der alten feudalen Oberschicht. Diese Bourgeoisie hat wenig Ähnlichkeit mit der in der Phase des klassischen Kapitalismus fortschrittli-

chen Industriebourgeoisie; sie hatte weder eine eigene nationale Ideologie noch klare Zielvorstellungen im Hinblick auf die Herausbildung einer relativ unabhängigen nationalen Industrie.

Der Staat, ihr Geburtshelfer, sicherte ihr vielmehr von Anfang an eine Profitrate, die dem Monopolprofit der entwickelten Industrieländer nahekam. Diese Bourgeoisie war nicht gezwungen, den "klassischen Weg" der Industrialisierung auf der Grundlage eigener Kapitalakkumulation zu beschreiten; der Staat übernahm von vornherein die kapitalintensiven schwerindustriellen Investitionen und baute den komplementären Bereich aus. Die Bourgeoisie dagegen etablierte sich auf dem Gebiet der Leichtindustrie und im Dienstleistungssektor. Die staatliche Unterstützung, die sie dabei ununterbrochen genoß, war einer ständigen Subvention gleichzusetzen, einer staatlich gesteuerten "Aufwertung" ihres Kapitals.

Der staatliche Sektor spielte die determinierende Rolle in der Wirtschaft, wobei sich sein kapitalistischer Charakter eindeutig äußerte. Der Staat setzte sich politisch und wirtschaftlich für die Herausbildung und Stärkung der Unternehmungsklasse ein. In diesem Sinne trug er wesentlich zur Etablierung und Beschleunigung kapitalistischer Produktionsverhältnisse bei. Die kemalistische Wirtschaftspolitik leitete den Weg des wirtschaftlichen Aufstiegs ein. Dieser Weg war aber durch die Machtübertragung an die Bourgeoisie determiniert. Der Etatismus bildete eine Übergangsform, die jedoch ihrem Wesen nach nicht zum Vorläufer einer höher entwickelten Formation der Produktionsverhältnisse hinüberwachsen konnte. Die erstarkte Bourgeoisie ordnete den Wirtschaftsmechanismus - unter Ausnutzung der dafür geeigneten Bedingungen des Etatismus - immer mehr den eigenen Profitinteressen unter. Zwangsläufig entstand in diesem Rahmen die "oktobristische" Fraktion der Bourgeoisie, die sich nach und nach auch der politischen Schlüsselpositionen bemächtigte.

Da die Politik der Klassenversöhnung den Prozeß der Bewußtseinsbildung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft erschwerte, konnte die kemalistische politische Führung keine Unterstützung von der Masse der werktätigen Bevölkerung erfahren. Der etatistische Staatskapitalismus war nicht fähig, solche sozialen Kräfte heranzubilden, die eine fortschrittliche Alternative der Entwicklung in der Türkei hätten sichern können. Vielmehr verbündete sich die erstarkte Bourgeoisie mit einem Bauerntum, das von den feudalen Verhältnissen in Anatolien geprägt war und unter dem Einfluß lokaler reaktionärer Kräfte stand. Dies führte zwangsläufig dazu, daß die Weiterentwicklung nach "rechts" erfolgte, was gleichzeitig die Aufgabe der kemalistischen Wirtschaftspolitik, den Übergang vom autarken zum peripheren Kapitalismus bedeutete und die wirtschaftliche wie politische Abhängigkeit der Türkei von den imperialistischen Hauptmächten nach dem zweiten Weltkrieg vorerst besiegelte.

Die Revolutionskomitees und die Sozialpolitik des Sowjetstaates in den Jahren 1918 bis 1921

von N. F. Bugaj

Die von der jungen Sowjetmacht verfolgte Sozialpolitik lenkt immer wieder die Aufmerksamkeit der Historiker auf sich.¹ Zahlreiche damit zusammenhängende Fragen blieben jedoch bis heute unerforscht, so vor allem die Rolle, die solche außerordentlichen Organe der Diktatur des Proletariats wie die in Sowjetrußland zwischen 1918 und 1921 gegründeten Revolutionskomitees bei der Verwirklichung dieser Politik gespielt haben.

Seit den sechziger Jahren erscheinen in der sowjetischen Historiographie detaillierte Untersuchungen, die auch Fragen der Sozialpolitik in der Anfangszeit der Sowjetmacht betreffen. Allerdings wird in keiner dieser Arbeiten das Problem als Ganzes behandelt.²

Der erbitterte Kampf gegen die weißgardistische Konterrevolution und das politische Bandenunwesen machten es erforderlich, in großen Teilen Rußlands die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten zeitweilig durch außerordentliche Organe der Diktatur des Proletariats, die sogenannten Revolutionskomitees abzulösen, die flexibler waren und erforderlichenfalls Sofortmaßnahmen treffen konnten. Ihre gesetzliche Grundlage fanden diese Komitees in der "Verordnung über die Revolutionskomitees", die das Gesamtrussische Zentrale Exekutivkomitee am 24. Oktober 1919 erließ.

In kurzer Zeit waren über 10 000 solcher Komitees in Sibirien entstanden, über 1 500 am Don und im Nordkaukasus, etwa 500 in Aserbaidshan, zirka 1 600 in Belorußland und der Ukraine sowie mehr als 500 in Turkestan. Auch im Fernen Osten, im Norden Sowjetrußlands, in Moldawien, Georgien und Armenien entstand ein ganzes Netz solcher Komitees.

Die Revolutionskomitees waren als Organe der Sowjetmacht mit umfassenden militärischen und wirtschaftsadministrativen Funktionen ausgestattet. Neben der Erfüllung der damaligen Hauptaufgaben, der Mobilisierung aller Reserven für den Kampf gegen den Feind, der

- ¹ Zen'kovič, V. A., Zadači social'nogo strachovanija v Sovetskoj Rossii, Moskau 1918; Potechin, M. N., Pervyj Sovet proletarskoj diktatury, Leningrad 1966; Čikin, S. Ja., KPSS i ochrana zdorov'ja naroda, Moskau 1972; Potulov, B. M., V. I. Lenin i ochrana zdorov'ja sovetского naroda, Leningrad 1969; Gimpel'son, E. G., Sovetskij raboči klass 1918 - 1920 gg., Moskau 1974; Baeva, L. K., Social'naja politika Oktjabr'skoj revolucii (oktjabr' 1917 - konec 1918 g.), Moskau 1977; u. a.
- ² Petrikov, P. T., Revkomy Belorussii, Minsk 1976; Litvinova, G. I., Revoljucionnye komitety v gody graždanskoj vojny, Moskau 1974; Israpilov, A. K. M., Roždennye revoljucije, Mahačkala 1969; Achalaja, I. D., Revoljucionnye komitety Gruzii v bor'be za ustanovlenie i uproćenie Sovetskoj vlasti, Suchumi 1968; Bugaj, N. F., Revoljucionnye komitety Stavropol'ja, Čerkessk 1978; u. a.

Errichtung der revolutionären Ordnung sowie der Wiederherstellung der Volkswirtschaft, verwirklichten die Revolutionskomitees unter Überwindung unbeschreiblicher Schwierigkeiten die Sozialpolitik des Sowjetstaates, deren Grundstein die Große Sozialistische Oktoberrevolution gelegt hatte.

Die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Rußland und ihre erfolgreiche Festigung im erbitterten Kampf gegen die Konterrevolution in den Jahren von 1918 bis 1921 machten es möglich, sich gleichzeitig Fragen der Befriedigung der grundlegenden Interessen der werktätigen Massen zuzuwenden. "Nur der Sozialismus", schrieb W. I. Lenin, der Begründer des Sowjetstaates, "wird es ermöglichen, die gesellschaftliche Erzeugung und Verteilung der Güter nach wissenschaftlichen Erwägungen umfassend zu verbreiten und richtig zu meistern, ausgehend davon, wie das Leben aller Werktätigen aufs äußerste erleichtert, wie ihnen ein Leben in Wohlstand ermöglicht werden kann."³

Lenin und die Kommunistische Partei entwickelten die Lehre von Marx und Engels hinsichtlich der Sozialpolitik weiter, die die allseitige Befriedigung der Grundbedürfnisse der werktätigen Massen, die Entfaltung der politischen Aufklärung, den Aufbau der Volksbildung und die Entwicklung der Kultur unter den Massen zum Inhalt hat.

Die Sozialpolitik der Sowjetmacht, wie sie mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verkündet worden war, war eine grundsätzlich neue Politik. Sie wurde zu einem nicht mehr wegzudenkenden Bestandteil der Arbeit aller Organe des sowjetischen Staatsapparates, darunter auch der Revolutionskomitees.

Trotz der schwierigen Bedingungen, die der Bürgerkrieg mit sich gebracht hatte, konnte der Sowjetstaat von 1918 bis 1921 über die Revolutionskomitees eine ganze Reihe schwieriger Probleme bewältigen, wie die Schaffung und Eröffnung von Schulen, die Bekämpfung des Analphabetentums, die Organisierung des Gesundheitswesens und der Erholung der Werktätigen, die Regelung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes, die Sorge um die materielle Lage der Werktätigen und ihre soziale Sicherstellung, die Verbesserung ihrer Lebens- und Wohnbedingungen und die Aufnahme der Kultur- und Bildungsarbeit.⁴

Die Untersuchung der Aktivitäten, die die Revolutionskomitees von 1918 bis 1921 in Sowjetrußland auf diesen Gebieten in die Wege leiteten, gibt die Möglichkeit, die Entwicklungstendenzen der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Produktivkräfte zu umreißen und vor allem jene Faktoren zu bestimmen, die diese Entwicklung in den verschiedenen Etappen des Aufbaus des Sozialismus bewirkt haben. Außerdem läßt sich an konkreten Beispielen aufzeigen, wie die Kommunistische Partei und der Sowjetstaat unter der Führung Lenins die Sorge um den Menschen zu einer zentralen Aufgabe gemacht haben. L. I. Breshnew führte in seiner Rede am 24. September 1973 in Taschkent⁴ aus: "Die Sorge der Gesellschaft und des Staates um den Menschen ist eine große Errungenschaft, auf die wir, die Sowjetmenschen, mit Recht stolz sind. Die ständige Hebung des Wohlstandes und der Kul-

³ Lenin, W. I., Rede auf dem 1. Kongreß der Volkswirtschaftsräte, 26. Mai 1918, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 408.

⁴ Die Schreibweise der Ortsnamen folgt dem Kartenband von Meyers Neues Lexikon, Bd. 17 u. 18, 2. Aufl. Berlin 1978. Dort nicht aufgeführte Namen sind dieser Schreibweise angeglichen. Inzwischen veränderte geographische Bezeichnungen sind bei der ersten Nennung in Klammer beigelegt. - Die Redaktion.

tur der Sowjetmenschchen ist das Hauptziel der Politik unserer Partei".⁵ Bei der Verwirklichung dieser sozialen Ziele bereits in den ersten Jahren der Sowjetmacht haben die Revolutionskomitees eine bedeutsame Rolle gespielt. Ihre aktive Mitwirkung an der Durchsetzung der Sozialpolitik des Sowjetstaates während des Bürgerkrieges beweist: Schon als die junge Sowjetmacht die ersten Schritte auf dem Weg des sozialistischen Aufbaus ging, ließen sich der Sowjetstaat und die Kommunistische Partei von der Sorge um die Werktätigen des Landes leiten.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß alle Völker Rußlands ihre Kultur entfalten und zur Blüte führen konnten, und war zugleich der Beginn für die grundlegende Umgestaltung des gesamten Schulwesens im Lande. In diesem Zusammenhang sei nur auf die Dekrete "Über die Trennung von Kirche und Staat sowie Kirche und Schule", "Über die einheitliche Arbeitsschule", die "Verordnung über die Organisierung der Volksbildung in der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik" und die "Verordnung des Gesamtrussischen Zentralen Exekutivkomitees über die einheitliche Arbeitsschule"⁶ hingewiesen. Sie machen deutlich, wieviel Aufmerksamkeit die Sowjetmacht darauf verwandt hat, einen der wichtigsten Bereiche des kulturell-sozialen Aufbaus auf sozialistische Grundlagen zu stellen.

Trotz der schwierigen Bedingungen, die überall im Lande herrschten, unternahm Partei und Sowjetregierung maximale Anstrengungen, um die praktischen Aufgaben in Angriff zu nehmen, die es auf diesem Gebiet zu lösen galt. Lenin wies wiederholt darauf hin, "daß man in einem Lande von Analphabeten die kommunistische Gesellschaft nicht aufbauen kann."⁷

Von diesem Grundprinzip ließen sich sowohl die Partei- als auch die sowjetischen Staatsorgane leiten, und von ihm waren alle Parteibeschlüsse und alle Entscheidungen der Sowjetregierung zwischen 1918 und 1921 durchdrungen. Die Kulturarbeit der Parteiorgane und der Sowjets trug dazu bei, daß die Arbeiter und Bauern die Ereignisse im Lande besser verstehen lernten, und förderte die Herausbildung ihres kommunistischen Bewußtseins.⁸

Die Revolutionskomitees hatten zusammen mit den Parteiorganen und Sowjets ihre Arbeit unter außerordentlich komplizierten Bedingungen durchzuführen. Im Lande herrschte Massenanalphabetentum. Im vorrevolutionären Rußland waren etwa 73 Prozent der Bevölkerung (Kinder bis zum neunten Lebensjahr nicht mitgerechnet) Analphabeten. Es gab Gebiete, in denen kaum ein Prozent der Bevölkerung des Lesens und Schreibens kundig war. Besonders ärmliche Verhältnisse herrschten in den nationalen Randgebieten Rußlands, in denen die zaristische Regierung eine kolonialistische Unterdrückungspolitik betrieben hatte. "Ein so zurückgebliebenes Land", schrieb Lenin, "in dem die Massen des Volkes der Bildung, des

5 Breshnew, L. I., Treue zum großen Bund der Bruderrepubliken. Rede im Palast der Künste in Taschkent auf der gemeinsamen Festsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Usbekistans und des Obersten Sowjets der Usbekischen SSR anlässlich der Verleihung des Ordens der Völkerfreundschaft an die Usbekische SSR, 24. September 1973, in: Auf dem Wege Lenins, Bd. 4, Berlin 1975, S. 306.

6 Dekrety Sovetskoj vlasti, Bd. 1, Moskau 1959, S. 451 - 456.

7 Lenin, W. I., Die Aufgaben der Jugendverbände (Rede auf dem III. Gesamtrussischen Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands), 2. Oktober 1920, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1970, S. 286.

8 VIII. Parteitag der KPR (B), Über die politische Propaganda und die kulturelle und Aufklärungsarbeit im Dorfe, in: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK, 1898 - 1954 (im folgenden: Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen), Bd. 3, Berlin 1957, S. 72 (als Manuskript gedruckt).

Lichts und des Wissens derart beraubt sind - ein solches Land gibt es in Europa, außer Rußland, nicht wieder."⁹

In den Jahren des Bürgerkrieges war das ohnehin unbedeutende Schulsystem völlig zusammengebrochen; überall mangelte es an Lehrern, allein im Gouvernement Ufa fehlten 1 246 Lehrkräfte.¹⁰

Eine der wichtigsten Aufgaben in der Arbeit der Revolutionskomitees und der Sowjets war die Liquidierung des schlimmsten Erbes des Zarismus, des Analphabetentums. Am 24. Dezember 1919 unterzeichnete Lenin das Dekret des Rates der Volkskommissare "Über die Liquidierung des Analphabetentums unter der Bevölkerung der RSFSR". Nach diesem Dekret sollte "die gesamte Bevölkerung der Republik zwischen 8 und 50 Jahren, die nicht des Lesens und Schreibens kundig ist, je nach Wunsch entweder in der Muttersprache oder in Russisch Unterricht erhalten."¹¹

In dem Dekret sind auch die Organe benannt, die den Kampf gegen das Analphabetentum unter der erwachsenen werktätigen Bevölkerung des Landes zu organisieren hatten. "Zur direkten Teilnahme an den Arbeiten zur Liquidierung des Analphabetentums", ist in diesem Dekret zu lesen, "werden durch das Volkskommissariat für Volksbildung und seine örtlichen Organe sämtliche Organisationen der werktätigen Bevölkerung herangezogen".¹²

Mit der Annahme dieses Dekrets der Sowjetregierung und einer ganzen Reihe weiterer Beschlüsse zum Kampf gegen das Analphabetentum aus dem Jahre 1920 wurden die Maßnahmen zu seiner Liquidierung zielgerichteter und straffer organisiert. Mit der Leitung der Verwirklichung dieser von Partei und Regierung zwischen 1919 und 1922 gestellten Aufgaben wurden größtenteils die außerordentlichen Organe der Sowjetmacht, die Revolutionskomitees, betraut.

Die unmittelbar zu treffenden Maßnahmen für den sozialen und kulturellen Aufbau fielen in die Kompetenz der Abteilungen Volksbildung, Gesundheitswesen und Sozialfürsorge, die bei den einzelnen Revolutionskomitees der Gebiete, Gouvernements, Kreisen und teilweise auch Amtsbezirke und Stanizen geschaffen worden waren.

Die Revolutionskomitees begannen, die auf die allseitige Entwicklung der Kultur im Lande gerichtete Politik der Kommunistischen Partei zu verwirklichen und entsprechend das Volkssystem auf- und auszubauen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1919, nachdem die Rote Armee große Teile des Wolgagebietes und des Urals von Kolttschak befreit hatte, wurde in diesen Gebieten Rußlands das Schulsystem wieder in Gang gesetzt. Gegen Ende des Jahres, als die Rote Armee die Armeen Denikins zerschlagen hatte, konnten sich auch die Revolutionskomitees der zentralrussischen Gouvernements diesen Fragen zuwenden.

Die Revolutionskomitees bewilligten die erforderlichen Mittel für den Bau und die Instandsetzung von Schulen und stellten geeignete Häuser und Villen, die vorher im Besitz der Bourgeoisie gewesen waren, als Schulgebäude zur Verfügung. So wies zum Beispiel im Jahre 1920 das Volkskommissariat für Volksbildung der RSFSR den Revolutionskomitees Belorußlands 428 Millionen Rubel für Volksbildungszwecke zu und erwog gleichzeitig die Einrichtung einer Staatlichen Universität in Minsk.¹³

⁹ Lenin, W. I., Zur Politik des Ministeriums für Volksbildung (Ergänzende Bemerkungen zur Frage der Volksbildung), in: Werke, Bd. 19, Berlin 1971, S. 124.

¹⁰ Ganeev, R. G., Sovety i revkomy Baškirii, Ufa 1961, S. 106; siehe auch Andreev, K. N., Bol'shevistskie voenno-revoljucionnye komitety. Na fronte i v tylu, Perm 1959, S. 69.

¹¹ Sbornik zakonenij i rasporjaženij Sovetskogo pravitel'stva (im folgenden: SU), Moskau 1919, Nr. 67, S. 592.

¹² Ebenda.

¹³ Litvinova, G. I., a. a. O.

Auch in Sibirien eröffneten die Revolutionskomitees neue Schulen und höhere Lehranstalten. 1920 nahmen dort 7 726 Schulen der Ersten Stufe und 379 Schulen der Zweiten Stufe den Unterrichtsbetrieb auf. Von 13 000 Lehrern wurden insgesamt etwa 463 000 Kinder unterrichtet.¹⁴

Sofort nach der Befreiung von Omsk nahm das Sibirische Institut für Landwirtschaft und Industrie die Arbeit auf. Die erforderlichen Räume hatte das Revolutionskomitee zur Verfügung gestellt.¹⁵

Dank seiner Bemühungen konnten in Omsk bereits 1920 das medizinische und das veterinärmedizinische Institut eröffnet werden. Die Anzahl der Studierenden wuchs merklich. Am 1. November 1920 zählten die acht Hochschulen Sibiriens insgesamt etwa zehntausend Studenten; die meisten waren an den Universitäten Tomsk und Irkutsk sowie am Technologischen Institut Tomsk immatrikuliert.¹⁶

Im Sommer 1920 faßte das Sibirische Revolutionskomitee den Beschluß, eine Volksbildungsakademie in Tomsk zu eröffnen. Das Projekt scheiterte jedoch an materiellen Schwierigkeiten sowie vor allem am fast vollständigen Fehlen geeigneter Lehrkräfte.¹⁷

Die Hochschulen des Sowjetlandes auf das neue Ausbildungssystem umzustellen war außerordentlich schwierig. Die reaktionären Vertreter des alten Schulsystems sabotierten die Maßnahmen der Sowjetmacht. Doch die Komitees gingen mit revolutionärem Elan an die Lösung dieses komplizierten Problems. Im April 1920 ordnete das Revolutionskomitee Irkutsk an, die Lehrtätigkeit an der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität abzubrechen und die Ausbildung der Studenten nach den von der Sowjetmacht vorgeschlagenen Grundprinzipien fortzusetzen. Auf Anweisung und unter Leitung des Revolutionskomitees wurde im Mai 1920 eine Kommission für die Reorganisierung der Universität berufen, der Vertreter der Partei, der Sowjets und der Studentenorganisationen angehörten.

Trotz aller Schwierigkeiten konnten in Sibirien bereits 1920 Volksbildungseinrichtungen in Omsk, Irkutsk und Krasnojarsk eröffnet werden. Große Aufmerksamkeit schenkten die sibirischen Revolutionskomitees der Gründung von Arbeiter- und Bauern-Fakultäten (rabfak), deren Aufgabe es war, eine aus der Arbeiter- und Bauernschaft stammende Intelligenz heranzubilden. Am 5. Oktober 1920 faßte das Sibirische Revolutionskomitee den Beschluß über die Einrichtung von Arbeiter- und Bauern-Fakultäten. Sie boten der Proletarierjugend die Möglichkeit, sich direkt in den Mauern der Hochschulen auf ihr künftiges Studium vorzubereiten.

Die Einrichtung von Arbeiter- und Bauern-Fakultäten war eine Forderung der Zeit. Das Sowjetland benötigte dringend hochqualifizierte Fachleute aus den Reihen der Arbeiter und Bauern. Diese Frage wurde wiederholt in den zentralen Organen der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung erörtert. Im Parteiprogramm, das auf dem VIII. Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) (RKP /B/) im März 1919 angenommen wurde, wurde auf die nächstliegenden Aufgaben, die die Partei auf dem Gebiet des Hochschulwesens zu lösen hatte, hingewiesen: "Zugang zu den Hochschulen für alle, die studieren wollen, vor allem für Arbeiter, Heranziehung zur Lehrtätigkeit an den Hochschulen aller derjenigen, die dazu in der Lage sind, Beseitigung jeglicher künstlicher Schranken zwischen den jungen wissenschaftlichen Kräften und dem Lehrstuhl; materielle

14 Sibrevkom. Sbornik dokumentov, Novosibirsk 1957, S. 432.

15 Sibirskaja sel'skochozjajstvennaja akademiija. 1918 - 1923, Omsk 1923, S. 22.

16 Soskin, V. M., Očerki istorii kul'tury Sibiri v gody revoljucii i graždanskoj vojny, Novosibirsk 1965, S. 246 f.

17 Mindolin, V. A., Vuzy Sibiri posle razgroma kolčakovščiny. Bachrušinskie čtenija, Novosibirsk 1972, S. 20.

Sicherstellung der Studierenden, um den Proletariern und Bauern wirklich die Möglichkeit zu geben, die Hochschule zu besuchen."¹⁸

Im September 1919 faßte das Volkskommissariat für Volksbildung den Beschluß "Über die Schaffung von Arbeiter- und -Bauern-Fakultäten an den Universitäten". Er sah gleichzeitig die Eröffnung von Arbeiter- und -Bauern-Fakultäten auch an höheren Lehranstalten vor.

Am 1. April 1921 zählten die 59 Arbeiter- und -Bauern-Fakultäten insgesamt 25 436 Studierende. Außer Moskau besaßen bereits 33 weitere Städte der Republik solche Einrichtungen.¹⁹

In den Jahren 1920 bis 1922 lenkten die Revolutionskomitees ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Entwicklung des Bildungswesens in den nationalen Gebieten Sowjetrußlands, wo es sich, wie aus den zahlreichen Berichten der Revolutionskomitees zu entnehmen ist, in einem argen Zustand befand. So meldete beispielsweise der Vorsitzende des Revolutionskomitees einer Siedlung im Bezirk Naltschik, Gebiet Terek, daß "die Einwohner der Siedlung in Armut leben und keinerlei Bildungsmöglichkeiten besitzen. Nur ein verschwindender Prozentsatz ist des Lesens und Schreibens kundig. Das ist einer Einklassenschule zu verdanken und reicht gerade aus, um den Familiennamen schreiben zu können. Unter den Einwohnern gibt es niemanden, der der Bevölkerung auch nur die Anfangsgründe einer Bildung beibringen könnte."²⁰

Ähnlich war die Lage in anderen Dörfern des Nordkavkasus. Dort hatte seit April 1920 das Revolutionskomitee sämtliche Arbeiten zur Entwicklung der Volksbildung in die Hand genommen, und zwar wurde begonnen mit einer Bestandsaufnahme über die in den Lehranstalten vorhandenen Einrichtungen und Geräte, planmäßige Unterweisungen fanden an Ort und Stelle statt, pädagogische Lehrgänge wurden eröffnet und Beratungen zur pädagogischen Arbeit vorbereitet. Das Revolutionskomitee lenkte seine Aufmerksamkeit speziell auf die Inangasetzung des Bildungsprozesses in den nationalen Gebieten dieser Region. So wurde die Anweisung "Über den Aufbau des Volksbildungswesens bei den Nationalitäten des Nordkavkasus" ausgearbeitet. In den nationalen Schulen der Ersten Stufe konnte Russischunterricht erteilt werden, in den Schulen der Zweiten Stufe wurde er zum obligatorischen Unterrichtsfach erklärt.

In sämtlichen nationalen Bezirken des Nordkavkasus wurden unter der Leitung der Revolutionskomitees die alten Schulen wieder instand gesetzt und neue errichtet. Die für den Bau der neuen Schulen benötigten Mittel teilten ebenfalls die Revolutionskomitees zu; am 19. April 1920 bewilligte das Revolutionskomitee des Bezirkes Naltschik, Gebiet Terek, 35 000 Rubel für Schulzwecke,²¹ und das Revolutionskomitee des Bezirkes Grosny stellte den Schulen 165.000 Rubel zur Verfügung.²²

Einen großen Beitrag zur Organisierung des Schulwesens und zur Schaffung eines Netzes von Schulen leisteten die Werktätigen selbst. Der Drang nach Wissen war gewaltig, und so konnten die Revolutionskomitees in ihrer kulturellen Aufbauarbeit überall auf die Initiative

18 VIII. Parteitag der KPR (B). Resolutionen und Entschlüsse des Parteitages. Auf dem Gebiet der Volksbildung, in: Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen, a. a. O., S. 29 f.

19 Pravda, 3. 6. 1921; Katunceva, N. M., Opyt SSSR po podgotovke intelligencii iz rabočich i krest'jan, Moskau 1977, S. 32.

20 Revoljucionnye komitety Kabardino-Balkarii. Sbornik dokumentov, Načik 1968, S. 38.

21 Ebenda, S. 127.

22 Central'nyj gosudarstvennyj archiv Čečeno-Ingušskoj ASSR, F. 613, Op. I, D. 7, Bl. 6 (Ob).

und Unterstützung der Bevölkerung rechnen. Allerorts nahm die Bevölkerung aktiven Anteil am Aufbau und an der Instandsetzung von Schulgebäuden und Schuleinrichtungen und wirkte an der materiellen Sicherstellung der Schulen mit. So konnte zum Beispiel das Revolutionskomitee des Kuban-Schwarzmeergebietes melden, daß 1920/21 die Bewohner mehrerer Aule Schulgebäude ausschließlich aus eigenen Mitteln errichtet hatten.²³

Auf der Grundlage des Dekrets des Rates der Volkskommissare über die Trennung von Kirche und Staat vom 8. Juni 1920 wurde der Religionsunterricht in den Schulen abgeschafft. Eine Ausnahme bildeten allein die islamischen Zentren, in denen der Arabischunterricht weiterhin auf der Grundlage des Korans durchgeführt wurde.

Wie überall im Lande nahmen auch im Nordkaukasus höhere Lehranstalten ihren Betrieb auf, so das Polytechnische Institut und das Volksbildungsinstitut der GASSR (Gorskaja Avtonomnaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika, eine Verwaltungseinheit im Nordkaukasus, die von 1921 bis 1924 existierte - die Übers.) sowie das Nordkaukasische Institut für Landeskunde mit seinen Abteilungen für Geographie, Naturwissenschaften, Anthropogeographie und Industrieökonomik, das Institut für Landwirtschaft Stavropol und andere. Bis Ende 1920 hatten die Revolutionskomitees des Kuban-Schwarzmeergebietes 2 100 Grundschulen und 300 Oberschulen eröffnet, in denen insgesamt 252 000 Schüler lernten.²⁴

Im Dongebiet wurden 1920/21 von den Revolutions- und Exekutivkomitees Schulen eröffnet,²⁵ und im Gebiet Stavropol waren es 1 445 Schulen mit 55 000 Schülern.²⁶

Das sowjetische Schulsystem wurde überall zu einer mächtigen Waffe im Kampf um Sozialismus. Eine Deklaration des Revolutionskomitees Noworossisk aus dem Jahre 1920 erklärte die Ziele der neuen Schule mit folgenden Worten: "Die Sowjetmacht, die für alle echte Gleichheit verkündete, hat die Verwirklichung des Sozialismus begonnen und zu einem ihrer Hauptziele einen solchen Aufbau der Volksbildung erklärt, daß sich jedem alle Güter der Kultur und alle Errungenschaften der Menschheit in Wissenschaft und Kunst erschließen. Die Grundlage der sowjetischen Volksbildung ist die Arbeit, aber nicht sinnlose erzwungene Arbeit, sondern schöpferische Arbeit, die zu Taten beflügelt und das Vorschreiten der Menschheit zehnfach beschleunigt."²⁷

Einen großen Beitrag zur Volksbildung und zur Schaffung einer Unterrichtsbasis leisteten in dieser Zeit auch das Revolutionskomitee in Jakutsk und die Komitees der Kreise dieses Gebietes. Im März 1920 verwirklichte das Revolutionskomitee in Jakutsk die Trennung von Kirche und Schule und ordnete die Einstellung des Religionsunterrichtes an. Durch eine Anordnung vom 5. April 1920 wurden das Geistliche Seminar Jakutsk und die Eparchialschule in staatliche Lehranstalten umgewandelt, und das Revolutionskomitee überführte die großen Privatbibliotheken von P. Kušnarev, D. Melikov und A. Semenov in öffentliches Eigentum.²⁸ Unter der Leitung des Revolutionskomitees des Gouvernements wurden außerdem Lehrerbildungskurse organisiert und Zentren für die Liquidierung des Analphabetentums eingerichtet.

23 Sbornik statej po istorii Adygei, Bd. 1, Majkop 1977, S. 76.

24 Otčet Sovetu Truda i Oborony 1 aprelja 1922, Bd. 1, Krasnodar 1922, S. 24.

25 Gosudarstvennyj archiv Rostovskoj oblasti, F. p-85, Op. I, D. 170, Bl. 22.

26 Sbornik otčetov i rezolucij Stavropol'skogo gubrevkoma, Stavropol' 1921, S. 143.

27 Central'nyj gosudarstvennyj archiv Oktjabr'skoj revoljucii SSSR (im folgenden: CGAOR), F. 1329, Op. 1, D. 6, Bl. 7.

28 Novgorodov, A. I., Oktjabr'skaja socialističeskaja revoljucija i graždanskaja vojna v Jakutii, Novosibirsk 1969, S. 227.

Eine bedeutende Arbeit beim Aufbau des Schulnetzes leisteten Ende 1920 Anfang 1921 die Revolutionskomitees der Krim. Bis Mitte 1921 waren allein in den Kreisen Kertsch und Dshankoi mehr als 340 Schulen wieder instand gesetzt worden, die über 145 000 Schüler aufnehmen konnten.²⁹ In Kertsch nahmen eine Arbeiter- und -Bauern-Fakultät und eine Volksmusikhochschule mit 120 beziehungsweise 500 Hörern ihre Tätigkeit auf. Die Schulen erhielten bessere Gebäude, und zum 1. September 1921 konnten allein auf der Krim mehr als 1 100 Schulen ihre Pforten öffnen und über 80 000 Schülern Unterricht erteilen.³⁰

Auch die Revolutionskomitees Mittelasiens, des Transkaukasus, der Ukraine und Moldawiens nahmen den Aufbau eines Schulnetzes in Angriff. In den Abteilungen für Volksbildung, die bei den Revolutionskomitees bestanden, wurden spezielle Bereiche eingerichtet, deren Aufgabe es war, auch für die Bevölkerung nicht-russischer Nationalität ein System der Volksbildung aufzubauen. Ein solcher Bereich existierte bereits 1920 bei der Bezirksabteilung für Volksbildung in Tiraspol (Moldawien), der sich ausschließlich mit der Organisation des Unterrichts für die moldauische Bevölkerung befaßte. Insgesamt konnten 287 Schulen in diesem Kreis ihre Unterrichtstätigkeit aufnehmen, unter ihnen 54 moldauische Schulen,³¹ in denen der Unterricht in moldauischer Sprache durchgeführt wurde.

Überall stieß der Aufbau eines Systems der Schulbildung auf außerordentliche Schwierigkeiten. Es mangelte an Schulgebäuden, an Lehrern, an Heizmaterial sowie an Lehrbüchern und Unterrichtsmaterial jeglicher Art. Wie das Revolutionskomitee von Alma-Ata feststellte, gab es auf je zehn Schüler nur einen Bleistift.³² Im Kreis Minsk, um ein anderes Beispiel anzuführen, besaßen die 10 Schulen, die Anfang 1920 bestanden, kein einziges Lehrbuch.³³

Dennoch setzten die Revolutionskomitees das Schulwesen des Landes Schritt für Schritt in Gang. Dank der revolutionären Maßnahmen, die die Revolutionskomitees direkt an Ort und Stelle getroffen hatten, dehnte sich das Schulnetz immer weiter aus. Um einige Beispiele zu nennen: Im Frühjahr 1921 konfiszierte das Revolutionskomitee von Pischpek (heute Frunse) im damaligen Turkestan die Gebäude, in denen Bais und Manapen (Großbauern und Landadlige) ihren Sitz gehabt hatten, und konnte auf diese Weise der Abteilung Volksbildung 20 Gebäude für die Einrichtung von Schulen zur Verfügung stellen.³⁴ In Turkestan nahmen 1920 mehr als 20 Grundschulen den Unterricht auf, in denen über 165 000 Personen lernten.

Das Revolutionskomitee Armeniens vollzog die Trennung von Kirche und Schule mit dem Dekret vom 17. Dezember 1920; die Durchführung von Religionsunterricht und Gottesdienst in den Schulen wurde untersagt. 1920/21 waren unter der Leitung des Revolutionskomitees von Armenien und der Revolutionskomitees der einzelnen Gebiete und Kreise 395 Schulen tätig.³⁵

29 Revkomy Kryma. Sbornik dokumentov, Simferopol' 1969, S. 198 f.

30 Sbornik otčetov otdelov Krymrevkoma, Simferopol' 1921, S. 270.

31 Aftenjuk, S. Ja., Leninskaja nacional'naja politika Kommunističeskoj partii i obrazovanie sovetskoj gosudarstvennosti moldavskogo naroda, Kišinev 1971, S. 231.

32 Šamsutdinov, R. T., Revoljucionnye komitety Turkestana. 1918 - 1923 gg., Autorreferat zur Diss., Moskau 1970, S. 25.

33 Petrikov, P. T., a. a. O., S. 247.

34 Šamsutdinov, R. T., a. a. O., S. 25.

35 Sagradjan, S. M., Voeno-revoljucionnye komitety. Armenija. 1917 - 1922 gg., Autorreferat zur Diss., Erevan 1962, S. 31.

In den Jahren 1919 und 1920 wandten sich auch die Revolutionskomitees Belorußlands mit großem Elan der Wiederherstellung und dem weiteren Ausbau des Volkssystemsystems zu. Nach der Vertreibung der deutschen Okkupanten nahmen in den Gouvernements Witebsk, Minsk und Gomel 2 811 Schulen den Unterricht auf, darunter 114 Schulen der Zweiten Stufe; an ihnen unterrichteten 3 500 Lehrer etwa 190 000 Kinder. 1920 hatten jedoch die belorussischen Schulen mit dem Eindringen der polnischen Okkupanten in das Territorium der Republik erneut schwere Prüfungen zu bestehen. Das ohnehin schwach entwickelte Schulsystem brach wieder zusammen. Im Gouvernement Minsk wurden dabei 24,4 Prozent der Schulen vollständig zerstört, bei 21,6 Prozent waren Reparaturen in großem und bei weiteren 29,6 Prozent in mittlerem Umfang erforderlich. Nur ein Viertel der Schulen konnte nach geringen Ausbesserungsarbeiten den Unterricht wieder aufnehmen.³⁶

Die Revolutionskomitees Belorußlands gingen mit revolutionärem Elan an die Wiederherstellung des Schulsystems: Sämtliche Mitarbeiter der Volksbildung wurden erfaßt, und der Bestand an Büchern und Unterrichtsmaterial, die in Kaufhäusern und Läden vorhanden waren, wurde aufgenommen. Schließlich wurden die Schulen auf den Beginn des neuen Schuljahres vorbereitet. Unter der Leitung der Abteilungen für Volksbildung wurden Lehrertreffen und Lehrerkonferenzen organisiert, neue Lehrkräfte ausgebildet, frühere Lehrer umgeschult und "Wochen der Unterstützung der Schulen" durchgeführt. In Belorußland wurden das Pädagogische Institut in Minsk und das Pädagogische Institut in Witebsk sowie weitere pädagogische Fachschulen eröffnet und Ausbildungskurse begonnen.

Die Revolutionskomitees Belorußlands und der einzelnen Gouvernements dieser Republik gaben den Schulen und höheren Lehranstalten wesentliche Hilfe. Neue Gebäude wurden zur Verfügung gestellt sowie Inventar, Ausrüstungen und Heizmaterial besorgt. Das Revolutionskomitee der Republik stellte den Revolutionskomitees der einzelnen Kreise mehr als 30 Millionen Rubel zur Verfügung, um die Schulen auf den Beginn des neuen Schuljahres vorbereiten zu können.³⁷

Die Industrie benötigte dringend qualifizierte Arbeiter; überall bestand Mangel an Fachleuten. Bereits in den ersten Jahren der Sowjetmacht hatte Lenin darauf hingewiesen, daß ein festes Bündnis zwischen Proletariat und Wissenschaft und Technik bestehen müsse, dem auch die finsterste Macht weichen müsse. Die Ausbildung einer qualifizierten Avantgarde der Arbeiter war in den Jahren von 1918 bis 1921 in den Revolutionskomitees der Gebiete und Gouvernements nicht unbeachtet geblieben. Im Mai 1920 teilte der Rektor des Polytechnischen Instituts Tomsk der Abteilung Volksbildung des Sibirischen Revolutionskomitees mit, daß der Wissenschaftliche Rat beschlossen habe, die Ausbildung von Ingenieuren zu beschleunigen und aus diesem Grunde den Lehrbetrieb selbst während der Sommerferien nicht zu unterbrechen, um dem akuten Mangel an Fachleuten, der in fast allen Volkswirtschaftszweigen des Gouvernements zu verzeichnen war, abzuhelpen.³⁸

Überall wurden Maßnahmen zur Ausbildung von Kadern für die Volkswirtschaft in die Wege geleitet. Das Revolutionskomitee der Krim sorgte dafür, daß 21 technische Berufsfachschulen 1921 ihren Betrieb aufnahmen und 34 Lehrgänge mit insgesamt 2 425 Teilnehmern für die Vermittlung technischer Grundkenntnisse durchgeführt wurden. Weitere 653 Personen studierten an zwei Ingenieurfachschulen und 715 Personen an drei Arbeiter- und Bauern-Fakultäten.³⁹

36 Petrikov, P. T., a. a. O., S. 241.

37 Zvezda, 25. 8. 1920; Petrikov, P. T., a. a. O., S. 243.

38 Sibrevkom, a. a. O., S. 433.

39 Sbornik otčetov otdelov Krymrevkoma, a. a. O., S. 270.

Einen wichtigen Platz nahm von 1919 bis 1921 in der Tätigkeit dieser außerordentlichen Mächtigorgane die Aufklärungs- und Bildungsarbeit unter der erwachsenen Bevölkerung ein. Auch auf diesem Gebiet ließen sich die Revolutionskomitees und die Räte der Arbeiter und Bauern von den Anweisungen der Partei leiten. Im Programm der RKP (B), das 1919 auf dem VIII. Parteitag angenommen wurde, heißt es, daß eine der dringlichsten Aufgaben die "allseitige staatliche Unterstützung des Selbstunterrichts und der Selbstbildung der Arbeiter und Bauern (die Schaffung eines Netzes von Institutionen für die außerschulische Bildung; Bibliotheken, Schulen für Erwachsene, Volkshäuser, Volksuniversitäten, Lehrgänge, Lektionen, Lichtspieltheater, Studios usw.)" sei.⁴⁰

Am 21. Januar 1920 bestätigte das Volkskommissariat für Volksbildung die Anordnung über die Liquidierung des Analphabetentums.⁴¹ Die Räte, die Revolutionskomitees und die Gewerkschaften führten eine umfassende Aufklärungskampagne durch und machten jedermann klar, daß das Analphabetentum beseitigt werden müsse. Überall im Lande wurden Schulen und Zentren zur Liquidierung des Analphabetentums eingerichtet. Bereits im Jahre 1919 hatte die Abteilung Kultur und Volksbildung der Gewerkschaften eine "Anleitung zur Einrichtung von Schulen für das Erlernen des Lesens und Schreibens" ausgearbeitet, die vorsah, in den einzelnen Orten Dreimonatskurse mit entsprechendem Unterricht zu organisieren. Die Revolutionskomitees richteten zahlreiche Zentren für die Liquidierung des Analphabetentums ein. So eröffneten sie von 1920 bis 1921 im Kuban-Schwarzmeergebiet 1 500 Zentren und im Gebiet Stawropol 1 898 Schulen für Analphabeten, die insgesamt 50 321 Schüler erfaßten.

Ähnliche Arbeiten wurden von den Sowjets und Revolutionskomitees auch anderer Gouvernements eingeleitet. In einem Bericht des Volkskommissariats für Volksbildung wird beispielsweise darauf hingewiesen, daß im Gouvernement Tscherepowez 1 000 Schulen zur Liquidierung des Analphabetentums geschaffen wurden, im Gouvernement Tambow 6 000 und im Gouvernement Saratow 5 000. Die Räte und Revolutionskomitees des Gouvernements Ufa hatten 2 030 solcher Zentren bis zum Frühjahr 1920 geschaffen, und sie konnten insgesamt 48 500 Kursteilnehmer verzeichnen.⁴² Laut Angaben der Volkszählung von 1920 gab es allein in der RSFSR etwa 23 000 Schulen zur Liquidierung des Analphabetentums.⁴³

In Turkmenien waren es Mitte 1921 1 000 Schulen und Lehrgänge mit mehr als 50 000 Teilnehmern,⁴⁴ und das Revolutionskomitee Georgiens verabschiedete am 31. März 1921 ein Dekret über die Liquidierung des Analphabetentums bei den Truppenteilen der Roten Armee und wandte sich gleichzeitig dieser Frage in bezug auf die Zivilbevölkerung zu.⁴⁵

Unter schwierigen Bedingungen leisteten die Revolutionskomitees eine gewaltige Arbeit, um die Schulen und Zentren zur Liquidierung des Analphabetentums mit den erforderlichen Kadern versorgen zu können. Ein gewaltiges Heer von Lehrern war erforderlich, doch überall herrschte großer Lehrermangel. Allein im Gouvernement Stawropol belief sich der Bedarf an Lehrkräften, wollte man mit dem Analphabetentum Schluß machen, auf etwa 21 000.

40 VIII. Parteitag der KPR (B), Resolutionen und Entschlüsse des Parteitages. Auf dem Gebiet der Volksbildung, a. a. O., S. 29.

41 Sbornik uzakonenij i rasporjaženij Sovetskogo pravitel'stva, Moskau 1920, Nr. 8, S. 45.

42 Narkompros 1917 - oktjabr' 1920, Moskau 1920, S. 771; Gibadullina, R., Dejatel'nost' Baškirskoj partijnoj organizacii po likvidacii negramotnosti vzroslogo naselenija (1919 - 1937 gg.), Autorreferat zur Diss., Perm' 1977, S. 14.

43 Trudy Central'nogo statističeskogo upravlenija, Bd. 12, Nr. 1, Moskau 1922, S. 100 f., 118.

44 Istorija Uzbekskoj SSR, Bd. 3, Taškent 1967, S. 242.

45 Revoljucionnye komitety Gruzii, Suhumi 1963, S. 384 f.

Zur Durchführung des Unterrichts wurden deshalb auch des Lesens und Schreibens kundige Arbeiter sowie Studenten herangezogen. Insgesamt wurden etwa 200 000 Personen eingesetzt, um die Analphabeten des Landes zu unterrichten.⁴⁶

Neben der Lösung dieses Problems galt die Aufmerksamkeit der Revolutionskomitees und der Räte auch der Organisation der Lehrerausbildung für die Schulen der Ersten und Zweiten Stufe. Im Herbst 1919 eröffnete beispielsweise das Revolutionskomitee des Kreises Wolokolamsk, Gouvernement Moskau, Dreijahreskurse für die Ausbildung von Lehrern. Auch im Kreis Podolsk, ebenfalls Gouvernement Moskau, begannen ähnliche Kurse.⁴⁷

Das Ausmaß dieser Arbeit war im gesamten Land ungewöhnlich groß. Einen wesentlichen Beitrag zur Liquidierung des Analphabetentums leisteten auch die von den Revolutionskomitees geschaffenen Lesestuben, Bibliotheken und Arbeiterklubs. Die Räte und Revolutionskomitees bewältigten in dieser Hinsicht ein umfangreiches Arbeitspensum. So entstand ein weitverzweigtes Netz von kulturellen Einrichtungen, zu denen außer Bibliotheken Lesestuben und Klubs, zahlreiche Volkshäuser, Lichtspieltheater, Museen und Rote Treffs gehörten.⁴⁸ Auf die gleiche Weise unterstützten die Revolutionskomitees die Bildungsarbeit in Sibirien, auf der Krim, in den tatarischen Bezirken, im Ural und im Norden.⁴⁹

Ein breites Netz verschiedener Einrichtungen der Kultur und Volksbildung wurde in kurzer Zeit auch von den Revolutionskomitees Belorußlands geschaffen.⁵⁰

Ein weiteres Betätigungsfeld der Revolutionskomitees waren die Arbeitsbedingungen in diesen Einrichtungen, also die Bereitstellung von Brennmaterial, Einrichtungsgegenständen, Büchern und anderen Dingen.

Bis Ende 1920 hatten die Sowjets, Revolutionskomitees, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen auf dem Territorium der RSFSR etwa 25 000 Massenbibliotheken, 4 000 Volkshäuser und 3 500 Klubs eingerichtet.⁵¹

Die Aufklärungsarbeit unter den Rotarmisten und der Zivilbevölkerung war ein weiterer Bestandteil der Arbeit von Partei und Räten in den einzelnen Orten. "Die Hauptarbeit", so heißt es im Bericht des Vertreters der Abteilung für Nationalitätenfragen auf der Sitzung des Revolutionskomitees des Gouvernements Ufa vom 22. September 1919, "besteht darin, die Agitations- und Aufklärungsarbeit an der Basis fortzuführen."⁵²

Jedoch ging es bisweilen über die Kräfte der Revolutionskomitees der Kreise sowie auch der Gebiete und Gouvernements, alle Fragen einer umfassenden Agitations- und Aufklärungsarbeit mit einem Mal in Angriff zu nehmen. So mußten sie sich an die zentralen Partei- und Staatsorgane um Hilfe wenden. Unterstützung wurde ihnen entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten gewährt. Ein besonderes Verdienst kam in dieser Hinsicht den Schulen des Zentralkomitees der RKP (B) zu, in denen die Mitarbeiter der Partei ausgebildet wurden. In kaum vier Monaten des Jahres 1920 konnten 1 315 Personen, die die Parteschulen absolviert hatten, in die verschiedenen Landesteile entlassen werden.⁵³

46 Istorija graždanskoj vojny v SSSR, Bd. 5, Moskau 1960, S. 301.

47 Golos bednjaka (Volokolamsk), 28. 9. 1919; Golos batraka, 13. 11. 1919.

48 Vgl. Archiv Rostovskogo obkoma KPSS, F. 4, Op. I, D. 32, Bl. 89; Ivan'ko, N. I., Za vlast' Sovetov, Stavropol' 1957, S. 143; Istorija SSSR, Bd. 7, Moskau 1969, S. 682.

49 Sibrevkom, a. a. O., S. 433; Sbornik otčetov otdelov Krymrevkoma, a. a. O., S. 272.

50 Petrikov, P. T., a. a. O., S. 265.

51 Gimpel'son, E. G., a. a. O., S. 302.

52 Ganeev, R. G., a. a. O., S. 112.

53 Sovetskij Jug, 16. und 21. 11. 1920.

Kommunisten, Mitglieder der Sowjets und der Revolutionskomitees leisteten unaufhörlich Erziehungs-, Kultur- und Aufklärungsarbeit unter den werktätigen Massen, beseitigten Schritt für Schritt das Analphabetentum und erzogen viele zu aktiv Mitwirkenden im Kulturleben, zu Schöpfern geistiger Werte.⁵⁴

Neben ihrer Kultur- und Aufklärungsarbeit trafen die Revolutionskomitees einen ganzen Komplex von Maßnahmen, die den Aufbau des Gesundheitswesens im Lande zum Inhalt hatten. Die bei den einzelnen Revolutionskomitees geschaffenen Abteilungen für Gesundheitswesen nahmen unverzüglich den Aufbau eines Netzes von medizinischen Einrichtungen in Angriff, die Versorgung mit Ausrüstungen, die Schaffung der erforderlichen Planstellen, die Organisation des Kur- und Erholungswesens in den Gebieten und Gouvernements des Landes, wobei sie sich von den Beschlüssen des VIII. Parteitages der RKP (B) leiten ließen, die als dringende Aufgaben zur Förderung der Gesundheitsfürsorge die entschlossene Durchführung umfassender sanitärer Maßnahmen im Interesse der Werktätigen vorsahen, zum Beispiel die Organisation öffentlicher Speisebetriebe auf den Grundlagen der wissenschaftlichen Hygiene, Vorbeugung gegen ansteckende Krankheiten und ihre Bekämpfung, Verabschiedung von Gesetzen zur Hygiene, zur Bekämpfung sozial bedingter Krankheiten und zur Sicherung einer qualifizierten ärztlichen Betreuung, die allen unentgeltlich offensteht.

Das Gesundheitswesen des Landes befand sich in einem verheerenden Zustand, und der Bürgerkrieg hatte ihm noch weiteren Schaden zugefügt. In allen Gouvernements gab es Hunderte von Kranken, und in vielen Orten wütete die Cholera. Mitte 1919 zählte man im Gouvernement Baschkirien über 400 Typhusfälle, und bis November war ihre Anzahl auf über 14 000 angestiegen.⁵⁵

Ein erschreckendes Ausmaß hatte die Typhusepidemie in den sibirischen Gouvernements angenommen. Allein in Tomsk waren an die 10 000 Personen an Typhus erkrankt, und insgesamt gab es 1920 in Sibirien mehr als 289 000 erfaßte Typhusfälle.⁵⁶

In den Werken und Fabriken Astrachans waren 30 Prozent der Belegschaft an Typhus erkrankt. "Man kann sich gar keine Vorstellung machen", führte Lenin auf dem VII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß aus, "von den entsetzlichen Zuständen in den vom Flecktyphus betroffenen Gegenden, wo die Bevölkerung entkräftet, geschwächt, aller materiellen Mittel barm ist, wo jedes Leben, jede öffentliche Betätigung daniederliegt."⁵⁷

54 Dieses Problem kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht in aller Ausführlichkeit behandelt werden. Angaben zu Einzelheiten des Geschehens finden sich in der Literatur sowie in Archivalien. Vgl. Gosudarstvennyj archiv Kirovskoj oblasti, F. 878, Op. 1, D. 15, Bl. 29; Archiv Severo-Osetinskogo obkoma KPSS, F. 1849, Op. 1, D. 77, Bl. 11; Gosudarstvennyj archiv Rostovskoj oblasti, F. r-3758, Op. 1, D. 46, Bl. 31; CGAOR, F. 1235, Op. 95, D. 518, Bl. 177; Central'nyj gosudarstvennyj archiv Sovetskoi Armii, F. 104, Op. 2, D. 69, Bl. 41; Izvestija CK RKP (B), 18. 9. 1920; Lenin, W. I., Reden in der Sitzung des Moskauer Parteikomitees über die Organisation von Gruppen Sympathisierender, in: Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 46; Vladimir Il'jič Lenin. Biografičeskaja chronika, Bd. 8, Moskau 1977, S. 102; Petrov, V. D., Teoretičeskaja i praktičeskaja dejatel'nost' V. I. Lenina po idejno-političeskomu vospitaniju voinov Krasnoj Armii v gody inostrannoj intervencii i graždanskoj vojny (1918 - 1920 gg.), Autorreferat zur Diss., Moskau 1977, S. 11; Gimpel'son, E. G. a. a. O., S. 306.

55 Ganeev, R. G., a. a. O., S. 116.

56 Sibrevkom, a. a. O., S. 494.

57 Lenin, W. I., VII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß 5. - 9. Dezember. Bericht des Gesamtrussischen Zentralerekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare, 5. Dezember, in: Werke, Bd. 30, Berlin 1972, S. 217.

Das ganze Land litt an akutem Facharztmangel. Die Revolutionskomitees mußten diesen Umstand in Rechnung stellen, und so wurden Ausbildungskurse für Heilgehilfen organisiert, wie dies zum Beispiel die Revolutionskomitees des Gebietes Moskau, Baschkiriens, des Urals und des Wolgagebietes taten.

Auf Anweisung des Revolutionskomitees von Astrachan wurde 1919 ein militärischer Bürger-Sowjet geschaffen, der mit außerordentlichen Vollmachten zur Bekämpfung von Epidemien ausgestattet wurde. Das Revolutionskomitee und dieser Sowjet machten Gebäude frei, errichteten Baracken, mobilisierten das gesamte medizinische Personal, führten Wäschesammlungen durch, organisierten Stadtreinigungsaktionen und richteten Arzneimittel-Versorgungspunkte ein; außerdem wurde an der Universität Astrachan ein Kurs für die Ausbildung von Krankenpflegerinnen eingeführt.

Diese rechtzeitig vom Revolutionskomitee getroffenen außerordentlichen Maßnahmen führten zur Senkung des Krankenstandes unter den Arbeitern. "In den vergangenen drei Monaten wurden in den Krankenhäusern 29 000 Patienten versorgt", teilte der Leiter der Sanitätsverwaltung Astrachan der Hauptverwaltung für Sanitätswesen mit, "und 71 Prozent der Typhuserkrankten konnten geheilt werden."⁵⁸

Ähnliche Maßnahmen der Epidemiebekämpfung wurden auch von den Revolutionskomitees der anderen Gouvernements und Gebiete ergriffen. Lehrer und Studenten, städtische Angestellte, selbst Nonnen der noch bestehenden Klöster wurden zur Typhusbekämpfung eingesetzt. Überall wurde zu Sauberkeitsaktionen aufgefordert, darunter auch zur Durchführung von Subbotniks zur Stadt- und Straßenreinigung. In den einzelnen Ortschaften wurden Arbeiterkommissionen für den Kampf um Sauberkeit und Ordnung gegründet.

Das Sibirische Revolutionskomitee machte es allen Betriebskomitees sowie den Angestelltenkollektiven und anderen Arbeitsorganisationen zur Pflicht, sofort Sonderausschüsse für Sauberkeit und Ordnung zu schaffen, die mit geeigneten Maßnahmen für die Verbesserung der sanitären Verhältnisse am Wohnort und Arbeitsplatz sowie in deren näherer Umgebung zu sorgen hatten.⁵⁹

Im November 1919 wurde im Zusammenhang mit einer Flecktyphusepidemie auf Anordnung des Verteidigungskomitees von Moskau für alle Einrichtungen des Gesundheitswesens, die mit der medizinischen Betreuung der Bevölkerung zu tun und Erste Hilfe zu leisten hatten, der Ausnahmezustand erklärt. Das Verteidigungskomitee kontrollierte über die Revolutionskomitees die Einrichtung und Versorgung von Krankenhäusern und berief eine Kommission zur Bekämpfung von Epidemien. Außerdem wurde medizinische Agitations- und Aufklärungsarbeit geleistet. Die Bekämpfung von Epidemien hatte den Charakter gezielter Schwerpunktaktionen.

1920 wurde im ganzen Lande die Wiederherstellung des medizinischen Versorgungsnetzes in Angriff genommen. In den von den Weißgardisten und Interventen befreiten Gebieten des Nordkaukasus, des Urals, der Ukraine, Belorußlands, der Krim und Zentralasiens schufen die Revolutionskomitees sofort medizinische Einrichtungen und sorgten dafür, daß diese ihre Arbeit aufnehmen konnten.

58 Kondrašov, I. F., S. M. Kirov - rukovoditel' Astrachanskogo Voenno-revoljucionnogo komiteta, in: Istoričeskie zapiski, Bd. 36, Moskau 1951, S. 29.

59 Sibrevkom, a. a. O., S. 489.

So erließen die Revolutionskomitees des Nordkaukasus und Sibiriens Anordnungen über die Verstaatlichung der medizinischen und pharmazeutischen Einrichtungen.⁶⁰ Das medizinische Netz wurde nach und nach auf die Bezirke und Gouvernements der nationalen Randgebiete ausgedehnt. 1920 veranlaßte das Revolutionskomitee des Kuban die Öffnung von 108 Heilstätten mit insgesamt 2 490 Betten, und es wurden mehr als 200 Unterarztstellen und 50 Ambulatorien eingerichtet.⁶¹ In Krasnodar wurden 23 provisorische Hospitäler und ein bakteriologisches Institut eröffnet.

Am 18. Dezember 1920 erließ das Revolutionskomitee der Krim ein Dekret über die Verstaatlichung der Apotheken und medizinisch-pharmazeutischen Einrichtungen. Die Revolutionskomitees der Krim nahmen sich auch der ärztlichen und sanitären Betreuung der Bevölkerung an. In der ersten Zeit waren sie für Krankenhäuser und Heilstätten mit insgesamt 3 920 Betten verantwortlich; weiterhin veranlaßten sie den Bau eines psychiatrischen Krankenhauses und eines bakteriologischen Instituts in Sewastopol.⁶²

Insgesamt hatte sich in Sowjetrußland, verglichen mit 1914, die Anzahl der zivilen medizinischen Einrichtungen um 30 Prozent erhöht. Allein im europäischen Rußland hatten die für medizinische Zwecke zur Verfügung stehenden Betten seit 1914 von 135 000 auf 252 000, das heißt um fast 87 Prozent, zugenommen; in Turkmenien war die Anzahl von 1000 auf 11 000, also um das Elfache, angestiegen.⁶³

Ungeachtet der komplizierten Bedingungen wurden auch die Kurorte im ganzen Lande wiedereröffnet. Der Betrieb der Sanatorien und Kurorte und die Erholung der Werktätigen verbanden sich nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution untrennbar mit dem Namen Lenins. Der Bürgerkrieg und die ausländische Intervention hatten es für die junge Sowjetmacht vorerst unmöglich gemacht, sofort die Dekrete zu verwirklichen, die die Errichtung eines sich über das ganze Land erstreckenden Netzes von Kurorten zum Ziele hatten. Obwohl sich die Krim und das Schwarzmeerafer des Kaukasus lange Zeit in den Händen der Interventionen und Weißgardisten befunden hatten, wurde trotz der komplizierten militärischen Situation im Lande bereits am 4. April 1919 das "Dekret über Heilstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung" verabschiedet, das vorsah, sämtliche Heilstätten und Sanatorien, wo immer sie sich auf dem Territorium der RSFSR befanden und wem immer sie gehörten, mit sämtlichen Einrichtungen, beweglichem Eigentum und Gebäuden, sofern sie vorher dem Kurbetrieb gedient hatten und sich auf Boden befanden, der Sanatorien gehörte oder ihnen zugesprochen worden war, in das Eigentum der Republik zu überführen und für Heilzwecke zu nutzen. Die Sowjets und Revolutionskomitees taten alles, um dieses Dekret in die Tat umzusetzen und den Kur- und Heilstättenbetrieb wieder aufzunehmen.

Auf Anordnung des Revolutionskomitees des Nordkaukasus wurde die Verwaltung der Nordkaukasischen Kurorte gegründet, und am 27. April stand auf der Tagesordnung der Revolutionskomitees der Punkt "Die zweckdienliche Nutzung der kaukasischen Heilquellen". Laut einer Entschließung des Revolutionskomitees wurden sämtliche medizinischen Einrichtungen, Lazarette und Sanatorien von Mineralnyje wody zu Kurortkrankenhäusern und Kurort-sanatorien erklärt. Das Nordkaukasische Revolutionskomitee entschied auch über den Stellenplan für dieses Heilzentrum von gesamttrussischer Bedeutung und berief eine Kommission, die die Kurorte dieses Gebietes besichtigte und überprüfen sollte.

⁶⁰ Ebenda, S. 490.

⁶¹ Desjat' let sovetskoj mediciny, Krasnodar 1927, S. 5; Central'nyj gosudarstvennyj archiv Sovetskoj Armii, F. 109, Op. I, D. 39, Bl. 98.

⁶² Revkomy Kryma, a. a. O., S. 248.

⁶³ Gimpel'son, E. G., a. a. O., S. 292.

Am 28. April 1920 wandten sich die Mitglieder des Nordkaukasischen Revolutionskomitees und der Vertreter des Volkskommissariats für Finanzen, R. Ja. Karklin, der dem Sowjet der Bevollmächtigten des Nordkaukasischen Revolutionskomitees angehörte, an das ZK der RKP (B) und an Lenin, mit der Bitte, die Wiederherstellung der Industrie und die Wiederaufnahme des Kurbetriebes zu unterstützen.⁶⁴

Die Sowjetregierung reagierte auf diese Bitte der Kommunisten des Nordkaukasus positiv und stellte 700 Millionen Rubel zur Verfügung.⁶⁵ Da die Revolutionskomitees des Nordkaukasus und die außerordentlichen Machtorgane der einzelnen Gebiete wichtige Probleme rechtzeitig in Angriff genommen hatten und sie ständig im Auge behielten, konnte in einer Reihe von Orten der Kurbetrieb wieder aufgenommen werden. Im Juni wurden drei neue Sanatorien und das Balneologische Institut in Pjatigorsk eröffnet sowie Maßnahmen getroffen, in Shelesnowodsk eine Kinderheilstätte einzurichten.

Von Monat zu Monat vergrößerte sich die Anzahl der Personen, die in diesem Gebiet Erholung suchten. Allein in der Sommersaison 1920 weilten etwa 9 000 Kurgäste an den kaukasischen Mineralquellen.⁶⁶

Im April 1920 stellte das Revolutionskomitee des Bezirkes Grosny 100 000 Rubel für dringende Bauarbeiten in einem Kurort zur Verfügung.⁶⁷ Anfang April 1920 verabschiedete das Sibirische Revolutionskomitee einen Erlaß, eine Reihe von Kurorten zu Heilstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung zu erklären. Das Revolutionskomitee wies die Abteilung für Gesundheitswesen an, sowohl die alten als auch die neuen Kurorte einer Revision zu unterziehen und ihre Versorgung aus "Sonderlebensmittelbeständen" sicherzustellen.

1920 hatten sich laut Angaben der beim Revolutionskomitee geschaffenen Abteilung für Kurorte und Sanatorien mehr als 3 000 Personen in den sibirischen Heilstätten zur Kur aufhalten; 1921 waren es bereits 6 500. Überall in diesem Gebiet wurden Anstrengungen unternommen, um die Arbeit der Heilstätten auf eine breitere Grundlage zu stellen.⁶⁸

Am 20. Oktober 1920 nahm der Rat der Volkskommissare eine EntschlieÙung über die Kurorte des Kubangebietes und der Krim an, die auf die Erweiterung des Heilstättennetzes in diesen beiden Gebieten gerichtet war. Das Revolutionskomitee der Krim setzte die alten Sanatorien wieder instand und förderte nach der Befreiung der Krim durch die Rote Armee die Schaffung neuer Heilstätten. Anfang Dezember schrieb der Vorsitzende des Revolutionskomitees der Krim, der ungarische Internationalist Béla Kun, an Lenin: "... mit allen Kräften bemühen wir uns zu verhindern, daß Staatseigentum und Beuteigentum weggeschleppt wird, und wir treffen in dieser Hinsicht die entschiedensten Maßnahmen ... Die Krim muß zu einer Erholungsstätte der russischen Arbeiter werden."⁶⁹

Am 21. Dezember 1920 unterzeichnete Lenin das "Dekret über die Nutzung der Krim für die medizinische Behandlung der Werktätigen", in dem gefordert wurde, die einst der Großbourgeoisie vorbehaltenen Sanatorien und Kurorte der Krim, die herrlichen Sommersitze und Villen der früheren Großgrundbesitzer und Kapitalisten und die Schlösser der ehemali-

64 Central'nyj partijnyj archiv Instituta marksizma-leninizma, F. 17, Op. 65, D. 14, Bl. 88.

65 Ebenda.

66 Central'nyj gosudarstvennyj archiv Čečeno-Ingušskoj ASSR, F. 73, Op. I, D. 27, Bl. 16 Rs.

67 Gosudarstvennyj archiv Rostovskoj oblasti, F. 3758, Op. I, D. 63, Bl. 183.

68 Sibrevkom, a. a. O., S. 491 f., 503 f., 515.

69 Vengerskie internacionalisty v Oktjabr'skoj revoljucii i graždanskoj vojne v SSSR. Sbornik dokumentov, Bd. 2, Moskau 1968, S. 379.

gen Zaren und Fürsten in Heilstätten für Arbeiter und Bauern umzuwandeln. Laut diesem Dekret hatten im Januar auf der Krim Sanatorien mit insgesamt 5 000 Betten ihren Betrieb wieder aufzunehmen, und im Frühjahr standen bereits 25 000 Betten zur Verfügung.⁷⁰

Die Revolutionskomitees leisteten eine große Arbeit, um die Kurorte mit Lebensmitteln zu versorgen. So wurden laut Beschluß des Revolutionskomitees der Krim, um die Ernährung der Kranken in den Sanatorien zu verbessern, die zu den Schlössern von Liwadija gehörenden Milchviehwirtschaften, Obstgärten und Weingärten den Sanatorien zugeordnet. Und das Revolutionskomitee des Gouvernements des Terekgebietes faßte 1921 den Beschluß, bei Pjatiorsk spezielle Sowchosen für die Lebensmittelversorgung der Heilstätten zu gründen.

Der Bürgerkrieg und die militärische Intervention hatten der materiellen Lage der werktätigen Massen schweren Schaden zugefügt. Dennoch waren die Sowjetmacht und ihre Vollzugsorgane, die Revolutionskomitees, unentwegt bemüht, den materiellen Wohstand der Arbeiter, Bauern, Rotarmistenfamilien und der Intelligenz zu heben. Die Lösung dieser Fragen war Aufgabe der Abteilungen für Sozialfürsorge, die bei den Revolutionskomitees gegründet worden waren. Grundlage ihrer Arbeit bildete die "Verordnung über die soziale Betreuung der Werktätigen", die am 31. Oktober 1918 von der Sowjetregierung erlassen worden war.⁷¹ Laut dieser Verordnung unterlagen alle Personen, deren Existenzquelle einzig und allein das eigene Einkommen war, die also nicht von der Ausbeutung fremder Arbeit lebten, der sozialen Betreuung.⁷² Am 30. August 1919 wurde die soziale Betreuung im Falle des Todes des Ernährers auch auf seine Familienangehörigen ausgedehnt. Diese Probleme lösten die Revolutionskomitees und die Sowjets unter den schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit.

Eine sehr wichtige Funktion der Revolutionskomitees war die Umverteilung des vorhandenen Wohnraumes. Arbeiter wurden in gut eingerichtete Wohnungen eingewiesen, die früher Angehörige der Bourgeoisie bewohnt hatten. In einer Verordnung vom April 1919 über die Verstaatlichung von Häusern solcher Angehöriger der Bourgeoisie, die mit den Weißgardisten geflohen waren, heißt es: "Knechte, Überwinternde und andere zum Proletariat zählende Personen aus den Stanizen, Siedlungen und Vorwerken werden gegen ein Entgelt, das vom örtlichen Sowjet oder vom Revolutionskomitee festzulegen ist, in die Häuser der konterrevolutionären kasachischen Bourgeoisie eingewiesen, die zu diesem Zweck in Gemeindeigentum zu überführen sind."⁷³ Dieser Erlaß des Revolutionskomitees hat die Lage der arbeitenden Massen in den einzelnen Verwaltungsgebieten spürbar verbessert. Mitte 1919 gingen auch die Revolutionskomitees Baschkiriens und der anderen Bezirke des Wolgagebietes an die Lösung dieser Probleme.

Etwas zur gleichen Zeit zogen Arbeiter Moskaus und zahlreicher anderer Industriezentren des Moskauer Gebietes ebenfalls in gut eingerichtete Wohnungen ein. Im Oktober 1919 faßten die Revolutionskomitees der Kreise Sergiewo-Possadskij und Serpuchow den Beschluß, die Häuser der Bourgeoisie den Revolutionskomitees zu unterstellen und Arbeiter in sie einzuwiesen.⁷⁴ Das Revolutionskomitee der Kreisstadt Kolomna befaßte sich außerdem mit der Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung, und die Komitees anderer Kreisstädte waren ebenfalls bemüht, ihre Orte zu verschönern.⁷⁵

⁷⁰ Revkomy Kryma, a. a. O., S. 169.

⁷¹ SU, a. a. O., 1918, Nr. 89, S. 906.

⁷² Ebenda 1919, Nr. 43, S. 429.

⁷³ Sovety i revkomy v Kazachstane 1919 - 1920 gg., S. 92.

⁷⁴ Gosudarstvennyj archiv Moskovskoj oblasti, F. 4718, Op. I, D. 5, Bl. 5; F. 2153, Op. I, D. 35, Bl. 3; Kommunist (Serpuchov), 16. 5. 1919.

⁷⁵ Kolomenskij uезд, Kolomna 1924, S. 35.

Die Umverteilung des vorhandenen Wohnraumes schuf für einen Teil der Werktätigen bessere Lebensbedingungen. Das machte sich vor allem in den großen Industriezentren bemerkbar. In Petrograd wurden vom November 1918 bis September 1919 ungefähr 30 000 Arbeiter in andere Wohnungen eingewiesen.⁷⁶ Zum 1. Januar 1920 waren auch in Moskau 30 000 Arbeiter in die beschlagnahmten Häuser eingezogen.

Maßnahmen zur besseren Versorgung der Arbeiter mit Wohnraum trafen auch die Revolutionskomitees sämtlicher vom Gegner befreiten Gebiete. So wurde Anfang März 1920 aus Barnaul gemeldet, daß ein Beschluß zum Wohnungsproblem, über die Wasserversorgung und die Organisierung anderer kommunaler Dienstleistungen gefaßt wurde. Und zur gleichen Zeit sandte Lenin ein Telegramm nach Jekaterinburg, in dem er vorschlug, dem Wohnungsbau für die Arbeiter der Kohleindustrie des Urals besondere Aufmerksamkeit zu schenken.⁷⁷

Um die Wohnraumverteilung in geordnete Bahnen lenken zu können und die gewonnenen Erfahrungen zu verallgemeinern, verabschiedete die Sowjetregierung am 25. Mai 1920 das "Dekret über Maßnahmen zur richtigen Verteilung des Wohnraumes unter die werktätige Bevölkerung". Es bildete die Grundlage für die Arbeit der Wohnungskommissionen, die in großer Anzahl bei den Revolutionskomitees geschaffen wurden.

Im Mai 1920 siedelte das Revolutionskomitee von Maikop (Kuban-Schwarzmeergebiet) in Erfüllung dieses Dekretes die Angehörigen der Bourgeoisie, die bislang im Zentrum der Stadt gewohnt hatten, in die Außenbezirke um und wies Arbeiterfamilien in gut eingerichtete Häuser im Stadtzentrum ein. Das Revolutionskomitee überführte sämtliche Häuser und den gesamten Besitz der Großgrund- und Gutsbesitzer, die mit den zurückweichenden Weißgardisten geflohen waren, in öffentliches Eigentum. In diesen Gebäuden entstanden nun Kindergärten sowie kulturelle und Einrichtungen des Gesundheitswesens.⁷⁸

Ende Juli 1920 ordnete das Revolutionskomitee des Gouvernements Minsk an, den gesamten von Angehörigen der Bourgeoisie aufgegebenen Besitz zu erfassen. Die für Wohnungszwecke geeigneten Räumlichkeiten wurden in erster Linie den Arbeitern und ihren Familien zur Verfügung gestellt.⁷⁹

Im August führte das Revolutionskomitee von Minsk eine erweiterte Beratung zu Wohnungsfragen durch. Es wurden finanzielle Mittel in Höhe von 33,5 Millionen Rubel bereitgestellt, um Wohngebäude instand zu setzen oder neu zu bauen. Dadurch konnten in kurzer Zeit die Lebensbedingungen der Werktätigen verbessert werden. Bereits im August hatte allein das Revolutionskomitee des Kreises Bobruisk mehr als 800 Wohnungen und 5 000 Einzelzimmer verteilt, und im November konnten den Werktätigen weitere 1 800 Wohnungen übergeben werden.⁸⁰

Im November 1920 verstaatlichte das Revolutionskomitee der Krim die bis dahin im Besitz der Bourgeoisie befindlichen Häuser, und im Dezember wies allein das Revolutionskomitee von Simferopol 304 Arbeiterfamilien in die auf diese Weise gewonnenen Wohnungen ein.⁸¹

76 Gimpel'son, E. G., a. a. O., S. 276 f.

77 Vladimir Il'jič Lenin, a. a. O., S. 365.

78 Istorija Adygei, Sovetskij period, Majkop 1978, S. 53 (handschriftl. Manuskript).

79 Petrikov, P. T., a. a. O., S. 235.

80 Ebenda, S. 236.

81 Semin, A. S./Gorčakov, A. A., Revoljucionnyj komitet Kryma i ego rol' v uprocenii Sovetskij vlasti, in: Izvestija Krymskogo instituta, Bd. 28, Simferopol' 1957, S. 136.

In Stawropol waren es 1921 etwa 250 Arbeiterfamilien, die fertig eingerichtete Wohnungen beziehen konnten. Die Gewerkschaften von Krasnodar übergaben den Arbeitern 144 Häuser. Auf Beschluß des Revolutionskomitees bekamen in Sewastopol im Verlauf von zwei Monaten mehr als 1 000 Arbeiter möblierte Zimmer in Gemeinschaftshäusern zugewiesen.⁸²

Die Revolutionskomitees bemühten sich in allen Orten um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter. Im Mai 1920 traf das Revolutionskomitee von Wladikawkas (heute Ordshonikidse) Sofortmaßnahmen zum Bau von Wasserleitungen und zur Stromversorgung der städtischen Randgebiete. Das Revolutionskomitee der Krim stellte dem Revolutionskomitee von Sewastopol 25 Millionen Rubel zur Verfügung, um den Zustand der Städte zu verbessern; Bachtchissarai erhielt zum gleichen Zweck 2,5 Millionen Rubel, Jalta 26 Millionen, Kertsch 26 Millionen und Feodossija 29 Millionen usw.⁸³

Große Arbeit leisteten die Revolutionskomitees auf dem Gebiet der Arbeitslohn- und Arbeitszeitregelung, zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, bei der Leitung der Produktion und auf anderen Gebieten. So arbeitete im Dezember 1919 die Abteilung Arbeit beim Revolutionskomitee des Gouvernements Altai eine Anweisung "Über den Arbeitsschutz" aus, und im Januar 1920 wurden den Betrieben die "Vorschriften über die Einstellung von Arbeitern" zugesandt, wonach die Betriebe Arbeitskräfte nur noch über die Abteilungen Erfassung und Verteilung von Arbeitskräften einstellen durften.⁸⁴

Das Revolutionskomitee des Amurgebietes erarbeitete und verabschiedete Verordnungen über Arbeitsschutz und über Renten, die die Lage der Arbeiter bedeutend verbesserten. Laut der "Verordnung über Arbeitsschutz" konnte der Arbeiter im Krankheitsfalle "durch die Krankenkassen 10 Prozent seines Arbeitslohnes auf Kosten seines Betriebes erhalten."⁸⁵

Im Frühjahr 1920 hatte das Nordkaukasische Revolutionskomitee Tarifsätze für Produktionsarbeiter eingeführt, und Ende des gleichen Jahres faßte das Revolutionskomitee der Krim den Beschluß, den Arbeitern und Angestellten der staatlichen Einrichtungen bis zur Einführung von Lohntarifsätzen einen Vorschuß auf die ihnen bis zum Jahresende zustehende Lohnsumme in Höhe von 10 000 Rubel auszuzahlen; Arbeiter, die seit der Errichtung der Sowjetmacht, also seit dem 16. November 1920 im Arbeitsverhältnis standen, erhielten einen Vorschuß von 15 000 Rubel pro Person. Ab 15. Januar 1921 wurden laut Beschluß des Revolutionskomitees sämtliche Arbeiter und Angestellten auf feste Lohnsätze umgestellt.⁸⁶

Laut einer Entschließung des Revolutionskomitees wurde der Arbeitslohn für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren, die vier Stunden in der Produktion arbeiteten, und für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren, deren Arbeitszeit sechs Stunden betrug, auf der Grundlage eines vollen Achtstundentages berechnet. Solche Entschließungen erleichterten und verbesserten ebenfalls die materielle Lage der Arbeiter. Analoge Beschlüsse faßten in den Jahren 1920 und 1921 auch zahlreiche andere Revolutionskomitees des Landes.

82 Sbornik otčetov otdelov Krymrevkoma, a. a. O., S. 230.

83 Ebenda, S. 235.

84 Kramarenko, I. I., Rukovodstvo gubernskoj partijnoj organizacii Altaja dejatel'nost'ju revoljucionnych komitetov, in: Učeneje zapiski Bijskogo pedagogičeskogo instituta, Nr. 4, Barnaul 1961, S. 43.

85 Kler, L. S., Narodno-revoljucionnye komitety - mestnye organy vlasti v Dal'nevostočnoj respublike, in: Trudy Irkutskogo universiteta, Bd. 58, Nr. 9, T. 1, Irkutsk 1969, S. 105.

86 Semin, A. S./Gorčakov, A. A., a. a. O., S. 137.

Die Revolutionskomitees nahmen sich mit großer Fürsorge der Familien von gefallenen Rotarmisten sowie aller notleidenden Werktätigen an. Es ließen sich ungezählte Beispiele anführen, die die Sorge von Partei und Regierung um die Nöte der werktätigen Massen deutlich werden lassen. So wies das Nordkaukasische Revolutionskomitee zur Unterstützung der Arbeiter und Bauern dem Revolutionskomitee des Gouvernements Stawropol eine einmalige Zahlung von 175 Millionen Rubel an, dem des Gouvernements Terek 130 Millionen Rubel und dem Dagestanischen Revolutionskomitee 125 Millionen. Den Völkerschaften von Karatschaj wurden 100 000 Rubel zur Verfügung gestellt, und an die Bevölkerung des Bezirkes Batalpaschinsk (Tscherkessen) wurden 250 000 Arschin Stoffe verteilt.⁸⁷

Auch die anderen Revolutionskomitees der einzelnen Gebiete und Gouvernements bewilligten umfangreiche finanzielle Mittel, um die Nöte der werktätigen Massen zu lindern. So überwies das Revolutionskomitee des Kuban-Schwarzmeergebietes den örtlichen Revolutionskomitees 116 Millionen Rubel, um die Verluste wiedergutzumachen, die während des Bürgerkrieges entstanden waren.⁸⁸ Die Abteilung Sozialfürsorge des Revolutionskomitees für das Terekgebiet zahlte 200 000 Rubel an Unterstützungen allein im ersten Halbjahr 1920 an notleidende Personen. Das Revolutionskomitee der Krim stellte finanzielle Hilfsmittel in Höhe von 200 Millionen Rubel bereit und unterstützte etwa 4 000 Rotarmistenfamilien.⁸⁹ Die Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge im Revolutionskomitee des Gouvernements Altai zahlte mehr als 10 000 Rubel an Familien.⁹⁰

Auch die zentralen Machtorgane kümmerten sich um die Not der werktätigen Massen. Am 15. April 1920 sandte Lenin an den Vorsitzenden des Nordkaukasischen Revolutionskomitees ein Telegramm mit folgender Mitteilung: "Ich ermächtige Sie hiermit, den Bergstämmen mitzuteilen, daß ich verspreche, über den Rat der Volkskommissare finanzielle Hilfe in die Wege zu leiten, oder übergeben Sie ihnen in dessen Namen einen Betrag bis zu 200 Millionen."⁹¹

Am 11. Juni 1920 unterzeichnete Lenin eine Verfügung zur Weiterleitung von Finanzmitteln an das Volkskommissariat für Sozialfürsorge zugunsten des Kubangebietes zur dringend notwendigen Hilfe für die durch die Konterrevolution geschädigte Bevölkerung dieses Gebietes.⁹²

Einen Monat später schlug Lenin vor, dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten 100 000 Rubel zugunsten des Revolutionskomitees der Arbeiterkommune Kareliens zu bewilligen⁹³ und im September unterzeichnete er den Erlaß des Rates der Volkskommissare über die Bewilligung von 1,3 Milliarden Rubel zugunsten des Revolutionskomitees Belorusslands durch das Volkskommissariat für Finanzen.⁹⁴

Ein Jahr später faßte der Rat der Volkskommissare der RSFSR auf Initiative Lenins den Beschluß, dem Revolutionskomitee von Georgien 5 Millionen Rubel in Gold zur Verfügung zu stellen. Von März bis Oktober 1921 erhielt Georgien 234 000 Pud Getreide, 15 Waggons Zucker, 720 000 Arschin Stoff und 6 000 Paar Schuhe.⁹⁵

87 Partarchiv Rostovskogo obkoma KPSS, F. 911, Op. I, D. 10, Bl. 13; Batalpašinskaja pravda, 25. 7. 1920.

88 Trudy Kubanskogo sel'chozinstituta, Nr. V (37), Krasnodar 1958, S. 41.

89 Sbornik otčetov otdelov Krymrevkoma, a. a. O., S. 308.

90 Kramarenko, I. I., a. a. O., S. 44.

91 Lenin, V. I., Polnoe sobranie sočinenij, Bd. 51, S. 178.

92 Vladimir Il'jič Lenin, a. a. O., Bd. 9, Moskau 1978, S. 6 f.

93 Ebenda, S. 167.

94 Ebenda, S. 319.

95 Očerki istorii Kommunističeskoj partii Gruzii, Tbilisi 1971, S. 407.

Mit der Organisation von Hilfe für die Familien der Rotarmisten befaßten sich überall im Lande die von den Revolutionskomitees gegründeten Ausschüsse für die Versorgung der Rotarmistenfamilien und ab 1920 auch die Kommissionen für die Unterstützung der Landwirtschaft. Die Gesamtleitung dieser Kommissionen lag in den Händen des Volkskommisariats für Innere Angelegenheiten, und sie mußten auf diesem Gebiet eine gewaltige Arbeit leisten.

Die Revolutionskomitees trafen im einzelnen sehr konkrete Maßnahmen, um den Familien der Rotarmisten zu helfen. Sehr aufschlußreich ist in dieser Hinsicht eine EntschlieÙung des Revolutionskomitees von Laischewsk, Kubangebiet, die die Verordnung, daß an Kulaken für geleistete Bodenbestellungsarbeiten Entschädigung zu zahlen ist, außer Kraft setzte. Von nun an mußten die Kulaken auf dem Wege einer Arbeitsverpflichtung das Land unentgeltlich bearbeiten. Für die Familien der Rotarmisten wurde außerdem ein Sonderfonds eingerichtet, und ihnen wurden Zugtiere zur Verfügung gestellt.⁹⁶

Auf Anordnung der Sowjets und der Revolutionskomitees leisteten auch zahlreiche Betriebsbelegschaften Unterstützung zugunsten von Rotarmistenfamilien. Am 15. Oktober 1919 beschloß die Vollversammlung der Belegschaft des Eisenbahnausbesserungswerkes Kaluga, monatlich 0,5 Prozent des Arbeitslohnes zugunsten von Rotarmistenfamilien abzuführen.⁹⁷

Der Sowjetstaat und die Machtorgane der einzelnen Gebiete und Kreise stellten in Zusammenarbeit mit den Betriebsbelegschaften gewaltige Summen bereit, um die dringendste Not von den Rotarmistenfamilien abzuwenden; sie versorgten sie außerdem mit Lebensmitteln und Saatgut.

Bis September 1920 verteilte das Revolutionskomitee des Kreises Bobruisk 13 Millionen Rubel als Zuwendungen an Rotarmistenfamilien, und im November kamen weitere 11 Millionen Rubel hinzu.

Das Revolutionskomitee des Kreises Sluzk verteilte vom 1. bis zum 15. September 6 Millionen Rubel,⁹⁸ und die Rotarmistenfamilien der Gouvernements Witebsk und Gomel erhielten im Jahre 1920 vom Staat 15 000 Pud Roggen, 10 000 Pud Weizen und andere Nahrungsgüter.⁹⁹ Eine wesentliche Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten bedeutete auch das im Oktober 1920 vom Rat der Volkskommissare der RSFSR verabschiedete Dekret über die Abschaffung von Mieten für personengebundene Räume und die freie Beheizung von Wohnungen solcher Arbeiter und Angestellten, die in staatlichen Betrieben und Einrichtungen arbeiteten.

Die Revolutionskomitees übernahmen immer häufiger die Leitung bei der Errichtung von Kinderkolonien, Kinderheimen, Kindergärten und -krippen sowie bei der Schaffung öffentlicher Speisebetriebe. Solche Projekte wurden überall im Lande verwirklicht. Viel erreichten in dieser Hinsicht die Revolutionskomitees Belorußlands, der Krim und anderer Landesteile. Sie erfaßten alle Kinder, die dringend materieller Unterstützung bedurften. Allein in Minsk erhielten bis zu 9 000 Kinder täglich freie Mahlzeiten; das Revolutionskomitee von Minsk veranlaßte die Inbetriebnahme von neun Speisestätten und plante für 1920 die Eröffnung von drei Kinderspeisestätten. In Sluzk wurden Ende 1920 mehr als 6 000 Mahlzeiten an Kinder ausgegeben.¹⁰⁰

⁹⁶ Andrianov, N. A., Vosstanovlenie Sovetskoj vlasti i ukreplenie ee apparata v Tatarii, Kazan' 1962, S. 62.

⁹⁷ Kalužskij mašinstroitel'nyj zavod, Kaluga 1974, S. 82.

⁹⁸ Petrikov, P. T., a. a. O., S. 230.

⁹⁹ Ebenda, S. 229.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 248.

In allen Kreisen des Landes leisteten die Revolutionskomitees eine gewaltige Arbeit, um Kindergärten, Kinderheime, Internatskindergärten und Kinderkolonien einzurichten, um die vielen verwaisten Kinder unterzubringen. 1921 gab es im Amtsbereich des Revolutionskomitees der Krim 150 Kinderhäuser, Kindergärten und Speisestätten, die insgesamt 14 000 Kinder betreuten.¹⁰¹

Die Revolutionskomitees kümmerten sich selbst unter diesen schwierigen Bedingungen auch um die zurückkehrenden Flüchtlinge, deren Anzahl mit der zunehmenden Festigung der Sowjetmacht spürbar wuchs. So hatten die Revolutionskomitees Zentralasiens alle Hände voll zu tun, um Personen, die vor den zaristischen Repressalien nach Afghanistan geflohen waren, in ihre Heimat zurückzuführen.¹⁰² Sie erhielten Unterkunft und ein Stück Land und wurden allseitig unterstützt.

Allein an geflohene und zurückkehrende Kirgisen wurden Unterstützungen in Höhe von 100 Millionen Rubel gezahlt, nicht gerechnet Lebensmittel und materielle Güter, die bei den Bais, Manapen und Kulaken beschlagnahmt worden waren. In den Kreisen Prshewalsk und Pischpek wurden im Frühjahr 1920 an zurückgekehrte Bauern 40 000 Desjatinen Ackerland und 90 000 Desjatinen Weideland verteilt.¹⁰³

Auch die Revolutionskomitees von Nordossetien leisteten auf Anweisung Lenins bei der Unterbringung der Flüchtlinge des Bürgerkrieges umfangreiche Hilfe; 1919 waren aus der Ansiedlung Alagir mehr als 300 Familien vor den konterrevolutionären Banden geflohen. Lenin wies das Revolutionskomitee von Wladikawkas (heute Ordshonikidse) an, die "rechtmäßigen Forderungen der Flüchtlinge" zu erfüllen und "ihnen wirksame Hilfe zu leisten".¹⁰⁴

Große Leistungen vollbrachten auf diesem Gebiet auch die Revolutionskomitees der westlichen Landesteile, insbesondere Belorußlands. Im September verteilte das Revolutionskomitee von Bobruisk etwa 6 500 Lebensmittelrationen an Flüchtlinge, und das Revolutionskomitee von Sluzk versorgte 2 700 Flüchtlinge mit Lebensmitteln.¹⁰⁵ Die Notleidenden erhielten von den Revolutionskomitees auch beträchtliche Geldbeträge.

Die Tätigkeit der Revolutionskomitees trug einen über die nationalen Interessen hinausgehenden Charakter. Sie reagierten sofort auf die Bedürfnisse der Bevölkerung beliebiger Teile des Landes. Dies zeigte sich vor allem 1921, dem Jahr, in dem die große Hungersnot begann und das Sowjetland vor gewaltigen Schwierigkeiten stand. Anfang Juli 1921 sandte Lenin an alle Vollzugskomitees der Gouvernements folgendes Telegramm: "Das Wolgagebiet hungert, es gibt kein Saatgut für die Winteraussaat. Es muß sofort geholfen werden, in erster Linie mit Saatgut. Die Bestellung des Winterackers im Wolgagebiet ist nicht nur für dieses große Gebiet eine lebenswichtige Frage, sondern entscheidet von vornherein über die Lebensmittelvorräte der ganzen Republik, über die Möglichkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus in den kommenden Jahren ..."¹⁰⁶

Die Revolutionskomitees der Gebiete des Südens, des Transkaukasus, Zentralasiens, Sibiriens und des Nordkaukasus wandten sich an die werktätigen Massen mit dem Aufruf, den vom Hunger betroffenen Gebieten des Landes zu helfen. Die Revolutionskomitees leisteten umfangreiche Arbeit, sammelten in den einzelnen Orten Geld und Lebensmittel, verschickten die Kinder aus den vom Hunger heimgesuchten Gebieten. Die Revolutionskomitees Sibiriens

101 Sbornik otčetov otdelov Krymrevkoma, a. a. O., S. 270.

102 Litvinova, G. I., a. a. O., S. 134.

103 Očerki istorii Kommunističeskoj partii Kirgizii, Frunze 1966, S. 94.

104 Lenin, V. I., Polnoe sobranie sočinenij, Bd. 52, S. 299 f.

105 Petrikov, P. T., a. a. O., S. 129.

106 Leninskij sbornik, Bd. 23, Moskau 1933, S. 154.

riens organisierten die Aufnahme von 10 000 Kindern aus dem hungernden Wolgagebiet¹⁰⁷; insgesamt kamen 1921 aus den Hungergebieten 313 000 Menschen nach Sibirien¹⁰⁸. Außerdem wurden Lebensmittel in die Hungergebiete der Tatarischen Republik und in den Norden des Landes geschickt. Ende 1921 gelang es den Revolutionskomitees, mehr als 3,3 Milliarden Rubel und etwa 199 000 Pud Getreideerzeugnisse aufzubringen.

Die Revolutionskomitees Georgiens sammelten 1921 für das Wolgagebiet und die Krim 33 Waggons Lebensmittel und mehr als 5 Milliarden Rubel. Georgien nahm 1 200 verwaiste Kinder auf, und im Dezember stellte das Revolutionskomitee Georgiens zusätzlich 1,5 Milliarden Rubel für deren Unterbringung zur Verfügung.¹⁰⁹

Auf diese Weise konnten die Revolutionskomitees des Landes trotz der gewaltigen Schwierigkeiten die Weisungen der Kommunistischen Partei erfüllen und in den Jahren von 1918 bis 1921 die Sozialpolitik der jungen Sowjetmacht verwirklichen. Der überwiegenden Masse der Arbeiter und Bauern wurde die erforderliche Unterstützung zuteil. Überall im Lande wurden das Volksbildungswesen, das Gesundheitswesen und die Kultur- und Bildungseinrichtungen wiederhergestellt. Das trug wesentlich zum Wachsen des Ansehens der Sowjetmacht bei, als deren außerordentliche und mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattete Organe die Revolutionskomitees in diesen schweren Zeiten auftraten.

Die Maßnahmen, die die Revolutionskomitees von 1918 bis 1921 zur Verwirklichung der Sozialpolitik der Sowjetmacht trafen, bildeten eine dauerhafte Grundlage für die weitere Festigung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und armen Bauern, das zu einer festen und zuverlässigen Stütze des Sowjetstaates wurde.

Die Revolutionskomitees erprobten das Sozialprogramm der Sowjetmacht in der Praxis: in der Produktion und in der Verteilung, in der Entwicklung des staatlichen Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Sozialfürsorge, der Kommunalwirtschaft und in der Entwicklung der Kultur des ersten sozialistischen Staates der Welt. Die sozialökonomische Politik des Sowjetstaates, deren Grundlage die Große Sozialistische Oktoberrevolution bereitet hatte, begründete in allen Etappen des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus die materiellen Voraussetzungen für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit und die schöpferische Anwendung der eigenen Kräfte, Fähigkeiten und Talente. Eben dadurch wurden auch die Bedingungen für die Verwirklichung der kommunistischen Ideale geschaffen.

(übersetzt von I. und K. König)

107 Sibrevkom, a. a. O., S. 335.

108 Ebenda, S. 331, 340.

109 Očerki istorii Kommunističeskoj partii Gruzii, a. a. O., S. 409.

DISKUSSIONEN

Jahrbuch-Forum:

"Faschismus - Ökonomie - soziale Basis"

Am 28. Februar 1980 fand unter der Leitung des Chefredakteurs Jan Peters ein Jahrbuch-Forum statt, auf dem traditionsgemäß ein im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte erschienener Artikel zur Debatte stand, der Widerspruch hervorgerufen hatte und sich eignet, Ausgangspunkt einer weiterführenden Diskussion zu sein. Es ging diesmal um die Arbeit "Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) von der Gründung bis zur Röhm-Affäre (1928 bis 1934)" von Hermann Roth.¹ Darüber hinaus wurden einige Hauptthesen des unlängst erschienenen Sammelbandes "Faschismusforschung"² berücksichtigt, um in der Diskussion zu prinzipiellen Fragestellungen vorstoßen zu können.

Im Verlauf dieser Diskussion bestätigte sich erneut, daß die Faschismusanalyse ein komplexes Problem ist, das bei Vereinfachung nicht zur Erfassung der Triebkräfte und deren Dynamik führen kann. In der lebhaft geführten Debatte kamen die Diskussionsteilnehmer zu interessanten Fragestellungen. Im Mittelpunkt standen Fragen wie die Widersprüchlichkeit der Interessenlage des Monopolkapitals; die Rolle der ökonomischen Zwänge für die Monopolbourgeoisie beim Übergang zum Faschismus; die Bedeutung des ökonomischen Spielraums für die Politik der herrschenden Klasse; die Funktion und Wirkung der NSDAP sowie der anderen faschistischen Organisationen, insbesondere der NSBO; die Haltung des Faschismus zu den Klassen und Schichten des Volkes, vor allem zur Arbeiterklasse und zu den Mittelschichten; der Stellenwert der Demagogie in der faschistischen Ideologie und die Bedeutung der pseudosozialistischen Begriffsbildung für die Gewinnung einer Massenbasis.

Den ersten Teil des Forums, der die NSBO-Problematik betraf, leitete Kurt Gossweiler (Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR) mit einem längeren Diskussionsbeitrag zur Frage Faschismus und Arbeiterklasse ein, in dem er das Verdienst des Autors Hermann Roth würdigte, in seinem Artikel einige grundsätzliche Probleme der Faschismusforschung berührt zu haben. Kritisch merkte er an, daß die NSBO noch mehr im Zusammenhang mit den massenpolitischen Absichten der herrschenden Klasse betrachtet werden sollte. Für die Einordnung der NSBO bilde das Verhältnis des Faschismus zur Arbeiterklasse die Grundlage. Im Sammelband "Faschismusforschung" werde in mehreren Beiträgen herausgearbeitet, daß der deutsche Faschismus von Anfang an das Produkt eines Bedürfnisses der am meisten reaktionären Kreise des Monopolkapitals war, sich eine Massenbasis bis hinein in die Arbeiterklasse zu schaffen. Auftrag und selbst gewählte Aufgabe des Faschismus sei es zu Beginn gewesen, die klassenbewußten Arbeiter von ihren Organisationen loszulösen und auf die Seite der reaktionärsten Kreise des Imperialismus zu ziehen. Diese Kreise hätten erkannt, daß man die Gründung von nach außen hin unabhängigen "nationalen Arbeiterparteien" zulassen müsse, um in der Arbeiterschaft Fuß fassen zu

1 Abgedr. in Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978, T. 1, S. 49 - 66.

2 Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, hg. v. Dietrich Eichholtz u. Kurt Gossweiler, Berlin 1980.

können. Gossweiler meinte, es wäre wünschenswert gewesen, wenn in dem Artikel einige Gesichtspunkte, die das Interesse der Monopolbourgeoisie an einer Massenbasis bis in die Arbeiterklasse und die sich daraus ergebenden Widersprüche betreffen, stärkere Berücksichtigung gefunden hätten. Dies gelte vor allem für die Gewerkschaftsfrage, welche für die Gewinnung der Arbeiter eine besondere Bedeutung erlangte. 1922, zu dem Zeitpunkt, als die Nazis, wenn auch erst lokal, begannen, eine Massenpartei zu werden, wurde von Hitler zum erstenmal die Frage nach den Gewerkschaften gestellt. Wenngleich die Hintermänner der Nazis nationalistische Gewerkschaften verneinten, haben die nazistischen Funktionäre feststellen müssen, daß sie ohne positive Beantwortung dieser Frage - zumindest verfall - bei den sozialistisch organisierten Arbeitern, auf die sie es insbesondere abgesehen hatten, keinen Widerhall fanden. Hitler habe zwar in "Mein Kampf" nationalistische Gewerkschaften bejaht, aber ihre Zulassung verneint, solange es andere Gewerkschaften gäbe, weil sie nicht in Konkurrenz zu jenen treten dürften. In ähnlicher Weise sei auch von den sogenannten "Linken" innerhalb der Nazibewegung, nur mit noch raffinierterer Demagogie, argumentiert worden.

Im Zusammenhang mit der Frage der sogenannten NS-"Linken" polemisierte Gossweiler gegen Auffassungen, nach denen es sich bei den Führern dieser Gruppe - namentlich Gregor und Otto Strasser - um kleinbürgerliche Sozialisten gehandelt habe, die ehrlich an das glaubten, was sie verkündeten, und deshalb keine Faschisten gewesen seien. Dabei werde übersehen, daß Gregor Strasser ein Vertrauensmann der Ruhrindustrie und Otto Strasser nachweisbar ein bezahlter Spitzel der preußischen Regierung war. Bei genauer Untersuchung der sogenannten NS-"Linken" komme man zu der Feststellung, daß sie unversöhnliche Gegner des proletarischen Klassenkampfes und Verteidiger des großkapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln waren und sich mit nebulösem Gerede von dem Ziel eines "korporativen Wirtschaftssystems des Sozialismus" tarnten, das sich beispielsweise in den Thesen VIII und IX der "14 Thesen der Deutschen Revolution" der Strasser-Gruppe von 1929 findet.³

Abschließend nannte Gossweiler einige Kriterien zur Untersuchung des Wesens faschistischer Organisationen, die er für wichtig halte. So sei als Ausgangspunkt die Interessenlage der Monopolbourgeoisie, insbesondere ihrer reaktionärsten Kreise, festzustellen; seien die Widersprüche innerhalb dieser Interessenlage aufzuspüren, wie der Widerspruch zwischen dem Streben nach einer Massenbasis auch in der Arbeiterklasse und der Realisierung der Profitinteressen der Monopolbourgeoisie, die einer auf die Gewinnung von Arbeitern gerichteten Demagogie Grenzen setzte; sei zu prüfen, ob die faschistische Politik die Interessenlage des Monopolkapitals widerspiegelte beziehungsweise ihr widersprach; sei zu untersuchen, inwieweit unterschiedliche Richtungen und Strömungen im Faschismus Reflexe widersprüchlicher Interessen innerhalb der Monopolbourgeoisie oder aus der faschistischen "Gefolgschaft" waren; sei die Arbeitsteilung zwischen faschistischen Organisationen zu beachten, da aus einer solchen Arbeitsteilung zum Beispiel zwischen faschistischen Wirtschaftspolitikern und faschistischen Sozialpolitikern beziehungsweise NSBO-Führern bei gleicher Zielsetzung unvermeidlich Differenzen und sogar heftige Auseinandersetzungen in untergeordneten Fragen entstanden; sei der Widerspruch in Betracht zu ziehen zwischen dem monopolkapitalistischen Klassencharakter des Faschismus und den Interessen seiner vorwiegend kleinbürgerlichen und teilweise proletarischen "Gefolgschaft", ein Widerspruch, von dem auch die Tätigkeit der NSBO geprägt war.

3 Kühnl, Reinhard, Die nationalistische Linke 1925 - 1930, Meisenheim (Glan) 1966, S. 289.

Elke Reuter (Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) betonte, daß es sich um einen ersten Artikel zu dieser Thematik in der wissenschaftlichen Presse der DDR handelt und es vom Autor verdienstvoll ist, auf Probleme aufmerksam gemacht und einen Standpunkt formuliert zu haben, der zur Diskussion anregt, wenngleich nicht alle Forschungsergebnisse der marxistischen Geschichtswissenschaft von ihm berücksichtigt worden sind. Für die Aufhellung der Aufgabenstellung und der tatsächlichen Aktion der NSBO, ihrer Rolle bei der Formierung eines Masseneinflusses und Massenanhangs könne die Geschichte dieser Organisation ihrer Auffassung nach aber nicht nur vom Blickwinkel der Auseinandersetzungen innerhalb der NSBO sowie zwischen der NSDAP-Führung und den NSBO-Führern behandelt werden. Die den Schriften der NSBO entnommenen Begriffe wie "linksradikal", "linksorientiert", "antikapitalistisch" erschwerten dem Leser zudem die Durchdringung des vorgelegten Faktenmaterials. Das betreffe auch die vom Autor angeführte bürgerliche Literatur, in der die These vom sogenannten sozialistischen und kapitalistischen Flügel in der faschistischen Bewegung vertreten wird, mit der sich der Autor nicht auseinandersetzt. Reuter sehe wie Roth in der NSBO eine spezifische Organisation der NSDAP, die unter den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben Einfluß gewinnen sollte und sich dazu einer besonders radikalen, scheinsozialistischen Propaganda und sozialer Manöver bediente. Aber sie meine, daß er der Aufgabenstellung der NSBO, dem Einfluß der Arbeiterorganisationen in den Betrieben entgegenzuwirken, ja, die kommunistischen Betriebszellen bis zu ihrer physischen Vernichtung zu bekämpfen, zu wenig Beachtung geschenkt und damit den spezifischen Zusammenhang von faschistischem Terror, sozialer Demagogie und Korruption nicht durchgängig untersucht hat. Die NSBO richtete ihrer Meinung zufolge vor allem die Anstrengungen auf die unorganisierten Arbeiter, um sie in den sich mit der Weltwirtschaftskrise zuspitzenden Klassenkämpfen zu desorientieren und sie dem wachsenden Einfluß der revolutionären Arbeiterbewegung zu entziehen. Dieser Widerspruch zwischen der reaktionären Zielsetzung, die bestehenden Arbeiterorganisationen zu bekämpfen, und dem Zwang, besonders bei der Umwerbung der Arbeiter neue, raffiniertere Methoden der Manipulierung zu entwickeln, habe die Geschichte der NSBO und die taktischen Meinungsverschiedenheiten der faschistischen Führer bestimmt. Bei den Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse und der faschistischen Führung um die Lösung der Gewerkschaftsfrage waren, darin stimme sie mit dem Autor überein, die Erfahrungen, die mit dem Wirken der NSBO in der Zeit vor 1933 und während der ersten Monate der faschistischen Diktatur gesammelt wurden, ein wichtiger Faktor für die Entscheidung, ihr diese Aufgabe der Unterdrückung und Manipulierung der Arbeiterklasse nicht zu übertragen, sondern eine neue Organisation, die "Deutsche Arbeitsfront" (DAF), zu bilden. Hinsichtlich der Einschätzung des weiteren Entwicklungsweges der NSBO in der faschistischen Diktatur lenkte Reuter die Aufmerksamkeit darauf, daß die NSBO jedoch wichtige Aufgaben im faschistischen Herrschaftsmechanismus erfüllte. Sie sei die Kerntruppe der zwangsweise geschaffenen DAF gewesen, die deren Funktionieren in den Betrieben sicherte. Die Auflösung der NSBO habe sich schrittweise und erst dann vollzogen, nachdem mit den faschistischen "Werkscharen" eine Organisation geschaffen worden war, die deren Aufgabe übernahm, und die DAF ihren Funktionärsstab konsolidiert hatte.

Horst Handke (Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR) begrüßte den bemerkenswerten Versuch Gossweilers im Band "Faschismusforschung", die faschistische Ideologie in die gesamte kapitalistische Ideologie einzuordnen. Obwohl er dessen Ansatzpunkt zustimmte, meinte er, daß Gossweiler die faschistische Ideologie auf Demagogie reduziere. Er selber würde den kleinbürgerlichen Elementen doch mehr Gewicht, ein gewisses eigenständiges Gewicht beimessen. Einige Autoren des Bandes hätten wohl auch die Akzente etwas anders gesetzt, seiner Meinung nach handle es sich nicht um eine rein monopolkapitalistische Ideologie, andere Elemente seien ebenso darin enthalten. Diese sollte man noch differenzierter untersuchen, weil es sonst nicht erklärbar sei, daß die Faschisten in ideologisch zurückgebliebenen Arbeiterkreisen gewissen Anklang fanden.

Vor allem aber bestand die von den Monopolkapitalisten erkannte Gefahr, daß sich bestimmte Elemente der Ideologie, mochten sie auch von den führenden Faschisten demagogisch gemeint sein, innerhalb einer Massenbewegung verselbständigen und zu einer realen politischen Kraft entwickeln konnten. Insofern sind zum Beispiel die Äußerungen des sogenannten "linken" Flügels nicht von vornherein als rein demagogisch zu bezeichnen, da sie von Teilen der Massen ernst genommen wurden beziehungsweise ernst genommen werden konnten, ungeachtet ihres wirren Inhalts.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Aufgaben und der Zielstellung der NSBO gab Berthold Puchert (Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR) zu bedenken, daß man bei faschistischen Organisationen nicht nur vorwiegend deren Führer, deren Ideologen betrachten sollte, denn es könne auch zu einer Eigenbewegung von unten kommen. Viele Mitglieder der NSBO seien nicht von vornherein hundertprozentige Antikommunisten gewesen, es hätten sich ebenso Verirrte darunter befunden.

Daran anknüpfend wies Joachim Petzold (Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR) darauf hin, daß sich Clara Zetkin mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt hat. Bereits 1923 habe sie formuliert, daß sich nach der sozialen Zusammensetzung der faschistischen Bewegung auch Elemente darunter befinden, die der bürgerlichen Gesellschaft äußerst unbehaglich, ja gefährlich werden können, und schlußfolgert, daß die revolutionären Elemente von den reaktionären Elementen im Faschismus überflügelt und gefesselt worden sind.⁴ Man könne über bestimmte Begriffe wie "revolutionäre Elemente" streiten, und er würde im Gegensatz zu Roth solche und andere Termini wie "antikapitalistisch" im allgemeinen meiden. Es könne verwirren, wenn man nicht zweifelsfrei definiert, was gemeint ist. Von wissenschaftlichen Vorstellungen, wie sie die marxistischen Historiker haben, gingen jene Leute nicht aus. Was sie unter Kapitalismus verstanden, war im Grunde genommen etwas anderes. Er stimme mit Handke überein, daß es sich bei dem sogenannten "linken" Flügel der Nazis nicht allein um Demagogie handelte. Natürlich sei das demagogische Element das tragende und das zum Tragen gekommene Element, aber auch Gottfried Feder oder davor die Alldutschen hätten bestimmte "antikapitalistische" Vorbehalte gehabt. Sie verstanden unter Kapitalismus den jüdischen Geldverleiher, den Schieber, den Mann, der sich rücksichtslos in individuellem Profitinteresse über die Gesamtinteressen hinwegsetzt, den reichen Bankier, die Kriegsgewinnler. Das hätte zu "antikapitalistischen" Formulierungen geführt, welche demagogische Konsequenzen ermöglichten und geeignet waren, dem kapitalistischen System unbehaglich zu werden. Darauf habe der Hinweis von Clara Zetkin gezielt. Es wäre jedoch wert, darüber zu diskutieren, ob unter einer falschen Gesamtvorstellung von dem, was man meinte, bei aller Demagogie das Moment einer gewissen subjektiven Überzeugtheit enthalten war. Daraus erkläre sich zum Teil die Wirkung, die von diesen Leuten ausgegangen ist.

Reinhard Giersch (Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena) griff nochmals die Frage nach der Funktion der NSBO auf und schlußfolgerte aufgrund seiner Untersuchungen, daß diese Organisation die Arbeiter vorwiegend mit Hilfe radikaler "antikapitalistischer" Propaganda für die Nazis gewinnen und die Basis der Arbeiterparteien in den Betrieben schwächen und schließlich zerstören wollte. Allerdings sei selbst für die NSBO die "ultima ratio" ihres Handelns nackter Terror gewesen. In seinen Ausführungen meinte er in bezug auf den Artikel von Roth, man solle hinsichtlich der NSBO deren eigentliches Ziel zum Ausgangspunkt der Betrachtung machen, da die soziale Demagogie nur als Folgeerscheinung zu werten sei. Um propagandistisch und ideologisch wirksam bleiben zu können und einen Einbruch in das klassenbewußte Proletariat zu erreichen, hätten die Na-

4 Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2; Auswahl aus den Jahren 1918 bis 1923, Berlin 1960, S. 697.

zis ihre Demagogie durch geringfügige sozialpolitische Zugeständnisse an die Arbeiter ergänzen müssen. Nach den Juliwahlen 1932 habe es Modifizierungen in der Streikfrage gegeben, und die Nazis hätten sich an einigen Streiks beteiligt. Hierin liege der Keim eines Problems, das 1934 zur Ausschaltung der NSBO führte. Viele ihrer Mitglieder hätten den sozialen und nationalistischen Phrasen der Nazis Glauben geschenkt, und als sie ihre Vorstellungen nicht realisiert sahen, drängten sie enttäuscht auf Änderung der nazistischen Politik. Giersch zählte zu den Aufgaben der NSBO auch die maßgebliche Vorbereitung der Zerschlagung der freien und christlichen Gewerkschaften. Dessen unbeschadet habe es in den Reihen der NSBO bis in die Führungsspitze hinein faschistisch verfälschte, gewerkschaftsähnliche Vorstellungen bei Mitgliedern und einzelnen Führern gegeben. Wie auch Roth im einzelnen ausführte, betraf dies eminent wichtige Fragen, die der herrschenden Klasse unangenehm waren, so nach den Betriebsräten, der künftigen Lohnpolitik, Forderungen nach dem Achtstundentag, nach Arbeitsschutz. Es habe zudem einige NSBO-Führer mit ehrgeizigen Plänen für eine Sozialpolitik gegeben.

Hinsichtlich des arbeitsteiligen Vorgehens sei er zu der Auffassung gekommen, daß man wahrscheinlich mehr den engen ideologischen und personellen Zusammenhang zwischen der NSBO und der SA berücksichtigen müsse. Da es den SA-Schlägertrupps nicht mit Terror gelang, auf die Arbeiter genügend einzuwirken und diese niederzuhalten, habe es der NSBO bedurft. Die SA habe den Aufbau der NSBO forciert sowie die NSBO-Tätigkeit abgesichert; die sinnfälligste Manifestation des arbeitsteiligen Vorgehens von SA und NSBO sei die Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 gewesen. Die Führungsspitze der NSBO habe fast ausnahmslos aus SA-Leuten bis zum Range von SA-Standarten-Führern bestanden, und viele Mitglieder wären gleichzeitig SA-Leute gewesen. Es sei wahrscheinlich berechtigt, davon zu sprechen, daß nicht nur eine wechselseitige Beeinflussung stattfand, sondern beide Seiten, SA und NSBO, einer Konzeption verpflichtet waren, die spätestens am 30. Juni 1934 scheiterte.

Lotte Zumpe (Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR) ging auf den Beitrag Gossweilers im Band "Faschismusforschung" ein, in dem er ausführte, daß die Faschisten verschiedene kleinbürgerliche Schichten mit Hilfe ihrer pseudosozialistischen Phraseologie angezogen hätten. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen sei, daß für das Kleinbürgertum nicht die Bezeichnung "Sozialismus" das Anziehende gewesen sein konnte; in diesem Zusammenhang sehe sie auch den Begriff "antikapitalistisch". Sozialistisch sei nach ihrer Ansicht antikapitalistisch, aber antikapitalistisch müsse nicht unbedingt sozialistisch bedeuten. Die antikapitalistische Variante (gegen Warenhäuser, gegen Großkapital - für einfache Warenproduktion) sei es gewesen, die das Kleinbürgertum angezogen habe.

Manfred Nussbaum (Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR) meinte, das Versprechen der Nazis, Arbeit und Brot zu beschaffen, habe bei breiten Volksschichten, bei der Arbeiterklasse und beim Kleinbürgertum eine größere Rolle als pseudosozialistische Begriffe gespielt, das sei in der Zeit der Arbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise ein wichtiges Zugmittel gewesen. Was den nazistischen Einfluß auf das Kleinbürgertum anlangt, so hätten nicht so sehr pseudosozialistische Parolen eine Wirkung ausgestrahlt, diese könnten eher das Gegenteil erreicht haben, sondern die Losung, Arbeit und Brot zu beschaffen, habe beispielsweise für den Kleinhändler bedeutet, daß seine Kundschaft, die von der Arbeitslosigkeit betroffen war, wieder etwas in seinem Laden kaufen konnte.

Hermann Roth (Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR) meinte deutlich gemacht zu haben, daß alles, was von ihm als sogenannte "Linke" oder als "antikapitalistisch" bezeichnet wurde, Deklaration zum Zwecke der Irreführung der werktätigen Massen und der Abwerbung von Anhängern der marxistischen beziehungsweise antifaschistischen Seite zu den Faschisten gewesen sei. Er habe seines Er-

achtens die Nazipartei zu Beginn seines Artikels eindeutig als faschistische Organisation charakterisiert. Hinsichtlich der antikommunistischen Ausrichtung der NSBO verwies er darauf, daß es hierzu weit mehr Material gebe, als er in seinem zur Debatte stehenden kurzen Beitrag auswerten konnte. Die Diskussion zeige, daß es in diesen Fragen noch weiterer gezielter Studien und derartiger Streitgespräche bedürfe, um dieses Thema, das durchaus einen aktuellen Bezug habe, einigermaßen auszuschöpfen.

Den zweiten Teil des Forums, der sich über die NSBO-Problematik hinaus mehr allgemein dem Verhältnis von Ökonomie und Politik im Faschismus zuwandte, leitete Lotte Zumpke mit einem längeren Diskussionsbeitrag ein, in dem sie ihr besonderes Interesse für den Sammelband "Faschismusforschung" zum Ausdruck brachte und meinte, daß darin einige Anhaltspunkte enthalten sind, die man auch von der Ökonomie her weiterhin diskutieren sollte.

Im ersten Komplex ihres Beitrages widmete sie sich der Funktion und der Wirkung der faschistischen Partei. Auf Gossweilers Ausführungen über den Ansatzpunkt des Faschismus eingehend, meinte sie, der faschistischen Partei wäre es mit ideologischen, demagogischen Mitteln allein nie gelungen, eine Massenbasis zu erreichen. Sie könne sich auch nicht vorstellen, daß dies vom Monopolkapital nicht erkannt wurde. Bereits in der Weltwirtschaftskrise habe das materielle Moment nicht weniger als das ideologische eine große Rolle gespielt, und nach 1933 sei es für die Stabilisierung einer Massenbasis sehr wichtig gewesen, daß es relativ schnell gelungen ist, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Zumpke warf das Problem auf, inwieweit sich die den Faschisten vom Großkapital gestellte Aufgabe, die Arbeiterbewegung zu vernichten und die Arbeiterklasse für sich zu gewinnen, von der unterscheidet, die bereits der kapitalistische Staat im vorimperialistischen Stadium als seine betrachtete. Sie verwies auf Bismarck und seine Sozialgesetzgebung und fragte, ob nicht der Antidemokratismus als eine neue Qualität des Imperialismus angesehen und die faschistische Partei in diesen Zusammenhang eingeordnet werden müsse. Da die Arbeiterklasse am meisten durch die Demokratie gewinnt und der stärkste Träger und Verfechter des demokratischen Gedankens im Klassenstaat ist, habe sich die Spitze gegen sie richten müssen. Dazu gehörte auch der Versuch, klassenbewußte Arbeiter abzuziehen, und zwar mit allen möglichen Mitteln. So komme sie letztendlich zu demselben Gedanken wie Gossweiler, nur setze sie das Vorzeichen anders und betrachte den Antidemokratismus als Grundprinzip. Entsprechend ordne sie auch die Frage nach der Resonanz beim Kleinbürgertum anders ein als Gossweiler. Dieser äußere in seinem Beitrag des Sammelbandes, und darin stimme sie ihm zu, die Nazipartei sei keine autonome kleinbürgerliche Partei gewesen. Aber dann meine er, die Faschisten hätten ihre überraschend starke Wirkung auf das Kleinbürgertum ausgenützt, was, so dargelegt, etwas zufällig wirke. Dies treffe nach ihrer Meinung nicht den Kern, auch um das Kleinbürgertum sei gezielt geworben worden. Es habe sich aus der Tatsache ergeben, daß die Faschisten eine Massenbasis brauchten. Zumpke wandte sich außerdem gegen Gossweilers Darlegungen hinsichtlich des Programms der NSDAP, die darauf hinauslaufen, daß die Mehrheit der Programmpunkte an Forderungen der Arbeiterbewegung anknüpften und nur drei an die des Kleinbürgertums, davon noch eine direkt an die der Bauern. Sie verwies auf die damalige Zeit, in der die Existenz der kleinbürgerlichen Schichten außerordentlich bedroht war, es Kriegsgewinnler, Schieber, Wucherer gab und die demagogischen Forderungen der Nazis nicht nur die Arbeiter, sondern vielmehr breitere Schichten ansprachen. Beim Kleinbürgertum habe außerdem die Lösung vom Kampf gegen den Marxismus verfangen, von dem die Kleinbürger sich in ihrer Existenz ebenfalls bedroht fühlten. Sie sahen sich zwischen dem Großkapital, das sie zu ruinieren drohte, und der revolutionären Arbeiterbewegung, von der sie fürchteten, enteignet zu werden. Deshalb werfe sie die Frage in die Debatte, ob man nicht die antidemokratische Grundkonzeption der faschistischen Partei als eine neue Qualität der imperialistischen Epoche im Kampf gegen die Arbeiterbewegung ansehen

und alles andere als abgeleitete Funktionen betrachten müsse.

Beim zweiten Komplex ihrer Ausführungen, der das Wechselverhältnis zwischen ökonomischen und politischen Strategien und Taktiken zur Sicherung der Herrschaft des Monopolkapitals betraf, knüpfte Zumpe an Ruges Beitrag im Sammelband "Faschismusforschung" an, in dem dieser darlegt, daß aufgrund der konjunkturellen Entwicklung von 1924 bis 1928 ein Spielraum für ökonomische Zugeständnisse gegenüber der Arbeiterklasse bestand und insofern eine wendig-parlamentarische großbürgerliche Taktik ermöglicht wurde. Von 1929 an sei nach Ruge der Übergang zur Praktizierung perfektionierter Gewalt einmal dadurch gegeben, daß sich der ökonomische Spielraum infolge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der wachsenden Ohnmacht des parlamentarischen Regierungsmechanismus verengte. Sie stimme dem zu und zöge daraus den Schluß, daß hinsichtlich des Übergangs zur faschistischen Diktatur zwei Faktorenkomplexe untersucht werden müßten, zum einen ein ökonomischer und zum anderen ein politischer. Aber auch dem politischen Komplex lagen ihrer Auffassung nach letztlich viele wirtschaftliche Faktoren mit zugrunde, denn die wachsende Ohnmacht des parlamentarischen Regierungssystems entstand insbesondere dadurch, daß die bürgerlichen Parteien zerfielen, weil ihre Anhänger zu den Nazis übergingen und keine Regierung mehr in der Lage war, auf einer so geschwächten Regierungsbasis etwas durchzusetzen. Die Ursache für das Überlaufen zu den Nazis sei vor allem in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Mittelschichten zu suchen, die sich in der Krise bedeutend verschlechterten. Sie habe Ruge so verstanden, daß der Spielraum für die jeweilige Politik des Monopolkapitals besonders gegenüber der Arbeiterklasse von der wirtschaftlichen Lage des Monopolkapitals abhängt und wolle ergänzend hinzufügen, daß dieser ebenso von der wirtschaftlichen Lage der übrigen bürgerlichen Schichten abhängt. Diskutieren sollte man deshalb auch den Zusammenhang zwischen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Mittelschichten und der politischen Stabilität eines bürgerlichen Regimes sowie den Zusammenhang zwischen der Profitlage in den produzierenden nichtmonopolisierten Wirtschaftsbereichen und Industrien und der Realisierung von Maximalprofit. Gerade die enge Wechselbeziehung zwischen der Lage der Mittelschichten und der Herrschaftssicherung des Monopolkapitals werde zu wenig berücksichtigt. Man könne das Problem nicht nur auf die Arbeiterklasse allein konzentrieren. Ihres Erachtens müsse beim Übergang zum Faschismus folgendes berücksichtigt werden; Das Monopolkapital war am Ende der Krise regulierungsunfähig, das heißt, es war nicht mehr in der Lage, seine eigenen Reproduktions- und Profitbedingungen wieder zu stabilisieren. Es war auf die Übernahme entsprechender Regulierungsfunktionen durch den Staat angewiesen. Das sei eine internationale Erscheinung gewesen, die begründet, weshalb sich die staatsmonopolistische Entwicklung in der Weltwirtschaftskrise und danach so außerordentlich verstärkt hat. Unter Staatsmonopolismus verstehe man auch kooperative Regulierungen der gesamten Reproduktionsbedingungen, was politisch soviel heißt wie Herrschaftssicherung des Monopolkapitals. In Deutschland befand sich das Monopolkapital am Ausgang der Krise im Vergleich zu seinen imperialistischen Konkurrenten in einer besonders eingeengten Lage, und es war folgende Situation absehbar; Man konnte nach dem Abflauen der Arbeitslosigkeit zum einen mit dem Kampf der Gewerkschaften um höhere Löhne, zum anderen mit dem Kampf der nichtmonopolisierten Industrie um höhere Preise rechnen. In der Landwirtschaft bestand an der Beseitigung der großen Diskrepanz zwischen Ertragslage und Verschuldensbelastung ein gesamtgesellschaftliches Interesse, was ebenfalls auf Preiserhöhung hinauslaufen mußte. Diese und ähnliche Fragen, meinte Zumpe, berührten die Profitinteressen des Monopolkapitals ganz erheblich, und es wollte Lösungen, die zuerst die eigene Position stabilisierten und sicherten. Ein bürgerlich-parlamentarischer Staat, bei dem die Tragfähigkeit der bürgerlichen Parteien weiterhin nicht gegeben war, sei dafür nicht geeignet gewesen. So erfolgte vor allem in zweiten Halbjahr 1932 die verstärkte Hinwendung zu Hitler. Es sind dann die Lohnkämpfe ausgeschaltet worden, indem man die reformistische Gewerkschaftsbewegung zerschlug. In der Landwirtschaft, deren Mittelschichten eine wesentliche Basis

für die Nazipartei bildeten, fand die Regulierung unter anderem nach der Marktordnung durch Gesetze von 1930 statt. Innerhalb eines Jahres war mit Hilfe der faschistischen Diktatur der gesamte Bereich kartelliert und reguliert. Die Preisbewegung vollzog sich gezielt, nicht spontan. Die gesamte Preissituation ist in den Jahren 1933 und 1934 durch die anhaltend fallenden Preise auf dem Weltmarkt, namentlich für Fertigwaren, außerordentlich kompliziert worden. Daraus haben sich objektive Faktoren zur Verhinderung von Preissteigerungen ergeben, denn ein weiteres Anheben der Preise hat die Exportfähigkeit beeinträchtigt, was nicht im allgemeinen Kapitalinteresse lag. Auch die innere Stabilisierung ist durch eine Preissteigerung noch mehr erschwert worden. Die Preisschere für landwirtschaftliche und Industriewaren hat sich wieder verstärkt; die Landwirtschaft war jedoch ein erheblicher Abnehmer der Industrie. Preissteigerungen waren nicht ohne Auswirkungen auf den Lebensstandard geblieben, auf die Löhne, den Lohnkampf, die sozialen Spannungen, auf die Investitionsentwicklung usw. Eine Lösung hätte auch durch eine entsprechende Senkung der Monopolpreise erreicht werden können, aber das lag nicht im Interesse des Monopolkapitals, das sich insgesamt in den roten Zahlen bewegte. Ihm nützte es, die Preise zu halten. Das Komplizierte sei gewesen, daß gerade die Forderungen der an der Preiserhöhung interessierten Schichten im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Massenbewegung nicht unberücksichtigt bleiben konnten und diese Schichten für das Naziregime auch hinsichtlich seiner politischen Stabilität wichtig waren. Teile der nichtmonopolisierten Industrie hätten versucht, das von den Nazis proklamierte Ständewesen zu nutzen, um mit der Bildung von Ständen Absprachen für höhere Preise zu sichern; viele Stände seien faktisch getarnte Preiskartelle gewesen. Daraus ergaben sich erhebliche Auseinandersetzungen mit dem Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Diese Entwicklung mündete schließlich in die "Reichsgruppe Industrie der gewerblichen Wirtschaft" mit ein. Für den Interessenausgleich wurde den Mittelschichten ein Kompromiß unter dem Schlagwort "Mengenkonjunktur statt Preiskonjunktur" angeboten, dem mit Hilfe der Aufrüstung auch eine gewisse Realisierung beschieden war.

Zumpe resümierte, mit diesen Beispielen wolle sie zeigen, daß es darum ging, aufgetretene Probleme im Interesse des Monopolkapitals zu lösen, was nur erfolgen konnte, wenn man den Interessen der Mittelschichten entsprechend den ökonomischen Notwendigkeiten nachkam. Dies habe nicht zuletzt die Strategie des faschistischen Staates bestimmt, der zur Durchsetzung seiner Zielstellung anfangs vor allem Maßnahmen für die Stabilisierung der gesamten Wirtschaft ergreifen mußte.

Eingehend auf den Diskussionsbeitrag von Zumpe, verneinte Gossweiler ihre Frage, ob nicht der Antidemokratismus das Neue sei, das den Faschismus kennzeichnet, der Antidemokratismus war seiner Meinung nach seit langem Bestandteil bürgerlicher Politik. Das Neue sehe er darin, daß der Antidemokratismus als Folge des Bestrebens der Monopolbourgeoisie, der proletarischen Revolution keine Chance mehr zu lassen, im Faschismus eine äußerste Steigerung erfahre, die bis zum Vernichtungsterror gegenüber den Klassenorganisationen des Proletariats ging. Neu sei ebenfalls gewesen, daß die reaktionärsten Kreise der herrschenden Klasse, die vor dem ersten Weltkrieg glaubten, die Arbeiterbewegung durch den Einsatz von Polizei und Militär vernichten zu können, aufgrund der Oktoberrevolution und der Novemberrevolution zu der Einsicht gelangten, für die Stabilisierung ihrer Herrschaft eine Massenbasis bis in die Arbeiterklasse hinein zu benötigen. Die Lösung dieser Aufgabe hätten jene Kreise vom Faschismus erwartet. Gossweiler vertrat den Standpunkt, daß die deutsche Monopolbourgeoisie mit der Errichtung der faschistischen Diktatur ein Ziel erreichte, das sie sich bereits zu Beginn der zwanziger Jahre und nicht erst unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise gestellt hatte. Die Errichtung beziehungsweise Verhinderung einer faschistischen Diktatur werde seiner Meinung nach nicht durch ökonomische Zwangslagen, sondern durch den politischen Klassenkampf entschieden.

Heinz Habedank (Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR) stimmte dem zu, was Zumpe vom ökonomischen Spielraum für das Monopolkapital, der in der Weltwirtschaftskrise zu sehr eingeengt wurde, gesagt hat. Das festzustellen und daraus Schlußfolgerungen für die Interessenlage abzuleiten, halte er für notwendig. Ergänzend wies er darauf hin, daß die Monopole auch deshalb einen außerordentlich eingeengten Spielraum hatten, weil sie die Ökonomie unmittelbar dem Streben nach Beseitigung der Reparationen und nach Aufrüstung unterordneten und ab 1933 der Rüstung das Primat gaben. Durch diese Konzeption und Praxis verstärkten sie die ökonomischen Zwänge, die ohnehin schon eng waren. Er denke dabei vor allem an die Rohstoffversorgung und die Landwirtschaft. Bei der Regulierung der Landwirtschaft habe von vornherein der rüstungspolitische Aspekt im Vordergrund gestanden, der bei der gesamten Wirtschaftspolitik in Rechnung zu stellen ist. Durch dieses Primat haben sich letztlich die ökonomischen Zwänge noch beträchtlich vergrößert.

Handke schlug vor, unter dem Aspekt der ökonomischen Zwänge zu untersuchen, warum sich das Monopolkapital 1933 entschloß, die faschistische Variante des Staatseinflusses einzuschlagen, und sich nicht monopolistische Kräfte durchsetzten, die eine andere Variante vertraten. Die Stärke der Arbeiterbewegung habe dabei natürlich eine Rolle gespielt, aber es erhebe sich außerdem die Frage, welche Mittel und Methoden das Monopolkapital hatte, um seine Reproduktion weiter zu betreiben, die nicht nur eine Reproduktion der politischen Verhältnisse war, sondern auch und vor allem die unmittelbar gefährdete ökonomische Existenz sichern sollte.

Zumpe ergänzte ihre Auffassung zum Antidemokratismus um einige Aspekte und erläuterte hinsichtlich der ökonomischen Zwänge, daß diese keine Zwangsläufigkeiten sind, es vielmehr eine Frage der Konstellation der Klassenkräfte ist, welche Interessen durchgesetzt werden können. Das sei Ausdruck des Verhältnisses von Politik und Ökonomie.

Nussbaum wies darauf hin, daß das Monopolkapital kein einheitliches Ganzes war, sondern aus verschiedenen Gruppierungen und Richtungen bestand. In dem Band "Faschismusforschung" sei von Ruge im einzelnen der Nachweis erbracht worden, daß sich zuerst nur ein kleiner Teil der Monopolkapitalisten für Hitler einsetzte und die Unterstützung der Nazis allmählich zunahm. Große Teile des Monopolkapitals hätten die Regierung Brüning unterstützt, weil sie sich von ihr Lösungen erhofften. Erst als sichtbar wurde, daß die Brüning'sche Wirtschaftspolitik die Lage immer mehr verschärfte, und zwar nicht nur vorübergehend, sei nach anderen Möglichkeiten gesucht worden. Als dann die Wirtschaftskrise von der Regierung Papen und der Regierung Schleicher ebenfalls nicht innerhalb kurzer Zeit unter Kontrolle gebracht werden konnte, sei der größere Teil des Monopolkapitals auch aus ökonomischen Gründen, wie es Zumpe am Beispiel der Regulierung zeigte, an der faschistischen Machtübertragung interessiert gewesen. Das schließe natürlich nicht aus, daß die Errichtung der faschistischen Diktatur durch eine einheitlich handelnde Arbeiterklasse hätte verhindert werden können.

Abschließend dankte Peters allen Teilnehmern für ihre Mitwirkung an der Diskussion, die zeigte, daß das Thema einen ausgeprägt integrativen Charakter insofern hat, als hier Ökonomie, Politik und Ideologie auch im Forschungsprozeß miteinander verschmelzen müssen, um zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Es sei ein nützlicher Versuch gewesen, die ökonomischen, politischen und ideologischen Strategien gegeneinander abzuwägen und miteinander in Bezug zu setzen, wengleich es zur Beantwortung vieler Fragen noch weiterer Untersuchungen bedarf. Auch das Buch von Lotte Zumpe über Wirtschaft und Staat im impe-

rialistischen Deutschland für die Zeit des Faschismus⁵ werde dazu ein wesentlicher Beitrag sein. Für die Jahrbuch-Redaktion sei es ein erklärtes Ziel, Historiker, Ökonomen bzw. Wirtschaftshistoriker und Vertreter anderer Fachrichtungen zum Meinungsaustausch zusammenzuführen, weil jede Seite neue Denkanstöße für die wissenschaftliche Arbeit erhält.

Ingrid Parpart

5 Zumpe, Lotte, *Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945*, Berlin 1980 = *Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jh. bis 1945 in drei Bänden*, hg. v. Helga Nussbaum u. Lotte Zumpe.

LITERATURKRITIK

Besonderheiten der ungarischen Agrarentwicklung in neuerer Zeit

A magyar mezőgazdaság a XIX. - XX. században. 1849 - 1949
(Die ungarische Landwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert.
1849 - 1949), unter der Redaktion von Péter Gunst und Tamás
Hoffmann = Agrártörténeti tanulmányok, Nr. 4

Akadémiai Kiadó, Budapest 1976, 472 Seiten,
Preis: 105,- Forint

von Pál Sándor

Der vorliegende Sammelband umfaßt in chronologischer Abfolge vier Studien zur neueren Geschichte der ungarischen Landwirtschaft. Drei davon sind der ungarischen kapitalistischen Agrarentwicklung von 1849 bis zur Mitte der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts gewidmet. Die vierte untersucht "Die kleinbäuerliche Landwirtschaft" 1945 bis 1949. Die Studien sind in dem Sinne voneinander unabhängig, daß sie keiner redaktionellen Bearbeitung nach einheitlichem methodischem Prinzip unterlagen. Es fehlt auch eine einleitende redaktionelle Information darüber, unter welchen Aspekten und mit welcher Methode die einzelnen Arbeiten ihren Stoff behandeln. In einer zu kurzen Einleitung von zehn Zeilen wird der Leser lediglich dahingehend unterrichtet, daß die Studien "in erster Linie nicht individuelle Forschungen ihrer Verfasser wiedergeben, sondern Ergebnisse der bisherigen Forschungen zusammenfassen." Tatsächlich wird jedoch weniger geboten. Der Sammelband vermittelt keinen Überblick über die ungarische Landwirtschaft im Verlauf von einhundert Jahren, wie der Titel verspricht. Er faßt vielmehr nur Verlauf und Veränderungen des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses zusammen. Darüber hinaus weist er chronologische Lücken auf. So bleiben die Agrarpolitik der Räterepublik sowie die Lage der ungarischen Landwirtschaft im ersten und zweiten Weltkrieg unberücksichtigt. Daher ist das Werk thematisch und strukturell gleichermaßen disharmonisch. Innerhalb seiner thematischen Grenzen besitzt es jedoch ein hohes Niveau. Im folgenden möchten wir auf die Leistungen der Autoren eingehen, wobei wir uns dem oben angedeuteten engeren Rahmen des Themenkreises anpassen.

Wie bekannt, wurde die kapitalistische Entwicklung in Ungarn durch die Aufhebung der Leibeigenschaft eingeleitet. Zur allseitigen wirtschaftlichen Entfaltung waren aber noch weitere Voraussetzungen nötig: freie Kapazitäten an Lohnarbeit in der Landwirtschaft; Kapital und Kredite; Fachunterricht auf dem Gebiet der Agrarökonomie; Einführung neuer Technik; Aufgeschlossenheit für die Anwendung kapitalistischer Methoden in der Wirtschaftsführung bei den einzelnen Grundbesitzern. Es ging also darum, zu investieren und die Wirtschaften zu rationalisieren, richtige Proportionen beim Pflanzenbau und in der Viehzucht zu entwickeln, die zeitgemäße Technik anzuwenden, um Markierträge für landwirtschaftliche Produkte zu erzielen, die eine Kapitalakkumulation und damit weitere Rationalisationsprozesse ermöglichten. Nach 1849 gingen diese Prozesse nur schleppend und ungleichmäßig voran. Während in weiten Teilen West- und Mitteleuropas die kapitalisti-

sche Entwicklung auf dem Gebiet der Landwirtschaft, der Industrie, des Verkehrs und des Bankwesens im großen und ganzen parallel verlief und sich diese Ausgeglichenheit auf die kapitalistische Entfaltung der gesamten Wirtschaft günstig auswirkte, kennzeichneten in der ungarischen Wirtschaft stark ausgeprägte Disproportionen das Entwicklungsniveau der einzelnen Wirtschaftszweige. Die Agrarentwicklung verlief nicht in synchroner Übereinstimmung mit der Wirtschaftsentwicklung anderer Bereiche. Die Industrie war unentwickelt, der Ausbau des Verkehrsnetzes wurde in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts gerade erst begonnen. Der Kapital- und Kreditbedarf war enorm gestiegen. Er konnte jedoch nicht befriedigt werden. Für eine Anhäufung von ungarischem Inlandskapital gab es nur wenige Möglichkeiten. In Ungarn gaben daher äußere Faktoren den entscheidenden Anstoß zur Entfaltung wirklich kapitalistischer Verhältnisse in der Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft. In erster Linie waren dies die österreichischen Märkte, ferner ausländische Märkte und Kredite. Eine echte kapitalistische Herausforderung setzte für die ungarische Landwirtschaft erst nach 1880 ein. Zwar war die kapitalistische Entwicklung auch zuvor nicht unbedeutend; sie führte jedoch im Grunde nur zu quantitativen Ergebnissen. Die Bestellfläche wurde ständig erweitert; auch die Erträge nahmen zu. Der einseitige Getreidebau zu Ungunsten der Viehzucht blieb aber eine augenfällige Erscheinung. Die Produktion hatte extensiven Charakter. Bankkredite, die im wesentlichen auf französischem und italienischem, vor allem aber österreichischem Kapital beruhten, dienten nach wie vor weit mehr der persönlichen Bereicherung der Großgrundbesitzer als der Umstellung landwirtschaftlicher Betriebe auf eine kapitalistische Wirtschaftsführung. Erst die achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts brachten eine Änderung. Diese Veränderung hatte zum kleineren Teil innere, zum größeren Teil äußere Gründe. In Ungarn gingen die Möglichkeiten für eine weitere Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion auf extensivem Wege allmählich zur Neige. Die Agrarentwicklung hatte die Grenze erreicht, von wo an sie nur noch auf intensivem Wege weiter voranschreiten konnte. Auf dieser Basis wirkten sich nun die Zwänge der großen Preisrevolution in der Weltwirtschaft aus. Das war auch für die ungarische Landwirtschaft die wahrhaft große Herausforderung. In erster Linie diese - in der Weltwirtschaft wurzelnde - Ursache war für Ungarns Landwirtschaft die Triebkraft zur Intensivierung. In dieser Hinsicht müssen wir uns aber mit der Meinung des Verfassers, Antal Vörös, kritisch auseinandersetzen. Er meint nämlich, daß die damalige auch in Ungarn spürbare Getreidekrise deshalb nicht von Bedeutung gewesen sei, weil die günstigeren Vieh-, hauptsächlich Rinderpreise den Sturz der Getreidepreise dort kompensierten. Dem ist entgegenzuhalten, daß die ungarische Landwirtschaft einseitig auf Getreideproduktion ausgerichtet war, was auch aus der vorliegenden Studie hervorgeht. Der Sturz der Getreidepreise hat die ungarische Landwirtschaft eben deshalb empfindlich getroffen. Außerdem: Die Viehpreise erhöhten sich - gerade in dieser Krisenperiode - überhaupt nicht kontinuierlich; manchmal sind sie sogar gesunken. Deshalb konnten sie die Auswirkung der Krise nicht kompensieren. Im Kern ging es um etwas anderes; um die Flexibilität der ungarischen Landwirtschaft, die Grenzen ihrer durch die Krise erzwungenen intensiven Entwicklung. Vor längerer Zeit haben wir bereits auf die beiden entscheidenden Umstände hingewiesen, deren Gesamteinfluß die Wirkung der Getreidekrise tatsächlich mäßigte, aber auch die Entwicklung der ungarischen Landwirtschaft in intensiver Richtung hemmte. Der eine Umstand war der sichere Markt der österreichisch-ungarischen Monarchie, wo das ungarische Getreide - gerade in den Krisenjahren - in wachsendem Maße abgesetzt wurde, Anfang des 20. Jahrhunderts wurde Getreide - durch die Einführung hoher Zölle - beinahe schon zu Monopolpreisen aufgekauft. Der andere Umstand war das bedeutende Angebot an landwirtschaftlicher Arbeitskraft auf dem inneren Markt, was der inländischen Grundbesitzerklasse billige Arbeitskraft garantierte. Diese Umstände spielten dahingehend eine regulierende Rolle, daß der Richtungswechsel der ungarischen Landwirtschaft zur intensiven Entwicklung hin als Antwort auf die Herausforderung der Weltwirtschaft doch zu keinem entscheidenden Strukturwandel führte. Dieser war auch nicht um jeden Preis nötig.

Die Produktionsgeschichte der Agrarentwicklung bis zum ersten Weltkrieg stellen die Verfasser der beiden Studien (Antal Vörös von 1849 bis 1890, Lajos Für von 1890 bis 1914) mit großer Sachkenntnis vor. Es handelt sich um ausführliche Analysen über die verschiedenen Zweige. Die Verfasser verfolgen die Entwicklung des Pflanzenbaus, der Viehzucht, der Trauben- und Weinwirtschaft und machen ferner mit den Formen der technischen und technologischen Modernisierung bekannt. Leider sind die eingehenden Untersuchungen über die einzelnen Zweige nicht in gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge eingebettet; und internationale Verflechtungen kommen nur zufällig, lediglich als Illustration zur Sprache.

Demgegenüber halten wir jene umfassende Sicht der zwanziger und dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts für richtig, die in der Studie von Péter Gunst, der dritten im Band (A mezőgazdaság fejlődésének megrekedése a két világháború között / Stagnation der Entwicklung der Landwirtschaft zwischen den beiden Weltkriegen) zur Geltung kommt. Der Verfasser umreißt einleitend die internationalen Verhältnisse nach dem ersten Weltkrieg. Er behandelt die mitteleuropäische Hungersnot als Folge des Krieges sowie das Wachstum der Lebensmittelproduktion außerhalb Europas. Er schreibt auch über die europäische Entwicklung, die Mitte der zwanziger Jahre zum Aufschwung der Agrarproduktion führte und bis 1928/29 andauerte. Ferner stellt er die wichtigeren Kennzeichen der darauffolgenden Überproduktionskrise dar. Er weist darauf hin, daß erst die Aufrüstung als Vorbereitung auf den Krieg die kapitalistische Landwirtschaft aus dieser Krise herausführte. In diesem breiteren Rahmen werden die einzelnen Zweige der zeitgenössischen ungarischen landwirtschaftlichen Produktion dargestellt und jene spezifischen Faktoren untersucht, die zu dieser Zeit die ungarische landwirtschaftliche Produktion charakterisierten. Heben wir die folgenden hervor:

- Mit der Auflösung der Habsburger Monarchie verlor die ungarische Landwirtschaft ihren einstigen geschützten großen Absatzmarkt, der rund 52 Millionen Verbraucher umfaßte.
- Ausländische Zollsysteme und Marktverhältnisse wurden für den ungarischen Agrarexport ungünstiger.
- Nur mühsam konnten sich die inneren Marktverhältnisse der neuen Situation anpassen.
- Bei der Preisbewegung traten erhebliche zyklische Schwankungen auf.
- Preiserhöhungen bei Industriewaren veränderten das Preisgefüge zum Nachteil des Agrarsektors.
- Die Agrarproduktion mußte sich unter Schwierigkeiten darauf einstellen, daß die Bevölkerungsstruktur des neuen Landesgebietes von der des alten spürbar abwich.

Im Zusammenhang mit der Untersuchung des letztgenannten Faktors betont der Autor zu Recht, daß das Gebiet, das Ungarn verblieben war, eine höhere Bevölkerungsdichte aufwies als das alte Ungarn, weil zu dem neuen Ungarn die stärker industrialisierten Teile des ehemaligen Staatsgebildes gehörten. Die Bevölkerungsdichte des neuen Landes Ungarn war größer als die manches weit industrialisierteren Staates. Daß Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur nicht aufeinander eingestellt waren, belastete Ungarn noch lange Zeit.

Der Autor verfolgt die Entwicklung der ungarischen Agrarproduktion, wobei seiner Periodisierung die folgenden Zyklen zugrunde liegen: die Jahre der Rekonstruktion von 1920 bis 1924; die Periode der Konjunktur, des Wachstums der Produktion auf extensiver Grundlage von 1925 bis 1929; die Krisenperiode von 1929 bis 1933, gekennzeichnet durch stufenweise Rückkehr von der Anwendung moderner Maschinenteknik zum Einsatz menschlicher manueller und tierischer Arbeitskraft sowie durch zunehmende Staatseingriffe in die Wirtschaft zum Zwecke der Modifizierung der Produktionsstruktur, mit dem Ziel der Erhöhung des - nunmehr vor allem auf den deutschen Markt ausgerichteten - Exports; die der Krisenperiode folgenden Jahre der Depression.

Obwohl die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse gegen Ende der dreißiger Jahre eine leicht ansteigende Tendenz aufwiesen, erreichten sie doch nicht das Niveau von 1928.

Aufgrund des bisherigen Erkenntnisstandes zieht der Autor den Schluß, daß ganz besonders die für die Landwirtschaft ungünstige Entwicklung der Preise die Stagnation der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion zwischen 1934 und 1938 verursachte. Seinen Angaben zufolge nahm nämlich das Volumen der Produktion in diesen Jahren nur um 7 bis 8 Prozent zu. Eine solche Entwicklung grenzte an Stagnation, wobei natürlich zwischen den einzelnen Zweigen der Landwirtschaft Entwicklungsunterschiede auftraten. Die Darstellung dieser Unterschiede ist ein weiteres wichtiges Ergebnis der Arbeit des Autors. Darauf näher einzugehen würde jedoch den Rahmen vorliegender Rezension sprengen. Wir möchten noch erwähnen, daß der Verfasser im letzten Abschnitt seiner Studie auch auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der damaligen ungarischen Landwirtschaft eingeht. Er betrachtete es aber nicht als seine Aufgabe, die soziale Lage und die Lebensweise der einzelnen bäuerlichen und grundbesitzenden Schichten sowie des Agrarproletariats, ihre Produktionsbeziehungen zueinander sowie die voneinander abweichenden Typen der einzelnen bäuerlichen Schichten zu untersuchen. Er bietet nur ein Bild von der Verteilung des Bodeneigentums aufgrund der bekannten Angaben der Landreform von 1920, hauptsächlich aber der Registrierung der Landwirtschaftsbetriebe von 1935. Deshalb hält sich seine geschichtshistorische Untersuchung in engem Rahmen. Er hebt aber zu Recht hervor, daß die reaktionäre Regierung durch die Landreformen die explosiven sozialen Verhältnisse zu entschärfen suchte. Furcht vor Revolution war auch ein Grund dafür, daß sie seit Ende der dreißiger Jahre immer mehr auf die Linie der nazideutschen Politik einschwenkte.

Die Studie von Péter Gunst beruht auf einer umfangreichen statistischen Datenbasis. Dieses Verdienst seiner Arbeit enthüllt aber - paradoxerweise - zugleich auch ihre Schattenseiten. Seine Studie ist ein Nacheinander von zu Standbildern erstarrten Abschnitten. Der Verlauf der historischen Entwicklung wird in der Arbeit in den Hintergrund gedrängt. Aufgrund von ausschließlich oder hauptsächlich statistischen Angaben kann man keine vollwertige Geschichte, auch nicht über Themenkreise der Wirtschaftsgeschichte, schreiben. Es hätten wichtige archivalische und, für die Gesellschaftsschilderung, auch soziographische Quellen einbezogen werden müssen, um die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse differenzierter und in ihrer historischen Bewegung zu erfassen. Die Studie von Péter Gunst hat aber trotz alledem grundlegende Bedeutung.

Der abschließende Teil des Bandes wurde von Ferenc Donáth verfaßt. Seine Arbeit konnte bereits von der Themenwahl her nicht in den engeren Grenzen der Disziplin Produktionsgeschichte bleiben. Die Kriegsschäden der ungarischen Landwirtschaft, ihre Auswirkung auf die Produktion, die Durchführung der Bodenreform, die volkswirtschaftlichen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Produktion der Nachkriegsjahre, die Einschätzung der bestehenden politischen Lage: das alles sind Faktoren, deren Untersuchung über den engeren Rahmen einer bloß produktionsgeschichtlichen Betrachtungs- und Behandlungsweise hinausgeht. Es ist ein großes Verdienst des Autors, daß er die Bearbeitung dieser komplexen Problematik übernahm, und zwar erfolgreich. In den Mittelpunkt seiner Studie stellte er die Landzuteilung an Bauern, mit der sich eine jahrhundertalte bäuerliche Hoffnung erfüllte, sowie Auswirkungen dieser Maßnahme auf die Produktion. In seiner Einschätzung der Bodenreform unterstreicht der Autor: Diese historische Wende beseitigte nicht nur das Großgrundbesitzsystem feudalen Ursprungs endgültig. Sie ließ auch die intensiv wirtschaftenden kapitalistischen Großbetriebe nicht unberührt. Deshalb hatte sie zugleich einen antikapitalistischen Charakter. Und mit der Beschlagnahme des Grundeigentums der Kriegs- und Naziverbrecher, ohne Rücksicht auf dessen Größe, kamen bei der Bodenreform darüber hinaus antifaschistische Tendenzen zum Ausdruck. Die eigentliche Problematik der Studie ist die Darstellung der historischen Leistung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft bei der Wiederbelebung der vom Krieg ruinierten landwirtschaftlichen Produktion. Auf diese Grundfrage baut sich im wesentlichen die gesamte Aussage des Verfassers auf. In seiner Studie wird die Problematik der sogenannten Kleinbetriebsproduktion vielseitig unter-

sucht und dabei der Produktionseffektivität besondere Aufmerksamkeit zuteil. Diese Studie ist wirklich anregend und lehrreich, nicht nur für den Agrarhistoriker, sondern für jeden, der sich für die politischen und ökonomischen Verhältnisse der heutigen ungarischen Landwirtschaft interessiert. Weil der Autor seine Thematik vom betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus fachkundig handhabt und, vor allem, weil er sie in innen- wie außenpolitische Zusammenhänge einordnet, bietet er uns mit seinem Beitrag gewissermaßen auch ein Zeitbild.

Fazit: Drei wertvolle Studien behandeln wichtige, wenn auch nicht alle wesentlichen Fragen der ungarischen landwirtschaftlichen Produktion zwischen 1849 und 1945. Die vierte stellt die Periode zwischen 1945 und 1949 vor, geht über den engeren agrarhistorischen Rahmen hinaus und bietet ein Bild von der politischen Gesamtsituation der betreffenden Jahre. Alle vier Studien sind also lehrreiche Lektüren, vor allem für die Agrarhistoriker und die Agrarökonomiker, aber auch für jeden, der sich für die Vergangenheit der ungarischen Landwirtschaft interessiert. Leider fehlt eine Zusammenfassung, die die wichtigsten Ergebnisse des zurückgelegten hundertjährigen Weges bewertet.

Dr. E. Kertész, Budapest, 1950, 21. - 22.

von E. Kertész

Peter Bayer beschäftigt sich in seiner Arbeit über "Leistung und die Aufgabe des deutschen Eisenbahnbaus" mit einem speziellen Problem der deutschen Verkehrsgeschichte, das die kapitalistische Entwicklung im 19. Jahrhundert deutlich markiert. Seine Monographie ist eine der besten und schärfsten Untersuchungen zu diesem Thema, die nicht allein regionalgeschichtlich, sondern auch erschließend, sondern auch theoretische Grundfragen behandelt, so dass die Wirtschaftshistoriker der DDR bei heute keine einseitige Auffassung vertreten. Intensive Quellenarbeit sowie eine gründliche Beschäftigung mit der einschlägigen Literatur haben dem Autor dabei zu Schlussfolgerungen geführt, die nicht nur statistischen Beiträgen zu einer weiterführenden wissenschaftlichen Klärung derartiger Probleme darstellen. Auf ihrer Grundlage können die wichtigsten Fakten zur Herstellung Leipzigs als des zentralen, bedeutendsten Eisenbahnknotenpunktes interpretiert werden. Sie betonen darüber hinaus wertvoll, vor allem sachverständige Angaben und zeigen einen gangbaren theoretischen Weg zu ähnlichen Untersuchungen in anderen Territorien.

Eines der theoretischen Ausgangspunkte der Arbeit bildet die Darstellung der historischen Phase des Eisenbahnbaus im allgemeinen und die Eisenbahn insbesondere bei der Herausbildung des Kapitalismus allgemein. Bayer wird in diesem Zusammenhang zwei Fragen auf:

1. Inwieweit bildete die Verkehrsentwicklung einen Bestandteil der industriellen Revolution?

2. Welches Verhältnis bestand zwischen ihr und der Herausbildung der eigentlichen industriellen Revolution? (S. 23).

Alle nicht anders bezeichnete Zitierungen im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Die Bedeutung der Eisenbahnen für die Industrielle Revolution

Bemerkungen zu

Peter Beyer, Leipzig und die Anfänge des deutschen Eisenbahnbaus. Die Strecke nach Magdeburg als zweitälteste deutsche Fernverbindung und das Ringen der Kaufleute um ihr Entstehen 1829 - 1840 = Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte, hg. v. der Hansischen Arbeitsgemeinschaft der Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 17

Hermann Böhlau Nachfolger, Weimar 1978, 204 Seiten mit 3 Karten u. 6 Abbildungen, Preis: 21,- M

von Elfriede Rehbein

Peter Beyer beschäftigt sich in seiner Arbeit über "Leipzig und die Anfänge des deutschen Eisenbahnbaus" mit einem speziellen Problem der deutschen Verkehrsgeschichte, das die kapitalistische Entwicklung im 19. Jahrhundert deutlich markiert. Seine Monographie ist eine der leider noch seltenen Untersuchungen zu diesem Themenkreis, die nicht allein regionalgeschichtlich neue Erkenntnisse erschloß, sondern auch theoretische Grundfragen anschnitt, zu denen die Wirtschaftshistoriker der DDR bis heute keine einheitliche Auffassung vertreten. Intensive Quellenstudien sowie eine gründliche Beschäftigung mit der einschlägigen Literatur ließen den Autor dabei zu Schlußfolgerungen gelangen, die einen wesentlichen Beitrag zu einer weiterführenden wissenschaftlichen Klärung derartiger Probleme darstellen. Auf ihrer Grundlage konnten die umfangreichen Fakten zur Herausbildung Leipzigs als des anfangs bedeutendsten deutschen Eisenbahnknotenpunktes interpretiert werden. Sie bringen darüber hinaus wertvolle, verallgemeinerungsfähige Angaben und zeigen einen gangbaren theoretischen Weg zu ähnlichen Untersuchungen für andere Territorien.

Einen der theoretischen Ausgangspunkte der Arbeit bildet die Bestimmung des historischen Platzes, den das Verkehrswesen im allgemeinen und die Eisenbahn im besonderen bei der Herausbildung des Kapitalismus einnahmen. Beyer wirft in diesem Zusammenhang zwei Fragen auf:

1. Inwieweit bildete die Verkehrsumwälzung einen Bestandteil der Industriellen Revolution?
2. Welches Verhältnis bestand zwischen ihr und der Herausbildung der eigentlichen Industrie?" (S. 33).¹

¹ Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

Er beantwortet sie dahingehend, daß er das Entstehen des Eisenbahnverkehrs eindeutig als integrierenden Bestandteil der Industriellen Revolution bestimmt, weil er den Verkehr als materielle Produktion definiert, als Fortsetzung und Vollendung des industriellen Produktionsprozesses, dessen Produkt die Ortsveränderung von Gütern, Personen und Nachrichten ist und in dessen Verlauf ein materieller Wert geschaffen wird.

Er stützt sich dabei auf zahlreiche grundsätzliche Hinweise von Marx und Engels über die außerordentliche gesellschaftliche Bedeutung des modernen Massenverkehrs im internationalen Maßstab, aber auch speziell für die deutsche Entwicklung. Es sei in diesem Zusammenhang, um wenigstens zwei Beispiele zu nennen, an den Brief von Engels an W. Borgius erinnert, in dem Engels die gesamte Technik der Produktion und des Transports zur bestimmenden Basis der Gesellschaft zählte², aber auch an den Brief Marx an N. F. Danielson, wo die Eisenbahnen als "couronnement de l'oeuvre" in jenen Ländern charakterisiert wurden, in denen die moderne Industrie am weitesten entwickelt war, weil sie nicht allein die den modernen Produktionsmitteln adäquaten Kommunikationsmittel waren, sondern zugleich auch der Konzentration des Kapitals einen gewaltigen Anstoß gaben und damit wichtige Voraussetzungen für die im Kapitalismus der freien Konkurrenz typische Form der Unternehmensfinanzierung schufen.³

In der "Deutschen Ideologie" führten Marx und Engels im Hinblick auf Deutschland aus, daß es "durch die Konkurrenz gezwungen (war), sie (die Eisenbahnen - E. R.) zu adoptieren", und daß "der Mangel an anderer gewinnreicher Anlegung des Kapitals ... das Eisenbahnbauen zum dominierenden Industriezweig in Deutschland" (machte).⁴ Ohne weitere, auch von Beyer erwähnte Ausführungen zu zitieren, bieten sich folgende zusammenfassende Überlegungen an, die einmal die Auffassung des Rezensenten widerspiegeln, zum anderen sich aber auch mit der Meinung des Autors (besonders ausführlich im zweiten Kapitel seiner Arbeit begründet) decken:

- Die Stellung des modernen Massenverkehrs⁵ weist im Rahmen der Industriellen Revolution nationale Unterschiede auf. In England wurde aufgrund seiner geographischen Situation die industrielle Umwälzung zunächst von der Binnen- und Küstenschifffahrt getragen. Ihre Leistungsfähigkeit sowie - das muß ergänzend festgestellt werden - die der damals bereits ausgedehnten englischen Seeschifffahrt bildeten eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Übergang zur maschinellen Produktion; denn schon der Einsatz der ersten Werkzeugmaschinen in der Textilindustrie, der Spinnmaschinen und der mechanischen Webstühle, war davon abhängig, inwieweit sie mit den benötigten Roh- und Hilfsstoffen beliefert wurden. Die steigende Arbeitsproduktivität dieser Maschinen beim Übergang zur Nutzung der Dampfkraft und beim Entstehen des dreiteiligen Maschinensystems er-

2 Engels, Friedrich, an W. Borgius, 25. 1. 1894, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 39, Berlin 1973, S. 205.

3 Marx, Karl, an N. F. Danielson, 10. 4. 1879, in: ebenda, Bd. 34, Berlin 1966, S. 372 f.

4 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: ebenda, Bd. 3, Berlin 1958, S. 284 f.

5 Der Terminus "moderner Massenverkehr" wird in der marxistisch-leninistischen Verkehrsgeschichte für Verkehrsmittel angewandt, die mit Dampfmaschinen, elektrischen oder Verbrennungsmotoren angetrieben werden. Besonders Segelschiffe für den Seeverkehr wiesen jedoch durch grundlegende Verbesserungen während der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts einige Kriterien "moderner" Massenverkehrsmittel, wie höhere Tragfähigkeit und größere Geschwindigkeit, auf, durch die sie noch für einen längeren Zeitraum den anfangs weniger leistungsfähigen und teureren Dampfschiffen überlegen waren.

höhte den Transportbedarf nicht allein hinsichtlich der Rohstoffe und Fertigwaren, sondern auch durch die notwendige kontinuierliche Versorgung mit Kohle.

Beyer zitierte in diesem Zusammenhang Engels' Meinung, wonach "die Bedingungen der modernen Industrie, Dampfkraft und Maschinerie, ... überall herstellbar (sind), wo es Brennstoff, namentlich Kohle gibt."⁶ Diese Bedingungen konnte im weiteren Verlauf der kapitalistischen Entwicklung nur ein moderner Massenverkehr erfüllen, der zuverlässig, pünktlich und billig die günstigsten "allgemeinen Produktionsbedingungen" schuf. Für England waren diese Voraussetzungen - wie oben erwähnt - zunächst mit der auf natürlichen Antriebskräften beruhenden Schifffahrt gegeben, weil sie im Vergleich mit den anderen traditionellen Verkehrsmitteln zu Lande die relativ höchste Massenleistungsfähigkeit mit den damals geringstmöglichen Kosten vereinte. Sie sicherte in der englischen Industriellen Revolution nicht allein den Antransport der Rohstoffe bzw. der Kohle, sondern sie übernahm auch weitestgehend den Abtransport der Halbfertig- und Fertigwaren. Mit ihr war darüber hinaus, das sei in Parenthese vermerkt, das Herausbilden des kapitalistischen Weltmarktes im 19. Jahrhundert eng verknüpft.

Die Verkehrsleistungen der traditionellen Schifffahrt konnten den Anforderungen der Industriellen Revolution in England - wie unter anderem auch in Frankreich und Belgien - über einen längeren Zeitraum hinweg entsprechen. Eine echte "Transportkalamität", wie Beyer die Situation kennzeichnet, entstand erst am Ende dieser Periode, die durch neue Quantitäts- und Qualitätsansprüche an den Binnenverkehr charakterisiert war. Das "Kalamitätsproblem" wurde durch die Dampfeisenbahn gelöst, die aus den genannten Gründen das "Werk der industriellen Revolution krönte."

- Bereits diese wenigen thesenhaften Ausführungen zeigen die Unmöglichkeit, das Entstehen des modernen Massenverkehrs auf einen reinen Folgeprozeß der Industrialisierung, des Entstehens der Großen Industrie, zu reduzieren, wie das Jonas in seinen "Thesen zum Wesen der Industriellen Revolution"⁷ unter Berufung auf Äußerungen von Marx im "Kapital" tat, wobei er meines Erachtens die Problematik insofern unzulässig verallgemeinerte, als er alle weiterführenden Meinungen von Marx und Engels - insbesondere zur Stellung der Eisenbahnen in der Industriellen Revolution Deutschlands - nicht berücksichtigte. Beyer kritisiert die Meinung Jonas' auf den Seiten 37 ff. seiner Arbeit, wobei er sich insbesondere dagegen wendet, daß Jonas das Entstehen der Eisenbahn - im Unterschied zu chemischen und chemothermischen Technologien - nicht in den eigentlichen Prozeß der Industriellen Revolution (im Sinne der Schaffung der materiell-technischen Basis der kapitalistischen Gesellschaftsformation sowie einer einschneidenden sozialen Umwälzung) einbezieht. Er weist nach, daß die Eisenbahn den Transport nicht allein mechanisierte, sondern auch zentralisierte und dessen Arbeitsproduktivität sprunghaft steigerte.⁸ Dieser Auffassung stimme ich voll zu und möchte sie - über den Untersuchungsgegenstand Beyers hinaus - noch dahingehend ergänzen, daß das Entstehen der kapitalistischen Gesellschaftsformation in ihrer gesamten Breite, besonders aber im Hinblick auf die sprunghafte Erweiterung des nationalen und internationalen Marktes sowie der Rohstoffquellen nur in ständiger Wechselwirkung mit modernen Transport- und Nachrichtsmitteln möglich war, daß also das Verkehrswesen in seinem vollen Umfang integrierender Bestandteil der Industriellen Revolution war.

6 Engels, Friedrich, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Vorwort zur deutschen Ausgabe 1892, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 2, Berlin 1957, S. 646.

7 Jonas, Wolfgang, Thesen zum Wesen der Industriellen Revolution, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 2, S. 273 - 275.

8 Vgl. z. B. Engels, Friedrich, Karl Marx, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 102 f.

- In großen Teilen Deutschlands stellte sich die Verkehrssituation im Zeitraum der beginnenden Industriellen Revolution völlig anders dar als in England. Das außerordentlich niedrige Niveau des deutschen Verkehrswesens sowie der Konkurrenzdruck Englands förderten mit großer Intensität den Eisenbahnbau zu einem Zeitpunkt, "als sich auch die außeragrarische Produktion noch auf einem wesentlich niedrigeren Niveau befand. War der neue Verkehrsträger in England von der 'großen Industrie' hervorgebracht worden, so bildete er in Deutschland auf Grund der Phasenverschiebung in der Industriellen Revolution eine von mehreren Voraussetzungen für ihr Entstehen" (S. 45).

Im Zusammenhang mit dieser voll zu akzeptierenden Auffassung siedelt Beyer den beginnenden Eisenbahnbau in der zweiten Etappe der Industriellen Revolution an und grenzt sich damit von dem Mottek'schen Begriff der Vorbereitungsperiode⁸ zumindest begrifflich ab, wobei seine Darlegungen zur ersten Etappe der Industriellen Revolution meines Erachtens doch der Mottek'schen Betonung des beginnenden industriellen Aufschwungs⁹ sehr nahekommen, ja sogar unter Berufung auf neuere Untersuchungen Lärmers und Forbergers den Aspekt des "Aufbaus der neuen Basis" erweitern.

Nach meiner Meinung folgt damit Beyer auch nicht voll der von Jonas und Lärmer für die erste Phase in den Vordergrund gerückten Charakteristik "des revolutionären Zerstörungsprozesses".¹⁰ Andererseits hebt er die Wichtigkeit der sich Mitte der dreißiger Jahre abzeichnenden Investitionswelle für den weiteren Verlauf der Industriellen Revolution hervor, die bekanntlich für Mottek das Charakteristikum der beginnenden Industriellen Revolution bildet. Damit bietet Beyer eine interessante eigenständige Auffassung an, die durch zahlreiche Fakten belegt wird und geeignet ist, die weitere Diskussion um theoretische Kriterien der Industriellen Revolution und ihrer Periodisierung zu bereichern. Vom Standpunkt der Verkehrsgeschichte scheint mir Beyers Auffassung akzeptabel, wenn auch im Verlauf weiterer Detailforschungen ergänzungsfähig.

- In seiner Analyse der Gründe, die dazu führten, daß in Deutschland Eisenbahnen gebaut wurden, bevor die Große Industrie entstand, geht Beyer von der Transportsituation in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts aus. Sie war unter anderem dadurch gekennzeichnet, daß in Deutschland die Voraussetzungen durch die Schifffahrt fehlten. Engels erwähnt in "Revolution und Konterrevolution" unter den Ursachen für die Rückständigkeit der deutschen Industrie neben anderem die "ungünstige geographische Lage des Landes, seine Entfernung vom Atlantischen Ozean, der zur Heerstraße des Welthandels geworden war."¹¹ Dennoch läßt sich auch in Deutschland der die industrielle Entwicklung fördernde Einfluß der Binnenschifffahrt überall dort nachweisen, wo günstige Schifffahrtsbedingungen existierten. Das war unter anderem der Fall im Einzugsbereich von Rhein und Elbe, aber auch - dank der märkischen Wasserstraßen - im Berliner Raum. Beispielsweise hatten nicht wenige der neu entstehenden Berliner Fabriken einen direkten oder indirekten Zugang zur Wasserstraße. Als Borsig - unter anderem einer der bedeutendsten deutschen Lokomotivbauer der Anfangszeit - in den Jahren 1847/48 für die Ver-

9 Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 2: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichseinigung, Berlin 1964, S. 73 ff.

10 Lärmer, Karl, Vierte Jahrestagung des interdisziplinären Arbeitskollektivs zur Erforschung der Geschichte der Produktivkräfte. Tagungsbericht, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 2, S. 269.

11 Engels, Friedrich, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 7 f.

sorgung seines Maschinenbaus das "Eisenwerk Moabit" errichtete, dehnte er dieses Hütten- und Walzwerk bis an die Spree aus, um Rohstoffe und Fertigteile kostengünstig auf dem Wasserwege transportieren zu können.

Weite Gebiete Deutschlands - darunter Sachsen - konnten sich dieses Vorteils jedoch nicht bedienen. Wenn hier trotz allem schon in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und vor der umfangreichen Nutzung der Dampfkraft eine beachtliche Zahl von Fabriken entstand¹², so deshalb, weil die Wasserkraft für den Antrieb der Maschinen zur Verfügung stand (bzw. tierische Muskelkraft genutzt wurde) und vor allem die sächsischen Spinnereien außerdem "leichtere" und wertvollere Rohstoffe verarbeiteten bzw. Waren zum Versand brachten, die - in Kombination mit dem Schifftransport - bis zu einem gewissen Umfang auch auf den Landstraßen befördert werden konnten. Für Leipzig, im Flachland und abseits der schiffbaren Flüsse gelegen, war die Situation vor allem gegenüber dem von seiner Lage an der Elbe begünstigteren Magdeburg besonders nachteilig (vgl. S. 49 ff.). Dies förderte in Leipzig den Wunsch nach einem vom Wasserweg unabhängigen Massenverkehrsmittel, das zuverlässig, billig und sicher den rasch wachsenden Transportanforderungen gerecht werden konnte. Die Eisenbahn spielte deshalb in den Plänen des Leipziger Handelskapitals schon sehr zeitig eine beachtliche Rolle. Es ist Beyer als Verdienst anzurechnen, daß er die früheren Untersuchungen über das Projekt einer Eisenbahnlinie zwischen Leipzig und Magdeburg durch Moltke und v. d. Leyen einer kritischen Analyse unterzog und dabei zugleich neue Fakten heranzog (vgl. S. 13 ff.).

Alles in allem wurden die vorhandenen Verkehrsmittel den mit der zunehmenden Industrialisierung verbundenen Anforderungen in keiner Weise gerecht, so daß der Zwang zu einer Lösung dieses Problems heranreife, wollte man nicht den Verzögerungseffekt unzureichender Transportmöglichkeiten für die kapitalistische Entwicklung noch weiter ausdehnen.

Auf diesen Verzögerungseffekt wies schon Wehner in seiner Rezension zu Band 2 von Motteks "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" hin,¹³ und Beyer schließt sich der Auffassung Wehners an. Er untermauert sie durch zahlreiche Quellenmaterialien, die im Unterschied zu Motteks Darlegungen den ausgeprägten Transportbedarf auf mehreren für die kapitalistische Entwicklung wichtigen Verkehrsverbindungen betonen und damit den spekulativen Charakter der Kapitalanlagen im Eisenbahnwesen relativieren (vgl. dazu unter anderem S. 190).

Die fehlenden Voraussetzungen für die massenhafte Produktion und den massenhaften Absatz der Großen Industrie auf dem Gebiet des Transportwesens waren deshalb im Verein mit dem von Marx und Engels betonten Konkurrenzaspekt sowie dem Mangel an gewinnträchtigen Kapitalanlagemöglichkeiten die entscheidende Ursache dafür, daß der Eisenbahnbau den Verlauf der Industriellen Revolution in Deutschland entscheidend prägte. Nicht zuletzt läßt sich das anhand des Umfangs der Investitionen ablesen. Berechnet man (ergänzend zu Beyers Angaben und zeitlich weiterführend), wie das Baudis und H. Nussbaum taten, den Anteil der Eisenbahninvestitionen an den Zehnjahressummen der Gesamtinvestitionen in

12 Vgl. die Forschungsergebnisse von Rudolf Forberger, zit. bei Beyer, Peter, Leipzig und die Anfänge des deutschen Eisenbahnbau, Weimar 1978, S. 42 ff.

13 Wehner, Heinz, Deutschlands Weg zum Industriestaat. Einige Bemerkungen zu den Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Hochschule für Ökonomie Berlin zu Fragen der industriellen Revolution in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1969, T. 1, S. 349 - 397.

Eisenbahn und Gewerbe in Deutschland, so erhält man für den Zeitraum 1851 bis 1859 und 1860 bis 1869 immerhin je einen Anteil von 50 Prozent, für den Zeitraum 1870 bis 1879 sogar von 60 Prozent.¹⁴

Eine notwendige Ergänzung dazu und zu der Feststellung, daß die Eisenbahnen einen außerordentlichen Einfluß auf die Industrielle Revolution in Deutschland und besonders auf die Herausbildung der eigentlichen Industrie ausübten, sind die absoluten Zahlen des Eisenbahnbaus im angeführten Zeitraum. Dabei gelangt man zu dem beeindruckenden Resultat, daß das Wachstumstempo sehr rasch zunahm. Seit der Eröffnung der ersten, nur 6,04 Kilometer langen Eisenbahnlinie Nürnberg - Fürth im Dezember 1835 wurden bis 1840 im Jahresdurchschnitt rund 116 Kilometer neue Eisenbahnlinien gebaut, von 1840 bis 1850 im Durchschnitt jährlich rund 539 Kilometer, von 1860 bis 1870 jährlich rund 584 Kilometer und von 1870 bis 1880 jährlich rund 1 490 Kilometer.¹⁵

Baudis und Hussbaum ziehen aus den obengenannten Zahlen (wie übrigens auch im Zusammenhang mit dem Investitionsumfang der "jungen" Industriezweige Elektro- und Chemieindustrie im Zeitraum von 1893 bis 1913) den voll zu akzeptierenden Schluß einer überragenden Bedeutung der Eisenbahninvestitionen nicht allein im Maßstab Deutschlands, sondern (vor allem im Hinblick auf den späteren Zeitraum) auch in dem der Weltwirtschaft.¹⁶ Daraus lassen sich weiterführende Überlegungen über die Stellung der Eisenbahnen im Rahmen der Industriellen Revolution ableiten, die eindeutig die Argumentation Beyers unterstützen. Generell zeigt sich dabei, daß die Verkehrsumwälzung im weitesten Sinne Bestandteil der Industriellen Revolution war. Ich verstehe unter Verkehrsumwälzung - genauso, wie das Beyer speziell für die Eisenbahnen betont - die Herausbildung moderner Massentransportmittel, die erstmalig einen schnellen, sicheren und billigen Transport von industriellen Massengütern erlaubten und auf diese Weise die Ausgangspositionen für die Eroberung nationaler und internationaler Märkte entscheidend mitbestimmten. Diese Verkehrsmittel erschlossen der sich rasch ausweitenden industriellen Produktion völlig neue Absatzgebiete, die bisher wegen zu hoher Transportkosten nicht zu erreichen waren. Sie beeinflussten und erleichterten aber auch die Standortwahl der Industrie und förderten die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Marx und Engels kennzeichneten diesen wahrhaft dynamischen Prozeß im "Kommunistischen Manifest" mit den Worten: "Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet ... An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander."¹⁷ Die Voraussetzungen dafür aber bildeten sich mit dem modernen Massentransport heraus, dessen Entwicklung naturgemäß im dialektischen Zusammenhang mit der der kapitalistischen Industrie stand. Beyer erwähnt in diesem Zusammenhang unter anderem entsprechende Hinweise von Marx im "Kapital".¹⁸

14 Baudis, Dieter/Nussbaum, Helga, Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, Berlin 1978, S. 67.

15 Die Eisenbahnen der Erde, in: Archiv für Eisenbahnwesen, Berlin 1881, S. 496; Deutsche Eisenbahn-Statistik. Betriebs-Jahr 1860; ebenda, Betriebs-Jahr 1870; Statistik der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen Deutschlands, Rechnungsjahr 1880/81.

16 Baudis, Dieter/Nussbaum, Helga, a. a. O., S. 68.

17 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 466.

18 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: ebenda, Bd. 23, Berlin 1962, S. 469.

Speziell im Hinblick auf das Verhältnis zwischen dem Verkehrswesen und der Industrie erläutert Beyer die Anforderungen an die Industrie, die sich, ausgehend von der Definition der Eisenbahn als einer der maschinellen Großproduktion entsprechenden Technologie, durch die umfangreiche technische Ausrüstung der Eisenbahnen ergaben (S. 38). Er verweist außerdem auf das Entstehen der Eisenbahnwerkstätten, die teilweise in den Anfangsjahren ein anderes produktionstechnisches Profil aufwiesen als in späteren Jahrzehnten.

Die vielen instruktiven Fakten können in folgender Weise ergänzt werden: Die Verkehrsumwälzung- und in ihrem Rahmen besonders das Entstehen der Eisenbahnen - setzte einen bestimmten Stand der Produktionserfahrung und -fertigkeiten voraus, der zugleich eine weitere Erklärung dafür gibt, daß in den Ländern, wo die Industrielle Revolution zuerst begann, erst diese Verkehrsumwälzung "die Krönung des Werkes" war. Die Werkzeugmaschine allein war nicht imstande, diese grundlegende Veränderung zu bewirken. Gleiches gilt für die ortsfeste Dampfmaschine. Dagegen setzte die Mobilität des Dampfschiffes und der Lokomotive nicht allein höchste Präzision der Fertigung voraus - weil Fehler im Betrieb sich durch die ständige Ortsveränderung und das Fehlen sofortiger Reparaturmöglichkeiten (besonders extrem bei der Seeschifffahrt!) weit schwerer bemerkbar machten als im stationären Betrieb, es mußte außerdem erst ein günstigeres Masse-Leistungs-Verhältnis entwickelt werden, die äußeren Abmessungen der Dampfmaschine mußten sich verringern (besonders für die Lokomotive), und vor allem mußte eine Energieübertragung entwickelt werden, die den ständigen Erschütterungen während der Fahrt standhielt. Diese Voraussetzungen konnte jedoch nur ein schon entwickelterer Maschinenbau erfüllen, wie er im Verlaufe der Industriellen Revolution entstand. In Deutschland konnte man hierbei auf die englischen Erfahrungen und die anderer Länder zurückgreifen. Der Anfang des deutschen Eisenbahnbaus war deshalb durch umfangreiche Importe gekennzeichnet, die nicht allein die Lokomotiven, sondern beispielsweise in großem Umfange auch Schienen betrafen, weil die Möglichkeiten zur Herstellung gewalzter Schienen, die man wegen der hohen Achsdrücke einsetzen mußte, in Deutschland sehr gering waren. Ausführliche und faktenreiche Untersuchungen haben zu dieser Problematik Wagenblaß und Fremdling¹⁹ vorgelegt, eine wichtige Rolle spielte sie in anderem Zusammenhang in Arbeiten von Schröter, Becker und Baar,²⁰ auf die sich auch Beyer bezieht. Dabei schließt er sich meines Erachtens völlig zu Recht der Feststellung der Genannten an, wonach die rasche Entwicklung der Eisenindustrie, des Maschinenbaus und des Kohlenbergbaus als für die Industrielle Revolution sehr wichtiger Zweige "überwiegend auf die Eisenbahnen zurückzuführen" sei (S. 48).

Generell betont er dabei die Komplexität des Eisenbahnbaus, der zweifellos im Rahmen der Verkehrsumwälzung, also des Entstehens moderner Massenverkehrsmittel, besonders extreme Anforderungen stellte, die beispielsweise bei der Schifffahrt nicht derart umfassend waren, weil sie einen natürlichen Verkehrs"weg" nutzen konnte, während für die Eisen-

19 Wagenblaß, Horst, Der Eisenbahnbau und das Wachstum der deutschen Eisen- und Maschinenbauindustrie 1835 bis 1860. Ein Beitrag zur Geschichte der Industrialisierung Deutschlands, Stuttgart 1973 = Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 18; Fremdling, Rainer, Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840 - 1879. Ein Beitrag zur Entwicklungstheorie und zur Theorie der Infrastruktur, Dortmund 1975 = Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte, Bd. 2.

20 Lothar, Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966 = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie, Bd. 4; Schröter, Alfred/Becker, Walter, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962 = Veröffentlichungen des Instituts für Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie, Bd. 2.

bahn bereits die Schaffung des Verkehrsweges ein erstes Feld der Bewährung bildete. Umfangreiche ingenieurtechnische Erfahrungen mußten gesammelt werden, ehe eine den Anforderungen entsprechende Lösung für den Unter- und Oberbau der Eisenbahn, besonders die Befestigung der Schienen, gefunden wurde, ehe eine funktionstüchtige Sicherung des Fahrweges einen fahrplanmäßigen Verkehr in größerem Umfange gestattete, ehe die Herstellung, der Einbau und die Fernbedienung der Weichen beherrscht wurden, um nur einige Beispiele zu nennen. Nicht minder umfangreich waren die Voraussetzungen für den Eisenbahnbrücken- und Tunnelbau, für die Schaffung von Rangieranlagen usw. Aber auch die Verkehrsmittel (Lokomotiven, Personenwagen und Güterwagen der verschiedensten Art) stellten Anforderungen, denen die Industrie erst allmählich voll gerecht werden konnte. Allerdings waren diese Aufgaben ein stark wirkender Stimulus für die Entwicklung ganzer Industriezweige; denn der massenhafte Bedarf der Eisenbahnen - später zusätzlich der Dampfschifffahrt und der elektrischen Nachrichtenübermittlung - förderte das Entstehen spezieller Fabriken, die in der Regel ausschließlich für das Verkehrswesen arbeiteten.

Seit Anfang der vierziger Jahre entstanden eigene deutsche Lokomotivfabriken, die schon bald ihren ausländischen Vorbildern ebenbürtige Leistungen aufwiesen und durch Neuentwicklungen auch den internationalen Lokomotivbau beeinflussten. Schon 1841 fuhr auf der im gleichen Jahr eröffneten Berlin - Anhalter Bahn die erste Lokomotive von Borsig, und bereits 1850 waren die bei den deutschen Eisenbahnen eingesetzten Lokomotiven aus deutschen Fabriken in der Überzahl. Die Eisenbahnstatistik dieses Jahres weist für 26 Bahnverwaltungen (die nahezu für das gesamte deutsche Schienennetz zuständig waren) einen Bestand an 692 Lokomotiven aus. Von ihnen kamen 396 (= 57,2 Prozent) aus deutschen Fabriken.²¹ Zwei Jahre später (hier wurden erstmalig alle dem Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen angehörenden Eisenbahnen erfaßt) zählte man bei 44 Bahnverwaltungen (ohne die Österreichischen Staatseisenbahnen und die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn) 1 185 Lokomotiven, 3 102 Personenwagen und 15 035 Güterwagen.²² Von ihnen kamen die Wagen ausschließlich, die Lokomotiven zum größeren Teil aus deutschen Fabriken, die durch diesen erheblichen Bedarf allein an rollendem Material naturgemäß einen beachtlichen Aufschwung erzielen konnten.

So beeinflusste die Eisenbahn - wie auch Beyer auf Seite 38 ff. begründet - die Entwicklung der Industrie ganz erheblich. Zugleich ergänzen diese Angaben die auf Seite 45 ff. gegebenen Erklärungen über die geringen zeitlichen Verzögerungen im Eisenbahnbau entwickelter und weniger entwickelter Länder trotz einem erheblichen ökonomischen Niveauunterschied. Für vollkommen berechtigt halte ich in diesem Zusammenhang die Feststellungen über die "hochbeachtlichen komplexen Auswirkungen" der Eisenbahnen "auf die eigentliche Industrie und den Prozeß der Industriellen Revolution als gesamtgesellschaftlicher Umwälzung überhaupt" (S. 46), wobei ich gleichzeitig auf die eingangs erwähnten Bemerkungen verweise.

Zusammenfassend kommt Beyer zu dem Schluß, daß die Eisenbahnen zwar nicht die Industrielle Revolution in Deutschland auslösten - diese Aufgabe fiel wie in anderen Ländern der Werkzeugmaschine zu -, sie jedoch in vielfältigsten Formen vorantrieben und Mitte der dreißiger Jahre "neben den Fortschritten in der unmittelbaren Produktion die besonders wichtige zweite Etappe" dieses Prozesses einleiteten (Seite 48).

Wie bereits erwähnt, setzt sich Beyer in diesem Zusammenhang wiederholt mit den Auffassungen Motteks auseinander, die er im Ergebnis seiner detaillierten Untersuchungen teils bestätigt, teils ergänzt, aber in einigen Punkten auch relativiert bzw. berichtigt (S. 190). Dabei seien zwei Feststellungen Beyers herausgehoben: das Bestehen einer Trans-

21 Deutsche Eisenbahn-Statistik, Betriebs-Jahr 1850.

22 Ebenda, Betriebs-Jahr 1852.

portkalamität vor dem Beginn des Eisenbahnzeitalters aufgrund des niedrigen Leistungs-niveaus des traditionellen Landtransportes und im Zusammenhang damit der ökonomische Zwang zum Eisenbahnbau auch in Deutschland sowie der geringe (von Mottek dagegen be-tonte) "spekulative Charakter" der Kapitalanlagen im Eisenbahnbau.

Zur "Transportkalamität" führt Beyer Fakten und Zahlen für einige der bedeutendsten Han-delsrouten Leipzigs an, die den umfangreichen Transportbedarf in diesem Raum bereits vor dem Aufkommen der Eisenbahnen eindeutig belegen. Für sehr notwendig halte ich in diesem Zusammenhang den Verweis auf Bondis Untersuchungen zum deutschen Außenhan-del,²³ insbesondere auf den Anteil der Kolonialwaren, der vor dem Beginn des Eisenbahn-baus "seine höchste Bedeutung im Handel und Transportwesen" erreichte und damit wesent-lich "zu dem Bedürfnis nach dem neuen Verkehrsträger" beitrug (S. 63). Interessant ist außerdem der Hinweis auf den sinkenden Anteil der Fertigwaren an den Importen Preußens bzw. des Deutschen Zollvereins von 21 Prozent im Jahre 1828 auf 9,5 Prozent im Jahre 1850. Im gleichen Zeitraum stieg dagegen der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel (be-sonders Kolonialwaren), der Rohstoffe und Halbfertigfabrikate von 66,8 Prozent auf 88,8 Prozent, wobei vor allem die letztgenannten einen erheblichen Zuwachs zu verzeichnen hatten (S. 62). Diese Zahlen gestatten nicht allein Rückschlüsse auf das steigende Tempo der Industrialisierung, sondern auch auf den wachsenden Bedarf an Massenverkehr, der mit den traditionellen Landverkehrsmitteln nicht mehr zu bewältigen war und außerdem einen bestimmten Umfang an Leistungsfähigkeit der Schifffahrt, speziell auch der Seeschiff-fahrt, voraussetzte.

Diese Situation war auch für Sachsen typisch, wo vor der verkehrsmäßigen Erschließung durch die Eisenbahn wie in anderen deutschen Staaten für die Produktion der sich entwickeln-den Industrie Rohstoffe und Kohle in erheblichem Umfang sehr aufwendig und kostenintensiv durch Fuhrwerke und teilweise sogar durch Tragtiere transportiert werden mußten. Die rasche Erweiterung der kapitalistischen Industrie wurde dadurch beträchtlich einge-schränkt. Hier ergaben sich dementsprechend gleichfalls echte Bedürfnisse nach einem modernen Massenverkehrsmittel, das unter den gegebenen Umständen nur die Eisenbahn sein konnte. Damit erweist sich jedoch der "spekulative Charakter" der Kapitalanlagen im Eisenbahnbau, für die Mehrzahl der Strecken nur dahingehend als relevant, daß wenig Er-fahrungen über den erforderlichen Kapitalbedarf und die mögliche Verzinsung des Kapitals bestanden. Allerdings wurde in jedem Falle ganz eindeutig das Profitstreben der Investi-toren angesprochen, wie unter anderem der "Aufruf an unsere Mitbürger in Sachsen, die Anlage einer Eisenbahn zwischen Dresden und Leipzig betreffend" beispielhaft bezeugt. Es heißt dort:

"Mitbürger! Diejenigen, die diese Worte an euch zu richten sich die Freiheit nehmen, sind weder Enthusiasten noch Ideologen; sie sind Geschäftsmänner, und wissen wohl, daß, wie sehr man sich die Ehre seines Vaterlandes und die öffentliche Wohlfahrt zu Herzen nehme, bei Privatunternehmungen noch andere Rücksichten und andere Pflichten in Betracht kommen ... Sie (die Eisenbahn - E. R.) wird also auf jeden Fall die landestüblichen Zinsen tra-gen und dann noch Aussicht auf eine ansehnliche Prämie gewähren müssen. Im entgegen-gesetzten Falle möchte die Anlegung von Eisenbahnen wohl eine verdienstliche, eine emp-fehlenswerte, eine das öffentliche Wohl sehr fördernde Sache sein, aber ihrer Natur nach, gleich den Chausseen, sich nur für die Regie der Regierungen eignen."²⁴

²³ Bondi, Gerhard, Deutschlands Außenhandel 1815 - 1870, Berlin 1958 = Deutsche Akade-mie der Wissenschaften. Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe 1; Allgemeine und deutsche Geschichte, Bd. 5.

²⁴ Aufruf an unsere Mitbürger in Sachsen, die Anlage einer Eisenbahn zwischen Leipzig und Dresden betreffend, Leipzig 1834, S. 5.

Wenn auch diese Ausführungen nichts über vorangegangene Berechnungen hinsichtlich des zu erwartenden Transportbedarfes aussagen, so lassen sie ebensowenig wie die Ankündigung anderer Projekte den Rückschluß auf eine "Spekulation" zu.

Darüber hinaus wird der nur partiell spekulative Charakter der Kapitalanlagen meines Erachtens auch darin sichtbar, daß die häufig – auch von Mottek²⁵ – erklärte Dominanz des Personenverkehrs in den Anfangsjahren der Eisenbahnen nur relative Gültigkeit besitzt. Temporär wie territorial weist die Bedeutungsrelation zwischen Personen und Güterverkehr erhebliche Unterschiede auf. Der Standpunkt zu dieser Frage, den Mottek und andere Autoren beziehen, wird allerdings durch Meinungen gestützt, die noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts vertreten wurden, wie in der "Geschichte der Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen": "Anfangs hatte man bei Herstellung der Eisenbahnen vorzugsweise den Personenverkehr im Auge, weil nach den damaligen Anschauungen und herrschenden Bedürfnissen die Vorzüge des neuen Transportmittels mehr in der größeren Schnelligkeit der Transportweise, die namentlich dem Personenverkehr zugute kommen sollte, gesucht wurden, als in der Mächtigkeit der Güterbewegung."²⁶ In der gleichen Veröffentlichung (wie auch in anderen Quellen) wird jedoch (im offensichtlichen Widerspruch zum obigen Zitat) durch Zahlen belegt, daß der belebende Effekt der Eisenbahnen für die industrielle Entwicklung im Zusammenwirken mit den bereits vorhandenen Verkehrsbedürfnissen zu einer raschen Veränderung der Situation, meist schon unmittelbar nach Inbetriebnahme einer Gesamtstrecke, führte. Beispielsweise wurde 1837 nach Eröffnung einer nur 7,41 Kilometer langen Teilstrecke der Leipzig – Dresden Eisenbahn überhaupt kein Güterverkehr, dafür aber rund 2,2 Millionen Personenkilometer nachgewiesen. Das bedeutete, daß vom 24. April 1837 bis Jahresende zwischen Leipzig und Althen (die zweite Teilstrecke wurde erst am 12. November dieses Jahres zwischen Althen und Gerichshain in Betrieb genommen) rund 300 000 Personen (sicher vorwiegend aus Gründen der "Neugier") mit dieser Eisenbahn fuhren. Schon im folgenden Jahr wurden dagegen rund 63 000 Tonnenkilometer im Güterverkehr ausgewiesen, und 1839 – nach Eröffnung der gesamten Strecke am 7. April – waren es rund 1,4 Millionen Tonnenkilometer, das heißt, daß sich der Güterverkehr durch die gestiegene Wertigkeit der Verbindung nach Eröffnung der Gesamtstrecke im Verlaufe nur eines Jahres knapp auf das Dreißigfache erhöhte.²⁷ Diese rasche Entwicklung des Güterverkehrs zeigte sich unter anderem auch im Bestand an Güterwagen, die im Hinblick auf den tatsächlichen Bedarf angeschafft wurden. Besaßen 1839 die sächsischen Eisenbahnen 106 Personenwagen und 129 Güterwagen, was einem Verhältnis von 45,1 Prozent zu 54,9 Prozent entsprach,²⁸ so stellten die Güterwagen bei den deutschen Eisenbahnen schon 1850 einen Anteil von 80,3 Prozent am Gesamtbestand, die Personenwagen dagegen von nur 19,7 Prozent.²⁹ Auch bei den Einnahmen überwog schon relativ früh der Güterverkehr. Leider liegen exakte Zahlen erst aus dem Jahre 1850 vor. Sie weisen einen Anteil der Einnahmen aus dem Gesamtgüterverkehr (einschließlich der Militärtransporte und des Gepäckverkehrs, die jedoch nicht erheblich waren) von 57,9 Prozent aus, während der Personenverkehr mit 42,1 Prozent an den Gesamteinnahmen partizipierte.³⁰ Dabei ist außerdem zu berücksichtigen, daß die Gütertarife der Eisenbahnen – besonders für Massengüter – im

25 Mottek, Hans, a. a. O., S. 150 ff.

26 Ulbricht, Geschichte der Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen. Denkschrift zur Feier der achthundertjährigen Herrschaft des Hauses Wettin in den sächsischen Landen, Dresden 1889, S. 126.

27 Ebenda, S. 127.

28 Ebenda, S. 120.

29 Deutsche Eisenbahn-Statistik, Betriebs-Jahr 1850.

30 Ebenda.

Verläufe des 19. Jahrhunderts ständig sanken. Nach Voigt erreichten die Tarife Werte, die für Massengüter zwischen 42,3 und 94,2 Prozent und für Stückgüter zwischen 42,4 und 76,8 Prozent der ursprünglichen Beträge ausmachten. Im Personenverkehr sanken die Tarife auf Werte, die zwischen 42,3 und 73,7 Prozent der Ausgangsbeträge lagen.³¹

Natürgemäß läßt sich im Rahmen einer Rezension eine derartige Problematik nur andeuten, ohne daß sie anhand zahlreicher Beispiele schlüssig belegt werden kann. Beyer hat dies für seinen Untersuchungsgegenstand getan, und es ist ihm zu bescheinigen, daß er es mit Erfolg tat und zugleich zahlreiche Anregungen für weiterführende Untersuchungen gab.

Verlag H. v. S. ...
Preis: 10,-

von Rudolf Schöckl

In der Abel-Festschrift ...

Zur die industrielle Agrikulturforschung ...

31 Voigt, Fritz, Verkehr, Bd. 2, 1. Hälfte: Die Entwicklung des Verkehrssystems, Berlin (West) 1965, S. 569 f.

Eine Informationsquelle der agrarhistorischen Grundlagenforschung

Bestandsaufnahme agrarhistorischer Beiträge des Werkes
Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkularen Wandel.

Festschrift für Wilhelm Abel zum 70. Geburtstag, hg. v.
Ingomar Bog, Günther Franz, Karl-Heinrich Kaufhold,
Wolfgang Zorn = Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen,
Nr. 70, Bd. 1 - 3, hg. v. der Agrarsozialen Gesellschaft e. V.
Göttingen

Verlag M. + H. Schaper, Hannover 1974, 826 Seiten,
Preis: 90,- DM

von Rudolf Berthold

In der Abel-Festschrift berichteten 44 Wirtschaftshistoriker aus 18, über drei Kontinente verteilten, darunter auch sozialistischen Ländern über thematisch unterschiedliche Forschungen, wodurch ein breites Spektrum an Informationen gegeben wird. Der Kreis der Autoren erfaßt sowohl bürgerliche als auch marxistische Wissenschaftler. Da sie zu den führenden Fachleuten der einzelnen Staaten gehören, besitzt die Festschrift ein hohes Niveau. Die Mehrzahl der Autoren bevorzugt, wie der Jubilar, quantitative Methoden, mit deren Hilfe der wirtschaftshistorischen Forschung nicht nur eine erheblich breitere Materialbasis erschlossen werden konnte, sondern auch neue wissenschaftliche Erkenntnisse möglich sind.

Für die internationale Agrargeschichtsforschung ist Wilhelm Abel ein bedeutender Gelehrter, der wesentlich zu deren Ausgestaltung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beitrug. Seine agrargeschichtlichen Hauptwerke befassen sich, sieht man einmal von seiner "Deutschen Agrargeschichte" ab, mit für die europäische Agrargeschichte relevanten Themen, die sich räumlich auf weite Teile West-, Mittel-, Nord- und Osteuropas erstrecken. Schwerpunktmäßig untersuchte er die säkularen Schwankungen in der Land- und Ernährungswirtschaft seit dem hohen Mittelalter bis zum Ende der Industriellen Revolution, die eine wirtschaftshistorisch neue Epoche einleitete. Im Rahmen des langfristigen Entwicklungstrends wandte er den kurzfristigen Schwankungen seine besondere Aufmerksamkeit zu. Diese weitgespannte Thematik machte zwei grundlegende Tatsachen deutlich; zum ersten die überragende Rolle der Getreidewirtschaft im feudalen Wirtschaftsleben und zum zweiten deren Einfluß auf die entscheidenden Wirtschaftskrisen des Feudalismus. Die Unsicherheit der Getreideerntes, die in Mißernten gipfelte, löste Versorgungskrisen aus, die sehr schnell das gesamte Wirtschafts- und Sozialleben erfaßten und als Krisen vom alten Typus in die Wirtschaftsgeschichte eingegangen sind. Auch die langfristige Agrardepression des 14. und 15. Jahrhunderts, die ebenfalls eine europäische Erscheinung war, hing sehr eng mit tiefgreifenden Störungen in der Getreidewirtschaft zusammen. In der Feudalismusforschung sind wir durch diese Erkenntnisse beträchtlich vorangekommen.

Von den drei Bänden der Festschrift befassen sich die einzelnen Bände mit:
Agrarische Wirtschaft und Gesellschaft in vorindustrieller Zeit (Band 1),
Die vorindustrielle Zeit: Außeragrарarische Probleme (Band 2),
Wirtschaft und Gesellschaft in der Zeit der Industrialisierung (Band 3).

Bei der sachlichen Breite der Themen, der Ausdehnung des Darstellungsraumes und der Länge des Untersuchungszeitabschnittes kann sich die vorliegende Rezension nur auf das Teilgebiet der Wirtschaftsgeschichte beschränken, in dem der Jubilar seine Hauptwerke verfaßte, auf die Agrargeschichte, obwohl dabei so gewichtige Aufsätze wie der von Jürgen Kuczynski über den Vergleich von industrieller und wissenschaftlich-technischer Revolution und der von Karl-Heinrich Kaufhold über Inhalt und Probleme einer preußischen Gewerbestatistik vor 1860 (beide Bd. 3) nicht gebührend gewürdigt werden können.

An das Abelsche Wüstungsbuch¹ knüpfte Karl-Heinz Blaschke mit seinen Ausführungen über die Ursachen des spätmittelalterlichen Wüstungsvorganges in Sachsen an (S. 55 - 65)². Wie Abel sieht er die Pestwellen als die Hauptursache für das Wüstwerden von Bauernstellen an. Bevölkerungsentwicklung und Wüstungsvorgang will er als eine Einheit betrachtet wissen. Während aber Abel die Wüstungsperiode des 14. und 15. Jahrhunderts als eine Zeit beschrieb, die unter dem Vorzeichen einer langfristigen Agrardepression stand, ist sie für Blaschke eine Periode erheblicher landwirtschaftlicher Fortschritte. Nach seinen Berechnungen konnten um 1300 erst vier sächsische Bauern einen Städtebürger ernähren, um 1550 schaffte das bereits ein Bauer. Damit stieg innerhalb von zirka 250 Jahren die Produktivität der agrіkollen Arbeit auf das Vierfache. Gleichzeitig erweiterte sich das Produktionsfeld des Gewerbes. "Es handelt sich bei diesem Tatbestand um elementare Entwicklungen, die die ganze europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte unseres Jahrtausends durchziehen", so Blaschke (S. 61). Es bleibt nur zu wünschen, daß Blaschke Zeit und Muße finden möge, den "elementaren" Anstieg der Arbeitsproduktivität in der sächsischen Landwirtschaft des Spätmittelalters in einer Studie beschreiben zu können. Die Fachwelt würde das mit größtem Interesse aufnehmen. Abel, der mit großer Sorgfalt die deutsche und ausländische Literatur durchsah, konnte keine Quellenstelle zur Erhärtung seiner These von den landwirtschaftlichen Fortschritten beibringen.

Mit der Problematik der Getreidepreisentwicklung und dem Realeinkommen beschäftigte sich Wilhelm Abel sehr ausführlich. Dem trug Walther Achilles mit seinem Beitrag über die Auswirkungen der Getreidepreissteigerungen gegen Ende des 18. Jahrhunderts auf das Realeinkommen von Erzeugern und Verbrauchern Rechnung (S. 112 - 130). Im Gegensatz zu Abel, der langfristige Reihen miteinander verglich und Schlußfolgerungen aus deren Trends zog, setzte Achilles für wesentlich kürzere Zeiträume die absoluten Zahlen der Getreidepreise mit denen der Löhne in Beziehung. Hierzu wurden in subtiler Kleinarbeit die Jahreslöhne von 1770 bis 1802 aus den Tagelöhnen ermittelt und die verschiedenen Rechenwege gegeneinander abgewogen. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, daß eine wechselnde Wirtschaftslage unmittelbar zu unterschiedlichen Jahreseinnahmen führte, wobei die Abweichungen vom Mittelwert zwischen - 13,3 und + 13 Prozent schwankten. Für die Lohnarbeiter brachte das unsichere Realleinkommen, die ab der Jahrhundertwende auch absolut sanken. Zur gleichen Zeit stieg durch die höheren Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse das Realeinkommen der Bauern. Die Getreidepreissteigerung führte bei Lohnarbeitern und Bauern auf der Realeinkommenseite bereits damals zu unterschiedlichen Ergebnissen.

1 Abel, Wilhelm, Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, 3. Aufl. Stuttgart 1976 = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 1.

2 Nicht näher bezeichnete Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf die rezensierte Festschrift. Die drei Bände haben eine durchgehende Seitennumerierung.

Die Preisentwicklung für landwirtschaftlichen Boden gehörte ebenfalls zu den Forschungsgegenständen von Wilhelm Abel. Hierzu fertigte Harald Winkel eine interessante Studie zur Preisentwicklung landwirtschaftlicher Grundstücke in Niederbayern von 1830 bis 1870 an (S. 565 - 577). Mitte des 19. Jahrhunderts soll die Mobilität landwirtschaftlicher Grundstücke in Niederbayern besonders groß gewesen sein. (Die gleiche Erscheinung läßt sich übrigens auch für das Königreich Preußen belegen.) In Bayern wurde deshalb 1852 ein Gesetz gegen die gewerbsmäßige Parzellierung landwirtschaftlicher Betriebe erlassen, aber bereits 1862 wieder aufgehoben, weil es den landwirtschaftlichen Fortschritt hemmte. Die kapitalistische Bodenbewirtschaftung benötigte bekanntlich den freien Bodenverkehr aus vielerlei Gründen. Die Ursachen für den steigenden Handel mit landwirtschaftlichen Grundstücken lagen im Wegfall der alten feudalen Rechtsschranken, im Vorhandensein ausreichend freier Geldmittel bei den ehemaligen Grundherren durch die Ablösungsgebühren der Bauern, im Bestreben, den landwirtschaftlichen Betrieb zu verbessern, und in der zunehmenden Rentabilität der Landwirtschaft. Zwischen 1840 und 1870 bildete die bayerische Landwirtschaft, und nicht nur diese, eine lohnende Kapitalanlage, was Winkel an der Preisentwicklung für Getreide, tierische Produkte und Kartoffeln nachweisen konnte. Das wirkte sich wertsteigernd auf den landwirtschaftlich genutzten Boden aus, der bei Verkäufen höhere Erlöse brachte. Bei der Bewertung des Bodens wurde stärker differenziert. Solche Faktoren, wie Marktnähe, Größe der Parzellen, Bodenqualität, Bewirtschaftungszustand, und ähnliche wurden mehr als früher berücksichtigt. In den sechziger Jahren trieben Spekulanten die Grundstückspreise zusätzlich hoch. Allgemein stiegen die Preise für Ackerland von 1830 bis 1870 um 250 Prozent und für Wiesen um 100 Prozent.

Mit der Bodenmobilität im Spätmittelalter beschäftigte sich der Beitrag von Leopold Genicot (S. 263 - 276). Diese Problematik ist für die Agrargeschichte von erstrangigem Interesse. Für Deutschland wissen wir über die Bodenbewegung im Kapitalismus, für die es wesentlich bessere Informationsquellen als für den Feudalismus gibt, noch sehr wenig. Die Forschung auf diesem Gebiet ist nicht nur mühselig, sondern obendrein noch mit großen Schwierigkeiten verbunden, weil Kataster und Hypothekenbücher nicht ungehindert eingesehen werden können. Statistiken über die Bodenbewegung sind eine ausgesprochene Seltenheit. Um zu Erkenntnissen über die Bodenmobilität zu kommen, fordert Genicot die Untersuchung geschlossener Gebiete über einen längeren Zeitraum. Erst dann sei es möglich, Gruppen bilden zu können, die eine statistische Auswertung zulassen, um die Ursachen der Mobilität zu erkennen. Genicot analysierte für Frankreich und Belgien die Quellengruppen, die über die Bodenmobilität im Spätmittelalter Auskunft geben. Sein Ergebnis ist insofern enttäuschend, als keine Quellengruppe an sich ausreichende Informationen vermittelt. Er hält es aber für möglich, durch eine Kombination aller Quellengruppen grobe Vorstellungen über die Bodenbewegung zu erhalten. Im Anhang wurden einige interessante Details über die Bodenbewegung mitgeteilt, die so gar nicht mit dem überlieferten Bild einer "festen" Besitzordnung im Mittelalter übereinstimmen.

Die historische Entwicklung des Preis- und Kostengefüges in der Landwirtschaft gehörte schon frühzeitig zu den bevorzugten Forschungsgegenständen von Wilhelm Abel. Ihre Auswirkungen auf die Produktionsstruktur untersuchte J. A. Faber in seinem Beitrag am Beispiel der friesischen Bauern im 18. Jahrhundert (S. 188 - 198). Die niederländische Provinz Friesland besaß riesige Grünlandflächen, und die dortige Landwirtschaft basierte vorrangig auf deren Verwertung. Anfang des 18. Jahrhunderts wurden die Grünländereien viehwirtschaftlich genutzt. Als die Viehpreise zu sinken begannen, extensivierten die Bauern ihren Betrieb und verkauften einen Teil des Heues. Es wurde jährlich soviel Heu außer Landes gebracht, wie für den Erhalt von 7 000 Milchkühen erforderlich war. Das entsprach einem Zehntel des Rinderbestandes der Provinz. Der Heutransport bildete ein lohnendes Gewerbe für die Schifffahrt, die dafür eine Flotte von rund 50 Schiffen einsetzte. Als in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Viehpreise wieder anstiegen, ging der Heuexport zugunsten der Erhöhung des eigenen Viehstapels zurück. Nur in den Jahren sehr guter Heu-

ernten erreichte man die früheren Ausfuhrmengen. Der Anhang des vorliegenden Aufsatzes bringt interessante betriebsökonomische Kennziffern über einen viehwirtschaftlich orientierten Modellbauernhof von 30 Hektar.

In einem mit Tabellen prallgefüllten Beitrag berichtete Albert Hauser über die Produktivität der schweizerischen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert (S. 597 - 616), das heißt über deren Ertragsintensität. Mit Recht wies er auf die zentrale Bedeutung der Produktivität für die Erforschung der Agrargeschichte hin. Er sieht sie als Ergebnis eines Komplexes von Einflußfaktoren, deren Einwirkungsgrad und gegenseitige Bedingtheit noch unzureichend bekannt ist, wobei es meist nicht möglich sei, den Einfluß einzelner Faktoren voneinander abzugrenzen. Während sich die Betriebsgrößenstruktur in der Schweizer Landwirtschaft, die vor allem durch Parzellen und Kleinwirtschaften bestimmt wurde, nur wenig änderte, gab es beträchtliche Fortschritte in der Betriebswirtschaft durch den Übergang zur Getreide-Hackfrucht-Wirtschaft. Die damit verbundene bessere Bewirtschaftung des Bodens führte zu einer beachtlichen Produktivitätserhöhung. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wirkten weitere Faktoren auf die Produktionsstruktur ein. Die Rinderhaltung entwickelte sich bei gleichzeitiger erheblicher Leistungssteigerung zu einem exportintensiven Wirtschaftszweig. Getreide- und Futtermittel wurden eingeführt, obwohl deren Erträge stärker als vorher anstiegen. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurde die Schweiz (wie auch die meisten europäischen Länder) von der langfristigen Agrarkrise erfaßt, die zu einer zunehmenden Rationalisierung des landwirtschaftlichen Betriebes und zum Ruin wirtschaftsschwacher Bauern führte. Damit wurde die drückende Lage breiter Kreise des schweizerischen Landvolkes noch verstärkt, die nach Hausers Forschungen eine Massenerscheinung des 19. Jahrhunderts darstellte. Wir haben es hier mit einem ähnlichen Vorgang wie in Deutschland zu tun; Dem Aufschwung der materiellen Produktion stand für große Teile der Produzenten kein ebensolcher auf sozialem Gebiet zur Seite. Die Massenarmut nahm eher noch zu. Dem instruktiven Aufsatz, der vieles nur andeuten konnte, wurde ein ausführlicher statistischer Anhang beigegeben, der internationale Vergleiche ermöglicht.

Mit einem ganz speziellen Zweig der Bodenproduktion im Spätféudalismus, der bislang in der deutschsprachigen Fachliteratur weitgehend vernachlässigt wurde, befaßt sich Karl F. Helleiner für Nieder- und Oberösterreich; mit den Sonderkulturen in den Feldgärten (S. 131 - 142). Die Menschen ernährten sich nicht nur von dem auf der Dorfflur angebauten Getreide. Teile der Feldgärten wurden mit weiteren Nutzpflanzen bestellt, die der Ernährung oder der gewerblichen Weiterverarbeitung dienen. Erstaunlich war in Österreich die Vielfalt der Anbauformen, die die Bauern zur Nutzung von Allmende und Ackerland für Sonderkulturen entwickelten, wobei sie Rücksicht auf unterschiedliche Interessen der Grundherren und der Nachbarn nehmen mußten. Die Feldgärten gab es als zeitweilige oder ständige Einrichtungen bei wechselnder Größe. Sie wurden mit einem Zaun umgeben. Selbst beim Anbau von Sonderkulturen auf dem Brachfeld war der Zaun üblich. In der Wahl der anzubauenden Nutzpflanzen besaßen die Bauern volle Freiheit. Getreide wurde nur selten angebaut. Ein kurzer Exkurs über die Konservierung des Kohls durch Sieden und Lagerung in Erdgruben beschließt die interessanten Ausführungen.

Mit der ländlichen Sozialstruktur im Spätféudalismus befaßten sich zwei Beiträge, die eine wichtige Bereicherung dieser Seite der Agrargeschichte darstellen. Othmar Pickl untersuchte den Arbeitskräfte- und Viehbesatz sowie die Vermögensverhältnisse steiermärkischer Bauernhöfe auf der Grundlage des Leibsteuerverzeichnisses von 1527 und der Gült-schätzung des Jahres 1542 und konnte so wertvolle Kenntnisse über die Betriebsgrößenstruktur des 16. Jahrhunderts vermitteln. Während der Arbeitskräftebesatz mit 40 bis 66 auf 100 Hektar für moderne Vorstellungen sehr hoch war, überschritt die Zahl der Fremdarbeitskräfte selten eine pro Wirtschaft. Mit dem hohen Arbeitskräftebesatz korrespondierte der beachtliche Viehbesatz von 31 bis 91 Großvieheinheiten auf 100 Hektar (ein-

schließlich der Almen). Günther Franz berichtete über eine erste Auswertung der Kopfsteuerbeschreibungen der Fürstentümer Calenberg-Göttingen und Grubenhagen von 1689. 76 Prozent der Gesamtbevölkerung wohnten in den Dörfern. Insgesamt gab es 20 Prozent Vollbauern, 44 Prozent Kötner, 18 Prozent Brinksitzer und Beibauern, 4 Prozent sonstige Landbesitzer und 14 Prozent Häuslinge. Vollbauern und Landlose, die beiden Extreme der Sozialstruktur, stellten Ende des 17. Jahrhunderts nur die Minderheit der Dorfbewohner. Deren Mehrheit bestand aus kleinen Landbesitzern, deren Bodenausstattung nur ein kärgliches Leben erlaubte.

Während sich die Mehrzahl der agrargeschichtlichen Beiträge der Festschrift mit der Wirtschaftsgeschichte des Landbaues befaßte, behandelten weitere Artikel politische Vorgänge, die deshalb für den Agrarhistoriker von Interesse sind, weil sie maßgeblichen Einfluß auf die Gestaltung der Agrarverhältnisse und der Agrarproduktion hatten.

Für Ungarn untersuchte Szigmund Pal Pach die Stellung des Bauernkrieges von 1514 in der Agrargeschichte (S. 199 - 211). Ausführlich beschäftigte sich Pach mit den Fortschritten der ungarischen Landwirtschaft im 14. und 15. Jahrhundert, die den erheblichen Ochsenexport ermöglichte, dessen erster Höhepunkt in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts lag. Den Aufschwung der bäuerlichen Landwirtschaft suchten die Grundherren auf ihre Weise auszunutzen. Sie erhöhten die Feudalrente und führten neue Binnenzölle ein. Ähnlich wie Wilhelm Abel es für Mittel- und Westeuropa nachgewiesen hatte, konnte auch Pach für Ungarn feststellen, daß mit dem Übergang zum 16. Jahrhundert die Agrarpreise schneller als die für gewerbliche Erzeugnisse stiegen und sich die Preisschere zugunsten der Landwirtschaft öffnete. Der Anstieg der Agrarpreise mag die Ursache dafür gewesen sein, daß die Grundherren stärker die Geldrente erhöhten. Gleichzeitig verlangten sie mehr Naturalabgaben. Das kam nicht nur ihrem eigenen Haushalt zugute. Es ließ eine stärkere Teilnahme am gewinnbringenden Agrarhandel zu. Gegen ihre zunehmende Ausbeutung setzten sich die Bauern erfolglos zur Wehr. Die Herren nutzten ihren Sieg, um ein durchgängiges Feudaleigentum am Bauernland einzuführen, die Bauern an den Boden zu binden und die Fronntenste drastisch zu erhöhen. Damit war die ungarische Bauernschaft in das System der Erbuntertänigkeit gezwängt.

Mit den Bauernaufständen in Frankreich zwischen 1548 und 1648 befaßte sich Emmanúel Le Roy Ladurie. Dabei setzte er sich kritisch mit Ergebnissen der bisherigen Forschung zu einigen wichtigen Aspekten des Klassenkampfes im Feudalismus auseinander. Dies gilt zum Beispiel für das ausgeprägte Klassenbewußtsein der Bauern, das ihren Widerstand gegen feudale wie städtische Bedrücker bestimmte und die Auffassung widerlegt, wonach die Bauern nur "geistige Kostgänger" städtischer Theoretiker gewesen seien. Außerdem richteten sich die meisten Bauernaufstände von 1360 bis 1775 nicht unmittelbar gegen die örtlichen Feudalherren (Grundherren), sondern besaßen vor allem auch einen "antifiskalischen" Charakter, der die Grundherren nur insoweit betraf, als diese fiskalische Funktionen im Territorium ausübten. Die Bauern wandten sich mit ihren Aktionen auch gegen die Abschöpfung des Mehrproduktes durch die Städte. Schon frühzeitig zeigte sich der Gegensatz von Stadt und Land. Als Organisationsform der aufständischen Bauern ermittelte Ladurie für seinen Untersuchungsbereich die ländliche Gemeinde. (Um die überregionale Gültigkeit dieser Feststellung zu erhärten, bedarf es weiterer Untersuchungen. Dabei steht die Notwendigkeit, die interdisziplinäre Komplexforschung zur Geschichte der Dorfgemeinde in der DDR mit stärkerem Nachdruck zu betreiben, außer Zweifel.) Die Vorsteher der Gemeinden und die Priester, die einen engen Kontakt zu "ihren" Bauern hatten, stellten die ländlichen Führungsschichten. Entsprechend den übergeordneten Verwaltungseinheiten organisierten sich die Kommunen zu größeren Kampfverbänden, an deren Spitze oft des Kriegshandwerks kundige Männer standen. Mit seinen Ausführungen machte Ladurie deutlich, daß die gründliche Untersuchung regionaler Spezifika unerläßliche Bedingung für weitergehende Schlußfolgerungen ist.

Einer völlig anderen Problematik wandte sich Alfred Hoffmann mit seiner Fragestellung nach den Ursachen der wirtschaftlichen Rückständigkeit im Kaisertum Österreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu, die er in erster Linie in den zeitlich verzögerten und unzureichend durchgeführten Agrarreformen sah (S. 578 - 596). Bekanntlich verliefen die Agrarreformen sehr schleppend, und erst auf der Grundlage der 1848 erlassenen Gesetze wurde der überholte Untertänigkeitsverband zwischen Bauern und Herren aufgelöst. Die Herstellung des freien bäuerlichen Eigentums konnte in den österreichisch-böhmischen Erbländern noch relativ leicht erfolgen, weil das Bauernland bereits feudalarrechtlich von dem Herrenland getrennt war. In Ungarn lag die Sache schwieriger. Zu einer Bauernwirtschaft gehörten Urbarialland und von den Gutsbesitzern direkt zugeteilter Boden. Die Überführung des Bodens in freies bäuerliches Eigentum wurde nur zögernd betrieben. Außerdem machte die Regierung dem ungarischen Adel Zugeständnisse, wodurch dieser gewisse feudale Rechte weiter ausüben konnte (Vorrechte in der Allmendenutzung, Beibehaltung von Frondiensten und ähnliche Privilegien). Trotz des für die Bauern ungünstigen Verlaufes der Agrarreformen gab es relativ schnell spürbare Fortschritte in der Landwirtschaft. Aber insgesamt entsprachen diese nicht den Erwartungen, und die österreichisch-ungarische Landwirtschaft blieb hinter der anderer Länder zurück. Es gab dabei beträchtliche regionale Unterschiede. Die Ursachen für das Zurückbleiben sah Hoffmann in der hohen steuerlichen Belastung des Bodens, in den vielen feudalen Überresten und in dem ungünstigen Preis-Kosten-Gefüge.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß sich die agrarhistorischen Beiträge der Abel-Festschrift vor allem durch eine gründliche Auswertung teils neu erschlossener Quellen auszeichnen. Auch wenn ihr Hauptgewicht bei der territorial begrenzten Detailforschung liegt, bieten sie wertvolle Ansatzpunkte für internationale Vergleiche und damit für weitergehende, überregionale theoretische Verallgemeinerungen in wichtigen Einzelfragen. Diese Einzelfragen in ihren historischen Dimensionen richtig zu erfassen und zum Kern daraus abgeleiteter Erkenntnisse vorzudringen setzt jedoch voraus, daß sie stärker in den Systemzusammenhang der Produktionsverhältnisse mit ihren Klassengegensätzen und Klassenkämpfen eingebettet werden.

Zur Wirtschaftspolitik Preußens im 18. Jahrhundert

Bemerkungen zu

Ingrid Mittenzwei, Preußen nach dem Siebenjährigen Krieg. Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Staat um die Wirtschaftspolitik = Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 62

Akademie-Verlag, Berlin 1979, 266 Seiten, Preis: 24,- M

von Klaus Vetter

In BRD-Massenmedien wirksame Historiker und historisierende Journalisten haben in letzter Zeit eine "sensationelle" Entdeckung gemacht: Die DDR-Geschichtswissenschaft beschäftigt sich mit der Geschichte Preußens! Da wird nun gerätselt, warum eine "plötzliche" Hinwendung zur preußischen Vergangenheit eines großen Teils des Territoriums der DDR vollzogen wurde, wobei dann die absonderlichsten "Erklärungen" konstruiert werden - bis hin zu der Behauptung, die DDR sei eigentlich ein "rotes Preußen". Sie habe ihre Erfolge nicht wegen, sondern trotz der Führung der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Partei der Arbeiterklasse errungen, dank der überlieferten und weiterwirkenden "preußischen Tugenden": Sparsamkeit, Genügsamkeit, Unterordnung des einzelnen unter das Ganze, Respektierung des Prinzips "Dienen und Gehorchen" usw. Veredelt worden sei dieses "rote Preußentum" noch durch einen guten Schuß "sächsischer Behendigkeit".

Im Grunde bezeugen derartige Äußerungen nur das Ignorantentum der "bundesdeutschen Entdecker" gegenüber den Forschungsergebnissen der Geschichtswissenschaft der DDR. Zum einen gibt es bei uns seit langem eine klar umrissene Position zur preußischen Geschichte, wobei unterschieden wird zwischen dem Preußentum, dem preußischen Staat und den Menschen, die in diesem Staat lebten und wirkten. Das Preußentum war und ist eine reaktionäre Ideologie zur Manipulierung der Volksmassen im Interesse der jeweils herrschenden Ausbeuterklasse. Der preußische Staat war ein Machtinstrument der Feudal- bzw. Kapitalistenklasse. Unter bestimmten historischen Voraussetzungen (zum Beispiel in der Reformzeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts) konnte jedoch auch der preußische Staat von progressiven Kräften zur Durchsetzung des historischen Fortschritts genutzt werden. Von den Menschen, die in Preußen lebten, wurden zum Teil hervorragende technische, kulturelle, wirtschaftliche und politische Leistungen vollbracht, die wir bewußt als unser Erbe pflegen und an denen auch gekrönte Häupter Anteil hatten.¹

1 Vgl. dazu Bartel, Horst/Mittenzwei, Ingrid/Schmidt, Walter, Preußen und die deutsche Geschichte, in: Einheit, Nr. 6/1979, S. 637 ff.; Mittenzwei, Ingrid, Absolutistisches Preußen und historisches Erbe, in: Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik, Wissenschaftliche Mitteilungen, Nr. 1 - 2/1979, S. 49 ff.

Zum anderen ist es eine Tatsache, daß sich die Historiker der DDR stets intensiv mit der preußischen Geschichte befaßt haben. Es ist nur natürlich, daß dabei in den ersten Jahren, als es galt, zusammen mit den sozialen Wurzeln des preußisch-deutschen Militarismus auch dessen Ideologie zu zerrotten, die Auseinandersetzung mit dem reaktionären Preußentum überwog.² Doch es blieb schon seinerzeit nicht bei der notwendigen Polemik, sondern es setzten gründliche Forschungen zur politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Entwicklung Preußens sowie zum Klassenkampf der Bürger, Bauern und des Proletariats ein, um die Rolle Preußens und des Preußentums in der deutschen Geschichte aufhellen zu können. Schon zu Beginn der siebziger Jahre waren die in der DDR erschienenen Arbeiten zur preußischen Geschichte nur noch schwer zu überblicken.³ Auf dieser geschichtlichen Grundlage - die es aber erst einmal in Auseinandersetzung mit der von der borussophilien Historiographie des 19. Jahrhunderts begründeten und von bürgerlichen Historikern bis in die Gegenwart gepflegten Hohenzollernlegende⁴ zu erarbeiten galt - sind dann auch einige populärwissenschaftliche Publikationen erschienen.⁵ Vielleicht waren sie der Anstoß für die Entdeckung einer "Preußenwelle" in der DDR.

Zu den profiliertesten Spezialisten der preußischen Geschichte des 18. Jahrhunderts gehört Ingrid Mittenzwei, die sich besonders als intime Kennerin der preußischen Gewerbe- und Handelspolitik ausgewiesen hat. Mit ihren Arbeiten hat sie wesentlich zur wissenschaftlichen Fundierung des marxistisch-leninistischen Preußenbildes beigetragen.⁶ Zweifellos ist ihre nun in überarbeiteter Fassung vorliegende Dissertation B ihr bisher gewichtigster Beitrag zu dieser Thematik.

Die Verfasserin hat umfangreiches Aktenmaterial des Zentralen Staatsarchivs der DDR, Abteilung Merseburg, der Staatsarchive Potsdam und Magdeburg und des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf sowie gedruckte Quellen ausgewertet. Die Spezialliteratur wurde nahezu lückenlos herangezogen. Mittenzwei setzt sich das Ziel, das Verhältnis zwischen Bürgertum und Staat in den letzten zwanzig Jahren der Regierungszeit Friedrichs II. zu untersu-

2 Vgl. Mittenzwei, Ingrid, a. a. O., S. 49 f.

3 Vgl. Mittenzwei, Ingrid/Lehmann, Hannelore, Die marxistische Forschung in der DDR zum brandenburgisch-preußischen Territorialstaat im Zeitalter des Absolutismus (Mitte des 17. Jh. bis 1789), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 3, 1969; Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm 1960 = Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), Sonderheft 1960; Historische Forschungen in der DDR 1960 - 1970. Analysen und Berichte. Zum XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau 1970 = ZfG, Sonderband 1970.

4 Vgl. dazu Kathe, Heinz, Die Hohenzollernlegende, Berlin 1973.

5 Vgl. Vogler, Günter/Vetter, Klaus, Preußen. Von den Anfängen bis zur Reichsgründung, 6. Aufl. Berlin 1979; Mittenzwei, Ingrid, Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie, Berlin 1979; Kathe, Heinz, Der "Soldatenkönig". Friedrich Wilhelm I. 1688 - 1740. König in Preußen - Eine Biographie, Berlin 1976; Groehler, Olaf, Die Kriege Friedrichs II., Berlin 1968.

6 Vgl. u. a. Mittenzwei, Ingrid, Zur Klassenentwicklung des Handels- und Manufakturbürgertums in den deutschen Territorialstaaten, in: ZfG, Nr. 2/1975; dieselbe, Über das Problem des aufgeklärten Absolutismus, in: ZfG, Nr. 9/1970; dieselbe, Theorie und Praxis des aufgeklärten Absolutismus in Brandenburg-Preußen, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 6, 1972; dieselbe, Wirtschaftspolitik - Territorialstaat - Nation. Die Haltung des preußischen Bürgertums zu den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Preußen und Sachsen (1740 bis 1786), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 3; Hoffmann, Hildegard/Mittenzwei, Ingrid, Die Stellung des Bürgertums in der deutschen Feudalgesellschaft von der Mitte des 16. Jahrhunderts bis 1789, in: ZfG, Nr. 2/1974.

chen. Dabei geht es ihr nicht darum, Wirtschafts- oder Stadtgeschichte zu bieten, sondern "Gegenstand der Arbeit ist vielmehr der schmale gesellschaftliche Bereich, wo sich die Interessen des feudalabsolutistischen Staates mit denen der werdenden Kapitalisten trafen bzw. miteinander in Widerspruch gerieten. Nicht die gesamte Staatspolitik steht daher zur Beurteilung, sondern nur die Wirtschaftspolitik" (S. 7)⁷. Trotz der Konzentration auf die wirtschaftspolitischen Interessen der frühkapitalistischen Unternehmer werden agrarpolitische Fragen nicht ausgeklammert.

Ausgangspunkt sind für Mittenzwei die Krisenjahre des preußischen Staates nach dem Siebenjährigen Krieg. Zu den immensen materiellen und Menschenverlusten im Krieg kam eine durch den Krieg verursachte Finanzkrise, die 1763 mit dem Konkurs Amsterdamer Bank- und Handelshäuser begann und die meisten europäischen Staaten erfaßte. Angesichts dieser komplizierten Situation wurden auch in den Feudalstaaten sowohl von den Herrschenden als auch von bürgerlichen Kräften Überlegungen über die weitere ökonomische Entwicklung angestellt. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Friedrichs II. waren seit 1764 konzentriert auf eine Stabilisierung des Staatshaushalts gerichtet.

Von dieser Sachlage ausgehend, stellt Mittenzwei einzelne wirtschaftspolitische Schritte des Monarchen vor (zum Beispiel Gründung der Levantinischen Handelskompagnie, der Tabakpachtgesellschaft und der Königlichen Bank; Einführung der Regie)⁸, um diesen dann die Meinungen der Manufakturunternehmer und Handelskapitalisten gegenüberzustellen sowie deren Reaktion auf die Realisierung der königlichen Maßnahmen darzustellen. Zugleich geht Mittenzwei auf die Stellungnahmen führender preußischer Beamter zur Wirtschaftspolitik des Königs ein. Es fällt etwas schwer, zu dem ersten Kapitel den Zugang zu finden. Vielleicht liegt dies daran, daß man etwas abrupt in die Problematik gestellt wird. Ein etwas behutsameres Hinführen zur Ausgangssituation hätte sicher das Verständnis für die Zusammenhänge und auch das Erkennen der Gedankenführung der Verfasserin ebenso leicht gemacht, wie es dann bei den folgenden Kapiteln der Fall ist, in denen Mittenzwei die wirtschaftspolitischen Konzeptionen des Königs, von Beamten, Unternehmern und von preußischen Kameralisten im Detail behandelt. Da zu vielen Persönlichkeiten zusammenfassende marxistische Einschätzungen bisher nicht vorliegen, leistet Mittenzwei hier echte Pionierarbeit (so bei der Analyse der wirtschaftspolitischen Auffassungen und Aktivitäten von Erhard Ursinus, Johann Albrecht von Philippi, Ludwig von Hagen, Friedrich Anton von Heinitz, Johann Christoph Wöllner, Joachim Georg Darjes, Johann Heinrich Gottlob Justi und Johann Georg Krünitz).

Die wichtigsten Ergebnisse Mittenzweis lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Wie das deutsche Bürgertum überhaupt waren auch die bourgeoisen Kräfte in Preußen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts in viel höherem Maße in sich differenziert als in Frankreich. Während das französische Volk und seine herrschende Klasse am Vorabend der bürgerlichen Revolution einen Jahrhunderte währenden Prozeß der Vereinheitlichung hinter sich hatte, gab es in Preußen zwar eine in ihrer monarchischen Spitze und im Herrschaftsapparat weitgehend geschlossene feudale Staatsmacht, aber kein gleichermaßen geschlossen auftretendes Bürgertum.

7 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

8 Zur Einführung der Regie in Preußen vgl. Schultze, Walther, Die preußische Regieverwaltung von 1766 bis 1786, Leipzig 1888; Schmoller, Gustav, Die Einführung der französischen Regie durch Friedrich den Großen, in: Sitzungsberichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin 1888.

2. Obwohl mit dem zunehmenden Einfluß der sogenannten modernen Sozialgeschichtsschreibung die Persönlichkeit Friedrichs II. an Interesse verlor, werden in der bürgerlichen Geschichtsschreibung bis in die jüngste Zeit die Fortschritte in der Wirtschaft Preußens maßgeblich auf die Politik Friedrichs zurückgeführt. In Auseinandersetzung mit diesem Bestandteil der Hohenzollernlegende stellt Mittenzwei Deklarationen und Regierungspraxis des "aufgeklärten Monarchen" gegenüber. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß der "Kampf um Preußens 'Großmachtstellung', um die Stabilisierung des im Kriege erreichten militärischen und politischen Gleichgewichts" (S. 125) ausschlaggebend für Friedrichs Wirtschaftspolitik war. Diesem dynastischen Ziel wurde die Entwicklung der Manufakturen und auch die Handelspolitik untergeordnet. Friedrichs Haltung zur Frage Freihandel oder Protektionismus, freie Konkurrenz oder Monopol wurde jeweils vom zu erwartenden Nutzen für den preußischen Staat bestimmt.

3. In Auseinandersetzung mit von der modernen bürgerlichen Sozialgeschichtsforschung fast durchweg vertretenen Thesen beweist Mittenzwei, daß die bourgeoisen Kräfte in Preußen nicht geschlossen auf eine Zusammenarbeit mit der feudalen Staatsmacht orientiert waren. "Teile des Bürgertums gerieten durchaus in Opposition zum Absolutismus; sie widersetzten sich in der Krisensituation der Nachkriegsjahre massiert der Wirtschaftspolitik des Staates. Nicht das andauernde und geschlossene Einvernehmen zwischen bourgeoisen Kräften und Absolutismus war kennzeichnend für das letzte Drittel des 18. Jahrhunderts. Geschlossenheit gab es in keinerlei Hinsicht, nicht als Opposition und nicht in Form der Zusammenarbeit" (S. 242). Infolge ihrer wirtschaftlichen Schwäche benötigten Teile der sich formierenden Bourgeoisie noch den absolutistischen Staat, so daß "der Staat sich auf sie und sie sich auf den Staat stützen konnten" (S. 242). Dennoch gab es eine zaghafte Opposition zur staatlichen Wirtschaftspolitik, die sich in Projekten zur Steigerung der Produktivität, im Streben nach einer gesetzlichen Beschränkung der monarchischen Gewalt und in einer ideologischen Bewegung äußerte, deren radikalste Vertreter bis zur Ablehnung der absolutistischen Herrschaft gingen.

4. Die moderne bürgerliche Sozialgeschichtsschreibung behauptet, hinter dem Wunsch nach Veränderungen in Staat und Gesellschaft hätten hauptsächlich Beamte und Intellektuelle gestanden. Diese hätten im Einvernehmen mit dem Staat und dem größten Teil des Adels der gesellschaftlichen Umgestaltung den Boden bereitet, die sich darum im 19. Jahrhundert auf reformerischem Weg vollziehen konnte. Mittenzwei weist nach, daß es eine solche Kräftekonstellation in Preußen nicht gab. Hier standen Teile des sogenannten Wirtschaftsbürgertums in einer Front mit Beamten und bürgerlichen Intellektuellen. "Viele Beamte befanden sich unter dem Druck von Eingaben und Forderungen, die Kaufleute und Manufakturunternehmer an die Behörden richteten. Sie entwickelten in Fragen der Wirtschaftspolitik andere Konzeptionen als Friedrich II., weil die objektiven Verhältnisse dazu zwangen und weil ideologische Einflüsse sowie die Bedürfnisse des eigenen Bürgertums auf sie einwirkten" (S. 242). Aber die Beamten gingen ebensowenig wie die Bürger über den Rahmen der bestehenden Gesellschaft hinaus.

5. Bis zur Französischen Revolution gab es in Preußen keinerlei Aktivitäten, die eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft zum Ziel hatten (auch nicht in der Landwirtschaft, für die es weit mehr Reformvorschläge gab als für Handel und Gewerbe). Erst unter den Auswirkungen der Französischen Revolution formierten sich Kräfte, die gesellschaftsverändernde Reformen auch in Preußen durchsetzen konnten.

Auf zwei Punkte sei noch gesondert eingegangen. Mittenzwei kann mehrfach den Erfolg der bürgerlichen Opposition gegen wirtschaftspolitische Maßnahmen des Königs nachweisen. So sah sich Friedrich aufgrund des Widerstands von Kaufleuten und Verlegern Ende 1764 gezwungen, auf das Monopol des Leinwandhandels für die zu gründende königliche Bank zu verzichten. Die geplante Verbindung einer Versicherungsgesellschaft mit der Bank wurde durch passiven Widerstand - durch die mangelnde Zeichnung von Aktien - ebenfalls ver-

hindert. Wegen der massiven Proteste von Kaufleuten und Produzenten mußte 1766 in Kleve-Mark das Monopol der Tabakpachtgesellschaft für die Produktion und den Handel von Tabak aufgehoben werden. Auch die Regie konnte Friedrich in den Westprovinzen nicht durchsetzen.

Diese und ähnliche Beispiele zeigen, daß Friedrich II. durchaus nicht "absolut" regieren konnte. Es wurde bereits nachgewiesen, daß der preußische Adel auch im 18. Jahrhundert noch ständische Vertretungskörperschaften besaß. Diese wurden zwar nicht mehr wie im feudalen Ständestaat gesetzgeberisch wirksam, aber der Adel erreichte in der Regel, daß die Könige die Stellungnahme ständischer Vertreter einholten, bevor sie Verordnungen trafen, durch die sich der Adel in seinen Grundrechten hätte beeinträchtigt fühlen können. Bei Verstößen gegen diese Spielregel zeigte der aktive oder inhaltende Widerstand der Feudalklasse dem König zumeist sehr bald die Grenzen seiner Macht.⁹ Mittenzwei erwähnt nur nebenbei, daß auch die Stände von Kleve-Mark in die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen eingriffen - in den erwähnten Beispielen allerdings ohne Erfolg (vergleiche S. 58, 61). Es ist aber zu vermuten, daß in den Westprovinzen, wo die ständischen Körperschaften in ihrer alten Struktur bestanden und die Städte nicht wie in der Kurmark in ihren ständischen Gerechtsamen beschnitten waren, die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen sich in größerem Maße, als von Mittenzwei angedeutet, auch in den Landtagen niederschlugen. Zweifellos würde die gründliche Auswertung der Landtagsakten von Kleve-Mark, des Oberquartiers Geldern und des Fürstentums Moers sowohl Aufschluß über die Haltung der Städtevertreter zur preußischen Wirtschaftspolitik als auch über die Wirksamkeit der Stände im absolutistischen Staat erbringen. Aber schon die von Mittenzwei angeführten Beispiele erfolgreicher Opposition von Bürgern gegen königliche Edikte und Verordnungen sollten zusammen mit den für den Adel erbrachten Ergebnissen Veranlassung sein, das "Absolute" im Absolutismus etwas mehr zu relativieren.

Im vierten Kapitel beschäftigt sich Mittenzwei mit "Kameralismus und Kameralisten in Preußen". Eingangs gibt sie einen Überblick über die Beurteilung des Merkantilismus und des Kameralismus in der Geschichtswissenschaft der DDR. Dabei geht sie von der These Jürgen Kuczynskis aus, in Frankreich, Italien und den deutschen Territorialstaaten habe es keine eigentlichen Merkantilisten gegeben. Folgerichtig betrachtet Kuczynski auch den Kameralismus nicht als eine "nationale Abart" des Merkantilismus, sondern begreift ihn als eine auf die Interessen der feudalen Territorialstaaten abgestimmte Lehre, die dazu diente, deren Staatshaushalt durch ein möglichst hohes Steueraufkommen abzusichern.¹⁰

9 Vgl. Vetter, Klaus, Kurmärkischer Adel und preußische Reformen, Berlin 1979, S. 19 ff.; derselbe, Die Stände im absolutistischen Preußen. Ein Beitrag zur Absolutismus-Diskussion, in: ZfG, Nr. 11/1976; derselbe, Zusammensetzung, Funktion und politische Bedeutung der kurmärkischen Kreistage im 18. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 3, 1979.

10 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 26; Zur politökonomischen Ideologie in England und andere Studien, Berlin 1965, S. 13; ebenda, Bd. 10; Zur politökonomischen Ideologie in Deutschland vor 1850 und andere Studien, Berlin 1960, S. 6.

Während Kurt Braunreuther völlig¹¹, Fritz Behrens¹² und Hans Mottek¹³ in der Tendenz mit Kuczynski übereinstimmen, macht Horst Krüger¹⁴ auf die kapitalistischen Elemente in den Lehren der deutschen Kameralisten aufmerksam. Weil er ebenso wie Horst Blumberg¹⁵ den Reifegrad der manufakturkapitalistischen Entwicklung in den deutschen Staaten weit höher als Kuczynski einschätzt, wendet er sich gegen die Feststellung, daß die Kameralisten im Grunde nur die lebende Verkörperung der ökonomischen Rückständigkeit und der staatlichen Zersplitterung gewesen seien. Mittenzwei stellt zusammenfassend fest: "Es ist auffällig, daß von der generalisierenden Einschätzung des Kameralismus als einer von den Interessen der Fürsten ausgehenden feudalen Ideologie durch Jürgen Kuczynski immer dann Abstriche gemacht wurden, wenn bestimmte Kameralisten bzw. bestimmte Seiten des Kameralismus Gegenstand marxistischer Arbeiten waren. Schon dieser Tatbestand macht es erforderlich, die Gesamterscheinung des Kameralismus noch einmal auf ihren sozialen Gehalt hin zu untersuchen" (S. 173).

Bei ihrer eigenen Analyse des preußischen Kameralismus bemerkt Mittenzwei, daß sich in der Agrarfrage Kameralisten wie Justi, Wöllner oder Stüßmilch nicht wesentlich von Vertretern des deutschen Physiokratismus unterscheiden, der in der marxistischen Historiographie als Erscheinungsform bürgerlich-ökonomischen Denkens gewertet wird. Dann weist sie überzeugend nach, daß von dem Kameralismus an den preußischen Universitäten keinerlei Impulse für die kapitalistische Entwicklung ausgehen konnten. Dessen Kennzeichen waren "geistige Sterilität, engstirniger Praktizismus und Apologie des absolutistischen Staates und seiner Wirtschaftspolitik" (S. 218). Mit ihrer Untersuchung des preußischen Kameralismus gibt Mittenzwei mannigfache Anregungen zum weiteren Nachdenken, die Diskussion führt sie aber wohl auch nicht entscheidend weiter, wenn sie abschließend über den Kameralismus urteilt: "Vom offenen Adelsstandpunkt über die Apologie absolutistischer Interessen reichte die Palette bis zur Parteinahme für die ausgebeutete bäuerliche Bevölkerung. Diese Parteinahme erfolgte von bürgerlichen, nicht aber von bourgeoisen Positionen. Der erreichte Stand im Übergangsprozeß vom Feudalismus zum Kapitalismus, die Unreife der ökonomischen Klassenbeziehungen bewirkten im Gegensatz zur Theorieentwicklung in England und Frankreich, daß einige Ideologen trotz Anerkennung der neuen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen von der einfachen Warenproduktion, nicht aber von der kapitalistischen ausgingen ... Diese kameralistische Unterströmung forderte zwar unter Benutzung merkantilistischer Lehren und im Interesse der absoluten Staaten die Entwicklung von Handel und Manufakturen; sie trat aber gleichzeitig und oft im Gegensatz dazu für eine Konservierung der 'kleinbürgerlichen' Verhältnisse ein ... Diese auf die Erhaltung der kleinen Warenproduktion bedachte kameralistische Strömung wies keinen Weg zu neuen Ufern. Sie bereitete keinen Durchbruch zu neuen gesellschaftlichen Verhältnissen vor. Sie entsprach dem unreifen deutschen Bürgertum, das feudaler Stand nicht mehr und selbständig agierende bourgeoise Klasse noch nicht war" (S. 240).

- 11 Vgl. Braunreuther, Kurt, Die Bedeutung der physiokratischen Bewegung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1954, S. 52.
- 12 Vgl. Behrens, Fritz, Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie, Berlin 1962, S. 107.
- 13 Vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, 5. Aufl. Berlin 1974, S. 257 ff.
- 14 Vgl. Krüger, Horst, Zur Geschichte der Manufakturen und der Manufakturarbeiter in Preußen. Die mittleren Provinzen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Berlin 1958, S. 66.
- 15 Vgl. Blumberg, Horst, Manufaktur, Staat und beginnende Industrialisierung in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 4, S. 425.

Lange Zeit standen die agrarische Entwicklung und der Klassenkampf der Bauern im Mittelpunkt der Arbeiten von DDR-Historikern zur preußischen Geschichte im 18. Jahrhundert. Mit ihrem Buch hat Ingrid Mittenzwei die bisher gründlichste Analyse der preußischen Wirtschaftspolitik im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und die erste wissenschaftlich fundierte Monographie zu den Auseinandersetzungen bürgerlicher Kräfte mit dieser Politik vorgelegt.

Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945 - 1961, Bg. 7. Prof. Hans-Joachim und Helma Hellwig

Abend-Verlag, Berlin 1977, 217 Seiten, Preis: 19,00 M

Die Publikation eines Buchbandes gibt sich nicht als geschäftlich, wenn bereits wiederholte neue Ergänzungen erwünscht sind, der Forschungsstand aber nicht die Veröffentlichung einer Gesamtdarstellung erlaubt. Die Herausgeber des vorliegenden Bandes sind in gewisser ungeführter Reihenfolge vorgegangen. Ihr Startpunkt erscheint nach der "Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriss" und nach der zweiten Auflage des Buchtitels "Klassenkampf - Tradition - Sozialismus". Wie begründen sie ihr Vorgehen? Sie schreiben darüber:

"Der Studienband will dazu beitragen, das vornehmlich in diesen beiden Jahrzehnten (J. R.) Publikationen erzielte marxistische-leninistische Ergebnis nicht zu verlieren, es historisch zu begründen, die ausgewählten thematischen Konvergenz- und Kontrastpunkte darzustellen und durch neue Forschungsarbeiten auszuweisen. Anliegen der Autoren ist es auch, einige noch offene oder unstrittige Probleme klären zu helfen."

Darüber werden hohe Ansprüche erhoben. Können sie auch realisiert werden?

Ein Dutzend Autoren, zur Hälfte aus dem Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, hat sich die nicht leichte Aufgabe gestellt, über einen Zeitraum unserer Entwicklung hinweg zu schreiben, der zu den weitaus gut strukturierten Beständen der DDR-Geschichte gehört. Nicht ohne vurrwiegend theoretisch-methodologisch angelegten Beiträgen von Baurer, Hellwig und Hellwig sind die "genetischen" Ansätze - die Aktivitäts- und Widerstandsbeurteilung (Dittrich), die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen (Barthel), die Veränderungen der Sozialstruktur während der Wirtschaftswirtschaftsperiode und unter der Beteiligung der sozialistischen Wirtschaftspolitik (Gibbert), das Leben der Landesverteidigung (Grosset), Probleme der sozialistischen Modernisierung (Börner). Das von Hellwig in diesem methodologischen Beitrag theoretisch erläuterte Verhältnis von objektiven Bedingungen und subjektivem Faktor in der Übergangsperiode findet in diesen Beiträgen seine konkrete Widerspiegelung.

Schwerelos, als DDR-Geschichte nicht als bloße Leistungsleistung gesehen wird, langweilt hier der "genetische" Beitrag bei weitem nicht mit den Entwicklungen internationaler Wissenschaften und internationaler Zusammenarbeit (zu diesen Begriffen marxistische Konzepte, S. 214) und der Verlauf der DDR-Geschichte (Individualität, Abgrenzung, Fremd, Widerspiegelung). Eine inhaltlich weitestgehend auf die Nebenwirkungen ab, die Genetische der Sozialisten "nicht aus der Sicht eines Landes, sondern ... aus der Gesamtsituation aller Klassen Länder" zu schreiben (S. 40). Die Herausgeber waren offensichtlich bemüht, ein gleiches Modell von Themen zu beibehalten, die wesentlichen Bereiche sozialwissenschaftlicher Forschung in die Übergangsperiode mit Beiträgen zu klären. Doch die bei hochgradiger Ziel wurde nicht erreicht. Die Herausgeber können nicht "Probleme der

ANNOTATIONEN

Die DDR in der Übergangsperiode. Studien zur Vorgeschichte und Geschichte der DDR 1945 - 1961, hg. v. Rolf Badstübner und Heinz Heitzer

Akademie-Verlag, Berlin 1979, 317 Seiten, Preis: 19,50 M

Die Publikation eines Studienbandes gilt allgemein als gerechtfertigt, wenn bereits wesentliche neue Erkenntnisse anzubieten sind, der Forschungsstand aber noch nicht die Veröffentlichung einer Gesamtdarstellung erlaubt. Die Herausgeber des vorliegenden Bandes sind in genau umgekehrter Reihenfolge vorgegangen. Ihr Studienband erscheint nach der "Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß" und nach der zweiten Auflage des Grundrisses "Klassenkampf - Tradition - Sozialismus". Wie begründen sie ihr Vorgehen? Sie schreiben darüber:

"Der Studienband will dazu beitragen, das vornehmlich in diesen beiden (obengenannten - J. R.) Publikationen entwickelte marxistische-leninistische Geschichtsbild zu verbreiten, es theoretisch zu begründen, die ausgewählten thematischen Schwerpunkte umfassender darzustellen und durch neue Forschungsergebnisse auszubauen. Anliegen der Autoren ist es auch, einige noch offene oder umstrittene Probleme klären zu helfen."

Damit werden hohe Ansprüche erhoben. Können sie auch realisiert werden?

Ein Dutzend Autoren, zur Hälfte aus dem Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, hat sich die nicht leichte Aufgabe gestellt, über einen Zeitraum unserer Entwicklung Neues zu schreiben, der zu den relativ gut erforschten Bereichen der DDR-Geschichte gehört. Nach drei vorrangig theoretisch-methodologisch angelegten Beiträgen von Benser, Heitzer und Badstübner behandeln die "empirischen" Aufsätze die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung (Dittrich), die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen (Barthel), die Veränderungen der Sozialstruktur während der Wiederherstellungsperiode und unter den Bedingungen der sozialistischen Industrialisierung (Hübner), den Aufbau der Landesverteidigung (Greese), Probleme der sozialistischen Kulturrevolution (Hörnigk). Das von Heitzer in dessen methodologischem Beitrag theoretisch erörterte Verhältnis von objektiven Bedingungen und subjektivem Faktor in der Übergangsperiode findet in diesen Beiträgen seine konkrete Widerspiegelung.

Erfreulich, daß DDR-Geschichte nicht als bloße Landesgeschichte gesehen wird. Insgesamt vier der "empirischen" Beiträge befassen sich mit den Einwirkungen internationaler Erfahrungen und internationaler Zusammenarbeit (zu diesen Begriffen interessante Bemerkungen Prokops, S. 214) auf den Verlauf der DDR-Geschichte (Badstübner, Hegemann, Prokop, Keiderling). Eindringlich weist Badstübner auf die Notwendigkeit hin, die Geschichte des Sozialismus "nicht aus der Sicht eines Landes, sondern ... aus der Gesamterfahrung aller dieser Länder" zu schreiben (S. 60). Die Herausgeber waren offensichtlich bemüht, ein ganzes Bündel von Themen zu behandeln, alle wesentlichen Bereiche unserer gesellschaftlichen Entwicklung in der Übergangsperiode mit Beiträgen zu erfassen. Doch dieses hochgesteckte Ziel wurde nicht erreicht. Die Herausgeber nennen selbst "Probleme der

Staatsentwicklung, der sozialistischen Nationalisierung und der Agrarumwälzung" (S. IX) als unzureichend vertreten. Damit fehlen auch wesentliche wirtschaftshistorische Themen. Positiv ist allerdings das hohe Niveau der wirtschaftshistorisch relevanten Beiträge von Czerny, Barthel, Dittrich und Hübner zu vermerken. Barthel erschließt mit seinem verdienstvollen Beitrag über die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der DDR sogar Neuland auf dem Gebiet der Wirtschaftshistoriographie des Sozialismus. Die drei anderen Autoren wenden sich wiederholt in der Geschichtsliteratur behandelten Themen zu. Ihre Arbeiten fußen auf soliden Literatur- und Archivistudien und erhellen dadurch manch Neues, das Gesamtbild Rundendes im Detail. Einen wichtigen Platz nimmt in den genannten Beiträgen die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Einstellungen der DDR-Geschichte ein. Aber auch unterschiedliche Auffassungen von DDR-Autoren zu bestimmten Fragen kommen zur Sprache. Dittrich, der seit den siebziger Jahren profilierteste Autor auf dem Gebiet der Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der DDR, nutzt darüber hinaus seinen Beitrag konsequent, um für dieses wohl älteste Gebiet der DDR-Wirtschaftshistoriographie auf Forschungslücken hinzuweisen und Wege zu deren Überwindung aufzuzeigen. So fordert er, stärker den "konkreten Nachweis der ökonomischen Effektivität der Wettbewerbsformen und -methoden" (S. 123) zu betreiben. Er tritt weiterhin dafür ein, "den konkret-historischen Zusammenhang zwischen der Initiative einzelner und der Politik der SED zu erforschen" (S. 119). Schließlich plädiert Dittrich überzeugend für eine "historisch-vergleichende Analyse der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung" (S. 130).

So setzen auch (und vielleicht gerade) die wirtschaftshistorisch relevanten Beiträge dieses Studienbandes Maßstäbe für entsprechende Veröffentlichungen.

Jörg Roesler

M. P. Pavlova-Sil'vanskaja, Stroitel'stvo razvitogo
socialističeskogo obščestva v GDR. Ėkonomičeskie aspekty

Verlag Nauka, Moskau 1979, 240 Seiten, Preis: 1,30 Rubel

Das Institut für sozialistische Weltwirtschaft an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR ist für seine tiefen Querschnittsanalysen des volkswirtschaftlichen Entwicklungsstandes der RGW-Länder bekannt. Zum 30. Jahrestag der DDR hat M. P. Pavlova-Sil'vanskaja, eine der Mitarbeiterinnen des Instituts, ein Buch vorgelegt, das "einige wichtige Aspekte des sozialistischen Aufbaus unter den gegenwärtigen Bedingungen am Beispiel der DDR, eines Landes mit hochentwickelter Wirtschaft" (S. 4), aufzeigen soll. Die Autorin hat umfassende Literaturstudien betrieben und mit Wirtschaftswissenschaftlern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften und der Akademie der Wissenschaften der DDR diskutiert (S. 4), bevor sie damit begann, Allgemeines und Besonderes der DDR-Wirtschaftsentwicklung in den sechziger und siebziger Jahren darzustellen.

Die Autorin nimmt den Anspruch, der sich aus dem Titel des Buches ergibt, ernst und beginnt ihre Analyse mit der ersten Hälfte der sechziger Jahre, als sich die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der DDR herauszubilden begann. Der Untertitel weist darauf hin, daß es ihr vorrangig um ökonomische Aspekte der seitdem in der DDR durchschrittenen Entwicklung geht. Diese Thematik faßt sie erfreulicherweise nicht zu eng auf. Sie unterteilt ihr Buch in drei große Abschnitte, von denen der erste (S. 5 ff.) einen generel-

len Überblick über den augenblicklichen Stand der DDR-Wirtschaft und deren Hauptentwicklungslinien in den letzten 15 bis 20 Jahren bietet.

Ein zweites, umfangreicheres Kapitel (S. 58 ff.) behandelt "Die Entwicklung der Produktivkräfte unter den Bedingungen der Intensivierung der Produktion". Systematisch werden in Unterabschnitten Wachstum und Effektivität der Grund- und Umlaufmittelentwicklung untersucht und der Beitrag der Werktätigen zur extensiv und intensiv erweiterten Reproduktion analysiert. Ein besonderer Abschnitt ist "der wachsenden Rolle der Wirtschaft als un-mittelbarer Produktivkraft" vorbehalten.

Den größten Raum nimmt im vorliegenden Band die Analyse der Produktionsverhältnisse ein, die im dritten Kapitel (S. 140 ff.) umfassend untersucht werden. Je ein Unterabschnitt ist "der juristischen Vergesellschaftung der Produktion", der Entwicklung der unmittelbaren Beziehungen der Menschen in der Produktion, der Vervollkommnung der Verteilungsverhältnisse, der Entwicklung des Austausches, der Konsumtion und der Vervollkommnung der Wirtschaftsleitung gewidmet. Was beim Betrachten der Gliederung wie ein trockenes Abhandeln von Kategorien erscheint, erweist sich beim Lesen als lebendige Darstellung der Fortschritte und Probleme auf dem jeweiligen Gebiet. Die nüchterne ökonomische Analyse wird angereichert durch Faktenmaterial, das dem Leser einen konkreten Einblick in unser Wirtschaftsleben gestattet. Die Autorin geht dabei auch auf Details ein, die nur bei oberflächlicher Betrachtung am Rande zu liegen scheinen. So legt sie dar, wie lange die DDR-Durchschnittsfamilie in den sechziger Jahren und später brauchte, um einzukaufen (S. 197), wieviel Prozent der Frauen es vorzogen, den Sonntagskuchen selbst zu backen, und wieviel ihn lieber im Laden kauften (S. 203) bzw. wie der DDR-Bürger "sein" Auto nutzt (S. 20). Schließlich handelt es sich bei alledem auch um ökonomische Aspekte (der Freizeitgestaltung).

Alle konkreten Informationen hat die Autorin aus DDR-Quellen zusammengetragen, überwiegend aus den verschiedensten ökonomischen Fachzeitschriften. Die Breite der Literaturbasis war die Voraussetzung dafür, daß die Autorin die DDR-Wirtschaft in einer Komplexität darstellen konnte, die auch für alle entsprechenden in der DDR erscheinenden Fachpublikationen Maßstäbe setzt. Pavlova-Sil'vanskaja ist aber nicht nur idealer Kombinator eines breiten Spektrums von Informationen aus der DDR-Wirtschaft, sondern dringt darüber hinaus auch zu eigenständigen Interpretationen vor. So deutet sie zum Beispiel die Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre in der DDR-Wirtschaft zu beobachtenden Disproportionen als Ausdruck des Widerspruchs zwischen Strukturpolitik und ökonomischen Leitungsmethoden (S. 211 ff.) und geht damit bereits im Ansatzpunkt über die vielfach übliche Darstellung der damaligen Situation allein als Resultat von "Subjektivismus" und "Überspitzungen" hinaus. Insgesamt ist dieses Buch eine willkommene Bereicherung der für die sechziger und siebziger Jahre der DDR noch unterproportional entwickelten wirtschaftshistorischen Literatur.

Jörg Roesler

Anneliese Braun, Komplexe Effektivitätsbeurteilung der Volkswirtschaft bei Intensivierung. Ein Beitrag zur Diskussion = Forschungsberichte, hg. v. Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, Nr. 26

Akademie-Verlag Berlin 1978, 191 Seiten, Preis: 14,- M

Einen Diskussionsbeitrag nennt Anneliese Braun ihren Forschungsbericht. Mancher, der auf gesichertes Wissen aus ist, mag deshalb zögern, den Band in die Hand zu nehmen. Viele andere werden aber gerade wegen des Untertitels zugreifen. Denn wer etwas zur Diskussion anbietet, hat mehr zu sagen, Neues vorzustellen; und Originalität ist dem vorliegenden Beitrag auf alle Fälle zu bescheinigen.

Neues Gedankengut wird geboten, mit Fakten solide untermauert. Worum geht es der Autorin? Im wesentlichen um drei Dinge: Sie will die Kriterien der sozialistischen Intensivierung um einige Aspekte bereichern, die höheren Anforderungen konkretisieren, die das gegenwärtige Entwicklungsniveau der Intensivierung an die Volkswirtschaft stellt, und Überlegungen zur Diskussion um Effektivitätskriterien, unter anderem um ein "einheitliches sozialistisches Effektivitätskriterium", beisteuern.

Die Behandlung dieser Fragen nimmt etwa die Hälfte des schmalen Bandes ein. Sein zweiter Teil (S. 78 ff.) ist der "Analyse wichtiger Ergebnisse der Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in der DDR von 1960 bis 1975" gewidmet. Dies ist der eigentlich wirtschaftshistorisch relevante Teil. Der bequeme Leser sei jedoch davor gewarnt, nur den "historischen" Teil zu studieren. Denn der Aufbau dieses Abschnittes und die Ausrichtung der behandelten Momente des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses (Produktivitätssteigerung, Grundfondsreproduktion, Materialökonomie, Freisetzung von Arbeitskräften) werden ganz von den Ergebnissen des ersten Teils bestimmt. Wer Teil 2 nur als Daten- und Faktenfundgrube betrachtet - was dieser zweifellos auch ist -, verschenkt also viel. Es ist interessant, was Anneliese Braun zum Thema "Kriterien der sozialistischen Intensivierung" zu sagen hat (S. 12 ff.), obwohl manches davon noch zu durchdenken ist. Sie schränkt Intensivierung gegenüber herkömmlichen Definitionen ein, und zwar nicht dadurch, daß sie den Kreis der Faktoren der Effektivitätssteigerung (Arbeitsproduktivität, Fondsintensität, Erzeugnisqualität, wissenschaftlich-technischer Fortschritt usw.) enger zieht, sondern dadurch, daß sie fordert, relative Ausgeglichenheit und Dauerhaftigkeit der Wirkungen (S. 13 f.), als zusätzliche Eigenschaften der Effektivität zu berücksichtigen.

In Anwendung auf die DDR-Wirtschaft im Zeitraum 1960 bis 1975 stellt sie fest, daß die Intensivierung noch nicht mit gleicher Kraft alle Bereiche erfaßt hat (S. 86). Während die Arbeitsproduktivität (netto) in der Volkswirtschaft kontinuierlich und sogar leicht beschleunigt stieg (S. 82), nahmen die Mehraufwendungen an Grundfonds relativ zu (S. 83). Die Intensivierung wurde noch zu einem bestimmten Teil durch die Mobilisierung kurzfristiger Effektivitätsreserven erreicht, die aber zukünftig weniger verfügbar sein werden. Nur der wissenschaftlich-technische Fortschritt kann den erforderlichen hohen Grad der Effektivitätsentwicklung bei Investitionen und Grundfonds dauerhaft sichern (S. 84). Anneliese Braun kommt im Ergebnis ihrer Analyse der DDR-Wirtschaft zu dem Schluß, "daß die Intensivierung noch ... zur allseitigen Intensivierung weiterentwickelt werden muß" (S. 86). Was sie im einzelnen darunter versteht, hat sie im ersten Teil des Buches (S. 23 ff.) erläutert. Dort diskutiert sie auch, ob eine zeitweilige Abnahme des Wachstumstempos des Nationaleinkommens den Übergang zur höheren Stufe der Intensivierung fördern würde (S. 29 f.).

In ihren Überlegungen zum einheitlichen Effektivitätskriterium fordert die Autorin die Einbeziehung der "disposable time" im Sinne der Marxschen Definition in die Effektivitätsbeurteilung (S. 35 ff.). Dadurch sollen "Zeitökonomie und Persönlichkeitsentwicklung", ökonomische und soziale Effektivität, vergleichbar gemacht werden. Wenn es auch bei einigen, sehr interessanten Gedanken bleibt, so erhält doch gerade der Wirtschaftshistoriker als erste Frucht dieser Überlegungen in Teil 2 eine kurzgefaßte, mit vielen Daten und Fakten versehene "Geschichte der Bedürfnisbefriedigung" in der DDR im Zeitraum 1960 bis 1975 (S. 125 ff.).

Jörg Roesler

Sozialismus in der DDR. Dokumente und Materialien, Teil I und II,
hg. v. Rainer Rilling = Kleine Bibliothek, Bd. 114/I und II

Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1979, 280 und 539 Seiten,
Preis: zusammen 27,- DM

Nicht zufällig erschienen die beiden Bände im dreißigsten Jahr des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik. Sie geben anhand von Primärquellen und Ausschnitten aus der wissenschaftlichen Fachliteratur einen informativen Überblick über die politische, ökonomische und soziale Entwicklung auf dem Territorium der DDR vom Mai 1945 bis zur Gegenwart. Rilling will mit der Herausgabe dieser Dokumentation einem Mangel abhelfen, der in der BRD systembedingt ist. "Keine einzige Schrift der bürgerlichen Forschung etwa akzeptiert den Satz von der 'Herrschaft der Arbeiterklasse' auch nur im Ansatz. Die meisten Schriften, Einführungen oder Lexika zum Thema 'DDR' beschäftigen sich mit der Geschichte, der Lage und vor allem gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterbewegung bzw. Arbeiterklasse überhaupt nicht" (I, S. 15).

Ist damit der bevorzugt zu behandelnde Ausschnitt der DDR-Entwicklung bereits angedeutet, so bleibt doch angesichts der Fülle des anhand von Primärquellen und Ausschnitten aus der wissenschaftlichen Fachliteratur der DDR zur Verfügung stehenden Materials die Frage nach weiteren Auswahlkriterien.

Rilling bekennt, daß "der Auswahl, Folge und Gewichtung dieses Bandes eine Sozialismustheorie zugrunde (liegt), die der materialistischen Gesellschaftstheorie verpflichtet ist" (I, S. 16). Das ist in einem Land, "wo allein schon die wissenschaftliche Beschäftigung mit den sozialistischen Ländern als tendenziell verfassungswidrig gilt, sofern sie dominierenden Interpretationsmustern nicht folgt" (I, S. 17), eine schätzenswerte Haltung, die die BRD-Behörden, denen der durch eine Vielzahl von Beiträgen zur Sozialismusforschung hervorgetretene Marburger Dozent bereits seit längerer Zeit suspekt ist, mit der Einleitung eines Berufsverbotsverfahrens "honorierten". Die vorliegende Dokumentation ging übrigens aus der Zusammenstellung von zwei umfangreichen Materialsammlungen für Lehrveranstaltungen am Marburger Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften hervor, die dort seit Mitte der siebziger Jahre Verwendung fanden. Ihre Nutzung als "Grundlagentext für Veranstaltungen in Schule und Hochschule und politischer Bildung" der BRD (I, S. 19) ist auch eines der erklärten Ziele der jetzt vorliegenden Buchveröffentlichung.

Rilling führt den Leser zunächst in die Sozialismus theorie und ihre Geschichte ein. Er dokumentiert "das Sozialismusbild und die Vorstellungen über das Herankommen an den Sozialismus" bei Karl Marx, Friedrich Engels und der revolutionären Sozialdemokratie (2. Kapitel) sowie der KPD und SPD bis 1945 (3. Kapitel) und schließt diesen Komplex im vierten Kapitel mit "Epochenkonzept und Sozialismusvorstellungen der SED" ab. Damit will der Herausgeber dem Leser die historischen Voraussetzungen der Gründung und Entwicklung der DDR deutlich machen. Kapitel 5 behandelt dann historisch die "Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (1945 - 1961)", wobei der Zeitraum bis zur Gründung der DDR im Jahre 1949 gesondert dokumentiert wird. Kapitel 6 (es umfaßt den gesamten zweiten Band) hat den "Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" in der DDR seit 1961 zum Thema. Innerhalb dieser chronologisch bestimmten Untergliederung wird die Dokumentation systematisch nach wirtschaftlichen, sozialökonomischen und politischen Aspekten gegliedert. Das 6. Kapitel, das zeitlich den größten Abschnitt der DDR-Geschichte umfaßt und zwei Drittel der Dokumentation ausmacht, enthält unter anderem Dokumente und Literaturauszüge über "die extensive und intensive Reproduktion in der Entwicklung der DDR-Wirtschaft". Breiter Raum wird der "sozialistischen Arbeits- und Lebensweise" gewidmet. Der Abschnitt "System der Planwirtschaft" dokumentiert Stand und Entwicklung der Wirtschaftsplanung in der DDR während der siebziger Jahre. Reichlich vertreten sind auch Materialien zur Sozialstruktur. Aus dem Abschnitt "Das politische System der DDR" dürfte für die Wirtschaftshistoriker die Dokumentation zur "sozialistischen Betriebsdemokratie" von besonderem Interesse sein.

Ein Dokumenten- und ein Sachwortverzeichnis, die den Band abschließen, erleichtern den Zugang zu den einzelnen Themenkomplexen bzw. Entwicklungslinien. Jedem Kapitel oder übergreifenden thematischen Schwerpunkt ist eine ausgewählte Literaturzusammenstellung zugeordnet. Sie verweist auf Grundlagentexte sowie wichtige (für den BRD-Leser relativ leicht zugängliche) Literatur aus der DDR.

Insgesamt kann dem Herausgeber voll zugestimmt werden, wenn er in der Einleitung (Kapitel 1) schreibt: "Dieses Buch unterscheidet sich von den gängigen Einführungen in die Thematik dadurch, daß ihm eine Sozialismustheorie zugrundeliegt, daß es die historische Entwicklung der SBZ/DDR zu dokumentieren sucht und die Arbeits- und Lebensbedingungen, die Struktur und Entwicklung, die Organisation und das politische Verhalten der arbeitenden Bevölkerung immer wieder in den Mittelpunkt der Darstellung gerückt werden" (I, S. 18).

Jörg Roesler

Beiträge zur Sozialismusanalyse I und II, hg. v. Peter Brokmeier und Rainer Rilling = Kleine Bibliothek, Bd. 123 und 149

Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1978 und 1979, 298 und 293
Seiten, Preis: 14,80 DM je Band

Die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen "Ostforschung" der BRD spielt in der gesellschaftswissenschaftlichen Literatur der DDR eine große und wachsende Rolle. Die Notwendigkeit, sich im ideologischen Klassenkampf mit immer neuen Varianten der Theorie von

der Zentralverwaltungswirtschaft und der Industriegesellschaftskonzeption auseinander-
setzen zu müssen, schließt eine stärkere Beachtung jener progressiven Autoren der BRD,
die sich für die Erforschung und Propagierung des realen Sozialismus engagieren, nicht
aus.

Eine ganze Reihe von ihnen lernen wir in den von Brokmeier und Rilling herausgegebenen
"Beiträgen zur Sozialismusanalyse" kennen. In ihrer Mehrzahl sind oder waren sie eng
mit dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg verbunden,
der sich Ende der sechziger Jahre zu einem Forschungszentrum entwickelte, das sich in
seinen theoretisch-politischen Grundpositionen unabhängig von den auf dem Gebiet der in
Politik- und Sozialwissenschaft der BRD vorherrschenden bürgerlichen bzw. revisionisti-
schen Lehrmeinungen profilierte. Eben darum stand der Bereich von Anfang an im Kreuz-
feuer rechter Kritiker, denen von ultralinks Schützenhilfe geleistet wurde. Da die besse-
ren wissenschaftlichen Argumente auf der Seite der Marburger lagen, bemühte sich seit
Mitte der siebziger Jahre die staatliche Administration durch Stellenplankürzungen und mit
Hilfe der verfassungswidrigen Berufsverbote den Bereich Gesellschaftswissenschaften zum
Schweigen zu bringen (II, S. 8). Daß dies bisher (noch) nicht gelungen ist, weisen die bei-
den vorliegenden Bände aus.

Gegenstand der Untersuchungen sind Lage und Politik der Arbeiterklasse im realen Sozia-
lismus. Gezeigt wird, daß dieser "im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zur Lösung
jener ökonomischen, kulturellen, sozialen und politischen Probleme imstande (ist), vor de-
nen der Kapitalismus als Gesellschaftsform historisch versagt hat" (I, S. 7). Die insge-
samt 19 Beiträge behandeln vorrangig soziale Probleme aus der Geschichte und Gegenwart
der DDR und der UdSSR. Die Ökonomie wird vergleichsweise stiefmütterlich behandelt.
Die Artikel zeichnen sich generell durch eine außerordentlich gute Kenntnis der einschlä-
gigen DDR- bzw. sowjetischen wissenschaftlichen Fachliteratur aus. Die Analysen sind da-
her in der Regel in erfreulichem Maße konkret; die Beweisführung ist überzeugend. Ange-
sichts der Überfülle bürgerlich verzerrter Darstellung über die DDR-Entwicklung, die dem
BRD-Leser in den Massenmedien dieses Staates täglich geboten wird, ist die - stets ge-
konnt gehandhabte - wissenschaftliche Auseinandersetzung mit bürgerlichen Kontrahenten
integrierender Bestandteil eines jeden Beitrages. Der erste Band ist darüber hinaus
schwerpunktmäßig der ideologischen Auseinandersetzung mit rechten und ul-
tralinken Sozialismustheorien gewidmet. Für den DDR-Leser dürfte der Beitrag von Ril-
ling "Zur Geschichte der Sozialismusanalyse in der intellektuellen Linken der BRD seit
Mitte der 60er Jahre" besonders interessant sein (I, S. 23 ff.), in dem ein systematischer
Überblick über die Auffassungen der "Linken" vom realen Sozialismus und über ihre Be-
ziehungen zu den Hauptströmungen der bürgerlichen Ostforschung gegeben wird.

Die konkret-historischen Untersuchungen zur politischen und gesellschaftli-
chen Entwicklung der DDR und der UdSSR beschäftigen sich vor allem mit den Arbeits-
und Lebensbedingungen der Werktätigen, jenem Bereich des gesellschaftlichen Lebens,
für den die bürgerliche Ostforschung dem BRD-Leser einerseits die geringsten und ande-
rerseits die verzerrtesten Darstellungen liefert. Die einzelnen Beiträge (Wurms "Sozial-
planung in der DDR"; Herve "Familienpolitik in der DDR"; Würth "Umweltschutz in der
DDR"; Gert Meyer "Alltagsleben sowjetischer Industriearbeiter Mitte der 20er Jahre";
derselbe, "Aufgaben sowjetischer Gewerkschaften"; derselbe, "Daten zur Sozialstruktur
der KPdSU") bieten sowohl wegen der Fülle des verarbeiteten und systematisch dargebo-
tenen Materials als auch der Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen auch dem
DDR-Leser und -Forscher wesentliche Informationen. Das gilt im besonderen Maße für
Rillings Beitrag "Probleme betrieblicher Mitbestimmung und Mitwirkung in der DDR", in
dem der beachtenswerte Versuch unternommen wird, die Teilnahme der Werktätigen an
der Leitung und Planung der Volkswirtschaft der DDR von 1945 bis zur Mitte der siebziger
Jahre zu analysieren.

Jörg Roesler

Vorliegendes Buch, von dem 1979 in der BRD auch eine Taschenbuchausgabe erschien, scheint dort zu einer Art Bestseller geworden zu sein und damit in die Nähe von Robert Jungks vielgenannter Darstellung "Heller als tausend Sonnen" zu rücken.

Herbig deutet das zentrale Anliegen seiner umfangreichen Monographie bereits in deren Untertitel an. Er will zeigen, wie die militärische Nutzung der atomaren Kettenreaktion, die waffentechnische Verwendung der Kernspaltung und der bei ihr frei werdenden ungeheuren Bindungsenergie Atomphysiker in eine Weltpolitik dramatisch verstrickte, die von der nuklearen Rüstung und der Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen gravierend bestimmt wird.

Biographien bzw. Autobiographien von Wissenschaftlern und Militärs, Monographien (etwa die von Robert Jungk oder David Irving), offiziöse historische Darlegungen aus den USA, zeitgenössische und spätere Stellungnahmen verschiedener Provenienz zum Bau und besonders zum Einsatz "der Bombe" sowie Aussagen Beteiligten bilden die Materialbasis von Herbigs Buch, während Arbeiten sowjetischer und anderer marxistischer Autoren darin unberücksichtigt bleiben. Herbigs flüssig geschriebene Darstellung reicht bis zur Begründung der speziellen Relativitätstheorie und der Energie-Masse-Äquivalenzformel durch Einstein sowie der Entdeckung und Deutung der Kernspaltung durch Otto Hahn/Fritz Straßmann, Lise Meitner/Otto Robert Frisch, Irene und Pierre Joliot-Curie, Niels Bohr/John Wheeler und andere zurück. Auch die Leistungen großer Experimentatoren wie die Enrico Fermis werden gebührend herausgearbeitet. Kleinere und größere Unexaktheiten in den Fakten und Einschätzungen gehen teilweise auf die verwendete Sekundärliteratur zurück. Dies gilt, um nur einiges herauszugreifen, für die Darlegungen zur Berliner Berufung Einsteins (die an die Akademie, nicht an die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft primär erfolgte), für Einsteins angebliche wissenschaftliche Abseitsstellung wegen seiner kritischen Distanz zur Quantenmechanik, für die Einschätzung der "Weltanschauung" als eines Hauptgliedes faschistischer Ideologie in den Naturwissenschaften, für die These von der "braunen Revolution", für die Bemerkungen zum faschistisch-rassistischen Terror gegen Einstein und die moderne Naturwissenschaft. Die Aufzählung deutet wohl schon an, daß sich hier Detailschwächen und grundsätzliche, aus der Gesamtposition des Autors resultierende Mängel finden.

In den Folgekapiteln geht Herbig auf die Bemühungen um die Entwicklung atomarer Waffen seit 1939/40 in Nazideutschland einerseits sowie in den USA und Großbritannien andererseits ein. Er beschreibt einmal mehr, wie bürgerliche deutsche Physikertheoretiker und Experimentalphysiker sich für die militärische Nutzung der Kernspaltung aktiv einsetzten. Dabei sucht er die im einzelnen unterschiedlichen Motive zu verdeutlichen, aus denen heraus führende Forscher und bedeutende Nachwuchswissenschaftler sich für die entsprechenden Arbeiten teilweise bis in die letzte Agoniephase faschistischer Kriegführung eingesetzt haben. Auch bei Herbig klingt an, daß bis 1941/42 zwar die theoretischen Grundlagen der Atombombe - von Fehleinschätzungen zum Beispiel auf dem Gebiet der Bremsmoderatoren abgesehen - geklärt waren. Zugleich aber stand bis Sommer 1942 fest, daß für die Konstruktion der barbarischen Waffe in Nazideutschland alle materiellen Voraussetzungen fehlten. Richtig ist, daß Heisenberg, Wirtz oder Diebner und andere, zuletzt unter Leitung Gerlachs, sich daraufhin auf den (dann auch nicht mehr realisierten) Bau eines "kritischen Reaktors" beschränkten, weil sie auf diesem Wege personelles und materielles Potential aus der unausweichlichen Zerschlagung Nazideutschlands herausretten wollten.

Herbig gibt manche Fakten dafür, daß die Wissenschaftler, die zunächst einhellig auf die Entwicklung der Atombombe hingearbeitet hatten, diese Zielstellung eindeutig aus objektiven Gründen des mangelnden Potentials und des Flaskos der faschistischen Kriegführung später aufgeben mußten. Ihm ist zugleich darin zuzustimmen, daß sich die Rivalitäten und Kompetenzstreitigkeiten unter faschistischen Politikern, Militärs und Rüstungsbevollmächtigten wie unter den beteiligten Wissenschaftlern zu (zusätzlichen!) Hemmnissen nazideutscher Atombombenentwicklung auswuchsen. Zweifellos ist ihm auch Heisenbergs spätere Äußerung bekannt (eine unter mehreren differierenden), daß die Gelehrten durch die objektiven Umstände davor bewahrt wurden, den entscheidenden Schritt zum Bau der Waffe zu vollziehen.

Aber er kolportiert mutatis mutandis zugleich die früh von Carl Friedrich von Weizsäcker formulierte und vor allem von Robert Jungk in seinem erwähnten Buch gepflegte Legende, daß die bürgerlichen deutschen Atomforscher die Bombe aus moralischen Gründen nicht gewollt, ihren Bau gewissermaßen sabotiert hätten. In solcher Einstellung bzw. Haltung lag aber keinesfalls ein oder gar der Hauptgrund für das Nichtzustandekommen der Atombombe in Nazideutschland!

Noch breiter und detaillierter stellt Herbig die Genesis jener vielschichtigen, komplizierten USA-Arbeiten dar, die unter ihrem damaligen Decknamen Manhattan-Projekt bis heute bekannt sind. Dabei geht er auf die unterschiedlichen, sich teilweise auch überschneidenden Motivierungen für die Mitarbeit von Gelehrten und Technikern ein: auf das Nazigegnerium aus Deutschland Emigrierter, die Bindungen an den USA-Imperialismus, aber auch die Anziehungskraft neuartiger Forschungs- und Entwicklungsaufgaben in modernen Anlagen. Oppenheimer vor allem wird geradezu als Prototyp des hochbegabten, ehrgeizigen und charakterschwachen Gelehrten herausgestellt, der, Kontakte zu fortschrittlichen Jugendfreunden aufgebend und einzelne von ihnen sogar verratend, im Bau der Atombombe seine persönliche Chance und zugleich die Möglichkeit zu modernster Forschung bzw. Leitung des "big science" sah. Herbig liefert zugleich viele Fakten zur Herausbildung des militär-industriellen Komplexes im Manhattan-Projekt der USA, und de facto erscheinen der General Leslie Groves und - erst nach ihm - die Herren von du Pont usw. als Repräsentanten dieses Komplexes. Daher bedarf es kritischer Lektüre, um die Systemzusammenhänge herauszulesen! Groves, auch für Herbig mehr als nur Ausführender des Pentagons, wird zwar in seinem skrupellos-brutalen, militaristisch-bornierten Agieren als eine Schlüsselfigur unheilvoller, lebenszerstörender Technikpolitik dargestellt. Aber das geschieht vor allem psychologisierend. Als Bezugsperson des in ihm verkörperten Gesellschaftssystems bleibt dieser General jedoch außerhalb der Betrachtung: Er war aber einer der Exponenten der antihumanen Kriegsmaschinerie des USA-Imperialismus, der den Sieg über den Hitlerfaschismus und den Triumph über dessen Kriegstechnik schlechthin nur als Schritt zur eigenen, auf den Atomknüppel gestützten Welthegemonie ansah!

Einstein, Szilard und andere warnten früh vor dem Einsatz der neuen Waffe. Ein wachsender Kreis von Gelehrten erkannte, daß seit dem Bombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki die gesellschaftliche Relevanz der Naturwissenschaft neue Dimensionen erreicht hatte. Er trat, wenngleich nicht ohne Illusionen über damalige Möglichkeiten internationaler Kontrollbehörden oder einer "Weltregierung", fortan wiederholt gegen die forcierte Atomrüstung oder den atomaren Erpressungskurs der USA-Regierungen auf. Männer wie Niels Bohr hatten auch gefordert, der Sowjetunion Informationen über die Ergebnisse der amerikanischen Arbeiten zu übermitteln. Bohr, Einstein und Szilard setzten sowjetische Sicherheitsbedürfnisse wie baldige Erfolge sowjetischer Kerntechnik nüchtern ins Kalkül; sie wollten dem drohenden Wettüsten entgegenwirken. Aber diese Haltung führte dazu, daß Bohr zum "Sicherheitsrisiko" gestempelt wurde, und auch Einstein und Szilard waren den Hexenjägern suspekt. Auch in dieser Darstellung wird sichtbar: Der Ausschuß McCarthys und andere Gremien des kalten und der Vorbereitung des heißen Krieges stellten

mit ihren "Befragungen" und anderen Aktionen die "Demokratie" in den USA immer stärker in Frage. Vor ihre Foren zitierten sie unter anderem Wissenschaftler, die entweder relativ früh oder, wie Oppenheimer, sehr spät eine öffentliche Gewissensentscheidung trafen oder sich einfach zurückzogen. Solche Haltung richtete sich auch gegen Kollegen wie einen Edward Teller, den hysterischer Antikommunismus und wilder Ehrgeiz zum "Vater der Wasserstoffbombe" werden ließen.

Herbig läßt die sowjetischen Leistungen in der Kernforschung unbeachtet. Genausowenig geht er konkret auf Genesis und Ergebnisse der bald so unabdingbar gewordenen atomaren Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in der Sowjetunion ein; ein Kurtschatow tritt im Unterschied zu einer Fülle von Wissenschaftlern der USA hier kaum auf, und daß die Forschungsarbeiten nicht nur zu Atomwaffen, sondern auch zum ersten für friedliche Zwecke genutzten Reaktor geführt haben, bleibt unerwähnt.

Letztlich wird in diesem Buch die alte Behauptung von einer sowjetischen "Bedrohung" in neuem Gewande wiederholt. Das Fazit dieser breit angelegten, bis an die siebziger Jahre geführten Darstellung läuft darauf hinaus, daß die Herren des Pentagon und der USA-Rüstungsmonopole auf der einen, ein kaum weniger mächtiger, angeblich verselbständigter, bedrohlicher sowjetischer Militärapparat auf der anderen Seite das atomare Wettrüsten weitertreiben und so beide auch für das "Drama der Atomphysiker" verantwortlich sind. Die unermüdlichen Bemühungen der Sowjetunion um Frieden und Abrüstung, nicht zuletzt im atomaren Bereich, werden dem Leser vorenthalten. Er erfährt auch nicht, daß das "Drama der Atomphysiker" letztlich ein gesellschaftliches Phänomen ist, das sich aus dem imperialistischen Mißbrauch moderner Wissenschaft und Technik, aber auch aus Bindungen von Gelehrten an eine antihumane Ordnung ergibt.

Ein zwiespältiges Buch also, daß trotz einiger positiver Ansätze den Anforderungen an eine Darstellung zu dieser Thematik alles in allem nicht gerecht wird.

Wolfgang Schlicker

Herbert Pruns, Staat und Agrarwissenschaft 1800 - 1865. Subjekte und Mittel der Agrarverfassung und Agrarverwaltung im Frühindustrialismus = Berichte über Landwirtschaft. Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft, hg. v. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Neue Folge, Nr. 194, Sonderheft, Teil 1: Textband, Teil 2: Anhangband

Verlag Paul Parey, Hamburg/Berlin(West) 1978, 328 und 128 Seiten,
Preis: 198,- DM

Zu dem Buch von Pruns gibt es nicht viel zu sagen. Eine Auseinandersetzung über seinen theoretischen Ausgangspunkt lohnt nicht, es sei denn, man wolle aufs neue gegen eine unwissenschaftliche bürgerliche Staatsauffassung polemisieren, die den Staat in Anlehnung an Wilhelm Roscher als einen Hauptfaktor und ein Hauptresultat der "Volkstätigkeit" versteht. Die wissenschaftspolitische Zielstellung von Pruns besteht darin, einen Baustein für den "Nachweis" kontinuierlicher staatlicher Förderung der Landwirtschaft vom "Frühindustrialismus" bis hin zur "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" zu liefern. Josef Ertl,

Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, bestätigt dem Oberregierungs-rat seines Ministeriums dann auch im Vorwort, daß dieses Anliegen gelungen sei. Konzep-tionell lehnt sich Pruns an jene Richtung der BRD-Historiographie an, die weniger die Tech-nik als vielmehr den Staat zum Begründer der "Industriegesellschaft", zur gesellschaft-lichen Haupttriebkraft des 19. und 20. Jahrhunderts deklariert.

Sieht man von all dem ab, so ist das Buch durchaus zu beachten. Pruns gibt einen ausge-zeichneten Überblick über die Behörden der wichtigsten deutschen Territorialstaaten zur Verwaltung der landwirtschaftlichen Angelegenheiten (unklar bleibt allerdings, warum Mecklenburg ausgelassen wurde), über von den Staaten getragene landwirtschaftliche Insti-tutionen (zum Beispiel Stammschäfereien, Gestüte, Kreditinstitute), über öffentliche Ge-nossenschaften, Vereine, Unterrichtsanstalten, Musterbetriebe und über sozialpolitische Maßnahmen in der Landwirtschaft. Dabei bietet er sowohl einen behördengeschichtlichen Abriß der betreffenden Institutionen als auch einen Einblick in deren Funktionsweise.

Klaus Vetter

Industrialisierung und Raum. Studien zur regionalen Differen-zierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, hg. v. Rainer Fremdling und Richard H. Tilly = Historisch-Sozialwissen-schaftliche Forschungen, Bd. 7

Klett-Cotta, Stuttgart 1979, 284 Seiten, Preis: 68,- DM

Im Mai 1978 veranstaltete die sogenannte Quantum-Arbeitsgruppe, die sich der theore-tisch-quantitativen Wirtschafts- und Bevölkerungsgeschichte verschrieben hat, zusammen mit dem Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Münster ihre er-ste Tagung, und zwar zu dem Thema "Integration versus regionale Differenzierung im 19. Jahrhundert". Wie im Vorwort (S. 7) vermerkt, war das Ziel der Konferenz, "die we-nigen auf diesem Gebiet über Deutschland arbeitenden Wissenschaftler zu einer Diskussion ihrer Projekte zusammenzuführen".

Acht der dort gehaltenen Vorträge enthält der vorliegende Sammelband, zusammen mit kritischen Kommentaren zu den einzelnen Beiträgen und einem vorangestellten program-matischen Aufsatz von Rainer Fremdling, Toni Pierenkemper und Richard Tilly über die "regionale Differenzierung in Deutschland als Schwerpunkt wirtschaftshistorischer For-schung" (S. 9 - 26).

In diesem einleitenden Beitrag untersuchen die Autoren vor allem den Anteil der (bürgerli-chen) Wirtschaftstheorie an der Bearbeitung des Themas "Industrie und Raum". Dabei ge-hen sie auch auf die beiden wesentlichen methodischen Probleme regionaler Differenzie-rung ökonomischer Entwicklungsprozesse ein; die sachgerechte Abgrenzung von Regionen und die Heranziehung geeigneter Indikatoren ökonomischer Entwicklungsunterschiede. Die folgenden Beiträge vermitteln einen interessanten Überblick über die gegenwärtigen Be-mühungen bürgerlicher Wissenschaftler, die räumlich differenziert verlaufenden ökonomi-schen Prozesse während der Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erkennen und zu deuten. Unterschiedlich sind dabei der räumliche Rahmen der Untersu-chung sowie die gewählte regionale Untergliederung. Paul B. Huber (Regionale Expansion

und Entleerung im Deutschland des 19. Jahrhunderts: Eine Folge der Eisenbahnentwicklung? (S. 27 - 53), Robert Lee (Regionale Differenzierung im Bevölkerungswachstum Deutschlands im frühen 19. Jahrhundert, S. 192 - 227) und Heinrich Best (Die regionale Differenzierung interessenpolitischer Orientierungen im frühindustriellen Deutschland - ihre Ursachen und ihre Auswirkungen auf politische Entscheidungsprozesse, S. 251 - 279) behandeln ganz Deutschland und wählen zumeist preußische Provinzen sowie die übrigen deutschen Staaten als Regionaleinheiten aus. Rainer Fremdling und Gerhard Hohorst (Marktintegration der preußischen Wirtschaft des 19. Jahrhunderts - Skizze eines Forschungsansatzes zur Fluktuation der Roggenpreise zwischen 1821 und 1865, S. 56 - 101) gehen von den Daten für die 63 bedeutendsten preußischen Marktstädte aus. Klaus Megerle (Regionale Differenzierung des Industrialisierungsprozesses: Überlegungen am Beispiel Württembergs, S. 105 - 130) und Hermann Schäfer (Konjunkturdifferenzierung mit Hilfe quantitativer und qualitativer Indikatoren: Das Beispiel Baden 1900 - 1914/18, S. 132 - 161) betrachten die Entwicklung ökonomischer Prozesse anhand weiterer deutscher Territorialstaaten. Kleineräumige Regionen untersuchen schließlich Toni Pierenkemper (Regionale Differenzierung im östlichen Ruhrgebiet 1850 - 1887, dargestellt am Beispiel der Einführung der Dampfkraft, S. 165 - 188) sowie Peter Borscheidt (Arbeitskräftepotential, Wanderung und Wohlstandsgefälle, S. 230 - 248) für die beiden württembergischen Industriestädte Esslingen und Kuchen b. Geislingen.

Inhaltlich entsprechen nicht alle der eingangs formulierten Fragestellung: "Wie wirkt sich die Entwicklung eines Raumes auf andere Räume aus, und ändert sich das Verhältnis zwischen ihnen im Laufe der Zeit?" (S. 11). Oft bleibt es bei einem reinen Vergleich zwischen Regionen, während die ökonomische Interdependenz der Gebiete untereinander nicht oder nur ungenügend behandelt wird (Best, Lee, Borscheidt). Zu stark wird auch von administrativen Einheiten als Regionen ausgegangen, während die Herausbildung von Wirtschaftsgebieten auf der Basis spezieller ökonomischer Entwicklungslinien als Grundlage für die Untersuchungen kaum Beachtung findet. Ein Mangel ist auch die ungenügende Berücksichtigung von Ergebnissen marxistischer Forschungen zu diesem Gebiet (vergleiche S. 104).

Immerhin geben die Beiträge eine Fülle von Anregungen für die weitere Arbeit auf diesem Forschungsgebiet, so durch die Heranziehung neuer Indikatoren für die regionale Wirtschaftsentwicklung oder die zum Teil ausgezeichnete statistische Verarbeitung des zusammengetragenen Datengrundlagenmaterials. Dadurch konnten, wie zum Beispiel im Beitrag von Huber über die Bedeutung der Eisenbahn für die regionale Wirtschaftsentwicklung, neue Erkenntnisse für den ökonomischen Entwicklungsprozeß in Deutschland während des 19. Jahrhunderts gewonnen werden.

Gerhard Narweleit

Christopher Clay, Public Finance and Private Wealth. The career of Sir Stephen Fox, 1627 - 1716

Clarendon Press, Oxford 1978, IX und 362 Seiten, Preis: £ 12.50

Sir Stephen Fox war keine historisch bedeutsame Gestalt, doch war er ein bemerkenswerter Mann.

Praktisch sein ganzes Leben stand er im Dienste Karls II., zunächst in dessen Exil und

dann in dessen Königszeit. Und auch unter der Königin Anna bekleidete der Fünfundsechzigjährige noch ein hohes Amt. Sein Hauptamt waren in den meisten Jahren der Königszeit Fürsorge und Ordnung der Staatsfinanzen, und eine der Hauptaufgaben dieser Biographie ist es, Fox vom Vorwurf der Korruption und des Betrugs in diesem Amt zu reinigen. Mit wahrlich großer Sorgsamkeit und Kenntnis hat Clay die alten Akten durchgesehen und durchgerechnet - mit dem bemerkenswerten Resultat, daß sich die volle Ehrlichkeit von Fox erwies. Die Vermutung, daß Fox Rechnungen und Bücher fälschte, hatte um so mehr Wahrscheinlichkeit für sich, als er nebenher ein ungewöhnlich geschickter und erfolgreicher Bankier war, der zeitweise der reichste Bürger (Nicht-Adlige) seines Landes wurde, mit einem, nach heutigen Maßstäben, Millioneneinkommen pro Jahr.

Weiter ist Fox bemerkenswert nicht nur für die Zahl der Jahre, die er erreichte, sondern auch für seine zweite Heirat im Alter von sechsundsiebzig Jahren mit einer zweiundfünfzig Jahre jüngeren Frau, von der er vier Kinder hatte, deren zweites, Henry, die berühmte Whig-Familie der Hollands begründete und den großen Parlamentarier Charles James Fox zum Sohne hatte. Der erste Sohn aus Fox' zweiter Ehe, Stephen, wurde Earl of Ilchester.

Über seine Herkunft wissen wir wenig. Clay meint, daß sein Vater eine Grenzgestalt zwischen Bauer und Gentleman war - in jedem Fall hatte Stephen, als er mit Hilfe seines Bruders als Page an den Hof des späteren Königs kam, nicht genug Geld, um einen neuen Anzug zu kaufen.

Auch sonst wissen wir wenig über ihn als private Person, selbst später, als er hohe Ämter bekleidete. Darum bemerkt auch Clay im Vorwort, daß er nicht in der Lage wäre, eine Biographie, eine Lebensbeschreibung zu geben; die Charakterentwicklung, die Gedanken von Fox ließen sich nicht verfolgen. Daher auch wohl der Titel des Bandes "Öffentliche Finanzen und Privater Reichtum" und der Untertitel nicht etwa "Das Leben von ...", sondern "Die Karriere von Sir Stephen Fox".

Trotz dieser Beschränkung des Inhalts, trotz mangelnder Informationen über das Privatleben von Fox, ist das wenige, das zu diesem Thema mitgeteilt wird, nicht ohne Interesse und das Buch als Ganzes eine wertvolle Bereicherung unserer Literatur über englische Verhältnisse in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts.

Jürgen Kuczynski

Peter Mathias, The Transformation of England. Essays in the Economic and Social History of England in the Eighteenth Century

Methuen, Paperback edition, London 1979, 324 Seiten,
Preis: £ 4,95

Bis auf eine sind die 16 in diesem Band zusammengefaßten Studien zur Entwicklung Englands im 18. Jahrhundert, insbesondere zu Problemen der Industriellen Revolution, schon in den verschiedensten Zeitschriften und Konferenzberichten erschienen. Der Autor rechtfertigt ihre Wiederveröffentlichung in einem Band damit, daß sie an so vielen verschiedenen Stellen gedruckt waren, daß ein interessierter Wissenschaftler sie kaum als Ganzes erfassen kann und manche ihm entgehen könnten. Schließlich sind sie im Grunde alle einem

Thema gewidmet, auch wenn ihr Blickfeld außerordentlich weit ist, Industrie und Landwirtschaft, "Schwert und Pflug" oder etwa "Dr. Johnson und die Geschäftswelt" umfassend.

Ich finde das Motiv von Peter Mathias voll gerechtfertigt, allein schon deswegen, weil mir gleich der erste Essay "British industrialization; unique or not?", der ursprünglich unter dem Titel "L' industrialisation en Europe au XIXe Siecle" (C. N. R. S., Paris 1972), Annales XXVII, 1972, erschienen war, entgangen ist.

Mit diesem Essay möchte ich mich im folgenden kurz beschäftigen, zumal die vergleichende Wirtschaftsgeschichte international an Bedeutung gewinnt und auch bei uns jetzt stärker betrieben wird.

Nicht zum Wenigsten zeichnet sich dieser Essay durch eine großartige dialektische Fragestellung aus: Ging die Industrielle Revolution in England als erstem Lande vor sich und war darum einzigartig in ihrem Charakter? oder: War die Art der Industriellen Revolution in England einzigartig und konnte sich darum dort zuerst entwickeln?

Bei seiner Untersuchung entwickelte Mathias eine ganze Reihe wichtiger Prinzipien der vergleichenden Wirtschaftsforschung.

So ist es natürlich wichtig, zahlreiche vergleichende Daten zu haben. Und doch "sollte man statistischen Ähnlichkeiten und Korrelationen gegenüber, die Profil oder Silhouette der Industrialisierung in den verschiedenen Ländern bieten, mißtrauisch sein. Vergleichbare Wachstumsraten (zum Beispiel zwischen den USA und Kanada oder Norwegen und dem Vereinten Königreich oder Japan und Dänemark zwischen 1870 und 1913) oder ähnliche Verhältnisse zwischen dem Wert des Außenhandels und dem Nationaleinkommen (zum Beispiel für Deutschland und Australien in den Jahren 1911 bis 1913, Frankreich und Schweden, Japan und Italien) können tiefgehende Unterschiede in der Dynamik der Beziehungen, die denen von Außenhandel und Nationaleinkommen zugrunde liegen, verdecken. ... Vergleichbare Wachstumsraten von Wirtschaften, die doch auf einer merklich verschiedenen Bilanz zwischen Rohstoffproduktion und industriellem Ausstoß beruhen oder auf einer völlig verschiedenen Ausfuhrdynamik (oder großen Unterschieden in dem Ausfuhrverhältnis von stark veredelten Fertigprodukten und Rohstoffen), sind ebenfalls Masken, die sehr verschiedene Realitäten verhüllen" (S. 4).

Der Essay enthält eine Fülle solcher Ratschläge, um Fehler in der vergleichenden Wirtschaftsgeschichte zu vermeiden. Er sollte zur Pflichtlektüre aller derjenigen gehören, die sie betreiben.

Als Erklärung nun für die Einzigartigkeit der Industriellen Revolution Englands insofern, als sie die erste war, gibt Mathias: Sie war einzig insofern, als es eine nationale Wirtschaft gab, die "über billige Kohle, billiges Eisen, billiges Tuch, über eine Maschinenbau-, Energie- und mineralische Brennstoff-Technologie und gelernte Mechaniker" verfügte (S. 18).

Doch diese Erklärung ist ungenügend. Ihr muß doch eine Erklärung für all diese Faktoren vorangehen. Warum waren in Frankreich und Deutschland nicht Kohle und Eisen und Tuch ebenso billig? Warum blieb die Technologie in diesen Ländern so gegenüber England zurück?

Die Antwort liegt doch wohl darin, daß England seit dem 17. Jahrhundert über eine kapitalistische Wirtschaft verfügte, die die erste industrielle Revolution (von 1540 bis 1640) ermöglichte und von ihr ermöglicht wurde. Wenn Frankreich in all dieser Zeit und auch noch im 19. Jahrhundert England überlegen war in der Produktion kunstvoller Luxusgüter, so entstand eben in England im Gefolge der ersten industriellen Revolution eine Industrie billiger Massenkonsumwaren, deren Fülle Joan Thirsk, die bedeutende englische Agrarhistorikerin, so blendete, daß sie ihrem Buch "Economic Policy and Projects" (Oxford 1978)

den Untertitel "The development of a consumer society in early modern England" gab, wo- mit sie besonders das 17. Jahrhundert, ja schon die letzten Jahrzehnte des 16. Jahrhun- derts meinte.

Merkwürdig diese Schwäche bei Peter Mathias, dem Historiker der englischen Brauerei- en, die doch so früh zur Verwendung von Kohle statt Holz übergingen, so viel zur Kohle- Heiz-Technologie beitrugen und den Massenkonsum von Bier so förderten, genau als Teil der ersten industriellen Revolution!

Doch nicht mit solch kritischen Bemerkungen, sondern mit der Versicherung des großen Nutzens, mit dem man dies Buch und insbesondere sein erstes Kapitel lesen wird, möch- te ich schließen.

Jürgen Kuczynski

Horst Zimmermann, Nur eine Münze ... Münzen und Währungen aus drei Jahrtausenden - nicht nur für Numismatiker = akzent, Bd. 35

Urania-Verlag Leipzig, Jena, Berlin 1979,
128 Seiten, Abbildungen, Preis: 4,50 M

Zimmermann spannt einen weiten Bogen von der Herausbildung des Münzgeldes bei den Lydern bis hin zur Währung im Sozialismus. Als methodisch gut gelungen kann man die Analysen der Münz- und Maßsysteme und deren Verhältnisse unter- sowie zueinander be- zeichnen ebenso die Darstellung der Münzverschlechterung im Mittelalter sowie eine Er- läuterung des Mechanismus von Bretton Woods. Die Ausführungen zum Geld im Sozialis- mus/Kommunismus führen direkt an aktuelle Probleme heran. Gerade auf diesem Gebiet herrscht in der populärwissenschaftlichen Literatur ein großer Nachholebedarf.

Aber auch ernste Kritik muß geübt werden. In erster Linie sind Einwände gegen eine Reihe theoretischer Positionen Zimmermanns zu erheben. Zuerst wendet sich der Autor der Fra- ge zu, seit wann es Münzen und Geld gibt. Das Aufkommen des Geldes setzt eine bestimmte Entwicklung in der Arbeitsteilung, ein stabiles Mehrprodukt und eine Warenproduktion vor- aus. In den Ländern der altorientalischen Klassengesellschaft entwickelte sich über einen längeren Zeitraum kein Münzgeld. Rinder, Getreide, Metallbarren und anderes waren all- gemeines Äquivalent. Erst mit der verstärkten Durchsetzung des Privateigentums in der antiken Klassengesellschaft und dem Aufschwung der Warenproduktion kam es zur Heraus- bildung des Münzgeldes. Zimmermann jedoch verwendet den Begriff der altorientalischen Klassengesellschaften nicht und geht von der veralteten Formationsabfolge "Urgesellschaft - Sklaventhaltergesellschaft" aus. Beispielsweise heißt es auf Seite 14: "Diesem Siegeszug des Geldes war die alte Gentilverfassung nicht gewachsen." Er brachte "den Sündenfall von der Höhe der alten Gentilverfassung in die neue, zivilisierte Gesellschaft, die Klassengesell- schaft." Vor diesem verzerrten historischen Hintergrund versucht der Autor, die Entste- hung des Geldes zu erklären. "Als Symbole der Macht" seien "Viehherden, Waffen, Schmuck und Metalle" gehortet worden, und "diese Waren" wurden "frühzeitig zur allge- meinen Geldware, zum Geld" (S. 12 f.). In Wirklichkeit verhielt es sich jedoch genau um- gekehrt; Eben weil bestimmte Dinge als Waren allgemeines Äquivalent waren, wurden sie zum Geld.

Zimmermann entwickelt eine Theorie der "Monetisierung der Klassenbeziehungen" (S. 41). Mit der Entwicklung des Geldwesens dringen zwar Geldbeziehungen in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche ein, sie sind jedoch nur sekundär und leiten sich aus den Produktionsverhältnissen ab. "Geld ... vermittelt Produktionsbeziehungen (?), Beziehungen, die die Menschen in der Produktion miteinander eingehen. Geld ist ... der versachlichte Ausdruck gesellschaftlicher Beziehungen der Menschen" (S. 88). Diese alle Produktionsweisen umfassende Formulierung ist durchaus nicht identisch mit der im "Manifest der Kommunistischen Partei", die Karl Marx und Friedrich Engels nur auf den Kapitalismus beziehen: "Die Bourgeoisie ... hat ... kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose 'bare Zahlung'".

Für die Betrachtungsweise in dem Buch ist bezeichnend, daß das Handels- und Wucherkapital mehr oder weniger verabsolutiert gesehen wird (S. 48). Hinsichtlich der feudalen Produktionsverhältnisse wird unterstellt, daß sie sich schon in Geldbeziehungen versachlicht hätten (S. 26).

Ein völliges Mißverständnis in bezug auf die Ostexpansion und die Bedeutung der Geldprägung beinhaltet folgende Aussage: "Die geistlichen und weltlichen Feudalherren kauften durch die Brakteaten mit Zwangskurs die slawische Urbevölkerung aus und zwangen sie zur Hörigkeit" (S. 38 f.).

Es darf bei der Behandlung der allgemeinen Krise des Kapitalismus nicht unerwähnt bleiben, daß mit ihr gleichzeitig die chronische Währungs- und Inflation beginnt. Auch bei der Darstellung der Finanzierung des ersten Weltkrieges sowie der Zeit der Inflation gibt es Unzulänglichkeiten. Es wurden nicht, wie behauptet, die Kriegsanleihen zur Deckung des Papiergeldes genutzt, sondern hierzu hauptsächlich Darlehenskassenscheine und Reichsschatzwechsel verwandt.

Nicht die Rückzahlung der Kriegsanleihen war eine der Ursachen für die Verschärfung der Inflation bis 1923, sondern allgemein die Abwälzung der Kriegslasten auf breiteste Schichten des Volkes durch das deutsche Monopolkapital. Das war ein sich über mehrere Jahre hinziehender qualvoller Prozeß und nicht die Sache von wenigen, gar drei (!) Wochen (S. 72).

Gute Absicht und gelungene Passagen vermögen den insgesamt enttäuschenden Eindruck, den man beim Lesen des Buches hat, nur wenig abzuschwächen.

Herwart Pittack/Reinhold Zilch

FORSCHUNGSBERICHTE

Forschungsgebiete und Aufgaben der Agrargeschichtsschreibung in Ungarn

von István Orosz

Károly Tagányi, eine der hervorragendsten Gestalten der ungarischen bürgerlichen Geschichtsschreibung, hat schon 1894 in der Einleitung zur ersten Nummer der Zeitschrift "Magyar Gazdaságtörténelmi Szemle" (Ungarische Wirtschaftsgeschichtliche Rundschau) zum Ausdruck gebracht, daß die gesellschaftliche Entwicklung Ungarns nicht nur mit der Vergangenheit des ackerbautreibenden Volkes untrennbar verbunden ist, sondern daß "gerade dessen Geschichte und Entwicklung die Geschichte der eigentlichen Nation ist". Bis zum Ende des ersten Weltkrieges bildete die Agrarbevölkerung die Mehrheit der ungarischen Gesellschaft. Wenn wir als Agrargeschichte denjenigen Zweig der Wirtschafts- und Sozialgeschichte betrachten, der die Vergangenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse der sich mit landwirtschaftlicher Produktion beschäftigenden Bevölkerung und der Produktivkräfte der Landwirtschaft in ihrer dialektischen Wechselwirkung erschließt, dann müssen wir feststellen, daß die bürgerliche Wissenschaft auch auf diesem Gebiet der Geschichtsschreibung über Teilergebnisse nicht hinauskam.

Die Agrargeschichte bildete sich als selbständige Disziplin in Ungarn vielleicht noch schwieriger heraus als in anderen europäischen Staaten. Für die Vergangenheit der Bauernschaft hatten zuerst nur Vertreter der Aufklärung Interesse gezeigt. Sámuel Tessediks und Gergely Berzeviczys Sympathie für Ungarns bäuerliche Bevölkerung nährte sich nicht nur aus den Ideen der Aufklärung, sondern auch aus historischer Forschung. Im Zeitalter der Reformbewegungen wurde das elende Schicksal der Bauern für den politischen Liberalismus und die ihm nahestehende Geschichtsschreibung zur Waffe im Kampf gegen den Feudalismus. Für die Aufhebung der Leibeigenschaft wurden neben juristischen, ökonomischen und sozialen Argumenten auch historische Beweggründe angeführt. Zu diesem Zwecke mußte man sich mit der Vergangenheit der leibeigenen Bevölkerung vertraut machen. János Hetényi zum Beispiel hat die Notwendigkeit der Aufhebung der Fronarbeit - unter anderem - auch mit dem Hinweis begründet, daß die Quelle der Fron, die Untertänigkeit der Leibeigenen gegenüber der Gutsherrschaft, historisch nicht zu motivieren ist. Die traditionelle gutsherrliche Argumentation - nämlich, daß diejenigen Leibeigene wurden, die keine militärischen Aufgaben übernehmen wollten - ist auch historisch nicht wahr. Das politische Interesse für die bäuerliche Bevölkerung führte jedoch nicht zur systematischen Aufdeckung der Vergangenheit der Bauernschaft.

Dasselbe gilt auch für die Geschichte der Agrarproduktion. Das Interesse für die Geschichte der landwirtschaftlichen Produktion kann von der Entfaltung der Agrarwissenschaften nicht getrennt werden. Die vorzüglichen landwirtschaftlichen Fachschriftsteller der zweiten Hälfte des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Lajos Mitterpacher, János Nagyváthy, Ferenc Pethe und János Balásházy, mußten bei der Empfehlung der Einführung neuer Methoden und Produktionsverfahren notwendigerweise von der traditionellen gutsherrlichen und Leibeigenenwirtschaft ausgehen. Ihren Lesern verschafften sie auch über gewisse Elemente der Geschichte der traditionellen Wirtschaft ein Bild, damit die Über-

legenheit der neuen Wirtschaftsweisen prägnanter zum Vorschein kam. Diese Betrachtung war unter dem Gesichtspunkt der Verbreitung von Neuerungen in der Landwirtschaft sehr wichtig. Sie begünstigte jedoch die Erschließung der Vergangenheit der Agrarproduktion nicht. Die Vergangenheit war nur ein Kontrapunkt, ein dunkler Hintergrund für das empfohlene Neue.

Eine - wissenschaftliche - Agrargeschichte entstand in Ungarn erst zur Zeit der positiven Geschichtsbetrachtung, im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, als Teil der Wirtschaftsgeschichte. Im gleichen Jahrzehnt, den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, in denen Theodor Inama-Sternegg seine deutsche Wirtschaftsgeschichte veröffentlichte und so dem Wort "Wirtschaftsgeschichte" im wissenschaftlichen Sprachgebrauch zur Geltung verhalf, haben in Ungarn der Wirtschaftswissenschaftler Béla Földes und der hervorragende Vertreter der politischen Geschichte, Kálmán Thaly, für die Notwendigkeit wirtschaftsgeschichtlicher und in deren Rahmen agrarhistorischer Forschungen ihre Stimme erhoben. Die Vergangenheit der bäuerlichen Bevölkerung und der landwirtschaftlichen Produktion wurde jedoch zunächst nur in einigen wenigen Aufsätzen behandelt, und noch jahrzehntelang entlehnten entsprechende Arbeiten ihre methodische Spezifik bei anderen historischen Disziplinen. So war die Biographie von György Dózsa, die Sándor Márki 1883 herausgab, von der politischen Geschichte methodisch geprägt. Dieses Werk war ein Meilenstein auf dem Wege zur Erschließung der Geschichte der Bauernbewegungen. Auf ähnlicher methodischer Grundlage entstand das Buch, das F. Albin Gombos 1898 über die Bauernbewegung vom Jahre 1437 veröffentlichte, die unter Führung von Antal Budai Nagy stand. Die Lage war auch bei der Erforschung der Geschichte der landwirtschaftlichen Produktion nicht besser. Der sonst verdienstvolle rechtshistorische Aufsätze schreibende Gusztáv Wenzel unternahm 1877 - eigentlich ohne Vorstudien - den Versuch einer Geschichtsschreibung der ungarischen Landwirtschaft. Das Ergebnis war ein sehr schwaches Flickwerk, in dem nicht einmal die Methode der Rechtsgeschichte auf angemessene Weise zum Ausdruck kam, weil dem Verfasser ein tieferer Einblick sowohl in die mit der Landwirtschaft zusammenhängende Gesetzgebung als auch in die Geschichte landwirtschaftlicher Institutionen fehlte und er daher zu einer einheitlichen, in sich geschlossenen Darstellung außerstande war.

Neben der politischen Geschichte und der Rechtsgeschichte waren auch die Agrarwissenschaft, die Kulturgeschichte und die Volkskunde an der Entfaltung der Agrargeschichte beteiligt. So bemühten sich Agrarwissenschaftler mit anerkanntem Eifer um die geschichtliche Erschließung einzelner Produktionszweige, Pflanzenkulturen oder Nutztierarten, um die zeitgenössischen Formen und Tendenzen von Ackerbau und Viehzucht besser erklären zu können. Teils setzten sie die Tradition der Agrarfachschriftsteller der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fort, teils gingen sie aber auch schon zu gründlicheren historischen Forschungen über. Es entstanden Aufsätze über die Geschichte der Kartoffelproduktion, der Schaf- und Schweinezucht, über die Vergangenheit der Imkerei usw. Oft wirkte sich jedoch die mangelhafte historische Ausbildung ihrer Verfasser auf das wissenschaftliche Niveau dieser Aufsätze aus.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begann sich auch die Ethnographie zu entfalten. Sie hielt die Erforschung bäuerlicher Lebensweise für eine ihrer wichtigsten Aufgaben, und besonders mit Untersuchungen über vor- und frühgeschichtliche menschliche Erwerbstätigkeiten (Fischerei, Jagd, Sammeln usw.) trug sie zur Erweckung des Interesses für die Agrargeschichte bei.

Die Kulturgeschichte sah nicht nur in der Erschließung der Geschichte der immateriellen Kultur, sondern auch in der Untersuchung der Geschichte der materiellen Kultur ihre Aufgabe. Aufsätze und Bücher zu den einzelnen kulturgeschichtlichen Perioden enthielten zum Teil auch Abschnitte über die Geschichte der bäuerlichen Produzenten und der landwirtschaftlichen Produktion, aber die Hauptlinien der Agrargeschichte gingen daraus nicht hervor.

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts berechtigte die Herausgabe der Zeitschrift "Magyar Gazdaságtörténelmi Szemle" zu großen Hoffnungen. Diese Zeitschrift, von Agrarwissenschaftlern und Historikern gemeinsam begründet, wurde bald zu einem ausschließlich historischen Periodikum. Die Zeitschrift selbst war eine Pionierleistung und ihr Redakteur, der oben erwähnte Károly Tagányi, ein Forscher von europäischem Rang. Besonders durch seine Forschungen zur Feldgemeinschaft wurde Tagányi bekannt. Seine Mitarbeiter konnten sein Niveau jedoch nicht erreichen. Unter dem Vorzeichen des Positivismus und in positivistischer Zielrichtung haben sie eine Vielzahl wertvoller wie wertloser Quellen und Daten zur Geschichte der Landwirtschaft und der Agrargesellschaft übermittelt, besonders aus dem 16. bis 18. Jahrhundert. An eine Synthese ihrer empirischen Ermittlungen wagten sie sich jedoch genausowenig heran wie an den Versuch, Gesetzmäßigkeiten und Entwicklungstendenzen zu skizzieren.

Auch Ignác Acsády konnte seine theoretischen Zielsetzungen nicht verwirklichen. Er war der erste, der mit bis heute wirksamen Monographien zur Geschichte der bäuerlichen Bevölkerung Ungarns aufwartete. 1906 veröffentlichte er auf der von ihm so oft kritisierten rechtsgeschichtlichen methodischen Grundlage eine Übersicht über die mehr als tausendjährige Geschichte der ungarischen Leibeigenen. Allerdings hat er das reiche Datenmaterial der Zeitschrift "Magyar Gazdaságtörténelmi Szemle" nicht ausgewertet. Auch der Rolle der gutsherrlichen Eigenwirtschaften, die das bestimmendste Element der ungarischen agrarhistorischen Entwicklung im 16. bis 18. Jahrhundert waren, schenkte er keine Aufmerksamkeit. Dagegen erfaßte er die Bedeutung des materiellen Interesses für die historischen Wandlungen, und als erster schilderte er die Vergangenheit der bäuerlichen Bevölkerung als Geschichte des Klassenkampfes zwischen Gutsherren und Leibeigenen.

In der Periode des Horthy-Regimes gewann die Kulturgeschichte immer mehr an Boden, eine Entwicklung, die für die agrarhistorischen Forschungen nicht günstig war. Die Überbetonung der Rolle psychologischer, also subjektiver Faktoren für den Lauf der Geschichte stand dem "Realismus" der wirtschaftlichen Erscheinungen gleichsam konträr gegenüber. Alle Versuche, die wirtschaftlichen Erscheinungen aus mentalitätsbedingten Verhaltensweisen der Produzenten zu erklären, waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Trotzdem entfaltete sich in dieser Periode, in den Jahren um 1930, ein bis heute gepflegter und wirkungsvoller Zweig der Agrargeschichte, die Geschichte der Gutswirtschaft. Mit ihrer methodischen Erschließung der Geschichte der großen ungarischen Gutswirtschaften sprengten die Schüler von Sándor Domanovszky den Rahmen der positivistischen Kulturgeschichte. Sie haben erhaltenegebliebene Archive von Gutswirtschaften erfolgreich durchforscht und dabei den feudalen Großgrundbesitz auch unter Gesichtspunkten beleuchtet, die den Forschern früher entgangen waren (zum Beispiel Saldo von Einnahmen und Ausgaben, die Quellen der Einnahmen, das Betriebsinventar usw.). Das Quellenmaterial gab nicht nur in die Art und Weise der Produktion, sondern auch in die Lebensweise und Dienstverpflichtungen der auf dem Gut lebenden Leibeigenen Einblick. Die Grund- bzw. Gutsherrschaften des 16. bis 18. Jahrhunderts bildeten wirtschaftliche Einheiten, die ausgezeichnete Möglichkeiten zu Rückschlüssen auf die Produktivkräfte und die damaligen Produktionsverhältnisse Ungarns boten, obwohl den bürgerlichen Autoren eine so weitreichende Aufgabenstellung natürlich fernlag. Nach der Befreiung erschien eine Zusammenfassung der wissenschaftlichen Ergebnisse der Domanovszky-Schule aus der Feder von István Szabó. Diese Zusammenfassung ließ erkennen, daß die ungarische Gutsherrschaft im 16. bis 18. Jahrhundert charakteristische Entwicklungszüge aufwies, was der Aufmerksamkeit auch von Acsády entgangen war. Szabó hielt in diesem Zusammenhang die Folgerung für berechtigt, daß dem Aufschwung der gutsherrlichen Eigenwirtschaft im 16. Jahrhundert eine Phase der Stagnation im 17. Jahrhundert folgte. Nur im begrenzten Maße wurde die Gutswirtschaft Produktionsbetrieb. Einen bedeutenden Teil ihrer Einnahmen bildeten nach wie vor Natural- und Geldrenten von Leibeigenen sowie die Erlöse aus den gutsherrlichen Monopolen.

Seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre setzte auch bei den Forschungen zur Geschichte der bäuerlichen Bevölkerung eine thematische Erweiterung ein. In einer Reihe von Aufsätzen wurde die bäuerliche soziale Lage und Lebensweise von einem fortschrittlichen bürgerlichen Standpunkt aus untersucht. Durch die ethnographischen Forschungen von István Györfy und durch die vor allem von Ferenc Erdei durchgeführten soziologischen Studien wurde der Untersuchungsbereich der Agrargeschichte auf die Siedlungsgeschichte ausgedehnt. In die gleiche Richtung dehnten Siedlungs- und volkskundliche Forschungen das Untersuchungsgebiet aus. Zwar standen die letztgenannten Forschungen unter dem Einfluß reaktionärer, marxistischer deutscher Lehrmeinungen, aber im Grunde suchten sie der imperialistischen deutschen Expansion entgegenzuwirken.

Mit der Befreiung erfolgte auch in der Entwicklung der Agrargeschichte eine grundlegende Änderung. Die marxistische Geschichtsbetrachtung gewann schrittweise an Boden und wurde auch in der Agrargeschichte vorherrschend. Dies eröffnete neue Perspektiven. Marxistische historische Arbeiten, aus der Feder von József Révai, Erik Molnár, Aladár Mód und anderen, entstanden zwar auch schon vor der Befreiung; die marxistische Anschauung gelangte in Ungarn aber erst nach 1948, nach dem Sieg der sozialistischen Kräfte zum Durchbruch. In den Folgejahren stand zuerst die kritische Auswertung von Ergebnissen der bürgerlichen Wissenschaft auf der Grundlage des historischen Materialismus im Vordergrund. Daneben aber galt es, die "weißen Flecke" in der ungarischen Agrargeschichte, deren es viele gab, zu ermitteln und durch neue Forschungen zu verringern. So existierten auch in der Geschichtswissenschaft noch immer romantische Vorstellungen über die Agrarverhältnisse der nomadisierenden und landnehmenden Ungarn. Unbekannt waren jedoch: das Besitz- und Betriebssystem im Frühmittelalter, die Entfaltung des feudalen Systems, die Veränderungen der feudalen Rentenformen, die Hauptzüge der Entwicklung in den Marktflecken, die Beziehungen zwischen Agrarproduktion und Verwertung der agrarischen Produkte in den verschiedenen historischen Epochen, der Verlauf des bäuerlichen Klassenkampfes (einige Bauernbewegungen ausgenommen) sowie nahezu die gesamte Agrargeschichte der kapitalistischen Periode seit 1848. Stark vernachlässigt war alles in allem auch die Forschung zur Geschichte der landwirtschaftlichen Produktivkräfte, zur Entwicklung der Landtechnik, über die Zusammenhänge zwischen Siedlungssystem und Produktion, zur Bodennutzung, zur Entwicklung der bäuerlichen Selbstverwaltung, zur Verbreitung der verschiedenen Pflanzenkulturen, über den Wandel der Produktionsstruktur, die Geschichte der Haustiere, die Preis- und Lohngeschichte, die Agrarpolitik im kapitalistischen Zeitalter und die Entwicklung der Agrarwissenschaften. Es fehlten niveauvolle ortsgeschichtliche Arbeiten und solche regionalen Forschungen, auf deren Grundlage zuverlässige verallgemeinerungsfähige Schlüsse auf die Landesentwicklung hätten gezogen werden können. Diese Mangelliste könnte noch fortgesetzt werden. Es handelte sich also nicht nur darum, den Marxismus auf die Agrargeschichte in Ungarn anzuwenden, sondern auch darum, Rückstände in der empirischen Forschung aufzuholen. Die Entwicklung der marxistischen Agrargeschichtsschreibung, die sich Ende der vierziger Jahre in Ungarn durchsetzte, könnte man in mehrere Abschnitte aufteilen. Anfang der fünfziger Jahre zeigten sich Ansätze einer dogmatischen Betrachtungsweise, die eine Eigentümlichkeit dieser Phase der Agrargeschichtsschreibung bildeten und in der Folgezeit überwunden wurden. Dies ändert jedoch nichts an der Feststellung, daß die letzten drei Jahrzehnte als eine Einheit anzusehen sind, als die Epoche der Geburt und Entfaltung der ungarischen marxistischen Agrargeschichtsschreibung.

In der Übersicht der Forschungsrichtungen und Aufgaben gehen wir deshalb nicht chronologisch vor, sondern wir bemühen uns, die bisherigen Ergebnisse und die noch zu lösenden Aufgaben nach Forschungsgebieten skizzenhaft zu erfassen.

Wie schon erwähnt, gab es in der Historiographie über die Agrargesellschaft und auch in der Erschließung der bäuerlichen Vergangenheit viele weiße Flecke; trotzdem waren diese

Gebiete besser erforscht als die Geschichte der landwirtschaftlichen Produktivkräfte. Eine vordringliche Aufgabe bestand also darin, den historischen Weg der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte in den verschiedenen Gesellschaftsformationen zu ergründen. Die Lösung dieser Aufgabe setzt Untersuchungen über die Geschichte des landwirtschaftlichen Betriebes voraus. Dies gilt für alle Gesellschaftsformationen. Die Geschichte des feudalen gutsherrlichen Großgrundbesitzes war eines der am meisten erforschten Gebiete der bürgerlichen Agrargeschichte, obwohl es auch hier noch viele Aufgaben zu lösen gilt. Das Untersuchungsgebiet der Forschungen zur Geschichte der Gutsherrschaft wurde zeitlich und räumlich erweitert. Es erstreckte sich nunmehr nicht nur auf Transdanubien und das nördliche Mittelgebirge, sondern auch auf die Große Ungarische Tiefebene. Es konnte Klarheit über den Wandlungsprozeß des feudalen Großgrundbesitzes, der sich auf Frondienste stützte, seinen Übergang zur kapitalistischen Wirtschaftsweise gewonnen werden. Wichtige Aufschlüsse über diese Wirtschaftsweise ergaben Untersuchungen über zahlreiche landwirtschaftliche Großbetriebe, die den "preußischen Weg" der Agrarentwicklung beschritten hatten. Neuerdings gelang es sogar, den Werdegang einer ehemaligen feudalen Gutswirtschaft zum modernen sozialistischen Großbetrieb zu verfolgen. Es begannen auch Forschungen zur Geschichte landwirtschaftlicher Genossenschaften und staatlicher Musterbetriebe. Namentlich zur Geschichte landwirtschaftlicher sozialistischer Großbetriebe wurden bedeutende Untersuchungsergebnisse erzielt.

Es wurden Erkenntnisse über privates feudales Grundeigentum und dessen Bewirtschaftung durch Gutsverwalter, über die Produktionsweise des frühmittelalterlichen Prädiums (frühe Eigenwirtschaften mit Sklavenarbeit) und dessen Auswirkungen auf die Siedlungsstruktur gesammelt. Die entsprechenden Forschungsergebnisse beruhten auf landesweit durchgeführten Materialsammlungen und nicht etwa nur auf Untersuchungen, die sich auf einzelne Güter beschränkten. Der Nachweis, daß auch in Ungarn im Frühfeudalismus Gutsherrschaften in Privathand existierten (eben das Prädium) ist ein bedeutender Beitrag zur historischen Erforschung des europäischen Feudalismus.

Auch über die Produktion der Bauernwirtschaften, besonders im Spätfudalismus, liegen Forschungsergebnisse vor. Angaben über den bäuerlichen Haushalt, die Bauernfamilie als produzierende Einheit lassen sich gutsherrlichen Quellen entnehmen (Urbare, Rechnungsschriftgut usw.). Aber auch bäuerliche Quellen (Testamente, Urkunden über den Frondienst und seine Ablösung durch andere Rentenformen aus der Zeit Maria Theresias) wurden entdeckt, die wertvolle Aufschlüsse über das damalige Wirtschaftssystem bieten.

Untersuchungen über den bäuerlichen Betrieb unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen stoßen in erster Linie wegen der Quellenlage auf Schwierigkeiten. Entsprechende Arbeiten basierten auf archivalischen Zufallsfunden.

Daher scheint erfolversprechender zu sein, das System der bäuerlichen Produktion im Rahmen der bäuerlichen Dorfgemeinschaft zu untersuchen. In der feudalen Epoche bildete das Bauerndorf eine spezifische Einheit bäuerlicher Selbstverwaltung, über deren produktionslenkende Tätigkeit vom 18. Jahrhundert an zumeist auch Quellen zur Verfügung stehen. Ergebnisse sind auf diesem Gebiet in erster Linie von einer nach wissenschaftlichen Methoden betriebenen Ortsgeschichtsschreibung zu erwarten.

In den letzten drei Jahrzehnten konnten wesentliche Fortschritte bei der Erforschung der Ackerbausysteme erzielt werden, eines Gebietes, über das bisher nur spärliche Kenntnisse existierten. Die komplexe Erschließung der Quellen mit Hilfe der Archäologie, der komparativen Linguistik und anderer Wissenschaften wirft neues Licht auf die Wirtschaftsweise der landnehmenden Ungarn. Das Bild von der "nomadischen" Lebensweise der Ungarn konnte präzisiert werden. Die Bereicherung des Erkenntnisstandes betraf unter anderem die Wohn- und Lebensweise jener privilegierten nomadischen Schichten, die die Flußtäler als ihren Wirtschaftsraum beanspruchten, ferner die Spezialisierung der landwirtschaftli-

chen Produktion im Karpaten-Becken, wo die Slawen Kleinviehzüchter und die Ungarn Großviehzüchter waren, den Nachweis, daß ein halbnomadischer Ackerbau vor der Landnahme in den Gebieten von Etelköz und Levedia (im heutigen südwestlichen Randgebiet der Sowjetunion) mit dem Pflug betrieben wurde, sowie Besonderheiten bäuerlicher Bodennutzung nach der Landnahme. Forschungen zum 14. Jahrhundert, über die Entfaltung der Zwei- und Dreifelderwirtschaft sowie den Umfang des Brachfeldes bei der Zwei- und Dreifelderwirtschaft, haben zur Klärung vieler Fragen beigetragen. Aber auch weiterhin bleibt die Frage offen, wie sich die Entwicklung von dem spezifischen Bodennutzungssystem des 10. und 11. Jahrhunderts zu den für das 14. Jahrhundert nachgewiesenen Formen vollzog. Eine Auswertung der zwischen 1715 und 1720 landesweit durchgeführten Steuererhebungen ermöglichte quantitative Analysen der Ackerbausysteme im 18. Jahrhundert. Das Schriftmaterial der Urbarialverfügungen und Steuererhebungen aus dem Jahr 1828 eröffnet der Forschung die Möglichkeit, auch die Varianten der Bebauungssysteme näher zu ergründen. Das Bild von den Ackerbausystemen läßt sich jedoch erst dann voll abrunden, wenn die im Zusammenhang mit entsprechenden gesetzlichen Verfügungen nach 1894 angelegten Akten erschlossen sind. Sie geben Auskunft, ob die einzelnen Ortschaften zur individuellen Bodennutzung ohne Flurzwang übergingen oder bei der Mehrfelderwirtschaft blieben, und daraus könnte die Verbreitung der individuellen Bodennutzung ohne Flurzwang abgeleitet werden.

Die Nutzung der umliegenden Fluren der Dörfer ist mit der inneren Ordnung der Siedlungen untrennbar verbunden. Die marxistische Agrargeschichte gab auch den siedlungsgeschichtlichen Forschungen neue Impulse. Die Anfänge des Dorfsystems, der Weg von der winterlichen Unterkunft bis zum festen Dorf wurden ergründet. Der Prozeß der Wüstungen im 13. und 15. Jahrhundert wurde neu durchleuchtet, und auch die Verödung von Siedlungen unter dem Einfluß der Türkenherrschaft erscheint in anderem Licht als früher. Ethnographische und agrargeschichtliche Forschung können gleichermaßen von Ergebnissen berichten; Dies gilt zum Beispiel für die Erschließung der Geschichte der Siedlungen, in denen zu den Bauernhöfen Stall und Garten oder zwei Gewanne gehörten, für die spezifischen Auswirkungen der Freiland-Viehzucht in der Großen Ungarischen Tiefebene auf die Siedlungsstruktur und für die Merkmale der Unterkünfte und Gehöfte in vorkapitalistischer Zeit. Leider fehlen siedlungsgeschichtliche Forschungen über die Zeit des Kapitalismus. Unsere Kenntnisse vom Leben in den bewohnten "Pušta-Gebieten", den Zentren der Gutsherrschaft und auf den Meierhöfen schöpfen wir im großen und ganzen nur aus literarischen Quellen. Eine Ausnahme bilden die Bauernhöfe; Nicht nur ihre Lage in der kapitalistischen Periode, sondern auch ihre jüngste Vergangenheit steht im Mittelpunkt des Interesses.

Die Analyse der Produktionstechnik der feudalen und kapitalistischen Epoche wurde in großem Maße durch museale Gegenstände gefördert, aus denen auch Schlussfolgerungen auf regionale Eigentümlichkeiten der traditionellen Produktionsmethoden gezogen werden können. Dabei kann nach den angewandten Produktionsmethoden zwischen zwei regionalen Hauptzonen unterschieden werden: der Tiefebene, wo nicht mit der Sichel, sondern mit der Sense geerntet wurde, wo das Futtergetreide nicht in Garben gebunden und nicht in Puppen und Feimen aufgestellt wurde, wo mit Pferde- und Ochsenkraft und nicht mit Menschenhand (Flegeln) gedroschen und wo das so gewonnene Korn nicht in Kornspeichern, sondern in Mieten gelagert wurde. Genau die umgekehrten Merkmale trafen auf die Ernteweise in Transdanubien und in den Randgebieten zu. Der Pflug ist das einzige traditionelle Arbeitsmittel, dessen Geschichte bisher gründlich untersucht wurde, während die historiographische Erschließung der anderen Arbeitsmittel der Zukunft vorbehalten bleibt. Über die Mechanisierung des Dreschens und der Saat in der kapitalistischen Periode liegen Forschungsergebnisse vor. Ein Gesamtüberblick über den Wandel in der Landtechnik, vor allem über die hierbei im Sozialismus eingetretenen Veränderungen, steht indessen noch aus.

Ebenso gehört es zu den Aufgaben der Zukunft, die Umwandlung der Produktionsstruktur beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus zu untersuchen, obwohl über die Ver-

breitung mancher Pflanzenkulturen, wie Tabak, Mais, Sonnenblumen, Raps, Kartoffeln usw., gründlichere Abhandlungen vorliegen. Die Forschungen zur Geschichte des Weinbaus und der Weinproduktion vor der Landnahme und unter der Türkenherrschaft können neue Ergebnisse vorweisen, wenn diese stellenweise auch noch lückenhaft sind. Noch größer sind die Lücken für die Zeit vor der verheerenden Reblausplage im 19. Jahrhundert. Dagegen gibt es ein reichhaltiges Angebot an agrargeschichtlicher Literatur über den Weingartenbesitz in der feudalen Epoche und die eigenartige Rechtslage, in der er sich damals befand. Fragen des Obst- und Gemüsebaus wurden als regionale Themen behandelt; allmählich werden die betreffenden Forschungen auf die spezifischen Landschaftszonen ausgedehnt. Nach wie vor interessiert sich aber nur die Ethnographie für die uralten gesellschaftlichen Erwerbstätigkeiten, und die Geschichte der Forstwirtschaft liegt noch weitgehend im Dunkeln.

In der Erforschung der Geschichte der Viehzucht erreichten Agrarwissenschaftler auch schon vor 1945 wesentliche Ergebnisse.

Neue wissenschaftliche Aufschlüsse aufgrund von Knochenfunden über das System der Viehzucht im Mittelalter sind mit den Namen von Archäologen und Archäozoologen verbunden. Entgegen früheren Auffassungen gilt nunmehr die einheimische Hochzuchtung des ungarischen Steppenviehs im 13. und 14. Jahrhundert, das einen Hauptartikel des ungarischen mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Agrarexportes bildete, als erwiesen. Wichtig sind auch die Untersuchungen, die die Zusammensetzung des Haustierbestandes im Mittelalter erschlossen haben. Ferner liegen über die Züchtungsrichtungen der kapitalistischen Periode und die Entfaltung der Landschaftszonen Forschungsergebnisse vor. Es entstand eine Synthese zur Geschichte der Viehzucht, die gleichermaßen die feudale und die kapitalistische Epoche umfaßt. Dagegen stehen Detailforschungen über kleinere Gebietszonen der feudalen Epoche, Eigentümlichkeiten der bäuerlichen Viehhaltung und die Verbreitung von Neuzüchtungen zu Beginn des Kapitalismus noch aus.

Eine Sonderstellung nehmen bei der Untersuchung des Produktionssystems die Marktflecken im feudalen Zeitalter in Ungarn ein. Diese Hauptzentren der bäuerlichen Warenproduktion und des Handels verdienen nicht nur wegen ihrer Rolle in den Tauschbeziehungen Aufmerksamkeit, sondern auch deswegen, weil die hierzu überlieferten Quellen vollständiger sind als diejenigen über die Dörfer. Die Archive enthalten mitunter auch schon für das 16. und 17. Jahrhundert Quellen von einzigartigem Aussagewert; wirtschaftsrechtliche Bestimmungen des Rates, Eintragungen über den Austausch sowie den Kauf von Grund und Boden, Testamente, Nachlaß-Inventurverzeichnisse usw. Während über die zwei Haupttypen – die Marktflecken der Viehzuchtgebiete in der Tiefebene und die der Weinbauggebiete – im wesentlichen Klarheit gewonnen werden konnte, sind die Wirtschaftsverbindungen dieser Marktflecken mit ihrer Umgebung weitgehend unerforscht. Auch die Erschließung der besonderen Flurnutzung in den weitläufigen Einzugsgebieten der Marktflecken in der Tiefebene steht noch bevor.

Eine Vorbedingung für die Aufdeckung des Verhältnisses zwischen Land und Stadt und der Marktbeziehungen wäre die Klärung der Entwicklung der Preis- und Lohnverhältnisse sowie der Beziehungen der einzelnen Maße und Gewichte zueinander. Trotz einiger Anfangsergebnisse ist die ungarische Agrargeschichtsschreibung auf diesem Gebiet sehr rückständig. Das Fehlen der Preis- und Lohngeschichte fällt besonders für die kapitalistische Periode ins Auge, da für diese Zeit landesweite statistische Daten zur Verfügung stehen. Zur Erforschung von mehr oder weniger kontinuierlichen örtlichen Datenreihen bestünde schon vom 16./17. Jahrhundert an eine Möglichkeit, wie durch die bisherigen Teilergebnisse zu manchen Siedlungen bewiesen wurde. Genauso kann die Konsumtionsgeschichte gegenüber der Produktionsgeschichte als vernachlässigt bezeichnet werden, und gerade sie ist eine wichtige Voraussetzung für die Erschließung der Marktbeziehungen und der Warenproduktion. Gründlichere Angaben über den Verbrauch wären aber schon deshalb von Wert, weil

die bisherigen Ergebnisse gezeigt haben, daß die ungarischen Bauern andere Ernährungsgewohnheiten als die Bauern in Westeuropa hatten, die sich besonders darin ausdrücken, daß dem Fleischverbrauch bei ihnen eine viel größere Bedeutung zukam.

Bei der Erschließung der Produktions- und Marktbezirke fällt den regionalen Forschungen eine große Rolle zu. Diese wurden in den letzteren Jahren erfreulich reger, aber auch auf diesem Gebiet geht die Ethnographie der Agrargeschichte voran. Unter den Quellen der feudalen Epoche könnte das Schriftmaterial der Urbarialverfügungen und der landesweiten statistischen Erhebungen vom Jahre 1828 die Basis der Skizzierung der Marktbezirke sein; beide Quellen enthalten nämlich alle ortsbezogenen Daten für die wichtigeren Markttorte. Bei der Aufdeckung naturgegebener regionaler Unterschiede kann die historische Geographie eine große Rolle spielen; ihre Ergebnisse beziehen sich in der Regel aber nur auf die Periode des Feudalismus. Für die späteren Zeitabschnitte dürfte die Analyse, inwieweit die kapitalistische und inwieweit die sozialistische Umwandlung die Produktionseigentümlichkeiten einer bestimmten Landschaftszone verstärkt oder reduziert haben, eine wichtige Forschungsaufgabe sein. Die Kenntnis der landschaftlichen Eigenarten ist unter sozialistischen Verhältnissen ein wesentlicher Faktor der Wirtschaftsplanung.

In der regionalen Forschung spielen ortsgeschichtliche Arbeiten eine wichtige Rolle. Anzahl und wissenschaftliches Niveau solcher Arbeiten lassen im letzten Jahrzehnt einen erfreulichen Anstieg erkennen.

Vielversprechend sind die agrardemographischen Forschungen, die die Geschichte der wichtigsten Produktivkraft, der menschlichen Arbeitskraft, erschließen, auch wenn sie in Ungarn vorerst noch in den Anfängen stecken. Bemühungen zur Bestimmung der Zahl der Agrarbevölkerung in den historischen Perioden vor den bevölkerungsstatistischen Erhebungen sind als erfolgreich zu bezeichnen. Gute Aussichten verspricht die Anwendung der analytischen Methode zur Rekonstruktion von Familiengrößen auf der Grundlage von kirchlichen Matrikeln, Heiratsregistern und Sterbematrikeln. Während über die Hauptabschnitte der großen Siedlungs- und der inneren Wanderbewegungen des 18. Jahrhunderts Klarheit erzielt werden konnte, wissen wir von der Arbeitskräftebewegung der kapitalistischen Periode nur wenig. Die Aufmerksamkeit der Forschung haben bisher fast nur die umherziehenden Gelegenheitsarbeiter erregt. Eine vordringliche Aufgabe ist die Erschließung der Arbeitskräftebewegung in der sozialistischen Epoche, die ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht hat und bis heute nicht abgeschlossen ist.

Bei der Erforschung der Geschichte der bäuerlichen Produzenten standen im Mittelpunkt des Interesses der marxistischen Geschichtsschreibung – verständlicherweise – die revolutionären Bauernbewegungen. Gegenüber bürgerlichen Auffassungen mußte die Existenz des Klassenkampfes sowohl in der feudalen als auch in der kapitalistischen Gesellschaft bewiesen werden. Dies führte zur Neubewertung der großen Bauernbewegungen in der feudalen Epoche und zur Aufdeckung der kleineren. Demgegenüber widmeten die Forscher den indirekten Formen des Klassenkampfes, der Flucht, der Dienstverweigerung, der nachlässigen Arbeit usw., weniger Aufmerksamkeit. Ein völlig unerforschtes Gebiet blieb die Geschichte der Bauernbewegungen, zum Beispiel der großen Erntestreiks, im kapitalistischen Zeitalter. Erfolgreich untersucht wurde hingegen die bäuerliche Auswanderung.

In den letzten Jahren haben sich die Akzente bei der Erforschung der Produktionsverhältnisse zur Analyse der Gesellschaftsstruktur hin verlagert. Besondere Aufmerksamkeit galt hierbei der Erschließung der spezifischen Eigentums- und Besitzverhältnisse sowohl im Feudalismus als auch im Kapitalismus. Der Entwicklungsstand des feudalherrlichen Grundeigentums, der besitzrechtliche Status des Grund und Bodens, der zugleich Feudaleigentum und bäuerliche Nutzfläche war, in den verschiedenen Perioden des Feudalismus wurden gründlich erforscht. Auch die Stärkung des bäuerlichen Besitzrechtes im 15. Jahrhundert und später seine Abschwächung zur Zeit der Zweiten Leibeigenschaft wurden von

der Forschung stark beachtet. Wichtig ist ferner der Nachweis des beiderseitigen Besitzrechtes von Grundherren und Bauern, das sich sowohl auf bäuerliches genutztes urbares Land als auch auf die Allodien erstreckte. Auch über den Rechtsstatus der nicht unmittelbar zur Bauernwirtschaft gehörigen bäuerlichen Nutzfläche (Weingärten, Rodeland usw.) im späten Mittelalter, wurden wertvolle Forschungsergebnisse erzielt. Außerdem wurde der Status des Grundeigentums für die letzten Jahrzehnte des Feudalismus ergründet, als die Rechte der Gutsherren auf den Grund und Boden ihrer leibeigenen Bauern durch die Staatsmacht begrenzt und den leibeigenen Bauern ein unantastbarer Anspruch auf die Nutzung ihrer urbarialen Felder zugestanden wurden. Viele Untersuchungen galten in den letzten Jahren den unterschiedlichen Projekten zum Vollzug der Aufhebung der Leibeigenschaft. Auch statistische Ermittlungen wurden angestellt. Sie schufen Klarheit über den Umfang des Leibeigenenfeldes und des gutsherrlichen Bodens an der Schwelle der Aufhebung der Leibeigenschaft. Mehrere Arbeiten untersuchten den Vollzug der Aufhebung der Leibeigenschaft, einschließlich der Fragen, die er offenließ. Dazu gehörte zum Beispiel das Schicksal jenes von einstigen Leibeigenen genutzten Landes, das nicht unmittelbar zur Bauernwirtschaft gehört hatte und somit auch nicht bäuerliches Eigentum wurde. Über das Schicksal dieser Nutzflächen entschieden die Gerichte in sogenannten urbarialen Prozessen auf der Grundlage restaurativer, für die einstigen Leibeigenen nachteiliger Bestimmungen. Das im Laufe der eigentumsrechtlichen Auseinandersetzung zwischen Leibeigenen und Gutsherren entstandene Schriftmaterial, die verschiedenen Grundbücher und Urteilsschriften der Schiedsinstanzen, bilden zusammen mit den Katastereintragungen eine wichtige Quellenbasis für die Analyse bäuerlicher Besitzverhältnisse an der Schwelle zum kapitalistischen System. Mit der vielschichtigen Untersuchung dieser Besitzverhältnisse wurde erst begonnen; die weitere Erschließung des Quellenmaterials in großem Umfang verspricht neue Ergebnisse. Neben der Aufdeckung der Nachwirkungen des Leibeigenensystems auf die kapitalistische Epoche ist die Untersuchung der kapitalistischen Besitzverteilung eine wichtige Aufgabe. Der feudale Großgrundbesitz wurde von den Landreformen kaum angefasst, was dazu führte, daß auch die ungarische Agrarentwicklung den "preußischen Weg" einschlug.

Die ungarische Agrargeschichtsschreibung widmete den agrarpolitischen Maßnahmen der ungarischen Räterepublik, der in ihr eingeleiteten Sozialisierung des Großgrundeigentums, starke Aufmerksamkeit. Der Mangel an Quellen verhinderte dagegen bisher eine gründlichere Analyse der gescheiterten Landreform in den Jahren des Horthy-Regimes, der sogenannten Landreform von István Nagyatádi Szabó. Um so eingehender untersuchte unsere Agrargeschichtsschreibung die Bodenreform von 1945, die das Großgrundeigentum liquidierte und eine jahrtausendealte Hoffnung der Bauern erfüllte. Die historischen Forschungen über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bilden einen wichtigen Beitrag zur Analyse der neuen sozialistischen Eigentumsformen, des genossenschaftlichen Eigentums.

Neben den Besitzverhältnissen war und bleibt auch in der Zukunft die Lage der Bauern und ihre soziale Schichtung ein Hauptforschungsgebiet der Agrargeschichtsschreibung. Die Hauptlinien der Agrarentwicklung der feudalen Epoche zeichnen sich schon jetzt deutlich ab; die späte Entfaltung des Feudalismus, die bis in das 15. Jahrhundert hineinreichte; die Herausbildung der Leibeigenschaft als in sich geschlossenes System, gekennzeichnet durch den sozialen Aufstieg der Angehörigen des Dienstadels zu Feudalherren und des sozialen Abstiegs der freien Bauern in die Abhängigkeit; die Erringung bäuerlicher Rechte auf Ortswechsel; die soziale Differenzierung innerhalb der Bauernklasse in der Periode vor der Schlacht bei Mohács (1526), aus der die Hintertassen und die Einlieger als neue Schichten hervorgingen. Untersuchungen über den "eigenen Weg" der ungarischen Agrarentwicklung im 15. bis 17. Jahrhundert und die sogenannte Zweite Leibeigenschaft, die Erbuntertänigkeit, führten zu Ergebnissen, die zugleich auch für eine vergleichende europäische Agrargeschichte von Wert sind. Neue Forschungen zur Geschichte der gutsherrlichen Eigenwirt-

schaft konnten die Ergebnisse der Domanovszky-Schule teils korrigieren, teils modifizieren. Von der gutsherrlichen Eigenwirtschaft und ihrem Stillstand im 17. Jahrhundert haben wir jetzt klarere Vorstellungen. Dies verdanken wir grundlegenden Forschungen über die gutsherrlichen Monopole zur Zeit der Erbuntertätigkeit und über die Faktoren, die sich hemmend auf die Produktion der Gutshöfe auswirkten. Untersuchungen über die geschichtliche Abfolge der Rentenformen wiesen die Rückkehr zur Arbeitsrente und deren Steigerung in der Periode der Zweiten Leibeigenschaft nach. Die Forschungsergebnisse zur Schollenpflichtigkeit der Leibeigenen wurden von einer umfangreichen Zusammenfassung aufbereitet und ausgewertet. Zugleich wurden die Untersuchungsgebiete erweitert. Sie erstreckten sich nunmehr auch auf einzelne Bauernschichten, Heiducken, auf Bürger der Marktflecken, auf Leibeigene mit dem Recht auf Ortswechsel, die sich dem Status der Erbuntertätigkeit im 16./17. Jahrhundert noch entziehen konnten.

Forschungsschwerpunkte waren neben der Migration im 18. Jahrhundert die Auswirkungen der urbarialen Rechtsordnung und des fortschreitenden Niedergangs großer Teile der Bauernschaft, ihres sozialen Abstiegs zu Einliegern in der Periode der Krise des Feudalismus. Man wurde auf bestimmte Schichten aufmerksam, die bei der Aufhebung der Leibeigenschaft übergangen wurden: die gutsherrlichen Einlieger, die nichturbarialen Kontraktual-Hörigen, die Tabakbauern, die Anstadler auf grundherrlichem Boden usw. Fortschritte wurden auch bei der Erforschung der Differenzierung und Auflösung der Bauernschaft unter dem Kapitalismus und der spezifischen Lage des zahlenmäßig ständig zunehmenden Agrarproletariats erzielt. Von den regionalen Forschungen sind Anhaltspunkte darüber zu erwarten, ob in der ungarischen Landwirtschaft Entwicklungstendenzen des "amerikanischen Weges" vorhanden waren. Die partielle Rückständigkeit der Landwirtschaft unter dem Horthy-Regime, nicht nur gegenüber der gesamteuropäischen Entwicklung, sondern auch gegenüber den zur Zeit der Doppelmonarchie erreichten Ergebnissen, kann als erforscht gelten. Agrarhistoriker und Soziologen beteiligten sich mit vereinten Kräften an den Untersuchungen über die großen gesellschaftlichen Umschichtungen in der sozialistischen Epoche und die Entfaltung einer neuen, homogenen sozialistischen Landbevölkerung.

Um weiße Flecke der früheren Forschungen zielstrebig zu tilgen, mußte auch die Wissenschaftsorganisation verbessert werden. Für die Koordination der agrarhistorischen Forschungen, die an Universitäten und Hochschulen, an Museen, am Institut für Geschichtswissenschaften der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und anderen Institutionen und Stellen durchgeführt werden, sind die agrarhistorische Kommission der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und die agrargeschichtliche Abteilung des Ungarischen Agrarwissenschaftlichen Vereins zuständig.

Eine weitere Vertiefung und Ausdehnung der Forschungen können wir von der Anwendung neuer Methoden erwarten. Wie in allen Wissenschaftszweigen, die Quellengrundlagen mit Massencharakter auswerten, gewinnt auch in der Agrargeschichte die quantitative Analyse an Raum, und mit dem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung wurde bei gewissen Quellengruppen schon begonnen. Das Streben nach quantitativ erfaßbaren und meßbaren Ergebnissen ist schon seit langem in der Agrargeschichtsschreibung lebendig, aber mit seiner Verwirklichung auf hohem Niveau wird erst in unseren Tagen begonnen.

So können neue methodische Wege dabei helfen, noch vorhandene weiße Flecke zu tilgen, und trotz beachtlicher Fortschritte in der Forschung gibt es immer noch ziemlich viel solche weißen Flecken. Die Agrarhistoriker zeigen für die Entwicklungsgeschichte der Agrarwissenschaften noch immer zuwenig Interesse und überlassen dieses Gebiet den Vertretern der einzelnen Spezialwissenschaften, die dann aus Mangel an historischer Ausbildung gar nicht erst versuchen, ihre wissenschaftshistorischen Forschungsergebnisse in kulturgeschichtliche Zusammenhänge einzuordnen. Erst in den Anfängen steht bei uns die universale Agrargeschichte. Die vergleichende Agrargeschichte sollte bei der Darstellung der

Erscheinungen in Ungarn jedoch bewußter herangezogen werden. Diese Aufzählung wenig oder nicht erschlossener Forschungsgebiete zeigt das Ausmaß der Aufgaben, deren Bewältigung unserer Agrargeschichtsschreibung noch bevorsteht. Wir haben aber berechtigte Hoffnungen, daß ein immer größerer Kreis von Forschern auch diese Aufgaben lösen wird.

Sozialistische - Schulen der Landwirtschaft

Der Umfang der sozialistischen Einwirkung der sozialistischen Landwirtschaft zu industriellen Produktionsmitteln in der sozialistischen Landwirtschaft und in der Deutschen Demokratischen Republik

von Wolfgang Kufner

- 1. Die politische und wirtschaftspolitische Grundlagen für den Aufbau des sozialistischen Landwirtschaftlichen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln in der sozialistischen Landwirtschaft
- 2. Die historische Entwicklung des sozialistischen Landwirtschaftlichen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln in der sozialistischen Landwirtschaft und in der Deutschen Demokratischen Republik
- 3.1 Die Entwicklung der LAG und ihrer Betriebe
- 3.2 Die Frage der Herstellung der sozialistischen Produktionsmittel in den LAG
- 3.3 Die Frage der vollen Anbahnung der sozialistischen Produktionsmittel in den LAG und ihrer Betrieben

Die Geschichte der sozialistischen Landwirtschaftlichen (LAG) und ihrer Betriebe gehört zu den Gegenständen in der Historiographie über die DDR. Die immer wieder aufgeführten Themen, die allgemeine historische Wirkung der LAG und ihrer Betriebe, sind in der Handlungsbildung über die DDR-Geschichte vorgegeben, von denen hier insbesondere der historische Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft Deutschlands¹ genannt werden soll. Diese Arbeit und die historischen Tendenzen in der Forschung zur Geschichte der LAG und ihrer Betriebe hat insbesondere 1977 einen kleinen Übersichtscharakter erreicht, in dem es die Aufgabe, die sich in vorläufiger Form über die LAG und ihre Betriebe gelöst

¹ Historische Planung des Reiches, von dem 2. Kongress der Fachhistoriker der DDR-Gesellschaft der Wissenschaften der DDR am 11. Januar 1977 in Berlin gehalten wurde.
² Geschichte der SED, Abriss, Berlin 1976, S. 283 f.

BETRIEBSGESCHICHTE

SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus

Eine Skizze der historischen Entwicklung des staatlichen sowjetischen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik¹

von Wolfgang Mühlfriedel

1. Die politischen und wirtschaftspolitischen Grundlagen für das Entstehen des staatlichen sowjetischen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone
2. Die historische Entwicklung des staatlichen sowjetischen Eigentums an den industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik
 - 2.1. Die Konstituierung der SAG und ihrer Betriebe
 - 2.2. Die Phase der Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise in den SAG
 - 2.3. Die Phase der vollen Ausbildung der sozialistischen Produktionsweise in den SAG und ihren Betrieben

Die Geschichte der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) und ihrer Betriebe gehört zu den Gegenständen in der Historiographie über die DDR, die immer wieder aufgegriffen werden. Die allgemeine historische Wertung der SAG und ihrer Betriebe wird in den Standardwerken über die DDR-Geschichte vorgenommen, von denen hier insbesondere der Abriss "Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands"² genannt werden soll. Über den Stand und die hauptsächlichen Tendenzen in der Forschung zur Geschichte der SAG und ihrer Betriebe hat Koppelman 1977 einen kleinen Übersichtsaufsatz verfaßt, in dem er die Autoren, die sich in verallgemeinernder Form über die SAG und ihre Betriebe geäußert

1 Überarbeitete Fassung des Referates, das auf dem 2. Kolloquium der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR am 15. Januar 1980 in Berlin gehalten wurde.

2 Geschichte der SED. Abriss, Berlin 1978, S. 149 f.

haben, würdigt.³ Darüber hinaus gibt es bereits eine Fülle von Darstellungen zur Geschichte einzelner früherer SAG-Betriebe.⁴

Der bisher erreichte Stand der Forschungen erlaubt den Versuch, eine etwas ausführlichere Skizze der Geschichte der SAG und ihrer Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR zu zeichnen. Bei den Vorarbeiten dazu wurden allerdings auch die außerordentlich großen Lücken, die der Forschungsstand noch aufweist, spürbar. Eine der wesentlichsten besteht darin, daß über die Tätigkeit des zentralen sowjetischen Leitungsapparates, über die "Verwaltung für Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften in Deutschland" bzw. über die "Verwaltung für Angelegenheiten des sowjetischen Vermögens in Deutschland" und über die Leitungen der einzelnen SAG sehr wenig bekannt ist.

Die nachfolgende Skizze stützt sich auf das Material, das die DDR-Geschichtsschreibung bisher aufgearbeitet hat. Anhand der historischen Entwicklung der SAG und ihrer Betriebe wird der Nachweis zu führen versucht, auf welche Weise die SAG-Betriebe zu Schulen des Sozialismus in unserem Lande wurden. Alle Existenzbedingungen der SAG und ihrer Betriebe zu untersuchen würde freilich den Rahmen eines Artikels sprengen.

1. Die politischen und wirtschaftspolitischen Grundlagen für das Entstehen des staatlichen sowjetischen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone

Das Potsdamer Abkommen, das die Mächte der Antihitlerkoalition im Sommer des Jahres 1945 schlossen, enthielt verschiedene Bestimmungen, die die Sowjetunion berechtigten und verpflichteten, industrielle Produktionsmittel, die monopolkapitalistisches oder staatska-

- 3 Koppelman, Günter, Zur Bedeutung der SAG-Betriebe für die Formierung und das Wachstum der Arbeiterklasse in der DDR in den ersten Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Der Rote Oktober und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, Leipzig 1977, S. 362 ff. - Da sich Koppelman eingehend mit dem Problem der Arbeiterklasse in den SAG-Betrieben befaßt hat, wurde in der vorliegenden Skizze darauf nicht näher eingegangen.
- 4 Einige Arbeiten zur Geschichte von SAG-Betrieben jüngerer Datums sind: Domeinski, Heinz, Die SAG-Betriebe als Schulen des Sozialismus, dargestellt am Beispiel des VEB Chemiekombinat Bitterfeld, Diss. A, Halle-Wittenberg 1975; Geschichte der Arbeiterbewegung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna, Bd. 1: 1945 - 1949, o. O. o. J.; Hartkopf, Otto, Die Unterstützung der sowjetischen Genossen und Wirtschaftsfachleute bei der Befähigung deutscher Werkleitungen zur Führung sozialistischer Großbetriebe (dargestellt an einigen ehemaligen SAG-Betrieben Magdeburgs), in: 60 Jahre Roter Oktober, Magdeburg 1977, S. 102 ff. = Beiträge zur Geschichte der Stadt und des Bezirks Magdeburg, H. 8. Binger, Werner/Peters, Anni, So handeln nur Klassenbrüder! Aus der Chronik sowjetisch-deutscher Zusammenarbeit des heutigen VEB Magdeburger Armaturenwerk "Karl Marx" und des VEB Meßgerätewerk "Erich Weinert", in: ebenda, S. 109 ff.; Könnemann, Erwin, Die Eisen- und Hüttenwerke Thale in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, 2 Teile, Thale o. J.; Gericke, Hans Otto/Jungnickel, Rudolf/Wille, Manfred, Jahre des Neubeginns. Betriebsgeschichte des Stammwerkes VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" Magdeburg - Kombinat für Dieselmotoren und Industrieanlagen, Teil 2: 1945 - 1949, Magdeburg 1979; Mehls, Hartmut, Der Beitrag der sowjetischen Leitungskader im SAG-Betrieb Siemens-Plania-Werke (heute VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg) bei der Inangsetzung der Produktion, in: Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, Berlin 1977, S. 141 ff.

pitalistisches Eigentum waren, zu enteignen und in staatliches Eigentum zu übernehmen. Eine der maßgeblichsten Festlegungen war der Artikel IV, 1., in dem es heißt: "Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und aus den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden."⁵

In den wirtschaftlichen Grundsätzen 11, 12, 13, 16 und 19 des genannten Abkommens wurden Aussagen darüber getroffen, welches Wirtschaftsniveau Deutschland zukünftig haben sollte. Die Grundaussage bestand darin, daß der mittlere Lebensstandard in Deutschland den anderer europäischer Länder, Großbritannien und die UdSSR ausgenommen, nicht übersteigen sollte. Dazu wurde bestimmt, daß dem deutschen Volk nach Zahlung der Reparationen noch genügend Mittel belassen werden müßten, die es ihm gestatteten, ohne fremde Hilfe zu existieren. Produktionskapazitäten, die in der Industrie als entbehrlich betrachtet werden konnten, sollten deshalb entweder entnommen oder vernichtet werden.⁶

Die wirtschaftlichen Grundsätze fanden im März 1946 in einem Reparations- und Industrieplan (in der Literatur allgemein als Industrieplan bezeichnet), auf den sich die Siegermächte geeinigt hatten, ihre Konkretisierung. Der Industrieplan legte die zu demontierenden Industrieobjekte und den ungefähren Produktionsumfang der deutschen Industrie und ihrer einzelnen Zweige fest.

Um eine Vorstellung von den im Industrieplan genannten Dimensionen zu geben, sollen zwei Forschungsberichte angeführt werden, die im Auftrag der Landesverwaltung Sachsen vom Leipziger Weltwirtschaftsinstitut im Sommer 1946 angefertigt wurden.

Im ersten Forschungsbericht heißt es: "Es wird berechnet, daß das Gesamtergebnis des Planes eine Kürzung des Standes der Industrie insgesamt auf etwa 50 oder 55 Prozent des Vorkriegsstandes im Jahre 1938 (ausschließlich Bauwesen und Baumaterialindustrie) bedeutet."⁷

Der zweite Forschungsbericht behandelte die Auswirkungen des Industrieplanes auf die einzelnen Zweige der Industrie.⁸ Dabei wurde zwischen Zweigen unterschieden, die durch den Plan nicht tangiert, wenig oder nachhaltig beeinträchtigt wurden.

Zu den wenig beschränkten Zweigen gehörte die Zementindustrie, die 64 Prozent des Standes von 1937 erreichen konnte. Der Textilindustrie war erlaubt, ein Produktionsvolumen von 77 Prozent zu erzielen. Die Metallurgie gehörte zu den stark beeinträchtigten Industriezweigen. Die Eisen- und Stahlindustrie durfte nach dem genannten Plan nur 30,9 Prozent des Jahres 1936 umfassen. Dabei sollten nur veraltete Werke in Betrieb bleiben. Die Nichteisenmetallurgie mußte auf 37 Prozent des Standes von 1936 verringert werden.

Der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau hatte den Produktionsumfang, so gab der Leipziger Forschungsbericht an, auf 30 Prozent des Niveaus von 1938 zu senken. Der Rückgang sollte allerdings sehr differenziert erfolgen. Am tiefsten war das Niveau des Werkzeugmaschinenbaus angesetzt. Man hatte 11,4 Prozent des letzten Vorkriegsjahres errechnet. Bei

5 Teheran, Jalta, Potsdam. Dokumentensammlung, Moskau 1978, S. 422. - Zur ausführlichen Begründung der Wiedergutmachungsverpflichtung des deutschen Volkes gegenüber der UdSSR siehe Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin 1979, S. 89 ff.

6 Teheran, Jalta, Potsdam, a. a. O., S. 419 ff.

7 Staatsarchiv Weimar, Land Thüringen, Der Ministerpräsident Nr. 1375. - Der Forschungsbericht läßt erkennen, wie schwierig es war, ein annähernd genaues Bild von den quantitativen Folgen des Industrieplanes zu bekommen.

8 Ebenda.

schweren Maschinen wurde ein Umfang von 31 und bei sonstigen Maschinen von 50 Prozent des Standes von 1938 angenommen. Die geringste Einschränkung erfuhr der Landmaschinenbau. Er konnte 80 Prozent der Landmaschinen des Jahres 1938 produzieren. Im Kraftfahrzeugbau war es - im Vergleich zu 1936 - gestattet, 67 Prozent der Lastkraftwagen und 16 Prozent der Personenkraftwagen zu fertigen. Der elektrotechnischen Industrie war erlaubt, 30 Prozent der schweren Elektroausrüstungen und 50 Prozent der sonstigen Artikel des Zweiges zu fabrizieren. Der chemischen Industrie war die Möglichkeit eingeräumt worden, 60 Prozent der Produktion des Jahres 1938 zu erzeugen. Die Grundchemikalien durften allerdings die 40-Prozent-Marke nicht überschreiten. Pharmazeutika konnten zu 80 Prozent hergestellt werden. Die Herstellung einer Reihe von Erzeugnissen war überhaupt untersagt. Dazu gehörten Flugzeuge, Seeschiffe, Benzin-, Öl-, Gummi- und Ammoniaksynthesen. Die Stickstoffherzeugung mußte aufgegeben werden, sobald Stickstoff importiert werden konnte.

Das Leipziger Weltwirtschaftsinstitut prüfte auch, wie sich der Industrieplan auf die Beschäftigtenlage auswirken mußte. Für das Bundesland Sachsen kam das Institut zu dem Ergebnis, daß durch den Plan die Gesamtbeschäftigtenzahl in der Industrie gegenüber 1938 von 1 202 546 auf 813 557 zurückgehen würde. Am meisten würde die Schwarzmetallurgie, die Metallwarenindustrie und der Maschinen- und Fahrzeugbau betroffen. In diesen Zweigen rechnete man mit einem Rückgang der Arbeitsplätze von 29 471 auf 7 686, von 73 902 auf 29 561 bzw. von 194 727 auf 58 418.⁹

Die genannten Zahlen verdeutlichen die Bedeutung der Tatsache, daß die UdSSR die ihr aus den alliierten Vereinbarungen zukommenden Rechte nicht in extremer Form wahrnahm, sondern durch die Schaffung von SAG die Produktionskapazitäten entweder in der sowjetischen Besatzungszone erhielt, indem sie auf Demontagen verzichtete, oder wiederherstellte, erneuerte und erweiterte, nachdem Produktionsabschnitte demontiert worden waren.

In diesem Zusammenhang muß darauf verwiesen werden, daß die UdSSR noch einen anderen Weg einschlug, um Produktionskapazitäten in der sowjetischen Besatzungszone zu erhalten. Sie behielt verschiedene Industriebetriebe bis zum Frühjahr 1948 unter Sequester. Im Prozeß der Beendigung der Eigentumsveränderung gingen diese Betriebe in Volkseigentum über.¹⁰ Das wurde offensichtlich möglich, nachdem die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) der Bitte des Parteivorstandes der SED vom Januar 1947, die Industrieproduktion in der sowjetischen Besatzungszone um das Zwei- bis Dreifache gegenüber dem Industrieplan zu erhöhen, entsprochen hatte. Die Übergabe von 74 SAG-Betrieben in Landeseigentum zu Beginn des Jahres 1947 kann wahrscheinlich ebenfalls damit in Verbindung gebracht werden.

Die Übernahme von industriellen Produktionsmitteln in staatliches sowjetisches Eigentum leitete sich aber auch noch aus einer anderen Festlegung der Siegermächte des zweiten Weltkrieges ab. In den wirtschaftlichen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens ist im Artikel 12 bestimmt, daß die deutsche Wirtschaft in kürzester Frist mit dem Ziel zu dezentralisieren ist, die bestehende übermäßige Konzentration der Wirtschaftskraft zu beseitigen.¹¹ Die Konzentration der Produktion hatte aber in der Entwicklung der Produktivkräfte eine objektive Grundlage. Sie verlangte nach einer entsprechenden Organisationsform, die nach den wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Potsdamer Abkommens von den Deutschen nicht praktiziert werden durfte. Eine Dezentralisierung der Produktion war jedoch nicht in jedem Fall auf zweckmäßige Weise durchführbar. Das traf in der sowjeti-

⁹ Ebenda.

¹⁰ Doernberg, Stefan, Die Geburt eines neuen Deutschland, Berlin 1959, S. 310.

¹¹ Teheran, Jalta, Potsdam, a. a. O., S. 419.

schon Besatzungszone auf das in Sachsen bestehende energiewirtschaftliche Unternehmen (Aktiengesellschaft Sächsische Werke - ASW) zu. Die großen Kraftwerke Böhlen, Espenhain, Golpa und Zschornowitz mit ihrer Rohstoffbasis hätten aus politischen Gründen in der bestehenden Konzentration von deutschen Organen nicht weitergeführt werden können. Die Übernahme dieses Unternehmens in staatliches sowjetisches Eigentum ermöglichte die Erhaltung und den Ausbau dieses Zentrums der Energiewirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone.¹²

Zu den verschiedenen wirtschaftspolitischen Erwägungen der Sowjetregierung hinsichtlich des Schicksals der in staatliches sowjetisches Eigentum übergegangenen Produktionsmittel kam sicher auch eine politische, die im Verlauf des Jahres 1945 und zu Beginn des Jahres 1946 zunehmend Gewicht erhielt. In der sowjetischen Besatzungszone war es den von der revolutionären Arbeiterbewegung geführten antifaschistisch-demokratischen Kräften gelungen, die durch die Befreiung Deutschlands vom Faschismus gebotene Chance, die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gründlich zu ändern, zu nutzen und die antifaschistisch-demokratische Umwälzung einzuleiten. Im Frühjahr 1946 war mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien auf den stabilen Fundamenten des wissenschaftlichen Sozialismus die wichtigste subjektive Voraussetzung für das erfolgreiche Weiterführen des gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesses entstanden. Die Arbeiterklasse hatte sich als Trägerin und Triebkraft der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung erwiesen. Mit dem Belassen der industriellen Produktionsmittel in der sowjetischen Besatzungszone durch die Sowjetregierung blieb eine entscheidende objektive Grundlage für das revolutionäre Wirken der Arbeiterklasse erhalten.

2. Die historische Entwicklung des staatlichen sowjetischen Eigentums an den industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik

Das staatliche sowjetische Eigentum an den industriellen Produktionsmitteln wurde in der sowjetischen Besatzungszone, wie auch in anderen europäischen Ländern, in Gestalt von Aktiengesellschaften organisiert. Roesler hat in einer Studie dazu einige Angaben geliefert.¹³

In der sowjetischen Besatzungszone ist die Geschichte des sowjetischen staatlichen Eigentums durch verschiedene Zäsuren gekennzeichnet, die ihre Bestimmung sowohl in der inneren Entwicklung der SAG und ihrer Betriebe als auch in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und im sozialistischen Aufbau hatten. Bedeutsam für die Geschichte der SAG und ihrer Betriebe war auch das Entstehen der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR.

Die Geschichte der SAG und ihrer Betriebe läßt folgende Entwicklungsphasen erkennen:

1. die Phase der Konstituierung der SAG und ihrer Betriebe. Sie beginnt im März 1946 und findet im Sommer 1948 ihren Abschluß.

12 Selbmann, Fritz, Demokratische Wirtschaft, in: Dokumente der neuen Zeit, Nr. 3/1948, S. 41.

13 Roesler, Jörg, Der Beitrag der Betriebe sowjetischen bzw. gemischten Eigentums bei der Herausbildung und Festigung der sozialistischen Planwirtschaft in der volksdemokratischen Revolution, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der revolutionäre Weltprozeß, Bd. 2, Berlin 1978, S. 522 ff.

2. die Phase der Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise in den SAG, die den Zeitraum vom Sommer 1948 bis zum Oktober 1949 umfaßt;
3. die Phase der vollen Ausbildung der sozialistischen Produktionsweise in den SAG. Sie wird durch die Gründung der DDR eingeleitet.

Die historische Entwicklung der SAG und ihrer Betriebe hat eine Vorgeschichte, die in die Tage der Besetzung der einzelnen Produktionsstätten durch die Sowjetarmee zurückreicht. Das Wirken sowjetischer Wirtschaftsoffiziere, deren Aufgabe darin bestand, die Produktionsstätten zu entmilitarisieren, die Demontage von Produktionseinrichtungen vorzubereiten, den Zustand der Fabriken und Werke zu analysieren, die Wiedereingangssetzung der Produktion zu veranlassen und zu fördern und ab Ende Oktober 1945 die Sequestrierung des Eigentums an industriellen Produktionsmitteln der Kriegs- und Naziverbrecher zu kontrollieren, stellte eine Seite dieser Vorgeschichte dar.

Eine andere Seite dieser Vorgeschichte bestand in der politischen Organisierung der Betriebsbelegschaften durch die Betriebsgruppen der KPD und der SPD sowie im Kampf der Arbeiter um die Entnazifizierung der Betriebe, um die Wiederaufnahme der Produktion, um die Mitbestimmung.

2.1. Die Konstituierung der SAG und ihrer Betriebe

Die Konstituierung der SAG begann mit dem Befehl der SMAD vom 8. März 1946, durch den die in der sowjetischen Besatzungszone angesiedelten IG-Farben-Produktionsstätten enteignet wurden und in staatliches sowjetisches Eigentum übergingen. Die Grundlage dafür bildete das Kontrollratsgesetz Nr. 9 vom 30. November 1945.¹⁴ Die Produktionsstätten des ehemaligen IG-Farben-Konzerns wurden in SAG zusammengefaßt. So gehörten die Farbenfabrik Wolfen und das Bitterfelder Werk zur SAG Mineral-Düngemittel.¹⁵

Am 5. Juni 1946 erließ der Chef der SMAD den Befehl Nr. 167, der über eine Liste von Industriebetrieben entschied. Diese bisher unter Sequester stehenden Produktionsstätten wurden zu staatlichem sowjetischem Eigentum erklärt. Der Befehl enthielt eine Begründung für den Eigentumswechsel und die Liste der Produktionsstätten.

Nachdem die deutschen Treuhänder diese Betriebe den sowjetischen Generaldirektoren übergeben hatten, erfolgte 1947 die entsprechende Eintragung bei den deutschen Gerichten in die Grundbücher. Bis Januar 1947 waren 200 Produktionsstätten in der sowjetischen Besatzungszone (ohne Berlin) in staatliches sowjetisches Eigentum übergegangen.¹⁶

Mit der Bildung des staatlichen sowjetischen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln war der grundlegende Faktor für das Entstehen einer neuen Art industrieller Unternehmungen in der sowjetischen Besatzungszone gegeben. Damit die SAG ihr Wesen ausbilden konnten, mußten weitere Faktoren zur Geltung und in Korrespondenz zueinander gebracht werden. Derartige Faktoren bestanden in einem dem Charakter des Eigentums gemäßen Leitungs- und Planungssystem, in entsprechenden Arbeits- und Lebensbedingungen in den SAG-Betrieben, in einer Neugestaltung der materiell-technischen Basis der Produktion und der Verbindung von wissenschaftlich-technischer Arbeit und Produktion. Ansätze

14 Schöneburg, K.-H./Mand, R./Leichtfuß, H./Urban, K., Vom Werden unseres Staates. Eine Chronik, Bd. 1: 1945 - 1949, Berlin 1966, S. 115 f.

15 Domeński, Heinz, a. a. O., S. 35 f.

16 Krause, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958, S. 101.

einer neuen Einstellung der Produzenten zu den vergesellschafteten Produktionsmitteln und zur Arbeit sowie von Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe unter den Belegschaften der SAG-Betriebe müssen ebenfalls als solche Faktoren angesehen werden.

In dem Maße, in dem diese Faktoren entstanden und miteinander verbunden wurden, konstituierten sich die SAG und ihre Betriebe zu Industrieunternehmen neuer Art. Dieser Prozeß umfaßte einen längeren Zeitraum, der als Konstituierungsphase der SAG und ihrer Betriebe bezeichnet werden soll.

Ausschlaggebende Bedeutung für den Verlauf des Konstituierungsprozesses hatte die Herausbildung des Leitungssystems in den SAG und ihren Betrieben.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1946 waren durch die "Verwaltung für Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften in Deutschland", ein Organ der "Hauptverwaltung für sowjetisches Eigentum im Ausland" beim Ministerrat der UdSSR, die in das staatliche sowjetische Eigentum übergegangenen Produktionsbetriebe in 28 Aktiengesellschaften organisiert worden. Sie waren nach fachlichen Gesichtspunkten gebildet worden und bestanden aus Betrieben, deren Produktionsprogramm und technisch-technologische Ausstattung einen relativ geschlossenen Reproduktionsprozeß ermöglichten. Es gab unter anderem SAG für Verlade- und Transportanlagen, für Maschinenbau, für Brennstoffe, für Foto- und Filmproduktion, für Textilproduktion.¹⁷

Mit der Bildung der SAG bestand die Notwendigkeit, eine geeignete Leitungsstruktur in der "Verwaltung für Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften in Deutschland", in den Leitungen der SAG und in den SAG-Betrieben zu schaffen. Verfolgt man die Berichte über die Gestaltung der Leitungsorganisation und über die Prinzipien der Kaderauswahl für die Leitungen, dann lassen sich folgende Grundzüge erkennen:

1. einfacher Leitungsaufbau, klare Leitungslinien, wenige Leitungsebenen, großer Verantwortungsspielraum der Generaldirektoren der Betriebe und festumrissene Verantwortung der Leiter;
2. Kollektivität des sowjetischen Leitungsstabes auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus;
3. sorgfältige Auswahl der sowjetischen Leitungskader und langfristiger Einsatz in den Funktionen;
4. gründliche Beratung mit politisch und fachlich kompetenten Vertretern der deutschen Belegschaft, enge Zusammenarbeit mit den Leitungen der SED-Betriebsparteiorganisationen;
5. Heranziehen von Vertretern der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und von Arbeiterkadern aus den Belegschaften beim Aufbau der deutschen Leitungen in den SAG-Betrieben. Dabei wurden zwei Linien verfolgt. Einmal unternahmen die sowjetischen Generaldirektionen den Versuch, die Kontinuität der Leitung der Betriebe auch personell aufrechtzuerhalten, indem sie politisch und fachlich akzeptable Mitarbeiter der alten Betriebsleitungen in ihren Funktionen beließen. Zum zweiten wurden klassenbewußte Arbeiter und fortschrittliche Intellektuelle mit Leitungsfunktionen betraut.
6. schrittweise Förderung der Selbständigkeit der deutschen Betriebsleitungen.¹⁸

17 Koppelman, Günter, a. a. O., S. 366, 369.

18 Roesler, Jörg, a. a. O., S. 532; Mehls, Hartmut, a. a. O., gibt ein informatives Beispiel von der Arbeitsteilung zwischen der sowjetischen und deutschen Leitung sowie über die Leitungspraktiken eines sowjetischen Generaldirektors.

Die Organisierung des staatlichen sowjetischen Eigentums an den industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone und die Gestaltung der Leitung der SAG und ihrer Betriebe wurde für die Arbeiterklasse der sowjetischen Besatzungszone und ihrer Partei zu einem Lehrbeispiel dafür, wie die in gesellschaftliches Eigentum übergegangene industrielle Großproduktion zu reorganisieren ist und nach welchen Methoden und Kriterien die vergesellschaftete Großproduktion geleitet werden muß. Die Bedeutung dieses Lehrbeispiels wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen hält, unter welcher schwierigen Umständen die Leitungen der landeseigenen Unternehmen entstanden sind, und wenn man bedenkt, daß das Potsdamer Abkommen einer Konzentration der Industrieproduktion damals Grenzen setzte. Mit diesen Grenzen war auch verbunden, daß bis zum Sommer 1948 keine Erfahrungen in der gesamtzonalen Organisation und Leitung der volkseigenen Industrie gesammelt werden konnten.

Im Verlauf der zweiten Hälfte des Jahres 1946 war mit der Organisierung des staatlichen sowjetischen Eigentums an industriellen Produktionsmitteln und mit dem Aufbau einer entsprechenden Leitung eine wichtige Seite des Konstituierungsprozesses der SAG und ihrer Betriebe bewältigt worden. Sie bildete die Voraussetzung dafür, daß sich das staatliche sowjetische Eigentum an industriellen Produktionsmitteln in der sowjetischen Besatzungszone planmäßig entwickeln konnte.

Die sowjetischen Leitungen der SAG erhielten ihre Produktionsaufgaben durch die "Verwaltung für Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften". Sie wurden im Rahmen des sowjetischen Volkswirtschaftsplanes gestellt. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, mußte die genannte Verwaltung sowohl die Produktionsprogramme der SAG-Betriebe bestimmen als auch deren Kooperation organisieren, damit die Produktionsprogramme der Finalproduzenten in quantitativer und qualitativer Hinsicht erfüllt werden konnten. *Zugleich oblag es der Verwaltung, die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone mit Erzeugnissen der SAG-Betriebe zu versorgen und Beziehungen zwischen den SAG-Betrieben und den landeseigenen Betrieben bzw. den privatkapitalistischen Betrieben in bezug auf Zulieferungen für die SAG-Betriebe herzustellen bzw. zu fördern.*

Die Planung der SAG und ihrer Betriebe war in der Zeit zwischen 1946 und 1948 ausschließliche Angelegenheit der genannten Verwaltung. Auf der Basis der Produktionsaufgaben, die den SAG-Betrieben übertragen wurden, gestalteten die Generaldirektoren der Betriebe ihre Betriebsplanung.¹⁹

Das gesamte Planungssystem der SAG und ihrer Betriebe wurde nach den Prinzipien der sozialistischen Industrieplanung gestaltet. Nach einer situationsbedingten zeitweiligen Improvisation entstand ein Planungssystem, das sich durch Einfachheit und Elastizität auszeichnete. Die operative Quartalsplanung bildete den Planungsschwerpunkt. Dadurch gelang es, sich der Auftragslage besser anzupassen, ohne den Jahresplan in Gefahr zu bringen. Große Aufmerksamkeit widmete das Planungssystem den Plantteilen, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt förderten und der Spezialisierung und Kooperation dienten. Sie bestanden aus dem Plan Forschung und Technik und dem Kooperationsplan. Das Planungssystem in den SAG ließ den Generaldirektoren größeren Spielraum. Im Plan waren ihnen nur wenige Eckkennziffern vorgegeben, in deren Grenzen sie eigenverantwortlich entscheiden konnten.²⁰ Die sowjetischen Leitungen achteten den Plan als das entscheidende Betriebsdokument. Sie sorgten dafür, daß die deutschen Betriebsleitungen in den SAG-Betrieben zu der gleichen Achtung erzogen wurden.²¹ Großen Wert legten die sowjetischen Lei-

19 Domeinski, Heinz, a. a. O., S. 247 ff.

20 Roesler, Jörg, a. a. O., S. 532 f.

21 Domeinski, Heinz, a. a. O., S. 248.

tungen auf die tagtägliche Analyse der Arbeitsergebnisse in den einzelnen Produktionseinheiten. Diese Analyse bildete die Voraussetzung für ein rasches Erfassen der Ursachen, die zu Rückständen geführt hatten. Im Braunkohlenkombinat Böhlen führte die sowjetische Generaldirektion Anfang 1947 ein System von Dispatchern ein, die stündlich Meldungen über den Produktionsablauf gaben und besondere Vorkommnisse sofort signalisierten. Jeden Morgen fanden sich die Betriebsleitung, die Parteileitung und der Betriebsrat zusammen, um die Lage des Vortages im Kombinat zu erörtern und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen.²² Sorgfältig und unbürokratisch wurde auch bei der Planung von Investitionsvorhaben vorgegangen. Chefingenieur Starostin im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld (EKB) erarbeitete zur Vorbereitung einer Investition eine Instruktion für deutsche Leitungskräfte, in der er in Frageform auf das zu Beachtende aufmerksam machte. Fragen der Instruktion waren unter anderem: Welche Notwendigkeit liegt für den Bau des Objektes vor? Sind die Absatzmöglichkeiten des Produktes für die nächsten fünf Jahre gegeben? Wie hoch sind die Gestehtspreise der Produktion? Wann hat sich die Anlage amortisiert? Welche Rohstoffe stehen zur Verfügung?²³

Die Wirkung des Planungssystems in den SAG wurde aber auch und vor allem durch die Gestaltung eines entsprechenden Systems der wirtschaftlichen Rechnungsführung zwischen den SAG und ihren Betrieben und in den Betrieben möglich. Geringer Verwaltungsaufwand, schnelle Rechnungslegung, finanzielle Selbständigkeit der SAG-Betriebe, Verantwortung der Betriebe für ihren betrieblichen Reproduktionsprozeß und großzügige Gewinnplanung, die den SAG-Betrieben in einem gewissen Umfang auch eine eigenverantwortliche Finanzierung der erweiterten Reproduktion gestattete, zeichneten die wirtschaftliche Rechnungsführung aus.²⁴ Durch sie wurden die Leitungen der SAG-Betriebe auch frühzeitig auf die Senkung der Selbstkosten, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und auf Qualitätsproduktion orientiert. Das Praktizieren des sowjetischen Planungssystems in den SAG und ihren Betrieben vermittelte den deutschen Leitungskadern in den Betriebsleitungen, in den Leitungen der Partei und der gesellschaftlichen Organisationen einen Begriff vom Wesen einer Planwirtschaft und von den Mechanismen des Planungssystems. Die deutschen Leitungskräfte lernten den sicheren Umgang mit dem Plan, weil sie durch die sowjetischen Generaldirektoren nicht nur zu seiner Anerkennung als oberstes Leitungsdokument verpflichtet wurden, sondern vor allem, weil sie maßgeblich in die Vorbereitung der Plandokumente einbezogen worden waren.

Die Erziehung zur Achtung vor dem Plan blieb aber in den SAG-Betrieben nicht auf die Leitungskräfte beschränkt, sondern erstreckte sich in zunehmendem Maße auch auf die gesamte Belegschaft. Die sowjetischen Leitungskräfte wandten dabei vielfältige Formen an.

Das Ausbilden des Planungssystems in den SAG und ihren Betrieben, das Bestandteil der Volkswirtschaftsplanung der UdSSR war und alle Elemente und Phasen des Reproduktionsprozesses der SAG umfaßte, korrespondierte engstens mit der Gestaltung des Produktionsprogramms der SAG und ihrer Betriebe, das in seinen Grundzügen im Herbst 1946 und im Frühjahr 1947 entstand.

Die SAG-Betriebe richteten ihr Produktionsprogramm unter sehr differenzierten Bedingungen ein:

1. Das Entstehen der SAG-Betriebe war in erster Linie durch die politischen Gegebenheiten bestimmt worden. Damit war aus der Sicht des Reproduktionsprozesses viel Zufälliges verbunden. Die sowjetischen Leitungen des industriellen Eigentums der UdSSR fanden

22 Koppelmann, Günter, a. a. O., S. 370.

23 Domeinski, Heinz, a. a. O., S. 248 f.

24 Roesler, Jörg, a. a. O., S. 533.

ein bestimmtes Produktionsprogramm bzw. die sachlichen und personellen Bedingungen für ein Produktionsprogramm vor. Das gegebene Produktionsprogramm bzw. die Produktionsbedingungen entsprachen nicht in jedem Fall den volkswirtschaftlichen Erfordernissen der UdSSR. Sie mußten teilweise verändert werden.

Die sowjetische Leitung schlug verschiedene Wege ein, um Bedingungen zu erreichen, die einen relativ geschlossenen Reproduktionsprozeß der SAG gewährleisteten.

Der erste Weg bestand darin, daß Betriebe, die verschiedene Stufen eines Produktionsprozesses verkörperten, in staatliches sowjetisches Eigentum übernommen wurden. So wurden im Kombinat für flüssige Brennstoffe die Betriebe der Kohlegewinnung, -aufbereitung und -hydrierung und der Energieversorgung, die vorher unterschiedlichen Eigentümern gehört hatten, zu einem Unternehmen zusammengefaßt.

Neben der unmittelbaren wirtschaftsorganisatorischen Zusammenführung von Betrieben aufeinanderfolgender Produktionsstufen in einem Unternehmen kam es zur langfristigen Kooperation sowjetischer Betriebe, die verschiedenen SAG angehörten, um ein Finalprodukt zu erzeugen. Das Beispiel dafür ist der Seeschiffbau. Die Neptunwerft unterhielt unter anderem enge Kooperationsbeziehungen zu dem Magdeburger SAG-Betrieb, der Schiffsmaschinen produzierte.

Einen zweiten Weg beschritten die SAG in der metallverarbeitenden Branche. Nach Festlegung des Produktionsprogrammes der SAG-Betriebe wurden in der Regel Zulieferbetriebe unter den landeseigenen bzw. volkseigenen Betrieben und den privatkapitalistischen Betrieben ausgewählt und mit der Herstellung der erforderlichen Erzeugnisse beauftragt. Dieser Weg wurde aus unterschiedlichen Gründen erforderlich. Der Hauptgrund bestand aber in der Tatsache, daß die SAG-Betriebe für das traditionelle Produktionsprogramm, das weitergeführt werden sollte, keine Zulieferer unter den in der sowjetischen Besatzungszone angesiedelten Betrieben fand.

Als Beispiel kann die SAG Transport- und Verladeanlagen dienen. Der SAG-Betrieb "Bleichert-Transportanlagenfabrik" Leipzig wurde wieder für die Produktion von Fördermitteln, Transporteinrichtungen und Verladeanlagen, die bewährt und in der Welt bekannt waren, eingerichtet. Um den zunehmenden Produktionsausstoß bewältigen zu können, vergab der Leipziger Betrieb an einschlägige landeseigene bzw. volkseigene Betriebe Aufträge zur Fabrikation von Stahltragegerüsten für Großanlagen. Dieses Vorgehen - auch in anderen SAG-Betrieben - richtete die jeweiligen Zulieferfirmen auf das Produktionsprogramm der SAG-Betriebe aus. Damit war eine Konsolidierung, Kapazitätsausweitung und Qualifizierung bei den betreffenden landes- bzw. volkseigenen Herstellerbetrieben von Stahlbaukonstruktionen verbunden. Die langjährige Bindung der volkseigenen Stahlbaufirmen an das Produktionsprogramm der Betriebe der genannten SAG führte zu einer zunehmenden Spezialisierung der volkseigenen Betriebe auf diesem Fertigungsgebiet. Ausgelöst durch das Produktionsprogramm der SAG entstand in der sowjetischen Besatzungszone, später in der DDR, ein Kooperationsverband von SAG- und volkseigenen Betrieben, der einen leistungsfähigen Zweig der Metallverarbeitung repräsentierte. Nach der Übergabe der SAG-Betriebe in das Volkseigentum der DDR verfügte die Volkswirtschaft der DDR über einen geschlossenen und leistungsfähigen Reproduktionsprozeß zur Herstellung eingeführter Erzeugnisse.²⁵

2. Nicht in jedem Fall gestatteten die sachlichen Bedingungen in den SAG-Betrieben, ein gegebenes oder verändertes Produktionsprogramm unmittelbar in Angriff zu nehmen. Es gab SAG-Betriebe, die nach einer teilweisen Demontage erst wieder mit entsprechenden

25 Industrie und Technik in der DDR 1945 bis 1955. Beiträge zur Entwicklung des Bergbaus, der Metallurgie und des Maschinenbaus, Berlin 1960, S. 218 f.

Produktionsanlagen und -mitteln ausgerüstet werden mußten, wie zum Beispiel ehemalige Werke der IG Farben.²⁶

Aber auch SAG-Betriebe, die durch Bombardements oder Erdkämpfe im zweiten Weltkrieg mehr oder weniger zerstört worden waren, mußten entsprechend dem in Aussicht genommenen Produktionsprogramm wieder aufgebaut werden. Das geschah durch einfache Rekonstruktion der Anlagen, wenn das Produktionsprogramm im wesentlichen unverändert blieb - wie das bei den Hydrierwerken Zeitz der Fall war -, oder durch eine Umgestaltung der Produktionsbedingungen, wenn sich das Produktionsprogramm qualitativ veränderte - wie es bei der Maschinenfabrik "Buckau-Wolf" in Magdeburg beobachtet werden konnte.²⁷

Insgesamt läßt sich aber feststellen, daß 1947 die SAG-Betriebe ihr Produktionsprogramm in der Grundstruktur ausgebildet hatten. In den folgenden Jahren wurde es weiter vervollkommenet, worüber noch zu berichten sein wird.

Die Grundstruktur des Produktionsprogrammes der SAG im Jahre 1947 wird an dem Anteil erkennbar, den diese Unternehmen an der industriellen Bruttoproduktion in der sowjetischen Besatzungszone insgesamt hatten. Die nachfolgenden Angaben, die darüber Auskunft gaben, sind allerdings nicht ganz vollständig.

Im Jahre 1947 betrug der Anteil der SAG an der industriellen Bruttoproduktion 19,5 Prozent. Ordnet man die Industriezweige nach der Höhe des Anteils, den die SAG-Betriebe an den Erzeugnissen hatten, dann ergibt sich die folgende Rangfolge: Die SAG-Betriebe produzierten 58,5 Prozent der metallurgischen Erzeugnisse. Den Schwerpunkt bildeten die Produkte der Nichteisenmetallurgie. Von den chemischen Produkten - in der Hauptsache Grundchemikalien und flüssige Brennstoffe - wurden in den SAG-Betrieben 54 Prozent hergestellt. Knapp 40 Prozent der Maschinen, Anlagen und elektrotechnischen Artikel kamen aus SAG-Betrieben. Hierbei lag der Schwerpunkt auf schweren Maschinen und kompletten Anlagen. Die feinmechanischen und optischen Industriebetriebe der SAG produzierten 35,5 Prozent der Erzeugnisse des gesamten Zweiges. An der Energieerzeugung waren die SAG-Kraftwerke mit 34,7 Prozent beteiligt. Die sowjetischen Bergbauunternehmen lieferten 33,4 Prozent der geförderten Produkte. Braunkohle, Braunkohlenprodukte und Nichteisenerze hatten daran den weitaus größten Anteil. Baumaterialien kamen zu 15,3 Prozent aus SAG-Betrieben. Textilien wurden zu 2,4 Prozent in SAG-Betrieben gefertigt. Ab 1948 weist die Statistik aus, daß SAG-Betriebe 6,4 Prozent des Papiers und des Zellstoffs fabrizierten. Schließlich gibt die Statistik für 1950 unter der Rubrik SAG-Betriebe noch 0,2 Prozent der industriell gefertigten Lebensmittel an.²⁸

Die Angaben über den Anteil der SAG-Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion in der sowjetischen Besatzungszone belegen auch, daß besonders seit dem Jahre 1947 in diesen Betrieben die materiell-technische Basis der Produktion entwickelt wurde, um das Produktionsprogramm erfüllen und erweitern zu können.

Welche Grundlinien lassen sich in der Gestaltung der materiell-technischen Basis von 1946 bis 1948 in den SAG-Betrieben erkennen?

1. Bei einem Teil der SAG-Betriebe bedeutete die Entwicklung der materiell-technischen Basis eine Wiederherstellung technischer Anlagen und der Maschinerie, wie sie vor der Zer-

²⁶ Domeinski, Heinz, a. a. O., S. 80 f.

²⁷ Gericke, Hans Otto/Jungnickel, Rudolf/Wille, Mantred, a. a. O., S. 47 f.

²⁸ Krause, Werner, Die Entstehung des Volkseigentums in der Industrie der DDR, Berlin 1958, S. 103.

störung oder der Demontage existiert hatten. Das traf besonders auf jene SAG-Betriebe zu, deren Produktionsprogramm unverändert geblieben war. Als ein Beispiel können die Hydrierwerke Zeitz genannt werden. Unter sowjetischer Leitung wurde im Sommer 1945 der Wiederaufbau des stark zerstörten Betriebes begonnen. 1946 konnten die Werkstätigen des Betriebes die Produktion von Benzin bereits über das Niveau von 1943 bringen (1943 produzierte das Werk 81 500 Tonnen, 1946 waren es 88 700 Tonnen). Bei Dieselöl näherte sich die Produktion mit 112 300 Tonnen dem Ergebnis von 1943 an, das 150 000 Tonnen betragen hatte, und lag schon über dem des Jahres 1944.²⁹

2. Ein Teil der SAG-Betriebe erhielt mit dem veränderten Produktionsprogramm auch eine veränderte materiell-technische Basis: Die Produktionstechnik wurde erneuert und die Produktionsfläche vergrößert. Ein Beispiel dafür bietet das ehemalige Meßgeräte- und Armaturenwerk Schäffer und Budenberg in Magdeburg. Die alte Eisengießerei des Werkes wurde durch eine neue ersetzt. Sie war weitgehend mechanisiert und in ihrer Kapazität so angelegt, daß sie über Jahre hinweg den ständig angestiegenen Bedarf des Werkes zu decken vermochte. Gleichzeitig veranlaßte die sowjetische Generaldirektion des Werkes den Umbau der Stahlgießerei. So entstand ebenfalls eine moderne Produktionsstätte, deren Herzstück der Sechs-Tonnen-Elektro-Ofen wurde. Damit hing auch die Erneuerung des gesamten Schwerarmaturenbaus zusammen, durch die eine Spezialisierung des Werkes auf solche Meßgeräte möglich wurde.³⁰

Die SAG sorgten aber nicht nur für den Wiederaufbau und die Erneuerung der Produktionsstätten. Sie gliederten, wenn es der Reproduktionsprozeß verlangte, auch die erforderlichen Rohstoffgewinnungsbetriebe in die SAG ein und bauten sie nach modernen Gesichtspunkten aus. Das traf besonders für den Braunkohlenbergbau und den Erzbergbau zu.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die SAG in den ersten Jahren des Wiederaufbaus der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone die materiell-technische Basis ihrer Betriebe in raschem Tempo wieder herstellten und darüber hinaus mit ihrer Erneuerung und strukturellen Veränderung begannen. Allerdings muß bei der Beurteilung dieses Prozesses beachtet werden, daß den SAG das gesamte industrielle Potential der sowjetischen Besatzungszone zur Verfügung stand und daß die SAG durch ihre unmittelbaren Beziehungen zur sowjetischen Industrie, zu sowjetischen Betrieben in Österreich sowie zu gemischten Aktiengesellschaften in europäischen Volksdemokratien ihren Bedarf an Produktionsmitteln leichter als die landeseigenen Unternehmen befriedigen konnten.

Der 1947 in den SAG-Betrieben einsetzende umfassende Wiederaufbau demontierter oder zerstörter Produktionsstätten und die großzügige Erneuerung der materiell-technischen Basis demonstrierte den deutschen Wirtschaftsleitungen, auf welche Weise die maschinelle Großproduktion unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen instand gesetzt und den Erfordernissen einer Planwirtschaft gemäß, unter Beachtung der technisch-organisatorischen und technischen Errungenschaften aus dem Kapitalismus, eingerichtet werden kann. Das gewann an Bedeutung, als die volkseigene Industrie wenige Jahre später in die Lage versetzt wurde, in größerem Umfang die materiell-technische Basis zu erneuern.

Mit dem Wiederaufbau und der beginnenden Rekonstruktion der materiell-technischen Basis der Produktion in den SAG-Betrieben hing die Formierung eines entsprechenden wissenschaftlich-technischen Potentials, das auf die Erfordernisse der SAG und ihrer Betriebe ausgerichtet werden mußte, zusammen. Die SMAD und die Leitungsorgane der SAG wählten

²⁹ Unser Werk, Hydrierwerk Zeitz, Betriebsgeschichte, T. 1: 1937 - 1962, Zeitz (1963), S. 83.

³⁰ Binger, Werner/Peters, Anni, a. a. O., S. 109 ff.

verschiedene Wege und Methoden, um diese Aufgabe zu lösen. Einige sollen genannt werden:

1. Im Sommer und Herbst 1945 begann die SMAD im Auftrag sowjetischer Industrieministerien, deutsche Wissenschaftler und Ingenieure in wissenschaftlich-technischen Einrichtungen auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone zusammenzufassen und mit der Lösung verschiedener Aufgaben zu betrauen. Hier arbeiteten sowjetische und deutsche Fachleute unmittelbar zusammen.

An den technischen Hochschulen und anderen Zentren des wissenschaftlichen Lebens richtete die SMAD Technische Büros ein, in denen auf bestimmten Gebieten die wissenschaftliche Forschung weitergeführt wurde. Die Grundlagenforschung, die auf technische Nutzung ausgerichtet war, stellte den Schwerpunkt in der Arbeit dieser Büros dar. Als ein solches Beispiel kann das Technische Büro Kohle in Freiberg gelten.³¹ Die Technischen Büros standen oft in unmittelbarer Verbindung zu Projektierungs- und Konstruktionsbüros, die als selbständige sowjetische Dienststellen geschaffen worden waren. Sie leisteten Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten für sowjetische Industrieunternehmen in der UdSSR und in der sowjetischen Besatzungszone. So wurde im September 1945 das Projektierungsbüro der Kohlenindustrie der UdSSR in Berlin gegründet. Es sollte für die Sowjetunion Taugebauanlagen und Brikettfabriken insbesondere für die Gewinnung und Verarbeitung von Braunkohle projektieren. Die Arbeitsergebnisse des Büros standen auch den SAG-Betrieben in der sowjetischen Besatzungszone zur Verfügung, die Produktionsmittel für die Braunkohlenindustrie herstellten.³²

2. Die SAG schufen sich eigene wissenschaftlich-technische Zentren, die häufig an SAG-Betriebe gebunden waren. Ein charakteristisches Beispiel ist der Verzahnungsmaschinenbau. Auf diesem Gebiet existierten vor 1945 verschiedene in Konkurrenz stehende Unternehmen, die über eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten verfügten. Die SMAD führte 1945 diese Kapazitäten zu einem Spezial-Konstruktions- und Technologischen Büro zusammen. Die einzelnen Abteilungen des Büros wurden in Leipzig bei den ehemaligen Pittler-Werken, in Dresden bei den vormaligen Hille-Werken und im damaligen Chemnitz bei den früheren Pfauter-Werken angesiedelt. Das Vorgehen der SMAD gewährleistete die Nutzung der noch vorhandenen Produktionsunterlagen bzw. von Fragmenten solcher Unterlagen aus allen Unternehmen zur schnellsten Rekonstruktion vorhandener Entwicklungen, vermied Doppelentwicklungen in den einzelnen Werken des Verzahnungsmaschinenbaus und sicherte die rationelle Ausschöpfung des geringen Personalbestandes in der Forschung und Entwicklung auf diesem speziellen und wichtigen Gebiet des Maschinenbaus.³³

3. Bei einzelnen SAG-Betrieben wurden Forschungsabteilungen eingerichtet. In den Hydrrierwerken Zeitz zum Beispiel gab es aufgrund der in der ehemaligen BRABAG herrschenden Arbeitsteilung keine Forschungsstelle. Die sowjetischen Dienststellen, die 1945 mit der Leitung und Kontrolle des Wiederaufbaus des Werkes betraut waren, richteten 1945 eine Forschungsstelle ein. Bis 1948 bestand ihre Aufgabe hauptsächlich darin, Engpässe

31 Mühlfriedel, Wolfgang, Zur Rolle der sowjetischen Technischen Büros für den Neubeginn des wissenschaftlichen Lebens an der Bergakademie Freiberg und in der Grundstoffindustrie der DDR, in: Verbündete in der Forschung, Berlin 1976, S. 231 ff.

32 Rammler, Erich, Die Zusammenarbeit zwischen der sowjetischen und deutschen Kohlenindustrie in den Jahren 1945 bis 1953, in: Freiburger Forschungshefte, D 60, Leipzig 1969, S. 33 f.; Osernoj, M. J., Die Verbundenheit der deutschen und sowjetischen Wissenschaftler während der demokratischen Erneuerung der Bergakademie in den Jahren 1945 bis 1947, in: Bergakademie Freiberg. Festschrift zu ihrer Zweihundertjahrfeier am 13. November 1965, Bd. 1, Leipzig 1965, S. 314 ff.

33 Industrie und Technik ..., a. a. O., S. 162.

zu beseitigen. So betrieb sie unter anderem Versuche, durch Sulfochlorierung geeignete Ausgangsstoffe für Waschmittel, Seifen usw. herzustellen, entwickelte schon in den ersten Jahren Paraflow, eine Filterhilfe bei der Propanentparaffinierung.³⁴

In den unter sowjetischer Leitung stehenden wissenschaftlich-technischen Einrichtungen wurde Bemerkenswertes für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt geleistet. Um ein Bild davon zu geben, ist es zweckmäßig, die verschiedenen Stufen zu skizzieren, in denen der Beitrag zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt sichtbar wurde.

Die erste Stufe bestand darin, daß die sowjetischen Wissenschaftler und Ingenieure das in der Zeit des faschistischen Regimes in Deutschland gewonnene Wissen von den Wissenschaftlern, die es mit hervorgebracht hatten, sammeln und systematisieren ließ.

Auf gleicher Stufe lag auch die Rekonstruktion von Arbeits- und Konstruktionsunterlagen für die Herstellung von Produktionsmitteln und Technologien, die aus irgendeinem Grunde in den Produktionsstätten verlorengegangen waren. Dadurch wurde es möglich, den früheren Stand an Qualität der Erzeugnisse und an leistungsfähigen Verfahren wieder zu erreichen.

Eine zweite Stufe kam darin zum Ausdruck, daß sowjetische Industrieministerien den SAG-Betrieben Konstruktionsunterlagen für Erzeugnisse überließen, die bis dahin in Deutschland unbekannt gewesen waren. Dadurch konnten sich deutsche Ingenieure und Arbeiter mit Ergebnissen wissenschaftlich-technischer Arbeit in der UdSSR vertraut machen. Hier kann auch das Nachvollziehen von Technologien und Verfahren eingestuft werden, das notwendig wurde, um der Embargopolitik des Imperialismus zu begegnen.

Die nächste Stufe im Beitrag, den die genannten Einrichtungen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts leisteten, bestand im Aufgreifen und Vervollkommen von wissenschaftlich-technischen Neuerungen und in ihrem Überführen in die Produktion.

Dazu folgendes Beispiel: Im SAG-Betrieb HESCHO, Hermsdorf, hatte man bis 1945 an der Präzisionskeramik und ihrem Herstellungsverfahren gearbeitet. Nach Übernahme des Unternehmens in sowjetisches Eigentum wurden die Arbeiten mit Nachdruck weitergeführt. Die Ergebnisse fanden schließlich in der Massenproduktion von Präzisionskeramik mit moderner Technologie ihren Niederschlag.³⁵

Die höchste Stufe des Beitrages im behandelten Sinne zeigte sich in der Neuentwicklung von Erzeugnissen und Produktionsverfahren. Dafür kann der Schiffsdieselmotorenbau im Magdeburger SAG-Betrieb Buckau-Wolf als ein Beleg dienen.³⁶ Ein anderer findet sich im SAG-Betrieb HESCHO. Dort begannen am 1. Mai 1946, vor Gründung des SAG-Betriebes, Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Ferrite. Von der niederländischen Firma Philips waren dazu vor dem zweiten Weltkrieg Untersuchungen angestellt worden. Im HESCHO-Konzern hatte man in den dreißiger Jahren über die Entwicklung von Hochfrequenzkernen auf keramischer Grundlage diskutiert und in diesem Zusammenhang auch an Ferriten Untersuchungen angestellt. Unter sowjetischer Leitung begann in Hermsdorf die Forschung auf dem Ferritgebiet. In kurzer Zeit konnte ein brauchbarer Hochfrequenzkern hergestellt werden. Gestützt auf diese Arbeitsergebnisse, entstanden die weichmagnetischen Ferritwerkstoffe Manifer 1 bis 5.

34 Unser Werk, a. a. O., S. 92.

35 Neumann, Verena, Die Entwicklung der feinkeramischen Industrie Thüringens in dem Zeitraum von Mai 1945 bis Juli 1948, Diplomarbeit, Jena 1978, S. 74 ff.

36 Gericke, Hans Otto/Jungnickel, Rudolf/Wille, Manfred, a. a. O., S. 47 ff.

Bereits im Herbst 1946 begann der Aufbau einer Hochfrequenzkernfabrik, und im Verlauf des dritten Quartals 1947 lieferte diese Fabrikanlage die ersten Kerne. Die Forschungen auf dem Gebiet der Ferrite wurden fortgesetzt. Die Hermsdorfer Arbeitsergebnisse bildeten die Grundlage für die Produktion von Erzeugnissen der Meßtechnik, für das Fernsehen usw.³⁷

Das Vorgehen der sowjetischen Dienststellen bei der Organisierung des wissenschaftlich-technischen Potentials und seiner Ausrichtung auf die Produktion hatte für die deutsche Arbeiterklasse und für ihre politischen Repräsentanten eine besondere Bedeutung, die sich aus den beiden Seiten, die diesem Problem innewohnten, ergab.

Die eine Seite bestand darin, daß ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sofort genutzt wurde und die unter den Bedingungen der Nachkriegsverhältnisse gegebene Gefahr, daß Ingenieure und Naturwissenschaftler nicht ihrem Wissen und Können gemäß beschäftigt wurden, ausgeschaltet worden war. Damit war die zweite Seite des Problems verbunden: Die sowjetischen Dienststellen und die in ihnen tätigen kommunistischen Techniker und Wissenschaftler stellten das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz her. Die verschiedenen Methoden, die sie dabei praktizierten, um das Bündnis entstehen zu lassen, gingen in das Arsenal der deutschen Arbeiterbewegung ein, die vor der Aufgabe stand, ein richtiges politisches Verhältnis zur wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu entwickeln. Die Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz lernten die Wertschätzung von Wissenschaft und Technik durch die sowjetischen Kommunisten, die Repräsentanten der von der Ausbeutung befreiten Arbeiterklasse, kennen. Für die deutschen Wissenschaftler und Techniker war die Tätigkeit unter der sowjetischen Leitung vor allem eine Schule für eine planmäßige Gestaltung wissenschaftlich-technischer Arbeit und für deren Beziehung zur Produktion.

Einen wichtigen Faktor für die Konstituierung der SAG bildete die politisch-moralische und ökonomische Verhaltensweise der deutschen Belegschaften. Sie hatte objektive Grundlagen, unter denen die Arbeits- und Lebensbedingungen in den SAG-Betrieben eine maßgebliche Rolle spielten. Die Leitungen der SAG und die Generaldirektoren der SAG-Betriebe legten von Anfang an großen Wert auf die dem Charakter des Eigentums gemäße Ausgestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Das war für die deutschen Werk tätigen von besonderer Bedeutung, weil sie bisher nur die Ausbeutungspraktiken des Monopolkapitals kennengelernt und Verhaltensweisen ausgebildet hatten, durch die sie sich in der Hauptsache auf individuelle Art und Weise zur Wehr gesetzt hatten. Die deutschen Werk tätigen hatten bereits 1945 und 1946 Befehle der SMAD zur Kenntnis nehmen können, die darauf gerichtet waren, den Schutz ihrer Arbeitskraft zu erhöhen, Diskriminierung einzelner Arbeitergruppen zu beseitigen usw.

Die Arbeiter und die Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz erfuhren auch die Sorge der sowjetischen Leitungskräfte um die Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse. Sie konnten verfolgen, wie zum Beispiel die deutschen Direktionen in den SAG-Betrieben gedrängt wurden, die Lebensmittelversorgung in den Betrieben zu verbessern, und wie dazu die ausgefallensten Ideen Förderung fanden.

Die Arbeiter und die Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz lernten auch durch die entsprechenden Maßnahmen den hohen Rang kennen, den die sowjetischen Wirtschaftsfunktionäre dem Prinzip der Entlohnung nach der Arbeitsleistung einräumten. Die materielle und moralische Stimulierung der Arbeitsleistung fand in den SAG-Betrieben sehr

37 Nitzsche, Konrad, Entwicklung ökonomischer Kennzahlen der Erzeugnisgruppe Ferrite im VEB Kombinat Keramische Werke Hermsdorf, Forschungsbericht, Sektion Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität, Jena 1978, S. 2 ff.

frühzeitig und umfassend Anwendung. Die sowjetischen Leitungskader wählten dabei zuweilen ungewöhnliche Methoden, um die Arbeiter zu belobigen. Domeinski schildert ein bemerkenswertes Beispiel. Im Frühjahr 1946 setzten sich die Lehrlinge der Lehrwerkstatt des Elektrochemischen Kombines Bitterfeld besonders für die Reparatur von Landmaschinen in Zörbig ein. Sie leisteten 2 500 freiwillige Arbeitsstunden. Der Generaldirektor, der den Lehrlingeinsatz verfolgt hatte, ließ zur besonderen Überraschung der Lehrlinge für die Aktivisten unter ihnen Anzüge und Kostüme nach Maß bei der Firma Hollenkamp in Leipzig, einem damals bekannten Modehaus, anfertigen. Die Anzüge und Kostüme waren vor dem 1. Mai fertiggestellt worden, und die Jungen und Mädchen trugen sie mit Stolz zur Maidemonstration.³⁸

Im Herbst 1947 erhielt mit dem Befehl Nr. 234 der SMAD die Bemühung der sowjetischen Wirtschaftsfunktionäre in den SAG-Betrieben, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, eine weitere Grundlage.

Der Leiter der "Verwaltung für Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften in Deutschland", Mitjukov, hatte am 14. November 1947 den Befehl Nr. 815, der die Durchführung des Befehls Nr. 234 betraf, erlassen.³⁹ Dieser Befehl umfaßte 22 Bestimmungen, die sich in drei Gruppen ordnen lassen.

Die erste Gruppe beinhaltet Anweisungen an die Leitungen der SAG und der SAG-Betriebe, die Beschäftigten mit dem Befehl Nr. 234 bekannt zu machen, sie über die im Befehl vorgesehenen Verordnungen und Bestimmungen zu unterrichten und diese in den SAG-Betrieben durchzuführen.

Die zweite Gruppe umfaßt alle Maßnahmen, die dazu dienen, die Produktionsbedingungen in den SAG-Betrieben zu qualifizieren, um eine höhere Produktion und eine größere Arbeitsproduktivität zu erreichen. Diese Maßnahmen waren an die verschiedenen Leitungsebenen adressiert. Von den SAG-Leitungen wurde verlangt:

- "- Verrechnungsnormen für Rohstoffe, Materialien und Elektroenergie /auszuarbeiten/;
- Vorschläge zur Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse zu machen;
- einen Plan zur Generalüberholung der technischen Grundeinrichtungen vorzulegen;
- Maßnahmen zu ergreifen, um noch stillstehende Betriebe und Anlagen wieder in Gang zu bringen."⁴⁰

Der Leiter der Energieabteilung der Verwaltung und andere Wirtschaftsfunktionäre wurden beauftragt, bis zum 1. Januar 1948 Vorschriften auszuarbeiten, die ein störungsfreies Fahren der Energieerzeugungsanlagen sichern sollten. Die Generaldirektoren erhielten ausführliche Instruktionen zur "Erweiterung und Anwendung der direkten Akkordarbeit".⁴¹ Mehrere davon befaßten sich mit Arbeitsnormung, der Grundbedingung für ein wirkungsvolles Leistungsprinzip. In einer Instruktion wurde die Erarbeitung "organisationstechnischer Maßnahmen, die 1948 eine 15 - 20-prozentige Steigerung der Arbeitsproduktivität sichern sollen",⁴² gefordert. Andere Instruktionen zielten auf eine Hebung der Arbeitsmoral in den

38 Domeinski, Heinz, a. a. O., S. 72 f.

39 Füchsel, Heidrun, Der II. Parteitag der SED. Der Befehl Nr. 234 der SMAD vom 9. Oktober 1947, seine Vorbereitung und Durchführung sowie sein Platz in der Geschichte der antifaschistisch-demokratischen, ant imperialistischen Umwälzung in der sowjetischen Besatzungszone. Die Zusammenarbeit der deutschen demokratischen Kräfte mit der SMAD, Diss. A, Berlin 1976, T. 2, S. 64 ff.

40 Ebenda, S. 65.

41 Ebenda.

42 Ebenda.

SAG-Betrieben. Bedeutsam war auch die Bestimmung, daß "für die Einführung von Vorschlägen der Werktätigen Prämien bis zu 15 Prozent der dadurch erreichten Einsparung zu zahlen" sind.⁴³ Die Leitungen der SAG erhielten durch den Befehl Anweisungen, den Facharbeiterbestand ihrer Betriebe zu sichern.

Die dritte Gruppe von Festlegungen betraf die Lebensbedingungen der Werktätigen in den SAG-Betrieben. Unter anderem wurde der Leiter der Versorgungsabteilung in der "Verwaltung für Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften in Deutschland" beauftragt, Berufsbekleidung zu organisieren. Die Generaldirektoren hatten im vierten Quartal des Jahres 1947 den Punkt 9 des Befehls Nr. 234, der die Versorgung mit einem zusätzlichen Mittagessen betraf, "vollkommen durchzusetzen".⁴⁴ Die Verwaltung sah die Bildung eines Fonds für Textilien und andere Industriewaren vor, "um die zusätzliche Versorgung absichern zu können."⁴⁵ Der Befehl Nr. 815 forderte von den Generaldirektoren der SAG-Betriebe, "einen Plan zu fertigen über die zusätzliche Erzeugung von Waren des täglichen Bedarfs" und den Verkauf "dieser Waren an die Werktätigen des jeweiligen Werkes".⁴⁶ Des weiteren wurde im Befehl festgelegt, in welchen Werken der SAG "Polikliniken zu organisieren"⁴⁷ sind. Schließlich enthielt der Befehl noch Anweisungen über die Renovierung von Arbeiterwohnungen und über die Abstimmung zwischen dem Verkehrsplan und der Arbeitszeit.

Der Befehl Nr. 815 stellte also eine Konkretisierung des allgemeinen Inhalts des Befehls Nr. 234 dar. Das betraf vor allem jene Bestimmungen, die der Erhöhung der Produktion, der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten dienten.

In den SAG-Betrieben wurden Ende 1947 und im Verlauf des Jahres 1948 die Befehle Nr. 234 und 815 durchgeführt. Darüber wurde in betriebsgeschichtlichen Darstellungen bereits viel veröffentlicht.

Mit der zügigen Ausführung dieser Befehle waren wichtige Grundlagen dafür entstanden, daß sich in den Belegschaften der SAG-Betriebe eine neue Einstellung zu den vergesellschafteten Produktionsmitteln und zur Arbeit sowie Beziehungen der kameradschaftlichen Unterstützung und der gegenseitigen Hilfe auszubilden begannen. Dafür bestanden in den SAG-Betrieben auch eine Reihe günstiger objektiver und subjektiver Bedingungen. Zwei der objektiven Bedingungen seien hier dargelegt. Die erste ist in der Beschaffenheit der sachlichen Produktionsbedingungen zu sehen. In den SAG-Betrieben herrschte sehr frühzeitig eine relativ kontinuierliche Produktion. Die Energieversorgung war in der Regel gewährleistet und die Belieferung mit Rohstoffen und Halbzeugen im allgemeinen gesichert. In den SAG-Betrieben hatte die Ausstattung mit Produktionsinstrumenten und -anlagen 1947 und 1948 bereits einen beachtlichen Stand erreicht. Das Improvisieren im Produktionsprozeß spielte keine so große Rolle mehr. Das Produktionsprogramm war in den Grundzügen bekannt und langfristig angelegt. All das waren Faktoren, die auf die Arbeitshaltung in den SAG-Betrieben stabilisierend wirkten, weil die Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen nicht mehr so demoralisiert wurden wie im ersten Nachkriegsjahr, als die Arbeit durch Stromausfall, Materialmangel, schadhafte Werkzeug usw. oft auf unabhsehbare Zeit unterbrochen werden mußte.

Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den SAG-Betrieben war eine zweite objektive Bedingung, die eine neue Arbeitseinstellung förderte.

43 Ebenda, S. 66.

44 Ebenda.

45 Ebenda.

46 Ebenda.

47 Ebenda.

Als wichtige subjektive Bedingung, die diese Arbeitseinstellung unterstützte, muß zum Beispiel das Verständnis der sowjetischen Leitungskader für die Notwendigkeit einer derartigen Einstellung herausgestellt werden. Mit diesem Verständnis war zweierlei verbunden. Die sowjetischen Wirtschaftsfunktionäre wußten um die Schwierigkeiten, die mit der Überwindung von aus dem Kapitalismus überkommenen Arbeitshaltungen verbunden waren, und sie kannten geeignete Methoden, um in den Belegschaften eine Haltung zur Arbeit auszubilden, die dem Charakter des Eigentums an den Produktionsmitteln entsprach.

Die Leitungen der SED-Parteiorganisationen in den SAG-Betrieben hatten im Verlauf des Jahres 1947 die Notwendigkeit begriffen, Veränderungen im ökonomischen Denken der Genossen und dem fortgeschrittenen Teil der Belegschaften zu erreichen. Das vollzog sich ganz besonders unter dem Einfluß der Wirtschaftspolitik der SED. Der II. Parteitag der SED spielte dabei eine besondere Rolle. Aber auch die Politik der sowjetischen Generaldirektionen wirkte sich in den Parteiorganisationen aus.

Es gab aber auch Faktoren, die der Ausbildung einer neuen Arbeitseinstellung entgegenstanden. Bei allen Bemühungen in den SAG-Betrieben, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu erleichtern, blieben doch die Existenzbedingungen insgesamt im Jahre 1947 und auch noch 1948 außerordentlich schwer. Die durch die ökonomischen Kriegsfolgen geprägte Grundstimmung in der Bevölkerung und auch in der Arbeiterklasse wirkte sich in den SAG-Betrieben aus. Ein Hemmnis für die Durchsetzung des Leistungsprinzips bildete das bis 1948 gültige Steuersystem. Bei der Untersuchung der Bedingungen, die hemmend auf die Ausbildung einer neuen Einstellung zu den vergesellschafteten Produktionsmitteln und zur Arbeit wirkten, muß man berücksichtigen, daß es keine nationale Identität zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und den mit diesen Produktionsmitteln arbeitenden Produzenten gab. Außerdem waren die nationalen Beziehungen zwischen dem Eigentümer an den Produktionsmitteln und der Masse der Produzenten politisch auf eine bestimmte Weise determiniert. Beides, nationale Nichtidentität von Eigentümern an den Produktionsmitteln und Produzentenmasse sowie die Beziehungen, die zwischen den beiden Ländern bis 1945 bestanden hatten, ließen Widersprüche hervortreten, die sowohl von den Gesamtlebensumständen als auch von der Beeinflussung durch den Klassegegner genährt wurden. Diese Widersprüche zwischen den objektiven Interessen und dem Verhalten eines Teils der deutschen Beschäftigten in den SAG-Betrieben äußerten sich in Vorurteilen gegen die Sowjetunion, die letztlich ihren Niederschlag in Arbeitszurückhaltung, Gleichgültigkeit gegenüber der Produktionsqualität usw. fanden. Hinzu kam, daß bei verschiedenen SAG-Betrieben eine größere Anzahl von Arbeitsplätzen mit Arbeitskräften besetzt werden mußte, die bis dahin aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Industrie gearbeitet hatten. Ihnen fehlte die traditionelle Bindung zum Leben der Industriearbeiter. Sie sahen ihre Lohnarbeiterexistenz durch den Verlauf des zweiten Weltkrieges und die damit für sie verbundenen Konsequenzen verursacht. Die Sowjetunion war für sie die eigentliche Ursache für die jähe Veränderung ihrer Lebenslage. Besonders diese Teile der Belegschaften waren es, die die gegnerischen Auffassungen aufnahmen, selbst solche Auffassungen produzierten und den Antisowjetismus in den Belegschaften wachzuhalten suchten. Die Propaganda des Imperialismus zielte auf eine Diffamierung der Sowjetunion. Damit wurde der Versuch verbunden, die Werktätigen unseres Landes in einen militanten Gegensatz zur sozialistischen Besatzungsmacht zu bringen, um die antifaschistisch-demokratische Umwälzung aufzuhalten, ihre Ergebnisse zu liquidieren.

Die antisowjetische Denkweise wurde besonders aktiviert, als es darum ging, eine Wende in der Einstellung zu den vergesellschafteten Produktionsmitteln und zur Arbeit herbeizuführen.

Die SED-Parteiorganisationen und die mit ihnen eng verbundenen Teile der Belegschaften der SAG-Betriebe machten im Verlauf des Jahres 1947 verstärkt gegen den Antisowjetismus unter den Werktätigen Front.

Ein konkretes Feld dieser Auseinandersetzung waren die Arbeitsmoral und die Arbeitsdisziplin.

Die hier bereits analysierten Bedingungen und Faktoren für eine Veränderung in der Einstellung zur Arbeit brachten es mit sich, daß in den SAG-Betrieben schon im Verlauf des Jahres 1947 in einem größeren Umfange diese neue Einstellung in der Gestalt des betrieblichen Vorschlagswesens und des Produktionswettbewerbs sichtbar wurde. Natürlich wurde der Befehl Nr. 234 und die Art, wie ihn die SAG-Betriebe befolgten, zu einer kräftigen Stimulanz.

Die Aktivistenbewegung nahm in den SAG-Betrieben ihren Ausgang in dem Vorschlagswesen, das durch die sowjetischen Leitungen bereits unmittelbar nach der Bildung der SAG-Betriebe angeregt worden war. Im SAG-Betrieb Bleichert, Leipzig, bildeten sich schon Ende 1946 erste Gruppen von Rationalisatoren und Erfindern, deren Vorschläge nach sorgfältiger Prüfung angenommen und durch Geld- und Sachprämien honoriert wurden.⁴⁸ Der Generaldirektor dieses Betriebes, Ivanov, forderte in einer Direktionsbekanntmachung vom 1. Juli 1947 die Belegschaft dazu auf, den Produktionsprozeß zu rationalisieren, neue Arbeitsvorrichtungen zu entwerfen, die Arbeitsorganisation zu verbessern. Für die eingereichten Vorschläge wurden Anerkennungen in Aussicht gestellt. Den Betriebsrat regte er an, in den einzelnen Produktionsstätten Gruppen von Rationalisatoren und Erfindern zu bilden, deren Vorschläge zu sammeln und sorgfältig auszuwerten. Vom sowjetischen Hauptingenieur und von der deutschen Werkleitung forderte der Generaldirektor fördernde Maßnahmen.⁴⁹ In den Eisen- und Hüttenwerken Thale reichten 1947 Arbeiter 159 Verbesserungsvorschläge ein.⁵⁰

Die Fortschritte, die in den SAG-Betrieben im Herbst 1947 und Frühjahr 1948 bei der Heranbildung einer neuen Einstellung zu den vergesellschafteten Produktionsmitteln und zur Arbeit erzielt worden waren, hatten wesentlich dazu beigetragen, daß sich in der Industrie der sowjetischen Besatzungszone bis zum Frühjahr 1948 die Aktivistenbewegung und bis zum Sommer 1948 die Wettbewerbsbewegung formieren konnten. Die in der SAG "Marten" zusammengefaßten metallurgischen Betriebe begannen im April 1947 einen überbetrieblichen Wettbewerb, der unter der Losung "Aus Stahl wird Brot" bis zum Oktober 1947 geführt wurde.⁵¹ Im Gefolge des Befehls Nr. 234 der SMAD kam es zwischen den SAG-Betrieben in einzelnen Ländern der sowjetischen Besatzungszone zu überbetrieblichen Wettbewerben. Ab Oktober 1947 trugen SAG-Betriebe Sachsen-Anhalts einen Wettbewerb aus. Um bessere Vergleichbarkeit zu erreichen, traten sie in zwei Gruppen zum Wettbewerb an. In der einen Gruppe fanden sich die "Mafa" Sangerhausen, die "Mifa" Sangerhausen und die Kyffhäuserhütte Artern zusammen. Der Wettbewerb hatte am 10. Oktober 1947 begonnen. Sein Ziel bestand in der Produktionssteigerung, in der Verringerung des Bummelantentums und in der Facharbeiterausbildung. Eine gemeinsame Wettbewerbskommission wertete Verlauf und Ergebnis des Wettstreits zwischen den Betrieben aus. Die zweite Wettbewerbsgruppe von SAG-Betrieben, sie rekrutierte sich aus dem Walzwerk Hettstedt, den Eisen- und Hüttenwerken Thale, Krupp-Gruson, Schäffer und Budenberg und Otto Gruson, trat am 1. Oktober 1947 zum Wettbewerb an und führte ihn bis zum März 1948. Sein Gegenstand war die Erhöhung der Produktion, ein verbessertes Verhältnis von Ist- und Sollstunden, die Ausschußsenkung, Verbesserungsvorschläge und die Qualifizierung der Werk-tätigen.

48 Koppelman, Günter, a. a. O., S. 371 f.

49 Ebenda, S. 372, 376.

50 Könnemann, Erwin, a. a. O., T. 1, S. 52.

51 Ebenda, S. 51.

Die am Wettbewerb beteiligten Betriebe beschäftigten insgesamt 25 392 Werktätige.⁵² Die einzelnen Faktoren des Konstituierungsprozesses, die hier verfolgt wurden, sind aber nicht nur wichtig, weil sie dazu beitrugen, daß die SAG und ihre Betriebe zu leistungsstarken und funktionstüchtigen industriellen Unternehmungen wurden, sondern weil sie gleichzeitig den Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit einleiteten, der von Lenin als der der tatsächlichen oder wirklichen Vergesellschaftung bezeichnet wurde, der der Nationalisierung der Produktionsmittel durch die Arbeiterklasse folgen müsse.⁵³

Diese Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit führte zu einer neuen Produktionsweise, die sozialistischen Charakter in sich trug, der aber nicht sofort zutage trat. Er formte sich in dem Maße, in dem alle Momente der Vergesellschaftung zum Tragen kamen und zu einer bestimmten Reife gebracht worden waren. Seinen Ausdruck fand der sozialistische Charakter der neuen Produktionsverhältnisse im Verhalten der Produzenten, das sozialistische Züge annahm. Solche Züge zeigten sich in der Leitung und Planung der Produktion und in der sich ändernden Einstellung eines Teils der unmittelbaren Produzentschaft zu den vergesellschafteten Produktionsmitteln und zur Arbeit sowie in der Entstehung von Beziehungen der kameradschaftlichen Unterstützung und der gegenseitigen Hilfe innerhalb der Belegschaften der SAG-Betriebe und zwischen den Belegschaften dieser Betriebe im Produktionswettbewerb. Beziehungen dieser Art formten sich auch zwischen den SAG- und landeseigenen bzw. volkseigenen Betrieben.

Die Entstehungsgeschichte der neuen Produktionsweise in den SAG und das Ausbilden ihres sozialistischen Charakters sind durch eine Besonderheit gekennzeichnet, die sich aus dem Widerspruch ergibt, der zwischen der Reife des Eigentümers an den Produktionsmitteln sowie seiner Repräsentanten in Gestalt der sowjetischen Leitung und der der unmittelbaren Produzenten sowie ihrer politischen Repräsentanz, den SED-Betriebsparteiorganisationen und den deutschen Wirtschaftsfunktionären, bestand. Der Abbau dieses Widerspruchs bildete die Voraussetzung dafür, daß in den SAG eine Produktionsweise von sozialistischem Charakter entstehen konnte. Der Abbau dieses Widerspruches wurde vom ersten Tage der Existenz der SAG-Betriebe eingeleitet. Die sowjetischen Leitungskader nahmen ihre internationalistische Verantwortung wahr und machten die deutschen Arbeiter und ihre marxistisch-leninistischen Führungskräfte mit der Notwendigkeit und den Methoden der tatsächlichen Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit vertraut.

In dem Maße nun, wie sich die Belegschaften der SAG-Betriebe gemäß dem Charakter des sozialistischen staatlichen Eigentums verhielten und sich dessen bewußt wurden, entwickelte sich die neue Produktionsweise in den SAG und ihren Betrieben.

Das hier behandelte Problem führt an die Bestimmung des Charakters der SAG heran. Als die Sowjetunion private Monopolunternehmen und einen Teil des staatskapitalistischen Eigentums in der sowjetischen Besatzungszone in das Eigentum der UdSSR überführte, wurden industrielle Produktionsmittel zu einem Reparationsgut besonderer Art. Ihre Besonderheit ergab sich daraus, daß durch ihre Nutzung in der sowjetischen Besatzungszone Produktions- und Konsumtionsmittel geschaffen wurden, die ein gesamtgesellschaftlicher Eigentümer in Gestalt des Sowjetstaates in Auftrag gab und sich aneignete. Die Produzenten, die mit den Produktionsmitteln arbeiteten, waren nicht Eigentümer geworden, aber ihre Stellung im Produktionsprozeß hatte sich dennoch verändert; Obwohl sie nicht Eigentümer der Produktionsmittel waren, wurden sie nicht mehr ausgebeutet.

⁵² Fücksel, Heidrun, a. a. O., S. 272 ff.

⁵³ Lenin, W. I., Über "linke Kindereien und über Kleinbürgerlichkeit, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 325 f.; derselbe, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: ebenda, S. 231.

Das Ergebnis ihrer Produktion eignete sich die Sowjetgesellschaft an. Ein Teil des Produzierten fiel aber auch ihnen zu. Das ergab sich sowohl aus dem mit dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln verbundenen Aneignungsprozeß als auch aus der Perspektive dieses Eigentums.

Die Untersuchung der Aneignungsvorgänge in den SAG zeigt:

1. Ein Teil der Erzeugnisse wurde zur Erhaltung und Erweiterung der gesellschaftlichen Produktionsfonds genutzt, vor allem für die erweiterte Reproduktion der SAG-Betriebe selbst. Zahlen machen das deutlich. An Investitionen, die in den produktiven Bereich flossen und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen eingesetzt wurden, registrierten die Leuna-Werke 215 Millionen Mark, die Buna-Werke 98,5 Millionen Mark, das Kombinat Espenhain 61,8 Millionen Mark, die Filmfabrik Wolfen 50,8 Millionen Mark und das Ernst-Thälmann-Werk 45 Millionen Mark. In der Zeit, in der diese fünf Betriebe sowjetisches Eigentum waren, investierten sie insgesamt 471,1 Millionen Mark.⁵⁴ Alle zwischen 1950 und 1954 in das Volkseigentum der DDR übergebenen SAG-Betriebe verkörperten einen Gesamtwert von 2,7 Milliarden Mark.⁵⁵

2. Ein Teil des Produktionsergebnisses wurde zur Festigung des Sowjetstaates und der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht bzw. der DDR sowie zur Sicherung und Erweiterung des Konsumtionsfonds, für das Bildungswesen, die wissenschaftliche und kulturelle Entwicklung, das Gesundheitswesen verwendet. Von diesem Teil partizipierten die Werk-tätigen in den SAG-Betrieben unmittelbar, wie bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse gesehen werden konnte. Aber auch mittelbar hatten sowohl die Werk-tätigen der SAG-Betriebe als auch die gesamte Bevölkerung unseres Landes durch die den Frieden sichernde Politik der UdSSR Anteil.

Die Abgaben, die von den SAG-Betrieben an den Staatshaushalt der Länder bzw. der DDR geleistet wurden, fanden in gleicher Richtung Verwendung. Um ein Beispiel dafür zu geben, welche Steuersummen von SAG-Betrieben an die demokratischen Staatsorgane gezahlt wurden, sollen die Eisen- und Hüttenwerke Thale angeführt werden. Dieses Werk zahlte 1947 an Vermögens-, Gewerbe-, Lohn-, Umsatz- und Grundsteuer insgesamt 2 290 000 Reichsmark.⁵⁶

3. Ein weiterer Teil des Produktionsergebnisses wurde individuell von den im Produktionsprozeß Tätigen unmittelbar angeeignet. Das geschah über die Löhne und Gehälter. Den deutschen Produzenten wurde dieses Einkommen seit 1946 ständig erhöht, und durch die Einführung des Leistungsprinzips wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, auf die Höhe ihres Einkommens direkt Einfluß zu nehmen.

Die Art, wie die Sowjetregierung den Aneignungsprozeß der SAG gestaltete, erleichterte es den deutschen Produzenten, die Interessentität, die objektiv zwischen den Eigentümern an den Produktionsmitteln und den Produzenten bestand, zu erfassen. In dem Maße, wie sich die deutschen Leitungskräfte und die unmittelbaren Produzenten in den SAG-Betrieben dieser Interessentität bewußt wurden, veränderte sich der Charakter der SAG-Betriebe, weil nun in ihnen die Produktionsweise entstand, die sozialistischen Charakter trug. Die SAG-Betriebe verloren ihren Charakter als Reparationsgut besonderer Art. Sie waren zum Bestandteil der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone, zu einer der ökonomischen Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse und schließlich der DDR geworden.

⁵⁴ Graf, R., Die ökonomische Hilfe der Sowjetunion beim sozialistischen Aufbau unseres Landes, in: Deutsche Außenpolitik, Sonderheft 1967; 50 Jahre deutsch-sowjetische Beziehungen 1917 - 1967, S. 119.

⁵⁵ Die Volkswirtschaft der DDR, Berlin 1979, S. 127.

⁵⁶ Könnemann, Erwin, a. a. O., T. 1, S. 40.

Im Sommer 1948 hatte die Entwicklung der SAG und ihrer Betriebe einen Punkt erreicht, an dem die Konstituierungsphase ihren Abschluß gefunden hatte und die im Entstehen begriffene Produktionsweise ihren sozialistischen Charakter auszubilden begann.

Die Zäsur in der Entwicklungsgeschichte der SAG und ihrer Betriebe ist aber nicht nur durch innere Vorgänge bestimmt. Auch die äußeren Existenzbedingungen der SAG hatten sich im Sommer 1948 gewandelt. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung war zu dieser Zeit zu einem Stand geführt worden, der die "allseitige Festigung der antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse und die planmäßige Weiterführung der revolutionären Umwälzung auf dem Weg zum Sozialismus"⁵⁷ erforderte. Um diesen Prozeß vollziehen zu können, kam es unter der politischen Führung der SED zu einer Reihe von Entscheidungen, die auch für die SAG und ihre Betriebe von Bedeutung waren.

2.2. Die Phase der Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise in den SAG

Der neue Entwicklungsabschnitt, in den die SAG und ihre Betriebe im Sommer 1948 eintraten, war durch folgendes gekennzeichnet:

1. Das Produktionsprogramm der SAG und ihrer Betriebe vervollkommnete sich weiter. Darin gewann der Bedarf der Wirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone immer mehr an Bedeutung.⁵⁸ Die im hier behandelten Zeitabschnitt immer spürbarer-werdende Embargopolitik veranlaßte viele SAG-Betriebe, bisher aus den Westzonen bezogene Produkte selbst herzustellen. Dafür bietet die Farbenfabrik Wolfen ein treffendes Beispiel. Sie realisierte 1948 nur 29,3 Prozent der geplanten Importe und 48,7 Prozent der mit westdeutschen Lieferfirmen vereinbarten Exporte. Die westdeutschen IG-Farbenbetriebe stellten die Lieferungen von Zwischenprodukten ein. Das hatte den Stillstand der Produktion von substantiven Farbstoffen zur Folge. Von 31 Farbstoffen konnten 15 nicht produziert werden. Das Zurückhalten von Vorprodukten zum Herstellen bestimmter Farbkomponenten durch die IG-Farbenbetriebe in Hoechst und Leverkusen sollte die Filmproduktion in der sowjetischen Besatzungszone zum Erliegen bringen. Die Wissenschaftler und Arbeiter der Farbenfabrik Wolfen, die nicht im Besitz der Herstellungsvorschriften für diese Vorprodukte waren, rekonstruierten in kurzer Zeit die Herstellungsbedingungen. Dadurch wurde die Farbenfabrik in die Lage versetzt, mit der Fabrikation dieser Produkte für die Farbstoffkomponenten zu beginnen.⁵⁹

Die Haltung der sowjetischen Leitung zur Abwehr des Wirtschaftskrieges gegen die sowjetische Besatzungszone wird an den Ausführungen des Chefingenieurs Revokatov auf der Produktionskonferenz der Farbenfabrik Wolfen am 1. April 1949 deutlich. Er sagte: "Die imperialistischen Spaltungsmaßnahmen zwingen uns, solche Produkte herzustellen, die wir nicht fabrizieren wollen, und auf solche Produkte zu verzichten, die wir gern erzeugen möchten."

Nach der Erläuterung der mit der Produktionsumstellung verbundenen Aufgaben versicherte er: "Wir werden gemeinsam mit dem deutschen Volk nicht zulassen, daß die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone desorganisiert wird."⁶⁰

57 Geschichte der SED, a. a. O., S. 176.

58 Geschichte der Arbeiterbewegung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna, a. a. O., S. 71.

59 Domeinski, Heinz, a. a. O., S. 226.

60 Ebenda, S. 230.

2. Die Planung der Produktion in den SAG erfolgte nun im Zusammenhang mit dem Halb- und Zweijahrplan nach gegenseitiger Konsultation zwischen der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) und der "Verwaltung für Angelegenheiten der Sowjetischen Aktiengesellschaften in Deutschland". Die Produktion, der Bedarf usw. der SAG-Betriebe fanden in den Plandokumenten der DWK Aufnahme; die SAG wurden im Planungsmechanismus der DWK mit erfaßt. Damit war verbunden, daß die Gesamtentwicklung der SAG stark von den wirtschaftlichen Erfordernissen der sowjetischen Besatzungszone mitbestimmt wurde. Das bezieht sich sowohl auf das Produktionsprogramm als auch auf die Ausrichtung der materiell-technischen Basis der Produktion.

3. Ein größerer Teil des wissenschaftlich-technischen Personals, der bisher in sowjetischen Dienststellen tätig war, stand ab 1949 der volkseigenen Industrie und dem Hochschulwesen zur Verfügung. Insbesondere der deutsche Mitarbeiterstab der Technischen Büros wurde durch die Deutsche Wirtschaftskommission geschlossen übernommen und mit Aufgaben für die volkseigene Industrie betraut.⁶¹

4. Von grundlegender Bedeutung war in der Entwicklung der SAG-Betriebe, daß sich im Verlauf des Jahres 1948 die deutschen Betriebsleitungen immer stärker zu Partnern der sowjetischen Leitungen entwickelt hatten. Ihre hier erworbenen Erfahrungen und Kenntnisse in der Leitungstätigkeit befähigten sie, sowohl ihren Verantwortungsbereich sicherer zu leiten als auch mit größerer Sachkenntnis an der kollektiven Leitung der SAG-Betriebe teilzunehmen.

Eine entscheidende Grundlage für diese Erscheinung war das Reifen der SED-Parteiorganisationen in diesen Betrieben. Ihre Leitungen eigneten sich die Erfahrungen an, die die sowjetischen Kommunisten in der politischen Führungsarbeit vermittelten. Die SED-Parteiorganisationen in den SAG-Betrieben genossen die besondere Aufmerksamkeit der SED-Parteizentrale und der SED-Landesleitungen. Die Betriebsparteiorganisationen der SAG-Betriebe spielten eine beachtenswerte Rolle auf dem Weg der gesamten Partei zur Partei neuen Typs.

In welchem Maße die deutschen Führungskräfte an der Leitung der SAG-Betriebe teilnahmen, wird am Beispiel der Produktionskonferenz erkennbar, die in der Farbenfabrik Wolfen am 1. April 1949 von der sowjetischen Generaldirektion einberufen worden war. Eine Konferenz dieser Art hatte schon im Vorjahr stattgefunden.⁶² An der April-Konferenz nahmen die gesamte sowjetische Generaldirektion, die deutschen Wirtschaftsfunktionäre, die Mitglieder der SED-Parteileitung und Gewerkschaftsfunktionäre teil. Der Verlauf der Konferenz gestaltete sich zu einer Beratung über die aktuelle Lage der Filmfabrik und zu einer Schule sozialistischer Leitungstätigkeit.⁶³

Ein Feld der Leitungstätigkeit, auf dem sich die deutschen Werkleitungen und die Leitungen der SED sowie der gesellschaftlichen Organisationen besonders auszeichneten, war die politische Führung und die Organisation des Schöpfungstums der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1948 begann sich die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in den SAG-Betrieben zu einer Massenbewegung zu entwickeln. Die günstigen Gesamtvoraussetzungen, die dafür in den SAG-Betrieben entstanden waren, kamen in den Monaten

61 Wächtler, Eberhard/Mühlfriedel, Wolfgang/Michel, Wolfgang, Erich Rammler, Leipzig 1976, S. 51 f. = Biographien hervorragender Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner, Bd. 25.

62 Domeinski, Heinz, a. a. O., S. 249.

63 Ebenda, S. 250.

Oktober, November und Dezember 1948 besonders zum Tragen, als die große Publizität, die die hervorragende Aktivistentat Adolf Hennekes gewonnen hatte, auch in den SAG-Betrieben ihre Wirkung zeigte.

Die Belegschaften der SAG-Betriebe leisteten aufgrund eben dieser Voraussetzungen originelle Beiträge zur Ausbreitung der Masseninitiative in der Produktion in der sowjetischen Besatzungszone. Es waren besonders die vielfältigen Formen des innerbetrieblichen Wettbewerbs, durch die die SAG-Betriebe den Produktionswettbewerb bereicherten. Im EKB und im damaligen Magdeburger Betrieb Schäffer und Budenberg forderten einzelne Kollektive und Arbeiter seit Sommer 1948 einander in verstärktem Umfang zum Wettbewerb heraus. Wettbewerbsgegenstand war der sparsame Umgang mit Rohstoffen, Energie und Arbeitsvermögen. Im Verlaufe des zweiten Halbjahres beteiligten sich im EKB 8 200 Belegschaftsmitglieder am innerbetrieblichen Wettbewerb.⁶⁴

In Magdeburger SAG-Betrieben hatte sich gezeigt, daß der Wettbewerb, der zwischen den Betrieben ausgetragen wurde, nicht alle Wettbewerbsteilnehmer tatsächlich aktivierte.

Darum suchte die Parteio rganisation des SAG-Betriebes Schäffer und Budenberg nach einer Möglichkeit, den Arbeitern zu helfen, ein persönlicheres Verhältnis zum Wettbewerb zu finden. Die Anregung dazu kam von der Betriebsgewerkschaftsleitung, die in einem Katalog fünfzehn verschiedene Wettbewerbsziele aufnahm und den Arbeitern empfahl, unter diesen Zielen auszuwählen und darüber einen persönlichen Vertrag mit dem Betrieb abzuschließen. Wettbewerbsziele waren unter anderem die Erfüllung und Übererfüllung der Norm, die Senkung von selbstverschuldetem Ausschuß, Vermeidung unproduktiver Arbeitszeit, Qualitätsarbeit sowie die Verbesserung der Produktionsbedingungen und des Unfallschutzes. Der Vertrag sollte einen Zeitraum von drei Monaten umfassen. Bis zum Juli 1949 hatten 3 186 Belegschaftsmitglieder einen persönlichen Vertrag zum Wettbewerb abgeschlossen, das waren 65 Prozent der Belegschaft. Eins seiner Ergebnisse bestand darin, daß der SAG-Betrieb den Plan für das erste Halbjahr 1949 bereits dreißig Tage vorfristig erfüllen konnte. Diese Form des innerbetrieblichen Wettbewerbs wurde in den Magdeburger SAG-Maschinenbaubetrieben allgemein angewandt.⁶⁵

In den SAG-Betrieben fanden Arbeiter sehr früh Kontakt zu sowjetischen Neuerermethoden und begannen sie zu praktizieren. Durch die Arbeiter in den SAG-Betrieben wurden viele der sowjetischen Neuerermethoden in der sowjetischen Besatzungszone bekannt. Alle diese für die Zeit seit dem Sommer 1948 herausgearbeiteten Kennzeichen der Entwicklung sind auch von Gewicht für die hier getroffene Feststellung, daß sich in den SAG ein sozialistischer Charakter der Produktionsweise abzuzeichnen begann.

Seit dem Sommer 1948 wandelte sich bei einem größeren Kreis von Arbeitern und Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz die Einstellung zu den vergesellschafteten Produktionsmitteln und zur Arbeit. Sie bildete die Grundlage dafür, daß sich die Beziehungen der kameradschaftlichen Unterstützung und der gegenseitigen Hilfe in den Belegschaften der SAG-Betriebe erweiterten.

64 Ebenda, S. 119.

65 Hartmann, Horst, Die Strategie der 1. Parteikonferenz der SED. Der Kampf des FDGB unter Führung der SED für die Realisierung der wirtschaftspolitischen Konzeption der 1. Parteikonferenz, dargestellt insbesondere an der Entwicklung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung (Januar bis Herbst 1949), Diss. A, Berlin 1978, S. 13 f.; Gericke, Hans Otto/Jungnickel, Rudolf/Wille, Manfred, a. a. O., S. 75.

Bei der Untersuchung dieser Entwicklung ergibt sich, daß die Beziehungen der kameradschaftlichen Unterstützung und gegenseitigen Hilfe zwischen den sowjetischen und deutschen Leitungskräften ihren etwas einseitigen Charakter, der naturgemäß in den zurückliegenden Zeitabschnitten vorherrschte, weil die deutschen Leitungskräfte noch stark im Lernprozeß standen, verloren. Es bildete sich eine Kollektivität der Leitung der SAG-Betriebe, die sowohl die sowjetischen als auch die deutschen Leitungskräfte umfaßte. Bei ihrer Wertung darf selbstverständlich die unterschiedliche Entscheidungsbefugnis, die beide Seiten der Leitung hatten, nicht ignoriert werden.

Auch die Beziehungen, die zwischen den fortgeschrittenen Teilen der Arbeiterschaft und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz einerseits und den deutschen und sowjetischen Leitungskräften andererseits bestanden, wurden von kameradschaftlicher Unterstützung und gegenseitiger Hilfe gekennzeichnet. Unter dem Einfluß der sowjetischen Leitungsprinzipien stützten sich die deutschen Leitungsfunktionäre in zunehmendem Maße auf den Rat und die aktive Hilfe der unmittelbaren Produzenten. Von großer Wichtigkeit waren die hier behandelten Beziehungen, die zwischen den Arbeitern in der unmittelbaren Produktion entstanden. Sie formten sich besonders aus, wenn Arbeiter Vorschläge zur Qualifizierung der Produktionsmittel oder der Arbeitsorganisation debattierten und gemeinsam in die Tat umsetzten. Sie äußerten sich, wenn Arbeiter verschiedener Produktionsstätten in den Wettbewerb über das beste Produktionsergebnis traten und sich dabei gegenseitig Ratschläge über die wirkungsvollsten Produktionsmethoden gaben. Beziehungen dieser Art entstanden in den Zusammenkünften der Parteiorganisationen, wenn über die Produktion in den Abteilungen und Betrieben der Genossen gesprochen wurde, oder in den in dieser Zeit entstehenden Produktionsberatungen.

Hierbei spielte auch das Entstehen von Stoßbrigaden und ständigen Arbeitsbrigaden eine Rolle. In den Eisen- und Hüttenwerken Thale waren solche Arbeitsbrigaden gegen Ende des Jahres 1947 gebildet worden.⁶⁶ Die gemeinsamen Bemühungen um die Steigerung der Produktion, um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität führten auch zu Beziehungen kameradschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und den Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz.

In dem bisher untersuchten Zeitraum zwischen 1947 und 1949 veränderte sich der Anteil der SAG-Betriebe an der Bruttoproduktion der Industrie. Er stieg insgesamt um 2,4 Prozent. Eine Zunahme zeigte sich aber nicht in allen Industriezweigen, in denen SAG-Betriebe existierten. Nur in drei von zehn Industriezweigen wuchs der Anteil dieser Betriebe an der Bruttoproduktion. Ordnet man die Zweige in der Rangfolge, die durch das Anwachsen bestimmt ist, dann ergibt sich, daß die Erzeugung von Elektroenergie die erste Position einnahm. Der Anteil der SAG-Betriebe an der Elektroenergieerzeugung stieg von 34,7 auf 42,1 Prozent. An zweiter Stelle lag der Bergbau. Hier erhöhte sich der Anteil der SAG-Betriebe an der Erzeugung von Bergbauprodukten um 3,5 Prozent auf 36,7 Prozent. Schließlich zeigten die SAG-Betriebe der Chemieindustrie einen Produktionsanstieg von 54 Prozent auf 54,8 Prozent.

Die anderen Industriezweige verzeichneten eine Abnahme des Anteils der SAG-Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion. Am stärksten sank er bei der Erzeugung metallurgischer Produkte. In diesem Industriezweig machte sich der Aufbau der volkseigenen metallurgischen Betriebe bemerkbar. Die SAG-Betriebe hatten 1949 nur noch einen Anteil von 22,3 Prozent an der industriellen Bruttoproduktion.

Der Beitrag der optischen und feinmechanischen Erzeugnisse aus den SAG-Betrieben lag 1949 um 15,5 Prozent niedriger als 1947. Im Maschinenbau hatten die SAG-Betriebe einen um 9,8 Prozent niedrigeren Anteil als im Jahre 1947. Geringer war der Rückgang des Anteils der SAG-Betriebe an der Produktion elektrotechnischer Erzeugnisse und von Baumaterial. Unverändert blieb die Situation in der Textilindustrie.⁶⁷

Mit der Gründung der DDR veränderten sich die Existenzbedingungen der SAG vor allem in zweierlei Hinsicht.

Durch die Übergabe der bisher von der SMAD ausgeübten Verwaltungsfunktion an die staatlichen Organe der DDR, die W. I. Tschuikow am 10. Oktober 1949 im Auftrage der Sowjetregierung vornahm, und mit der Bildung einer Sowjetischen Kontrollkommission wandelte sich die staatsrechtliche Stellung der SAG. Das fand unter anderem darin seinen Niederschlag, daß die Leitung der SAG im Oktober 1949 von der "Verwaltung für Angelegenheiten des sowjetischen Vermögens in Deutschland" übernommen wurde.⁶⁸

Die Gründung der DDR, die Errichtung der sozialistischen Arbeiter- und -Bauern-Macht "markierte den Beginn der sozialistischen Etappe des einheitlichen revolutionären Prozesses."⁶⁹ Die Überleitung der antifaschistisch-demokratischen in die sozialistische Etappe des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in unserem Lande bedeutete, daß sich die Bedingungen für die Gestaltung der sozialistischen Produktionsweise in den SAG und ihren Betrieben entscheidend verbessert hatten.

2.3. Die Phase der vollen Ausbildung der sozialistischen Produktionsweise in den SAG und ihren Betrieben

Die historische Entwicklung der SAG und ihrer Betriebe ist zwischen dem Oktober 1949 und Ende 1953 im allgemeinen durch ihr zunehmendes Hineinwachsen in die im Entstehen begriffene sozialistische Volkswirtschaft der DDR gekennzeichnet. Dieses Hineinwachsen hat verschiedene Aspekte, die hier nicht alle behandelt werden können. Es soll nur betont werden, daß in diesem Prozeß die politisch und ökonomisch führende Stellung der SAG-Betriebe maßgeblich dazu beigetragen hat, daß sich die sozialistische Volkswirtschaft formieren konnte. Andererseits muß immer wieder hervorgehoben werden, daß der sozialistische Aufbau in der DDR die sozialistischen Verhältnisse in den SAG-Betrieben erst vollständig ausreifen ließ.

Folgende Grundzüge in der Entwicklung der SAG und ihrer Betriebe müssen hier besonders betont werden:

1. Im Mai 1950 übergab die Sowjetregierung 23 Betriebe in das Volkseigentum der DDR, weitere 66 im April 1952. Mit diesen 89 Betrieben wurde ein außerordentlich starkes politisches und ökonomisches Potential vollständig in die Volkswirtschaft unseres Landes eingegliedert.⁷⁰ Des weiteren gingen die meisten wissenschaftlich-technischen Einrichtungen, die bisher noch unter sowjetischer Leitung standen, in die Verfügung der Regierung der DDR über. Sie wurden zu Zentren der wissenschaftlich-technischen Arbeit der volkseigenen Industrie.

67 Krause, Werner, a. a. O., S. 103.

68 Roesler, Jörg, a. a. O., S. 525.

69 Geschichte der SED, a. a. O., S. 221.

70 Könnemann, Erwin, a. a. O., S. 366.

2. Die Vorbereitung des Fünfjahrplanes erfaßte in einem starken Maße auch das ökonomische, technische und wissenschaftlich-technische Potential der SAG-Betriebe.⁷¹ Die interne Entwicklung der SAG-Betriebe wurde von den Grunderfordernissen der DDR-Volkswirtschaft, die im Fünfjahrplan ihren Ausdruck fanden, bestimmt.
3. Die materiell-technische Basis der Produktion in den SAG-Betrieben wurde in qualitativer und quantitativer Hinsicht weiter vervollkommen. Die Verbesserung der Existenzbedingungen dieser Betriebe gestattete es ihnen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu forcieren.
4. Die zunehmenden Erfahrungen, die die deutschen Leitungskräfte erworben hatten, setzten sie in den Stand, auf immer mehr Gebieten der Leitung und Planung des betrieblichen Reproduktionsprozesses eigenschöpferisch zu arbeiten und in ihre zukünftige Rolle als Alleinverantwortliche hineinzuwachsen.
5. Mit der Übergabe einer großen Anzahl von SAG-Betrieben in das Volkseigentum der DDR in den Jahren 1950 und 1952 wurde bei den Werkträgern die Gewißheit gestärkt, daß alle noch in sowjetischem Eigentum befindlichen Industriebetriebe in das DDR-Volkseigentum übergehen werden. Diese Gewißheit erleichterte die politische Arbeit in den SAG-Betrieben und wurde bei einer wachsenden Anzahl von Belegschaftsmitgliedern zu einer politisch-moralischen Stimulanz für ein Produktionsverhalten, das immer mehr dem Charakter des Eigentums an den Produktionsmitteln entsprach. Die Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler hatten die Erfahrung sammeln können, daß ein großer Teil des von ihnen Produzierten in die produktive oder individuelle Konsumtion in der DDR einging. Dadurch wurde das Wirken der SED-Parteiorganisationen in den SAG-Betrieben, das auf die Förderung der Masseninitiative im Bereich der Produktion und auf eine massenhafte Ausbildung von Beziehungen der kameradschaftlichen Unterstützung und der gegenseitigen Hilfe gerichtet war, erleichtert.
6. Die Produktionsprogramme der SAG-Betriebe und die Struktur ihrer materiell-technischen Basis wurde schon zum Teil von den Erfordernissen der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit bestimmt. In einigen SAG-Betrieben deutete sich diese Entwicklung bereits in der vorangegangenen Phase an.

Die Grundzüge, die hier aufgezeigt wurden, können im Rahmen dieser Skizze nicht mit dem entsprechenden Material belegt werden. Als Ende des Jahres 1953 in den letzten 33 SAG-Betrieben vor den Belegschaften die feierliche Zeremonie der Übergabe der Betriebe aus staatlichem sowjetischem Eigentum in das Volkseigentum der DDR erfolgte, fand die Geschichte der SAG und ihrer Betriebe ihren Abschluß.

Unter sowjetischer Leitung hatten sich in der hier behandelten Zeit die SAG-Betriebe zu sozialistischen Großbetrieben entwickelt. Wenngleich die eigentliche Geschichte der SAG und ihrer Betriebe abgeschlossen war, so setzte doch nun in einem größeren Umfange die Aneignung der in den SAG und ihren Betrieben gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse bei der Gestaltung der sozialistischen Produktionsweise in der maschinellen Großproduktion durch die Wirtschaftsleitung der DDR erst ein. Das hatte seine Ursache in dem Entwicklungsstand, der im Verlauf des ersten Fünfjahrplanes der sozialistischen Umgestaltung der DDR-Volkswirtschaft erreicht worden war.

⁷¹ Domeynski, Heinz, a. a. O.

Die vorliegende Untersuchung ergibt, daß die SAG und ihre Betriebe auf vielfältige Weise zu Schulen des Sozialismus in der DDR geworden sind. Es ist nicht notwendig, die "Lehrgebiete" dieser Schulen noch einmal im einzelnen aufzuführen, aber es erscheint zweckmäßig, das Verhältnis von Lehrenden und Lernenden in diesen Schulen noch einmal zusammenfassend zu prüfen.

Als die SAG und ihre Betriebe sich konstituierten, waren die sowjetischen Leitungskräfte die Lehrer, die die Erfahrungen der sowjetischen Arbeiterklasse, gesammelt beim Aufbau der politischen Führung und der wirtschaftlich-technischen Leitung der sowjetischen Industrie, vermittelten. Die sich formierenden politischen und wirtschaftlichen deutschen Leitungskräfte waren die Lernenden.

In dem Maße, in dem sich die deutschen Leitungskräfte und die fortgeschrittenen Teile der Belegschaften die sowjetischen Erfahrungen aneigneten und in diesem Aneignungsprozeß eigene Leitungserfahrungen gewannen, wurden sie selbst zu Lehrern der gesamten Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone. Das geschah aber nicht nur, weil sie die sowjetischen Erfahrungen in der Leitung industrieller Unternehmen im tagtäglichen Schaffensprozeß aufnahmen und sofort nutzten; die fortgeschrittenen ökonomischen, technologischen, sozialen und politisch-ideologischen Verhältnisse in den SAG-Betrieben vermittelten den dort tätigen Belegschaften Erkenntnisse über das Wesen sozialistischer Großproduktion, die sie insbesondere in die Lage versetzten, als Lehrer der gesamten Arbeiterklasse zu fungieren. Die in den SAG-Betrieben bei der Gestaltung und Ausgestaltung der sozialistischen Produktionsweise gewonnenen Erfahrungen fanden in dem Maße das Interesse der gesamten Arbeiterklasse der DDR, wie in der volkseigenen Wirtschaft und in ihrer Leitung sozialistische Elemente entstanden und nach einer planmäßigen Ausformung verlangten.

Insbesondere nach der Gründung der DDR und nachdem in der volkseigenen Industrie die Beherrschung der in ihr wirkenden ökonomischen Gesetze des Sozialismus ständig wachsende Anforderungen an die Leitung, Planung und wirtschaftliche Rechnungsführung, an die Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts usw. stellte, begann eine systematische Analyse der Verhältnisse in den SAG-Betrieben, die mit besonderem Nachdruck vorgenommen wurde, nachdem die SAG-Betriebe in das Volkseigentum der DDR übergegangen waren. Dazu hatte die Reife besonders der politischen und ökonomischen Verhältnisse in den SAG-Betrieben beigetragen, denn als sie in die Verantwortung der deutschen Wirtschaftsleitungen übergegangen waren, wurde der Unterschied zwischen den in den SAG-Betrieben üblichen Leitungspraktiken und den in der volkseigenen Industrie angewandten fühlbar. Der Erfahrungsschatz, der in den SAG-Betrieben angesammelt worden war, drängte nach Nutzung in der gesamten volkseigenen Industrie.⁷²

⁷² Roesler, Jörg, a. a. O., S. 533 ff.

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte
in der Deutschen Demokratischen Republik

(15. Fortsetzung)

von Renate Günther

I Zur Methodik der Betriebs-
geschichtsschreibung

Badstübner, Olaf: Die Darstellung des
Prinzips der Einheit von Politik, Ökono-
mie und Ideologie in den Betriebszeitun-
gen der SED. - Diss. A, Karl-Marx-Uni-
versität, Leipzig 1977. - 4, 260 Bl.,
Anh., 30 cm

Chronik der Aktivisten-, Wettbewerbs-
und Neuererbewegungen im Bezirk
Karl-Marx-Stadt. (Hrsg.: Kommission
zur Erforschung der Geschichte der
örtlichen Arbeiterbewegung bei der
Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der
SED). 1956 - 1962. - Karl-Marx-Stadt
1978. - 311 S., Ill.

Chronik Bauwesen Deutsche Demokra-
tische Republik 1971 - 1976. - Berlin
1979. - 256 S., Ill. (Spezielle Infor-
mationsschr. Bauakademie der DDR)

Erfahrungen und Ergebnisse bei der
Erforschung und Propagierung der
Betriebsgeschichte. (Hrsg.: Poli-
tische Verwaltung der Deutschen
Reichsbahn.) - Berlin 1979. - 36 S.,
Ill., 20 cm = Schriftenreihe der Poli-
tischen Verwaltung der Deutschen
Reichsbahn, Heft 59

II Einzeldarstellungen

Akademie der Wissenschaften der DDR
Der Kampf um die Verleihung von
Ehrennamen als Bestandteil des So-
zialistischen Wettbewerbs und der Tra-

ditionspflege in den Kampfgruppen der Arbei-
terklasse. Hrsg.: SED-Kreisleitung, Akade-
mie der Wissenschaften der DDR, Arbeits-
gruppe Kampfgruppen. - Berlin 1978. -
43 /16/ S., Ill., Noten; 22 cm = Informatio-
nen und Dokumente der Kampfgruppen der Ar-
beiterklasse an der Akademie der Wissen-
schaften der DDR, 1

Altmärkische Wische, Bauplatz der Jugend
Die Wische einst und heute. Dem 30. Jahres-
tag der Gründung der DDR und dem 20. Jahres-
tag des Beginns der Arbeiten am Bauplatz der
Jugend "Altmärkische Wische" gewidmet.
(Hrsg.: Sozialistische Einheitspartei Deutsch-
lands, Kreisleitung Osterburg, Kreiskommis-
sion zur Erforschung der Geschichte der ört-
lichen Arbeiterbewegung; Freie Deutsche Ju-
gend, Kreisleitung Osterburg.) - Osterburg
1978. - 53 S., Ill., 28 cm

VEB Automobilwerk Eisenach
Unser Schöffenkollektiv VEB Automobilwerk
Eisenach. Erfahrungen und Ergebnisse des
Schöffenkollektivs eines Großbetriebes. -
Eisenach 1977. - 58 S., Ill., 21 cm

VEB Berliner Glühlampenwerk
Siehe
Kombinat VEB Narva Berliner Glühlampenwerk

VEB Braunkohlenkombinat "Erich Weinert"
Deuben

Was der VIII. Parteitag beschloß, ist Wirklich-
keit geworden! - (Deuben 1976).

VEB Carl Zeiss Jena
Ausbruch aus Not und Enge. Zur Geschichte des
VEB Carl Zeiss Jena, Betrieb Eisfeld, Hrsg.

von der Betriebsparteiorganisation der SED. - Berlin; Verl. Tribüne 1978. - 166 S., Abb.

VEB Chemiekombinat Bitterfeld

Bilanz der Erfolge. Der VEB Chemie-kombinat Bitterfeld und seine Entwick-lung. Hrsg.: Kreisleitung der SED des VEB Chemiekombinates Bitterfeld, Abt. Agitation und Propaganda, Kommission zur Erforschung und Propagierung der Betriebsgeschichte. - (Bitterfeld 1979). - 91 S., Ill., 24 cm = Aus der Geschichte des VEB Chemiekombinates Bitterfeld, 1

VEB Chemische Werke Buna

siehe Kombinat VEB Chemische Werke Buna

Deutsche Post

Meininger Postgeschichte, 1653 - 1978. Philatelistenverband im Kulturbund der DDR, Bezirksverband Suhl, Kreisvorstand Meiningen. Hrsg.: Kulturbund der DDR, Bezirksleitung Suhl. Autoren: Kurt Reum u. a. - Suhl 1978. - 72 S. Ill. 21 cm

Salier, Hans-Jürgen: Aus der Postge-schichte von Hildburghausen. Hrsg.: Philatelistenverband im Kulturbund der DDR, Bezirksvorstand Suhl. - Suhl 1976. - 48 S., Ill., 21 cm = Beiträge zur post-geschichtlichen Forschung, 1

Deutsche Reichsbahn

Weisbrod, Manfred/Müller, Hans/Petz-nick, Wolfgang: Dampfloek-Archiv, Bd. 3, Baureihen 60 bis 93. - Berlin; Trans-press 1979. - 268 S., Ill.

Siehe auch

Zur Methodik der Betriebsgeschichts-schreibung

Deutsche Reichsbahn, Strecken

Waldeisenbahn Muskau 1896 - 1977. Hrsg.: Reichsbahndirektion Cottbus und Deutscher Modelleisenbahnverband der DDR, Bezirksvorstand Cottbus. - Cottbus 1978. - 36 S., Ill., 1 Kt.-Skizze, 19 cm

VEB Draht- und Seilwerk Rothenburg

Erfahrungen des VEB Draht- und Seilwerk Rothenburg bei der Durchsetzung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere auf dem Gebiet der Arbeitskultur. (Hrsg.: Ar-beitsgruppe Ökonomie, Agitation und Propa-ganda der Kreisleitung Saalkreis der SED und Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Draht- und Seilwerkes Rothenburg. - Rothen-burg 1978. - 13 S., Ill., 21 cm

VEB Fichtelberg-Schwebebahn Oberwiesenthal

50 /Fünfzig/ Jahre Fichtelberg-Schwebebahn. 1924 - 1974. Hrsg.: VEB Fichtelberg-Schwe-bebahn. - Oberwiesenthal 1974. - 19 S., Ill., 20 cm

VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kom-binat

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kom-binat - und dem Territorium der Stadt Wolfen vom VIII. bis IX. Parteitag der SED. Bearbei-tet durch Martina Arendholz und Christiane Wünscher, überarbeitet von Brigitte Schmidt und Willi Wessel. Hrsg.: Kommission für Be-triebsgeschichte der Zentralen Parteileitung, Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat -. - Wolfen 1979. - 56 S., Ill., 23,5 cm = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, 43

Spezialinventar des Betriebsarchivs VEB Film-fabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat - zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1968 - 1971. Bearbeitet von Alfred Neumann und Willi Zimmermann. Hrsg.: Kommission für Betriebsgeschichte der Zentralen Partei-leitung. Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen - Fotochemisches Kombinat. - Wolfen 1979. - 82 S., 24 cm = Aus der Geschichte der Filmfabrik Wolfen, 42

Umschlagt.: Quellennachweise zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1968 - 1971

VEB Fotopapierwerk Dresden

Zur Geschichte des VEB Fotopapierwerk Dres-den, Kombinatbetrieb des VEB Filmfabrik Wolfen. Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, VEB Fotopapierwerk Dresden. T. 1: Dem Mor-genrot entgegen ... - Dresden 1974, 57 S., Ill., T. 2: Vom Ich zum Wir. - Dresden 1976. -

VEB Geräte- und Regler-Werke Teltow
30 /Dreißig/ Jahre Volkseigener Betrieb
Geräte- und Regler-Werke Teltow, Zen-
traler Anlagenbau der BMSR-Technik,
Partner des sozialen und technischen
Fortschritts in der Deutschen Demo-
kratischen Republik, 1948 - 1978. Rück-
blick auf eine erfolgreiche Entwicklung
und Dokumentation der Leistungsfähig-
keit des Betriebes. Hrsg.: VEB Geräte-
und Regler-Werke Teltow. - Teltow
1978. - 96 S., III., 10 cm

Umschlagt.: Durch hohe Leistungen
zum sozialen Fortschritt

VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder)
Derksen, Willi: Menschen, Maschinen,
Mikroelektronik. Zur Geschichte des
VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder).
Hrsg.: Betriebsparteiorganisation der
SED im VEB Halbleiterwerk Frankf:urt
(Oder). T. 1: Von der Gründung bis
zum Jahre 1963. - Frankfurt (Oder)
1978. - 96 S., III.

VEB IFA Motorenwerke Nordhausen
Menschen, Maschinen, Motoren aus
Nordhausen. Hrsg.: VEB IFA Motoren-
werke Nordhausen. - Nordhausen 1977. -
94 S., zahlr. III. (z. T. farb.)
22 x 27 cm

Interflug. Flugesellschaft der DDR
Vogt, Helmut/Kretzschmar, Manfred:
Spezialflug. Chronik 1957 - 1978. Hrsg.:
Interflug, Flugesellschaft der Deutschen
Demokratischen Republik, Betrieb Agrar-
flug, Bereich Spezialflug. - Berlin-Schö-
nefeld 1978. - 32 S., III., 21 cm

Kombinat VEB Chemische Werke Buna
Stellmacher, Ruth: Geschichte der Ar-
beiterbewegung des Kombines VEB
Chemische Werke Buna, Bd. 1: 1945 -
1949. - O. O. (1977). - 120 S., III.
19 x 20 cm

Kombinat VEB Narva, Berliner Glüh-
lampe nwerk
Schwärzel, Renate: Die Entwicklung der

Produktivität und Effektivität des Produktions-
prozesses im VEB Berliner Glühlampenwerk
in der Zeit von 1958 - 1968. - Diss. A, Aka-
demie der Wissenschaften der DDR, Berlin
1980. - ... , ... S., 30 cm

VEB Kombinat Umformtechnik
Kroker, Herbert: Erfahrungen und Ergebnisse
bei der Leitung und Planung des wissenschaft-
lich-technischen Fortschritts zur Durchset-
zung einer stabilen, dynamischen Leistungs-
entwicklung im VEB Kombinat Umformtechnik
"Herbert Warnke" Erfurt, (Erfahrungen der
sozialistischen Leitungstätigkeit. Hrsg.: Zen-
tralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsfüh-
rung beim ZK der SED. - Berlin 1978. - 38 S.,
21 cm

VEB Kraftverkehr Altenburg
25 /Fünfundzwanzig/ Jahre VEB Kraftverkehr
Altenburg. (Hrsg.: VEB Kraftverkehr Alten-
burg, Lektorat). - Altenburg 1977. - 23 S.,
III., 20 cm

VEB LEW "Hans Beimler" Hennigsdorf
Die Entwicklung des VEB Lokomotivbau -
Elektrotechnische Werke "Hans Beimler"
Hennigsdorf. - Hennigsdorf 1962

Wehner, Günter: Zur Geschichte der Arbeiter-
bewegung Hennigsdorfs 1933 - 1945 unter be-
sonderer Berücksichtigung des Kampfes der
KPD gegen Faschismus und Krieg im Ort
und dessen Großbetrieben. - Diss. A, Pädago-
gische Hochschule "Karl Liebknecht", Pots-
dam 1978. - V, 192, 22 S., Ms. vervielf.,
30 cm

VEB Mathias-Thesen-Werft Wismar
Driese, Werner: Jederzeit wachsam und ge-
fechtsbereit. Hrsg.: Parteileitung der Grund-
organisation der SED im VEB Mathias-Thesen-
Werft Wismar; Kreisleitung der SED Wismar,
Kommission zur Erforschung der Geschichte
der örtlichen Arbeiterbewegung. - Wismar
1978. - 44 S., III., 21 cm

Schiffbau in Wismar. Geschichte des VEB
Mathias-Thesen-Werft Wismar. (Hrsg.: Par-
teileitung der Grundorganisation der SED im
VEB Mathias-Thesen-Werft in Zusammenar-
beit mit der Kommission zur Erforschung der
Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei

der Bezirksleitung Rostock der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.) T. 1: 1946 - 1949, Vom schweren Anfang. (Textautoren: Werner Driese, Wolfgang Fabian.) - Rostock 1977, 96 S., Ill.

VEB Meß- und Zeichengerätebau Liebenwerda

Erfahrungen der Betriebsparteiorganisation des VEB Meß- und Zeichengerätebau Bad Liebenwerda bei der Durchsetzung der sozialistischen Leitungsprinzipien. Hrsg.: Kreisleitung der SED Bad Liebenwerda; BPO VEB Meß- und Zeichengerätebau Bad Liebenwerda. - Bad Liebenwerda 1976. - 23 S., 21 cm

VEB Modul

siehe VEB Zahnschneidemaschinenfabrik Modul Karl-Marx-Stadt

VEB Narva

siehe Kombinat VEB Narva Berliner Glühlampenwerk

VEB Petrolchemisches Kombinat

Schwedt

Arbeitsproduktivität, sozialistische Rationalisierung, Schwedter Initiative. Erfahrungen, Initiativen und Wege zu höherem Niveau der sozialistischen Rationalisierung im VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt. Hrsg.: Bezirksleitung der SED Frankfurt (Oder). Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Weger. - Frankfurt (Oder) 1978. - 82 S., Ill., 21 cm = Wirtschaftspolitik der SED, 1979, 1

VEB Schiffswerft "Neptun" Rostock

Stahl, Jochen/Schmitt, Pitt; 25 /Fünfundzwanzig/ Jahre Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Hrsg.: Grundorganisation der SED, VEB Schiffswerft "Neptun". - Rostock 1978. - 48 S., Ill., 20 x 29 cm.

Schweriner Straßenbahn

Friedemann, Karl-Otto/Groppa, Kurt; 70 /Siebzig/ Jahre Schweriner Straßenbahn. 1908 - 1978. Hrsg.: Deutscher Modelleisenbahnverband der DDR (DMV), Bezirksvorstand Schwerin, Kommission

"Freunde der Eisenbahn". - Rostock 1978. - 48 S., zahlr. Ill., 21 cm

VEB Schwermaschinenbaukombinat "Ernst Thälmann" Magdeburg

Erfahrungen im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Protokoll der 6. Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Fragen des Sozialistischen Wettbewerbs am 13. Oktober 1977 im VEB Schwermaschinenbaukombinat "Ernst Thälmann" in Magdeburg. Hrsg.: Gewerkschaftshochschule "Fritz Heckert" beim Bundesvorstand des FDGB, Wissenschaftlicher Rat für Fragen des Sozialistischen Wettbewerbes. - Bernau 1977. - 164 S., 21 cm

VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" Magdeburg - Kombinat für Dieselmotoren und Industrieanlagen

Gericke, Hans Otto/Jungnickel, Rudolf/Wille, Manfred; Jahre des Neubeginns. Betriebsgeschichte des Stammwerkes VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" Magdeburg - Kombinat für Dieselmotoren und Industrieanlagen, T. 2: 1945 - 1949. Hrsg.: Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED im Stammwerk des VEB Schwermaschinenbau "Karl Liebknecht" in Magdeburg - Kombinat für Dieselmotoren und Industrieanlagen. - Magdeburg 1979. - 84 S., Ill., 28,5 cm

VEB Spinnstoffwerk "Otto Buchwitz" Glauchau
Spinnstoffwerker. Betriebsgeschichte des VEB Spinnstoffwerk "Otto Buchwitz" Glauchau. Im Auftrag der 13. Kreisdelegiertenkonferenz der SED des Kreises Glauchau unter Mitwirkung von vielen Werkträgern des Betriebes zu Ehren des IX. Parteitages der SED geschrieben. - Glauchau 1976. - 82 S., Ill., 30 cm

VEB Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf "Wilhelm Florin"

siehe VEB LEW "Hans Beimler" Hennigsdorf

LPG "Thomas Münzer" Mühlhausen

Stets der Zukunft zugewandt. 20 /Zwanzig/ Jahre Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft "Thomas Münzer" Mühlhausen. Hrsg.: LPG "Thomas Münzer", Mühlhausen. - Mühlhausen 1978. - 27 S., Ill., 19 x 22 cm

Verband der Konsumgenossenschaften
der DDR

Fahrenkrog, Heinz; Die Konsumgenossenschaften in der Deutschen Demokratischen Republik. Hrsg.: Verband der Konsumgenossenschaften der DDR. - Berlin 1977. - 110 S., Ill. (z. T. farb.), 23 cm (Ausgabe auch in englischer und französischer Sprache)

Werkzeugmaschinenfabrik "7. Oktober" Berlin, VEB Zahnschneidemaschinenfabrik Modul Karl-Marx-Stadt. - Karl-Marx-Stadt 1977. (20) S., überwiegend Ill. (z. T. farb.), 19 cm

VEB Zeiss Jena

siehe VEB Carl Zeiss Jena

VEB Volkswerft Stralsund

Hein, Gisela; 30 /Dreißig/ Jahre VEB Volkswerft. Text, Red. u. Gestaltung: Gisela Hein. Hrsg.: Leitung der SED-Grundorganisation des VEB Volkswerft in Zusammenarbeit mit der Geschichtskommission der Parteileitung zur Erforschung der Geschichte des VEB Volkswerft. - Stralsund 1978. - 92 S., zahlr. Ill., 20 cm

VEB Waggonbau Ammendorf

Ökonomische Agitation und Propaganda. Erfahrungen des VEB Waggonbau Ammendorf bei der Entwicklung einer zielstrebigen ökonomischen Agitation und Propaganda. Hrsg.: Stadtleitung Halle der SED; Betriebsparteiorganisation der SED des VEB Waggonbau Ammendorf. - Halle 1977. - 31 S., Ill., 21 cm = Bibliothek der Schrittmacher, 11

VEB Werkzeugmaschinenfabrik "7. Oktober" Berlin

siehe VEB Zahnschneidemaschinenfabrik Modul Karl-Marx-Stadt

VEB Werkzeugmaschinenkombinat

"Fritz Heckert" Karl-Marx-Stadt

Edelmann, Helmut; Die Entwicklung der Arbeiterklasse als Hauptproduktivkraft in der Maschinenbauindustrie der DDR in der Zeit von 1957 - 1970. - Diss. B, Bergakademie, Freiberg 1979. - III, 288 gez. Bl., Anl., Ms. vervielf., 29 cm

Wische

siehe Altmärkische Wische

VEB Zahnschneidemaschinenfabrik

Modul Karl-Marx-Stadt

Beiträge zur Betriebsgeschichte. VEB

QUELLEN UND MATERIALIEN

Die Memoranden Karl Helfferichs vom 28. und 29. August 1914 über die finanzielle Unterdrückung und Ausplünderung Belgiens

von Reinhold Zilch

Der gegenwärtige Forschungsstand zur Besatzungspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, der noch unzureichend ist, läßt sich vor allem darauf zurückführen, daß das umfangreiche Quellenmaterial bisher nur unvollkommen ausgenutzt und in zu geringem Maße publiziert wurde. Die in großer Anzahl vorliegenden Dokumentenveröffentlichungen zu den Kriegszielen Deutschlands¹ enthalten vorwiegend Quellen über die Planung des deutschen Imperialismus für die Zeit nach dem Kriege. Eine Ausnahme bildet der unter dem Titel "Der erste Weltkrieg"² von Helmut Otto und Karl Schmiedel herausgegebene Dokumentenband, in dem verschiedene Fragen der Okkupation berührt werden.

Nach wie vor ist der von Fritz Klein gegebenen Einschätzung zuzustimmen, daß zwar die Bestimmung der Kriegszielpolitik durch die Interessen führender Kreise des Monopolkapitals nachgewiesen wurde, aber noch die Aufgabe besteht, darzulegen, wie sich die Forderungen der herrschenden Klasse, besonders des Monopolkapitals, in Regierungsentscheidungen umsetzten. Er betonte die Notwendigkeit, "den Funktionsmechanismus zwischen monopolistischer Wirtschaft und imperialistischer Politik" im Detail aufzudecken.³ Hierzu gehört auch Klarheit über die deutsche Besatzungspolitik zu schaffen. Namentlich finanzielle Fragen sind noch weitgehend offen. Im Sinne dieser Aufgabenstellung ist zu untersuchen, wie sich das Zusammenspiel von Staat und Monopolen sowie den anderen Kapitalformen bei der Durchsetzung der Okkupationspolitik im einzelnen gestaltete. Die hier vorgelegten Dokumente zeigen anschaulich, wie ein Vertreter des Finanzkapitals, der Bankier Karl Helfferich, der deutschen Reichsleitung in wichtigen Punkten die Entscheidung bei der Gestaltung der finanziellen Besatzungspolitik in Belgien gleichsam in die Feder diktierte. Alle vor dem ersten Weltkrieg existierenden Vorstellungen über eine zukünftige Besatzungs-

- 1 Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hg. u. eingel. v. Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler unter Mitarbeit v. Willibald Gutsche u. Wolfgang Ruge, Berlin 1975; Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und außenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches, hg. v. Willibald Gutsche u. Baldur Kaulisch, Berlin 1977 = Akademie der Wissenschaften der DDR, Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 53; Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 - 1945, hg. v. Richard Opitz, Köln 1977.
- 2 Der erste Weltkrieg. Dokumente, hg. v. Helmut Otto u. Karl Schmiedel, Berlin 1977 = Schriften des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Kleine Militärgeschichte, Kriege.
- 3 Klein, Fritz, Stand und Probleme zur Erforschung der Geschichte des deutschen Imperialismus bis 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 5/1975, S. 488.

politik leiteten sich von der Blitzkriegsstrategie des sogenannten Schlieffenplanes ab. Die Konzeption dieser Besatzungspolitik bestand lediglich in der Schaffung von Übergangslösungen bis zur Realisierung der annexionistischen Kriegsziele. Demzufolge gab es auf finanziellem Gebiet nur allgemeine Grundsätze, nach denen die okkupierten Gebiete sowohl ökonomisch ausgebeutet, speziell in der Form von Kontributionen und Reparationen, als auch die eigenen Positionen im Konkurrenzkampf gegenüber dem feindlichen Kapital verbessert werden sollten.⁴

Allen Überlegungen lag das im Deutschen Reich vor 1914 vertretene theoretische Konzept der Goldumlaufwährung zugrunde, deren Weiterbestehen nach dem Kriege von der Bourgeoisie nie ernsthaft in Frage gestellt wurde. Hierauf waren auch finanzielle Kriegsvorbereitung⁵ und -führung gerichtet.

Obwohl in den ersten Tagen und Wochen des Krieges die unmittelbaren Kampfhandlungen voll und ganz die Aufmerksamkeit der deutschen militärischen und zivilen Dienststellen beanspruchten, erforderte die Besetzung immer größerer Teile Belgiens und Nordfrankreichs den raschen Aufbau eines neuen Verwaltungsapparates. Am 23. August 1914, drei Tage nach der Besetzung Brüssels, verfügte Kaiser Wilhelm II. die Errichtung eines Generalgouvernements Belgien.⁶ Die "Grundzüge über die militärische, finanzielle und wirtschaftliche Ausnutzung des Königreichs Belgien"⁷, vom preußischen Kriegsminister und Chef des Generalstabes des Feldheeres, Erich von Falkenhayn, ausgegeben, wurden noch am 23. August⁸ dem Reichskanzler und am 25. August⁹ Generalfeldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz übermittelt, der am nächsten Tag seine Ernennung zum Generalgouverneur in Belgien¹⁰ erhielt.¹¹ Es hieß hier unter anderem: "Das Königreich Belgien soll als Operationsbasis der deutschen Truppen für den weiteren Verlauf des Feldzuges dienen. Es muß also militärisch, wirtschaftlich und finanziell so ausgenutzt werden, daß es den Bedarf unseres Heeres ... zum großen Teil deckt. ... Das Land soll unser eigenes Vaterland in materieller Hinsicht stark entlasten, es muß daher wie ein erobertes Landesteil behandelt werden. ... Die finanzielle Kraft des Landes ist in der Weise in Anspruch zu nehmen, daß

4 Vgl. Zilch, Reinhold, Grundzüge der finanziellen Besatzungspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1980, T. 1, S. 63 - 78.

5 Vgl. derselbe, Reichsbank und finanzielle Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus 1907 - 1914, wirtschaftswiss. Diss., Berlin 1976 (Ms.).

6 Vgl. Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, von einem Autorenkollektiv unter Leit. v. Willibald Gutsche, Berlin 1970, S. 150.

7 Zentrales-Staatsarchiv (im folgenden: ZStA), Reichskanzlei (im folgenden: RK) 2463, Bl. 18 f.

8 Vgl. Begleitschreiben v. 23. 8. 1914, gezeichnet "von Fabeck" (ebenda, Bl. 17).

9 Vgl. ZStA, Nachlaß (im folgenden: NL) Karl von Lumm 34, Bl. 29, K. v. Lumm, Die Bankabteilung beim Generalgouverneur in Belgien. Bericht des Generalkommissars für die Banken in Belgien, o. O. o. J. (Ms.) (verfaßt nach dem November 1918) (im folgenden: Bericht 1918).

10 Bekanntmachung, betr. Ernennung des Generalgouverneurs und des Verwaltungschefs v. 2. 9. 1914, Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens, S. 1.

11 Die vom Kaiser gebilligten "Anhaltspunkte für die Geschäftsführung des Generalgouverneurs in Belgien" vom 29. 8. 1914 (vgl. Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, a. a. O., S. 150) entsprechen weitestgehend den "Grundzügen über die militärische, finanzielle und wirtschaftliche Ausnutzung des Königreichs Belgien" vom 23. 8. 1914 und werden deshalb nicht im einzelnen herangezogen. Vgl. zu den "Anhaltspunkten" auch Gutsche, Willibald, Aufstieg und Fall eines kaiserlichen Reichskanzlers, Theobald von Bethmann Hollweg 1856 - 1921. Ein politisches Lebensbild, Berlin 1973, S. 146.

alle Einnahmen des Staates dem Generalgouvernement für seine Zwecke zufließen. ... Alle belgischen Zivilbehörden ... sind in ihren Ämtern zu belassen, sie sind anzuweisen, dem Generalgouvernement die staatlichen Einkünfte aus Steuern usw. genauso abzuliefern, wie der bisherigen ... Regierung."¹²

Diese sehr allgemein gehaltenen Richtlinien bestimmten in der Folgezeit wesentlich die Handlungsweise der deutschen Okkupationsbehörden und fanden ihre Umsetzung in der konkreten Besatzungspolitik auch auf finanziellem Gebiet. Bis dahin hing das Handeln der militärischen Befehlshaber bei Requirierungen und anderen kriegsökonomischen Fragen mehr oder weniger vom eigenen Gutdünken ab und war "eine wahre Geißel für die ... beleagerten Ortschaften"¹³. Nicht zuletzt wegen des Widerstandes der Bevölkerung mußte nach anderen, effektiveren Maßnahmen gesucht werden. Die entscheidenden Anregungen hierfür erhielt die Reichsleitung von Karl Helfferich. Der Direktor der Deutschen Bank reiste schon Mitte August in die soeben eroberten Gebiete an der Westfront.¹⁴ Auf der Rückfahrt machte Helfferich Station in Koblenz, wo sich zu diesem Zeitpunkt das Große Hauptquartier befand. Hier trug er am 28. August 1914 dem Kaiser seine Eindrücke vor und unterbreitete ihm das Memorandum "Kontrolle über Geldbewegung und Banken" (siehe Anhang, Dokument 1). Das vom 29. August datierte Memorandum trug den Titel "Methode der Einziehung der Contributionen in Belgien" (siehe Anhang, Dokument 2).¹⁵ Beide Schriftstücke finden sich in den heute im Zentralen Staatsarchiv aufbewahrten Akten der Reichskanzlei.¹⁶ Der Inhalt des ersten Dokumentes ist bisher nur sehr summarisch bekannt,¹⁷ das zweite Dokument findet in der Literatur überhaupt keine Erwähnung.

Die hier erstmals veröffentlichten Memoranden gehören zu den frühesten Zeugnissen über die finanzielle Besatzungspolitik. Ihre Bedeutung erschöpft sich aber nicht allein im Entstehungsdatum und der Tatsache, daß sie von einem Exponenten des deutschen Finanzkapitals und Vertreter des mächtigsten Bankmonopols verfaßt wurden. Die Vorschläge zur

12 ZStA, RK 2463, Bl. 18/18 Rs.

13 Klewitz, Erinnerungen an den Vormarsch der I. Armee im August und September 1914, in: Deutsche Zukunft, 26. 8. 1934, S. 5, zit. nach: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, von einem Autorenkollektiv unter Leit. v. Fritz Klein, Berlin 1971, S. 312.

14 Vgl. Helfferichs Reisebericht "Der Zustand Belgiens unter der deutschen Okkupation", in: Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 10. 9. 1914, 1. Ausg.

15 Wende, Frank, Die belgische Frage in der deutschen Politik des Ersten Weltkrieges, Hamburg 1969, S. 22 = Schriftenreihe zur auswärtigen Politik, Bd. 7. - Wende nennt unbegründet das Auswärtige Amt als Adressaten des Memorandums v. 28. August, in dessen Bonner Akten er ein Exemplar entdeckte. Helfferich war weder zu diesem noch zu einem anderen Zeitpunkt Mitglied des Reichsbankdirektoriums (ebenda, S. 22 Anm. 31), stand diesem aber sehr nahe.

16 ZStA, RK 2463, Akten, betreffend Belgien, Bd. 1, 20. 8. 1914 - 17. 10. 1914, Bl. 61 - 68 (maschinenschriftliches Original mit Originalunterschrift Helfferichs) (Blattangaben beziehen sich auf diese Akte). - Ob es sich bei dem von Wende (vgl. Wende, Frank, a. a. O., S. 22) benutzten Exemplar des Memorandums vom 28. August um eine Abschrift oder einen Durchschlag handelt, wird nicht mitgeteilt. Auffallend sind mehrere abweichende Lesarten.

17 Allein Wende kennt das Memorandum vom 28. 8. 1914 (vgl. Wende, Frank, a. a. O.), andere stützen sich auf Lumm, Karl von, Karl Helfferich als Währungspolitiker und Gelehrter. Erinnerungen, Leipzig 1926, S. 49 f., so z. B. Gossweiler, Kurt, Großbanken, Industriemonopole, Staat, Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914 - 1932, Berlin 1971, S. 91 f.

finanziellen Unterdrückung und Ausplünderung Belgiens fanden während des ersten Weltkrieges in modifizierter Form auch in allen anderen okkupierten Gebieten Anwendung, denn das deutsche Monopolkapital hatte vor 1914 nahezu keine Vorstellungen über den Aufbau und die Organisation einer auf Ausnutzung der ökonomischen Potenzen eines okkupierten Landes zielenden Besatzungsmacht, und Belgien diente demzufolge als Beispiel. Es muß einer seit langem dringend benötigten marxistischen Helfferich-Biographie vorbehalten bleiben, zu klären, ob die Reise im Auftrage der Reichsleitung erfolgte und ob die beiden Memoranden gewissermaßen von ihr angefordert worden waren oder ob beides eigener Initiative entsprang. Auf jeden Fall fanden die Vorschläge wärmste Aufnahme.¹⁸ Erstens wurden sie zu einem Zeitpunkt unterbreitet, als militärische und zivile Dienststellen heftige Auseinandersetzungen über die Höhe der zu erpressenden Kontributionen führten.¹⁹ Obleich die finanztechnischen Fragen ihrer Eintreibung nur eine zweitrangige Rolle spielten, zeigte die Praxis, daß es sich um Probleme handelte, die nicht schlechthin mit Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt gelöst werden konnten, sondern hohe Sachkenntnis verlangten. Zweitens paßten sich die Darlegungen nahtlos in die den "Grundzügen" entsprechende Konzeption ein.

Helfferich legte dar, es sei günstig, "das Wirtschaftsleben Belgiens soweit im Gange zu halten, dass es in der Lage ist, die in Belgien stehende deutsche Armee zu unterhalten und womöglich Beiträge zu den Kosten der gesamten Kriegsführung zu liefern", und es bestehe ein "erhebliches Interesse" daran, "die internationalen Finanzbeziehungen Belgiens unter die Kontrolle der deutschen Verwaltung zu stellen, um zu verhindern, dass die mit Deutschland im Kriege liegenden Staaten Werte irgendwelcher Art aus Belgien an sich ziehen".²⁰

Zur Verwirklichung dieser beiden in engem Zusammenhang stehenden Ziele schlug Helfferich vor, einen deutschen Generalkontrollleur, später als Generalkommissar bezeichnet, zu ernennen. Durch das ihm zu verleihende Recht der Einsichtnahme in den gesamten Geschäftsbetrieb der beaufsichtigten Kreditinstitute und der Reglementierung ihrer Handlungen sollte erreicht werden, daß "die deutsche Verwaltung nicht nur einen vollständigen Einblick in die geschäftlichen Verhältnisse Belgiens gewinnen, sondern auch jeden Abzug von Geld oder anderen Werten irgendwelcher Art nach dem ... feindlichen Ausland nach Möglichkeit verhindern" konnte.²¹

Geradezu beschwörend wirkte der Appell Helfferichs hinsichtlich der Maßnahmen gegen das feindliche Eigentum, nicht über das hinauszugehen, was bis dahin Großbritannien in die Wege geleitet hatte: Die von ihm vorgeschlagene "Organisation (habe) ... den Vorteil", betonte er, "dass Deutschland sich auf das Vorgehen berufen kann, welches die englische Regierung gegenüber den in London ansässigen Filialen deutscher Grossbanken eingeschlagen hat".²² Diese Äußerung war aber nicht etwa Ausdruck eines Skrupels oder Rechtsbewußtseins, sondern hinter ihr verbargen sich eigene Kapitalinteressen: "Angesichts der nach vielen Milliarden Mark sich befindenden Wertpapiere, die als Privateigentum des deutschen Publikums in London ... deponiert sind, ist es wichtig, dass auch von deutscher Seite zu einer Konfiskation des Privateigentums nicht geschritten wird, um den Engländern keine Veranlassung zu

18 Günstig mag sich ausgewirkt haben, daß auch von anderer Seite, beispielsweise vom Gesandten in Kopenhagen, Graf von Brockdorff-Rantzau, auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, Handelssachverständige ins besetzte Belgien zu senden (vgl. ZStA, NL Karl von Lumm 34, Bl. 10 /Bericht 1918/).

19 Vgl. Wende, Frank, a. a. O., S. 22 f.

20 ZStA, RK 2463, Bl. 61.

21 Ebenda, Bl. 62.

22 Ebenda, Bl. 63.

geben, die sehr viel bedeutenderen deutschen Werte, die in London liegen, ihrerseits zu konfiszieren." Noch im gleichen Zusammenhang suchte er einer etwaigen Kritik den Boden zu entziehen, indem er darauf hinwies, daß "innerhalb dessen die Interessen der deutschen Verwaltung und Kriegsführung durchaus wahrgenommen werden können".²³ Das war an die Adresse der Okkupationstruppen gerichtet, die keinen Unterschied zwischen feindlichem staatlichem Eigentum, welches nach der Haager Landkriegsordnung beschlagnahmt werden durfte, und Privateigentum, das ausdrücklich geschützt war, machten.

Beim Einmarsch in Belgien hatten deutsche Truppen die Metall- und Notenbestände der Nationalbank in einigen Städten beschlagnahmt,²⁴ was durchaus der Auffassung der Reichsleitung entsprach. So nannte der Staatssekretär im Reichsamt des Innern in einem Telegramm an den Reichskanzler am 21. August 1914 Zahlen aus dem letzten Ausweis der Nationalbank und schlußfolgerte: Diese Gelder "würden in Brüssel als Hauptsitz der Bank beschlagnahmt und dem Reich zur Einziehung überwiesen werden können, wenn deutsche Militärbehörde die Stadt besetzt hat."²⁵ Die Beute wurde also verteilt, ehe man sie besaß. Nachdem die Leitung der Nationalbank am 12. August telefonisch von einer Beschlagnahme in Hasselt Kenntnis erhalten hatte, erhob der Verwaltungsrat durch Vermittlung des spanischen Gesandten als Vertreter der Schutzmacht Protest beim Reichskanzler sowie beim Oberbefehlshaber der Maas-Armee²⁶. Als dann auch noch bekannt wurde, daß man die Filiale in Lüttich nicht nur geplündert, sondern sogar Beamte gezwungen hatte, halbfertige Noten mit der fehlenden Unterschrift zu versehen und in Umlauf zu geben, beschloß die Banque Nationale de Belgique am 14. August, ihre wichtigsten Werte nach Antwerpen in Sicherheit zu bringen.²⁷ Ebenso befahl der Finanzminister, das Staatsvermögen und das der Caisse Générale d'épargne et de Retraite zu transferieren.²⁸ Noch vor der Einschließung

23 Ebenda.

24 Es wurden folgende Beträge in einzelnen Filialen beschlagnahmt:

Datum	Ort	Betrag in bfs
10. 8. 1914	Lüttich	6 326 761,43
12. 8. 1914	Hasselt	2 020 354,50
22. 8. 1914	Ath	11 700,14
2. 9. 1914	Mons	79 850,86
Ende August	Dinant	76 093,16
Insgesamt		8 514 760,09

(Quelle: ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 19 / Bericht 1918 /).

25 ZStA, RK 2463, Bl. 12. - Anscheinend wurde das Telegramm noch in der vom Staatssekretär genehmigten, spätestens am 20. August geschriebenen Fassung abgesandt, obwohl am 21. August die Nachricht von der Besetzung Brüssels schon bekannt gewesen sein mußte.

26 Vermutlich der Oberbefehlshaber der 1. Armee des Westheeres, in deren Stoßrichtung Hasselt lag, Generaloberst von Kluck.

27 ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 19 (Bericht 1918).

28 Ebenda, Bl. 20.

der Stadt gelang es, den Schatz bei der Bank von England zu deponieren.²⁹ Die Handlungsweise der deutschen Militärs aber stieß auf Kritik von seiten des Finanzkapitals. Sie wurde vom Reichsamt des Innern am 2. September im Ergebnis der Stellungnahmen aller beteiligten Ressorts als Fehler bezeichnet. Das belgische Zentralnoteninstitut gründe sich wie die deutsche Reichsbank auf Privatkapital³⁰ und sei deshalb unantastbar. In einem Telegramm an den Reichskanzler führte der Staatssekretär des Innern unter anderem aus: "Generalstab hat auf Anfrage erklärt, daß ihm Rechtsgrund Beschlagnahme nicht bekannt sei, daß aber Bestände eingezogen werden könnten, weil Nationalbank wie deutsche Reichsbank kein reines Privatinstitut. Hier sind sämtliche beteiligten Ressorts darüber einig, daß belgische Nationalbank Privatbank, mithin Beschlagnahme und Einziehung ihrer Bestände nicht aufrechtzuerhalten. Reichsbank schließt sich dieser Auffassung an und weist darauf hin, daß in Mülhausen³¹ französischer General Kassenbestand dortiger Reichsbankstelle respektiert habe. Gleiches Verfahren haben deutsche Truppen 1870, gegenüber Banque de France eingeschlagen. Eurer Exzellenz darf ich anheimstellen, daß Bestände deutscher Bankfilialen im feindlichen Ausland, insbesondere Bankdepots in England von etwa drei Milliarden im Wege der Vergeltung gleichfalls eingezogen werden."³²

Die Gefahr britischer Gegenmaßnahmen hatte schon Helfferich beschworen, indem er die Reichsleitung auf die bestehende Kräftekonstellation hinwies.³³ Diese vorsichtige Haltung entscheidender Vertreter des deutschen Monopolkapitals war keine Ausnahmeerscheinung. Es handelt sich um eine jener nachdrücklichen Mahnungen³⁴ seitens deutscher Banken bei der Reichsleitung, von einer offiziellen Beschlagnahme feindlichen Privateigentums abzuweichen. Demgegenüber verlangten Protagonisten schwerindustrieller Kreise, wie August Thyssen, sofort den bedingungslosen Zugriff.³⁵ In diesen gegensätzlichen Haltungen fanden die unterschiedlichen Verwertungsbedingungen beider Kapitalformen ihren Ausdruck. Dem industriellen Kapital, das im Reproduktionsprozeß auch das Stadium des Warenkapitals annehmen muß, schien nur die unmittelbare, in einem Rechtstitel gleichsam dingliche Gestalt annehmende Aneignung fremden Gutes zu genügen. Das Bankkapital hingegen vertraute darauf, sich auch hier, bei Ausnutzung der Vorteile durch den Besatzungsstatus, "zunächst über die Geschäftslage der einzelnen Kapitalisten genau zu informieren, dann sie zu kontrollieren, sie durch Erweiterung oder Schmälerung, Erleichterung oder Erschwerung des Kredits zu beeinflussen und schließlich ihr Schicksal restlos zu bestimmen, die Höhe ihrer Einkünfte zu bestimmen, ihnen Kapital zu entziehen oder ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Kapital rasch und in großem Umfang zu erhöhen usw."³⁶

29 Am 26. 8. 1914 beschloß das belgische Staatsministerium die Flucht (vgl. Anholt, Franz, Die deutsche Verwaltung in Belgien, Berlin/Brüssel o. J./1917?/, S. 36). Die Überführung nach England erfolgte in der Zeit vom 30. 8. - 1. 10. 1914. Es handelte sich um Metall und Papiere für rund 4 389 Mio bfs (vgl. ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 27 ff. (Bericht 1918) - hier auch eine detaillierte Aufstellung der einzelnen Werte).

30 Beide Banken waren private Aktiengesellschaften, die aber über staatliche Privilegien verfügten.

31 Die Stadt im Elsaß war vom 8. 8. - 10. 8. 1914 sowie vom 19. 8. - 25. 8. 1914 französisch besetzt.

32 ZStA, RK 2463, Bl. 84/84 Rs. Telegramm des Staatssekretärs an den Reichskanzler Nr. 46.

33 Vgl. ebenda, Bl. 63.

34 Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, a. a. O., S. 145.

35 Gutsche, Willibald, Der Einfluß des Monopolkapitals auf die Entstehung der außenpolitischen Konzeption der Regierung Bethmann Hollweg zu Beginn des Ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 5, Berlin 1971, S. 148.

36 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1972, S. 218.

Die relativ großen Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse ermöglichten der Regierung eine "Politik des Lavierens zwischen deren einflußreichsten Schichten und Strömungen",³⁷ wobei sie sich weit den Positionen des Bankkapitals annäherte.³⁸ Der taktische Rückzug des deutschen Imperialismus in Form der Zwangsverwaltung, der scheinbar das Völkerrecht akzeptierte, aber sich tatsächlich nur graduell von einer Enteignung unterschied, kam jedoch zu spät; Die Brüsseler Filiale schloß am 20. August 1914³⁹, dem Tag der militärischen Besetzung der Stadt. Damit war die Nationalbank, die traditionell auch die Staatskassendienste ausübte, handlungsunfähig geworden. Für die Reichsleitung entstanden ungeahnte Probleme. In allen Planungen war man davon ausgegangen, ein funktionierendes Währungs- und Staatsfinanzsystem, mit dem die Kontributionen einzutreiben wären, zu übernehmen. Auch Helfferich schien es nicht glauben zu wollen, daß die Belgier sich so gegen alle "Spielregeln" verhalten würden. Zwar verwies er darauf, "daß der Barbestand der Banque Nationale de Belgique mindestens zu einem Teil nach Antwerpen, vielleicht sogar nach England abgeführt worden" sei,⁴⁰ kam aber anscheinend nicht auf den Gedanken, daß auch unfertige Noten sowie sogar die Druckklischees mitgenommen sein konnten. Bis zuletzt, bis zur Überprüfung der Antwerpener Filiale sofort nach der Eroberung der Stadt am 10. Oktober 1914⁴¹, hatten die Okkupanten die Hoffnung, daß sich alles noch zu ihren Gunsten entwickeln würde. Die ausgeräumten Tresore belehrten sie eines anderen.

Helfferich hatte sich die Erlangung der vom besetzten Belgien zu erpressenden Kontributionen mit Hilfe des Finanzapparates relativ einfach vorgestellt: "Die einzelnen Kommunen und Provinzen, denen Contributionen auferlegt werden, ... beschließen ... die Ausgabe KURZ-FRISTIGER SCHATZANWEISUNGEN, die von den betreffenden Municipalitäten und Provinzen selbst bei der Banque Nationale de Belgique lombardiert werden. Die Banque Nationale de Belgique zahlt die Valuta in ihren Noten und zwar zu Händen der deutschen Militärverwaltung."⁴²

Um nach diesem Plan zu handeln, mußte das Zentralnoteninstitut natürlich imstande sein, eigene Noten ausgeben zu können. Wengleich im Rahmen der unmittelbaren Kampfhandlungen die sogenannten Feldrequisitionen gang und gäbe waren und oftmals auch keine Requisitionsscheine ausgestellt wurden, brauchte die Besatzungsmacht, sobald wieder "geordnete" Verhältnisse herrschten, Geld, um die Truppen zu versorgen. Hier war ebenfalls nicht etwa der Wille maßgebend, die Haager Landkriegsordnung zumindest im Interesse des internationalen Ansehens des Deutschen Reiches respektieren zu wollen. Noch während

37 Gutsche, Willibald, Probleme des Verhältnisses zwischen Monopolkapital und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges, in: Studien zum deutschen Imperialismus vor 1914, hg. v. Fritz Klein, Berlin 1976, S. 36 = Akademie der Wissenschaften der DDR, Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, Bd. 47.

38 Schon am 31. 8. 1914 entwarf Riezler ein in diesem Sinne gehaltenes Schreiben des Reichskanzlers an August Thyssen, mit dem auf Enteignungsforderungen des Montanindustriellen geantwortet wird (vgl. Gutsche, Willibald, Der Einfluß des Monopolkapitals auf die Entstehung der außenpolitischen Konzeption ..., a. a. O., S. 148).

39 ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 20 (Bericht 1918).

40 Ebenda, Bl. 66.

41 Ebenda, Bl. 67.

42 Der Biograph Franz Reuter schreibt unbegründet diese Idee Hjalmar Schacht zu (vgl. Schacht, Stuttgart/Berlin o. J., S. 25). Erst Wochen, nachdem Helfferich der Reichsleitung sein Memorandum übergeben hatte, befaßte sich Schacht als Mitarbeiter der Bankabteilung mit Besatzungsfragen.

der dem Kriegsausbruch unmittelbar vorangehenden Juli-Krise hatte der Generalstabschef von Moltke ausdrücklich jedwede Bezahlung in einem besetzten Belgien abgelehnt.⁴³ Aber weder mit guten Worten noch mit brutaler Gewalt konnten die Okkupanten, ihren Vorstellungen entsprechend, genügend Güter aus dem Land herauspressen. Einzig legale bare Zahlung vermochte hier Abhilfe zu schaffen.

Die Beschlagnahme feindlichen Staatseigentums sowie eigene Devisenvorräte halfen nur kurze Zeit. Deshalb waren Kontributionen unabdingbar. Die Besatzungstruppen mußten aber die Erfahrung machen, daß in den ersten Wochen des Krieges auferlegte Zahlungen oftmals nicht die erwarteten Beträge brachten,⁴⁴ nicht nur wegen des Widerstandes der Bevölkerung, sondern auch wegen der großen Zahlungsmittelknappheit.⁴⁵

Helfferrich hatte diese Situation vorausgesehen: "Insgesamt wäre ... der Bestand Belgiens an Metallgeld auf rund 400 Millionen Francs zu schätzen. Weitaus der größte Teil ... dürfte einem Zugriff der deutschen Militärverwaltung entzogen sein. ... das in normalen Zeiten in der freien Zirkulation befindliche Geld wird sicher in erheblichem Umfange zurückgehalten oder versteckt ... (Es) müssen also Versuche, größere Contributionen in barem Gelde zu erheben, auf nahezu unübersteigbare Hindernisse stoßen; aber auch soweit solche Versuche durchführbar wären, würden sich aus dem gewaltsamen Herauspressen des baren Geldes für die deutsche Heeresverwaltung selbst große Nachteile ergeben. Ein erheblicher Teil des deutschen Heeres wird voraussichtlich Monate lang aus Belgien seinen Unterhalt ziehen müssen, und dies ist nur möglich, wenn dem occupierten Land die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit erhalten bleibt."⁴⁶

Das Eintreiben von Kontributionen aber war für den deutschen Imperialismus die einzige Möglichkeit, seine auf Unterdrückung und Ausplünderung des fremden Landes ausgerichtete Okkupationspolitik durchführen zu können. Die Praxis der ersten Wochen zeigte, daß auch Zahlung mit eigener Valuta keine Lösung der Probleme brachte. Ob einzelne Soldaten und Offiziere oder Aufkäufer militärischer Dienststellen - alle mußten feststellen, daß deutsches Geld von der Bevölkerung nur ungern und mit einem Disagio genommen wurde.⁴⁷

Um diesem zu begegnen, führte man in der Regel anfänglich Zwangskurse ein, die nicht dem tatsächlichen Austauschverhältnis zwischen den einzelnen Währungen und der deutschen Mark entsprachen, sondern letztere überbewerteten.⁴⁸ Der Versuch, ökonomische Gesetze so zu "überlisten", gelang natürlich nicht. Trotz aller Anstrengungen der Besatzungsbehörden mußte eine Annäherung an die tatsächlichen Paritäten erfolgen. Obwohl eine Verordnung des Generalgouverneurs vom 3. Oktober 1914 nur noch eine minimale Überbewer-

43 Vgl. Erlaß v. Jagows an von Below vom 29. 7. 1914, Entwurf durch von Moltke am 26. 7. 1914, in: Julikrise und Kriegsausbruch 1914, Eine Dokumentensammlung, hg. v. Imanuel Geiss, Bd. 2, Hannover, S. 45, Dok.-Nr. 439.

44 Beispielsweise zahlte von den im September Brüssel auferlegten 50 Mio bfs die Stadt nur 20 Mio. Vgl. Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouverneur in Belgien für die Zeit vom 14. bis 27. September 1914, Berlin 1915, S. 5.

45 Vgl. Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung beim Generalgouverneur in Belgien, Abgeschlossen am 31. Dezember 1917. Nur für den Dienstgebrauch, o. O. 1918, S. 42.

46 ZStA, RK 2463, Bl. 66 f.

47 Zu den hiermit im Zusammenhang stehenden ökonomischen Problemen vgl. Zilch, Reinhold, Grundzüge der finanziellen Besatzungspolitik ..., a. a. O.

48 Vgl. ebenda, S. 70 Anm. 27.

tung der deutschen Mark zugestand, gab es weiterhin große Schwierigkeiten.⁴⁹ Deshalb mußte die Funktionsfähigkeit einer unter deutscher Regie stehenden Emissionsbank hergestellt werden. Nur so war die militärische Besetzung Belgiens als wichtiger Bestandteil der Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus aufrechtzuerhalten, und nur bei Beherrschung des Währungssystems war es möglich, das Land im geplanten Maße auszubeuten.

Eine entscheidende Rolle sollte dabei der von Helfferich vorgesehene Generalkontrolleur spielen. Als Wilhelm II. ihm während der Koblenzer Audienz diesen Posten antrug, lehnte er ab und schlug als Kandidaten einen engen Vertrauten vor, den Geheimen Oberfinanzrat Dr. Karl von Lumm.⁵⁰ Er war als einer der Direktoren bei der Reichsbank ein hervorragender Kenner des deutschen Bankwesens. Darüber hinaus mit den belgischen Verhältnissen gut vertraut, hatte er im März 1908 Gelegenheit gehabt, zur Banque Nationale de Belgique nach Brüssel und Antwerpen zu reisen. Im Bericht an die Reichsleitung wurde damals hervorgehoben, daß den offiziellen Gästen zuvorkommend voller Einblick in die Geschäftstätigkeit gewährt worden war.⁵¹ Derart vorgebildet, schien er für die neue Funktion prädestiniert zu sein. Insbesondere die Regelung der Notenbankfrage gehörte zu jenen Problemen, denen sich der Generalkommissar von Beginn seiner Tätigkeit an widmete.⁵² Mit der "Verordnung, betreffend die Überwachung von Banken und Bankfirmen" vom 18. September 1914⁵³, deren Grundgedanke dem Helfferichschen Plan eines Generalkontrolleurs folgte, hatten die Okkupationsbehörden ein wichtiges Mittel zur umfassenden Kontrolle und Beeinflussung der Wirtschaft auf dem Wege über die Finanzen erhalten, das in den Folgejahren immer weiter vervollkommen wurde.⁵⁴

Es lag nahe, die Banque Nationale de Belgique zu bewegen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Die bis Ende 1914 von den deutschen Behörden hierzu unternommenen Versuche mögen den Eindruck von Hilflosigkeit hervorrufen. Wenngleich in der ersten Zeit viel Ratlosigkeit mitspielte, wußte die Reichsleitung aber in diesem Fall genau, welche Ziele zu verfolgen sind und daß eine mehr oder minder "gütliche Eingung" einem Diktat, das notwendig den Widerstand erhöhen würde, vorzuziehen ist.

49 Mit der Verordnung des Generalgouverneurs vom 3. 10. 1914 wurde im gesamten Verwaltungsgebiet ein Verhältnis von 1 : 1,25 bestimmt - die Münzparität betrug 1 : 1,23457 (vgl. den Wortlaut in Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung ..., a. a. O., Anhang, S. 62; ein Faksimilie findet sich in German Posters in Belgium. Their Value as Evidence. New Texts and Documents, hg. v. Henri Davignon, Edinburgh/New York/Paris 1918, S. 78). - Eine Verordnung vom 15. 11. 1914 wies nochmals ausdrücklich auf die Einhaltung dieser Bestimmung hin (vgl. Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung ..., a. a. O., Anhang, S. 62). - Über Probleme mit den Wollhandelsfirmen in Verviers vgl. u. a. Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouverneur in Belgien für die Zeit vom 30. Oktober bis 13. November 1914, Berlin 1915, S. 9.

50 Lumm, Karl von, Karl Helfferich ..., a. a. O., S. 49 f.

51 Vgl. ZStA, Auswärtiges Amt 2602, Bl. 47 f., Schreiben des Präsidenten des Reichsbankdirektoriums an den Reichskanzler v. 6. 5. 1908 (Hs., Abschrift).

52 Vgl. die Tätigkeits- bzw. Geschäftsberichte in: ZStA, NL Karl von Lumm 10/2.

53 Vgl. den Wortlaut in Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung ..., a. a. O., Anhang, S. 20 f.

54 Wichtige Belege in: ebenda. - Zu den Hintergründen für wichtige Änderungen in der Verwaltungsorganisation vgl. Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, a. a. O., S. 150 f.

Um den Geschäftsbetrieb mit der allmählichen Wiedereröffnung der Filialen wieder aufnehmen zu können, fehlten der Nationalbank jedoch größere Mengen Zahlungsmittel. Da die Emission regulärer Noten nicht möglich war, wurden vom 3. September an sogenannte Comptes-Courants-Noten zum Gesamtbetrag von 160 Millionen bfs in Umlauf gegeben.⁵⁵ Es handelte sich hierbei um ungedecktes Papiergeld. Aber weder die belgische noch die deutsche Seite wollte diese Politik fortsetzen, da die schnelle Entwertung jener Geldzeichen bei einer Zirkulation über die unmittelbaren Bedürfnisse des Verkehrs hinaus unabwendbar war.

Erklärungen der Okkupanten, daß ab sofort die Nationalbank vor weiteren Beschlagnahmen sicher sei,⁵⁶ und auch die Information darüber, daß die widerrechtlich angeeigneten Werte zurückgegeben würden,⁵⁷ bewirkten keinen grundsätzlichen Wandel, zumal noch Jahre vergingen, bis das Versprechen eingelöst wurde⁵⁸. Insbesondere war der sich im Ausland befindliche Schatz der Bank dadurch nicht zurückzuholen.

Die Nationalbank als belgische Staatskasse mußte funktionsfähig werden, um Kontributionen und reguläre Steuern, Abgaben und Zölle eintreiben zu können, die nach der Haager Landkriegsordnung dem Besetzenden zufielen. Zwar konnten die Okkupanten bis Oktober 1914 gewisse Erfolge verzeichnen,⁵⁹ aber erst im Mai 1915, nach der Zustimmung des in Brüssel verbliebenen belgischen Finanzministeriums, nahm sie wieder voll ihre Aufgaben wahr.⁶⁰ Gerade der Umstand, daß die Finanzierung der Kontributionen weitgehend ungeklärt blieb, wurde zu einem mächtigen Stimulator für die Lösung der Notenbankfrage.

Unmittelbar nachdem feststand, daß der Schatz und die Notenklischees des Emissionsinstituts nach London gelangt waren, wurden im Einverständnis mit dem Generalgouverneur nacheinander zwei belgische Delegationen zur Bank von England und zur exilierten Regierung in Le Havre entsandt. Sie hatten den Auftrag, die Herausgabe der Depots zu fordern bzw. bei Verweigerung zu verlangen, daß die Verfügungsgewalt allein beim Direktorium liegt, welches sich beschlußfähig in Brüssel befand.⁶¹

55 Vgl. ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 42 f. (Bericht 1918). - Shepherd, Henry L., The Monetary Experience of Belgium, 1914 - 1936, Princeton/London/Oxford 1936, S. 6, spricht von 200 Mio bfs.

56 Am 25. 8. 1914 erklärte General von Jarotzki als Brüsseler Militärgouverneur der Bank den Schutz in seinem Befehlsbereich, am 28. September informierte der Generalgouverneur alle Dienststellen sowie die Truppenbefehlshaber über den Schutz des Bankeigentums (vgl. ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 25 f. Bericht 1918).

57 Am 25. oder 26. 9. 1914 wurde die Bank darüber informiert, daß Ersatz geleistet wird (vgl. ZStA, NL Karl von Lumm 10/2, Bl. 3. 2. Tätigkeitsbericht des Geheimen Oberfinanzrats Dr. von Lumm für die Abt. II h/21. bis 26. 9. 1914 / Ms.).

58 Das Generalgouvernement und die Reichsleitung hatten erhebliche Widerstände im Kriegsministerium zu überwinden (vgl. ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 26 f. / Bericht 1918/). Im August 1918 waren rund 8,4 Mio bfs zurückgezahlt, der Betrag von 105 900 bfs befand sich noch in der Schwebe (ZStA, Reichswirtschaftsministerium 871, Bl. 87, Tätigkeitsbericht der Bankabteilung bei dem Generalgouverneur in Belgien für die Zeit vom Anfang Februar bis Anfang August 1918 /Nr. 9/, Berlin 1918 /gedr. /).

59 Vgl. Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouverneur in Belgien für die Zeit vom 13. Februar bis 30. April 1915, Berlin 1915, S. 2.

60 Am 9. 10. 1914 wurde ein Vertrag über die Eröffnung eines laufenden Kontos für das Generalgouvernement abgeschlossen (vgl. ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 47 /Wortlaut des Vertrages Bl. 254 - 256 dieser Akte/ /Bericht 1918 /).

61 Vgl. u. a. ebenda, Bl. 49 ff. (Bericht 1918); Shepherd, Henry L., a. a. O., S. 6 f.

Die Aktivität einiger Direktoren der Nationalbank sowie anderer Brüsseler Bankiers⁶² ist als Zeichen dafür zu werten, daß das belgische Großkapital aus Profitstreben heraus zur Kollaboration bereit war. Es wollte der belgischen und unter Umständen auch der englischen Regierung den Schatz entziehen, um zu verhindern, daß er für die Finanzierung der Kriegführung auf seiten der Entente verwandt wurde. Angesichts der Anfangserfolge der deutschen Truppen glaubten die belgischen Bourgeois nicht so recht an den Sieg der eigenen Armeen. Selbst im Falle eines Sieges über Deutschland konnte ihr Staat für absehbare Zeit als Äquivalent nur Zahlungsverprechen mit geringer Verzinsung bieten. Noch ein weiterer Aspekt ist in diesem Zusammenhang anzuführen. Durch die Delegationen bestand für die Brüsseler Hochfinanz die Möglichkeit schneller und direkter Kontakte mit der eigenen Regierung und mit dem internationalen Finanzkapital. Für die Zeit nach dem Krieg konnte in der Weise vorgesorgt werden, daß man die eigene Politik abstimme, damit man später nicht Beschuldigungen über unpatrisches Verhalten ausgesetzt war.

Parallel zu den Versuchen, die Nationalbank umzustimmen, liefen Überlegungen sowohl beim Generalgouvernement als auch bei der deutschen Reichsleitung, was zu tun wäre, wenn ein Mißerfolg eintreten würde. Man war sich darin einig, daß dann eine neue Emissionsbank, das heißt also neues Geld, geschaffen werden müßte. Hjalmar Schacht hatte davon Kenntnis, wengleich er wider besseres Wissen in seinen Memoiren schrieb, daß das nur einer fixen Idee seines damaligen Vorgesetzten, des Chefs der Bankabteilung, Karl von Lumm, entsprang.⁶³

Das Problem durch ungedecktes Papiergeld zu lösen wurde sowohl von deutscher als auch von belgischer Seite abgelehnt.⁶⁴ Die Bourgeoisie in allen Ländern fürchtete damals, daß das Goldwährungssystem zusammenbrechen könnte. Die Angst vor dem Schaden, den eine zerrüttete Währung dem Wirtschaftsleben eines Landes zufügen kann, war bei den Brüsseler Bankiers derart stark, daß nach Aussagen von Lumms das Gespenst einer Papiergeldschwemme die Verhandlungen "einen bedeutsamen Schritt vorwärts"⁶⁵ brachte.

Indiskutabel erschienen der Reichsleitung verschiedentlich geäußerte Forderungen, im besetzten Belgien Reichsbankfilialen zu errichten.⁶⁶ Da ein solches Vorgehen als offene annexionistische Handlung gewertet worden wäre,⁶⁷ hätte man die mühsam durch die Propaganda verbreitete These von einem deutschen Verteidigungskrieg ad absurdum geführt. Das gesamtkausalistische Interesse an einer günstigen öffentlichen Meinung in den neutralen Staaten, wie es auch weitgehend den Vorstellungen des monopolisierten Bankkapitals entsprach, wurde über das Sonderinteresse einzelner Kapitalgruppen gestellt.

Eine Darlehnskasse nach deutschem Muster stieß in Brüssel auf Ablehnung. Als am 16. Oktober 1914 ein entsprechendes Projekt vorgelegt wurde, informierte man die Besatzungs-

62 Vgl. die Namen in: ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 49, 52 (Bericht 1918).

63 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 168 f.

64 ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 67 f. (Bericht 1918); vgl. ZStA, RK 2463/1, Bl. 27 f., Bericht betreffend Organisierung von Handel, Industrie und Landwirtschaft in den dem Generalgouvernement unterstellten Gebieten Belgiens von Herzog Ernst Günther zu Schleswig Holstein (Ms.) (aus dem Großen Hauptquartier) v. 3. 11. 1914.

65 ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 68 (Bericht 1918).

66 Beispielsweise der Generalgouverneur, General von Bissing (vgl. Shepherd, Henry L., a. a. O., S. 7 Anm. 8) und der Präsident der Caisse Générale de Reports et de Dépôts, Dansette (ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 60) / Bericht 1918/.

67 Ebenda, Bl. 61.

behörde darüber, daß seit Kriegsausbruch ein großes Bankenkonsortium zur Stützung der Währung besteht,⁶⁸ dem die Banque Nationale de Belgique vertraglich zugesichert hat, für das Vierfache der Bürgschaftssumme von 100 Millionen bfs Kredit zu geben. Die hierin liegende Möglichkeit eines Arrangements veranlaßte die deutsche Seite, den Darlehnskassenplan erst einmal zurückzustellen,⁶⁹ da ein gegen die einheimischen Banken gerichtetes Vorhaben von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen wäre.⁷⁰ Das Konsortium selbst aber zur neuen Notenbank zu erklären warf komplizierte rechtliche Fragen in den Beziehungen seiner Mitglieder und zum Emissionsinstitut auf und verzögerte das ganze Projekt.⁷¹ Zudem standen "einer in den Augen der Belgier in überwiegend deutschem Interesse geplanten Gründung einer neuen Notenbank privaten Charakters, ganz gleich, ob sie von belgischen oder deutschen Banken oder mit deutschem oder belgischem Kapital ins Leben gerufen worden wäre, ... im wesentlichen dieselben Schwierigkeiten entgegen, die eine Darlehnskasse unter den damaligen Verhältnissen in Belgien unmöglich gemacht hätten."⁷² Das ausgegebene Geld wäre von Beginn an stark diskreditiert gewesen.⁷³ Darüber hinaus konnten die Okkupanten den belgischen Staat nicht zur Haftung für die Noten verpflichten, was große Probleme beim Abschluß eines Friedensvertrages bedeutete. Ferner war es technisch unmöglich, ausreichend schnell ein das ganze Land umspannendes Filialnetz zu errichten und mit dem notwendigen geschulten Personal zu besetzen.

Das Notenprivileg sollte deshalb einer bereits bestehenden großen Bank übertragen werden. Ein deutsches Kreditinstitut schied natürlich aus. Da die Mitarbeiter der Bankabteilung beim Studium der belgischen Wirtschaftsverhältnisse immer wieder auf den Namen der Société Générale de Belgique, der ältesten und größten Bank des Landes, gestoßen waren, fiel die Wahl auf sie. Drei Gründe sprachen dafür; Zum einen war die Gesellschaft schon einmal, während des 19. Jahrhunderts, längere Zeit Emissionsbank gewesen,⁷⁴ zum anderen nahm sie in dem Konsortium die führende Stelle ein⁷⁵ und hatte in dieser Eigenschaft bereits vertragliche Beziehungen zur Nationalbank zwecks Regelung des Geld- und Kreditwesens im Lande. Drittens besaß sie ein bedeutendes Filialnetz.

Die deutschen Behörden brauchten um die grundsätzliche Zustimmung der Société Générale nicht zu kämpfen.⁷⁶ Angesichts der kritischen Finanzlage kam es der Nationalbank und dem Komitee des Konsortiums besonders darauf an, daß die Gesellschaft als Repräsentantin der belgischen Banken Maßnahmen zur Besserung der Situation einleitete. Von Lumm versicherte

68 Ebenda, NL Karl von Lumm 10/2, Bl. 8, Vierter Tätigkeitsbericht des Generalkommissars für die Banken in Belgien, Geheimer Oberfinanzrat Dr. v. Lumm für die Abt. II b (11. bis 20. 10. 1914) (Ms.).

69 Ebenda, Bl. 8/8 Rs.

70 Ebenda, NL Karl von Lumm 37, Bl. 59 (Bericht 1918).

71 Vgl. ebenda, RK 2463/1, Bl. 28, Bericht betreffend Organisierung von Handel, Industrie und Landwirtschaft in den dem Generalgouvernement unterstellten Gebieten Belgiens von Herzog Ernst Günther zu Schleswig Holstein (Ms.) (aus dem Großen Hauptquartier) v. 3. 11. 1914.

72 Ebenda, NL Karl von Lumm 37, Bl. 60 (Bericht 1918).

73 Von Lumm sprach von einer "heftigen Ablehnung" seitens der belgischen Bankiers (ebenda, Bl. 59).

74 Vgl. Le Centenaire de la Société Générale de Belgique 1822 - 1922, Brüssel 1922.

75 Vgl. den Wortlaut des Syndikatsvertrages von Ende Juli 1914 in: ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 246 - 248 (Ms.) (Bericht 1918) sowie die bis zum Ende des Krieges geltende revidierte Fassung vom 25. 1. 1915 (ebenda, Bl. 250 - 253).

76 Ebenda, NL Karl von Lumm 10/2, Bl. 17, 6. Tätigkeitsbericht des Generalkommissars für die Banken in Belgien, Geheimer Ober-Finanzrat Dr. v. Lumm für die Abt. II b (13. 11. - 10. 12. 14) (Ms.).

sie "seiner Bereitwilligkeit, ... in Unterhandlungen zu treten und den ... im Interesse des belgischen Wirtschaftslebens gestellten Wünschen möglichst zu entsprechen."77

Da Anfang November 1914 alle Verhandlungen mit der Bank von England und der exilierten belgischen Regierung gescheitert waren, mußte die Besatzungsmacht handeln. Kurz nach dem 13. November 1914 schrieb von Lumm: "Es dürfte weder aus politischen noch aus wirtschaftlichen Gründen zulässig sein, daß die Deutsche Regierung in Belgien einer Notenbank das Notenprivilegium weiter beläßt, deren Verwaltung hinsichtlich des wichtigsten Teiles ihrer Aktiva und hinsichtlich der Notenpresse der freien Verfügung beraubt und von der Gnade der ehemaligen belgischen und damit indirekt der englischen Regierung abhängig ist."78

Während der Generalkommissar selbst am 13. November zur mündlichen Berichterstattung zum stellvertretenden Reichskanzler fuhr, begab sich nochmals eine Delegation belgischer Bankiers nach Le Havre zum Finanzministerium.79

Die Reichsleitung gab von Lumm freie Hand, die Entscheidung gemäß den Verhandlungsergebnissen in Frankreich zu gestalten. Ist die "Mission ergebnislos, so könnte der Frage einer Errichtung einer neuen Notenbank nähergetreten werden, falls die Privatbanken geneigt sind, die notwendigen Garantien für ein solches Institut zu übernehmen. Die Erteilung des Notenprivilegs würde zweckmäßigerweise davon abhängig gemacht werden, daß sich die neue Bank verpflichtet, die in Belgien von der deutschen Regierung erhobenen oder noch zu erhebenden Kontributionen zu finanzieren."80

Natürlich ging die im Ausland befindliche belgische Regierung nicht auf den Erpressungsversuch des deutschen Imperialismus ein. Wie angekündigt, wurde daraufhin der Banque Nationale de Belgique das Notenprivileg Anfang Dezember 1914 entzogen. Obwohl diese und andere führende Banken davon unterrichtet wurden, zögerte man die Veröffentlichung jedoch noch hinaus. Die Verhandlungen mit der Société Générale sollten nicht unter Zeitdruck stehen, da ein offensichtliches "Vakuum im Notenrecht" zusätzliche Probleme geschaffen hätte.81 Am 19. Dezember 1914 endlich konnte der Verwaltungschef beim Generalgouverneur, von Sandt, dem Reichskanzler melden, daß eine Einigung erreicht worden und die "Angelegenheit damit erledigt" sei.82 Rechtlich fixiert wurden die neuen Verhältnisse in einer Verordnung vom 22. Dezember 1914.83

77 Ebenda, NL Karl von Lumm 37, Bl. 56 (Bericht 1918).

78 Ebenda, NL Karl von Lumm 10/2, Bl. 11, 5. Tätigkeitsbericht des Generalkommissars für die Banken in Belgien. Geheimer Oberfinanzrat Dr. v. Lumm für die Abt. II b (20. 10. - 13. 11. 14) (Ms.).

79 Ebenda.

80 Ebenda, Bl. 11 f.

81 Vgl. Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouverneur in Belgien für die Zeit vom 14. November bis 13. Dezember 1914, Berlin 1915, S. 14.

82 ZStA, RK 2463/1, Bl. 67, Telegramm (Ms.).

83 Verordnung, betreffend Verleihung des Notenprivilegs an die Société Générale de Belgique an Stelle der Belgischen Nationalbank, Gesetz- und Verordnungsblatt, S. 81. - Eine Bekanntmachung des Generalgouverneurs vom gleichen Tag (ebenda, S. 82) erläuterte aus deutscher Sicht die Sachlage.

Die Ausgabe der Banknoten sollte durch ein gesondertes, neu zu schaffendes Notendepartement erfolgen, "dessen Geschäfte von den übrigen ... der Bank vollkommen zu trennen" sind.⁸⁴ Diese Konstruktion ermöglichte der Société Générale die Wahrung einer weitestgehenden Distanz gegenüber der von ihr übernommenen Aufgabe, den Okkupanten zu Geld und damit zum notwendigen Rüstzeug für eine effektive Ausplünderung des Landes zu verhelfen, und die Abwehr sowohl weiteren offenen Terrors als auch ökonomisch negativ wirkender Projekte. Das Direktorium war sich durchaus des Widerspruchs bewußt und bemüht, durch befürwortende Voten einer möglichst großen Zahl maßgeblicher Vertreter des Finanzkapitals seine Handlungsweise sanktionieren zu lassen. Während es ihm dabei in erster Linie darum ging nicht der Kollaboration angeklagt zu werden, bedeutete dies für das Generalgouvernement die Schaffung günstigerer Bedingungen zur Durchsetzung der Okkupationspolitik. Deshalb erhielt Bankpräsident Jadot auch die Möglichkeit, nach Le Havre zu reisen. Die von der belgischen Regierung erhaltene Zustimmung reichte der Bank aber anscheinend nicht aus. Ohne Wissen der deutschen Behörden fand eine Beratung der in Brüssel anwesenden Minister, Senatoren, Vertreter der Kammern, der Nationalbank sowie der Privatbanken⁸⁵ statt, ehe man am 18. November 1914 von Lumm ein entsprechendes Angebot unterbreitete.⁸⁶

In dem Statut des Notendepartements⁸⁷ war festgelegt, daß Scheine nur gegen eine primäre Deckung in Gold, deutschem Metall- oder Papiergeld oder bankmäßigen Auslandsguthaben sowie einiger weniger anderer Werte bis zum dreifachen Betrag ausgegeben werden durften.⁸⁸ Mangels Masse bildeten deutsches Geld und Guthaben in Deutschland von Anfang an den Hauptanteil.⁸⁹ Die belgische Kriegswährung war daher auf der deutschen aufgebaut und eng mit ihr verbunden - alle inflationären Einflüsse übertrugen sich. Die Emission erfolgte zudem nach den Bedürfnissen der Okkupanten und nicht nach den Anforderungen der belgischen Volkswirtschaft: Zirkulationsprozeß und Umlauf des Zirkulationsmittels korrespondierten nur bedingt. Da aber die Übertragung inflationärer Effekte aus einem Währungssystem in ein anderes immer mit gewissen zeitlichen Verzögerungen verbunden ist und sie anfänglich auch nur gering waren, erschien dies als nebensächlich. Entscheidend war, die Notenbankfrage im besetzten Belgien gelöst zu haben.

Unter Anspannung aller Kräfte wurden am 8. Januar 1915 die ersten neuen Noten von der Druckerei an die Société Générale de Belgique geliefert.⁹⁰ Damit hatte der deutsche Imperialismus ein entscheidendes Problem seiner Besatzungspolitik in Belgien beseitigt. Jetzt war es ihm möglich, fast in der Art und Weise wie beabsichtigt und unter Zurücksetzung gewisser brutaler Formen außerökonomischen Zwanges in der wirtschaftlichen

84 Ebenda.

85 Vgl. die Namen in Le Centenaire ..., a. a. O., S. 167 Anm.

86 ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 65 (Bericht 1918).

87 Verordnung, betreffend Vorschriften über die Ausgabe von Banknoten durch die Société Générale de Belgique (Statut des Notendepartements) vom 9. 1. 1915, Gesetz- und Verordnungsblatt, S. 104. Der französische Text der Dienstanweisung in: ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 269 - 278.

88 Von belgischer Seite war anfänglich geplant gewesen, die Deckung nur erstens in den Anlagen, die mit den neuen Noten erworben werden, zweitens den sonstigen Aktiven der Société Générale und drittens denen der Nationalbank bestehen zu lassen (ebenda, Bl. 67), de facto also nahezu ungedecktes Geld auszugeben. Um den inflationistischen Charakter der Emission nicht so offensichtlich werden zu lassen, wurde von deutscher Seite auf eine Veränderung hingewirkt (ebenda, Bl. 79 ff.).

89 Vgl. Einführung in die Tätigkeit der Bankabteilung ..., a. a. O., S. 23.

90 Zu den technischen Details der Notenherstellung vgl. ZStA, NL Karl von Lumm 37, Bl. 99 ff.

Ausnutzung und Ausplünderung des Landes fortzuführen. Die anfänglich unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten zeugen einerseits davon, daß zu Beginn des Weltkrieges die Einführung einer Besatzungswährung durchaus nicht zu den Prämissen deutscher Okkupationspolitik gehörte, und andererseits von den begrenzten Möglichkeiten des imperialistischen Systems, in entscheidenden Fragen relativ schnell auf veränderte Bedingungen zu reagieren und sich ihnen anpassen zu können.

Sowohl die Entstehung der Konzeption als auch die Realisierung der finanziellen Besatzungspolitik in Belgien im Jahre 1914 zeigen deutlich das Zusammenspiel von Staat und Monopolen im Sinne staatsmonopolistischer Tendenzen.

Die Differenzen zwischen der Gruppe der Industriebourgeoisie, speziell montanmonopolistischer Prägung, und der Gruppe des monopolisierten Bankkapitals waren taktischer Natur. Da die Vorstellungen des Bankkapitals, die in den vorgelegten Memoranden Helfferichs ihren Ausdruck fanden, in starkem Maße im Einklang mit den gesamtkapitalistischen Interessen standen, wurden sie von der Reichsleitung realisiert. Als eine Besonderheit ist hervorzuheben, daß sich der dem Imperialismus immanente Wesenszug des Staatsmonopolismus als unabhängig von der konkret-historischen militärpolitischen Konstellation erwies und es durchaus "über die Schützengräben hinweg" zur Allianz des belgischen Finanzkapitals mit dem deutschen Besatzungsapparat kam. Hiervon ausgehend, bedarf es aber noch weiterer Untersuchungen derart, in welchem Maße die Handlungsweise beider Seiten durch objektiv wirkende ökonomische Faktoren bzw. die Bereitschaft zur Zusammenarbeit im gemeinsamen Interesse der Profitsicherung motiviert wurde. Im Selbstverständnis führender Monopolisten wie des Deutschen Helfferich schien es Anfang des Krieges undenkbar, das geht aus beiden Memoranden hervor, daß sich die feindliche Bourgeoisie einer gewissen Zusammenarbeit entziehen würde. Dem Belgier Jadot hingegen gelang es, indem er die negativen Folgen einer vom Deutschen Reich in allen Fragen diktierten Besatzungspolitik Vertretern der Hochfinanz seines Landes darlegte, von ihnen die Bereitschaft zur Kollaboration oder wenigstens zu deren Tolerierung zu erlangen.

Dokument 1¹

Kontrolle über Geldbewegung und Banken

Belgien ist in Bezug auf das Finanz- und Bankwesen stark international durchsetzt; Neben den grossen belgischen Banken, die in Anlage 1 verzeichnet sind, und die neben dem heimischen Geschäft in grösserem² Umfang internationale Geschäfte betreiben, bestehen in Belgien zahlreiche und bedeutende Niederlassungen ausländischer Grossbanken. (Anlage 2)

Nachdem die deutschen Truppen das Gebiet des belgischen Staates und dessen Hauptstadt besetzt haben, besteht ein erhebliches Interesse daran und liegt gleichzeitig die Möglichkeit vor, die internationalen Finanzbeziehungen Belgiens unter die Kontrolle der deutschen Verwaltung zu stellen, um zu verhindern, dass die mit Deutschland im Kriege liegenden Staaten Werte irgendwelcher Art aus Belgien an sich ziehen.

Auf der anderen Seite ist es im Interesse unserer Streitkräfte, das Wirtschaftsleben Belgiens soweit im Gange zu halten, dass es in der Lage ist, die in Belgien stehende deutsche Armee zu unterhalten und womöglich Beiträge zu den Kosten der gesamten Kriegsführung zu liefern.

Diese beiden wichtigen Interessen lassen sich durch die nachstehend umrissene Organisation vereinigen:

Die Banken und Finanzinstitute Belgiens, auch die belgischen Filialen der Banken der mit uns kriegführenden Staaten, werden einem GENERALKONTROLLEUR, der von der deutschen Verwaltung eingesetzt wird, unterstellt.

Dieser Generalkontrolleur hat das Recht der unbedingten Aufsicht über alle geschäftlichen Transaktionen der einer³ Kontrolle unterstellten Institute; er kann in den Geschäftsgang durch Untersagen von Transaktionen irgendwelcher Art eingreifen, wo immer das im Interesse der deutschen Verwaltung Belgiens und der deutschen Kriegsführung erforderlich erscheint.

Insbesondere steht dem Generalkontrolleur das Recht der Einsicht in alle Bücher, Korrespondenzen und Akten etc. zu, sowie das Recht, alle Barzahlungen u. Aushändigung von Werten oder Dokumenten irgendwelcher Art der von ihm⁴ kontrollierten Institute zu genehmigen oder zu verbieten.

Unter dieser Kontrolle bleibt den belgischen Banken die Fortsetzung ihrer Geschäftstätigkeit immerhalb des Rahmens ihrer Statuten und der von dem Generalkontrolleur zu treffenden Bestimmungen gestattet. Dagegen wird den Filialen derjenigen ausländischen Banken, die in den mit uns kriegführenden Ländern ihren Hauptsitz haben, der Abschluss neuer Geschäfte nur in soweit gestattet, als solche nach dem freien Ermessen des Generalkontrolleurs zur Abwicklung bereits abgeschlossener Geschäfte erforderlich sind.

1 Die Interpunktion der beiden Dokumente wurde nicht verändert.

2 Im Original: "grösseren".

3 Im Original: "deiner", mit Bleistift korrigiert.

4 Im Original: "im".

Ein nach Durchführung der Liquidation dieser auswärtigen Bankfilialen etwa verbleibender Ueberschuss ist bis nach Beendigung des Krieges bei dem Generalkontrollleur oder bei der von ihm zu bezeichnenden Stelle zu hinterlegen.

Zur Durchführung dieser Massnahmen wird dem Generalkontrollleur der erforderliche **Stab** von Hilfskräften zur Verfügung gestellt; insbesondere wird für jedes belgische Geldinstitut, sowie für jede Filiale derjenigen ausländischen Banken, die in den mit uns kriegführenden Staaten ihren Hauptsitz haben, je ein Specialkontrollleur ernannt, auf den der Generalkontrollleur seine Befugnisse übertragen kann.

Durch diese Organisation wird die deutsche Verwaltung nicht nur einen vollständigen Einblick in die geschäftlichen Verhältnisse Belgiens gewinnen, sondern auch jeden Abzug von Geld oder anderen Werten irgendwelcher Art nach dem uns feindlichen Ausland nach Möglichkeit verhindern.

Diese Organisation hat ferner den Vorteil, dass Deutschland sich auf das Vorgehen berufen kann, welches die englische Regierung gegenüber den in London ansässigen Filialen deutscher Grossbanken eingeschlagen hat. Auch die englische Regierung hat sich bisher einer Konfiskation von Privateigentum enthalten und sich darauf beschränkt, Präventivmassregeln⁵ der oben skizzierten Art zu treffen.

Angesichts der nach vielen Milliarden Mark sich beziffernden Wertpapiere, die als Privateigentum des deutschen Publikums in London bei den dortigen Filialen deutscher Banken und auch bei englischen Banken deponiert sind, ist es wichtig, dass auch von deutscher Seite zu einer Konfiskation des Privateigentums nicht geschritten wird, um den Engländern keine Veranlassung zu geben, die sehr viel bedeutenderen deutschen Werte, die in London liegen, ihrerseits zu konfiscieren. Jede derartige Veranlassung fällt fort, wenn Deutschland sich in dem durch die Massnahmen der englischen Regierung gegebenen Rahmen hält, innerhalb dessen die Interessen der deutschen Verwaltung und Kriegsführung durchaus wahrgenommen werden können.

Coblenz, den 28. August 1914⁶

gez. Helfferich

⁵ So im Original.

⁶ Der Eingangsvermerk der Reichskanzlei verzeichnet den 30. August. Bis Anfang September wurde der Vorgang mehrfach vorgelegt.

Anlage 1.

BELGISCHE Banken.

1914

Gesamt-
Aktienkapital Reserven
in Milliarden Francs

Banque Nationale de Belgique	50,0	41,2
Banque d'Outremer	40,0	9,98
Crédit Anversois	35,0	5,46
Société Générale	32,8	67,16
Banque Internationale de Bruxelles	25,0	2,25
Banque de l'Union Anversois	20,0	2,00
Caisse générale de Reports et de Dépôts	20,0	20,25
Banque Centrale Anversoise	18,0	9,265
Crédit Foncier de Belgique	15,0	3,83
Banque d'Anvers	25,0	19,2

Anlage 2.

AUSLAENDISCHE⁷ BANKEN

- London & River Plate Bank, Ltd.
- Canadian Bank (Titel ungenau)
- Banque Internationale de Commerce à St. Petersburg
- Crédit Lyonnais
- Comptoir National d'Escompte de Paris
- Banque de Paris et des Pays-Bas
- Société Française de Banque et de Dépôts

⁷ Im Original: "AUSLAENDISCH".

Methode der Einziehung der Contributionen in Belgien

...

Insgesamt wäre also der Bestand Belgiens an Metallgeld auf rund 400 Millionen Francs zu schätzen. Weitaus der größte Teil dieses Metallgeldbestandes dürfte einem Zugriff der deutschen Militärverwaltung entzogen sein. Es ist anzunehmen, daß der Barbestand der Banque Nationale de Belgique mindestens zu einem Teil nach Antwerpen, vielleicht sogar nach England abgeführt worden ist; das in normalen Zeiten in der freien Zirkulation befindliche Geld wird sicher in erheblichem Umfange zurückgehalten oder versteckt und verteilt sich im übrigen auf so zahlreiche Kanäle, daß nur unter erheblichen Schwierigkeiten größere Beträge aus dem Verkehr gezogen werden könnten.

II.

Infolge dieser Umstände müssen also Versuche, größere Contributionen in barem Gelde zu erheben, auf nahezu unübersteigbare Hindernisse stoßen; aber auch soweit solche Versuche durchführbar wären würden sich aus dem gewaltsamen Herauspressen des baren Geldes für die deutsche Heeresverwaltung selbst große Nachteile ergeben. Ein erheblicher Teil des deutschen Heeres wird voraussichtlich Monate lang aus Belgien seinen Unterhalt ziehen müssen und dies ist nur möglich, wenn dem⁸ occupierten Land die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit erhalten bleibt.

Für die deutsche Heeresverwaltung genügt es durchaus, wenn sie die Contributionen in Geldzeichen erhält, die in Belgien gesetzliche Zahlungsmittel sind; also, neben Gold und Silber, in Noten der Banque Nationale de Belgique; aber auch in Form von Noten wird sich im Wege der direkten Einziehung bei den Privatleuten in den gegenwärtigen Zeiten kein irgendwie erheblicher Betrag erzielen lassen. Die Kassenbestände der einzelnen Personen und Unternehmungen sind relativ gering. Die Zeitverhältnisse machen es dem einzelnen unmöglich, Werte irgendwelcher Art behufs Beschaffung von Zahlungsmitteln zu realisieren. Zwangsexekutionen würden eine große Verwirrung des wirtschaftlichen Lebens und eine starke Zerstörung aller Werte zur Folge haben, ohne ein befriedigendes Ergebnis zu liefern.

Bei dieser Sachlage scheint die in Folgendem dargestellte Methode empfehlenswert:

Die einzelnen Communen und Provinzen, denen Contributionen auferlegt werden, verzichten für den Augenblick darauf, den Betrag dieser Contributionen von den Steuerpflichtigen direkt einzuziehen. Statt dessen beschließen sie die Ausgabe KURZFRISTIGER SCHATZANWEISUNGEN, die von den betreffenden Municipalitäten und Provinzen selbst bei der Banque Nationale de Belgique lombardiert werden. Die Banque Nationale de Belgique zahlt die Valuta in ihren Noten und zwar zu Händen der deutschen Militärverwaltung.

⁸ Im Original: "im", handschriftlich korrigiert.

Diese Methode ist nach den Statuten der Banque Nationale de Belgique einwandfrei. Die Summe, für welche die genannte Bank Lombarddarlehen auf belgischen Schatzanweisungen geben darf, ist im Statut nicht begrenzt, während für die DISKONTIERUNG von Schatzscheinen ein Höchstbetrag von 20 Millionen Francs vorgesehen ist.

Die Lombardvorschüsse können von der Banque Nationale de Belgique für vier Monate gegeben werden und diese Frist kann einmal verlängert werden; eine weitere Verlängerung ist nur zulässig aufgrund einer von dem Verwaltungsrat der Banque Nationale de Belgique zu gebenden speziellen Autorisation. Eine solche Autorisation wäre natürlich, wenn es erforderlich sein sollte, jederzeit erreichbar.

Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Belehnung nicht höher sein darf, als $\frac{4}{5}$ des Kurswertes der belehnten Effekten.

...

Der hier vorgeschlagene Weg erspart der deutschen Verwaltung Belgien jeden unmittelbaren Eingriff in die Besteuerungsverhältnisse und jede weitere Sorge um die Einziehung der Contributionsbeträge. ... Die Banque Nationale de Belgique, deren Notenzirkulation durch das vorgeschlagene System der Contributionserhebung während der Dauer des Krieges eine bedeutende Steigerung erfahren wird, kommt durch die Zurückzahlung der den Städten und Provinzen gewährten Lombarddarlehen in die Lage, ihren Notenumlauf wieder⁹ auf ein normales Maß zurückzuführen.

Der vorgeschlagene Weg entspricht also ebenso sehr den Interessen der deutschen Heeresverwaltung an einem glatten und vollständigen Eingang der ausgeschriebenen Contributions, wie den Interessen der belgischen Communen und Steuerzahler an der größtmöglichen Erleichterung der ihnen aufzuerlegenden großen Lasten.

COBLENZ, den 29. August 1914.

gez. Dr. Helfferich

⁹ Im Original verstümmelt.

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus

(15. Januar 1980 in Berlin)

Die Teilnahme von über hundert Vertretern der Betriebsgeschichtskommissionen ehemaliger SAG-Betriebe, der Bezirks- und Kreisleitungen der SED sowie wissenschaftlicher Institutionen bestätigte, daß die Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR mit dem Thema ihres zweiten Kolloquiums einem besonderen Bedürfnis entsprochen hat.

In seinem Referat "SAG-Betriebe - Schulen des Sozialismus" befaßte sich Wolfgang Mühlfriedel (Jena) mit den politischen und wirtschaftspolitischen Grundlagen für das Entstehen des staatlichen sowjetischen Eigentums in der sowjetischen Besatzungszone und dessen rechtlicher Ausgestaltung. In der Geschichte der SAG-Betriebe unterschied er drei Etappen:

1. die Konstituierung der SAG von März 1946 bis Sommer 1948,
2. die Herausbildung der sozialistischen Produktionsweise in den SAG vom Sommer 1948 bis Oktober 1949,
3. die volle Ausbildung der sozialistischen Produktionsweise in den SAG von Oktober 1949 bis zur Übergabe der letzten Betriebe an die DDR Ende 1953.

Ausführlich ging er auf einige Aspekte der Entwicklung der SAG-Betriebe in der ersten Etappe ein, vor allem

1. auf den Aufbau des Planungssystems und die Herausbildung des Produktionsprogramms der SAG,
2. auf die verschiedenen Wege der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den SAG,
3. auf die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den SAG.

Dabei zeigte Mühlfriedel die Bedeutung der von der sowjetischen Verwaltung getroffenen Maßnahmen für den ideologischen Reifeprozess der deutschen Werktätigen in den SAG. Er hob insbesondere den Beitrag der SAG-Betriebe zur Formierung der sozialistischen Volkswirtschaft der DDR hervor.

Die anschließende Diskussion ergänzte die Ausführungen Mühlfriedels und machte auf Probleme und Forschungslücken aufmerksam. Methodische Hinweise wurden vor allem für die Behandlung der Zeit der sowjetischen Verwaltung in den Betriebsgeschichten ehemaliger SAG-Betriebe gegeben.

Heinz Domeinski (Erfurt) wies darauf hin, daß sich die bisherigen Darstellungen zur Geschichte der SAG-Betriebe auf deren Rolle als Schulen der sozialistischen Wirtschaftsführung und des proletarischen Internationalismus, auf deren Bedeutung für die ökonomischen Ausgangsbedingungen der sozialistischen Revolution in der DDR konzentrieren. Es gelte jedoch, die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der SED, in den

SAG-Betrieben deutlicher herauszuarbeiten. Ebenfalls sei es notwendig, das Zusammenwirken der sowjetischen Generaldirektionen mit den Parteiorganisationen und den anderen gesellschaftlichen Kräften in den Betrieben eingehender zu untersuchen, um zu zeigen, wie sie gemeinsam den Klassenkampf gegen Konzernvertreter im Betrieb, gegen imperialistische Embargopolitik und andere Störversuche geführt haben. Außerdem müßten die Forschungen über die Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung hinausgehen und die Periode des sozialistischen Aufbaus in der DDR einbeziehen.

Das gemeinsame Handeln, welches auch ein gegenseitiges Vermitteln von Erfahrungen, ein Prozeß der Qualifizierung der Leitungskader war, wurde von Ruth Stellmacher (Halle-Neustadt) anschaulich dargestellt. Dabei seien die ideologischen Auseinandersetzungen, der Kampf gegen Konzernverbindungen und Konzernideologie, in den einzelnen SAG-Betrieben unterschiedlich gewesen und hätten zum Teil erst Anfang der sechziger Jahre ihren Abschluß gefunden.

Mit den Beziehungen zwischen den SAG-Betrieben und der volkseigenen Wirtschaft, den SAG und dem jeweils umliegenden Territorium befaßten sich mehrere Beiträge (Gido Graehn und Hartmut Mehls, beide Berlin, sowie Hans Otto Gericke, Magdeburg). Mehls legte dar, daß der fortgeschrittene Entwicklungsstand in den SAG auf den verschiedensten Gebieten aufgrund der kooperativen Beziehungen auf die volkseigenen Betriebe einwirkte. Neben den ökonomischen habe es sich vor allem um ideologische Einwirkungen gehandelt. Über den Erfahrungsaustausch der Parteiorganisationen seien wichtige Ergebnisse der politischen Arbeit in den SAG durch die Kreisleitungen der SED auf andere Betriebe des Territoriums übertragen worden. Die gelegentlich in betriebsgeschichtlichen Darstellungen noch anzutreffende Herauslösung des Zeitabschnittes der "SAG-Zeit" aus der allgemeinen Periodisierung wurde von Gericke abgelehnt, weil damit der Zusammenhang mit den historischen Prozessen im entsprechenden Territorium verloren gehe. Er regte vergleichende Untersuchungen an zu Inhalt, Umfang und Führung des Wettbewerbs in den SAG und den volkseigenen Betrieben eines Territoriums.

Mit Beispielen aus Berliner SAG-Betrieben ergänzten Mehls und Graehn die Ausführungen Mühlfriedels über den Wert, den die sowjetischen Generaldirektoren der Schaffung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen beimaßen. Den Arbeitern den Unterschied zwischen den Beziehungen der kameradschaftlichen Unterstützung und gegenseitigen Hilfe in den sozialistischen Betrieben und der kapitalistischen Ausbeutung sichtbar zu machen hatte Mehls zufolge besondere Bedeutung angesichts der Probleme, die sich aus der fehlenden nationalen Identität zwischen den Eigentümern an den Produktionsmitteln und den mit diesen Produktionsmitteln arbeitenden Produzenten für die Herausbildung des Eigentümerbewußtseins ergaben. Darauf dürfe sich die Darstellung jedoch nicht reduzieren, wenn es darum ginge, das Wachstum des in den SAG-Betrieben tätigen Teils der Arbeiterklasse als Klasse insgesamt zu zeigen, meinte Mehls. Dazu gehöre auch die Untersuchung aller anderen Seiten wie die des ideologischen Reifegrades und der kulturellen Prozesse.

Mehrfach wurde die Quellenlage als ungünstig bezeichnet; das Archivgut der SAG-Betriebe ist lückenhaft, die Bestände der übergeordneten wirtschaftsleitenden Organe stehen der Betriebsgeschichtsforschung nicht zur Verfügung. Am Beispiel der Erarbeitung der Betriebsgeschichte des Schwermaschinenbaukombinats "Karl Liebknecht" Magdeburg erläuterte Gericke, welche Quellen erfolgreich herangezogen wurden. Neben den Beständen des Bezirksparteiarchivs und des Staatsarchivs bot ab Mitte 1948 die Bezirkspresse viel Material. Lücken wurden durch Erinnerungsberichte und Interviews geschlossen.

Referat und Diskussion des Kolloquiums vermittelten eine Reihe von Anregungen, die Geschichte der SAG umfassender zu untersuchen. Dazu kann die Darstellung in Betriebsgeschichten ehemaliger SAG-Betriebe einen Beitrag leisten.

Karlheinz Kuba

Der Bauer als historische Kategorie

(12. bis 14. September 1979 in Weimar)

Die vierte wissenschaftliche Konferenz der Fachkommission Agrargeschichte behandelte die historische Kategorie "Bauer" in drei Komplexen: in der Epoche des Feudalismus, in der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus und in der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

Das Thema geht auf eine Anregung von Gerhard Heitz zurück, der die Frage aufgeworfen hatte, welche Gruppe der landwirtschaftlichen Produzenten unter dem Begriff "Bauer" in den einzelnen Gesellschaftsformationen zu verstehen und welchen Veränderungen sie in den verschiedenen Gesellschaftsformationen unterworfen ist. Vorbereitet wurde die Konferenz durch ein im Juni 1978 in Rostock durchgeführtes Kolloquium der Forschungsgruppe Agrargeschichte der Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität. Auf diesem Kolloquium war eine erste Selbstverständigung erfolgt, welche Faktoren für eine Begriffsbestimmung des Bauern in den Gesellschaftsformationen des Feudalismus und des Kapitalismus zu beachten bzw. zu untersuchen sind. Mit der Konferenz in Weimar sollte der erreichte Stand fixiert und eine Zusammenfassung des von verschiedenen Gesichtspunkten her betrachteten Bauernbegriffes vorgenommen sowie eine Grundlage für die empirische Forschung geschaffen werden.

An der Konferenz nahmen ungefähr sechzig Historiker, Museologen, Archivare und auch Geschichtslehrer teil. Zu den ausländischen Teilnehmern gehörten Enn Tarvel vom Institut für Geschichte der Akademie der Estnischen SSR in Tallinn und die ungarischen Agrarhistoriker István Orosz und Janos Barta von der Lajos-Kossuth-Universität Debrecen. Eröffnet wurde die Konferenz von Rudolf Berthold (Berlin), dem Vorsitzenden der Fachkommission, der in seinen einleitenden Worten die Notwendigkeit begründete, die soziale Kategorie des Bauern in ihrer historischen Determiniertheit zu fassen und abzugrenzen. Das erste Hauptreferat "Bauernschaft und bäuerliche Schichten im vollentfalteten Feudalismus" trug Ernst Münch (Rostock) vor. Er ging davon aus, daß für die historisch-materialistische Untersuchung der sozialökonomischen Gesellschaftsformation des Feudalismus die Geschichte seiner ausgebeuteten Hauptklasse, der feudalabhängigen Bauernschaft, von grundlegender Bedeutung ist. Zugleich wies er auf die Kompliziertheit dieser Aufgabe hin, die einerseits mit jener Erscheinung zusammenhängt, die als Differenziertheit und Differenzierung der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse bezeichnet wird, und andererseits mit der notwendigen Abgrenzung dieser Klasse gegenüber anderen Klassen und Schichten nicht nur innerhalb der feudalen Formation, sondern auch im Verhältnis zu anderen Formationen, da die Bauernschaft als soziale Kategorie in verschiedenen Formationen ihren Platz hat.

Münch konzentrierte sich in seinen Überlegungen auf das 11. bis 15. Jahrhundert, weil er die ausgebeutete Hauptklasse des Feudalismus in der Phase seiner vollen Entfaltung analysieren wollte und diese Epoche in der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR

bisher vernachlässigt wurde. Die Spezifik des vollentfalteten Feudalismus beachtend, die Bauernschaft sei entsprechend der Bedeutung der Ständeeinteilung - im Gegensatz zum Frühfeudalismus - sowohl im theoretischen Verständnis als auch in der gesellschaftlichen Praxis durchaus als Gesamtheit aufzufassen, stellte Münch die Frage, ob nicht der Begriff des Standes die adäquate Kategorie für die zu behandelnde Problematik ist. Er beantwortete sie dann selbst dahingehend, daß das, was die Quellen als "Bauernstand" oder dessen einzelne Gruppen offerieren, für eine soziale Klasse charakteristisch ist und damit die Verwendung des Standesbegriffes als primär wissenschaftliche Kategorie ausscheidet. Diese Tatsache führt nach Münch dazu, daß die bürgerliche Historiographie zunehmend in ein Dilemma gerät, wenn sie versucht, die Gesellschaft des Feudalismus zu analysieren und dabei die grundlegende Klassenstruktur ignoriert. Münch wies darauf hin, daß in den von bürgerlichen Historikern vorgenommenen Analysen der Sozialstruktur des Feudalismus nicht selten die Erarbeitung einer Konzeption gegen die historisch-materialistische Betrachtungsweise eine Rolle spielt. So reiche die Skala der bürgerlichen Auffassungen von Gruppen- bzw. Schichtenbildung bis hin zur Zerfaserung dieser Bauernschaft in eine Vielzahl kleinerer Klassen, wobei derartige Klassenbegriffe mit der marxistischen Kategorie der sozialen Klasse kaum mehr als den Namen gemeinsam haben.

Von den Aussagen der Klassiker ausgehend, versuchte Münch dann einige charakteristische Züge der bäuerlichen Klasse im Feudalismus herauszustellen. Er sieht diese in folgendem: Die Klasse der feudalabhängigen Bauern umfaßt die Masse der in der Landwirtschaft tätigen unmittelbaren Produzenten, deren Verhältnis zum Hauptproduktionsmittel, dem Grund und Boden, durch die Dialektik von Ober- und Untereigentum geregelt erscheint. Mit dieser Dialektik von Ober- und Untereigentum hängt einerseits die wirtschaftliche Selbständigkeit der Feudalbauern und andererseits ihre Ausbeutung durch die Feudalherren als Obereigentümer des Bodens in Form der feudalen Grundrente zusammen. Gleichzeitig überlagern und durchdringen die Ausbeutungsverhältnisse die verschiedenen Formen und Ebenen genossenschaftlicher Bindungen der Bauern in ihren differenzierten Schichten und stehen ihnen gegenüber.

An drei grundlegenden Merkmalen will Münch also die Zugehörigkeit zur Klasse der feudalabhängigen Bauernschaft gemessen sehen; Erstens an der Stellung als unmittelbarer, ökonomisch relativ selbständiger landwirtschaftlicher Produzent; zweitens an der feudal strukturierten, durch verschiedene Gradstufen persönlicher Abhängigkeit geprägten, Verbindung zum Hauptproduktionsmittel; drittens an der Bindung zu den dörflichen Genossenschaften.

Münch machte darauf aufmerksam, daß es sich um einen Komplex von Charakteristika handelt, die sich teilweise bedingen und nur im Zusammenhang betrachtet werden können. Den Kern der Klasse der Feudalbauern - so führte er aus - auf den diese Grundmerkmale zutreffen, kann man in sozialer Hinsicht relativ leicht einordnen. Probleme ergäben sich erst angesichts der charakteristischen Differenzierung der feudalabhängigen Bauern, die oftmals die Zugehörigkeit zur Klasse in Frage stellen.

Die Ursache dafür sieht Münch in Formen der Differenzierung, die zum einen auf den Platz des Feudalismus in der Formationsfolge und zum anderen auf die neben den mittleren Schichten bestehenden Ober- und Unterschichten der feudalabhängigen Klasse zurückgehen. Er warnte aber davor, nun in Extreme zu verfallen. Keineswegs dürften alle landwirtschaftlichen Produzenten in die Klasse der Feudalbauern subsumiert werden. In diesem Zusammenhang sieht er Übergangsformen und -schichten nicht unbedingt als Notlösung oder Mangel der theoretischen Durchdringung der feudalen Realität an, sondern als Möglichkeit, die Vielfalt feudaler Verhältnisse zu fassen. Dies dürfe jedoch auch nicht dazu verleiten, in der feudalabhängigen Bauernklasse nicht mehr den Kern der landwirtschaftlichen Produzenten zu sehen, da - wie schon die Klassiker feststellten - die kleine bäuerliche Wirtschaft neben dem Handwerksbetrieb die Basis der feudalen Produktionsweise bildete.

Aus dieser Problematik heraus entwickelte Münch die interessante These der Dialektik von Einheitlichkeit und Differenziertheit der Klasse der Feudalbauern im vollentfalteten Feudalismus. Nach seiner Auffassung erreichte die Ausprägung ihrer Qualität als Klasse in Gestalt ihrer prinzipiellen Einheitlichkeit trotz aller vorhandener Differenziertheit einen oder sogar den Höhepunkt in ihrer Geschichte. Er machte dafür die schon erwähnte, in den Quellen deutlich sich abzeichnende zeitgenössische Auffassung von der eigenständigen Gesamtheit der Bauern als Stand geltend und hob die in dieser Phase nicht mehr nur gegebene Abgrenzung gegenüber dem Feudaladel, sondern auch gegenüber dem sich entwickelnden städtischen Bereich sowie eine sich herausbildende gewisse bäuerliche Ideologie hervor. Dem stände die beträchtliche Differenziertheit der Bauern im entwickelten Feudalismus nicht entgegen, denn für diesen Zeitraum dominierten die Differenzierungsprozesse innerhalb der feudalabhängigen bäuerlichen Klasse gegenüber den Differenzierungsprozessen, die in die Klasse hinein oder aus ihr heraus führten, wie das im Früh- bzw. Spätfudalismus der Fall gewesen sei. Auch eine mögliche Rekrutierung von Stadtbewohnern in jener Zeit erfolgte nach Münch wohl nicht aus den "klassischen" Angehörigen der Feudalbauernklasse, sondern aus jenen Schichten, deren Zugehörigkeit zur feudalbäuerlichen Klasse von vornherein fraglich war. So trage dieser Prozeß nicht zur Schwächung, sondern im Gegenteil zur Vertiefung der prinzipiellen Einheitlichkeit der Klasse der Feudalbauern bei. Zahl und Rolle der im Laufe des Feudalismus deutlicher hervortretenden landarmen und landlosen Dorfbewohner will er dabei nicht überbewertet wissen. Ferner hätten bäuerlicher Widerstand und Klassenkampf dazu geführt, die Einheit der Klasse zu festigen, was sich beispielsweise in einer Vereinheitlichung des Rechtsstandes verschiedener Schichten der Bauernschaft gezeigt habe.

Wie Münch bemerkte, schritt im Ergebnis bestimmter Verbesserungen der Lage der Feudalbauernschaft die Besitzgrößendifferenzierung voran. Diese Differenzierung und die damit verbundene häufige Veränderung der Größe der bäuerlichen Normalwirtschaft machte er dafür verantwortlich, daß einheitliche Größenangaben für eine bäuerliche Wirtschaft in quantitativer Hinsicht nicht existieren. So könnten auch keine konkreten und generellen Größenangaben zur Abgrenzung zwischen oberen, mittleren und unteren Schichten der Feudalbauernklasse erarbeitet werden. Quellenmäßig gut erfassen ließen sich dagegen die bäuerlichen Oberschichten, deren Besitzeinheiten, wie zum Beispiel die der bayerischen Meier, einen Hof (zwei Hufen) umfaßten, während die mittleren und unteren bäuerlichen Schichten nur über Teile dieser Besitzeinheiten verfügten. Münch betonte abschließend, im behandelten Zeitraum hätten die Besitzgrößendifferenzierung wie auch die errungenen Verbesserungen hinsichtlich der Rechtsstellung primär zum massenhaften Ausscheiden von Teilen der feudalen Bauern aus der Klasse der Feudalbauernschaft geführt.

Enn Tarvel (Tallinn) sprach über "Die soziale Differenzierung der Bauernschaft in Estland in der Feudalzeit". Er betonte einleitend, daß er die Differenzierung der Bauernschaft als einen sozialen Prozeß faßt, weil die Bestandteile der Bauernklasse sowohl nach ihrer wirtschaftlichen als auch rechtlichen Lage und ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln, vor allem dem Grund und Boden, zu differenzieren sind. Tarvel begann seinen Überblick über den Differenzierungsprozeß der estnischen Bauernschaft mit dem Anfang des 13. Jahrhunderts, den noch frühfeudalen Elementen, und setzte ihn bis zu dem Beginn des 19. Jahrhunderts, der Entstehung kapitalistischer Elemente, fort. In seinen Ausführungen über die soziale Entwicklung der Bauernschaft Estlands während der Feudalzeit behandelte er zwei Haupttendenzen, die er für mehrere Länder - für Rußland und in gewissem Maße auch für ostelbische Gebiete - als charakteristisch bezeichnete. Die eine von ihnen sei eine andauernde Unifizierungstendenz; die bisherigen Bauernschichten schmelzen zusammen, die rechtlichen Unterschiede und die wirtschaftlichen Grenzen zwischen den Gruppen verschwinden. Die andere Tendenz, mit dem 19. Jahrhundert beginnend, sei das Entstehen einer neuen Klasseneinteilung, die Herausbildung der plebejisch-vorproletarischen Schichten und der künftigen Dorfbourgeoisie.

Renate Schilling (Rostock) stellte in ihrem Beitrag "Der Bauernbegriff in Gebieten extremer Gutsherrschaft" die Frage, inwieweit die Gutsherrschaft auf die begriffliche und wirtschaftliche Definition "Bauer" eingewirkt hat. Bei der Beantwortung dieser Frage stützte sie sich auf eine Analyse der ökonomischen Struktur in Schwedisch-Pommern am Ende des 17. Jahrhunderts, die sie anhand der Matrikelkarten von 1692 bis 1698 vorgenommen hatte. Schilling kam zu folgenden Feststellungen: In Schwedisch-Pommern - einem Gebiet extremer Gutswirtschaft - gab es im gesamten Zeitraum drei bäuerliche Schichten, die Kossaten bis zu 10 Morgen Land, die Halbbauern von 11 bis 20 Morgen Land und die Vollbauern 21 bis 120 Morgen Land sowie, deutlich getrennt, die Landarmen. Aufgrund der Größeneinteilung läßt sich nach Schilling eine vierte Schicht der Bauern vermuten, nämlich die der größeren Bauern von 60 bis 120 Morgen. Unter der Kategorie "Bauer" sind die Halb- und Vollbauern zu fassen, wobei die Vollbauern die zahlenmäßig und wirtschaftlich bedeutendste Schicht bildeten. Davon ausgehend kam sie zu der Schlußfolgerung, daß einerseits die Ausprägung der extremen Gutswirtschaft in Schwedisch-Pommern die begriffliche Vielfalt der Bauern verschwinden ließ und die Größendifferenzierung innerhalb der drei bäuerlichen Schichten weitgehend eingeschränkt wurde, obwohl sie größer war als die begriffliche. Als Ursache dafür nannte sie den hohen Grad der Belastung der bäuerlichen Wirtschaften durch die Arbeitsrente. Andererseits sind nach Schilling die Dominanz der Vollbauern und ihre wirtschaftliche Stabilität Ausdruck dafür, daß es den Gutsherrn gelungen war, sich eine stabile Schicht solcher Bauern zu schaffen, die den hohen Belastungen standhielten und als Grundlage der Fronwirtschaft anzusehen sind.

Über "Das Bauernbild im Feudalismus in volkskundlicher Sicht" sprach Ulrich Bentzin (Rostock). Seine Ausführungen zeigen, wie wertvoll es ist, die volkskundliche Forschung in die Diskussion über die Bestimmung der historischen Kategorie "Bauer" einzubeziehen. Er erläuterte, daß ein Volkskundler natürlicherweise den Bauern unter dem Aspekt der bäuerlichen Kultur betrachtet. Mit der vollen Entfaltung der feudalen Gesellschaftsordnung habe sich die Kultur und Lebensweise der feudalabhängigen Bauernschaft im antagonistischen Gegensatz zur Feudalkultur, aber auch in weitgehender Überwindung ur- und frühgeschichtlicher Relikte herausgebildet. Dazu gehörten der landwirtschaftliche Gerätefundus nebst den wichtigsten Feldsystemen und Nutzungsarten der Haustierhaltung, die Haupttypen des Bauernhauses, die Dorf- und Flurformen ebenso wie die Formen der dorfgemeinschaftlichen Lebensweise und der Volksdichtung. Bentzin wies darauf hin, daß sozialökonomische und territorial-staatlich bedingte Differenzen nicht zu übersehen sind und daß der Agrardualismus auch hier sein Abbild findet. Habe die Volkskunde also wegen der Regionalität einerseits keine homogene bäuerliche Kultur im Feudalismus angetroffen, so mache sich andererseits die innere Differenzierung der Klasse der Feudalbauern bemerkbar. Ein Vollbauer habe nicht nur andere wirtschaftliche, sondern auch andere kulturelle Möglichkeiten als ein Kossat oder Brinksitzer gehabt. Dennoch - hob Bentzin hervor - wurde kulturell so manches realisiert, was ökonomisch unmöglich erscheint, vor allem spielt der kulturelle Gesamtcharakter einer Region eine bedeutende Rolle, was nicht heißt, daß ein Volkskundler einen Bauern mit einem Knecht gleichsetzt, aber der Knecht ist Teilhaber der bäuerlichen Kultur, ja selbst die Tagelöhner partizipieren. Aus diesen Gegebenheiten heraus stellte er fest, daß trotz aller sozialökonomischer und regionaler Unterschiede für die unmittelbaren Agrarproduzenten im Feudalismus die Volkskunde den Oberbegriff "Bauer" als akzeptabel betrachtet, wenn er auch meistens adjektivisch in Form der Bezeichnung "bäuerliche Kultur" verwendet wird.

Der Komplex "Bauer im Feudalismus" wurde durch eine Diskussion abgeschlossen, in der sich elf Teilnehmer zu Wort meldeten. Im Mittelpunkt standen drei Problembereiche: Erstens wurde der von Münch gewählte theoretische Ansatzpunkt bestätigt, zweitens auf weitere, in die Untersuchung der historischen Kategorie "Bauer" einzubeziehende Faktoren und Untersuchungsmethoden aufmerksam gemacht und drittens wurde versucht, eine Definition des "Bauern" zu geben.

Heinz Blaschke (Dresden) nahm eine Abgrenzung dafür, wer kein "Bauer" im Feudalismus ist, in drei Richtungen vor; zum Adel, zum Ackerbürger und zu den unterbäuerlichen Schichten. Für die Definition "Bauer" wollte er drei Bereiche herangezogen sehen; die Wirtschaftlichen, die Verfassungs- und Sozialordnung und die Lebensweise.

Adolf Laube (Berlin) schlug vor, die für die Begriffsbestimmung des Bürgertums in eingehender Diskussion erarbeiteten Kriterien als theoretisches Instrumentarium analog auf den Bauern anzuwenden. Er forderte klare begriffliche Unterscheidungsmerkmale und die Beachtung der Rolle der Zwischenschichten.

Werner Deich (Leipzig) wies auf den Einfluß des Staates auf die Sozialstruktur hin, der für die Kategorisierung berücksichtigt werden sollte.

Gerhard Heitz (Rostock) erläuterte, daß die Möglichkeit der Abgrenzung auch eine chronologische Schichtung hat und der terminologische Konservatismus in der Quelle zu beachten ist. Davon ausgehend bekräftigte er die von Epperlein schon mehrfach angeregte Einbeziehung philologischer Untersuchungen.

Siegfried Epperlein (Berlin) hob in dieser Diskussion hervor, daß es wichtig ist, die Ergebnisse der internationalen Forschung mit einzubeziehen und gleichsam die Untersuchung auch im internationalen Rahmen zu führen.

Das Problem, daß gleiche Begriffe verschiedene Inhalte ausdrücken und umgekehrt der gleiche Inhalt durch verschiedene Begriffe wiedergegeben wird, warf Heinz Pannach (Leipzig) auf. Er regte dazu an, die Untersuchungen bürgerlicher Ökonomen und Historiker des 19. Jahrhunderts für die behandelte Problematik stärker heranzuziehen.

Klaus Vetter (Berlin) versuchte, eine Definition für die Kategorie "Bauer" in allen Formationen zu geben. Nach seiner Auffassung ist ein "Bauer" ein unmittelbarer Produzent, der soviel Produktionsmittel besitzt, um sich und seine Familie zu ernähren, was vorwiegend auf agrarische Weise realisiert wird.

Dieser Vorschlag rief Widerspruch hervor. Jan Šořta (Bautzen) wandte ein, daß hier die Hauptkriterien Lohnarbeit für den Kapitalismus sowie feudales Grundeigentum und ausserökonomischer Zwang für den Feudalismus unberücksichtigt blieben, die jedoch für eine Definition unbedingt einzubeziehen sind.

Berthold stimmte Vetter darin zu, das Produktionsvolumen als generelles Kriterium für richtig zu halten, aber nur als Ausgangspunkt, dem andere Faktoren zugeordnet werden müssen, da sonst eine Differenzierung der Bauernschaft nicht möglich ist. Auch dürfen nach seiner Meinung die Randgruppen nicht ausgespart bleiben. Harnisch lehnte den Vorschlag Veters ebenfalls als zu eng gefaßt ab.

Die rege Diskussion beendete Münch, indem er für die Hinweise dankte, aber gleichzeitig bemerkte, daß viele der hier aufgeworfenen Fragen, die noch zu untersuchen sind, den zeitlichen Rahmen seiner Thematik überschreiten bzw. den Spätfudalismus betreffen.

Dann wurde die Konferenz mit dem Rahmenthema für die Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus fortgesetzt. Hanna Haack (Rostock) referierte zu "Schichten und Gruppen der Bauern in Gutsdörfern und im Domanium Mecklenburgs in der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus". Sie stellte auf der Grundlage umfangreichen Quellenmaterials fest, daß die Sozialstruktur Mecklenburg-Schwerins im Prozeß der Herausbildung und Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft erheblichen Veränderungen unterlag. Im domanialen Bereich sei eine relativ starke bäuerliche Schicht erhalten geblieben, die über die Verpachtung zunehmend in die kapitalistische Marktwirtschaft einbezogen wurde. Mit dem Fortschreiten des kapitalistischen Differenzierungsprozesses haben sich die neuen sozialen Gruppen des Dorfes profiliert, deren Ansätze bei den Büdnern und Tagelöhnern bis in die Epoche des Spätfudalismus zu verfolgen seien.

Die sozialen Gruppen der Häusler, Tagelöhner, auch der größere Teil des Landhandwerks sowie des Gesindes haben mit Ausnahmen und mit Besonderheiten das Landproletariat gebildet. Im Bereich der Ritterschaft war die Sozialstruktur nach den Untersuchungen Haacks weitaus geringer differenziert. Einerseits haben sich die Junkerwirtschaften entwickelt und andererseits habe es neben den wenigen Bauern und Kossaten die Masse der arbeitenden Bevölkerung, die Tagelöhner sowie das Gesinde und einige Landhandwerker gegeben. Haack betonte abschließend, daß es für die weitere Forschung angebracht ist, den Unterschieden nachzuspüren, die sich aus einer differenzierten Ausprägung der vom Wesen her gleichen Produktionsverhältnisse ergeben.

Hartmut Harnisch (Berlin) wandte sich in seinem Beitrag "Von der homogenen Feudalbauernschaft zur kapitalistisch differenzierten Bauernschaft" dem Problem der Differenzierung der Bauernschaft am Vorabend der bürgerlichen Agrarreformen zu. Er kam zu dem Ergebnis, daß in Gebieten der ausgeprägten Gutsherrschaft bis zu den Agrarreformen hin sich die sozialökonomische Lage der ländlichen Bevölkerung, ob Bauer, Kossät, Büdner, Tagelöhner oder Knecht, im großen und ganzen ähnelte. Ein ganz anderes Bild stelle sich in der Magdeburger Börde dar, wo es eine einheitliche bäuerliche Bevölkerung nicht mehr gab. Hier befanden sich die großen Bauern - obwohl noch im feudalen Abhängigkeitsverhältnis stehend und feudal ausgebeutet - in einer besseren sozialökonomischen Lage als die Bauern im Gebiet der strengen Gutsherrschaft. Äußerlich signifikantester Unterschied zwischen den Bauern in der Börde und denen der Gutsherrschaft sei das Reineinkommen gewesen, für das Harnisch folgende Faktoren als bestimmend ansah:

1. die Landausstattung, die Bodenqualität und die Marktlage;
2. die Rechtsqualität des Bauernlandes und die feudalherrlichen Abschöpfungen, einerseits durch lokale Feudalgewalten, andererseits durch den feudalen Staat;
3. der wirtschaftselgene Verbrauch wie Lohn oder Saatgut;
4. die Einnahmen aus Nebenbeschäftigungen (zum Beispiel Lohnfuhren).

Nach Harnisch ist der Ausgangspunkt für die Bestimmung des bäuerlichen Reineinkommens der Teil der Überschußproduktion und der Einnahmen aus dem Nebenerwerb, der nicht in die Feudalrente einging. Von einer gewissen Betriebsgröße an sei dieser Reingewinn nur noch mit familienfremden Arbeitskräften zu erzielen gewesen; es habe also Ausbeutung stattgefunden; In dem Maße, wie in der Bauernwirtschaft Ausbeutungsverhältnisse entstanden, habe auch die Differenzierung der Bauernschaft begonnen. Harnisch warf am Ende seiner Ausführungen die Frage auf, ob ein Zusammenhang bestehe zwischen dem Grad der Differenzierung der Bauernschaft am Vorabend der Reformen und dem Tempo sowie der Konsequenz, mit denen die Agrarreformen durchgeführt wurden.

Rudolf Berthold sprach über "Die bäuerlichen Schichten in statistischer Sicht während der preußischen Agrarreformen". Er wies auf zwei Probleme bezüglich der Themenstellung hin; Zum einen bestehen in unserer Forschung gegenteilige Auffassungen über den zeitlichen Abschluß der Reformen, und zum anderen haben wir keine genaue Kenntnis darüber, welche bäuerlichen Schichten es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegeben hat.

Die preußische Regierung habe in zeitlicher Hinsicht nebeneinander drei verschiedene Systeme zur statistischen Erfassung der Dorfbewölkerung bzw. von Teilen derselben benutzt; Das erste System zog als Kriterium zur Gruppenbildung die rechtliche Qualität des Landes in der Dorfflur und die Stellung in der sozialen Hierarchie heran. Zu den Bauern gehörten danach die Inhaber der Bauerngüter oder Ackernahrungen; das waren die Schichten der Voll-, Dreiviertel-, Halb-, Viertel- und Spitzspänner.

Dieses erste System, das - so Berthold - völlig der Sozialschichtung des spätfudalen Dorfes entsprach, konnte aber die durch die Agrarreformen bewirkten Veränderungen nicht mehr erfassen bzw. widerspiegeln. Das zweite System unterschied nach dem Kriterium

der Anspannung, was nach Berthold nicht unproblematisch war. Dieses Kriterium der Anspannung, das nach Bauern- und Kleinstellen unterschied, förderte die Auseinandersetzungen um die untere Flächengrenze eines Bauern. Nachweisungen erbrachten, daß die Wirtschaften der preußischen Bauern in der Reformperiode 7,5 Hektar und mehr umfaßten. Das dritte System schließlich basierte, wie Berthold hervorhob, auf ökonomisch-quantitativen Vorstellungen der damaligen Statistiker und gruppierte nach der Fläche. Berthold stellte fest, daß die preußische Statistik bereits im Jahre 1816 die nichtbevorrechteten dörflichen Grundbesitzer in drei Größenklassen nach der Fläche erfaßte. In diesen drei Größenklassen ließen sich die vier großen Gruppen der dörflichen Landbesitzer erkennen, die Häusler mit Landbesitz und die Kossäten bis 3,75 Hektar, die gespannhaltenden Bauernwirtschaften von 3,75 bis 75 Hektar und die Frei- und Schulzengüter über 75 Hektar. Die tatsächliche Sozialschichtung wurde aber erst durch die weitere Differenzierung der Größenklassen deutlich, und zwar bis 1,25 Hektar, 1,25 Hektar bis 7,5 Hektar, 7,5 Hektar bis 75 Hektar, 75 Hektar bis 150 Hektar und über 150 Hektar. Diese Gruppierung ließ die neuen sozialen Gruppen des kapitalistischen Dorfes erkennen, die sich herausbildenden Klein-, Mittel- und Großbauern. Als Bauernwirtschaften wurden Betriebe von 7,5 bis 75 Hektar bezeichnet. Gegen die obere Grenze meldete Berthold Bedenken an. Er stellte abschließend fest, daß die Herausbildung der kapitalistischen Bauernwirtschaft das Ergebnis eines sozialen Umbildungsprozesses war, in dessen Verlauf der Differenzierungsprozeß eine abgeleitete Erscheinung der primären Transformierung war.

Im Folgenden schloß sich der von Janos Barta und István Orosz (beide Debrecen) erarbeitete Beitrag "Die Umwandlung des Begriffes 'Bauer' in Ungarn zur Zeit des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus" an. In den mittelalterlichen Quellen Ungarns würden am häufigsten diejenigen Bewohner, die unter der Macht der Feudalherren lebten und zur Rentenzahlung verpflichtet waren, mit dem ungarischen Wort "Jobbagy" bezeichnet, dem die lateinischen Bezeichnungen "lobagio", "rusticus", "villanus" entsprachen. Dieser Begriff bringe trotz der vorhandenen Vermögensschichtung die bestehende Einheit der Leibeigenen-Hörigen-Klasse zum Ausdruck. Begründet sei diese Einheit dadurch, daß die Bauern nicht Besitzer ihres Bodens, sondern nur Nutzer waren, unter gutsherrlicher Gerichtsbarkeit lebten und Renten zahlen mußten. Die Autoren stellten fest, daß mit der Bauernbefreiung des Jahres 1848 die kapitalistische Differenzierung des Bauerntums einsetzte und die Auflösung des Bauerntums begann. Es wurde eine Trennlinie innerhalb des Bauerntums zwischen dem Grundbesitzer-Bauern und dem besitzlosen Bauern gezogen. Im Ergebnis dieses Prozesses änderte sich der Begriff des Bauerntums, der einerseits eingeeengt, andererseits erweitert wurde. In das Bauerntum eingegliedert wurden die Bodenbesitzer-Schichten mit besonderer Rechtslage, also jene, die keine Leibeigenen waren, und diejenigen Kleinadligen, die in den letzten Jahrzehnten des Feudalismus auf bäuerliche Weise lebten und nicht reicher als die Besitz-Bauern waren. Aus dem Bauerntum schieden dagegen die Leibeigenen ohne Bodenbesitz aus. Im Resümee des Vortrages wurde deutlich, daß die Umwandlung des Bauernebegriffes in Ungarn in der Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus von der Auflösung der alten Formen des Bodenbesitzes nicht zu trennen ist.

In der sich anschließenden Diskussion brachte Blaschke zum Ausdruck, daß es hinsichtlich der Differenzierung der Bauernschaft im Feudalismus und im Kapitalismus Unterschiede gibt. Während sie im Feudalismus qualitativer Art sei, erfolge sie im Kapitalismus nach quantitativen Faktoren. Er löste damit eine heftige Debatte über die Wertigkeit qualitativer und quantitativer Faktoren für die Begriffsbestimmung des Bauern in beiden Gesellschaftsformationen aus, in deren Verlauf sich Deich, Berthold, Harnisch, Pannach, Müller und Heitz gegen die Gefahr einer Schematisierung aussprachen. Sie belegten mit Beispielen, daß sowohl qualitative als auch quantitative Faktoren in beiden Gesellschaftsformationen im Differenzierungsprozeß wirksam und für seinen Verlauf bedeutsam waren.

Einen anderen Schwerpunkt bildeten erneut Fragen der Arbeitsmethoden und die für die Begriffsbestimmung zu beachtenden weiteren Kriterien. Hans-Heinrich Müller (Berlin) regte eine Katalogisierung des Begriffs "Bauern" in qualitativer und quantitativer Hinsicht an, um einen Vergleich im nationalen und internationalen Rahmen zu ermöglichen.

Heltz empfahl, für die Erarbeitung der Kategorie einheitliche Arbeitsbegriffe einzuführen. In den Diskussionen zur Differenzierung dürften die Sonderfälle, die in den Quellen auftreten, nicht überbewertet werden, vor allem sei der Normalfall, das heißt der Kern der Klasse, entscheidend. Deich warf die Frage nach der Selbstbezeichnung der Bauern auf. Im Ergebnis der Diskussion zeigte sich aber, daß die Selbstbezeichnung zwar zu beachten sei, jedoch das entscheidende Kriterium für die Begriffsbestimmung des Bauern die sozialökonomischen Faktoren bilden. Die Diskussion schloß Wolfgang Jacobeit (Berlin) ab, indem er die Bedeutung der Konferenz für die Volkskunde betonte und als Fazit für die volkswissenschaftliche Forschung die differenziertere Betrachtung der bäuerlichen Kultur und Lebensweise ansah.

Der dritte Tagungskomplex, der Fragen der Kategorie "Bauer" im Kapitalismus gewidmet war, wurde durch das Hauptreferat "Bauernschaft und soziale Schichten des Dorfes im Kapitalismus" von Ilona Ballwanz (Rostock) eingeleitet. Sie sah eine Aufgabe ihres Referates darin, Kriterien herauszuarbeiten, die es ermöglichen, die Kategorie "Bauer" von den anderen sozialen Schichten des Dorfes abzugrenzen und deren Stellung im Gesamtsystem des Kapitalismus zu bestimmen,

Den Ausgangspunkt ihrer Betrachtungen bildeten die Erkenntnisse der Klassiker, daß sich mit der Durchsetzung des Kapitalismus in der Landwirtschaft die im Feudalismus als Grundklasse bestehende Klasse der Bauern in Klein-, Mittel- und Großbauern differenziert und den Charakter einer einheitlichen Klasse verliert. Daraus leitete Ballwanz folgende Fragen ab: erstens, ob die Bauern in der kapitalistischen Gesellschaft als selbständige Klasse, das heißt als Haupt- oder Nebenklasse, weiter existieren; zweitens, ob sich die Klasse der Bauern auflöst und ihre Gruppen in andere dem Kapitalismus eigene Klassen eingehen; und drittens, ob die Bauern Teil einer neuen Klasse werden.

Unter diesen Fragestellungen betrachtete sie dann die zeitgenössische Literatur und die Lexika. Dabei kam sie zu dem Ergebnis, daß in den gebräuchlichen Begriffsbestimmungen nichts ausgesagt wird über die soziale Einordnung und Stellung des Bauern sowie über soziale Gruppierungen innerhalb der Bauernschaft. Ebenso fehlen sozialökonomische Kennziffern hinsichtlich des Umfangs eines bäuerlichen Betriebes. Die Bauern werden als Stand betrachtet und so bewußt als eine besondere Gruppierung in der Gesellschaft bewertet, der Eigenständigkeit offeriert wurde, um sie aus den Klassenauseinandersetzungen herauszuhalten und sie in Widerspruch zum Proletariat zu stellen. Sie wies darauf hin, daß als einer der wenigen bürgerlichen Autoren Gerhard Albrecht im Jahre 1927 die soziale Differenzierung der Bauernschaft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen erfaßte. Aber auch bei Albrecht schwächt die berufsständische Einheit alle sozialen Unterschiede wieder ab. Im Ergebnis der von Ballwanz vorgenommenen Analyse der Werke der Klassiker und der marxistischen Literatur reduziert sich der Begriff "Bauer" in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf die werktätigen Bauern. Unterschiedliche Auffassungen gebe es dagegen über die Stellung der werktätigen Bauern innerhalb der Klassenstruktur. Offen blieben auch die sozialen und ökonomischen Kennziffern des werktätigen Bauern. Ballwanz versuchte dann hinsichtlich der sozialen und ökonomischen Stellung der werktätigen Bauern im Rahmen der einfachen Warenproduktion, die bekanntlich im Kapitalismus noch eine bedeutsame Rolle spielt, methodisch zur notwendigen Klarheit in der Definition des Bauernbegriffes zu kommen. Sie stellte auf der Grundlage der Reichsstatistik fest, daß in der kapitalistischen Landwirtschaft des Deutschen Reiches zwischen 1871 und 1917 Betriebe von 2 bis 20 Hektar dem Sektor der einfachen Warenproduktion angehörten, so daß als Bauern im Ka-

pitalismus die Klein- und Mittelbauern, die sogenannten werktätigen Bauern, zu fassen sind. Aufgrund ihrer Stellung als einfache Warenproduzenten ordnete Ballwanz die werktätigen Bauern im Unterschied zu Berthold, der die Bauern als eine Nebenklasse der kapitalistischen Gesellschaft bezeichnet, in die Klasse des Kleinbürgertums ein, in der die werktätigen Bauern infolge der abgeleiteten Klassenmerkmale eine soziale Gruppe bilden. Ballwanz machte darauf aufmerksam, daß die Gruppe der landwirtschaftlichen Produzenten, die als Bauern zu bezeichnen sind, im Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft Veränderungen unterworfen ist. Während es in der Epoche der Durchsetzung des Kapitalismus zu einer Verengung der als Bauern zu bezeichnenden Gruppe komme, ließen Erscheinungen der jüngsten Entwicklungsstufe des Kapitalismus auf eine Ausweitung dieser Gruppe schließen. Daraus resultiere die Problematik der Allgemeingültigkeit einer Definition des Bauern im Kapitalismus. Die Bezeichnungen "Bauer" und "Bauernschaft" sind unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen Sammelbegriffe, hinter denen sich - wie Ballwanz nachwies - die Zugehörigkeit zu verschiedenen Klassen verbirgt. Davon ausgehend machte sie einen Vorschlag zur begrifflichen Klärung: Die Gesamtheit der bisher als Bauern bezeichneten Personen sollten landwirtschaftliche Produzenten oder Betriebsinhaber genannt werden. Vom werktätigen Bauern sollte man sprechen, wenn es um die Gruppen geht, die aufgrund ihrer sozialökonomischen Stellung eigentliche "Bauern" und Bündnispartner der Arbeiterklasse sind. Und als kapitalistische Großbauern und Agrarkapitalisten sollten die kapitalistisch wirtschaftenden Produzenten bezeichnet werden.

Nach der Kennzeichnung und Einordnung der werktätigen Bauern rundete Ballwanz mit einer Betrachtung der anderen sozialen Gruppen und ihrer zahlenmäßigen Entwicklung das Bild der ländlichen Sozialstruktur im Kapitalismus ab. Sie wies nach, daß die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung in die Klassen der kapitalistischen Gesellschaft integriert ist, wobei sie, Lenin folgend, die Landarbeiter mit Landanteil und die Inhaber der Parzellenbetriebe als eigenständige Gruppe - Halbproletarier oder proletarische Randgruppen - aus der Arbeiterklasse herauslöste.

Die Analyse der Sozialstruktur des Dorfes im Deutschen Reich zwischen 1882 und 1907, die von Ballwanz auf der Grundlage der Reichsstatistik von 1881, 1895 und 1907 vorgenommen wurde, zeigte, daß es nicht die typische kapitalistische Klassenstruktur aufwies. Hier dominierten das Kleinbürgertum, die Halbproletarier und proletarischen Randgruppen. Ballwanz sah darin einerseits das Ergebnis des preußischen Weges der Entwicklung des Kapitalismus und der damit verbundenen überholten Betriebsgrößenstruktur in der deutschen Landwirtschaft. Außerdem machte sie darauf aufmerksam, daß der größte Anteil des Hauptproduktionsmittels Boden von den kapitalistischen Betrieben bewirtschaftet wurde, die wegen ihrer ökonomischen Kennziffern qualitativ den führenden Sektor der Landwirtschaft bildeten. Die nachweisbare Zunahme der Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter sah sie als offensichtliches Zeugnis dafür an, daß sich im Zeitraum zwischen 1871 und 1917 der kapitalistische Sektor in der deutschen Landwirtschaft verstärkte.

Über "Umfang und Grenzen der Bauernschaft im Imperialismus" sprach Manfred Jatzlauk (Rostock). Er konzentrierte sich hauptsächlich auf die sozialökonomische Struktur der Bauernschaft und ihre Veränderungen in der BRD und wählte seinen Ausgangspunkt bei Kleinsorge und Schilling¹. Jatzlauk schloß sich dem von beiden getroffenen Definitionsvorschlag an, wonach die Bauernschaft aus der Gesamtheit der Familien bestehe, die einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb - unabhängig von dessen Größe und sozialökonomischem Charakter - bewirtschaftet. Demzufolge bilde die Bauernschaft eine große soziale Schicht, die sich aus Angehörigen der verschiedenen Klassen der kapitalistischen Gesell-

1 Kleinsorge, Josef/Schilling, Horst, Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur der Bauernschaft der BRD, in: IPW-Forschungshefte, Nr. 1/1974, S. 115 f.

schaft zusammensetzt. Jatzlau folgte dann im wesentlichen den Auffassungen von Klein-, Sorge und Schilling, die die Bauernschaft in drei soziale Schichten gliedern: die Halbproletarier, die werktätigen Bauern und die Großbauern. Er wandte sich gegen die Meinung, daß zur Bauernschaft im Imperialismus nur das landwirtschaftliche Kleinbürgertum gehört, damit wird nach seiner Auffassung der Terminus Bauernschaft verengt.

Joseph Reinhold (Leipzig) ging in seinem Beitrag "Zur Analyse der Sozialstruktur auf dem Lande unter dem Aspekten der Bündnispolitik durch die KPD in der Zeit der Weimarer Republik" der Fragestellung nach, zu welchen Ergebnissen die KPD bei der Analyse der Klassenkräfte auf dem Lande gelangte, wie sie die einzelnen Schichten der Bauern charakterisierte und welche Teile der Bauernschaft jeweils als bündnisfähig erkannt wurden. Er konnte feststellen, daß die KPD bereits Ende 1920 im wesentlichen zutreffende Aussagen über die Struktur der Bauernschaft gemacht und die Bauern in ihrer Differenziertheit als Klein-, Mittel- und Großbauern betrachtet hat. Er erläuterte dann, wie die KPD die einzelnen Gruppen der Bauernschaft sozialökonomisch einordnete und charakterisierte. Davon ausgehend untersuchte er die bündnispolitische Linie der KPD und kam zu dem Ergebnis, daß die KPD von ihrer Gründung an durchgängig darum gekämpft hat, die Kleinbauern für ein Bündnis mit dem Proletariat zu gewinnen. Von 1925 an hätten sich Bestrebungen gezeigt, in dieses Bündnis auch Teile der Mittelbauernschaft einzubeziehen. Seit 1930/31 sei der Kampf um die Einbeziehung der Mittelbauernschaft bündnispolitische Linie geworden.

Schließlich wies Reinhold darauf hin, daß in der DDR-Literatur zur Agrar- und Bauernpolitik häufig die Formulierung "Kampf um ein Bündnis mit den werktätigen Bauern" zu finden ist, ohne daß näher bestimmt wird, was unter dem werktätigen Bauern verstanden werden soll. Nach seiner Ansicht sollten diese Aussagen überdacht werden, und er schlug vor, konkret die Gruppen der Bauern zu bestimmen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt für die Arbeiterklasse zu gewinnen und welche zu neutralisieren sind.

Hans-Jürgen Rach (Berlin) sprach über "Das Bauernbild des Kapitalismus in volkswissenschaftlicher Sicht" und machte darauf aufmerksam, daß es bisher kaum Untersuchungen zur Lebensweise der Bauern im Kapitalismus gibt. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß sich mit dem Übergang zum Kapitalismus in der Bauernschaft kulturelle Fortschritte zeigten und sich die Bauern, vor allem die Großbauern, mehr und mehr an der Bourgeoisie orientierten, während die Kleinbauern am längsten an traditionellen Vorstellungen festhielten. Insgesamt wurde - so stellte Rach fest - die einheitliche Lebensweise und Kultur der Bauern unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen in der Landwirtschaft zerstört. Diese Zerstörung sei eindeutig sozialökonomisch bedingt.

Jan Šořta stellte Überlegungen zum Differenzierungsprozeß der Bauern im Kapitalismus im Spiegel der schönen Literatur an. Er wies vor allem auf die Romane der Zeitgenossen Wilhelm von Polenz ("Der Büttnerbauer") und Max Kretzer ("Der Millionenbauer") hin und zeigte anhand von Beispielen aus den Romanen, wie die Differenzierung sichtbar wird. Aber auch in der Prosa von Strittmatter und Brežan würden die verschiedenen Gruppen der Bauern und ihre Abgrenzungen erkennbar, sei es in Auffassungen, im Habitus oder in der Lebensweise.

"Gedanken zur Normierung der Kategorie 'Bauer' vom Standpunkt der Informations- und Dokumentationswissenschaft" äußerte Peter Wick (Berlin). Er begrüßte die Möglichkeit, auf dieser Konferenz über die Informationstätigkeit sprechen zu können, und stellte diese - wie sie in der DDR betrieben wird - vor. Im Verlaufe seiner Ausführungen wurde deutlich, wie notwendig eine Zusammenarbeit zwischen den Agrarhistorikern und den Informationswissenschaftlern ist. Aufgabe der Informationswissenschaft ist es nach Wick, den Aufwand für die Literaturermittlung und -erschließung zu verringern und so den Arbeitsprozeß rationaler zu gestalten. Aber sie diene auch der Erfassung und Aufbereitung

von Forschungsergebnissen. Für die Geschichtswissenschaft bestehe seit einigen Jahren eine organisierte Informationstätigkeit, die sich von der Geschichtsmethodologie leiten läßt, aber auch speziell von der Information entwickelte Methoden anwendet. Er wies besonders auf die für die Geschichtswissenschaft erarbeitete hierarchische Klassifikation und auf den Thesaurus hin. Unter Normierung verstehe man, daß alle Deskriptoren von ihrem Inhalt und Umfang her abgegrenzt sein müssen und man aus pragmatischen Gründen auch oft gezwungen ist, entsprechende Festlegungen zu treffen. Bei der Bestimmung der Deskriptoren, die der Kategorie "Bauer" zuzuordnen sind, gingen die Informationswissenschaftler von den verschiedenen Wesensmerkmalen aus, die mit dem Begriff "Bauer" verbunden sind, wie; der Bauer als Produzent, in seiner Klassenstruktur oder in seiner Lebensweise. Schwierigkeiten bereiteten die Synonyme oder die Quasisynonyme. Sehr interessiert sei die Informationswissenschaft an eindeutigen sozialen Abgrenzungen der Bauern nach "unten, oben und zur Seite". Er schlug vor, die zahlreichen in den Quellen vorkommenden und auch die in wissenschaftlichen Darstellungen benutzten Begriffe in den einzelnen Gesellschaftsformationen mit ihren Differenzierungen in regionaler und zeitlicher Sicht zu erfassen, zu katalogisieren und zu klassifizieren.

Im weiteren wurde der Diskussion Raum gewährt, die sich auf Probleme des Hauptreferates von Ballwanz und noch mögliche und notwendige Arbeitsschritte konzentrierte. Volker Klemm (Berlin) stimmte der im Hauptreferat vorgenommenen Kategorisierung zu und war der Meinung, daß sie sogar bis 1945 zutrifft. Er stellte die Frage, ob die werktätigen Bauern schon im 19. Jahrhundert eine Klasse waren, und vertrat selbst die Auffassung, daß sie erst ab 1945 eine selbständige Klasse sind. Ein weiteres Problem sah er in der Frage der Einordnung bzw. der Zuordnung der halbproletarischen Schichten. Er gab zu bedenken, ob es berechtigt ist, diese Schichten aus der Arbeiterklasse auszuklammern.

Helmut Bleiber (Berlin) unterstrich die Bedeutung und den Nutzen der Kategorie-Diskussion für die politische Geschichte, vor allem hinsichtlich der Betrachtung und der Wertung der revolutionären Potenzen der Bauernschaft. Er regte an, eine Studie und methodologische Erläuterungen des Begriffes "Bauer" im Kapitalismus als Ergebnis dieser Konferenz zu erarbeiten.

Außerdem wurden Fragen der Abgrenzung der sozialen Gruppen der Bauernschaft in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung diskutiert. Über Kriterien der Einordnung und Charakteristika der verschiedenen sozialen Gruppen äußerten sich Klemm, Berthold und Müller, wobei besonders die Gruppe der Großbauern im Mittelpunkt stand. So forderte Müller beispielsweise eine genauere Untersuchung der Gruppe der Großbauern von 20 bis 50 Hektar. Holz ging auf die Bedeutung und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Informationswissenschaft ein, der die Ergebnisse agrarischer Forschung schneller zugänglich gemacht werden sollten.

Georg Moll (Rostock) stimmte den Ausführungen von Ballwanz über die Differenzierung der Bauern im Kapitalismus und ihrer Zuordnung in die Klassen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu, warf aber, ausgehend von den unterschiedlichen und zum Teil widersprüchlichen Meinungen von Ballwanz und Jatzlauk, die Frage auf, ob nicht dennoch das soziale Phänomen "Bauernschaft" existiere, und bezog sich dabei vor allem auf gewisse gemeinsame ideologische Grundhaltungen aller landwirtschaftlichen Produzenten.

Abschließend ging Ballwanz auf einige der aufgeworfenen Fragen ein. Sie brachte zum Ausdruck, daß es sich hinsichtlich der Kategorisierung des Bauern im Kapitalismus um einen ersten Versuch handelt und man, um Fragen deutlich zu machen, überspitzen kann und sich der damit verbundenen Problematik bewußt sein muß. Nach ihrer Meinung berechtigten die Verbundenheiten zwischen den Gruppen der Klein-, Mittel- und Großbauern, wie zum Beispiel Beruf oder Tradition, nicht, von einer Bauernschaft zu sprechen. Sie sah in der Aufrechterhaltung dieses Begriffes eine Verwischung der Klassenwidersprüche des Dorfes,

der letztendlich dazu benutzt wurde, die Bauern von einem Bündnis mit der Arbeiterklasse fernzuhalten. Die Halbproletarier und die proletarischen Randgruppen aus der Arbeiterklasse herauszuheben ist nach ihrem Dafürhalten insofern gerechtfertigt, als diese Gruppen nicht doppelt frei waren; sie besaßen einerseits noch Produktionsmittel und waren andererseits durch Gesindeordnungen gebunden, was sich auf ihre ideologischen Positionen auswirken mußte. Nicht sicher war sich Ballwanz, ob diese Gruppen generell aus der Arbeiterklasse ausgeschlossen werden müssen.

Berthold bemerkte in seinem Schlußwort, daß die Diskussion noch nicht abgeschlossen sein kann, daß im Gegenteil viele neue Probleme erst sichtbar geworden sind, aber daß man insgesamt auf der Stufe der Verständigung weiter vorangeschritten ist. Er hob dann nochmals den Nutzen der Zusammenführung zahlreicher Fachleute, auch im internationalen Rahmen, sowie der aufgenommenen bzw. vertieften Kontakte zur Volkskunde und zur Informationswissenschaft hervor.

Ilona Ballwanz

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 17. Lieferung

Theorie und Methodik

2333.

Audring, Gert: Überlegungen zur sozial-ökonomischen Theorie und Empirie des Aristoteles. In: *Jb. Wirtsch.gesch.*, Berlin, 1979, 4, S. 97 - 107.

103.

2337.

Brentjes, Burchard: Zur Geschichte des Begriffs der "asiatischen Despotie". In: *Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesch.-sch.wiss. R.*, Halle/S., 28, 1979, 1, S. 15 - 20.

2334.

Behrens, Fritz: Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. Bd. 3, Die bürgerliche Ökonomie bis zur allgemeinen Krise des Kapitalismus. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. 271 S.

2338.

Granberg, A. G.: Die mathematische Modellierung in der Ökonomie. Geschichtl. Abriß. In: *Wirtschaftswiss.*, Berlin, 27, 1979, 6, S. 708 - 726.

2335.

Bönisch, Alfred: Wirtschaftstheorien im Kapitalismus und Sozialismus. Adam Smith gestern und heute. 200 Jahre "Reichtum der Nationen", hg. v. Peter Thal; Fritz Behrens, Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie, Bd. 2; Bürgerliche und kleinbürgerliche ökonomische Theorien über den Sozialismus (1919 - 1945), hg. v. Werner Krause = Akademie der Wissenschaften der DDR, Schriften des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaft, Nr. 16. In: *Jb. Wirtsch.gesch.*, Berlin, 1979, 4, S. 121 - 138.

2339.

Jahn, Wolfgang; Noske, Dieter: Über die methodologischen Voraussetzungen der Marxschen politischen Ökonomie. In: *Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesch.-sch.wiss. R.*, Halle/S., 28, 1979, 5, S. 5 - 13.

2336.

Braun, Manfred: Die Entwicklung der Theorie der Warenproduktion und der planmäßigen Preisbildung in der sowjetischen ökonomischen Literatur der letzten sechzig Jahre. G. G. Bogomazov, Marksizm-Leninizm i problemy tovarno-denezhnyh otnošenij v period stroitel'stva socializma v SSSR. Isto-riko-teoretičeskij očerk; A. N. Malafeev, Prošloe i nastojaščee teorij tovarnogo proizvodstva pri socializme; V. E. Manevič, Razvitie teorij planovogo cenoobrazovanija v sovetskoj ékonomičeskoj literature. In: *Jb.*

2340.

Koziolok, Helmut: Zu Grundlagen der Theorie des Nationaleinkommens bei Karl Marx im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über die Revenuen und ihre Quellen. In: *Wirtschaftswiss.*, Berlin, 27, 1979, 6, S. 641 - 654.

2341.

Kuczynski, Thomas: Überproduktion und Innovation. Bemerkungen zu Stanislaw Gomulka, Inventive Activity, Diffusion and the Stages of Economic Growth = Skrifter fra Aarhus universitets Økonomiske Institut, Nr. 24; Gerhard Mensch, Das technologische Patt, Innovationen überwinden die Depression; János Kornai, Anti-Äquilibrium. Über die Theorien der Wirtschaftssysteme und die damit verbundenen Forschungsaufgaben. In: *Jb. Wirtsch.gesch.*, Berlin, 1979, 4, S. 139 - 145.

2342.

Lärmer, Karl: Zur Problematik der Periodisierung der Geschichte der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert. In: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte. Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Berlin; Akad. - Verl. 1979. (Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.) S. 13 - 42.

2343.

Mittenzwei, Ingrid: Kameralismus und bürgerliche Gegner des Kameralismus. Zu Peter Thals "Bemerkungen zu einigen Thesen des Buches Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland". In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 115 - 119.

2344.

Slavko, T. I.: Einige neuere Ergebnisse und Perspektiven der Anwendung mathematischer Methoden in Untersuchungen sowjetischer Historiker. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 225 - 237.

2345.

Spading, Klaus: Stadtgeschichte in den Niederlanden. Bemerkungen zur niederländischen Historiographie. In: Wiss. Z. Ernst-Moritz-Arndt-Univ. Greifswald, Gesellsch.wiss. R., 26, 1977, 2, S. 125 - 129.

2346.

Vollmer, Ferdinand: Fragen der inhaltlichen Bestimmung des Neokolonialismus. / Mit dt., russ., engl. u. franz. Zus. fssg./ In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 27, 1978, 10, S. 757 - 761.

2347.

Weber, B. G.: Karl Marx, Friedrich Engels und das Problem der germanischen Agrarverhältnisse als Frühstufe der gesellschaftlichen Beziehungen in der deutschen Historiographie (Möser, Hanssen, Haxthausen, Maurer). In: Jb. Gesch., Berlin, 19, 1979, S. 349 - 365.

Bibliographien, Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

2348.

Bernt, Helmut: Internationale Konferenz zu Problemen der wissenschaftlich-technischen Revolution im gegenwärtigen Kapitalismus. In: IPW Ber., Berlin, 8, 1979, 10, S. 38 - 43.

2349.

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR. 15. Lieferung. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 293 - 309.

2350.

Bilkenroth, Georg; Höfer, Karl-Heinz: Der Beitrag der DDR zu den Weltbergbaukongressen. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 9, 1979, 8, S. 419 - 422.

2351.

Eckert, Rainer: Die Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, ihrer Haupt- und Wirtschaftsgruppen (I). Dokumentation über ihre Stellung in Monopolen, monopolistischen Verbänden und bei der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 243 - 277.

2352.

Elle, Michael: Inhaltliche und methodologische Probleme einer vergleichenden Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus (20. bis 24. November 1978 in Frankfurt/Oder). In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3, S. 221 - 226.

2353.

Fischer, Hagen; Schumacher, Reinhard: Die Entwicklung der Produktivkräfte und die gesetzmäßige Abfolge der Gesellschaftsformationen (14. bis 16. November 1978 in Berlin). In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 283 - 292.

2354.

Die Gebrüder Bessel und die Anfänge der flotativen Aufbereitung. Kolloquium '100 Jah-

- re Flotation" 1. bis 3. Juni 1977. Berg-
 akad. Freiberg, Berg- u. Hüttenmänn.
 Tag 1977. / Von einem Autorenkollektiv/.
 Freiberg: Bergakad. 1977. 18 S.
- 2355.
- Günther, Renate: Bibliographie selbstän-
 digen Schriften zur Betriebsgeschichte
 in der Deutschen Demokratischen Repu-
 blik (14. Fortsetzung). In: Jb. Wirtsch.
 gesch., Berlin, 1979, 4, S. 239 - 242.
- 2356.
- Günther, Renate: Hochschulschriften
 zur Wirtschaftsgeschichte. In: Jb.
 Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3,
 S. 285 - 301.
- 2357.
- Heininger, Horst; Maier, Lutz: Zum 100.
 Geburtstag von Eugen Varga. In: IPW Ber.,
 Berlin, 8, 1979, 10, S. 16 - 29, 71.
- 2358.
- Jacobeit, Sigrid: Probleme der Entwick-
 lung der Landwirtschaft und ihre Dar-
 stellung im Agrarmuseum (11. bis 15.
 September 1978 in Neubrandenburg).
 In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979,
 4, S. 279 - 282.
- 2359.
- Koziolok, Helmut; Reinhold, Otto: Pro-
 duktiv, schöpferisch, streitbar. In: Ein-
 heit, Berlin, 34, 1979, 8, S. 887 - 890,
 Abb.
- 2360.
- Jürgen Kuczynski 75 Jahre. In: IPW
 Ber., Berlin, 8, 1979, 9, S. 42.
- 2361.
- Müller, Harald: Ökonomie und Politik
 des deutschen-Imperialismus von der
 Jahrhundertwende bis zum Ende des
 ersten Weltkrieges. In: Z. Gesch.wiss.,
 Berlin, 27, 1979, 6, S. 547 - 549.
- 2362.
- Reishaus, Heike: Philosophische und histori-
 sche Fragen der technischen Wissenschaften
 (10. bis 13. Oktober 1978 in Dresden). In: Jb.
 Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3, S. 227 -
 231.
- 2363.
- Ruppel, Heidemarie: Jahrbuch-Forum: "Wege
 zur Herausbildung kapitalistischer Lohnarbeit
 in heutigen Entwicklungsländern Asiens und
 Afrikas. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin,
 1979, 3, S. 111 - 122.
- 2364.
- Schildhauer, Johannes: Zur Entwicklung der
 sozialökonomischen Formationen in den Län-
 dern des Baltikums. In: Z. Gesch.wiss.,
 Berlin, 27, 1979, 6, S. 546 - 547.
- 2365.
- Schönert-Geiß, Edith: Die Abwertungen im
 Rom der republikanischen und kaiserzeitli-
 chen Epoche (19. bis 21. Oktober 1978 in
 Gdańsk). In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin,
 1979, 3, S. 241 - 243.
- 2366.
- Scholze, Renate: Jahrbuch-Forum: "Zur Rol-
 le der Energieanwendung im Arbeitsprozeß".
 In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4,
 S. 109 - 114.
- 2367.
- Schultz, Helga: Das soziale Wesen des Städte-
 bürgertums im Feudalismus (28. bis 30. Sep-
 tember 1978 in Sellin). In: Jb. Wirtsch.gesch.,
 Berlin, 1979, 3, S. 233 - 239.
- 2368.
- Zilch, Reinhold: Vergleichende Wirtschafts-
 geschichte des Sozialismus. In: Z. Gesch.
 wiss., Berlin, 27, 1979, 6, S. 545 - 546.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 177 - 179.

2369.

Haisler, Kurt: 50 Jahre Arbeit auf dem Gebiet des Brand- und Explosionsschutzes. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 9, 1979, 6, S. 299 - 305, Abb.

2374.

Weisbrod, Manfred; Müller, Hans; Petznick, Wolfgang: Dampfloch-Archiv. Bd. 3. Baureihen 60 bis 96. - Berlin: Transpress 1979. 268 S., Abb.

2370.

Höfler, Siegfried; Haferberger, Werner; Raunitzschke, Karl: Eisenbahn-Historia Riesa - Karl-Marx-Stadt 1852 - 1977. Dokumentation. - Mittweida: Dt. Reichsbahn, Bahnhof Mittweida 1977. 26 S., Abb.

2375.

Wirtschaftsgeschichte. Ein Leitfaden. Autorenkoll. Leitung: Lothar Baar. - Berlin: Verl. Die Wirtsch. 1979. 278 S.

2371.

Pusch, Erich; Schütze, Theodor: Lebenslauf einer Oberlausitzer Windmühle (Bockwindmühle Saritsch-Luga). In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 25, 1979, 3, S. 107 - 112, Abb.

bis 500

2372.

Schultz, Helga: "Protoindustrialisierung" in der Manufakturperiode. Der Gegensatz von Theorie und Empirie, Peter Kriedte/Hans Medick/Jürgen Schlumbohm, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus = Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 53; Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert. Bericht über die 5. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Hermann Kellenbenz = Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Knut Borchardt, Eckart Schremmer, Wolfgang Zorn, Bd. 21. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 187 - 195.

2376.

Fischer, Hagen; Sklaven und Sklavereigesellschaft im Altertum. Probleme und Gedanken zu Veröffentlichungen über die Sklaverei. Blavatskaja, T. V./Golubcova, E. S./Pavlovskaja, A. I., Rabstvo v éllinističeskich gosudarstvach v III - I vv. do n. é. Issledovanija po istorii rabstva v antičnom mire, unter der Redaktion v. K. K. Zel'in, S. L. Utčenko, E. M. Štaerman; Blavatskaja, T. V./Golubcova, E. S./Pavlovskaja, A. I., Die Sklaverei in hellenistischen Staaten im 3. - 1. Jh. v. Chr. = Übersetzungen ausländischer Arbeiten zur antiken Sklaverei in Zusammenarbeit mit der Kommission für Geschichte des Altertums der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, hg. v. Herbert Bräuer u. Joseph Vogt, Bd. 3; Karl-Wilhelm Welwei, Unfreie im antiken Kriegsdienst, T. 1: Athen und Sparta = Forschungen zur antiken Sklaverei. Im Auftrag der Kommission für Geschichte des Altertums der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, hg. v. Joseph Vogt und Hans Ulrich Instinsky, Bd. 5; Bibliographie zur antiken Sklaverei. In Verbindung mit der Kommission für Geschichte des Altertums der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, hg. v. Joseph Vogt; Elisabeth Charlotte Welskopf, Probleme der Sklaverei als Privateigentumsverhältnis in der Antike = Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Gesellschaftswissenschaften, Jg. 1977, Nr. 6/G. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3, S. 207 - 219.

2373.

Tarvel, Enn: Über die Geschichte der Städte Estlands. Bemerkungen zu Raimo Pullat, Gorodskoe naselenie Éstonii s konca XVIII veka do 1940 goda. Istoriko-demografičeskoe issledovanie. In: Jb.

Gringmuth-Dallmer, Eike: Forschungen zu den Anfängen produzierender Wirtschaft in Mitteleuropa. Wolfgang Linke, Frühestes Bauerntum und geographische Umwelt. Eine historisch-geographische Untersuchung des Früh- und Mittelneolithikums westfälischer und nordhessischer Bördelandschaften = Bochumer Geographische Arbeiten, Nr. 28. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 211 - 213.

2378.

Klengel, Horst: Handel und Kaufleute im hethitischen Reich. In: Altorientalische Forschungen. 6. - Berlin; Akad.-Verl. 1979. S. 69 - 80.

2379.

Neumann, Hans: Handel und Händler in der Zeit der III. Dynastie von Ur. In: Altorientalische Forschungen. 6. - Berlin; Akad.-Verl. 1979. S. 15 - 67.

2380.

Reineke, Walter F.: Waren die šwtje wirklich Kaufleute? In: Altorientalische Forschungen. 6. - Berlin; Akad.-Verl. 1979, S. 5 - 14.

2381.

Schmitt, Gerhard: Der "Göttliche Jäter" als Erfinder des Pflanzenanbaus. In: Abh. u. Ber. Staatl. Museum Völkerkd. Dresden, Berlin, 37, 1979, S. 139 - 168.

2382.

Thilo, Thomas: Geld und Preis in der Erzählungsliteratur der Tang-Zeit. In: Altorientalische Forschungen. 6. - Berlin; Akad.-Verl. 1979. S. 215 - 236.

500 - 1789

2383.

Biederstedt, Rudolf: Löhne und Preise in Vorpommern 1500 - 1627. In: Greifswald-Stralsunder Jb., Weimar, 12, 1979, S.

2384.

Epperlein, Siegfried: Weistumsforschung. Probleme ländlicher Rechtsquellen im späten Mittelalter. Überlegungen bei der Lektüre von: Deutsche ländliche Rechtsquellen. Probleme und Wege der Weistumsforschung, hg. v. Peter Blickle. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 4, S. 197 - 210.

2385.

Gottberg, Achim: Aussagen der ökonomischen Aufklärung in Frankreich über die Toiles peintes. Eine Teiluntersuchung zu Vorgeschichte und Motivationen der Aufhebung des Privilegs der französischen Indienkompanie im Jahre 1769. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 3, S. 91 - 109.

2386.

Grebe, Klaus: Zur südlichen Importkeramik des 10. und 11. Jahrhunderts im Havelgebiet. In: Veröff. Mus. Ur- u. Frühgesch. Potsdam, Potsdam, 12, 1979, S. 219 - 248, Abb.

2387.

Grube, Hans: Das Bergrecht des Kupferschieferbergbaus im 15. und 16. Jahrhundert. In: Beitr. Heimatforsch., Sangerhausen, 5, 1977, S. 28 - 35.

2388.

Grube, Hans: Vom Leinunger Bergbau. In: Beitr. Heimatforsch., Sangerhausen, 5, 1977, S. 36 - 39.

2389.

Hacker, Hans-Joachim: Die Finanzlage Stralsunds 1630 - 1648 im Spiegel der städtischen Einnahme- und Ausgabe-Register. In: Greifswald-Stralsunder Jb., Weimar, 12, 1979, S. 18 - 37.

2390.

Held, Wieland: Die Einflüsse des Kupferschieferbergbaues im Eisenacher Raum auf die dörfliche Sozialstruktur in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. / Mit dt., russ. u. engl.

Zus.fssg./ In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ. Jena, Gesellsch.wiss. R., Jena, 28, 1979, 3, S. 441 - 449.

2391.

Kaplinski, Küllike: Über die Einwohnerzahl und Sozialstruktur Tallins von 1369 bis 1399. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 3, 1979, S. 111 - 139.

2392.

Kluge, Bernd: Probleme der Brakteatenforschung. In: Forsch. u. Ber. Staatl. Museen, Berlin, 19, 1979, S. 127 - 138.

2393.

Koppatz, Jürgen: Zur Schlagschatzbildung durch Münzverschlechterungen und -fälschungen unter König Friedrich II. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 3, 1979, S. 417 - 441.

2394.

Mägdefrau, Werner: Burg und Stadt im Mittelalter. Erbe u. wiss.-polit. Auf-
trag. Mit dt., russ. u. engl. Zus.fssg.
In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ.
Jena, Gesellsch.wiss. R., Jena, 28,
1979, 3, S. 361 - 372, Abb., Kt.

2395.

Mägdefrau, Werner; Langer, Erika:
Thüringisch-hansische Wirtschafts-
und Bündnisbeziehungen im Mittelalter.
/Mit dt., russ. u. engl. Zus.fssg./
In: Wiss. Z. Friedrich-Schiller-Univ.
Jena, Gesellsch.wiss. R., Jena, 28,
1979, 3, S. 393 - 440, Abb., Kt.

2396.

Matschke, Klaus-Peter: Geldgeschäfte,
Handel und Gewerbe in spätbyzantini-
schen Rechenbüchern und in der spät-
byzantinistischen Wirklichkeit. Ein
Beitrag zu d. Prod. - u. Austausch-
verh. im byzantin. Feud. In: Jb. Gesch.
Feudalismus, Berlin, 3, 1979, S. 181 -
204.

2397.

Meier, W. E.: Soziale und ökonomische Wand-
lungen im Bereich der Waidproduktion und des
Waidhandels in Deutschland während des 14.
bis 17. Jahrhunderts. In: Magdeburger Beitr.
Stadtgesch., Magdeburg, 1, 1977, S. 43 - 60.

2398.

Münch, Ernst: Zu Problemen der westeuro-
päischen Agrargeschichte des 11. bis 14. Jahr-
hunderts in der sowjetischen Historiographie.
In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 3, 1979,
S. 67 - 86.

2399.

Neuss, Erich: Entstehung, Rechtsstellung und
Entwicklung der Sondersiedlungen im mittel-
alterlichen Halle. Ein Beitr. zum Vorstadt-
probl. In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 6,
1978, S. 62 - 84.

2400.

Panova, Sneska: Die Beziehungen zwischen
Stadt und Land und die Entwicklung des Han-
dels in Südosteuropa im 16./17. Jahrhundert.
In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 3, 1979,
S. 281 - 309.

2401.

Röblitz, Günther: Geschichte der Münzstätte
Jena. - Jena: Stadtmuseum 1977. 72 S., Abb.,
Kt. (Schr. d. Stadtmuseums Jena 23.)

2402.

Schildhauer, Johannes: Die plebejischen
Schichten der mittelalterlichen deutschen
Stadt in der Historiographie der DDR und der
BRD. In: Wiss. Z. Ernst-Moritz-Arndt-Univ.
Greifswald, Gesellsch.wiss. R., Greifswald,
26, 1977, 2, S. 121 - 123.

2403.

Schlegel, Gottfried: Der Eid eines Spitzen-
händlers. In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 25,
1979, 4, S. 156 - 157, Abb.

2404.

Schuldt, Ewald: Die Flechtwerkhäuser der slawischen Siedlung von Groß Raden, Kreis Sternberg. In: Bodendenkmalpflege Mecklenb., Berlin, 1978 (1979), S. 207 - 235, Abb.

2405.

Springer, Matthias: Norwegen als Beispiel: Zur Vorgeschichte des Feudalismus. A. Ja. Gurevič, Norvežskoe obščestvo v rannee srednevekov'e. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 215 - 224.

2406.

Straube, Manfred: Über den Handel mit Agrarprodukten im thüringisch-sächsischen Raum in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. In: Magdeburger Beitr. Stadtgesch., Magdeburg, 1, 1977, S. 61 - 92.

2407.

Straube, Manfred: Zur Stellung der Leipziger Messen im überregionalen Warenverkehr zu Beginn des 16. Jahrhunderts. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3, S. 185 - 205.

2408.

Thal, Peter: Bürgerliche Elemente im Denken deutscher Ökonomen des 17. und 18. Jahrhunderts. Voraussetzungen, Grenzen, Resultate. Bemerkungen zu einigen Thesen des Buches: Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3, S. 165 - 183.

2409.

Toepel, Achim: Die Stellung Boisguilleberts in der Geschichte des ökonomischen Denkens. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 27, 1979, 6, S. 678 - 688.

2410.

Walther, Hans: Zur frühfeudalen Siedlungsentwicklung und Siedlungsbennennung in den alt-deutschen Stammesgebieten. In: Beitr. Gesch. dt. Sprache u. Lit., Halle/S., 99, 1978, S. 229 - 252.

2411.

Winkler, Joachim: Gründung und Entwicklung der Messer- und Stahlwarenmanufaktur in Neustadt-Eberswalde in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Zur sozialökön. Lage u. zur Lebensweise ihrer Manufakturarbeiter. In: Frankfurter Beitr. Gesch., Frankfurt/O., 6/7, 1979, S. 5 - 96, Abb.

1789 - 1917

2412.

Asmus, Helmut: Grundzüge der ökonomischen Entwicklung der Stadt Magdeburg vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1917/18. In: Landwirtschaft und Kapitalismus. Zur Entw. d. ökon. u. sozialen Verhältnisse in d. Magdeburger Börde vom Ausgang d. 18. Jh. bis zum Ende d. 1. Weltkrieges. Hrsg. v. Hans-Jürgen Rach u. Bernhard Weissel. Halbbd. 2. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. (Untersuchungen zur Lebensweise u. Kultur d. werktät. Bevölkerung in d. Magdeburger Börde 1.2. Veröff. zur Volkskd. u. Kulturgesch. 66.2) S. 197 - 222, Abb.

2413.

Barth, Ernst: Erzgebirgische Weidgenossenschaften in der Zeit des Kapitalismus. In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 25, 1979, 3, S. 133 - 135.

2414.

Berthold, Rudolf: Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur im Regierungsbezirk Magdeburg und in den vier Börde-Kreisen von 1816 bis 1910. In: Landwirtschaft und Kapitalismus. Zur Entw. d. ökon. u. sozialen Verhältnisse in d. Magdeburger Börde vom Ausgang d. 18. Jh. bis zum Ende d. 1. Weltkrieges. Hrsg. v. Hans-Jürgen Rach u. Bernhard Weissel. Halbbd. 2. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. (Untersuchungen zur Lebensweise u.

Kultur d. werktät. Bev. in d. Magdeburger Börde 1.2. Veröff. zur Volkskd. u. Kulturgesch. 66.2.) S. 91 - 195, Abb.

2415.

Berthold, Rudolf; Die Entstehung der deutschen Landmaschinen- u. Düngemittelindustrie zwischen 1850 und 1870. In: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. (Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.) S. 245 - 266.

2416.

Diestel, Detlef; Müller, Hans-Heinrich; Die Zuckerfabrik Klein Wanzleben (von ihrer Gründung bis 1917/18). In: Landwirtschaft und Kapitalismus. Zur Entw. d. ökon. u. sozialen Verhältnisse in d. Magdeburger Börde vom Ausgang d. 18. Jh. bis zum Ende d. 1. Weltkrieges. Hrsg. v. Hans-Jürgen Rach u. Bernhard Weissel. Halbbd. 2. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. (Untersuchungen zur Lebensweise u. Kultur d. werktät. Bev. in d. Magdeburger Börde 1.2. Veröff. zur Volkskd. u. Kulturgesch. 66.2.) S. 63 - 90, Abb.

2417.

Haack, Hanna; Bevölkerungswachstum in Mecklenburg-Schwerin 1819 bis 1905. / Mit dt., russ., engl. u. franz. Zus. fssg./ In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck- Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 26, 1977, 10, S. 931 - 937.

2418.

Harnisch, Hartmut; Bevölkerungsgeschichtliche Probleme der industriellen Revolution in Deutschland. In: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. (Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.) S. 267 - 339.

2419.

Harnisch, Hartmut; Rechtsqualität des Bauernlandes und Gutsherrschaft. Probleme u. Materialien einer vergleichenden u. retrospekt. Auswertung v. statist. Massendaten aus d. 18. Jh. u. d. Zeit d. Agrarreformen für d. Agrar- u. Siedlungsgesch. In: Jb. Gesch. Feudalismus, Berlin, 3, 1979, S. 311 - 363.

2420.

Klemm, Volker; Der Aufschwung der Agrarwissenschaften in Deutschland und ihre wachsende Bedeutung als Produktivkraft (Ende d. 18. Jh. bis 1870/80). In: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. (Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.) S. 183 - 214.

2421.

Kuczynski, Jürgen; Eine neue Schriftenreihe zur Wirtschaftsgeschichte. Handwerksgeschichte in neuer Sicht, hg. v. Wilhelm Abel = Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 1; Karl Heinrich Kaufhold, Das Gewerbe in Preußen um 1800 = Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2; Jörg Jeschke, Gewerberecht und Handwerkswirtschaft des Königreichs Hannover im Übergang 1815 - 1866 = Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 3. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 181 - 186.

2422.

Küttler, Wolfgang; Zu den Kriterien einer sozialen Typologie des Junkertums im System des deutschen Imperialismus vor 1917. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 27, 1979, 8, S. 721 - 735.

2423.

Lärmer, Karl; Berlins Dampfmaschinen im quantitativen Vergleich zu den Dampfmaschinen Preußens und Sachsens in der ersten Phase der industriellen Revolution. In: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Berlin: Akad.-Verl. 1979

(Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.)
S. 155 - 181.

2424.

Landwirtschaft und Kapitalismus. Zur Entw. d. ökon. u. sozialen Verhältnisse in d. Magdeburger Börde vom Ausgang d. 18. Jh. bis zum Ende d. 1. Weltkrieges, Hrsg. v. Hans-Jürgen Rach u. Bernhard Weissel, Halbbd. 2. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. 370 S., Abb. (Untersuchungen zur Lebensweise u. Kultur d. werktät. Bev. in d. Magdeburger Börde 1.2. Veröff. zur Volkskd. u. Kulturgesch. 66.2.)

2425.

Lesák, Vladimir; Soziale Verhältnisse, Arbeits- und Lebensbedingungen des Proletariats in Nordostböhmen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 25, 1979, 3, S. 136 - 142.

2426.

Müller, Hans-Heinrich; Die Entwicklung des Ackerbaus und der Aufschwung der landwirtschaftlichen Nebenindustrie von 1800 bis 1870. (Die Bedeutung d. Kartoffel- u. Zuckerrübenanbaus.) In: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. (Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.) S. 215 - 243.

2427.

Müller, Hans-Heinrich; Zur Geschichte und Bedeutung der Rübenzuckerindustrie in der Provinz Sachsen im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Magdeburger Börde. In: Landwirtschaft und Kapitalismus. Zur Entw. d. ökon. u. sozialen Verhältnisse in d. Magdeburger Börde vom Ausgang d. 18. Jh. bis zum Ende d. 1. Weltkrieges. Hrsg. v. Hans-Jürgen Rach u. Bernhard Weissel, Halbbd. 2. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. (Untersuchungen zur Lebensweise u. Kultur d. werktät. Bev. in d. Magdeburger Börde 1.2. Ver-

öff. zur Volkskd. u. Kulturgesch. 66.2.) S. 9 - 61, Abb.

2428.

Plaul, Hainer; Landarbeiterleben im 19. Jahrhundert. Eine volkskdl. Untersuchung über Veränderungen in d. Lebensweise d. einheim. Landarbeitersch. in d. Dörfern d. Magdeburger Börde unter d. Bedingungen d. Herausbildung u. Konsolidierung d. Kapitalismus in d. Landwirtsch. Tendenzen u. Triebkräfte. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. 347 S., Kt. (Veröff. zur Volkskd. u. Kulturgesch. 65.)

2429.

Richter, Siegfried; Zur historischen Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und Konsumtionsmitteln im 19. Jahrhundert. In: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. (Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.) S. 43 - 54.

2430.

Salomon, Karl-Heinz; Die bevölkerungsgeographischen Auswirkungen der inneren Kolonisation auf Rügen. In: Greifswald-Stralsunder Jb., Weimar, 12, 1979, S. 38 - 61, Kt.

2431.

Schreier, Wolfgang; Zu Problemen der Wechselwirkungen zwischen Physik und Produktion im 19. Jh. In: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Berlin: Akad.-Verl. 1979. (Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.) S. 125 - 153.

2432.

Strenz, Wilfried; Zum Prozeß der Bevölkerungsagglomeration unter den Bedingungen der industriellen Revolution des Kapitalismus am Beispiel der Entwicklung im Königreich Preußen in seiner territorialen Ausdehnung vor 1866. Eine Materialstudie unter hist.-geogr. Aspekt. In: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Ber-

In: Akad.-Verl. 1979. (Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.) S. 341 - 362.

2433.

Strube, Irene; Chemie und industrielle Revolution; In: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Berlin; Akad.-Verl. 1979. (Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.) S. 69 - 124.

2434.

Strube, Wilhelm; Naturwissenschaftliche Gesellschaften in Deutschland von 1800 bis 1870. Zu ihrer Vorgesichte, Entwicklung und Bedeutung. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 73 - 96.

2435.

Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Berlin; Akad.-Verl. 1979, 401 S. (Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.)

2436.

Wußing, Hans; Zur gesellschaftlichen Stellung der Mathematik und Naturwissenschaften in der industriellen Revolution. In: Studien zur Geschichte der Produktivkräfte, Deutschland z. Z. d. industriellen Rev. Hrsg. v. Karl Lärmer. - Berlin; Akad.-Verl. 1979. (Forsch. zur Wirtsch.gesch. 15.) S. 55 - 68.

1917 - Gegenwart,
sozialistische Länder

2437.

Arendt, Hans-Jürgen; Die Frauenorganisation der DDR und der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 35 - 53.

2438.

Barthel, Horst; Der Einfluß sozialpolitischer Maßnahmen auf die Herausbildung und Festigung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der DDR. In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 21, 1979, 5, S. 716 - 723.

2439.

Bauersfeld, Günter; Heinrich, Richard; Krause, Gerd; Zu einigen theoretischen Aspekten der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land und zu den Ergebnissen ihrer allmählichen Überwindung in der DDR. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 27, 1979, 8, S. 940 - 955.

2440.

Behrendt, Albert; Die Betriebsrätekonferenzen der landeseigenen Betriebe der sowjetischen Besatzungszone 1947. In: Z. Gesch. wiss., Berlin, 27, 1979, 9, S. 868 - 883.

2441.

Bogomolow, O. T.; 30 Jahre RGW und die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 27, 1979, 11, S. 1284 - 1292.

2442.

Brendel, Gerhard; Dubrowsky, Hans-Joachim; RGW-Zusammenarbeit bei Investitionen, in der Produktion und im Handel in den siebziger Jahren. In: Dt. Außenpolit., Berlin, 24, 1979, 7, S. 47 - 61.

2443.

Buchta, Bruno; Auf dem Wege zum RGW. Die ökon. Hilfe d. UdSSR für d. volksdemokrat. Länder Europas u. d. Entw. ihrer ökon. Zus. arb. v. 1944/45 bis Anfang d. fünfziger Jahre. - Berlin; Dt. Verl. d. Wiss. 1979. 191 S.

2444.

Bauakad. d. DDR. Chronik Bauwesen Deutsche Demokratische Republik 1971 - 1976. - Berlin; Bauinf. 1979, 256 S., Abb. (Spezielle Informationsschr. Bauakad. d. DDR.)

2445.

Fahrenkrog, Heinz: Die Konsumgenossen-schaften in der Deutschen Demokratischen Republik. - Berlin: Verband d. Konsum-genossenschaften d. DDR 1977. 110 S., Abb.

2446.

Falk, Waltraud: Die Schaffung der öko-nomischen Grundlagen des Sozialismus in der DDR. In: Z. Gesch.wiss., Ber-
lin, 27, 1979, 10, S. 915 - 925.

2447.

Falk, Waltraud: Die sozialökonomischen Veränderungen in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. In: Gesch. unterr. u. Staatsbürgerkd., Berlin, 21, 1979, 8, S. 673 - 685.

2448.

Falk, Waltraud; Leisering, Peter: Kon-tinuität und Neues im Wettbewerb zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR. In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 21, 1979, 5, S. 724 - 737.

2449.

Füchsel, Heidrun: Zur Entstehung des Befehls Nr. 234 der SMAD zur "Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten" vom 9. Oktober 1947 und seiner Ausführungsbe-stimmungen. In: Kampfgemeinschaft SED-KPdsU. Grundlagen, Tradition, Wirkungen. XXIV. Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 8./9. Dez. 1975 in Moskau; XXV. Ta-gung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 7./8. April 1976 in Leip-zig. Referate u. Diskussionsbeitr. Im Auftr. d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR hrsg. v. Horst Bartel /u. a./ - Berlin: Akad.-Verl. 1978. (Internat. R. d. Zentrallnst. für Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR) S. 369 - 376.

2450

25 /Fünfundzwanzig/ Jahre landwirtschaftli-che Produktionsgenossenschaften, 25 Jahre schöpferische Verwirklichung des Leninschen Genossenschaftsplanes. Zum 60. Jahrestag d. Großen Sozialist. Oktoberrevolut., zum 475. Jahrestag d. Gründung d. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg. Jugendobjekt d. 1. Studien-jahres, Sekt. Pflanzenprod., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. - Halle: Martin-Luther-Univ. 1977. 154 S., Kt.

2451.

Gärtner, Christa: Das Verkehrsmuseum der Deutschen Demokratischen Republik in Dres-den. In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 25, 1979, 3, S. 97 - 101, Abb.

2452.

Göldner, Joachim: 30 Jahre intersystemare Wirtschaftsbeziehungen der DDR. In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Halle/S., 28, 1979, 5, S. 71 - 80.

2453.

Grüneberg, Gerhard: Die schöpferische Ver-wirklichung des Leninschen Genossenschafts-planes in der Landwirtschaft der DDR. In: Einheit, Berlin, 34, 1979, 9/10, S. 940 - 947.

2454.

Gruhle, G.: Die ökonomischen Beziehungen der DDR zu kapitalistischen Industrieländern. In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Ge-sellsch.wiss. R., Leipzig, 28, 1979, 5, S. 513 - 524.

2455.

Grundmann, Siegfried: Zur Rolle der Städte bei der Verringerung der sozialen Unterschie-de zwischen Stadt und Land in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Wirtschafts-wiss., Berlin, 27, 1979, 10, S. 1203 - 1217.

2456.

Höheres Lebensniveau und steigende Wirt-schaftskraft. Autorenkoll. unter Leitung v. Hans Luft. - Berlin: Dietz 1978. 136 S.,

2457.

Howitz, Claus: Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik und die internationale sozialistische Zusammenarbeit. /Mit dt., russ., engl. u. franz. Zus.fssg./ In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 28, 1979, 1/2, S. 9 - 13.

2458.

Jentsch, Karl-Heinz: Die Entwicklung des Kupferbergbaus und des VEB Schachtbau Nordhausen in den vergangenen 30 Jahren. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 9, 1979, 9, S. 480 - 484.

2459.

Kanzig, Helga: Die Politik der SED zur Herausbildung und Festigung ökonomischer Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung im zweiten Halbjahr 1946. In: Gesch.wiss., Berlin, 27, 1979, 9, S. 805 - 819.

2460.

Kirste, Peter: Zur internationalen Hilfe der Sowjetunion und zur Zusammenarbeit der SMAD mit den antifaschistisch-demokratischen Kräften auf ökonomischem Gebiet 1945. In: Kampfgemeinschaft SED-KPdSU. Grundlagen, Tradition, Wirkungen. XXIV. Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 8./9. Dez. 1975 in Moskau; XXV. Tagung d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 7./8. April 1976 in Leipzig. Referate u. Diskussionsbeitr. Im Auftr. d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR hrsg. v. Horst Bartel. /u. a./ Berlin: Akad.-Verl. 1978. (Internat. R. d. Zentralinst. für Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR) S. 361 - 367.

2461.

Klos, Heinz; Opelt, Karl-Heinz: Zu einigen Aspekten der Außenhandelstätigkeit mit kapitalistischen Ländern auf Kompensationsbasis. In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Halle/S., 28, 1979, 5, S. 81 - 86.

2462.

Kuhnla, Werner: Zu einigen Problemen höherer Anforderungen an die politisch-ideologische Führungstätigkeit der marxistisch-leninistischen Partei im Prozeß der Weiterentwicklung der KAP zu LPG und VEG Pflanzenproduktion. In: Arbeiterklasse und marxistisch-leninistische Partei bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Ergebnisse der III. Arb.tagung ... - Leipzig: Karl-Marx-Univ. 1978, S. 90 - 93.

2463.

Kunz, Willi: Zu einigen theoretischen Problemen und Perspektiven der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR unter den Bedingungen der sozialistischen ökonomischen Integration. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 27, 1979, 11, S. 1293 - 1315.

2464.

Kunz, Willi; Schulz, Gerhard: Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und der sozialistischen ökonomischen Integration. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 27, 1979, 8, S. 897 - 912.

2465.

Lemcke, Wulf: Einige Aspekte der planmäßigen Entwicklung des genossenschaftlich-sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in der Landwirtschaft der DDR. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 27, 1979, 6, S. 665 - 676.

2466.

Luft, Christa: Sowjetische Autoren zu Fragen der internationalen sozialistischen ökonomischen Integration. (Lit.ber.) In: Wirtschaftswiss., Berlin, 27, 1979, 7, S. 860 - 867.

Mehls, Hartmut: Die Bedeutung des Erfahrungsaustausches mit sowjetischen Partnerbetrieben für die Entwicklung des VEB Elektrokohle Berlin-Lichtenberg (1956-1960). In: Kampfgemeinschaft SED-KPdsU. Grundlagen, Tradition, Wirkungen. XXIV. Tagung d. Komm. d. Historiker der DDR u. d. UdSSR, 8./9. Dez. 1975 in Moskau; XXV. Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 7./8. April 1976 in Leipzig. Referate u. Diskussionsbeitr. Im Auftr. d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR hrsg. v. Horst Bartel /u. a./ - Berlin: Akad. Verl. 1978. (Internat. R. d. Zentralinst. für Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR) S. 399 - 407.

2468.

Möschner, Günter: Die Politik der SED für den Aufbau und die Entwicklung des sozialistischen Außenhandels der DDR (1949 - 1955). In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3, S. 27 - 48.

2469.

Mühlfriedel, Wolfgang: Zur Geschichte der sozialistischen Vergesellschaftung der industriellen Produktion und der Arbeit. Notizen zu Jörg Roesler, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Jürgen Kuczynski u. Hans Mottek, Bd. 11. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3, S. 123 - 136.

2470.

Mühlfriedel, Wolfgang; Wiegand, Klaus: Die SMAD und die industrielle Entwicklung in den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. In: Jb. Gesch., Berlin, 20, 1979, S. 79 - 110.

Müller, Eva: Die planmäßige Erneuerung des Nationalreichtums der sozialistischen Gesellschaft, ein wichtiges Erfordernis der Intensivierung der Produktion und der weiteren Erhöhung des materiellen und des kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 27, 1979, 8, S. 913 - 931.

2472.

Münch, Hans: Zur Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung zwischen den RGW-Ländern im Werkzeugmaschinenbau (1956 - 1962). In: Jb. Gesch., Berlin, 20, 1979, S. 245 - 268.

2473.

Münzner, Willi: Über die Nutzung von Erfahrungen der KPdsU bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Konferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR über Fragen der Rationalisierung und Standardisierung im Juni 1966 in Leipzig. In: Kampfgemeinschaft SED-KPdsU. Grundlagen, Tradition, Wirkungen. XXIV. Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 8./9. Dez. 1975 in Moskau; XXV. Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 7./8. April 1976, in Leipzig. Referate u. Diskussionsbeitr. Im Auftr. d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR hrsg. v. Horst Bartel /u. a./ - Berlin: Akad. - Verl. 1978. (Internat. R. d. Zentralinst. f. Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR) S. 409 - 416.

2474.

Nötzold, Günter: Die DDR im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. In: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Gesellsch.wiss. R., Leipzig, 28, 1979, 5, S. 503 - 512.

2475.

Probleme der demographischen Entwicklung bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. (Thesen). In: Wirtschaftswiss., Berlin, 27, 1979, 7, S. 769 - 789.

Prokop, Siegfried: Zur Rolle des Staatsvertrages zwischen der DDR und der UdSSR vom Jahre 1955 für die politische und ökonomische Stärkung der DDR. In: Kampfgemeinschaft SED-KPdsU. Grundlagen, Tradition, Wirkungen. XXIV. Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 8./9. Dez. 1975 in Moskau; XXV. Tagung d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR, 7./8. April 1976 in Leipzig. Referate u. Diskussionsbeitr. Im Auftr. d. Komm. d. Historiker d. DDR u. d. UdSSR hrsg. v. Horst Bartel /u. a./ - Berlin; Akad.-Verl. 1978. (Internat. R. d. Zentralinst. für Gesch. d. Akad. d. Wiss. d. DDR) S. 393 - 398.

2477.

Pullat, Raimo: Bevölkerungszahlen und Sozialstruktur der Sowjetunion bis 1974. Unter besonderer Berücksichtigung der baltischen Sowjetrepubliken, der sechziger Jahre und der Urbanisierung. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3, S. 245 - 270.

2478.

Roesler, Jörg: Grundlagen und Methoden für einen Vergleich der Volkswirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 9 - 33.

2479.

Roesler, Jörg: Intensivierung und DDR-Geschichte. Forschungsbericht zu Probl. d. extensiv u. intensiv erw. Reprod. in d. Gesch. d. DDR. In: Jb. Gesch., Berlin, 20, 1979, S. 323 - 360.

2480.

Roesler, Jörg: Die Lenkung des betrieblichen Akkumulationsprozesses durch den sozialistischen Staat in der DDR (1956 bis 1962). In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3, S. 11 - 26.

2481.

Scherf, Konrad: Zu einigen ökonomischen, sozialen und territorialen Aspekten der sozialistischen Urbanisierung in der DDR. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 27, 1979, 1, S. 31 - 46.

2482.

Schiffbau in Wismar. Geschichte d. VEB Mathias-Thesen-Werft Wismar. /Hrsg.: Parteileitung d. Grundorg. d. SED im VEB Mathias-Thesen-Werft in Zus.arb. mit d. Komm. zur Erforsch. d. Gesch. d. örtl. Arb.bew. bei d. Bezirksleitung Rostock d. Sozialist. Einheitspartei Dtlds./ T. 1; 1946 - 1949. Vom schweren Anfang. /Textautoren: Werner Driese, Wolfgang Fabian./ - Rostock: Bezirksleitung d. SED 1977. 96 S., Abb.

2483.

Schmidt, Heinz: Die Deutsche Reichsbahn im 30. Jahr der DDR. In: Eisenbahn-Jb., Berlin, 1979, S. 9 - 15, Abb.

2484.

Scholz, Hans: Die Herausbildung der Klasse der Genossenschaftsbauern im Bezirk Halle. In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 28, 1979, 4, S. 77 - 92.

2485.

Schultze, Renate: Der erste Fünfjahrplan. Beginn der Herausbildung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3, S. 49 - 64.

2486.

7. /Siebenter/ Oktober 1979 - 30 Jahre DDR in Daten und Ereignissen bei der Deutschen Reichsbahn. In: Eisenbahn-Jb., Berlin, 1979, S. 16 - 25, Abb.

2487.

Sommer, Elmar: Die Entwicklung des VEB Halbleiterwerk Frankfurt (Oder) und seine Verflechtung mit der Stadt. In: Frankfurter Beiträge zur Geschichte. Hrsg.: Frankfurt-Inf., Frankfurt/O., Bezirksmuseum "Viadri-

na". 5. - Frankfurt/O.; Frankfurt-Inf.
1977. S. 17 - 23.

2488.

Strzodka, Klaus; Bachmann, Horst; Jendersie, Hans; 30 Jahre volkseigener Bergbau in der DDR. Der Beitrag d. Bergakad. Freiberg zu seiner Entwicklung. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 9, 1979, 9, S. 489 - 493.

2489.

Taubert, Heinrich; 30 Jahre Deutsche Demokratische Republik - 30 Jahre Entwicklung der Kali-, Steinsalz- und Spätindustrie. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 9, 1979, 9, S. 484 - 489, Abb.

2490.

Tröger, Hilmar; 30 Jahre Grubenrettungs- und Gasschutzwesen im Bergbau der DDR. In: Neue Bergbautechnik, Leipzig, 9, 1979, 9, S. 477 - 480.

2491.

Wandrow, Monika; Formen der industriellen Kooperation zwischen sozialistischen Staaten und kapitalistischen Industrieländern Europas. In: IPW Ber., Berlin, 8, 1979, 4, S. 28 - 34.

2492.

Wegner, Eginhard; Dreißig Jahre Entwicklung sozialistischer Landwirtschaft im Kreis Greifswald. Ein hist.-geogr. Abriß. In: Greifswald-Stralsunder Jb., Weimar, 12, 1979, S. 71 - 82.

1917 - Gegenwart,
kapitalistische Länder

2493.

Barth, Ernst; Bäuerliches Inventar eines 27 1/2 ha großen Gutes in einer Ortschaft des (heutigen) Kreises Reichenbach im Jahre 1938. In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 25, 1979, 4, S. 158 - 159.

2494.

Bernt, Helmut; Akkumulation und Beschäftigungsproblem in der BRD-Industrie. In: IPW Ber., Berlin, 8, 1979, 7, S. 24 - 30.

2495.

Brandenburg, Ingrid; Portugals und Spaniens wirtschaftspolitische Situation in den 70er Jahren. In: Wirtschaftswiss., Berlin, 27, 1979, 6, S. 689 - 707.

2496.

Czaya, Eberhard; Die Außenhandelsbeziehungen zwischen den EG- und den AKP-Staaten. In: IPW Ber., Berlin, 8, 1979, 7, S. 56 - 60.

2497.

Ebre, Lembit; Zur Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft in Dänemark. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 3, S. 65 - 89.

2498.

Eichholtz, Dietrich; Expansionsrichtung Nordeuropa. Der "Europäische Großwirtschaftsraum" u. d. nord. Länder nach d. faschist. Überfall auf d. UdSSR. In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 27, 1979, 1, S. 17 - 31.

2499.

Fengler, Heinz; Geldscheinwürfe der Separatisten für die geplante rheinische Republik 1923. In: Forsch. u. Ber. Staatl. Museen, Berlin, 19, 1979, S. 189 - 197, Abb.

2500.

Freiberg, Paul; Nitz, Jürgen; Die KSZE und die Wirtschaftsbeziehungen in Europa. In: Dt. Außenpolit., Berlin, 24, 1979, 8, S. 54 - 69, Tab.

2501.

Gutsche, Willibald; Die Deutsche Bank und die Entstehung der Stahlwerks-Verband AG 1904. Dokumentation zum Verhältnis zwischen Industriemonopolen und Großbanken im deutschen Finanzkapital. In: Jb. Wirtsch.gesch.,

Berlin, 1979, 3, S. 271.

2502.

Hermann, Rita; Kommunalpolitische Initiative der KPD gegen Arbeitslosigkeit und für Arbeitsbeschaffung in der Zeit der Weimarer Republik. In: Arbeiterbewegung und Parlamentarismus. 5. /Hrsg.:/ Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Sekt. Marxismus-Leninismus. Veröff. durch d. Abt. Wiss. publizistik d. Martin-Luther-Univ., Halle-Wittenberg. - Halle/S.; Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg 1979. S. 4 - 17.

2503.

Hornung, Lothar; Volkswirtschaftliche Bedeutung und Stellung der Bauwirtschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD. /Mit dt., russ., engl. u. franz. Zus.fssg./ In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch. wiss. R., Rostock, 26, 1977, 9, S. 877 - 883.

2504.

Jahresbericht 1979. Zur Wirtschaftslage imperialistischer Länder. Erarbeitet v. einem Autorenkoll. d. Inst. für internat. Politik u. Wirtsch. d. DDR. In: IPW Ber., Berlin, 8, 1979, 8, S. 23 - 58.

2505.

Kuczynski, Jürgen; Großartige Pflege eines marxistischen Erbes. Eugen Varga, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Vierteljahresberichte 1922 - 1939, hg. v. Jörg Goldberg, 5 Bände. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1979, 3, S. 155 - 163.

2506.

Zu ökonomischen Fragen in Nordeuropa. /Autorenkoll. / - Greifswald; Ernst-Moritz-Arndt-Univ. 1978. 271 S. (Wiss. Z. Ernst-Moritz-Arndt-Univ. Greifswald, Gesellsch.wiss. R., Sonderh. 3.)

2507.

Siebert, Amandus; Zur Lage in der BRD-Landwirtschaft. In: IPW Ber., Berlin,

8, 1979, 7, S. 51 - 56.

2508.

Zumpe, Lotte; Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des deutschen Faschismus. Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936 - 1939 = Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 22. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1979, 4, S. 165 - 176.

2509.

Zumpe, Lotte; Zwei Autobiographien und ihr Aussagewert für die Erforschung des deutschen Faschismus. Unter besonderer Berücksichtigung staatsmonopolistischer Aspekte: Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1920 bis 1945, geschrieben vom letzten Reichsfinanzminister; Hans Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden - 6 Jahre Krieg. Erinnerungen. Mit kritischen Anmerkungen und einem Nachwort von Erwin Viehhaus. In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, 1979, 3, S. 137 - 153.

1917 - Gegenwart
Entwicklungsländer

2510.

Benelli, Giorgio; Die Wirtschaftstätigkeit des Staates und der staatliche Sektor der Wirtschaft in kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, 1979, 4, S. 55 - 72.

2511.

Chrenko, Helma; Bauernbewegung und Agrarreform in Peru. In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 7, 1979, 4, S. 686 - 702.

Autorenverzeichnis

- Balász, Judit, Dr. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Konjunktur- und Marktforschung, Budapest.
- Ballwanz, Ilona, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent, Sektion Geschichte, Wilhelm-Pleck-Universität Rostock.
- Berthold, Rudolf, Prof. Dr. phil. habil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Bugaj, N. F., Kandidat der Wissenschaften, Institut für Geschichte der UdSSR, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuba, Karlheinz, Diplom-Historiker, stellvertretender Leiter der Zentralbibliothek der Gewerkschaften, Bundesvorstand des FDGB, Berlin.
- Mühlfriedel, Wolfgang, Prof. Dr. phil. habil., stellvertretender Direktor für Erziehung und Ausbildung, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Orosz, István, Dr., Leiter des Lehrstuhls Allgemeine Geschichte, Lajos-Kossuth-Universität Debrecen.
- Pál, Sandor, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Geschichte, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest.
- Parpert, Ingrid, Dipl.-Phil., stellvertretender Chefredakteur des "Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte", Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Rehbein, Elfriede, Prof. Dr. rer. oec. habil., Professor mit Lehrstuhl, Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik, Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden.
- Roesler, Jörg, Dr. rer. oec. habil., Bereichsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Vetter, Klaus, Dr. phil., Dozent, Bereich Deutsche Geschichte, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Voigt, Arnold, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Institut für Ökonomik der Entwicklungsländer, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.
- Zilch, Reinhold, Dr. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Wissenschaftsbereich 1780 bis 1917, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

- Йорг Рёслер, Станкостроение и социалистическая индустриализация
- Арнольд Фойгт, О соотношении феодализма и капитализма в Латинской Америке — пример крупноземлевладельческих отношений в сельском хозяйстве Чили
- Юдит Балаж, Роль государства в процессе зарождения и углубления капиталистических производственных отношений в Турции — критическая оценка кемализма
- Н. Ф. Бугай, Революционные комитеты и социальная политика Советского государства с 1918 по 1921 год
- Ингрид Парпарт, Форум ежегодника: "Фашизм — экономика — социальный базис"
- Шандор Паль, Особенности аграрного развития Венгрии в новейшие времена
- Эльфриде Ребайн, Значение железных дорог для промышленной революции
- Рудольф Бертольд, Источник информации фундаментальных исследований по аграрной истории
- Клаус Феттер, К вопросу экономической политики Пруссии в 18-ом столетии
- Аннотации
- Иштван Орос, Области исследований и задачи аграрной историографии в Венгрии
- Рейнхольд Цильх, "Контроль движения денег и банков" — меморандум Карла Гельфериха от 28-ого и 29-ого августа 1914 года о финансовом угнетении и расхищении Бельгии
- Карлхайнц Куба, Предприятия советских акционерных обществ — школы социализма /15-ого января 1980 г. в Берлине/
- Илона Баллванц, Крестьянин как историческая категория /12-ое по 14-ое сентября 1979 г. в Веймаре/
- Вольфганг Мюльфридель, Предприятия советских акционерных обществ — школы социализма
- Библиография самостоятельных работ по истории предприятия в Германской Демократической Республике (15-ое продолжение) /Рenate Гюнтер/
- Библиография литературы ГДР по экономической истории, 17-ый выпуск

CONTENTS

- Jörg Roesler, Machine Tool Building and Socialist Industrialisation
- Arnold Voigt, Feudalism and Capitalism in Latin America. The Case of Large Landed Property Relations in the Agriculture of Chile
- Judit Balázs, The Role of the State in the Rise and Deepening of Capitalist Production Relations in Turkey. A Critical Assessment of Kemalism
- N. F. Bugaj, The Revolutionary Committees and the Social Policy of the Soviet State from 1918 - 1921
- Ingrid Parpart, Forum of the Yearbook: "Fascism - Economy - Social Basis"
- Sándor Pál, Characteristic Features of the Recent Agrarian Development in Hungary
- Elfriede Rehbein, The Importance of Railways for the Industrial Revolution
- Rudolf Berthold, A Source of Information for Basic Research in Agrarian History
- Klaus Vetter, Certain Aspects of Prussia's Economic Policy in the 18th Century
- List of New Publications
- István Orosz, Fields and Tasks of Research in Hungary's Agrarian Historiography
- Reinhold Zilch, "Control of Monetary Flows and Banks" - The Memoranda of Karl Helfferich of 28, 29 August 1914 on the Financial Suppression and Plundering of Belgium
- Karlheinz Kuba, Soviet Joint-Stock Companies - Schools of Socialism (Berlin 15 January, 1980)
- Ilona Ballwanz, The Peasant as a Historical Category (12 - 14 September 1979 in Weimar)
- Wolfgang Mühlfriedel, Soviet Joint-Stock Companies - Schools of Socialism
- Bibliography of Separate Contributions on the History of Enterprises in the German Democratic Republic (15 Instalment) (Renate Günther)
- Bibliography of G. D. R. Publications on Economic History. 17 Serial Part

CONTENU

- Jörg Roesler, Industrie de machines-outils et industrialisation socialiste
- Arnold Voigt, Sur les rapports entre féodalisme et capitalisme en Amérique latine - l'exemple des relations de grandes propriétés dans l'agriculture du Chili
- Judit Balázs, Le rôle de l'Etat dans le développement et l'approfondissement des relations de production capitalistes en Turquie - une estimation critique du kémalisme surtout sous des aspects économiques
- N. F. Bugaj, Les comités révolutionnaires et la politique sociale de l'Etat soviétique dans les années de 1918 à 1921
- Ingrid Parpart, Forum d'annuaire: "Fascisme - Economie - Base sociale"
- Sándor Pál, Particularités du développement agraire hongrois dans l'époque moderne
- Elfriede Rehbein, L'importance des chemins de fer pour la révolution industrielle
- Rudolf Berthold, Une source d'information des recherches fondamentales de l'histoire agraire
- Klaus Vetter, Sur la politique économique prussienne au 18^e siècle
- Annotations
- István Orosz, Domaines de recherche et tâches de l'historiographie agraire en Hongrie
- Reinhold Zilch, "Contrôle sur le mouvement monétaire et les banques" - les mémorandums de Karl Helfferich du 28 et 29 août 1914 sur la répression et le ravage financiers de la Belgique
- Karlheinz Kuba, Entreprises de la Société anonyme soviétique - Ecoles du socialisme (15 janvier 1980 à Berlin)
- Ilona Ballwanz, Le paysan en tant que catégorie historique (du 12 au 14 septembre 1979 à Weimar)
- Wolfgang Mühlfriedel, Entreprises de la Société anonyme soviétique - Ecoles du socialisme
- Bibliographie de publications indépendantes sur l'histoire d'entreprises dans la République Démocratique Allemande (15^e suite) (Renate Günther)
- Bibliographie de littérature sur l'histoire économique de la R. D. A., 17^e fascicule

SUMARIO

- Jörg Roesler, Construcción de máquinas-herramientas y industrialización socialista
- Arnold Voigt, Acerca de la relación entre feudalismo y capitalismo en América Latina - el ejemplo de las condiciones de la gran propiedad en tierras dentro de la agricultura de Chile
- Judit Balázs, El papel del Estado durante el origen y ahondamiento de las condiciones capitalistas de producción en Turquía, - una apreciación crítica del Kemalismo considerando en primer lugar aspectos económicos
- N. F. Bugaj, Los Comités de Revolución y la política social del Estado Soviético durante los años de 1918 hasta 1921
- Ingrid Parpart, Foro del Anuario: "Fascismo - economía - base social"
Crítica sobre literatura;
- Sándor Pál, Peculiaridades del desarrollo agrario húngaro durante la época moderna
- Elfriede Rehbein, La importancia de los ferrocarriles para la revolución industrial
- Rudolf Berthold, Una fuente de información para la investigación básica en historia agraria
- Klaus Vetter, Acerca de la política económica de Prusia durante el siglo XVIII
Informes sobre literatura:
- István Orosz, Ramos de investigación y tareas de la historiografía agraria en Hungría
- Reinhold Zilch, "Control sobre las tendencias del dinero y los bancos" - los memorándums de Karl Helfferich del 28 y 29 de agosto de 1914 sobre la supresión financiera y el saqueo de Bélgica
- Karlheinz Kuba, Las empresas S. A. G. - escuelas del socialismo (el 15 de enero de 1980 en Berlín)
- Ilona Ballwanz, El campesino como categoría histórica (desde el 12 hasta el 14 de septiembre de 1979 en Weimar)
- Wolfgang Mühlfriedel, Las empresas S. A. G. - escuelas del socialismo
- Bibliografía de tratados independientes acerca de la historia de fábricas en la República Democrática Alemana (continuación decimoquinta) (Renate Günther)
- Bibliografía de literatura sobre historia económica de la R. D. A., suministro decimoséptimo

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Jürgen Kuczynski
Die Dämonen Wissenschaft und Technik

Manfred Braun
Zur Entwicklung der Theorie von den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in den
fünfziger Jahren

Jörg Roesler
Werkzeugmaschinenbau und sozialistische Industrialisierung in der DDR. Beschäftigte
und Lohnentwicklung

Joachim Lehmann
Probleme der Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit Landmaschinen und
Geräten im zweiten Weltkrieg

Jean Bouvier
Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen Banken und Industrie bei der kapitalistischen
Expansion Frankreichs nach außen in den Jahren von 1880 bis 1914

Günter Lewin
Chinesische Arbeiter in den Goldbergwerken des Transvaal 1904 bis 1910

Jürgen Hell
Die Sklaverei im brasilianischen Minen-Komplex (1700 bis 1808)

Ulrich Bänzien
Forschungen in der Magdeburger Börde, initiiert von Volkskundlern (Landwirtschaft
und Kapitalismus; Hainer Plaul, Landarbeiterleben im 19. Jahrhundert)

Vlastislav Lacina
Die Zuckerindustrie in den Böhmisches Ländern in der Epoche der Industriellen Revolu-
tion (František Dudek, Vývoj cukrovarnického průmyslu v českých zemích do roku 1872)

Józef Wolski
Ein Beitrag zur hellenistischen Epoche im Orient (Heinz Kreißig, Wirtschaft und Gesell-
schaft im Seleukidenreich)

Wolfgang Mühlfriedel
Die Industrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Ein Bericht über Stand
und Probleme der Forschungen zur Industriegeschichte

Hans Radandt
Gedanken zur Disziplin Betriebsgeschichte anhand der Entwicklung in der DDR

Marguerite Kuczynski
Ein unbekannter Brief Turgots. Erstmals veröffentlicht anlässlich der 200. Wiederkehr
seines Todestages am 18. März 1981

Jörg Roesler

Die revolutionär-demokratische Umgestaltung und Wiederherstellung der Volkswirtschaft in den sozialistischen Ländern Europas (1944/45 bis 1948/49)
(12. bis 15. Mai 1980 in Berlin)

Veronika Siedt

Thüringer Industrie in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung
(5. Juni 1980 in Jena)

Hagen Fischer

Zu den Beziehungen zwischen Stadt und Land im Alten Orient und in der Antike
(17. bis 19. März 1980 in Sellin/Rügen)

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)

GESAMTINHALTSVERZEICHNIS 1960 BIS 1979

Nach dem Erscheinen des 20. Jahrgangs des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte gibt die Redaktion 1980 ein Inhaltsverzeichnis für die Jahre 1960 bis 1979 heraus.

In das Inhaltsverzeichnis wurden die Beiträge aller bisher erschienenen Jahrgänge (1960 bis 1979) einschließlich der Sonderbände sowie ein Autorenregister aufgenommen.

Mit dem Gesamtinhaltsverzeichnis 1960 bis 1979 wendet sich die Redaktion an alle Abonnenten, an alle anderen Interessenten für Wirtschaftsgeschichte und ihrer Grenzbereiche sowie an Institutionen für Information und Dokumentation.

Es ist gegliedert in folgende zeitliche und inhaltliche Abschnitte:

Theorie und Methodik
Mehrere Zeitabschnitte umfassend
Bis 500
500 bis 1789
1789 bis 1917
1917 bis zur Gegenwart
Sozialistische Staaten
Kapitalistische Staaten
Entwicklungsländer
Betriebsgeschichte
Bibliographie und Quellen-
nachweise
Berichte

BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich:

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE Gesamtinhaltsverzeichnis 1960—1979

1980. 137 Seiten — 9,— M

BESTELL-NR. 753 821 1 (2103/80/J)

(DATUM)

(UNTERSCHRIFT)

(GENAUE ANSCHRIFT)

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG DDR-1080 Berlin, Leipziger Str. 3—4

Wirtschaft und Staat in Deutschland

Eine Wirtschaftsgeschichte

*des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland
vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945*

In drei Bänden

Herausgegeben von Helga Nussbaum und Lotte Zumpe

Band 1

DIETER BAUDIS
HELGA NUSSBAUM

Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19

1978. XIV, 426 Seiten — 16 Abbildungen — gr. 8° — Leinen 27,— M

Bestell-Nr. 753 184 5

Bestellwort: Nussbaum 6403/1

Der widersprüchliche Entwicklungsprozeß der Kooperation und Verflechtung von Monopolkapital und Staat im deutschen Kaiserreich während der Weimarer Republik in der Zeit des Faschismus wird in diesem dreibändigen Werk untersucht. Dabei bilden die sozialökonomischen Ursachen und Auswirkungen sowie die konkreten Formen der staatlich-monopolistischen Regulierung der sozialökonomischen Basis den Schwerpunkt.

Band 1 führt zunächst unter der Frage „Was ist staatsmonopolistischer Kapitalismus?“ in die theoretischen Aspekte des Gesamthemas ein. Die historisch-chronologische Darstellung beginnt mit Analysen der Hauptentwicklungstendenzen der Ökonomik, der ökonomischen Rolle des Staates, der monopolistischen und der staatlichen Regulierung zwischen 1871 und 1914. Anschließend werden Ursachen, Formen und Methoden verstärkter staatsmonopolistischer Entwicklung während des ersten Weltkrieges untersucht. Der letzte Abschnitt behandelt den Übergang vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden und die Flexibilität der Herrschaftsmethoden des deutschen Monopolkapitals 1918/19.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG
DDR-1080 Berlin, Leipziger Straße 3—4

Wirtschaft und Staat in Deutschland

*Eine Wirtschaftsgeschichte
des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland
vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945*

In drei Bänden

Herausgegeben von Helga Nussbaum und Lotte Zumpfe

Band 2

MANFRED NUSSBAUM

Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik

1978. VII, 423 Seiten — 3 Abbildungen — 198 Tabellen — gr. 8° — Leinen 27,— M

Bestell-Nr. 753 185 3

Bestellwort: Nussbaum 6403/2

Der Autor weist nach, daß während der Weimarer Republik intensive Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat bestanden. Er untersucht dabei auch den Kampf verschiedener sozialer Kräfte um die staatsmonopolistischen Institutionen und die Handhabung der regulierenden Hebel auf den Ebenen der staatlichen Produktionsbetriebe, des Finanz-, Kredit- und Steuerwesens, der Landwirtschaft, des Arbeitsmarktes und der Sozialgesetzgebung. Die mit der ökonomischen Ausgangssituation nach dem Waffenstillstand einsetzende Darstellung führt über die vielfältigen Regulierungsmaßnahmen der Nachkriegskrise und der Periode der relativen Stabilisierung bis zu den kurzlebigen Konjunkturprogrammen der Regierungen Papen und Schleier.

Sie endet mit der von Monopolen und Junkern betriebenen Machtübergabe an den Faschismus, die eine neue Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland einleitete.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG
DDR-1080 Berlin, Leipziger Straße 3—4

Wirtschaft und Staat in Deutschland

*Eine Wirtschaftsgeschichte
des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland
vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945*

In drei Bänden

Herausgegeben von Helga Nussbaum und Lotte Zumpe

Band 3

LOTTE ZUMPE

Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945

*Mit einem Kapitel über Außenhandel und Okkupationswirtschaftspolitik 1939 bis 1945
von Berthold Puchert*

1979. VII, 552 Seiten — 3 Abbildungen — 97 Tabellen im Text — 30 Tabellen im Anhang
gr. 8° — Leinen 35,— M

Bestell-Nr. 7532215 (6403/3)

Die Autorin behandelt die höchst intensive Kooperation und Verflechtung von Staat und Monopolkapital vom Ausgang der großen Weltwirtschaftskrise (1929/32) bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. In der Darlegung der engen Verbindung von Monopolkapital, Nazi-partei und faschistischem Staat, der terroristischen Unterdrückung aller antifaschistischen Kräfte, der Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse, der allgemeinen Einführung des „Führerprinzips“, der Ausplünderung der okkupierten Länder im Krieg, der Zwangsarbeit von Millionen ausländischer Bürger in der Rüstungsindustrie tritt die faschistische Ausprägung des staatsmonopolistischen Kapitalismus dieser Jahre deutlich hervor. Untersucht werden insbesondere die objektiven Prozesse und Triebkräfte dieser Entwicklung, wie die vielfältige und widerspruchsvolle Verflechtung von Krisenauswirkungen, weltwirtschaftliche Depression, strukturelle Entwicklungsprobleme.

Bestellungen durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG
DDR-1080 Berlin, Leipziger Straße 3—4